

Das Leben in den Kriegs- und Zivilgefangenenlagern in Polen und den ehemaligen
deutschen Ostprovinzen 1944-1950

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades der Philosophischen Fakultät der Universität zu Köln
im Fach Mittlere und Neuere Geschichte

vorgelegt von Tobias Metzner, M. A.

geb. am 16. April 1984
in Wismar

Mülheim an der Ruhr, 14. Juni 2022

Vorwort

Die vorliegende Untersuchung ist die überarbeitete Fassung meiner Dissertationsschrift, die im Sommersemester 2019 unter dem Titel „Das Leben in den Kriegs- und Zivilgefangenenlagern in Polen und den ehemaligen deutschen Ostprovinzen 1944-1950“ von der Philosophischen Fakultät der Universität zu Köln angenommen wurde.

An erster Stelle möchte ich meinen Dank Herrn Professor Dr. em. Jost Dülffer aussprechen. Als Kenner der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts und durch sein Wissen im Bereich der Internationalen Beziehungen hat er meine Arbeit gefordert, neue Impulse zur Forschungsrichtung verliehen und den thematischen Rahmen konkretisiert. Herrn Professor Dr. Ralph Jessen danke ich für die Erstellung des zweiten Gutachtens zu dieser Arbeit. Zudem sei den weiteren Mitgliedern der Prüfungskommission gedankt: Frau Professorin Dr. Maike Lehmann, Herrn Professor Dr. Habbo Knoch, Herrn Professor Dr. em. Günter Wollstein und Frau Professorin Dr. Ulrike Lindner.

Einen besonderen Dank für ihre Unterstützung und ihr Vertrauen möchte ich als ehemaliger Immanuel-Kant-Stipendiat dem Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) und dem Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (BKGE) aussprechen.

Weiterhin bin ich den Menschen zu Dankbarkeit verpflichtet, die mir privat in der Zeit des Verfassens meiner Dissertation verständnisvoll und geduldig zur Seite standen – meiner Familie und insbesondere meiner Ehefrau. Meiner Schwester danke ich ganz besonders für ihre Bereitschaft, mich bei meinem Besuch der Moskauer Archive zu unterstützen.

Nicht zuletzt möchte ich eine Danksagung an die Mitarbeiter des Bundesarchivs und weiterer Archive sowie Bibliotheken richten, die durch ihre Mithilfe bei meinen Recherchen diese Arbeit ermöglicht haben.

Mülheim an der Ruhr, im Juni 2022

Tobias Metzner

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|-----|--|-----|
| 1 | Einleitung..... | 1 |
| 1.1 | Thema und Zielsetzung..... | 1 |
| 1.2 | Stand der Forschung..... | 2 |
| 1.3 | Forschungsdesign und Hypothesen..... | 5 |
| 1.4 | Theoretisch-methodische Überlegungen..... | 18 |
| 1.5 | Die Quellen..... | 23 |
| 2 | Die politische und ökonomische Situation in Polen und den deutschen Ostgebieten 1944 bis 1950..... | 26 |
| 2.1 | Das politische System in Polen 1944-1950..... | 27 |
| 2.2 | Der polnische Sicherheitsdienst..... | 33 |
| 2.3 | Die katholische Kirche..... | 34 |
| 2.4 | Die wirtschaftlichen Verhältnisse in Polen 1944-1950..... | 34 |
| 2.5 | Das kulturelle Leben in Polen..... | 36 |
| 2.6 | Die territoriale Neuordnung Polens..... | 37 |
| 2.7 | Die Polonisierung der neuen Westgebiete Polens..... | 41 |
| 2.8 | Der „Görlitzer Vertrag“ 1950..... | 42 |
| 3 | Die sowjetischen und polnischen Lager 1944-1950..... | 43 |
| 3.1 | Die sowjetischen Front-Aufnahme-Durchgangslager..... | 44 |
| 3.2 | Die polnischen Lager 1945-1950..... | 46 |
| 4 | Die Lagergesellschaft..... | 53 |
| 4.1 | Das Lagerpersonal..... | 53 |
| 4.2 | Die Gefangenen aus den Reihen der Wehrmacht..... | 58 |
| 4.3 | Die Gefangenen aus den Reihen der Waffen-SS..... | 67 |
| 4.4 | Die Zivilgefangenen..... | 77 |
| 4.5 | Die Offiziere..... | 84 |
| 4.6 | Die nichtdeutschen Gefangenen..... | 93 |
| 4.7 | Die „Volksdeutschen“..... | 108 |
| 4.8 | Die politischen Gefangenen..... | 126 |
| 4.9 | Die minderjährigen Gefangenen..... | 135 |

| | | |
|------|--|-----|
| 4.10 | Die Frauen..... | 144 |
| 4.11 | Die NS-Verfolgten..... | 149 |
| 5 | Die Gefangenenselbstverwaltung und das System der Funktionsgefangenen..... | 156 |
| 5.1 | Die Lagerältesten..... | 156 |
| 5.2 | Die Barackenältesten und die Hundertschaftsführer..... | 174 |
| 5.3 | Die Lagerpolizei..... | 177 |
| 5.4 | Die Antifa-Komitees..... | 183 |
| 5.5 | Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ (NKFD)..... | 194 |
| 5.6 | Das Sanitätspersonal..... | 201 |
| 5.7 | Das Küchenpersonal..... | 213 |
| 5.8 | Die „Spezialisten“..... | 222 |
| 6 | Der Lageralltag..... | 228 |
| 6.1 | Die Transporte in die Sowjetunion..... | 228 |
| 6.2 | Der Arbeitseinsatz..... | 235 |
| 6.3 | Die Umerziehung..... | 249 |
| 6.4 | Die Suche nach NS-Tätern..... | 269 |
| 6.5 | Das kulturelle Leben..... | 299 |
| 7 | Die Entlassungen..... | 310 |
| 7.1 | Die Entlassungen aus den sowjetischen Frontlagern 1945..... | 311 |
| 7.2 | Die Entlassungen aus den polnischen Lagern 1948-1950..... | 314 |
| 8 | Fazit..... | 318 |

1 Einleitung

„Es sind wahrscheinlich nicht nur rachsüchtige Antifaschisten, die da schinden, es sind auch geborene ‚Faschisten‘ darunter.“ (Walter Dirks, 1947)¹

1.1 Thema und Zielsetzung

Als der Funktionär der Sozialistischen Einheitspartei Deutschland (SED) Karl Wloch am 10. September 1949 in Berlin einen abschließenden Bericht über seine politische Arbeit unter den deutschen Kriegsgefangenen in Polen seit April 1948 verfasste, notierte er: „Es muss gesagt werden, dass es in verschiedenen Zeiten 1945 bis 1947 in einer Reihe von Lagern sogenannte Antifa-Komitees gegeben hatte, die aber fast ohne Ausnahme von ungeeigneten, oft sogar nazistischen Elementen geführt waren. Sie errichteten in den Lagern ein Terror- und Günstlingsregiment, das die Lage der Kriegsgefangenen mehr verschlechterte als verbesserte.“² Wloch muss als profunder Kenner der Verhältnisse in den polnischen Lagern ab dem Frühjahr 1948 gelten, da er nicht nur von der polnischen Abteilung für Gefängniswesen und Lager (DWO) umfassend informiert wurde, sondern sich auch in den polnischen Arbeitslagern selbst ein Bild von den dortigen Zuständen machte. Seine zutreffenden Erkenntnisse, insbesondere hinsichtlich der Gewalterfahrungen der Gefangenen, waren ausschlaggebend für die Konzipierung einer neuen Phase der Lagerpolitik, die auf die Verbesserung der Lebensverhältnisse in den polnischen Lagern ab 1948 wesentlichen Einfluss hatte. Die Dissertation geht der Frage nach, wie das Leben in diesen Lagern vonstatten ging. Dazu werden verschiedene Lagergesellschaften in Polen und seinen vormaligen deutschen Westprovinzen zwischen 1944 und 1950 untersucht. Die vergleichende Analyse der Lagergesellschaften in den betreffenden sowjetischen und polnischen Kriegs- und Zivilgefangenenlagern soll dabei einerseits horizontal zwischen den sowjetischen und polnischen Gefangenenlagern erfolgen. Andererseits soll sie auch vertikal die Entwicklung der Lagergesellschaften innerhalb der polnischen Nachkriegslager explorieren, die den Wandel der sozialen, ökonomischen und politischen Verhältnisse des polnischen Staates in den Jahren 1945 bis 1950 widerspiegeln.

¹ Zit. in: Hirsch, Helga, 1998, Die Rache der Opfer. Deutsche in polnischen Lagern 1944-1950, Berlin, S. 212.

² SAPMO, SgY30-1103.

1.2 Stand der Forschung

Für die Zeit des Zweiten Weltkriegs stand neben dem nationalsozialistischen vor allem das stalinistische Lagersystem im Fokus der Geschichtswissenschaft.³ Zu den Gefangenenlagern in der Sowjetunion während und nach dem Zweiten Weltkrieg sind bereits zahlreiche Studien und Abhandlungen publiziert worden.⁴ Das System der Gefangenenlager in Polen und auf dem Gebiet der ehemaligen deutschen Ostprovinzen wurde bislang jedoch kaum behandelt. Über die dortigen Kriegsgefangenen sind bislang nur zwei Abhandlungen von wissenschaftlicher Bedeutung erschienen, ein Band von Otto Böss (1974)⁵ und die einzige grundlegende Studie „In polnischer Gefangenschaft. Deutsche Kriegsgefangene in Polen 1945-1950“ von Jerzy Kochanowski aus dem Jahr 2004⁶.

Besser erforscht sind die Internierungslager für deutsche Zivilgefangene in den Gebieten östlich von Oder und Neiße.⁷ Kurze Überblicksdarstellungen finden sich in verschiedenen Werken zur Vertreibungsthematik⁸ und in den Veröffentlichungen des „Deutschen Roten Kreuzes“⁹. Von den Lagern, welche die Sowjets bzw. die Polen nach Kriegsende 1945 zur Internierung von Deutschen nutzten, wurde insbesondere das Arbeitslager Zgoda durch die Veröf-

³ Applebaum, Anne, 2003, *Gulag. A History of the Soviet Camps*, London. Stettner, Ralf, 1996, „Archipel GULAG“. *Stalins Zwangslager - Terrorinstrument und Wirtschaftsgigant. Entstehung, Organisation und Funktion des sowjetischen Lagersystems 1928-1956*, Paderborn/München/Wien/Zürich. Siehe auch Jenkner, Siegfried, 2003, *Erinnerungen politischer Häftlinge an den GULAG. Eine kommentierte Bibliographie (= Berichte und Studien, 41)*, Dresden, S. 7-10.

⁴ Siehe u. a. Frieser, Karl-Heinz, 1981, *Krieg hinter Stacheldraht. Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion und das Nationalkomitee „Freies Deutschland“*, Mainz; Lehmann, Albrecht, 1986, *Gefangenschaft und Heimkehr. Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion*, München; Karner, Stefan, 1995, *Im Archipel GULAG. Kriegsgefangenschaft und Internierung in der Sowjetunion 1941-1956*, Wien/München; Hilger, Andreas, 2000, *Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion 1941-1956. Kriegsgefangenenpolitik, Lageralltag und Erinnerung (= Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte - Neue Folge, Bd. 11)*, Essen.

⁵ Böss, Otto, 1974, *Die deutschen Kriegsgefangenen in Polen und der Tschechoslowakei (= Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges, Bd. IX)*, München. Die 22-bändige Reihe „Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges“ der im Jahr 1957 von der Bundesregierung eingesetzten „Wissenschaftlichen Kommission für deutsche Kriegsgefangenengeschichte“ liefert eine Darstellung über die Gefangenschaft deutscher Soldaten während und nach dem Zweiten Weltkrieg, die hauptsächlich auf den Aussagen ehemaliger Kriegsgefangener beruht.

⁶ Kochanowski, Jerzy, 2004, *In polnischer Gefangenschaft. Deutsche Kriegsgefangene in Polen 1945-1950 (= Klio in Polen, Bd. 8)*, Osnabrück.

⁷ De Zayas, Alfred-Maurice, 1986, *Anmerkungen zur Vertreibung der Deutschen aus dem Osten*, Berlin/Köln/Mainz.

⁸ Urban, Thomas, 2004, *Der Verlust. Die Vertreibung der Deutschen und Polen im 20. Jahrhundert*, München, S. 126-133; Bacque, James, 1998, *Crimes and mercies. The fate of German civilians under allied occupation, 1944-1950*, London, S. 89-111; Nawratil, Heinz, 1982, *Vertreibungsverbrechen an Deutschen. Tatbestand, Motive, Bewältigung*, München, S. 42-51; Ders., 1986, *Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten*, München, S. 41-45.

⁹ Deutsches Rotes Kreuz - Suchdienst, 1954, *Zur Geschichte der Kriegsgefangenen im Osten*, Teil 1, Bielefeld; Deutsches Rotes Kreuz - Suchdienst, 1959, *Zur Geschichte der Kriegsgefangenen im Osten*, Teil 3, Bonn.

fentlichung des Buches „Auge um Auge. Die Geschichte von Juden, die Rache für den Holocaust suchten“ des amerikanischen Journalisten John Sack im Jahr 1995 bekannt.¹⁰

In der Bundesrepublik erschienen zudem mehrere Abhandlungen ehemaliger Zivilgefangener über einzelne dieser Arbeitslager, wie z. B. in Lamsdorf, Potulitz und Sikawa¹¹. Die Journalistin Helga Hirsch setzte sich ebenfalls mit Einzelschicksalen deutscher Zivilinternierter in polnischen Nachkriegslagern auseinander.¹²

Während in Deutschland hauptsächlich betroffene Nachkriegsinternierte über ihr Schicksal in den Lagern berichteten, setzten sich in Polen vor allem Historiker mit dem System der polnischen Nachkriegslager zwischen Oder und Weichsel auseinander. Ihre Untersuchungen beschränken sich zumeist auf regionale Lagersysteme bzw. auf einzelne Gefangenenlager.¹³ Über die polnischen Kriegsgefangenenlager nach Ende des Zweiten Weltkriegs bisher noch kein vollständiges Bild der Lagergesellschaften und ihrer internen sozialen Hierarchien vor. Ebenso stellt eine eingehende Untersuchung der Lagergesellschaften in den sowjetischen Sammel- und Durchgangslagern und den polnischen Lagern für Zivilgefangene noch ein Forschungsdesiderat dar.

Bislang hat sich nur eine geringe Zahl an Beiträgen mit den Häftlingshierarchien unter den deutschen Kriegsgefangenen in den Lagern der Sowjetunion befasst.¹⁴ Studien zu Lager-

¹⁰ Sack, John, 1995, *Auge um Auge. Die Geschichte von Juden, die Rache für den Holocaust suchten*, Hamburg. Zur Geschichte des Lagers siehe auch Jendryschik, Sepp, 2000, *Zgoda. Eine Station auf dem schlesischen Leidenweg*, Viöl; Gruschka, Gerhard, 1996, *Zgoda. Ein Ort des Schreckens. Als Vierzehnjähriger in einem polnischen Nachkriegskonzentrationslager*, Neuried; Dziurok, Adam, 2002, *Obóz pracy w Świętochłowicach w 1945 roku*, Warschau.

¹¹ Esser, Heinz, 2000, *Die Hölle von Lamsdorf. Dokumentation über ein polnisches Vernichtungslager*, 13. Aufl., Dülmen; Rasmus, Hugo, 1995, *Schattenjahre in Potulitz. Schicksal in polnischen Internierungslagern. Eine Dokumentation*, Münster; Waade, Silvia, 1985, *Baracke 7. Frauenschicksale hinter Stacheldraht. Viele gingen den Weg nach Sikawa 1945/46*, Berlin.

¹² Hirsch, Helga, 1998, *Die Rache der Opfer. Deutsche in polnischen Lagern 1944-1950*, Berlin.

¹³ Siehe u. a. Borodziej, Włodzimierz/Hajnicz, Artur (Hg.), 1998, *Kompleks wypędzenia*, Krakau; Jastrzębski, Włodzimierz (Hg.), 1995, *Ludność niemiecka na ziemiach polskich w latach 1939-1945 i jej powojenne losy*, Bydgoszcz; Linek, Bernard, 2000, *Polityka antyniemiecka na Górnym Śląsku w latach 1945-1950*, Oppeln; Nitschke, Bernadetta, 1999, *Wysiedlenie ludności niemieckiej z Polski w latach 1945-1949*, Zielona Góra; Podlasek, Maria, 1995, *Wypędzenie Niemców z terenów na wschód od Odry i Nysy Łużyckiej. Relacje świadków*, Warschau; Stankowski, Witold, 2000, *Niemcy na Pomorzu Gdańskim i Kujawach w latach 1944/45-1950. Ucieczka-życie codzienne-wysiedlenie*, Bydgoszcz; Nowak, Edmund, 2003, *Lager im Opperler Schlesien im System der Nachkriegslager in Polen (1945-1950)*, Opole; Madajczyk, Piotr, 1996, *Przyłączenie Śląska Opolskiego do Polski 1945-1948*, Warschau; Stankowski, Witold, 2002, *Lager für Deutsche in Polen am Beispiel Pommerellen/ Westpreußen (1945 - 1950). Durchsicht und Analyse der polnischen Archivalien*, Bonn; Nowak, Edmund, 1991, *Cień Łambinowic. Próba rekonstrukcji dziejów Obozu Pracy w Łambinowicach 1945-1946*, Opole; Ders., 1995, *Das Arbeitslager Lamsdorf 1945-1946 im Licht des wiedergefundenen Lagerregisters*, in: *Inter finitimos, Wissenschaftlicher Informationsdienst deutsch-polnische Beziehungen* 7, S. 20-23; Ders., 1994, *Aus dem Archiv des Arbeitslagers in Lamsdorf (1945-1946)*, in: *Forum für Kultur und Politik*, 10, S. 50-56; Nowak, Edmund, 1998, *Szkice z dziejów obozów w Lamsdorf/Łambinowicach - historia i współczesność*, Oppeln; Dziurok, Adam, 2002, *Obóz pracy w Świętochłowicach w 1945 roku*, Warschau.

¹⁴ Cartellieri, Diether, 1967, *Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion. Die Lagergesellschaft. Eine Untersuchung der zwischenmenschlichen Beziehungen in den Kriegsgefangenenlagern (= Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges, Bd. II)*, München; Saueremann, Dietmar/Brockpähler,

gesellschaften wurden insbesondere für nationalsozialistische Konzentrationslager (KZ)¹⁵ durchgeführt, dabei u. a. auch speziell für einzelne Gruppen wie die Frauen¹⁶, die nichtdeutschen Häftlinge¹⁷ und die antifaschistischen Lagerfunktionäre¹⁸, die ebenfalls Gegenstand der Untersuchung sind. Methodische Ansätze zur Aufarbeitung der Lagergesellschaften finden

Renate, 1992, „Eigentlich wollte ich ja alles vergessen...“. Erinnerungen an die Kriegsgefangenschaft 1942-1955 (= Beiträge zur Volkskultur in Nordwestdeutschland, 76), Münster.

¹⁵ Suderland, Maja, 2009, Ein Extremfall des Sozialen. Die Häftlingsgesellschaft in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern, Frankfurt a. M./New York; Pingel, Falk, 1978, Häftlinge unter SS-Herrschaft. Widerstand, Selbstbehauptung und Vernichtung im Konzentrationslager (= Historische Perspektiven, 12), Hamburg; Benz, Wolfgang/Distel, Barbara (Hg.), 2005, Häftlingsgesellschaft (= Dachauer Hefte. Studien und Dokumente zur Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, 21), Dachau; Orth, Karin, 2000, Gab es eine Lagergesellschaft? „Kriminelle“ und politische Häftlinge im Konzentrationslager, in: Frei, Norbert/Steinbacher, Sybille/Wagner, Bernd C. (Hg.), Ausbeutung, Vernichtung, Öffentlichkeit. Neue Studien zur nationalsozialistischen Lagerpolitik (= Darstellungen und Quellen zur Geschichte von Auschwitz, Bd. 4), München, S. 109-133; Neurath, Paul Martin, 2004, Die Gesellschaft des Terrors. Innenansichten der Konzentrationslager Dachau und Buchenwald, Frankfurt. Kaienburg, Hermann, 1991, „Vernichtung durch Arbeit“. Der Fall Neuengamme. Die Wirtschaftsbestrebungen der SS und ihre Auswirkungen auf die Existenzbedingungen der KZ-Gefangenen, 2. Aufl., Bonn, S. 156-161; Neuwöhner, Andreas, 2009, Radikalisierung und Expansion. Der Wandel der Häftlingsgesellschaft im Jahr 1942. Zwangsarbeiter aus Osteuropa als neue Häftlingsgruppe im KZ Niederhagen-Wewelsburg, in: Schulte, Jan Erik (Hg.), Die SS, Himmler und die Wewelsburg (= Schriftenreihe des Kreismuseums Wewelsburg, Bd. 7), Paderborn, S. 355-378; Benz, Wolfgang, 2008, Mitglieder der Häftlingsgesellschaft auf Zeit. „Die Aktionsjuden“ 1938/39, in: Ders. (Hg.), Das Konzentrationslager Dachau. Geschichte und Wirkung nationalsozialistischer Repression, Berlin, S. 207-218; Pätzold, Kurt, 2005, Häftlingsgesellschaft, in: Benz, Wolfgang/Distel, Barbara (Hg.), Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Bd. 1, Die Organisation des Terrors, München, S. 110-125. Siehe auch Sofsky, Wolfgang, 1993, Die Ordnung des Terrors. Das Konzentrationslager, Frankfurt a. M.; Des Pres, Terrence, 2008, Der Überlebende. Anatomie der Todeslager, Stuttgart; Goldstein, Jacob/Lukoff, Irving F./Strauss, Herbert A., 1991, Individuelles und kollektives Verhalten in Nazi-Konzentrationslagern. Soziologische und psychologische Studien zu Berichten ungarisch-jüdischer Überlebender (= Studien zur Historischen Sozialwissenschaft, Bd. 16), Frankfurt a. M./New York; Marcus, Paul, 1999, Autonomy in the Extreme Situation. Bruno Bettelheim, 1999, the Nazi Concentration Camps and the Mass Society, Westport. Hamburger Institut für Sozialforschung (Hg.), 1987, Die Auschwitz-Hefte. Texte der polnischen Zeitschrift „Przegląd Lekarski“ über historische, psychische und medizinische Aspekte des Lebens und Sterbens in Auschwitz, Bd. 1/2, Weinheim/Basel.

¹⁶ Konieczny, Alfred, Kobiety w obozie koncentracyjnym Gross-Rosen w latach 1944-1945, in: Studia Śląskie, 40 (1982), S. 55-112; Bauer, Helmuth Julius, 2011, Innere Bilder wird man nicht los. Die Frauen im KZ-Außenlager Daimler-Benz Genshagen, Berlin; Schikorra, Christa, 1997, „Asoziale“ Frauen. Ein anderer Blick auf die Häftlingsgesellschaft, in: Jacobeit, Sigrid (Hg.), Forschungsschwerpunkt Ravensbrück. Beiträge zur Geschichte des Frauen-Konzentrationslagers, Berlin, S. 60-70; Dies., 2009, Grüne und schwarze Winkel. Geschlechterperspektivische Betrachtungen zweier Gruppen von KZ-Häftlingen 1938 - 1940, in: Diercks, Herbert (Hg.), Ausgegrenzt. „Asoziale“ und „Kriminelle“ im nationalsozialistischen Lagersystem (= Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland, 11), Bremen, S. 104-110; Cziborra, Pascal, 2010, Frauen im KZ. Möglichkeiten und Grenzen der historischen Forschung am Beispiel des KZ Flossenbürg und seiner Außenlager, Bielefeld. Dürr, Christian, 2008, Weibliche Häftlinge im Konzentrationslager Mauthausen. Stand, Defizite und Aufgaben der Forschung, in: Steinthaler, Evelyn (Hg.), Frauen 1938. Verfolgte - Widerständige - Mitläuferinnen, Wien, S. 66-78; Buber Agassi, Judith, 2010, Die jüdischen Frauen im Konzentrationslager Ravensbrück - wer waren sie? (= Studien zum Nationalsozialismus, Bd. 6), Berlin; Recklies, Eberhard, 1984, Die Frauen von Majdanek, in: Götze, Ruth (Hg.), Faschistische Frauenkonzentrationslager 1933-1939. II. Kolloquium der Forschungsgemeinschaft „Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse um die Befreiung der Frau“ zur Frauenpolitik des faschistischen deutschen Imperialismus. Referate und Diskussionsbeiträge, Leipzig, S. 66-72.

¹⁷ Benz, Wolfgang/Distel, Barbara (Hg.), 2007, Nationalitäten im KZ (= Dachauer Hefte. Studien und Dokumente zur Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, 23), Dachau.

¹⁸ Niethammer, Lutz (Hg.), 1994, Der „gesäuberte“ Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald. Dokumente, Berlin; Ritscher, Bodo, 1985, Zum organisierten Widerstandskampf deutscher Antifaschisten im KZ Buchenwald, in: Eiber, Ludwig (Hg.), Verfolgung - Ausbeutung - Vernichtung: Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Häftlinge in deutschen Konzentrationslagern 1933-1945, Hannover, S. 130-148.

sich zudem in Forschungsbeiträgen zu den sowjetischen Speziallagern¹⁹ und den Gefangenenlagern des Ersten Weltkriegs²⁰.

1.3 Forschungsdesign und Hypothesen

Die Untersuchung der verschiedenen Lagergesellschaften in diesen Lagern erstreckt sich auf den Zeitraum zwischen Januar 1944, als die Rote Armee die Vorkriegsgrenze Polens überschritt, und April 1950, als die regulären Entlassungen deutscher Kriegsgefangener aus polnischem Gewahrsam beendet waren. Das zu erforschende Territorium umfasst dabei die Fläche Vorkriegspolens und die im August 1945 an Polen übertragenen Ostgebiete des Deutschen Reiches, d. h. den südlichen Teil Ostpreußens, Hinterpommern sowie Ost-Brandenburg, den östlichen Teil Sachsens und Schlesien. Die Forschung ging bislang von einem Nebeneinander verschiedener sowjetischer und polnischer Lagersysteme in den Gebieten östlich von Oder und Neiße aus. Erstmals nimmt die vorliegende Studie für die sowjetischen und polnischen Gefangenenlager östlich von Oder und Neiße eine Periodisierung für die Jahre 1944 bis 1950 vor. Sie arbeitet drei Phasen der Lagerpolitik heraus, die sich nicht nur in den Funktionen der Lager und den dort herrschenden Arbeits- bzw. Lebensbedingungen, sondern insbesondere in den Dimensionen der Gewalt unterscheiden.

Die erste Phase der Lagerpolitik begann mit dem Übertritt der Roten Armee über die Vorkriegsgrenze Polens im Januar 1944.²¹ Mit dem Vormarsch der sowjetischen Truppen wurde auf dem Gebiet östlich von Oder und Neiße ein Netz so genannter Front-Aufnahme-Durchgangslager errichtet.²² Obwohl die Rote Armee bereits im Oktober 1944 deutsches Reichsgebiet besetzt hatte, erließ die sowjetische Führung erst zu Jahresbeginn 1945 Verordnungen, die das Besatzungsregimes in Deutschland regelten.²³ Die sowjetische Führung zielte insbesondere auf die Auflösung des nationalsozialistischen Regimes ab. Das Interesse der Sowjets an einer schnellen Beseitigung des deutschen Staats- und Wirtschaftsapparates stand

¹⁹ Kilian, Achim, 1992, Einzuweisen zur völligen Isolierung. NKWD-Lager Mühlberg/Elbe 1945-1948, Leipzig; von Plato, Alexander (Hg.), 1998, Studien und Berichte (= Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945-1950, Bd. 1), Berlin; Greiner, Bettina, 2010, Verdrängter Terror. Geschichte und Wahrnehmung sowjetischer Speziallager in Deutschland, Bonn. Zu den Frauen in den sowjetischen „Speziallagern“ siehe Lenzer, Gudrun, 1996, Frauen im Speziallager Buchenwald 1945-1950. Internierung und lebensgeschichtliche Einordnung, Münster; Hartenstein, Elfi, 1992, ...und nachts Kartoffeln schälen. Verfolgt, verschwiegen, verdrängt. Frauen berichten aus Nachkriegslagern. Annäherung an ein Kapitel DDR-Vergangenheit, Berg am Starnberger See.

²⁰ Mitze, Katja, 2000, Das Kriegsgefangenenlager Ingolstadt während des Ersten Weltkriegs, Münster.

²¹ Böss, 1974, S. 19.

²² Kochanowski, 2004, S. 165.

²³ Mironenko, Sergej u. a. (Hg.), 1998, Sowjetische Dokumente zur Lagerpolitik (= Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945-1950, Bd. 2), Berlin, S. 15f.

dahinter zurück.²⁴ Sowjetische Sicherheitsbehörden begannen schon bald nach der Besetzung Polens durch die Rote Armee mit massenhaften Repressionen, welche auf die Zerschlagung der lokalen Einheiten der Heimatarmee und die Verhaftung von deren Offizieren abzielte. Neben deutschen Kriegsgefangenen wurden daher Ende 1944 in den sowjetischen Frontlagern auch antikommunistische Polen gefangen gehalten und von dort in die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) deportiert.²⁵ Das Netz der sowjetischen Front-Aufnahme-Durchgangslager waren bereits seit 1943 errichtet worden.²⁶ Bei diesen handelte es sich somit beim Kriegsende 1945 um gefestigte Institutionen, die der völligen Kontrolle des stalinistischen Systems unterlagen. Das System der sowjetischen Frontlager bildete in den Gebieten östlich von Oder und Neiße das dominierende Lagersystem.²⁷ Es ist davon auszugehen, dass sich durch das langfristige Bestehen dieser Lager Handlungsroutinen des Lagerpersonals etabliert hatten. Für die Gefangenenlager in der Sowjetunion hat Dieter Sauer mann herausgearbeitet, dass die Behandlung durch das sowjetische Lagerpersonal den Umständen entsprechend durchaus „human“ gewesen sei.²⁸ In diesen Lagern herrschte kaum physische Gewalt vor.²⁹ Viele Heimkehrer erkannten an, dass das Lagerpersonal in den Lagern der UdSSR bemüht war, die Lebensbedingungen in den Lagern bestmöglich zu gestalten.³⁰ Bis zum Kriegsende im Mai 1945 wirkten der Bund Deutscher Offiziere (BDO) und das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ (NKFD) zudem als mäßigende Kraft in den sowjetischen Frontlagern.³¹ In diesen Lagern kam das Prinzip der „abgeleiteten Macht“ zur Anwendung. Dieses Vorgehen war notwendig, um Personal zu sparen.³² Während das Lagerpersonal in den NS-Konzentrations- und Vernichtungslagern von den Funktionshäftlingen die Anwendung von Gewalt an den Mithäftlingen forderte, gibt es für die sowjetischen und polnischen Lager keinen Hinweis auf ein derartiges Vorgehen. In den Gefangenenbereichen der sowjetischen Frontlager herrschten „autonome Zustände“³³, das sowjetische Wachpersonal griff weitgehend nicht in das Lagergeschehen ein.³⁴

²⁴ Ebenda, S. 49.

²⁵ Brewing, 2016, S. 268f.

²⁶ Hilger, 2000, S. 86; Karner, 1995, S. 57.

²⁷ Böss, 1974, S. 21.

²⁸ Sauer mann/Brockpähler, 1992, S. 113.

²⁹ Siehe hierzu das Kapitel 4.1.

³⁰ Sauer mann/Brockpähler, 1992, S. 113.

³¹ Kügelgen, Else von, 1968, Die Front war überall. Erlebnisse und Berichte vom Kampf des Nationalkomitees „Freies Deutschland“, Berlin; Wolff, Willy, 1973, An der Seite der Roten Armee. Zum Wirken des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ an der sowjetisch-deutschen Front 1943 bis 1945, Berlin.

³² Orth, 2000, S. 109.

³³ Schwarz, 2017, S. 41.

³⁴ Sauer mann/Brockpähler, 1992, S. 113.

Diether Cartellieri hat in seiner Studie über Lagergesellschaften in den sowjetischen Kriegsgefangenenlagern dargelegt, dass der Zusammenhalt der deutschen Gefangenen in den sowjetischen Lagern im Allgemeinen sehr schlecht war. Als Grund führte er die politische Zerrüttung der deutschen Gesellschaft vor der nationalsozialistischen Machtergreifung im Jahr 1933 an.³⁵ Unter den deutschen Lagerbelegschaften in den sowjetischen Frontlagern östlich von Oder und Neiße gab es jedoch andererseits keinen Kampf jeder gegen jeden, wie es Andreas Hilger für die Stalingrader Lager konstatiert hat.³⁶

Wie die Funktionsgefangenen in den Selbstverwaltungen der betreffenden Lager die ihnen übertragene Macht nutzten, war nach Falk Pingel grundlegend auf deren Sozialisation zurückzuführen.³⁷ Die Verteilung der Macht auf die Funktionsgefangenen durch das sowjetische Lagerpersonal hatte in einigen Fällen Machtmissbrauch zur Folge, der sich im Berauben, Erniedrigen, Misshandeln und Töten von Mitgefangenen artikuliert. Die Motive für dieses Handeln waren vielfältiger Natur, lagen aber oft in einem ungestillten Vergeltungs- bzw. Rachebedürfnis begründet. Ursächlich für diesen Rachedrang waren zumeist durch NS-Verfolgung erlittenes Unrecht oder als unrechtmäßig empfundenes Verhalten durch Vorgesetzte in den deutschen Streitkräften. Gewalttätigkeiten erfolgten häufig auch durch Gefangene, „die wegen ihrer eigenen kompromittierenden Vergangenheit an der Ostfront - als Freiwillige in der SS oder Angehörige der Militärjustiz - in sowjetischer Kriegsgefangenschaft einem besonders hohen Risiko der Strafverfolgung ausgesetzt und deshalb auch eher versucht waren, mit sowjetischen Instanzen zu kollaborieren.“³⁸ Mit den gewalttätigen Übergriffen auf Mitgefangene oder Denunziationen strebten ehemalige Nationalsozialisten bzw. SS-Angehörige nach der Gunst des sowjetischen Lagerpersonals. Zuweilen versuchten Funktionsgefangene nur, sich auf Kosten von Mitgefangenen zu bereichern, um sich eigene Vorteile zu sichern.³⁹ Die häufigsten Anklagepunkte in Nachkriegsprozessen gegen Heimkehrer aus sowjetischen Lagern waren das gewaltsame Antreiben zur Arbeit, insbesondere durch die Brigadiere, und Denunziationen, die auch von gewöhnlichen Gefangenen an ihren Mitgefangenen verübt wurden. In den sowjetischen Frontlagern gab es kein ausgebautes, funktionierendes Spitzelnetz. Die Denunziationen erfolgten vornehmlich durch die Antifa-Aktivisten, die sich hierzu verpflichtet sahen, und ehemalige Nationalsozialisten bzw. SS-Angehörige, die sich hierdurch

³⁵ Cartellieri, 1967, S. 234-250.

³⁶ Hilger, 2000, S. 212.

³⁷ Sofsky, 1993, S. 145.

³⁸ Biess, 2000, S. 53. Vgl. Verfahren gegen den ehemaligen SS-Freiwilligen Fritz K., Staatsanwaltschaft Köln, 24 KIs 3/57, NRWHStA, Rep. 231/1006; Verfahren gegen den ehemaligen Nationalsozialistischen Führungsoffizier Oskar E., Staatsanwaltschaft Köln, 24 JS 403/56, NRWHStA Rep. 213/813; Verfahren gegen den ehemaligen Militärrichter Heinrich S., Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStA), Abt. 461/Nr. 33147.

³⁹ Gruschka, 1996, S. 69.

eine Vorzugsbehandlung durch das sowjetische Lagerpersonal erhofften. Auch das Berauben von Mitgefangenen durch die Funktionsgefangenen zählte zu den häufigen Vergehen in den sowjetischen Frontlagern, die von den sowjetischen Lagerleitungen jedoch nicht geahndet wurden.

Ein Verlust der Protektion durch das sowjetische Lagerpersonal hatte häufig Vergeltungsaktionen an den betreffenden Funktionsgefangenen zur Folge. Selten rechneten Mitgefangene mit einem belasteten Funktionsgefangenen nach dessen Absetzung noch im selben Lager ab. Wahrscheinlicher war es, dass die Vergeltung auf dem Transport in ein anderes Lager oder nach der Ankunft im neuen Lager verübt wurde. In den ersten Nachkriegsjahren war der physische Zustand der Gefangenen häufig so schlecht, dass Racheaktionen durch die Gefangenen sich so lange verzögerten, bis diese sich körperlich erholt hatten. Eine weitere Form der Abrechnung waren die so genannten „Kameradenschinder-Prozesse“, bei denen eine Bestrafung vor Gericht erst nach der Heimkehr erfolgte. Noch 1955 war die SED bemüht, die Heimkehr der letzten deutschen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion zu verhindern, da die Partei weitere „Kameradenschinder-Prozesse“ befürchtete.

Neben den sowjetischen Frontlagern bestanden ab Februar 1945 die Lager des polnischen Sicherheitsdienstes.⁴⁰ Zumeist wurden diese Lager genutzt, um die stalinistischen Befehle umzusetzen. In vielen Fällen erfolgten von dort die Deportationen von Deutschen zum Arbeitseinsatz in die Sowjetunion. Im Lager Zgoda übernahm der polnische Sicherheitsdienst von den sowjetischen Behörden deutsche Gefangene, die verdächtigt wurden, NS-Funktionäre zu sein und aufgrund des Stalin-Erlasses vom Januar 1945 als „Träger der NSDAP“ verhaftet wurden.⁴¹ In diesen wenigen Lagern mit geringen Gefangenenkontingenten war das Maß an physischer Gewalt zum Teil sehr hoch.⁴²

Mindestens drei Gründe veranlassten die sowjetische Führung, den Demontagen in den Gebieten östlich von Oder und Neiße die größte Wichtigkeit beizumessen. Den sowjetischen Truppen war während ihres Vormarsches das oberschlesische Industrieviertel weitgehend unzerstört in die Hände gefallen. Dessen Kohlevorkommen war für den Wiederaufbau dringend erforderlich. Die ungeklärte Frage der Reparationsleistungen mag zugleich die sowjetische Führung dazu veranlasst haben, möglichst schnell einseitig vollendete Tatsachen zu schaffen. Die sowjetische Führung beabsichtigte zudem, die Gebiete östlich von Oder und Neiße schnellstmöglich an Polen zu übergeben, um den Westalliierten vorzugreifen, die auch in die-

⁴⁰ Hirsch, 1998, S. 212.

⁴¹ Gruschka, 1996, S. 72.

⁴² Ebenda, S. 98.

ser Frage noch keine Einigung erzielt hatten.⁴³ Bereits nach einigen Wochen löste die Rote Armee die sowjetischen Frontlager östlich von Oder und Neiße auf und übergab sie in die polnische Verwaltung.⁴⁴

Eine zweite Phase der Lagerpolitik begann ab Juni 1945. Bereits am 4. Juni 1945 hatte Stalin die erste zentrale Repatriierungsanweisung für 225.000 arbeitsunfähige Kriegsgefangene erlassen, um die Arbeitslager in der UdSSR zu entlasten.⁴⁵ Der polnische Staat verfügte bis zum Sommer 1945 kaum über eigene Gefangene.⁴⁶ Im Mai 1945 hatten polnische Behörden damit begonnen, in der Nähe der polnischen Kohlegruben zusätzlich zu den übernommenen NS-Lagern neue Lager für Zwangsarbeiter zu errichten.⁴⁷ Da die Sowjets im Frühjahr 1945 Massen an Deutschen aus Ostoberschlesien in die UdSSR deportiert hatten, waren in diesem Gebiet kaum noch arbeitsfähige Zivilisten vorhanden. Auch in sämtlichen Warschauer Lagern befanden sich im Sommer 1945 zusammen etwa nur 2.500 Zivilinternierte, Kriegsgefangene und Häftlinge.⁴⁸ Sowjetische Behörden weigerten sich zunächst, internierte Deutsche aus Brandenburg und Pommern, die in den Lagern Landsberg a. d. Warthe und Schneidemühl festgehalten wurden, auszuliefern. Schließlich überstellten diese im Juli 1945 ein Kontingent von 3.244 deutschen Zivilinternierten nach Schlesien, wo sie auf die Grubenlager der Vereinigungen der Kohleindustrie verteilt wurden.⁴⁹ Der schlesische Wojewode Zawadzki ordnete im Juni 1945 zudem die völlige „Entdeutschung“ Oberschlesiens an, die er bereits zu Beginn des Jahres 1945 eingeleitet hatte, um durch eine polnische Besiedelung den Anspruch Polens auf die deutschen Ostgebiete zu untermauern.⁵⁰ Im Opper Schlesien gerieten so zahlreiche Deutsche in polnische Aussiedlungslager.⁵¹ Durch die Unterzeichnung des sowjetisch-polnischen Kohleabkommens am 16. August 1945 ordnete Stalin am 18. August 1945 die Übergabe von 50.000 Kriegsgefangenen an Polen an.⁵² Aufgrund der Vielzahl von überstellten ehemaligen SS-Angehörigen und NSDAP-Mitgliedern wurden die meisten Kriegsgefangenen in die Gebiete östlich von Schlesien verlegt, insbesondere in das Demobrowka-Becken,

⁴³ Mironenko, 1998, S. 50.

⁴⁴ Ebenda, S. 53.

⁴⁵ Hilger, 2000, S. 316.

⁴⁶ Kochanowski, 2004, S. 48f.

⁴⁷ Eser, 2003, S. 380.

⁴⁸ Kochanowski, 2004, S. 99.

⁴⁹ Ebenda, S. 51.

⁵⁰ Adenauer, Evelyne A., 2014, Das christliche Schlesien 1945/46. Wie die Erzdiözese Breslau und die Kirchenprovinz Schlesien der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union endeten und in Schlesien polnische katholische Apostolische Administraturen eingerichtet wurden (= Beiträge zu Theologie, Kirche und Gesellschaft im 20. Jahrhundert, Bd. 22), Berlin u. a., S. 58.

⁵¹ Friszke, Andrzej, 2003, Polska. Losy państwa i narodu 1939-1989, Warschau, S. 114f.

⁵² Kochanowski, 2004, S. 50f.

wo die Haltung der polnischen Bevölkerung gegenüber den deutschen Gefangenen sehr ablehnend war.⁵³

In den polnischen Lagern kam es seit Frühjahr 1945 zu zahlreichen gewaltsamen Übergriffen auf die Zivilinternierten und die Kriegsgefangenen durch das polnische Lagerpersonal bzw. durch die deutschen Funktionsgefangenen.⁵⁴ Die Gründe für die zum Teil exzessiv verübte Gewalt durch das polnische Lagerpersonal waren vielfältiger Natur. Polen hatte am längsten unter der nationalsozialistischen Herrschaft gelitten. Für viele Polen bot sich in den Lagern erstmalig die Gelegenheit, sich für erlittenes Unrecht während der nationalsozialistischen Besatzungsherrschaft in Polen an den internierten „Volksdeutschen“ bzw. an den deutschen Kriegsgefangenen zu rächen. Die Situation in Polen war in den ersten Nachkriegsjahren durch „chaotische Zustände“ geprägt, so dass eine Kontrolle der Lager durch die polnischen Behörden nicht oder nur unzureichend erfolgte. Der rechtliche Status der Gefangenen war in vielen Lagern unklar. Die zentralen Erlasse der Zentralverwaltung der Kohleindustrie erreichten die Bergwerkslager häufig nicht.⁵⁵ Die vom polnischen Wachpersonal an den Gefangenen praktizierten Gewalttaten blieben den übergeordneten Stellen zumeist verborgen oder wurden im Falle eines Bekanntwerdens kaum geahndet. In einigen Fällen griff die sowjetische Besatzungsmacht mäßigend in das Lagergeschehen ein.⁵⁶ Ein weiterer wichtiger Faktor für die Gewaltpraxis war die Unerfahrenheit der polnischen Wachmannschaften bzw. der Lagerverwaltungen. Da die zivilen Lagerverwaltungen aufgrund mangelnder Erfahrung die Disziplin der deutschen Gefangenen nicht aufrechterhalten konnten, setzten sie die gefangenen Offiziere zur Aufrechterhaltung der Ordnung in den Lagern ein. Das Vorgehen des polnischen Wachpersonals zeigte dabei den Gefangenen den Rahmen auf, in dem sich die Gewalt gegenüber den Mitgefangenen unsanktioniert entfalten konnte. In den Lagern, in denen deutsche Offiziere an der Spitze der Selbstverwaltungen standen, setzten sich diese häufig für eine Verbesserung der Lebensverhältnisse in den Lagern und den Schutz der Gefangenen ein.

Eine dritte Phase der Lagerpolitik begann in Polen ab April 1948. Im Jahr 1946 hatten die sowjetischen Besatzungsbehörden der SED bekannt gegeben, dass sie keine weiteren Interventionsbemühungen bezüglich der deutschen Gefangenen im sowjetischen Gewahrsam dulden würden. Auf die Vorgänge in den sowjetischen Gefangenenlagern hatte die SED somit

⁵³ Ebenda, S. 105.

⁵⁴ Esser, Heinz, 2000, Die Hölle von Lamsdorf. Dokumentation über ein polnisches Vernichtungslager, 13. Aufl., Dülmen. Rasmus, Hugo, 1995, Schattenjahre in Potulitz. Schicksal in polnischen Internierungslagern. Eine Dokumentation, Münster. Waade, Silvia, 1985, Baracke 7. Frauenschicksale hinter Stacheldraht. Viele gingen den Weg nach Sikawa 1945/46, Berlin.

⁵⁵ Kochanowski, 2004, S. 105.

⁵⁶ Gruschka, 1996, S. 69.

keinen Einfluss.⁵⁷ Polen blieb die einzige östliche Gewahrsamsmacht, bei der die SED in der Frage der Kriegsgefangenen intervenieren konnte.⁵⁸ Auf der Moskauer Außenministerkonferenz vom 10. März bis 24. April 1947 beschlossen die Teilnehmerstaaten, bis zum Jahresende 1948 alle deutschen Kriegsgefangenen in ihre Heimatländer zu repatriieren. Innerhalb der SED gab es bis zum Frühjahr 1948 zunächst keinerlei Bestrebungen nach einer Umerziehung der deutschen Kriegsgefangenen in Polen. Auf die Bitte eines deutschen Kriegsgefangenen in einem polnischen Arbeitslager um die Zusendung von Propagandamaterial hatte die SED Ende 1947 nicht reagiert. Zu Jahresbeginn 1948 hatte die Partei die kommunistische Polnische Arbeiterpartei (Polska Partia Robotnicza/ PPR) gebeten, die deutschen Kriegsgefangenen aus Polen zu entlassen.⁵⁹ Die Möglichkeit zur Intervention in den polnischen Lagern ergab sich für die SED nach der Entspannung der ostdeutsch-polnischen Beziehungen ab 1947.⁶⁰ Für die polnischen Behörden bestand nach Jerzy Kochanowski ein Interesse an einem Eingreifen der Ostdeutschen in den polnischen Lagern insbesondere darin, dass die Polen den deutschen Kriegsgefangenen vor ihrer Repatriierung ein positives Bild der polnischen Nation vermitteln wollten.⁶¹ Ältere deutsche Forschungsbeiträge geben an, dass bereits unmittelbar nach dem Kriegsende 1945 eine Umerziehung der deutschen Kriegsgefangenen in Polen erfolgt sei. Wie die vorliegende Studie jedoch aufzeigen wird, versuchte die SED erst 1947 Maßnahmen zu ergreifen, um der sogenannten „westlichen Hetze“, d. h. die kritische Berichterstattung in den westdeutschen Besatzungszonen gegen die UdSSR, die SBZ und Polen, vorzubeugen. In einem Treffen zwischen dem SED-Parteivorsitzenden Wilhelm Pieck und Josef Stalin im März 1948 in Moskau kam dieses Problem ausführlich zur Sprache.⁶² Vermutlich wurden auf dieser Zusammenkunft auch entsprechende Gegenmaßnahmen diskutiert. Anfang April 1948 entsandte die SED ihren Vertreter Karl Wloch, um die politische Umerziehung unter den deutschen Kriegsgefangenen zu organisieren. Wloch beschrieb in einem zeitgenössischen Bericht, er hätte bei der Konzipierung einer neuen Antifa-Bewegung in Polen seine Erfahrungen aus der politischen Arbeit in jugoslawischen Gefangenenlagern eingebracht. Unbeachtet blieb in der Forschung bislang, daß die Antifa-Bewegung in den jugoslawischen Gefangenenlagern aufgrund der Gewalterfahrungen der Gefangenen als „gescheitert“ galt.⁶³ Vielmehr sollte die Umsetzung der Umerziehungsarbeit zeitgleich mit einer Verbesserung der Lebensverhältnisse in den polnischen Lagern erfolgen. Eine wesentliche Maßnahme, die Wloch durchführte, war

⁵⁷ Morré, 1998, S. 172.

⁵⁸ Böss, 1974, S. 55.

⁵⁹ Gebhardt/Küttner, 1997, S. 120.

⁶⁰ Stokłosa, Katarzyna, 2011, Polen und die deutsche Ostpolitik 1945-1990, Göttingen, S. 76-79.

⁶¹ Kochanowski, 2004, S. 354f.

⁶² Ebenda, S. 371.

⁶³ Böhme, 1962, S. 41.

neben den politischen Schulungen der Kriegsgefangenen die Neustrukturierung der Lagergesellschaften. Keineswegs handelte es sich bei diesem Vorgehen um eine „revolutionär anmutende neue Behandlung“ (Jerzy Kochanowski).⁶⁴ Das neuartige Prinzip einer von den deutschen Kriegsgefangenen gewählten Selbstverwaltung war in erster Linie eine Reaktion auf die Übergriffe vorgeblicher oder tatsächlicher Antifaschisten in den sowjetischen und polnischen Gefangenenlagern in den Jahren 1945 bis 1947. Es ist anzunehmen, dass Wloch bei seiner Rundreise durch das oberschlesische Kohlenrevier und der Besichtigung der dortigen Bergwerkslager im April 1945 von den dortigen Gefangenen Kenntnisse über die Gewaltpraxis der Funktionsgefangenen erhielt. Die Umstrukturierung der Lagergesellschaften war somit ein Versuch, den Gewalterfahrungen der Gefangenen in den sowjetischen und polnischen Lagern entgegenzuwirken. Durch eine freie Wahl der Funktionsgefangenen, die durch die polnischen Lageradministrationen formal bestätigt wurden, sollten fortan gewaltsame Übergriffe auf Kriegsgefangene verhindert werden. Zugleich sollte diese Maßnahme das Wohlwollen der neuen Antifa-Bewegung demonstrieren.

Für eine politische Arbeit in den polnischen Lagern war eine völlige Umstrukturierung der Lagergesellschaften nicht erforderlich. Vielmehr hätte sich hierfür die Besetzung sämtlicher führender Positionen in der Gefangenen selbstverwaltung mit Antifa-Aktivisten angeboten. In vielen Fällen zeigte sich in der Praxis, daß diese Maßnahme für die politische Betätigung unter den deutschen Kriegsgefangenen im polnischen Gewahrsam durchaus hinderlich war. Zahlreiche ehemalige Angehörige der SS oder NSDAP wurden von den Mitgefangenen zu Lagerältesten in in andere Funktionspositionen gewählt. Im Offizierslager Sikawa setzte sich z. B. die Lagerselbstverwaltung in der Mehrheit aus ehemaligen NSDAP-Mitgliedern zusammen.⁶⁵

Die Dissertation zeigt auf, dass Karl Wloch während seiner Zeit in Polen die westdeutsche Berichterstattung über die Zustände in polnischer Gefangenschaft eingehend verfolgte.⁶⁶ Als am 17. Juli 1948 in der „Neue Ruhrzeitung“ ein diskreditierender Artikel über angebliche Missstände in polnischer Kriegsgefangenschaft erschien, forderten Wloch und die polnischen Behörden eine Resolution der deutschen Gefangenen in den größten Lagern.⁶⁷ Ab Mitte Juli 1949 berichtete die westdeutsche Presse intensiv über die so genannten „Kameradenschinder-Prozesse“. Die polnischen Behörden reagierten, indem sie zwei für ihre Gewalttaten berüchtigte Antifa-Aktivisten aus ihrem Lager abzogen und für ihre Taten verurteilen wollten, um so

⁶⁴ Kochanowski, 2004, S. 127.

⁶⁵ Ebenda, S. 325.

⁶⁶ Gebhardt/Küttner, 1997, S. 120.

⁶⁷ Kochanowski, 2004, S. 321.

die Einleitung eines Gerichtsprozesses in Westdeutschland zu vermeiden.⁶⁸ Den Gefangenen des betreffenden Lagers wurde die beabsichtigte Bestrafung der beiden Funktionsgefangenen durch das polnische Lagerpersonal bekannt gegeben. Der Versuch der deutschen Antifa-Bewegung in Polen, Misshandlungen bzw. Tötungen durch deutsche Funktionsgefangene bereits im polnischen Gewahrsam vor Gericht zu bringen, war ein für die östlichen Gewahrsamsmächte einzigartiger Vorgang. Durch die Verbesserung der Lebensverhältnisse in den polnischen Lagern ab 1948 besserte sich auch der physische Zustand der Gefangenen. Mit der körperlichen Erkäftigung kam es nun zu gelegentlichen Gewaltakten von deutschen Kriegsgefangenen gegen Antifa-Aktivisten und gegen das polnische Wachpersonal.

Während sich zahlreiche ehemalige Antifa-Aktivisten nach ihrer Heimkehr aus der Sowjetunion in Westdeutschland niederließen,⁶⁹ zogen die meisten Antifa-Aktivisten aus den polnischen Lagern es vor, in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) heimisch zu werden. Vermutlich spielte für diese Entscheidung auch die Furcht vor möglichen Strafanzeigen durch ehemalige Mitgefangene und drohende Verurteilungen eine nicht unwesentliche Rolle. Bezeichnenderweise wurden die beiden einzig bekannten „Kameradenschinder-Prozesse“ gegen ehemalige Funktionsgefangene im polnischen Gewahrsam gegen zwei ehemalige NSDAP-Mitglieder geführt.⁷⁰

Die Arbeit untersucht die jeweiligen Lagergesellschaften am Beispiel der sowjetischen Durchgangslager Auschwitz und Breslau-Hundsfeld sowie der Übergabelager Neuhammer und Sagan⁷¹ und zeigt Gemeinsamkeiten bzw. Unterschiede auf. Danach vergleicht die Studie die erzielten Forschungsergebnisse mit denen der polnischen Kriegs- und Zivilgefangenenlager. Letztere fielen in den Zuständigkeitsbereich der „Abteilung für Gefängniswesen und Lager“ des polnischen Sicherheitsministeriums (DWO). Um logistische Probleme wie die Quartierbeschaffung, die Nahrungsmittelversorgung und die Gefangenenbewachung besser bewältigen zu können, löste das Ministerium im April 1945 alle kleineren Lagereinheiten auf und errichtete zentrale Arbeitslager. Einen Teil der Gefangenen überstellte das DWO der „Zentralverwaltung der Kohleindustrie“ (CZPW), wo sie in Grubenlagern eingesetzt wurden.⁷² Von der polnischen Armee gefangen genommene deutsche Soldaten wurden dagegen in den

⁶⁸ Ebenda, S. 294.

⁶⁹ Morré, 1998, S. 112.

⁷⁰ Esser, 2000, S. 68; Gruschka, 1996, S. 13.

⁷¹ Diese Lager wurden mit den Belegschaften von den Sowjets an die Polen übergeben. Die Durchgangslager hingegen lösten die zuständigen sowjetischen Behörden nach dem Abtransport bzw. der Entlassung der Gefangenen auf.

⁷² Die Grubenlager waren in unmittelbarer Nähe zu Bergwerken gelegen und verfügten über autonome Strukturen.

Lagern des „Verteidigungsministeriums und Korps für Innere Sicherheit“ interniert und von dort zu Arbeiten in militärischen Einrichtungen herangezogen. Eine Vielzahl polnischer Lager unterstand ferner der Zuständigkeit polnischer Lokalbehörden, die sie in den Wirren des Kriegsendes spontan errichtet hatten.⁷³

Ein Netz aus Frontlagern in den von sowjetischen Truppen eroberten Gebieten bildete den „Eingang zum Archipel“.⁷⁴ Es setzte sich aus Aufnahmepunkten (PPV) für die Übernahme der Soldaten im Frontgebiet, den Sammelpunkten (SPV) für eine erste sanitäre Versorgung und die zahlenmäßige Erfassung der Gefangenen sowie den Front-Aufnahme-Durchgangslagern (FPPL) zur Anfertigung von Personalkarten und der anschließenden Überführung der Kriegsgefangenen in das rückwärtige Gebiet zusammen.⁷⁵ Die Lager auf polnischem und ostdeutschem Territorium wurden zumeist in unmittelbarer Nähe von Bahnverladestationen und Versorgungsbasen angelegt, wobei die Rote Armee zur Unterbringung ihrer Gefangenen neben Landgütern und Kasernen auch auf die umfangreiche Infrastruktur des NS-Lagersystems zurückgriff.⁷⁶ Wie die sowjetischen Truppen, griffen auch die polnischen Behörden insbesondere auf die noch aus der Zeit der NS-Besatzung bestehenden Lager zurück. Der Begriff „Lager“ war dabei sehr unscharf gefasst. In einem polnischen Dorf diente eine Scheune als Lager, in einem anderen gar ein mit Stacheldraht umzäunter Platz.⁷⁷

Der Begriff des Kriegsgefangenen war nach sowjetischer Definition, beruhend auf dem Erlass des Rates der Volkskommissare der UdSSR Nr. 1798-80406 vom 1. Juli 1941, sehr weit gefasst:

„Als Kriegsgefangene gelten: a) Personen, die der Wehrmacht von Staaten angehören, welche sich im Kriegszustande mit der UdSSR befinden, und die bei Kriegshandlungen eingebracht wurden, sowie Bürger solcher Staaten, die im Gebiete der UdSSR interniert sind. b) Personen, die bewaffneten Trupps angehören, welche nicht zur feindlichen Wehrmacht gehören, wenn sie offen Waffen tragen. c) Zivilpersonen, welche auf entsprechenden Befehl die Armee des Feindes begleiten, wie Berichterstatter, Lieferanten und andere Personen, die bei Kriegshandlungen eingebracht werden.“⁷⁸

Als Zivilgefangene galten nach der streng geheimen Verordnung 7161ss vom 16. Dezember 1944 des für die sowjetische Kriegswirtschaft zuständigen „Staatskomitees für Verteidigung“ (GOKO) „alle arbeitsfähigen deutschen Männer zwischen 17 und 45 Jahren und Frauen zwischen 18 und 30 Jahren“ aus den von der Roten Armee eroberten Staatsgebieten Bulgariens,

⁷³ Vgl. Kochanowski, 2004, S. 82-120.

⁷⁴ Kochanowski, 1995, S. 39.

⁷⁵ Karner, 1999, S. 340; Karner, 1995, S. 71.

⁷⁶ Poljan, 1999, S. 312. Vgl. Rensinghoff, S. 22.

⁷⁷ Kochanowski, 2004, S. 177.

⁷⁸ Mironenko, 1998, S. 34.

Rumäniens, Jugoslawiens, Ungarns und der Tschechoslowakei.⁷⁹ Ein weiterer Befehl des GOKO vom 3. Februar 1945 weitete den Befehl auf die Territorien Oberschlesiens und Ostpreußens aus.⁸⁰

Auch nach polnischer Definition entsprachen die Kriegsgefangenen nur zum Teil den Begriffskriterien des damals geltenden Völkerrechts, da neben Soldaten ethnisch deutscher Herkunft auch Menschen zahlreicher anderer Nationalitäten, die in den deutschen Streitkräften gedient hatten, nach dem Krieg in polnische Gefangenschaft gerieten.⁸¹ Hinzu kamen Angehörige der deutschen Bevölkerung jeden Alters, die als zivile Gefangene ihren Weg in die polnischen Lager fanden.

Ziel der Dissertation ist es, die Lagergesellschaften der „Zentralen Arbeitslager“ Potulitz (für Pommerellen) und Jaworzno (für Südpolen) des Sicherheitsministeriums, für die Zentralverwaltung der Kohleindustrie die Lager „Brzeszcze“ und „Bierut“, die Kriegsgefangenenlager Warschau-Mokotów und Warschau-Boernerowo sowie die Internierungslager Zgoda und Lamsdorf zu untersuchen.

Die Forschungsarbeit stellt die verschiedenen Gruppen innerhalb der Lagergesellschaften vor und untersucht ihr internes Mit-, Neben-, Gegen- und Untereinander. Herausgearbeitet wird dabei, welche einzelnen Gefangenengruppen sich, z. B. bedingt durch Privilegien seitens der Wachmannschaften oder Benachteiligungen durch die Mitgefangenen, aus der Gesamtheit der Lagerinsassen herauskristallisierten. Die Untersuchung der sozialen Interaktionen zwischen den Gefangenen soll zudem explorieren, wie sich das Verhalten von einzelnen Gruppen unter abweichenden Rahmenbedingungen unterschied oder ähnelte.

Die Arbeit nimmt zunächst die politische und wirtschaftliche Situation in Polen und den deutschen Ostgebieten 1944 bis 1950 in den Blick und analysiert anschließend die unterschiedlichen sowjetischen und polnischen Lagertypen, die sich in diesen Jahren auf dem Gebiet befanden.

Ein weiteres Kapitel stellt das Spektrum an Gefangenengruppen vor, die in ihrer Gesamtheit die Lagergesellschaft bildeten. Dabei werden auch Umfang und Herkunft der Gruppen innerhalb der einzelnen Lagergesellschaften untersucht. Die Masse der Lagerinsassen bildeten die Kriegsgefangenen aus den Reihen der Wehrmacht und der Waffen-SS sowie die deutschen Zivilgefangenen. Im Fokus der Dissertation stehen zudem die deutschen politischen Gefangenen und die nichtdeutschen Gefangenen. Auch auf die Frauen, die Jugendlichen und die Alten

⁷⁹ Karner, 1995, S. 25, 27; Mironenko, 1998, S. 133-136.

⁸⁰ Karner, 1995, S. 27; Mironenko, 1998, S. 146-148.

⁸¹ Kochanowski, 2004, S. 17.

wird in der Forschungsarbeit näher eingegangen. Die Arbeit geht für die Gruppe der nicht-deutschen Gefangenen der Frage nach, warum die ungarischen, ukrainischen und polnischen Lagerinsassen in den Lagerhierarchien unterschiedliche Positionen einnahmen. In den sowjetischen Lagern wurden etwa die ukrainischen Internierten gegenüber ihren deutschen Mitgefangenen bevorzugt behandelt, die polnische Gewahrsamsmacht ließ den Ukrainern jedoch eine wesentlich schlechtere Behandlung zuteil werden.⁸² Aufgezeigt werden die ethnischen Spannungen dieser Zeit und damit der unterschiedliche Umgang der Sowjets und der Polen mit den verschiedenen Nationalitäten begründet.⁸³ Zugleich wird in der Dissertation das Verhältnis zwischen den beiden Gewahrsamsmächten untersucht.

Das fünfte Kapitel befasst sich mit der Gefangenenselbstverwaltung und dem System der Funktionsgefangenen in den zu untersuchenden Lagern. In der relativen Autonomie agierten unterschiedliche Akteure und Akteursgruppen in den Funktionsstellen, mit vielfältigen Motivationen und politischen Ausrichtungen. An der Spitze der Gefangenenselbstverwaltung stand der Lagerälteste, welcher der Kommandantur und dem Wachpersonal direkt unterstellt war. Zu dessen vielfältigen Aufgaben zählte es primär, unter den Gefangenen für einen geregelten Lageralltag zu sorgen. Um die Disziplin und die Ordnung unter den Lagerinsassen zu wahren, waren diese militärisch in Hundertschaften und Blöcke gegliedert, die jeweils von einem Offizier geführt wurden. Neben den Block- und Hundertschaftsführern, die für ihre jeweilige Einheit verantwortlich waren, wurde zudem eine eigens geschaffene Lagerpolizei für die Aufrechterhaltung der Ordnung eingesetzt. Als politische Lagerinstanz verstanden sich die Antifa-Komitees, die sich in den Lagern zumeist spontan bildeten. Ihre Mitglieder verfügten über zahlreiche Vergünstigungen und über beste Verbindungen zur Lagerkommandantur. Neben diesen Komitees versuchten auch Angehörige des Nationalkomitees „Freies Deutschland“, sich antifaschistisch in den Lagern zu betätigen. Obwohl das NKFD sich als Institution in den sowjetischen Gefangenenlagern etabliert hatte und von den Sowjets in seinem Vorgehen unterstützt wurde, verlor dieses nach dem Kriegsende zunehmend an Bedeutung. Auch das Sanitäts- und Küchenpersonal und die so genannten „Spezialisten“ zählten zu den privilegierten Gefangenen.

Anschließend werden die wichtigsten Aspekte des Lageralltags erörtert. Die Arbeit wird aufzeigen, welche Akteure in den verschiedenen Phasen des Lagers maßgeblich an den in ihnen erfolgenden Prozessen beteiligt waren. Neben den drohenden Transporten in die Sowjetunion war der Arbeitseinsatz der Kriegs- und Zivilgefangenen ein Faktor, der das Zusammenleben

⁸² Hass, 1992, S. 19.

⁸³ Siehe hierzu auch Nachtigal, Reinhard, 2005, Kriegsgefangenschaft an der Ostfront 1914 bis 1918. Literaturbericht zu einem neuen Forschungsfeld, Frankfurt a. M., S. 39-43.

der Gefangenen im Wesentlichen bestimmte. Die Studie analysiert, welche Aufgaben die Funktionsgefangenen im Arbeitseinsatz übernahmen, welche Privilegien diesen gegenüber ihren Mitgefangenen zustanden und wie die Arbeitsverteilung im Allgemeinen geregelt war. Die antifaschistischen Aktivitäten in den Gefangenenlagern bilden einen weiteren bedeutenden Aspekt des Lagerlebens. Für die sowjetische Lagerpolitik arbeitet die Dissertation die diesbezüglichen Anstrengungen des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ und deren Resonanz unter den Gefangenen heraus. Dabei ergründet der Verfasser die Aktivitäten der Lager-Antifa vor und nach dem Kriegsende 1945. Die Arbeit greift zudem die antifaschistischen Betätigungen im polnischen Gewahrsam auf. Sie geht speziell auf die Bemühungen der SED ein, ab dem Frühjahr 1948 die Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen durch beauftragte Funktionäre organisatorisch und vor allem politisch vorzubereiten. Dazu wird die Dissertation insbesondere die Aktivitäten des SED-Politikers Karl Wloch erörtern, der als Übersetzer und Lehrer in den polnischen Kriegsgefangenenlagern tätig war. Dort fungierte er als treibende Kraft hinter den Umerziehungsprogrammen der gefangenen Offiziere, um diese für die Idee des Sozialismus zu gewinnen.⁸⁴ Zu den Aufgaben der Antifa-Mitglieder zählte auch die Suche nach ehemaligen SS- und NSDAP-Angehörigen. Die Verfolgung und Ahndung der Straftaten nationalsozialistischer Kriegsverbrecher im sowjetischen und polnischen Gewahrsam greift die Studie als die Folge eines der Beschlüsse der alliierten Konferenzen auf.⁸⁵ Neben dieser Art der Zusammenarbeit thematisiert die Arbeit ferner andere Kooperationsformen zwischen Lagergefangenen und Wachmannschaften, die sich insbesondere in der Rolle der Funktionsgefangenen artikulierten.

Eng an die Aktivitäten der antifaschistischen Lagerbewegung waren Maßnahmen der sowjetischen und auch der polnischen Lagerverwaltungen geknüpft, die Insassen über den nationalsozialistischen Genozid aufzuklären. Da beide Gewahrsamsmächte aus pragmatischen Gründen auf einen Großteil des bereits bestehenden NS-Lagersystems zurückgriffen, konnten diese

⁸⁴ Siehe Frank Bontschek, 1975, Die Volksrepublik Polen und die DDR. Ihre Beziehungen und ihre Probleme (= Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 10/1975), Köln, S. 10; Wloch, Karl, 1949, Bericht über die Arbeit unter den deutschen Kriegsgefangenen in Polen, Berlin (Manuskript). Ulbricht, Walter, 1948, Die Grundlagen der deutsch-polnischen Freundschaft, in: Neues Deutschland, 21.11.1948. Siehe auch Gebhardt, 1964.

⁸⁵ Diese stellt die Dissertation den entsprechenden Verfolgungspraktiken der amerikanischen, britischen und französischen Gewahrsamsmacht gegenüber und erläutert, wie die verschiedenen Gewahrsamsmächte die Maßnahmen jeweils umsetzten. Zu den Vorgehensweisen in den westalliierten Besatzungszonen siehe Wember, Heiner, 1991, Umerziehung im Lager. Internierung und Bestrafung von Nationalsozialisten in der britischen Besatzungszone Deutschlands (= Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 30), Essen; Klonovsky, Michael/von Flocken, Jan, 1993, Stalins Lager in Deutschland 1945-1950. Dokumentation. Zeugenberichte, 3. Aufl., Berlin/Frankfurt a. M., S. 45-51 sowie Niethammer, Lutz, 1998, Alliierte Internierungslager in Deutschland nach 1945. Vergleich und offene Fragen, in: von Plato, Alexander (Hg.), Studien und Berichte (= Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945-1950, Bd. 1), Berlin, S. 97-116.

Aufklärungsbemühungen oft vor Ort erfolgen. Nach dem Kriegsende in Europa verlor jedoch die Aufarbeitung des Genozids für die Sowjets an Bedeutung und wurde nur noch in geringem Maße betrieben. Zugleich büßten auch die Antifa-Komitees an Einfluss in den Lagern ein.

Die Dissertation wird herausarbeiten, wie und in welchem Maße sich kulturelle Aktivitäten in den zu untersuchenden Lagern entwickelten. Sie geht dabei der Frage nach, welchen Gefangenen der Zugang zu den Kulturgruppen in den Lagern möglich war, über welche Vorzüge die Künstler verfügten und wie deren Akzeptanz unter den Mitgefangenen war.

Das Kriegsende am 8. Mai 1945 wirkte sich unmittelbar auf das Leben in den sowjetischen und polnischen Gefangenenlagern aus. Anknüpfungspunkte sind dabei die sozialen und politischen Entwicklungen in Nachkriegspolen und deren Rückwirkungen auf die Verwaltung und Führung der Lager. Es wird daher der Frage nachgegangen, welche Folgen die polnische Nachkriegspolitik auf die Gefangenen im polnischen Gewahrsam hatte. Wie änderte sich das Leben in den Lagern bzw. in welchem Maße verbesserte oder verschlechterte sich hierdurch die Situation der Lagergefangenen? Wie wirkte sich dies auf die internen Hierarchien der Lagergesellschaften aus? Dieselben Fragen stellen sich an die Lager unter sowjetischer Verwaltung, die auf Veränderungen der Nachkriegspolitik der UdSSR reagierten.

Ein abschließendes Kapitel behandelt die Repatriierungen deutscher Kriegs- und Zivilgefangener aus den sowjetischen und polnischen Lagern in den Jahren 1945 bis 1950.

1.4 Theoretisch-methodische Überlegungen

Die Untersuchung der Lagergesellschaften knüpft methodisch an die 1993 von Wolfgang Sofsky veröffentlichte Studie über „die Ordnung des Terrors“ in den nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslagern an.⁸⁶ Terror und Schikane gingen nach Sofsky in den KZ nicht nur von den Wachmannschaften aus. Das Wachpersonal delegierte eine Reihe von Wach-, Kontroll- und Verwaltungsaufgaben an ausgewählte Gefangene, um die Kosten und den Aufwand für die Bewachung gering zu halten.⁸⁷ Neben zentralen ideologischen Motiven und den pragmatischen Überlegungen, welche die Auswahl der Funktionshäftlinge begründeten, spielten bei deren Auswahl zudem persönliche Motive des KZ-Wachpersonals eine Rolle. Es konnten sich daher auch kumpanenhafte Freundschaften zwischen Gefangenen und den höchsten Repräsentanten des Lagerpersonals in den Lagern entwickeln.⁸⁸

⁸⁶ Sofsky, Wolfgang, 1993, Die Ordnung des Terrors. Das Konzentrationslager, Frankfurt a. M.

⁸⁷ Orth, 2000, S. 109.

⁸⁸ Ebenda, S. 131ff.

In dem vielschichtigen Bewachungssystem der Lager bildeten die in den so genannten Funktionsstellen eingesetzten Gefangenen die unterste Ebene. In den Erinnerungen der KZ-Überlebenden ist die Herrschaft der Funktionshäftlinge ein zentraler Topos. Neben der Organisationsstruktur des Lagerpersonals entstand mit den Gefangenenfunktionären eine zweite Lagerhierarchie. Gefangene, die innerhalb der Lagerselbstverwaltung eine Funktion ausübten, befanden sich in einem doppelten Unterstellungsverhältnis, da sie zum einen dem Wachpersonal und zum anderen auch dem Lagerältesten unterstellt waren. Die Funktionäre zählten aufgrund ihrer herausgehobenen Stellung zur „Lagerprominenz“.

Dieses auf dem Prinzip der „Machtstaffelung“ beruhende System der Gefangenenelbstverwaltung war ein zentrales Herrschaftsinstrument. Die Funktionshäftlinge vertraten dabei nicht die Gefangenen gegenüber dem Wachpersonal, sondern vielmehr das Lagerpersonal gegenüber den Mitgefangenen. Die Ausübung der Herrschaft, einschließlich die Ausführung von Terror und Gewalt, wurde dabei an die Gefangenen delegiert. Die Funktionäre waren in dreifacher Hinsicht privilegiert. In ihrer Stellung waren sie von Schikanen und Gewalt seitens der Wachmannschaften befreit. Sie genossen zudem zahlreiche Privilegien, wie etwa die Freistellung von körperlicher Schwerstarbeit und bessere Unterkünfte. Das Lagerpersonal gewährte den Funktionären auch weitreichende Befugnisse gegenüber den Mitgefangenen. Es bestand jedoch für diese stets ein stringentes Abhängigkeitsverhältnis zum Wachpersonal. Ein Versagen im Sinne des Lagerpersonals ging zumeist mit dem Verlust der Vorzugsstellung und der Vorrechte einher.

Von der SS war die Häftlingsselbstverwaltung bzw. die Privilegierung der Häftlinge als zentrale Herrschaftstechnik in den KZ bewusst eingesetzt worden.⁸⁹ Durch das System der Funktionshäftlinge verlagerte die SS den Terror in die Zwangsgesellschaft der Lagergefangenen. Es entstand mit der so genannten „Grauzone“ eine Zwischeninstanz, mit der die Grenze zwischen Lagerpersonal und Insassen verschwamm. Bereits in den unmittelbar nach dem Kriegsende veröffentlichten Erinnerung- und Erfahrungsberichten von KZ-Überlebenden wurde das System der Funktionshäftlinge beschrieben. Die Selbstverwaltung der Gefangenen wurde in der Darstellung der Organisationsstruktur zumeist als verlängerter Arm des Lagerpersonals oder aber als „schützende Hand“ für die Gefangenen erwähnt. Dies bedeutet, dass das System sowohl zuungunsten als auch zum Wohl der Lagergefangenen genutzt werden konnte. Ausschlaggebend hierfür war, welche Personen oder Personengruppen die Funktionsstellen innehatten.⁹⁰ Teils identifizierten sich die Funktionshäftlinge mit dem Lagerpersonal und orientierten sich weder an ihren Mitgefangenen noch an einer speziellen Häftlingsgruppe. Das Sys-

⁸⁹ Ebenda, S. 109f.

⁹⁰ Ebenda.

tem der Funktionshäftlinge wird von ehemaligen KZ-Häftlingen als eine zentrale Voraussetzung für gegenseitige Unterstützung, Hilfe und Widerstand beschrieben.⁹¹

Die Lagergesellschaften der Konzentrationslager bildeten ein System großer Ungleichheit und extremer Unterschiede. Während zahlreiche Menschen in diesen Lagern verhungerten, führten einzelne KZ-Häftlinge ein nahezu luxuriöses Leben. Durch eine aufgezwungene Zugehörigkeit konnte keine Zusammengehörigkeit geschaffen werden. Der Zusammenhalt, der zwischen vielen inhaftierten spanischen Republikanern, „Bibelforschern“ oder Rotarmisten bestand, wurzelte in der Zeit vor der Haft. Unter den „Politischen“ bildeten lediglich die Kommunisten eine Solidargruppe, die Mitglieder anderer Parteien oder ausländische Mitglieder kommunistischer Parteien mitunter kooptierte.⁹²

Diktaturen haben nach Wolfgang Sofsky zahlreiche Möglichkeiten, Koalitionen zu zerstören. Dies konnte nur dort ausgeglichen werden, wo die Konzentrationslagerhäftlinge auf nationale, politische oder militärische Gemeinsamkeiten aus der Zeit vor der Haft zurückgriffen und diese Solidarität in den Lagern behaupten konnten.⁹³ Mit der Sozialisation der Häftlinge befasst sich die Dissertation von Falk Pingel aus dem Jahr 1976.⁹⁴ Dieser untersuchte in seiner Arbeit, an die ebenfalls methodisch angeknüpft werden soll, die Entwicklung von Häftlingsverhalten und Herrschaftsfunktionen in den NS-Konzentrationslagern. Die gesellschaftlichen Verhältnisse in den Lagern waren durch die Bedingungen geprägt, die das Lagerpersonal den Gefangenen vorgab, die aber von den Insassen selbst geschaffen wurden. Diese Bedingungen bildeten den Rahmen für die Lagergesellschaften. Ein Zwangssystem wie ein Gefangenenlager ist laut Pingel nicht beliebig steuerbar. Die Bewacher sind beim Errichten ihres Herrschaftsapparates an Verhaltensvoraussetzungen der Gefangenen gebunden. Die Lager bildeten einen relativ abgeschotteten, aber nicht autonomen Bereich der Gesellschaft. Ein zentrales Anliegen von Pingels Arbeit besteht darin aufzuzeigen, dass durch Änderungen in den Bedingungen der Gefangenschaft sowie durch die unterschiedlichen sozialen und ideologischen Voraussetzungen für die Gefangenen deren Verhalten im Lager wesentlich beeinflusst wurden. Hierfür muss die soziale Struktur der verschiedenen Gefangenenengruppen analysiert werden.⁹⁵ In den Konzentrationslagern konnten die Gefangenen nur ein eingeschränktes Spektrum von Verhaltensweisen herausbilden, das durch die Bedingungen der Gefangenschaft eingegrenzt war. Wie Pingel anmerkte, wiesen die Lagergesellschaften Merkmale auf, die mit an-

⁹¹ Ebenda, S. 109f.

⁹² Sofsky, 1993, S. 145.

⁹³ Ebenda, S. 147.

⁹⁴ Pingel, Falk, 1978, Häftlinge unter SS-Herrschaft. Widerstand, Selbstbehauptung und Vernichtung im Konzentrationslager (= Historische Perspektiven, 12), Hamburg.

⁹⁵ Ebenda, S. 15-21.

deren Zwangsgemeinschaften von Gefangenen übereinstimmten. Als derartige Strukturmerkmale zählen die Ausbildung einer internen Hierarchie, die Informations- und Leitungskanäle sowie die Korruption und Kollaboration mit dem Lagerpersonal. In den Kriegsgefangenenlagern finden sich z. B. die Ausnutzung der Arbeitskraft der Gefangenen und der Aufbau eines Systems von Kalfaktoren und Funktionären. Diese Bedingungen entsprechen allgemein Strategien der Lebenssicherung. So bedeuteten Posten in der Hierarchie bessere Lebensbedingungen wie auch die Teilnahme an der Kollaboration, die zudem mit spezifischen Gefahren verbunden war.⁹⁶

Neben der Mobilisierung sozialer Vorurteile diente nach Sofsky das Kategoriensystem in den nationalsozialistischen Lagern vor allem zur Macht- und Arbeitsverteilung. Die Häftlingskategorie bestimmte über die Nähe zur SS und den Zugang zur Funktionsmacht, die soziales Kapital verschaffte.⁹⁷ Die Zustände in den sowjetischen und polnischen Zwangsarbeiterlagern, die Gegenstand der vorliegenden Arbeit sind, glichen dabei weitgehend den Verhältnissen in den KZ-Außenlagern während des letzten Kriegsjahres mit überwiegend nichtjüdischen Insassen.⁹⁸

In seinem Aufsatz über die Zwangsarbeit für das Volkswagenwerk im Lager Laagberg bei Wolfsburg, das in der Endphase des Krieges einen hohen Grad an Ökonomisierung aufwies, geht der Autor Christian Jansen auch auf „Überlebensstrategien, Solidarität und Subversion“ der dortigen Häftlinge ein.⁹⁹ Zum gegenseitigen Schutz und zur Aufrechterhaltung ihrer Moral, versuchten befreundete Gefangene in den Unterkünften und in den Arbeitskolonnen zusammenzubleiben. Die Bildung möglichst kleiner Gruppen wurde von den Häftlingen selbst angeraten, da diese nur schwer zu erkennen waren und in den Unterkünften und im Arbeitseinsatz am ehesten zusammenbleiben konnten. So versuchten die Gefangenen, ein Zweiergruppensystem aufzubauen. Die Reduktion gesellschaftlichen Zusammenhangs auf elementare Dyaden zählt zu den typisch menschlichen Reaktionen in Extremsituationen.¹⁰⁰ Die Konzentrationslager waren nach Jansen nicht der Hobbes' sche „gesellschaftliche Naturzustand“, der es der Sofkys Analyse zufolge gewesen ist, in dem jeder jeden bekämpft und alle außerhalb des Lagers gültigen Regeln außer Kraft gesetzt sind.¹⁰¹

⁹⁶ Ebenda.

⁹⁷ Sofsky, 1993, S. 146f.

⁹⁸ Jansen, Christian, 2000, Zwangsarbeit für das Volkswagenwerk. Häftlingsalltag auf dem Laagberg bei Wolfsburg, in: Frei, Norbert/Steinbacher, Sybille/Wagner, Bernd C. (Hg.), Ausbeutung, Vernichtung, Öffentlichkeit. Neue Studien zur nationalsozialistischen Lagerpolitik (= Darstellungen und Quellen zur Geschichte von Auschwitz, Bd. 4), München, S. 112.

⁹⁹ Jansen, 2000, S. 75-108.

¹⁰⁰ Ebenda, S. 98.

¹⁰¹ Ebenda, S. 114.

Die Lager waren nach Jansen nicht isoliert von der politischen Entwicklung um sie herum, wie Sofsky es in seiner Studie beschreibt. Sich als Teil eines größeren Geschehens zu begreifen, machte es zahlreichen Häftlingen möglich, ihre menschliche Identität zu bewahren. Laut Sofsky gab es in den Stammlagern eine starke Vermassung, Anonymisierung und Entindividualisierung der Häftlinge. Jansen stellt in seiner Fallstudie hingegen fest, dass die Wachleute in relativ kleinen Lagern auch die einzelnen Gefangenen sahen und ihre „absolute Macht“ nicht blind ausübten. Manche Gefangenengruppen und Individuen waren gezielt Schikanen und Terror ausgesetzt, während andere Gefangene dies vermeiden konnten. Auch war die Funktion der Häftlingsarbeit, die Sofsky als reinen Terror versteht und allein als Mittel zur Vernichtung der Individualität der KZ-Häftlinge bewertete, nicht ausschließlich „Terrorarbeit“. Aufgrund des großen Arbeitskräftemangels bemühten sich die Lageradministrationen um die Gefangenen und interessierten sich insbesondere dann um ihren Erhalt, wenn es sich um geübte Arbeiter handelte. Nur die Anwesenheit einer erheblichen Zahl von Häftlingen und die Aufrechterhaltung des Anscheins einer kriegswichtigen Tätigkeit sicherten das vergleichsweise bequeme Leben der Verantwortlichen und der Wachmannschaften.¹⁰²

Wohl zu Recht kritisiert Wolfgang Sofsky die Beschränkung der Konzentrationslagerforschung „auf Ermittlungen im Einzelfall“. Dadurch verschenke sie die „Chance der typologischen, komparativen und kategorial angeleiteten Analyse“. Jansen versuchte am Ende seiner Fallstudie, einige allgemeine Schlüsse aus dem Einzelfall zu ziehen.¹⁰³

In Bezug auf sowjetische Lager adaptierte bislang nur Bettina Greiner Sofskys Analyse in ihrer Studie über die Speziallager.¹⁰⁴ Sofsky beschrieb drei Strategien, durch die sich Funktionshäftlinge an die Kommandanturen der NS-Lager anzupassen versuchten, um so ihre Positionen in der Lagerhierarchie zu sichern. Eine Strategie bezeichnete Sofsky als „mimetische Servilität“, bei der Funktionshäftlinge durch „gestische Nachahmung (...) bis hin zur Imitation der äußeren Erscheinung“ versuchten, die Gunst der Lagerkommandantur zu erlangen. Als „vollkommenen Gehorsam“ benennt Sofsky eine weitere Strategie. Dabei bemühten sich Funktionshäftlingen über die bloße Ausführung eines Befehls hinaus, sich als vermeintlich unentbehrlich zu präsentieren.¹⁰⁵ Greiner wendete hierbei ein, dass der Begriff des „vorauselenden Gehorsams“ wohl passender sei. Als dritte Möglichkeit der Funktionshäftlinge, ihre Existenz zu sichern, arbeitete Sofsky die von ihm als „ökonomische Interessengemeinschaft“ bezeichnete Strategie heraus. Diese beschreibt euphemistisch die korrupten Geschäftsverbin-

¹⁰² Ebenda, S. 114f.

¹⁰³ Ebenda, S. 116.

¹⁰⁴ Greiner, Bettina, 2010, Verdrängter Terror. Geschichte und Wahrnehmung sowjetischer Speziallager in Deutschland, Bonn.

¹⁰⁵ Sofsky, 1993, S. 54.

dungen zwischen den Häftlingen und dem Wachpersonal. Den Häftlingen sollten diese Verbindungen bestenfalls ein gewisses Maß an Schutz durch die Bewacher ermöglichen. In ihrer Untersuchung der Lagergesellschaften in den sowjetischen Speziallagern verdeutlichte Greiner die von Sofsky beschriebenen drei Kategorien. Nach Greiner lassen sich die Strategien weder in den von Sofsky untersuchten NS-Konzentrationslagern noch in den sowjetischen Speziallagern in Reinform nachweisen. Sie demonstrieren jedoch die soziale Abhängigkeit der Funktionsgefangenen in den Lagerhierarchien. Diese von den Funktionshäftlingen praktizierten Strategien zielten auf den Erhalt der vom Lagerpersonal übertragenen Macht ab. Mit der Anbiederung an das Lagerpersonal grenzten sich die Funktionshäftlinge zugleich von der Häftlingsmasse ab, wobei die Grenzlinie zwischen beiden Gruppen „mitunter brutal verteidigt“ wurde. Bereits die wesentlich bessere körperliche Verfassung der Funktionäre befähigte diese zur Durchsetzung ihres Machtanspruchs. Physische Gewalt durch die Funktionshäftlinge war in den Speziallagern allgegenwärtig.¹⁰⁶

1.5 Die Quellen

Die Quellen der Arbeit sind vor allem Befragungen und Erlebnisberichte ehemaliger Gefangener, die das „Innenleben“ der Lager beschreiben, aber auch amtliche Dokumente der Gewahrsamsmächte und Berichte von Lagerbesuchern. Auf deutscher Seite sind vor allem die etwa 12.000 „Heimkehrerberichte“ im Lagerarchiv des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) in München zu nennen, die Angaben zu mehreren tausend Lagern bzw. Standorten für die Gefangenen aller Gewahrsamsmächte umfassen.¹⁰⁷ Die Materialsammlungen der „Wissenschaftlichen Kommission für deutsche Kriegsgefangenengeschichte“, die sich eingehend mit den deutschen Kriegsgefangenen in Polen auseinandersetzte, sind im Bundesarchiv-Militärarchiv in Freiburg im Breisgau archiviert.¹⁰⁸ Der „Verband der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermisstenangehörigen Deutschlands“ (VdH) und seine zahlreichen regionalen Ableger verfügen ebenfalls über eine Vielzahl an gesammelten Berichten über Gefangenenlager auf polnischem und ostdeutschem Territorium. Sporadische Anmerkungen zum Schicksal deutscher Kriegsgefangener in sowjetischen und polnischen Nachkriegslagern

¹⁰⁶ Greiner, 2010, S. 99.

¹⁰⁷ Vorhanden sind dort relevante Berichte zu den Lagern Auschwitz, Breslau-Hundsfeld, Neuhammer, Sagan, Potulitz, Jaworzno, Brzeszcze und Warschau-Mokotów.

¹⁰⁸ Nowak, 2003, S. 64.

sind vereinzelt auch in Divisionsgeschichten enthalten.¹⁰⁹ Eine weitere Quelle bildet die Kriegsgefangenen-Zeitschrift „Die Brücke“.¹¹⁰

Schilderungen über die persönlichen Erlebnisse in Kriegsgefangenenlagern östlich von Oder und Neiße finden sich außerdem in den veröffentlichten Kriegserinnerungen ehemaliger Soldaten der Wehrmacht¹¹¹ und der Waffen-SS¹¹². Generell sind Quellen und Publikationen rechtsextremer Provenienz für die Bearbeitung der Thematik problematisch. Diese Schriften setzen die Nachkriegslager mit den Konzentrations- und Vernichtungslagern der Nationalsozialisten gleich bzw. suggerieren eine Fortsetzung der systematischen Massenvernichtung von Inhaftierten, nun aber durch Polen und die Sowjetunion. Zudem instrumentalisierten die Autoren die sowjetischen und polnischen Lager, um alliierte Kriegs- und Nachkriegsverbrechen zu attackieren sowie den nationalsozialistischen Genozid aufzurechnen und zu verharmlosen.¹¹³

¹⁰⁹ U. a. bei Gunter, Georg, 1993, Die deutschen Skijäger. Von den Anfängen bis 1945, Friedberg/Dorheim (1. Skijäger-Division) und Schwarz, Andreas, Männer des Regiments 248 bei der 17. Infanterie-Division. Schicksalswege deutscher Soldaten um 1945, Nürnberg (17. Infanterie-Division).

¹¹⁰ Gebhardt/Küttner, 1997, S. 29. Siehe auch Gebhardt, Manfred, 1964, Rolle und Bedeutung der „Brücke“, Zeitung der deutschen Kriegsgefangenen in Polen (1948-1949) bei der demokratischen Umerziehung der ehemaligen Soldaten der Hitlerarmee, Leipzig (Diplomarbeit). Ausführungen zu dem Sozialverhalten der deutschen Kriegsgefangenen bei der Konfrontation mit den NS-Verbrechen in den Vernichtungslagern Majdanek und Auschwitz finden sich vorwiegend in den Darstellungen von Kriegsberichterstellern und Kommissionsteilnehmern, die die Vernichtungslager nach deren Befreiung besuchten bzw. inspizierten. Zu Majdanek siehe Werth, Alexander, 1965, Russland im Krieg 1941-1945, München/Zürich und Steidle, Luitpold, 1971, Entscheidung an der Wolga, Berlin. Anmerkungen zu Auschwitz finden sich bei Johnson, Hewlett, 1947, Soviet Success, London/New York.

¹¹¹ Horn, Hermann, 2006, Der Dank des Vaterlandes (= Erzählen ist Erinnern, Bd. 56), Pößneck. Rinas, Otto, 2003, Von Sibirien bis zur Spree. Waghalsige Flucht eines Fahnenjunkers, 2. Aufl., Gelnhausen; Schneider, Herbert, 2000, 3814 Tage hinter Stacheldraht, Bonn; Bellartz, Siegfried, 1998, Tagebuch einer verlorenen Jugend. Erinnerungen an Krieg und Gefangenschaft in Polen, Aachen; Czepuck, Harri, 1999, Meine Wendezeiten. Erinnerungen, Erwägungen, Erwartungen, Berlin; Richard, Albert, 1994, Freiwillig gefangen. Erinnerungen eines Kriegsarztes, Berlin; Korn, Ernst, 1998, Spuren hinterm Zaun. Jahre der Gefangenschaft 1945-1949, fast ein Roman in Kapiteln für sich, Frankfurt a. M.; Günther, Georg, 1989, Gewinne das Leben. Autobiographie, Berlin; Kessler, Josef, 1981, Erinnerungen an die Kriegsgefangenschaft, in: Berthold, Eva (Hg.), Kriegsgefangene im Osten. Bilder, Briefe, Berichte, Königstein/Taunus, S. 150-153; Hass, Günter, 1992, Bericht über das Leben in der Kriegsgefangenschaft, in: Historischer Verein zu Frankfurt/Oder e.V. Mitteilungen, 2 (1992), S. 41; Gebhardt, Manfred/Küttner, Joachim, 1997, Deutsche in Polen nach 1945. Gefangene und Fremde (= Biographische Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 19), München; Schneider, Gerold, 2001, Vergangenheit, die nicht vergehen will. Irrwege deutsch-polnischer Nachbarschaft, 4. Aufl., Leipzig; Schröder, Josef, 2009, durchhalten. Von Ostfriesland über Kurland in sowjetische Gefangenschaft 1945-1949, Norderstedt; Bannert, Peter, 2006, Meine Jugend in Sowjetlagern 1945-1949 (= Sammlung der Zeitzeugen, Bd. 29), Berlin; Stukowski, Joseph, 1959, Bis zuletzt in Schneidemühl. Ein Tatsachenbericht aus dem Jahre 1945, Hamburg; König, Gernot, 2009, Flucht aus polnischer Gefangenschaft in Schlesien, Norderstedt. Einzelschilderungen über Erlebnisse in schlesischen Kriegsgefangenenlagern finden sich auch bei Gleiss, Horst G. W., 1986-1997, Breslauer Apokalypse 1945. Dokumentarchronik vom Todeskampf und Untergang einer deutschen Stadt und Festung am Ende des Zweiten Weltkrieges unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Presseforschung, persönlicher Erlebnisberichte von Augenzeugen und eigenen Tagebuchaufzeichnungen, Bd. 1-10, Wedel/Rosenheim (Abb.).

¹¹² Bayle, André, 1994, Von Marseille bis Nowosibirsk. Französische Freiwillige der Waffen-SS im Kampf für Europa, Rosenheim; Verton, Hendrik C., 2003, Im Feuer der Ostfront. Ein niederländischer Freiwilliger an deutscher Seite im europäischen Schicksalskampf, Coburg.

¹¹³ Eine der ersten dieser einschlägigen Veröffentlichungen erschien unter dem tendenziösen Titel „Verbrechen der Sieger. Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in Osteuropa“ von Wilhelm Anders (1975, Leoni am Starnberger See). Die polnischen Nachkriegslager als vornehmliches Mittel zur Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen wurden auch in den rechtsextremen Schriften „Alliierte Kriegsverbrechen und

Aussagekräftige Zeugnisse ehemaliger Zivilgefangener in Polen und den deutschen Ostgebieten sind in dem Bestand „Ost-Dokumentation 2“ des Bundesarchiv-Lastenausgleichsarchivs in Bayreuth archiviert. Diese in den 1950er Jahren vom Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte initiierte, umfangreiche Sammlung an Augenzeugenberichten beinhaltet insgesamt 767 Darstellungen über 222 Lager auf dem zu untersuchenden Territorium.¹¹⁴ Eine Auswahl dieser Berichte, die Geschehnisse und Zustände in einzelnen Lagern dokumentieren, wurde in drei Bänden der Edition „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“ aus den Jahren 1954 bis 1960 veröffentlicht.¹¹⁵ Eine bislang einmalige Sammlung von Quellen aus polnischen Archiven, die sporadisch auch die polnischen Zivilgefangenenlager thematisieren, liefern zudem die vier Bände der 2000 bis 2004 herausgegebenen Reihe „»Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden...«. Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945-1950. Dokumente aus polnischen Archiven“, die aus einem Editionsprojekt in deutsch-polnischer Zusammenarbeit resultierten.¹¹⁶ Einzelne Angaben bzw. Berichte über die sowjetischen und polnischen Zivilgefangenenlager finden sich des Weiteren in Dokumentationen über die Vertreibung der Deutschen aus Pommern¹¹⁷, Ostpreußen¹¹⁸, Schlesien¹¹⁹ und auch aus dem Sudetenland¹²⁰, von wo Teile der deutschen Bevölkerung in schlesische Lager verbracht wurden. In den Akten des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes in Genf befinden sich u. a. 49 Delegiertenberichte, die Auskunft über die Besuche Schweizer Kommissionen in polnischen Kriegsgefangenenlagern geben.¹²¹ Quellen in polnischen Archiven dokumentieren das Umfeld der Lager aus der Sicht der polnischen

Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ (1997, Kiel), „Die polnische Legende. Von den Vertreibungsverbrechen bis zum Kriegsrecht. Das Schicksal der Deutschen unter polnischer Besetzung“ der Autoren Bolko Freiherr von Richthofen und Reinhold Robert Oheim (1982, Kiel) und „Der Tod sprach polnisch. Dokumente polnischer Grausamkeiten an Deutschen 1919-1949“ (1999, Kiel) aufgegriffen. Die „Deutsche Nationalzeitung“ fokussierte sich in ihrer im Jahr 1997 herausgegebenen Schrift „Verbrecher-Album der Sieger. Die 100 furchtbarsten Schreibtischtäter und Vollstrecker des Vernichtungskrieges gegen Deutschland“ (1998, München) u. a. auf die Kommandanten polnischer Nachkriegslager und deren Lagerfunktionäre. Siehe auch Steidle, Bernhard, 1995, Verheimlichte Dokumente. Was den Deutschen verschwiegen wird, Bd. 2, München.

¹¹⁴ Zu den betreffenden Lagern sind dort Berichte über Auschwitz, Breslau-Hundsfeld, Neuhammer, Sagan, Potulitz, Jaworzno, Lamsdorf und Warschau-Mokotów archiviert.

¹¹⁵ Bundesministerium für Vertriebene (Hg.), 1954-1960, Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße, Bd. 1-3 (= Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, Bd. I/1-3), Berlin.

¹¹⁶ Borodziej, Włodzimierz/Lemberg, Hans (Hg.), 2000-2004, „Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden...“. Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945-1950. Dokumente aus polnischen Archiven (= Quellen zur Geschichte und Landeskunde Ostmitteleuropas, 4/I - IV), Marburg.

¹¹⁷ Jahn, Hans Edgar, 1997, Pommersche Passion. Kriegsende - Flucht - Vertreibung, Kiel.

¹¹⁸ Schön, Heinz, 1999, Tragödie Ostpreußen 1944-1948. Als die Rote Armee das Land besetzte, Kiel.

¹¹⁹ Hupka, Herbert (Hg.), 1982, Letzte Tage in Schlesien. Tagebücher, Erinnerungen und Dokumente der Vertreibung, 3. Aufl., München/Wien; Kaps, Johannes, 1950, Vom Sterben schlesischer Priester 1945/46. Ein Ausschnitt aus der schlesischen Passion, München; Ders., 1952, Die Tragödie Schlesiens 1945/1946. In Dokumenten. Unter besonderer Berücksichtigung des Erzbistums Breslau, München.

¹²⁰ Turnwald, Wilhelm, 1951, Dokumente zur Austreibung der Sudetendeutschen, München.

¹²¹ Die Dokumente sind teilweise auch im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Berlin überliefert. Vgl. Böss, 1974, S. 24.

Gewahrsamsmacht. Grundlegend hierfür sind u. a. die Bestände im „Archiv Neuer Akten“ (Archiwum Akt Nowych) in Warschau: Amt des Ministerrates (URM), Ministerium für Öffentliche Verwaltung (MAP), Landesnationalrat (KRN), Departement für Gefängniswesen und Lager (DWO) des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit (MBP) und zentrale Behörden auf der Ebene des Staatlichen Repatriierungsamtes (PUR).

Ebenfalls in der polnischen Hauptstadt lagern relevante Dokumente im dortigen Instytut Pamięci Narodowej (Institut für Nationales Gedenken). Zeitzeugenberichte und sonstige Dokumente finden sich auch in den Gedenkstätten der einzelnen Lager. Im Archiv der Staatlichen Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau (APMO) sind die Berichte ehemaliger deutscher Gefangenen und polnischer Zeitzeugen über das Nachkriegslager Auschwitz vorhanden.¹²² Von Bedeutung sind zudem die Archivalien in den Gedenkstätten Łambinowice und Potulice¹²³ sowie in den regionalen Staatsarchiven (Archiwum Państwowe), die über Informationen zu einzelnen Lagern verfügen.

Dokumente zu den sowjetischen Kriegsgefangenenlagern des Zweiten Weltkriegs werden im Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF) - hier die Bestände F. R-3316, F. 5226s, F. 9401, F. 9526 und F. 0514 - und im Archiv des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation (AMO) im Bestand F. 32, beide in Moskau, aufbewahrt.

2 Die politische und ökonomische Situation in Polen und den deutschen Ostgebieten 1944 bis 1950

Der Zweite Weltkrieg begann im September 1939 mit dem deutschen Angriff auf Polen. Vor den herannahenden deutschen Truppen flüchtete die polnische Regierung nach London ins Exil. Von dort aus organisierte sie den Widerstand im besetzten Polen und die Einsetzung polnischer Militäreinheiten. Diese waren bis zum Kriegsende 1945 mit den alliierten Truppen im Einsatz.¹²⁴

Je klarer sich seit der Schlacht um Stalingrad die deutsche Niederlage abzeichnete, desto mehr verschoben sich die politischen Verhältnisse in Ostmitteleuropa. Mit dem Vormarsch der sowjetischen Truppen sahen sich die nationalen Kräfte von den demokratischen Linken bis hin zu den Rechtsextremen mit der Frage konfrontiert, wie sie der Sowjetunion und den mit ihr verbündeten kommunistischen Parteien entgegentreten sollten. Auch mögliche Kooperati-

¹²² APMO, Erklärungen, Bd. 153, Bl. 121-125; APMO, Erklärungen, Bd. 217, Bl. 84-89; APMO, Erklärungen, Bd. 129, Bl. 59-66; APMO, Erklärungen, Bd. 162, Bl. 125-140; Tagebuch von Werner Sonntag, 20.4.-15.7.1945.

¹²³ Centralne Muzeum Jeńców Wojennych w Łambinowicach-Opolu; Gedenkstätte Potulice.

¹²⁴ Stokłosa, 2011, S. 35.

onen mit den nationalsozialistischen Besatzern standen zur Debatte. Die Reaktionen fielen in den einzelnen Ländern Ostmitteleuropas ganz unterschiedlich aus.¹²⁵

Die polnische Heimatarmee versuchte im Juli 1944 in Wilna und Lemberg erfolglos, sich im militärischen Vakuum zwischen den abrückenden deutschen Truppen und der Roten Armee zu behaupten und den Sowjets als „Hausherren“ entgegenzutreten.¹²⁶ Der Aufstand der Warschauer Bevölkerung Ende 1944, der extern kaum unterstützt wurde, sollte zum Symbol des Widerstandes und der Selbstbefreiung werden.¹²⁷ Die Heimatarmee konnte zunächst weite Teile der Warschauer Innenstadt unter ihre Kontrolle bringen. Nach einem monatelangen Vorstoß durch Weißrussland stoppten die sowjetischen Einheiten jedoch in den Warschauer Vororten östlich der Weichsel. Die Wehrmacht hatte somit die Möglichkeit, den Aufstand mit einer Übermacht an deutschen Truppen niederzuschlagen.¹²⁸ Das Vorgehen der Roten Armee war von hoher Symbolkraft, da sie fast tatenlos zusah, wie der Widerstand der Heimatarmee in den folgenden Wochen gebrochen wurde.¹²⁹ Zur Niederschlagung des Warschauer Aufstandes benötigte die Wehrmacht unter hohen Verlusten dennoch zwei Monate.¹³⁰ Mit der Beendigung des Aufstandes war der Untergang der Heimatarmee besiegelt. Im Widerstand hatte sich die Kontinuität zum polnischen Staat der Zwischenkriegszeit erhalten können. Jedoch wurden die Reste der Widerstandsbewegung in der Folgezeit von der Roten Armee vernichtet.¹³¹ Weitere dreieinhalb Monate vergingen, bis sowjetische Truppen im Januar 1945 in Warschau einrückten. Die deutschen Besatzer hatten die schwer verwüstete Stadt in dieser Zeit in einer beispiellosen Racheaktion fast vollständig zerstört.¹³²

2.1 Das politische System in Polen 1944-1950

Da Polen unter die militärische Kontrolle und den ideologischen Einfluss der Sowjets geriet und somit über kaum Souveränität verfügte, spaltete sich die polnische Gesellschaft an der Frage, ob sie der neuen Regierung mit Ablehnung gegenübertritt oder sich mit ihr abfinden sollte. In weiten Kreisen Polens war der Wunsch nach gesellschaftlichen Reformen stark ausgeprägt. Teilweise erfolgten die Reformen bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Auf

¹²⁵ Puttkamer, Joachim von, 2010, Ostmitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert (= Oldenbourg Grundriss der Geschichte, Bd. 38), München, S. 103.

¹²⁶ Ebenda, S. 105f.

¹²⁷ Brewing, Daniel, 2016, Im Schatten von Auschwitz. Deutsche Massaker an polnischen Zivilisten 1939-1945 (= Veröffentlichungen der Forschungsstelle Ludwigsburg der Universität Stuttgart, Bd. 29), Darmstadt.

¹²⁸ Borodziej, Włodzimierz, 2004, Der Warschauer Aufstand 1944, Frankfurt a. M.

¹²⁹ Stokłosa, 2011, S. 36.

¹³⁰ Brewing, 2016, S. 112.

¹³¹ Puttkamer, 2010, S. 90.

¹³² Ebenda, S. 105f; Brewing, 2016, S. 113.

allgemeine Ablehnung stieß aber, dass die Kommunisten die breite Reformbereitschaft im sowjetischen Interesse nutzten.¹³³ Sie verfochten insbesondere die starke Abkehr von der alten Ordnung und einen auf Frieden und Gerechtigkeit gerichteten Neuanfang. Durch das gewalttätige und disziplínlose Auftreten der Rotarmisten wurde die Glaubwürdigkeit der Kommunisten jedoch stark untergraben.¹³⁴

Da nach Ansicht anderer Teile der Gesellschaft die Kommunisten grundlegende Wirtschaftsreformen garantierten, war nach ihrer Auffassung eine Zusammenarbeit schon aus diesem Grund gerechtfertigt. Man solle sich am besten mit dem Sieg der UdSSR abfinden. Durch eine Beteiligung an der Regierung strebten bestimmte Gruppen, allen voran die linken Splitterparteien der Sozialisten und bäuerlichen Radikalen, eine Milderung der kommunistischen Brutalität an. Es wurden auch demokratische Parteien mit dem Ziel gegründet, nach einem Wahlsieg eine sowjetfreundliche, aber unabhängige Regierung zu bilden.¹³⁵ Wie in Ungarn erlebten die Bauernparteien in Polen während der politischen Linksverschiebung der Jahre 1945 bis 1947 einen kurzzeitigen Aufschwung als Sammelbecken für antikommunistische Kräfte.¹³⁶ Zwischen nationalpolnischen Partisanen, die den Resten der Heimatarmee oder den Nationalen Streitkräften entstammten, und dem sowjetischen NKVD entbrannten militärische Auseinandersetzungen, die 1945/46 in einigen Wojewodschaften fast bürgerkriegsähnliche Ausmaße annahmen.¹³⁷

Mit einer zunehmenden „Veröstlichung“ Polens unter Moskauer Regie teilte sich das Land das Schicksal fast aller Satelliten der Sowjetunion. Zugleich bewirkte der US-amerikanische Einfluss in der deutschen Westzone wie auch in anderen Staaten West- und Nordeuropas einen ähnlichen Transformationsprozess in entgegengesetzter Richtung. In den folgenden Jahren wuchs die politische, wirtschaftliche und kulturelle Distanz auf beiden Seiten des „Eisernen Vorhangs“.¹³⁸

Die sowjetische Osteuropapolitik strebte frühzeitig auf der Sicherung der sowjetischen Einflussphäre und der machtpolitischen Ebenbürtigkeit.¹³⁹ Die ostmitteleuropäischen Kommunisten unternahmen den Versuch, eine parteipolitisch breit abgestützte sowjetische Hegemonie zu sichern. Der Übergang zum Sozialismus sollte auf parlamentarischem Weg gesteuert

¹³³ Roszkowski, Wojciech, 1992, *Historia polski 1914-2001*, Warschau, S. 151f.

¹³⁴ Puttkamer, 2010, S. 110.

¹³⁵ Paczkowski, Andrzej, 1998, *Pól wieku dziejów Polski 1939-1989*, Warschau, S. 111.

¹³⁶ Puttkamer, 2010, S. 91.

¹³⁷ Ebenda, S. 111. Zu polnischen Übergriffen auf sowjetische Besatzungssoldaten in Warschau siehe Werth, Alexander, 1965, *Russland im Krieg 1941-1945*, München, S. 239.

¹³⁸ Stokłosa, 2011, S. 36.

¹³⁹ Puttkamer, 2010, S. 235f.

werden. Die Vorgehensweise kollidierte jedoch mit dem Denken in Feindbildern und der Selbstverständlichkeit rücksichtsloser Manipulation demokratischer Verfahren. Derartige Konflikte fanden in Polen bis auf lokaler und betrieblicher Ebene statt. Die Entscheidung für eine durchgängige Ordnung nach sowjetischem Vorbild wurde von der sowjetischen Führung getroffen. Dies beinhaltete auch die Absage an den Marshall-Plan und die Gründung des Kominforms.¹⁴⁰

In der unmittelbaren Nachkriegszeit richteten sich die Repressionen von Anfang an stark gegen die als potenziell antisowjetisch eingeschätzte besitzende Oberschicht. Sie verlor zudem durch die Kriegszerstörungen, durch Enteignungen und eine radikalisierte Neuauflage der Bodenreformen ihre materielle Grundlage. Durch den Untergang der alten Oberschichten wurde erst der Freiraum für den raschen Aufstieg einer kommunistischen Funktionselite geschaffen. Sie rekrutierte sich insbesondere aus einer vergleichsweise stabil gebliebenen Industriearbeiterschaft. Da sie an die Zukunftserwartungen vor allem der Jugend und der literarischen Avantgarde anknüpfte, konnte sie nach dem Kriegsende eine enorme Sogkraft entfalten.¹⁴¹

Die Gründung der Vorläufigen Regierung der Nationalen Einheit (Tymczasowy Rząd Jedności Narodowej/ TRJN) wurde am 28. Juni 1945 verkündet. Geführt wurde die Regierung von Edward Osóbka-Morawski. Neben der Sowjetunion erkannten auch die USA, Großbritannien und Frankreich die TRJN an. Die kommunistische Polnische Arbeiterpartei PPR konnte die Etablierung ihrer vorläufigen polnischen Regierung und deren Anerkennung durch die Siegermächte als großen Erfolg verbuchen. Sämtliche bedeutenden Zuständigkeitsbereiche in Polen befanden sich von nun an in ihrer Kontrolle.¹⁴² Die Elite der PPR bildeten erfahrene Vorkriegskommunisten. Zu der bald über zweihunderttausend Mitglieder zählenden Partei stießen auch viele neue Menschen, die sich zunächst als einfache Mitglieder einen raschen Aufstieg in der bzw. durch die Partei erhofften.¹⁴³

Die am 22. August 1945 gegründete polnische Volkspartei (Polskie Stronnictwo Ludowe/PSL) unter der Leitung von Stanisław Mikołajczyk wuchs in Polen schnell zur größten politischen Partei heran. Die fortschreitende Stalinisierung in Polen war insbesondere durch das Kontrollstreben der kommunistischen PPR in der Machtausübung geprägt. Dadurch wurde die Basis für eine gemeinsame Politik mit der Polska Partia Socjalistyczna (PPS) untergra-

¹⁴⁰ Ebenda, S. 236f.

¹⁴¹ Judt, Tony, 2006, Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart, München, S. 91.

¹⁴² Puttkamer, 2010, S. 236.

¹⁴³ Stokłosa, 2011, S. 37.

ben, deren Vorstellungen von Sozialismus sich am Selbstbewusstsein der Arbeiter orientierte. Die kommunistische Regierung verstärkte zugleich ihre Repressionen gegen die legale Opposition. Sie verfügte über einen ausgebauten Zwangsapparat.¹⁴⁴ Ausschließlich Kommunisten und deren Verbündete bildeten die am 6. Februar 1947 gegründete polnische Regierung, die unter der Führung des Premierministers Józef Cyrankiewicz (PPS) stand. Kontrolliert wurde die polnische Regierung durch die sowjetische Botschaft in Warschau. Die Sowjetunion unterstützte die PPS, die unermüdlich die Gewinnung und Stärkung des Machtmonopols anstrebte. Die Regierung bemühte sich dabei, den Eindruck zu vermitteln, dass sie sich demokratischer Methoden bediene.¹⁴⁵ Im Juni 1946 konnten selbst massive Wahlfälschungen bei einem abgehaltenen Referendum über Grundzüge der Regierungspolitik die starke antikommunistische Grundstimmung in der polnischen Bevölkerung nicht vollständig verdecken. Die Sozialisten der PPS wurden daher in eine Einheitsliste mit den Kommunisten gedrängt. Die PSL sah sich zugleich massiven Repressionen ausgesetzt. Die ebenfalls gefälschten Wahlen vom Januar 1947 erbrachten so den vorhersehbaren Wahlsieg von Kommunisten und Sozialisten.¹⁴⁶ Mit der Übernahme der politischen Alleinherrschaft avancierte die Polnische Bauernpartei PSL unter Stanisław Mikołajczyk schnell zum eigentlichen politischen Gegner der Kommunisten unter Bolesław Bierut und Władysław Gomułka.¹⁴⁷ Mikołajczyk, der in die Opposition gewechselt war, ging im Oktober 1947 ins Exil. Im Zuge der Stalinisierung wurde auch seine Bauernpartei gleichgeschaltet.¹⁴⁸

Durch die Annahme der so genannten Kleinen Verfassung vom 19. Februar 1947 wurde in Polen ein rechtsstaatliches System etabliert. Von einer westlichen Demokratie war dieses polnische System jedoch weit entfernt. So durfte die Regierung beispielsweise uneingeschränkt Dekrete erlassen.¹⁴⁹

Erst um die Mitte des Jahres 1947 setzte der konsequente Übergang zur Einparteienherrschaft ein. Zuvor war das politische Klima durch massive Konflikte zwischen den Kommunisten und ihren jeweiligen Koalitionspartnern geprägt gewesen. Durch vielfältige Reibungen waren die innenpolitischen Fronten verhärtet. Die Spannungen hatten die katholische Bauernpartei in Polen zu einem starken antikommunistischen Sammelbecken werden lassen. Eine kommunistische Regierungsbeteiligung ohne massive Manipulationen schien somit nicht sicher gewähr-

¹⁴⁴ Puttkamer, 2010, S. 236f.

¹⁴⁵ Stokłosa, 2011, S. 38f.

¹⁴⁶ Puttkamer, 2010, S. 111.

¹⁴⁷ Judt, 2006, S. 91.

¹⁴⁸ Puttkamer, 2010, S. 111.

¹⁴⁹ Paczkowski, 1998, S. 135.

leistet. Seit dem Kriegsende hatte die kommunistische Partei massenhaften Zulauf erlebt. Erst Mitte 1947 war sie personell stark genug für eine Politik der Verdrängung auf allen Ebenen. Mit der Gründung des Kominform im September 1947 kamen eindeutige Vorgaben der sowjetischen Führung zur Umgestaltung des bis dahin propagierten eigenen, nationalen Weges zum Sozialismus rigoros nach sowjetischem Vorbild. Die sowjetische Hegemonialsphäre sollte so zu einem Block konsolidieren.¹⁵⁰ In ganz Ostmitteleuropa lässt sich ein ähnliches Muster der Eroberung und Sicherung der Macht beobachten: Die Behauptung von Schlüsselstellungen vor allem im Polizeiapparat, die fortschreitenden Repression politischer Gegner und der eigenen Koalitionspartner, die angestrebte Absicherung innenpolitischer Machtverhältnisse durch Einheitslisten, kaum verhüllte Wahlmanipulationen sowie die Verschmelzung der jeweiligen Linksparteien zu kommunistisch geführten Einheitsparteien.¹⁵¹

Im Frühjahr 1948 war es Staatspräsident Bierut gelungen, Generalsekretär Gomułka wegen angeblicher Rechtsabweichungen zu entmachten. Wenige Monate später wurde auch Bierut aus seinen Ministerämtern verdrängt. Dem Machtkampf fielen auch andere prominente Kommunisten zum Opfer. Bierut scheute jedoch vor einer offen inszenierten Abrechnung mit Gomułka zurück.¹⁵² In Polen blieb ähnlich wie in der DDR formal ein Mehrparteiensystem erhalten.¹⁵³ Tatsächlich jedoch war im Dezember 1948 die Etablierung einer kaum verbrämten Einparteienherrschaft mit der Verschmelzung von Sozialisten und Kommunisten zur Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei (PZPR) unter Bieruts Vorsitz faktisch vollzogen.¹⁵⁴ Ende 1948 zählte sie etwa 1,5 Millionen Mitglieder.¹⁵⁵ Die kommunistische Alleinherrschaft sollte als Ergebnis einer inneren Befreiung legitimiert werden, die nach dem Zusammenbruch des Faschismus und der alten Eliten vom werktätigen Volk vollbracht worden sei. Sie sollte den Weg zu einer lichten industriellen Zukunft im Zeichen des Sozialismus ebnen.¹⁵⁶

Mit der Gründung der PZPR begann die Stalinisierung des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens in Polen. Die Partei kontrollierte sämtliche staatlichen Institutionen als auch die gesellschaftlichen und kulturellen Organisationen. Auch dies war ein bezeichnendes Charakteristikum des herrschenden Systems.¹⁵⁷ In enger Absprache mit der sowjetischen Führung in

¹⁵⁰ Stokłosa, 2011, S. 38f.

¹⁵¹ Puttkamer, 2010, S. 111.

¹⁵² Judt, 2006, S. 119.

¹⁵³ Paczkowski, 1998, S. 135.

¹⁵⁴ Puttkamer, 2010, S. 111.

¹⁵⁵ Ebenda, S. 118.

¹⁵⁶ Puttkamer, 2010, S. 114.

¹⁵⁷ Roszkowski, 1992, S. 151f.

Moskau bestimmte die Parteiführung den außenpolitischen Kurs Polens.¹⁵⁸ Trotz aller erkennbaren Unterschiede zeigen die Konzepte zur Sowjetisierung Mittel- und Ostmitteleuropas gemeinsame Grundzüge. Daher lassen sich analoge, wenn auch zeitverschobene Entwicklungen zwischen der Volksrepublik Polen und der DDR konstatieren. Polen und die DDR näherten sich im „Veröstlichungsprozess“ in politischer, ökonomischer und kultureller Hinsicht immer mehr einander an, zugleich entfernten sie sich immer weiter vom Westen.¹⁵⁹

Es lässt sich resümieren, dass zwischen 1944 und 1948 die Voraussetzungen für das totalitäre System in Polen geschaffen wurden. Die Konzentration aller wichtigen politischen Entscheidungen auf einer vom Staatsapparat völlig unabhängigen kleinen Partielite war dabei charakteristisch. Dem Gerichtswesen wurde die Unabhängigkeit entzogen und das Recht manipuliert. Partei und Staat bereiteten die Errichtung einer Diktatur mit deutlich totalitären Zügen vor, indem sie die zentrale Kontrolle über sämtliche Gesellschaftsschichten. Eine vollständige Kontrolle über die Wirtschaft wurde dabei ebenso Ziel wie die Zerstörung der Autonomie der Selbstverwaltungen und sämtlicher gesellschaftlichen Organisationen. Es kam kaum zu Widerstandshandlungen, da die polnische Gesellschaft infolge der Verluste des Zweiten Weltkriegs und der bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen bei Kriegsende stark geschwächt war. Weit verbreitet war hingegen die Tendenz, sich an das herrschende System anzupassen.¹⁶⁰

In den westlichen Besatzungszonen bzw. der Bundesrepublik Deutschland (BRD) war die Bevölkerung zumeist antikommunistisch eingestellt. Der beginnende Kalte Krieg, der den Antikommunismus zu einer politischen Integrationsklammer machte, verstärkte die überkommenen politischen Prägungen noch. Aus dieser Perspektive erschien der polnische Staat als fremdbestimmtes und unfreies Land ohne demokratisch legitimierte Regierung. Die westdeutsche Führung war nicht gewillt, mit einer solchen Regierung in Verhandlungen zu treten. Daher wollte die bundesdeutsche Regierung abwarten, bis das kommunistische Regime durch einen Umsturz zu Fall gebracht wäre. Dass Polen unter der NS-Besatzung schwer gelitten und daher Anspruch auf eine Entschädigung hatte, wurde in der BRD nicht bestritten. Trotz der Einsicht war die westdeutsche Regierung 1949 nicht bereit, die Oder-Neiße-Linie als künftige deutsch-deutsche Grenze auch nur in Erwägung zu ziehen und somit ein Drittel des deutschen Staatsgebiets zu verlieren. Der Umstand, dass in Warschau ein illegitimes kommunistisches Regime herrschte, wurde von der Regierung in Bonn begrüßt, da sie den polnischen Staat nur

¹⁵⁸ Stokłosa, 2011, S. 37.

¹⁵⁹ Friszke, 2003, S. 164-172.

¹⁶⁰ Stokłosa, 2011, S. 40.

als Provisorium betrachtete, das eine definitive Nachkriegsregelung zunächst ausschloss und den vorläufigen Schwebestand in Europa mit verursachte.¹⁶¹

2.2 Der polnische Sicherheitsdienst

Die polnische Regierungspartei versuchte einerseits, die polnische Bevölkerung für ihre Ideologie zu gewinnen. Andererseits diente der Terror als wirksames Mittel. In Polen partizipierte die Führung der PVAP, wie auch das Zentralkomitee der SED in der DDR, maßgeblich sowohl an den Aktivitäten des Sicherheitsdienstes als auch an der Ausgestaltung seiner Abteilungen.¹⁶² Als Vorlage für die Bekämpfung von Gegnern der stalinistischen Politik in Polen dienten die repressiven Vorgehensweisen in Ungarn und Bulgarien, später auch in der Tschechoslowakei. Auch auf höchster Ebene sahen sich polnische Kommunisten mit Vorwürfen des Verrats konfrontiert. Keine Bevölkerungsgruppe blieb von dem vorherrschenden Terror verschont.¹⁶³

Das polnische Ministerium für öffentliche Sicherheit (MBP) war wie die Sicherheitsbehörden in der Tschechoslowakei und in Ungarn beim Kriegsende 1945 als spezielles Polizeiorgan zur Verfolgung von Kriegsverbrechern eingerichtet worden.¹⁶⁴ Das polnische System der Sicherheitsdienste orientierte sich dabei am Muster des NKVD. Zunächst standen den polnischen Sicherheitsbehörden Spezialisten des NKVD vor, wurden dann aber sukzessive von der polnischen Regierung übernommen. Eine völlige Selbstständigkeit des polnischen Sicherheitsdienstes unabhängig vom NKVD wurde jedoch nie erreicht. Den Kadern der polnischen Sicherheitsdienste gehörten zahlreiche Juden an. Ihr Anteil war im Sicherheitsdienst umso größer, je höher sie in der Hierarchie dieser Behörde standen. Konservative Kräfte in Polen betonten diesen Umstand und verstärkten so den Antisemitismus im Land. Parallelen zur DDR lassen sich auch im Bereich der Geheimdienste erkennen. Dort erfolgte der Aufbau des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) ebenfalls in enger Absprache mit dem NKVD. Die Kontakte zu Moskauer Stellen blieben in keinem bilateralen Bereich so eng wie im Bereich der Ge-

¹⁶¹ Roszkowski, 1992, S. 151f.

¹⁶² Paczkowski, 1998, S. 135.

¹⁶³ Stokłosa, 2011, S. 43f.

¹⁶⁴ Puttkamer, 2010, S. 119.

heimdienste.¹⁶⁵ Die polnischen Sicherheitsorgane umfassten 1949 bereits etwa 26.000 Mitarbeiter.¹⁶⁶

2.3 Die katholische Kirche

Der katholische Glaube erschien den Kommunisten als letzter ernsthafter ideologischer Gegner. Die Gleichschaltung der Gesellschaft erreichte im Jahr 1947 eine neue Dimension. Die katholische Kirche als letzte Bastion der Nonkonformität wurde durch den polnischen Sicherheitsdienst unter Druck gesetzt. Zahlreiche Gespräche mit Pfarrern sollten unter diesen Angst verbreiten und sie gefügig machen. Ein ähnliches Vorgehen ließ sich in den 1950er Jahren auch in der DDR erkennen. Die Wahrung der Religionsfreiheit und die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten der Kirche waren im Programm der PVAP verankert. Trotzdem setzten die Sicherheitskräfte ihren Kampf gegen den so genannten „Klerikalismus“ unvermindert fort. Sukzessive wurden die Aktivitäten säkularer katholischer Medien unterbunden. Kontroversen löste Mitte April 1950 ein Abkommen der kommunistischen Regierung mit dem Episkopat der katholischen Kirche aus, mit dem der Warschauer Erzbischof Stefan Wyszyński den Weg der Konfrontation aufgab. Auf heftigen Widerspruch stieß das von Wyszyński geschlossene Abkommen auch beim polnischen Episkopat und dem Vatikan. Die Kirche sah sich über den Klerus gezwungen, die Gläubigen über den erforderlichen Gehorsam gegenüber der Regierung und dem Staatsrecht zu belehren. Alle gegen den Staat gerichteten Handlungen lehnte die Kirche ab und verurteilte die Aktivitäten von „Banden im Untergrund“. Regierungskritischen Pfarrern drohte sie mit Strafen. Für ihre loyale Haltung erhielt die Kirche das Recht, an den Schulen Religionsunterricht zu erteilen und Seelsorge beim Militär, in Krankenhäusern und Gefängnissen zu betreiben. Zudem wurde der Kirche ihr Besitz belassen.¹⁶⁷

2.4 Die wirtschaftlichen Verhältnisse in Polen 1944-1950

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs stand Polen wirtschaftlich vor der schwierigen Herausforderung, die immensen Kriegsschäden zu beseitigen und die Infrastruktur wieder instand

¹⁶⁵ Szarota, Tomasz (Hg.), 2001, *Komunizm. Ideologia, system, ludzie*, Warschau, S. 198. Siehe auch Pufelska, Agnieszka, 2007, *Die „Judäo-Kommune“*. Ein Feindbild in Polen. Das polnische Selbstverständnis im Schatten des Antisemitismus 1939-1948, Paderborn/München/Wien/Zürich. Chodakiewicz, Marek Jan, 2008, *Po zagładzie. Stosunki polsko-żydowskie 1944-1947*, Warschau.

¹⁶⁶ Puttkamer, 2010, S. 119.

¹⁶⁷ Stokłosa, 2011, S. 44ff.

zu setzen. Polen war wie die alliierten Besatzungszonen in Deutschland nach 1945 von Not und Elend geprägt. In den drei deutschen Westzonen wuchs die Bevölkerung durch die Flucht stark an. Der vorhandene Wohnraum konnte den Bedarf nicht decken. Waren die Ausgangsbedingungen annähernd die gleichen, veränderten sie sich bald durch die unterschiedlichen Reparationsbelastungen und die Marshallplanhilfe drastisch. Während die Entwicklung in den ostmitteleuropäischen Staaten stagnierte, erlebten Westdeutschland und andere zerstörte Länder im Einflussbereich der USA einen wesentlichen Aufschwung.¹⁶⁸

Polen hatte infolge des Krieges etwa 40 % seines nationalen Vermögens verloren. Gegenüber dem Stand vom 1. September 1939 betragen die Verluste in der Industrie etwa 35 %. Über 60 % der polnischen Betriebe waren durch Kriegseinwirkungen teilweise oder vollständig zerstört. War die Landwirtschaft im Vorkriegspolen der wichtigste Wirtschaftszweig gewesen, befand sich diese nach 1945 in einer schwierigen Lage. In Polens neuen Nord- und Westgebieten war die Landwirtschaft am schwersten betroffen. Die zu großen Teilen zerstörte Infrastruktur erschwerte den Transport von Waren. Systembedingt zeigten die in Polen ergriffenen ökonomischen Maßnahmen eine große Nähe zur SBZ bzw. zur DDR.¹⁶⁹

Nach der Machtübernahme der Kommunisten begannen jene mit dem Entwurf von Wirtschaftsplänen, die bis 1947 nur einen vorläufigen Charakter trugen. Oberstes Ziel war dabei die Verbesserung der gesellschaftlichen Lebensqualität auf das Vorkriegsniveau. Unter dem wachsenden Druck der Sowjetunion wurden Ende der 1940er Jahre Reformen begonnen. Einige dieser Reformen trugen tatsächlich zur Verbesserung der ökonomischen Situation bei, u. a. für die Bauern in der Landwirtschaft. Durch die Politik der Vollbeschäftigung erhöhte sich die Lebensqualität der Arbeiter. Den Reformen des Binnenhandels lag hingegen kein wirtschaftliches, sondern nur ein ideologisches Konzept zugrunde. Dazu zählten insbesondere die Beseitigung des Einzelhandels und die Nationalisierung der mittleren und kleinen Industrie. Unter den Folgen dieser drastischen Entscheidungen litten die polnische Wirtschaft und die Gesellschaft noch mehrere Jahre. Der wirtschaftliche Aufschwung und der Wiederaufbau der zerstörten Städte zählten zu den größten Leistungen zwischen 1945 und 1949. Im Bereich der Industrieproduktion wurden große Fortschritte erzielt. In der Agrarwirtschaft waren die Erfolge nur gering. Der polnische Außenhandel entwickelte hingegen eine erhebliche Dynamik. Das Streben nach Handelskontakten sowohl mit dem Osten als auch mit dem Westen dominierte bis in das Jahr 1947. Die materielle Situation der polnischen Bevölkerung, insbesondere

¹⁶⁸ Ebenda, S. 47.

¹⁶⁹ Görtemaker, Manfred, 1999, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München, S. 28f.

der Arbeiter, verbesserte sich Ende der 1940er Jahre. Erhebliche Fortschritte im Arbeitsrecht und in der Sozialgesetzgebung gingen mit sinkender Arbeitslosigkeit, steigenden Löhnen und einer verbesserten Wohnungssituation einher.¹⁷⁰

2.5 Das kulturelle Leben in Polen

Kultur und Bildung erlebten ähnlich wie in der SBZ bzw. der DDR durch ein relativ hohes Maß an Freiheit in der unmittelbaren Nachkriegszeit einen starken Aufschwung. Die Führung der Polnischen Arbeiterpartei bekämpfte den amerikanischen Einfluss in der Presse, in der Literatur und in den Schulen, so dass sich bereits im Oktober 1947 die kulturelle Situation wieder verschlechterte. Aus den polnischen Schulprogrammen sollten alle Spuren des Deutschtums entfernt werden. Zugleich wurde der Vorwurf laut, dass die sowjetischen Vorgaben zur Kulturpolitik zu wenig Berücksichtigung fänden.¹⁷¹

In einer Rede vom 16. November 1947 beschrieb Bolesław Bierut die notwendigen Planungen für die Bereiche Kunst und Kultur. Kontinuierlich stieg die Zahl der Hochschulen in Polen an. Großen Wert legte die kommunistische Regierung in Polen frühzeitig auf ihren Einfluss auf das polnische Schulwesen. Nur absolut regierungstreues Personal wurde in die neue Schuladministration berufen. Über die endgültige äußere Gestalt der Schulreform entschied die Führung der Polnischen Arbeiterpartei erst im Jahr 1948. Mit vielen Anstrengungen war die Führung der Partei bestrebt, die bis dato sehr freie Hochschulbildung dem kommunistischen Staat unterzuordnen. Die polnische Staatspartei verfolgte das Ziel, den Anteil der Arbeiterjugend an den Universitäten zu erhöhen. Ein Programm, mit dessen Vorbereitungen 1947 begonnen wurde, sollte dazu verhelfen, die Wissenschaft in Polen in Anlehnung an das sowjetische Organisationsmodell gemäß den ideologischen Anforderungen umzugestalten. Die kommunistische Partei in Polen ordnete sich in den Jahren 1944 bis 1948 die Bereiche Kultur, Wissenschaft und Schulwesen unter. Die Partei und der Staat erhielten somit den dominierenden Einfluss sowohl auf die Wissensvermittlung als auch auf die gesellschaftlichen Meinungsbildungsprozesse.¹⁷² Zahlreiche Polen versuchten zunächst, sich dieser Entwicklung zu widersetzen. Im Untergrund erschienen zwischen 1944 und 1953 etwa 460 Zeitschriften und 1.250 Flugblätter in unterschiedlich hoher Auflage. Ausländische Radiosender, wie BBC, Radio

¹⁷⁰ Stokłosa, 2011, S. 48f.

¹⁷¹ Ebenda, S. 53f.

¹⁷² Ebenda, S. 54f.

Madrid, Radio Vatikan, „Die Stimme Amerikas“ und Radio France Internationale stellen später die wenigen freien Informationsquellen dar.¹⁷³

2.6 Die territoriale Neuordnung Polens

Neben gewaltigen Menschenverlusten und hoher Inflation hatte Polen mit dem Kriegsende enorme territoriale Veränderungen zu verkraften.¹⁷⁴ Die territoriale Gestalt Polens veränderte sich im Jahr 1945 radikal. Polen verlor 47 % seines Vorkriegsterritoriums an die Sowjetunion. Ein Drittel seines neuen Territoriums hatte vor dem Krieg zu Deutschland gehört.¹⁷⁵ Die ethnische und territoriale Neuordnung Europas hatten die Alliierten auf den Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam beschlossen.¹⁷⁶ Die Alliierten strebten primär nach einer Übereinstimmung von staatlichen und ethnischen Grenzen, um so möglichen nationalen Konflikten vorzubeugen. Zu Beginn des Jahres 1945 zeichnete sich jedoch klar ab, dass der „Bevölkerungstransfer“ wesentlich mehr Polen und Deutsche umfassen würde als ursprünglich geplant.¹⁷⁷

Die Westmächte gaben auf der Konferenz von Teheran, die vom 28. November bis 1. Dezember 1943 abgehalten wurde, dem sowjetischen Druck nach und stimmten dem Verlangen der UdSSR zu, den Verlauf der polnisch-sowjetischen Grenze entlang der Curzon-Linie festzulegen. Beschlossen wurde zudem, polnische Bürger in die ehemals deutschen Gebiete im Westen und Norden zu verbringen, die nun unter polnischer Verwaltung standen. Dies bedeutete zugleich, dass die dort lebenden Deutschen die betreffenden Territorien verlassen mussten. Aus verschiedenen Ländern Ostmittel- und Südosteuropas sollten die deutschen Minderheiten ausgewiesen werden. Auf der Konferenz von Teheran kam es zur Abfassung einer Art Junktim zwischen der Vertreibung von Deutschen und Polen.

In den östlichen Gebieten des Deutschen Reiches und den besonders exponierten deutschen Siedlungen in Osteuropa hatte die Flucht vor der Roten Armee bereits 1944 begonnen. Führende NS-Funktionäre hatte die Bevölkerung bis zuletzt aufgefordert, Widerstand zu leisten. Bis unmittelbar vor dem militärischen Zusammenbruch blieb eine Flucht verboten, so dass die

¹⁷³ Paczkowski, 1998, S. 135.

¹⁷⁴ Puttkamer, 2010, S. 165f.

¹⁷⁵ Stokłosa, 2011, S. 59f.

¹⁷⁶ Lowe, Keith, 2015, *Der wilde Kontinent. Europa in den Jahren der Anarchie 1943-1950*, Stuttgart, S. 38.

¹⁷⁷ Friszke, 2003, S. 164.

Evakuierungen für gewöhnlich viel zu spät begannen. Erst im letzten Moment konnten die Menschen fliehen. Die Zahl der Opfer erhöhte sich noch durch den harten Winter 1944/45.¹⁷⁸ Die Rote Armee überschritt am 4. Januar 1944 erneut die polnisch-sowjetische Grenze von 1939. Wie zuvor die deutschen Besatzer, machten sich die Sowjets in Polen den bestehenden polnisch-ukrainischen Gegensatz zunutze. Seit 1944 schien nach jahrhundertelanger Kohabitation ein friedliches Zusammenleben von Polen und Ukrainern in den gemischten Siedlungsgebieten nicht mehr möglich. Sogar innerhalb ethnisch gemischter Familien bekämpften sich Angehörige untereinander. Auch die polnischen Kommunisten versprachen sich von der Bildung eines homogenen Nationalstaates ein Ende der Nationalitätenkämpfe. Nach dem Abschluss eines Abkommens zwischen dem Polnischen Komitee für Nationale Befreiung (PKWN) und den Sowjetrepubliken im September 1944 begann die vertraglich festgelegte Vertreibung der Polen. Insbesondere Polen und Litauer, aber auch Weißrussen und Litauer waren von der Evakuierung betroffen. 480.000 Ukrainer, 36.000 Weißrussen und 2.000 Litauer wurden in den Jahren 1945 und 1946 in die Sowjetunion vertrieben.¹⁷⁹

In den vormaligen polnischen Ostgebieten hatte die Rote Armee bereits Anfang 1944 mit dem Aufbau einer sowjetischen Verwaltung begonnen. Damit einher gingen die Deportationen von Polen nach Westen. Im Vorfeld der Konferenz von Jalta vom 4. Februar bis zum 11. Februar 1945 war von den Alliierten bereits über den endgültigen Verlauf der sowjetisch-polnischen Grenze entschieden worden. Mit der Grenzverschiebung beabsichtigte Stalin, den deutsch-polnischen Gegensatz zu einer dauerhaften Feindschaft anwachsen zu lassen. Polen sollte so außenpolitisch an die Sowjetunion gebunden werden.¹⁸⁰ Auf der Konferenz von Jalta erklärten die Alliierten ihre Absicht, dass die Staaten Ostmitteleuropas in freien Wahlen demokratische Einrichtungen schaffen sollten. Dies konnte die tiefen Meinungsverschiedenheiten der Sieger über die politische Zukunft Polens nur mühsam verdecken.¹⁸¹ Die Ostgrenze Polens war in Jalta nach Stalins Wunsch definitiv festgelegt worden. Nahezu die Hälfte des vormaligen Staatsgebiets ging für Polen verloren. Eine zukünftige Friedenskonferenz sollte zudem über den endgültigen Verlauf der Westgrenze entscheiden. Die sowjetische Führung verfolgte im Wesentlichen zwei politische Ziele. Zum einen sollte sich Polen der Sowjetunion unterordnen.

¹⁷⁸ Ther, Philipp, 1998, Deutsche und polnische Vertriebene. Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945-1956. (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 127), Göttingen, S. 54f.

¹⁷⁹ Friszke, 2003, S. 164.

¹⁸⁰ Stokłosa, 2011, S. 56.

¹⁸¹ Judt, 2006, S. 119.

Zum anderen sollte eine effektive Kontrolle über die sowjetisch besetzte Zone in Deutschland geschaffen werden.¹⁸²

Die Vertreibung der Deutschen gliederte sich in drei Phasen. Der Flucht schlossen sich „wilde“ Vertreibungen und eine vertraglich festgelegte „Aussiedlung“ nach dem Potsdamer Abkommen an. Die „wilden“ Vertreibungen begannen bereits im Frühjahr 1945 und dauerten etwa einen Monat an. Der Hass, der sich infolge des Krieges und der deutschen Besatzung in Polen und Tschechien aufgestaut hatte, entlud sich in dieser Phase. Insbesondere in deutschen Siedlungsinseln, wie Brünn, Prag und Lodsch gestalteten sich die Vertreibungen dramatisch, da dort wohl häufig auch persönliche Racheakte verübt wurden. Die deutsche Bevölkerung aus dem Grenzstreifen an Oder und Neiße wurde zwischen Juni und Mitte Juli 1945 vertrieben. Dabei erfolgte die Ausweisung der Deutschen in mehreren Etappen. Zunächst erfolgten im Mai 1945 die Vertreibungen aus einem hundert bis zweihundert Kilometer breiten Streifen östlich von Oder und Neiße. Im Juni schlossen sich die Vertreibungen der Bewohner Danzigs an. Diesen folgten ab Herbst 1945 die Räumungen Hinterpommerns, Westpreußens, des südlichen Ostpreußens und Oberschlesiens.¹⁸³

Ohne Rechtsgrundlage vertrieben die Polen die deutsche Bevölkerung aus allen Gebieten, die sie für sich beanspruchten. Ähnliche Erfahrungen mussten die Polen seit 1944 in der polnisch-ukrainischen Grenzregion machen. Schnell, rücksichtslos und unvorbereitet fanden die Vertreibungen der Deutschen aus den deutschen Ostgebieten als auch der Polen aus ihren Ostgebieten bereits verstärkt vor der Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945 statt. Bis zum Beginn der Konferenz sollte sich nach dem Willen der polnischen Führung die Zusammensetzung der Bevölkerung in den deutschen Ostgebieten derart verändern, dass sich polnische Ansprüche auf die Territorien mit ethnischen Argumenten untermauern ließen. Stalin konnte so in Potsdam behaupten, östlich der Oder und Neiße würden keine Deutschen mehr, sondern nur noch Polen leben. Die polnischen Vertriebenen wurden rücksichtslos aus dem Osten in die neuen Westgebiete des Landes deportiert, um dort den polnischen Bevölkerungsanteil zu erhöhen. Die Sowjetunion entschied in dieser Phase über das Schicksal der Deutschen und Polen. Widerstrebend duldeten die Westalliierten die Vertreibungen, die durch reguläre Militäreinheiten bzw. Milizen durchgeführt wurden.¹⁸⁴

Wie schon zuvor in Jalta wurde auf der Potsdamer Konferenz eine zukünftige Friedenskonferenz angekündigt, um die endgültige Westgrenze Polens festzulegen. Beschlossen wurde zu-

¹⁸² Stokłosa, 2011, S. 56f.

¹⁸³ Ther, 1998, S. 54f.

¹⁸⁴ Friszke, 2003, S. 114f.

dem, dass das Gebiet zwischen der polnischen Vorkriegsgrenze und der Oder-Lausitzer-Neiße-Linie, der südliche Teil Ostpreußens und das Territorium der ehemaligen Freien Stadt Danzig unter der Verwaltung des polnischen Staates bleiben und nicht als Teil der sowjetischen Okkupationszone gelten sollten. Polens Abhängigkeit von der Sowjetunion wurde durch den territorialen Schwebezustand noch verstärkt. Einigkeit bestand bei den „Großen Dreien“ in Potsdam, dass Deutschland die Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg und dessen Opfer trug. Die neue Westgrenze Polens an Oder und Neiße sollte zum einen die im Osten erlittenen Gebietsverluste ausgleichen. Zugleich sollte sie aber auch dem sowjetischen Sicherheitsbedürfnis Rechnung tragen und eine strategische Barriere gegen Deutschland bilden. Bis Ende der 1940er Jahre hatte die Grenze einen dominant militärischen Charakter.¹⁸⁵

Als die Potsdamer Konferenz begann, befanden sich Deutsche wie Polen längst auf dem massenhaften Exodus aus ihren jeweiligen Ostgebieten. Die sich bereits im Gang befindlichen Vertreibungen von Deutschen und Polen wurden in Potsdam nicht beschlossen, sondern von den westalliierten Teilnehmern lediglich hingenommen. Implizit wurde somit Kritik an den bereits vollzogenen, „wilden“ Vertreibungen geübt. Auf der Konferenz waren die Alliierten bestrebt, die Schaffung einer Übereinstimmung von ethnischen staatlichen Grenzen in Europa konsequent umzusetzen. Das erklärte Ziel bestand in homogenen Nationalstaaten ohne jegliche Minderheiten in ganz Ostmitteleuropa.¹⁸⁶ Durch die Beschlüsse des Potsdamer Abkommens wurde die Bevölkerungsstruktur Polens erneut wesentlich verändert.¹⁸⁷ Die deutsche Bevölkerung war in den neuen polnischen Gebieten schutz- und rechtlos der Willkür der Behörden, des Militärs, der Milizen und der polnischen Bevölkerung ausgeliefert. Die als Schutzbestimmung gedachten Potsdamer Beschlüsse über eine ordnungsgemäße und humane Durchführung der Vertreibung der Deutschen wurden kaum umgesetzt.¹⁸⁸ Nach den Fluchtwellen und den „wilden“ Vertreibungen aus Polen wurden bis 1950 weitere 3,5 Millionen Menschen als Deutsche erfasst und aus dem Land ausgesiedelt. Nur etwa eine Million Deutsche verblieb in Polen.¹⁸⁹

Nach den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens mussten auch Menschen nichtpolnischer Abstammung aus Ostpolen ihre Heimat verlassen und in die Sowjetunion umsiedeln. Betroffen von der Regelung waren insbesondere Ukrainer, die Polen bis Ende 1946 zu verlas-

¹⁸⁵ Ther, 1998, S. 42f.

¹⁸⁶ Stokłosa, 2011, S. 59f.

¹⁸⁷ Judt, 2006, S. 119.

¹⁸⁸ Eser, Ingo, Die Deutschen in Oberschlesien, in: Borodziej, Włodzimierz/Lemberg, Hans (Hg.), 2003, „Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden ...“. Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945 - 1950, Bd. 2. Zentralpolen. Wojewodschaft Schlesien (Oberschlesien). Dokumente aus polnischen Archiven, S. 355-399, hier: S. 386.

¹⁸⁹ Paczkowski, 1998, S. 135.

sen hatten. Hierdurch sollte Polen zu einem „idealen“, ethnisch geschlossenem Nationalstaat ohne nationale Minderheiten werden.¹⁹⁰ Zwischen 1945 und 1946 fand die zahlenmäßig größte Vertreibungswelle von Polen statt, die erst 1948 endgültig abgeschlossen war.¹⁹¹ Etwa 1,5 Millionen Polen aus den ehemaligen polnischen Ostgebieten wurden in den vormaligen deutschen Ostgebieten aufgenommen, zusammen mit ca. drei Millionen Umsiedlern aus Zentralpolen. Etwa 500.000 Ukrainer, Weißrussen und Litauer mussten hingegen das Land in Richtung Osten verlassen.¹⁹² In der „Aktion Weichsel“ (Akcja Wisła), die von April bis September 1947 erfolgte, wurden 140.000 Ukrainer und Lemken aus ihren Wohnorten vertrieben. Anschließend wurden sie in verschiedenen polnischen Wojewodschaften angesiedelt. Die Zwangsumsiedlungen erfolgten meist in die neuen polnischen Nord- und Westgebiete. Die Aktion verfolgte zudem das Ziel, die ukrainischen Bevölkerungsteile auf verschiedene polnische Gebiete zu zerstreuen, um so die sukzessive Polonisierung zu erleichtern.¹⁹³

2.7 Die Polonisierung der neuen Westgebiete Polens

Da die neuen Nord- und Westgebiete Polens einen Fremdkörper im polnischen Staatswesen bildeten, mussten sie in den polnischen Staat integriert werden. Um die vormals deutschen Territorien in urpolnische umzuwandeln, bediente sich die polnische Führung der Politik der Polonisierung. Nach der landesweit verbreiteten Propaganda handelte es sich um vormalig polnische Gebiete, die nach dem Kriegsende 1945 ins Mutterland zurückkehrten. Die polnischen Politiker beabsichtigten so, den neuen Bewohnern die Furcht vor einer erneuten Umsiedlung zu nehmen. Eine derartige Argumentation sollte dazu beitragen, über den Verlust der eigenen Ostgebiete hinwegzukommen. Besonders in den neuen Territorien des Landes sahen die polnischen Kommunisten die Notwendigkeit, die nationale Ideologie intensiver als in den alten Gebieten zu propagieren.¹⁹⁴ Die fortschreitende Polonisierung fiel in den Zuständigkeitsbereich des am 13. November 1945 gegründeten Ministeriums für die Wiedergewonnenen Gebiete. Flächendeckend begann man in den Nord- und Westgebieten damit, Hinweise auf kulturelle Reminiszenzen aus der deutschen Zeit zu vernichten. Sämtliche Gegenstände mit deutschen Inschriften waren von der kulturellen „Reinigung“ betroffen. Deutsche Relikte wurden aus Schulen, Kirchen, Ämtern und anderen öffentlichen Einrichtungen entfernt. Die Maßnahmen kamen nicht nur im öffentlichen, sondern auch im privaten Bereich zur Anwen-

¹⁹⁰ Stokłosa, 2011, S. 61.

¹⁹¹ Roszkowski, 1992, S. 151f.

¹⁹² Puttkamer, 2010, S. 108.

¹⁹³ Stokłosa, 2011, S. 65f.

¹⁹⁴ Friszke, 2003, S. 114f.

dung. Verstöße gegen die neuen polnischen Vorschriften wurden entweder mit Geldstrafen oder dem Verlust des Arbeitsplatzes geahndet.¹⁹⁵ Der Säuberungsprozess von allem Deutschen umfasste zudem die massenhafte Vernichtung deutscher Kulturgüter. Deutsche Straßenschilder und Ortsnamen wurden in den polnischen Westgebieten durch polnische Bezeichnungen ersetzt. In Schulen, Ämtern und Kirchen durfte kein Deutsch mehr gesprochen werden. Der reguläre Schulunterricht wurde durch Polonisierungskurse ergänzt, in denen die polnische Sprache, Geschichte und Literatur gelehrt wurden. Durch diese Kurse sollte nicht nur die polnische Kultur gepflegt und verbreitet, sondern auch die deutsche Kultur verdrängt werden. Für ganz Polen wurde ein einheitliches polnisches Bildungssystem geschaffen, das sämtliche Bildungseinrichtungen abdeckte. Zahlreiche polnische Theater, Orchester, Museen, Bibliotheken und Kulturhäuser wurden gegründet.¹⁹⁶ Die Polonisierungspolitik wurde zwischen 1945 und 1948 am intensivsten betrieben. Mit nachlassendem Interesse verlor auch das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete zunehmend an Einfluss. Die Integration der polnischen Nord- und Westgebiete in den Rest des Staates war nach Einschätzung der Regierung Ende 1948 abgeschlossen.¹⁹⁷ Das Wort „deutsch“ und seine Derivate galten in der Nachkriegszeit als verpönt. Die Warschauer Regierung nahm eine klare antideutsche Haltung ein. Sie beschuldigte das deutsche Volk kollektiv schwerer Menschheitsverbrechen. Es war nach Anordnung der Militärbehörden verboten, Deutschen die Hand zu geben oder mit ihnen an einem Tisch zu sitzen. Ein solches Verhalten kam einer Schande für Polen gleich. Den Polen war es zudem nicht gestattet, „Volksdeutsche“ als Hausangestellte zu beschäftigen. Das Klima des Hasses bildete einen wichtigen Grundpfeiler der polnischen Gesellschaft, der zudem die Akzeptanz der polnischen Führung in der Bevölkerung erhöhte. Mit der neuen Staatsgewalt verband die polnische Gesellschaft das Feindbild des Deutschen. Der Hass auf die Deutschen gehörte insbesondere in den polnischen Nord- und Westgebieten zu den Integrationsfaktoren der polnischen Gesellschaft mit den neuen Territorien. Der Gebrauch der deutschen Sprache konnte im Nachkriegspolen zu Beschimpfungen oder Übergriffen führen.¹⁹⁸

2.8 Der „Görlitzer Vertrag“ 1950

Am 6. Juli 1950 unterzeichneten die Ministerpräsidenten Otto Grotewohl und Józef Cyrankiewicz in Zgorzelec den „Görlitzer Vertrag“ zwischen der DDR und der Republik Polen über

¹⁹⁵ Nitschke, Bernadetta, 1999, Wysziedlenie ludności niemieckiej z Polski w latach 1945-1949, Zielona Góra, S. 124.

¹⁹⁶ Stokłosa, 2011, S. 68f.

¹⁹⁷ Ebenda, S. 70f.

¹⁹⁸ Ebenda, S. 71f.

die Markierung der bestehenden Staatsgrenze zwischen beiden Ländern. Mit dem Inkrafttreten des Vertrages am 9. August 1950 bestätigte dieser lediglich in rechtlicher Form, was politisch längst entschieden war. Die vorläufige Nachkriegs-Grenzlinie solle zu einer „unantastbaren Friedens- und Freundschaftsgrenze“ werden und beide Völker miteinander verbinden. Der Vertragsabschluss zwischen Polen und der DDR hatte vor allem symbolischen Charakter. Da der Görlitzer Vertrag vor allem einen propagandistischen Zweck erfüllte, spielte er in der Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Polen kaum eine Rolle. Die Oder-Neiße-Grenze blieb auch weiterhin hermetisch abgeriegelt. Sie war nur für einen ausgewählten Kreis von Politikern und aktiven Parteimitgliedern passierbar. Die DDR hatte mit dem Görlitzer Vertrag die Oder-Neiße-Grenze endgültig und unwiderruflich anerkannt. In der DDR gehörte die deutsch-polnische Grenze nach Abschluss des Görlitzer Vertrags zu den tabuisierten Themen. Diese Entwicklung brachte eine erhebliche Entspannung für das ostdeutsch-polnische Verhältnis. Die starken antideutschen Ressentiments sowohl in der polnischen Führung als auch in der Bevölkerung waren in erster Linie gegen die Bundesrepublik Deutschland gerichtet. Von der DDR-Führung das Görlitzer Abkommen als propagandistische Waffe gegen die als revisionistisch und imperialistisch stigmatisierte Bundesrepublik eingesetzt.¹⁹⁹

3 Die sowjetischen und polnischen Lager 1944-1950

Unmittelbar nach der Besetzung Ostpolens durch die Rote Armee im September 1939 sah sich der sowjetische „Volkskommissar für Inneres“, Lavrentij Berija, mit dem Problem der Unterbringung und der Versorgung der polnischen Gefangenen konfrontiert. Um die Herausforderung bewältigen zu können, ordnete er am 19. September des Jahres an, ein eigenes Lagersystem für ausländische Kriegsgefangene und Internierte errichten zu lassen.²⁰⁰ Dieser „Archipel GUPVI“ existierte in den Jahren 1939 bis 1953 als zweites Lagersystem neben dem „Archipel GULAG“, in dem vornehmlich Sowjetbürger und verurteilte Kriegsgefangene festgehalten wurden.²⁰¹ Beide Archipele waren dem NKVD unterstellt, das seine Zentrale in Moskau hatte.²⁰² Der „Archipel GUPVI“ bestand aus „rund 4.000 Lagern, Teillagern, Frontlagern, Arbeitsbataillonen, Spitälern und Speziallagern“ in der gesamten UdSSR.²⁰³ In der Zeit von

¹⁹⁹ Ebenda, S. 76-79.

²⁰⁰ Karner, 1995, S. 55; Karner, 1999, S. 339.

²⁰¹ Karner, 1995, S. 235, 339.

²⁰² Karner, 1995, S. 7; Karner, 1999, S. 339.

²⁰³ Karner, 1995, S. 7, 10, 55, 235.

1939 bis 1953 wurden in dem Lagerarchipel etwa vier Millionen Kriegsgefangene und Internierte gefangen gehalten.²⁰⁴

3.1 Die sowjetischen Front-Aufnahme-Durchgangslager

Ein Netz aus Frontlagern in den von sowjetischen Truppen eroberten Gebieten bildete den „Eingang zum Archipel“.²⁰⁵ Es setzte sich aus Aufnahmepunkten (PPV) für die Übernahme der gefangenen Soldaten im Frontgebiet, den Sammelpunkten (SPV) für eine erste sanitäre Versorgung und die zahlenmäßige Erfassung der Gefangenen sowie den Front-Aufnahme-Durchgangslagern (FPPL) zur Anfertigung von Personalkarten und der anschließenden Überführung der Kriegsgefangenen in das rückwärtige Gebiet zusammen.²⁰⁶ Die Lager auf polnischem und ostdeutschem Territorium wurden zumeist in unmittelbarer Nähe von Bahnverladestationen und Versorgungsbasen angelegt, wobei die Rote Armee zur Unterbringung ihrer Gefangenen neben Landgütern und Kasernen auch auf die umfangreiche Infrastruktur des NS-Lagersystems zurückgriff.²⁰⁷ Das NKVD verfügte Ende 1944, das gesamte System der Frontlager und -aufnahmestellen für Kriegsgefangene in die Verwaltung der Roten Armee zu überführen. Die Einheiten des NKVD, die in den militärischen Kommandobereichen der rückwärtigen Frontabschnitte für die Kriegsgefangenen zuständig waren, unterstanden nun direkt der Roten Armee. Auf sowjetischem Territorium hatte das NKVD zur Übernahme der von der Roten Armee eingebrachten Gefangenen ein umfassendes Lagernetz errichtet. Die Sowjets übertrugen den örtlichen Behörden nur wenige Lager auf polnischem Territorium zur Verwaltung, wobei es sich um eine symbolische Geste der sowjetischen Seite gehandelt haben könnte. Möglicherweise sollte diese Maßnahme aber auch organisatorische Schwächen beheben. Der Oberbefehlshaber der polnischen Armee verfügte am 5. Oktober 1944 die Aufstellung von Wachbataillonen für den Einsatz in Kriegsgefangenenlagern. Unklar bleibt, ob sich die Anordnung auf polnische oder sowjetische Gefangenenlager bezog. In Lublin wurde Anfang Oktober 1944 ein polnisches Wachbataillon aufgestellt, welches das Lager Majdanek mit deutschen Kriegsgefangenen bewachen sollte. Zudem sollte es die Aufsicht über das nahe Lublin gelegene Lager Krzesimow übernehmen, in dem ca. 400 „Volksdeutsche“ interniert

²⁰⁴ Ebenda, S. 7, 55, 339.

²⁰⁵ Ebenda, S. 39.

²⁰⁶ Karner, 1995, S. 71; Karner, 1999, S. 340.

²⁰⁷ Poljan, 1999, S. 312. Vgl. Rensinghoff, S. 22.

waren. Truppen des polnischen Militärs mussten zuweilen beim Aufbau von Lagern mithelfen oder die umliegende Bevölkerung beschützen.²⁰⁸

Im polnisch-ostdeutschen Gebiet befanden Mitte 1945 etwa 60 Sammellager für deutsche Kriegsgefangene unter sowjetischer Verwaltung.²⁰⁹ Die Mehrzahl dieser Gefangenen befand sich in Schlesien. Den Schwerpunkt bildeten die niederschlesischen Sammellager Breslau-Fünfteichen und Breslau-Hundsfeld, in denen etwa 300.000 gefangene Soldaten zusammengefasst waren. In den sowjetischen Sammellagern in Oberschlesien, wie z. B. in Oppeln und in Auschwitz, hielt die Rote Armee rund 47.000 Deutsche und Verbündete gefangen. Die Belegungsstärken der verschiedenen Sammellager mit Kriegsgefangenen variierten. Da sie teilweise nicht über geeignete Bahnanschlüsse verfügten, konnten die Deportationen in die UdSSR nicht aus allen diesen Lagern erfolgen. Häufig mussten die Gefangenen zunächst zu einem so genannten „Transport-Sammellager“ innerhalb des regionalen oder des benachbarten Bezirks überführt werden, wo ein Verschiebebahnhof den Abtransport der gefangenen Soldaten ermöglichte. Dem Durchgangslager Auschwitz kam aufgrund seiner großen Aufnahmekapazität eine besondere Bedeutung zu. Über die Hälfte der Kriegsgefangenen aus Schlesien überführte die Rote Armee von dort aus in die Sowjetunion.²¹⁰ Ein Teil der in den sowjetischen Sammellagern befindlichen Gefangenen wurde unmittelbar nach deren Ankunft in die Transportzüge verladen, teilweise warteten die Gefangenen bis zu anderthalb Jahren auf ihren Abtransport in die UdSSR. Bereits nach einigen Wochen bzw. Monaten nach der Errichtung begannen die Militärbehörden der Roten Armee mit der Auflösung der sowjetischen Sammellager, die daraufhin in die polnische Verwaltung übergingen. Die Evakuierung des letzten sowjetischen Gefangenenlagers in Danzig erfolgte erst im Jahr 1947.²¹¹

Die 50.000 Kriegsgefangenen, die die sowjetische Armee den polnischen Behörden überließ, rekrutierten sich aus den Belegschaften nahezu sämtlicher Sammellager der Sowjets auf polnisch-ostdeutschem Territorium, stammten jedoch vornehmlich aus den Lagern in Nieder- und Oberschlesien. Insbesondere aus den Sammellagern Lauban, Neuhammer und Sagan wurden Gefangene der polnischen Gewahrsamsmacht überstellt. Zu Ende des Jahres 1946 bestanden in Polen 68 Kriegsgefangenenlager, zumeist auf dem Gebiet des ober-schlesischen Kohlreviers, aus denen die Gefangenen als Arbeitskräfte rekrutiert wurden.²¹²

²⁰⁸ Kochanowski, 2004, S. 25f.

²⁰⁹ Deutsches Rotes Kreuz, 1954, S. 54.

²¹⁰ Böhme, 1966, S. 61.

²¹¹ Deutsches Rotes Kreuz, 1954, S. 108.

²¹² Böss, 1974, S. 121.

3.2 Die polnischen Lager 1945-1950

Die genaue Anzahl der Lager und Gefängnisse, die im Frühjahr bzw. im Sommer 1945 in Oberschlesien bestanden, ist ebenso wenig bekannt wie die Zahl der dort Inhaftierten bzw. Verstorbenen. Die Gründe hierfür liegen zum einen in der nur mangelhaften schriftlichen Überlieferung dieser Gewahrsamsorte, zum anderen an dem Umstand, dass für die oberschlesischen Gefängnisse und Lager keine einheitliche Verwaltung oder übereinstimmende Bezeichnungen bestanden. Lokale Behörden bzw. Starosten schufen auf der Grundlage von Verordnungen des schlesischen Wojewoden sogenannte „Absonderungsorte“ für die deutsche Bevölkerung. Diese auf Eigeninitiative errichteten Lager waren keiner übergeordneten Instanz unterstellt. Die Warschauer Regierung verfügte über keine umfassende Kontrolle dieser Lagereinheiten. Die Lager erfüllten unterschiedliche Funktionen. Zum Teil fungierten diese als Aussiedlungslager, in denen die deutschen Internierten zur Isolierung von der polnischen Bevölkerung bis zu ihrer Aussiedlung festgehalten wurden. Oft dienten sie zudem als Arbeitslager mit einem bedeutenden Arbeitskräftereservoir. Die für den Arbeitseinsatz dringend benötigten Gefangenen wurden den Lagern selbst eingesetzt oder an Unternehmen bzw. Industriebetriebe vermietet. In den errichteten Straflagern sollten die Gefangenen für die Unterstützung des NS-Regimes bzw. für begangene Kriegsverbrechen büßen.

Es kam häufig vor, dass ein Lager mehrere Funktionen zugleich erfüllte. Sofern die auf den Abtransport wartenden Gefangenen zum Arbeitseinsatz herangezogen wurden, konnte ein Aussiedlungslager auch die Funktion eines Arbeitslagers annehmen. Befand sich unter den Wachmannschaften derartiger Lager noch entsprechendes Gefängnispersonal, konnten diese zunehmend den Charakter eines regelrechten Straflagers annehmen. In den einzelnen Lagern divergierte die Sterblichkeit stark, teilweise war diese aber sehr hoch. Die Mehrzahl der Lagergefangenen verstarb an Krankheiten, insbesondere an Typhus. Aufgrund der mangelhaften medizinischen Versorgung und der katastrophalen hygienischen Verhältnisse konnten sich Epidemien schnell ausbreiten, die zudem durch die Unterernährung vieler Gefangener und die Überbelegung der Lagerbaracken begünstigt wurden.²¹³

3.2.1 Die Lager des Sicherheitsministeriums

Dort, wo die polnischen Behörden bestehende NS-Lager übernehmen konnten, erfolgte die Unterbringung von deutschen Gefangenen leicht, z. B. in Majdanek, Auschwitz, Jaworzno

²¹³ Eser, 2003, S. 380.

und Potulitz. Die Inbetriebnahme kleinerer Lager mit geringen Gefangenengruppen erwies sich als komplizierter. Die Lebensmittelversorgung, die Bereitstellung von Unterkünften und die Bewachung der Gefangenen erwiesen sich für beide Arten von Lagern als problematisch. Für ein einheitliches Vorgehen erfolgten im April 1945 die Auflösung sämtlicher kleinerer Lagereinheiten und die Errichtung von Zentralen Arbeitslagern in ganz Polen. Im April 1946 verblieben nach weiteren organisatorischen Neuerungen noch vier Zentrale Arbeitslager. Die von den Gefangenen der Zentralen Arbeitslager geleistete Gefangenearbeit sollte sich wirtschaftlich rentieren. Von den Lagerverwaltungen wurde eine rationelle Ausnutzung der Gefangenearbeit ebenso wie eine Koordination der Produktionspläne erwartet.²¹⁴

3.2.1.1 Das Zentrale Arbeitslager Jaworzno

Auf dem Gelände des im Juni 1943 errichteten NS-Lagers „Dachsgrube“ entstand 1945 das Zentrale Arbeitslager Jaworzno. Bis zum Jahresende 1945 entwickelte sich das Zentrallager zum bedeutendsten polnischen Kriegsgefangenenlager. Erst im Jahr 1947 verlor das Lager Jaworzno diese Vorrangstellung an das Zentrale Arbeitslager Warschau. Seine dominierende Stellung verdankte das Lager Jaworzno insbesondere seiner räumlichen Nähe zu Schlesien. Jaworzno und seine Unterlager fungierten zudem als Durchgangsstation für nahezu sämtliche Kriegsgefangenen, die nach Schlesien transportiert wurden oder von dort kamen. Auch Gefangene, die wegen Verstößen gegen die Lagerordnung oder aufgrund von Fluchtversuchen bestraft worden waren, verbüßten ihre Strafen dort. Jaworzno wurde auch zum Gewahrsamsort für deutsche Gefangene, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit in Gefängnissen oder inoffiziellen Lagern festgehalten worden waren. Für Kriegsgefangene polnischer Nationalität wurde es eines der bedeutendsten Orte, an denen diese für eine Verifizierung zusammengezogen wurden. Bereits im Herbst 1945 setzte die verstärkte Zusammenführung von Kriegsgefangenen in Jaworzno ein und hielt bis Juli 1946 an. Zudem verfügte der Direktor des DWO, Stanisław Pizlo, Ende Juni 1946, sämtliche Kriegsgefangenen in polnischen Haftanstalten bis zum 15. Juli 1946 in das Zentrale Arbeitslager zu überführen. Doch nicht alle 1946 in Jaworzno registrierten Kriegsgefangenen gelangten schließlich auf das Lagergelände, eine Vielzahl der Gefangenen unterstanden dem Lager nur auf dem Papier. Ende Dezember 1946 wies die Lageradministration die Gefangenen an, Registrierkarten auszufüllen. Eine Überprüfung ergab, dass insgesamt 3.769 Kriegsgefangene im Lager Jaworzno gemeldet waren. Einschließlich der in den umliegenden Zechen eingesetzten Kriegsgefangenen betrug die Lager-

²¹⁴ Ebenda.

stärke tatsächlich 1.748 Personen. In Höchstzeiten betrug die Zahl der Kriegsgefangenen in Jaworzno insgesamt 9.485, die aber in der Folgezeit kontinuierlich abnahm.²¹⁵ Wesentlich beeinflusst war dies durch die Entlassung der als „Volksdeutsche“ eingestuften Kriegsgefangenen aus Jaworzno. Zudem überließ die Lageradministration die Kontrolle über abliegende Außenlager, wie z. B. Lublin und Posen, den Gefängnisabteilungen mehrerer Sicherheitsämter in den Wojewodschaften oder dem Warschauer Arbeitslager. Von insgesamt 9.781 Personen, die nach einem Lagerbericht vom 17. Juni 1948 in Jaworzno registriert waren, galten 6.107 als Kriegsgefangene. Die übrigen Gefangenen setzten sich insbesondere aus „Volksdeutschen“ sowie einigen „Reichsdeutschen“ und ukrainischen Internierten zusammen, die im Rahmen der „Aktion Weichsel“ in das Lager verbracht worden waren.²¹⁶

Da die Versorgung der Gefangenen eine hohe finanzielle Belastung mit sich brachte, trieb die polnische Lagerverwaltung die Repatriierungen zügig und reibungslos voran. Zu Verzögerungen kam es hingegen bei den Heimführungen der Kriegsgefangenen mit beruflicher Fachausbildung, die in den Werkstätten des Lagers tätig waren. Hiervon profitierten insbesondere die Bediensteten der öffentlichen Sicherheitsämter. Im Zentralen Arbeitslager Jaworzno befanden sich Anfang April 1949 noch 598 Kriegsgefangene, die teilweise als Nichtdeutsche eingestuft wurden. Ab Ende 1949 fand das Lager Jaworzno in den Berichten polnischer Behörden keine Erwähnung mehr.²¹⁷

3.2.1.2 Das Zentrale Arbeitslager Warschau

Das am 25. April 1945 in Warschau errichtete Arbeitslager war eines der ersten in Polen. Aufgrund einer Anordnung des DWO-Direktors erfolgte am 2. Juni 1945 die Umbenennung des Lagers in „Zentrales Arbeitslager“, das primär den Wiederaufbau Warschaus zur Aufgabe hatte. Obwohl die Behörden im August 1945 die Aufnahmekapazität des Arbeitslagers einschließlich seiner Nebenlager offiziell auf 50.000 Personen schätzten, wurde der vorhandene Raum nur in geringem Maße genutzt. Während des Sommers 1945 wurden in sämtlichen Lagern der polnischen Hauptstadt 2.500 Zivilinternierte, Kriegsgefangene und Häftlinge festgehalten. Zu Jahresbeginn 1946 verlor das Lager das Attribut „zentral“ wieder, als auf einen Ausbau des Lagergeländes verzichtet wurde. Die Lager der Wojewodschaft Warschau wurden daher zunächst dem Lager Mielęcín, später dem Lager Sikawa unterstellt. Wenig Einigkeit herrschte darüber, wie die Kriegsgefangenen zum Wiederaufbau der polnischen Hauptstadt

²¹⁵ Kochanowski, 2004, S. 96.

²¹⁶ Ebenda, S. 97.

²¹⁷ Ebenda, S. 97f.

eingesetzt werden sollten. Im Frühjahr 1946 wurden die ersten Kriegsgefangenenkontingente nach Warschau überführt, bis die Transporte nach dem April 1946 abnahmen. Verstärkt trafen weitere Gefangenentransporte zwischen Juni und September 1946 in der polnischen Hauptstadt ein, dann erneut im November und Dezember 1946 und schließlich von Februar bis April 1947. Im Arbeitslager Warschau waren am 5. Mai 1947 insgesamt 34 „Volksdeutsche“ und 1.862 Kriegsgefangene registriert, von denen sich aber nur ein Teil im Lager selbst befand. Der Anstieg der Gefangenzahlen war im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass das Zentrale Arbeitslager die Verwaltung mehrerer Lager außerhalb Warschaus übernahm, die den Lagern Jaworzno und Sikawa unterstanden hatten. Die erste Repatriierungswelle zum Jahreswechsel 1948/49 betraf insbesondere die arbeitsunfähigen Kriegsgefangenen. Da dies für die Gefangenen in den Warschauer Lagern kaum zutraf, hatte die beginnende Repatriierung in der polnischen Hauptstadt nur geringe Auswirkungen. Im Arbeitslager Warschau hielten sich Anfang April 1949 noch insgesamt 2.565 Kriegsgefangene auf. Bis Ende April wurden 2.300 Gefangene im Zuge der beabsichtigten Auflösung des Lagers über Gleiwitz nach Deutschland repatriert. Ehemalige SS-Angehörige und NSDAP-Mitglieder, Nichtdeutsche und Offiziere kamen hingegen in das Lager Sikawa und in die Grubenlager „Milowice“ und „Brzeszcze“. Ende Juni 1949 sank die Zahl der Kriegsgefangenen im Arbeitslager Warschau daher auf 185. Durch den Zustrom deutscher Kriegsgefangener aus den Arbeitskommandos bzw. Lagern der polnischen Provinz nach Warschau änderte sich die Größe der Lagerbelegschaft in den folgenden Monaten kaum. Im September 1949 befanden sich noch 170 Kriegsgefangene im Zentralen Arbeitslager Warschau. Wie im Offizierslager in Sikawa, sollten in den Arbeitslagern in Warschau neben „verdächtig“ eingestuftem Kriegsgefangenen auch solche Personen festgehalten werden, über deren weiteres Schicksal die polnischen Behörden noch nicht entschieden hatten, z. B. die Nichtdeutschen und die „Volksdeutschen“.²¹⁸

3.2.2 Die Lager der Zentralverwaltung der Kohleindustrie

Ende September 1945 übertraf die Zahl der Kriegsgefangenen, die das MBP der Kohleindustrie zur Verfügung stellte, die dortigen Erwartungen. Da sich die Unterbringung der Gefangenmassen als problematisch erwies, richtete die Zentralverwaltung der Kohleindustrie (Centralny Zarząd Przemysłu Węglowego/CZPW) eigene Ersatzlager ein, die bei den Kohlengruben „Wujek“ in Kattowitz und „Harcerska“ in Wesola gelegen waren. Am 3. November 1945 war die Einquartierung von insgesamt 4.464 Kriegsgefangenen in den beiden Lagern beendet.

²¹⁸ Ebenda, S. 104.

Die schlesische Region galt aufgrund ihrer Nationalitätenstruktur als möglicher Konflikttherd. Die dortige Bevölkerung galt in Teilen als deutschfreundlich. Da sich zahlreiche ehemalige SS-Angehörige unter den Kriegsgefangenen befanden, befürchteten die polnischen Behörden einen „schlechten Einfluss“ auf die schlesische Bevölkerung. Daher überführten die polnischen Behörden das Gros an Gefangenen in Lager außerhalb Schlesiens, insbesondere bei den Vereinigungen der Kohleindustrie Krakau und Dombrowa-Becken, da die Ortsbevölkerung den Deutschen gegenüber häufig feindlich eingestellt war. Um Kontakte der Kriegsgefangenen mit der benachbarten Bevölkerung zu unterbinden, vermieden polnischen Behörden es, Lager im Umfeld von Bergwerken zu errichten. Nicht nur die Einquartierung der Kriegsgefangenen erwies sich als problematisch, sondern auch die Organisation des Lageralltags und des Arbeitseinsatzes der Kriegsgefangenen in den Lagern. Trotz mehrerer Gesuche an das Sicherheitsministerium erhielt die schlesische Kohleindustrie keine klaren Vorgaben zur Organisation der Lager, was zu einem unkoordinierten, individuellen Vorgehen der Lagerverwaltungen führte. Die Leiter der Vereinigungen der Kohleindustrie erarbeiteten auf einem Treffen am 30. August 1945, also bereits vor der Ankunft der Kriegsgefangenen im ober-schlesischen Kohlerevier, ein „Projekt einer Lagerordnung und Instruktion zur Anwendung und Erprobung in den Lagern“. Es ist nicht überliefert, ob die Projektplanungen an die einzelnen Grubenlager herangetragen wurden. Möglicherweise diente das Arbeitsprojekt als Grundlage für die „Vorläufige Ordnung für die Arbeitslager bei den Kohlegruben sowie allgemeine Richtlinien zur Regelung des Lebens und Arbeitsablaufs der zwangsweise Beschäftigten“, die am 18. Oktober 1945 veröffentlicht wurde. Nach der Aufteilung der Kriegsgefangenen auf die polnischen Grubenlager erfolgte am 26. November 1945 eine weitere Anordnung, die den Lagerverwaltungen einheitliche Vorgaben liefern und den Gefangenen „entsprechende Wohn- und Hygienebedingungen, ausreichende Nahrungsmittelversorgung, Erholung und gerechte Behandlung“ sichern sollte. In der Praxis erwies sich die Verbesserung der miserablen Lebensbedingungen jedoch als schwierig. Auch zeigte sich schnell, dass die polnischen Lagerverwaltungen auf die ihnen anvertrauten Aufgaben nicht vorbereitet waren. Neben den notwendigen Kenntnissen zum Umgang mit den Gefangenen mangelte es dem Wachpersonal der Kohleindustrie u. a. an der Bewaffnung. Bereits im Dezember 1945 zeigte sich, dass das zivile Personal der Lageradministrationen ohne die erforderliche Ausbildung die Disziplin unter den Lagergefangenen nicht aufrechtzuerhalten konnte. Bis Dezember 1945 bestand für das Gewahrsam der Kriegsgefangenen durch das CZPW keine rechtliche Grundlage. Erst am 14. Dezember 1945 kam es zu einer juristischen Übereinkunft mit dem MBP, die die Verpflegungsnormen, die Arbeitszeit und -bedingungen sowie die Unterkünfte und die medizinische

Betreuung regelten. Die Lageradministrationen versuchten dieses Problem zu umgehen, indem sie die Lagerselbstverwaltungen ehemaligen Offizieren bzw. Unteroffizieren übertrugen. Die im Jahr 1945 getroffenen provisorischen Vereinbarungen regelten für lange Zeit die innere Organisation der polnischen Bergwerkslager. Das Büro zur Mobilisierung von Arbeitskräften verbreitete erst im Juli 1947 eine „Interne Ordnung für die Zwangsarbeitslager bei den Arbeitsbetrieben in der Kohleindustrie“, die auch den Begriff „Lager“ definierte: „Das Arbeitslager ist ein geschlossenes Lager, das von der Lagerwache bewacht wird und umfasst Wohn- und Wirtschaftsräume, die durch eine entsprechende Umzäunung gesichert sind.“ Die Verordnung legte neben den Funktionen der Lager auch das Verhältnis des Wachpersonals zu den Lagergefangenen, die Arbeitszeiten, die Selbstverwaltung, die Gefangenenpost und andere Einzelbestimmungen fest.²¹⁹ Ab 1948 nahm der Einfluss des polnischen Sicherheitsministeriums auf die Lagerverwaltungen erheblich zu. Besonders deutlich wurde dies durch die von Warschau aus zentral überwachte politische Arbeit in den einzelnen Lagern. Nach der Inbetriebnahme der Lager kontrollierte das MBP jedoch nur selten die Ernährung, Bekleidung und Unterkünfte der Kriegsgefangenen. Bei den Grubenlagern handelte es sich nicht ausschließlich um Gewahrsamsorte für Kriegsgefangene. Auch eine kleine Gruppe deutscher Internierter aus den sowjetischen Lagern Schneidemühl und Landsberg a. d. Warthe wurde teilweise noch bis 1948 in diesen Lagern gefangen gehalten. Seit dem Frühjahr 1945 befanden sich in den Lagern auch „volksdeutsche“ und politische Gefangene. Mitunter konnten die polnischen Lagerverwaltungen nicht zwischen den einzelnen Gefangenenkategorien differenzieren. Mit der planmäßigen Aussiedlung der deutschen bzw. „volksdeutschen“ Bevölkerung aus Polen 1947/48 erübrigte sich das Unterscheidungsproblem häufig, da einige Grubenlager mit einem hohen Anteil an deutschen Zivilinternierten aufgelöst wurden. Zu Beginn der Repatriierungsphase stand die Schließung der Lager zumeist mit der Stilllegung der zugehörigen Zechen in Verbindung. Gründe für Lagerauflösungen waren später insbesondere die in ihnen herrschenden katastrophalen Lebens- bzw. Arbeitsbedingungen.²²⁰ Mit dem Beginn der verstärkten Repatriierungen sank auch die Zahl der Grubenlager im oberschlesischen Kohlerevier rapide. In den Lagern der der Zentralverwaltung der Kohleindustrie befanden sich am 1. Oktober 1949 noch insgesamt 4.367 Gefangene, von denen etwa 2.400 als repatriierungswürdig eingestuft wurden. Am 7. Dezember 1949 bestanden noch 15 Grubenlager mit insgesamt 2.527 Kriegsgefangenen. Nach dem letzten offiziellen Repatriierungstransport im Jahr 1949 bestanden nur noch die vier schlesischen Bergwerkslager „Brzeszcze“, „Bierut“, „Milowice“ und

²¹⁹ Ebenda, S. 107.

²²⁰ Ebenda, S. 112f.

„Knurow“. Anfang Mai 1950 wurden noch 203 deutsche Zivilinternierte, ein ehemaliger SS-Angehöriger und ein regulärer Kriegsgefangener in den Grubenlagern festgehalten.²²¹

3.2.3 Die Lager des Verteidigungsministeriums und Korps für Innere Sicherheit

Das DWO wandte sich am 17. Oktober 1947 mit der Bitte an das Ministerium für Nationale Verteidigung (MON), eine abschließende Erfassung der dem polnischen Militär unterstehenden Kriegsgefangenen durchzuführen. Die daraufhin von der Abteilung für Quartier- und Bauwesen des Verteidigungsministeriums genannte Zahl von 438 Kriegsgefangenen zweifelte das DWO jedoch an und ging von mehreren Tausend Gefangenen aus, die unter ihrer Verwaltung verblieben.

Deutsche Soldaten waren in der Endphase des Krieges und in der Nachkriegszeit in das Gewahrsam polnischer Truppen geraten und kamen auf deren Landgütern bzw. in militärischen Werkstätten und Magazinen zum Einsatz. Zahlreiche Gefangene waren auch von den Bezirksverwaltungen für Häftlingsarbeit und den Zentralen Arbeitslagern an das Militär übergeben worden. Die Lager des Verteidigungsministeriums waren in ihrer internen Struktur sehr unübersichtlich. In einem Befehl vom 28. Februar 1946 ordnete der Oberkommandierende der polnischen Armee an, jeweils ein Lager des Militärs in Włocławek und Warschau zu errichten, in denen aber nur eine geringe Zahl an Kriegsgefangenen gefangen gehalten wurde. Eine Vielzahl der Gefangenen in militärischer Hand befand sich in kleinen Lagern bzw. Kommandobereichen verstreut auf polnischem Territorium. In 65 verschiedenen Lagern und Arbeitskommandos kamen bis Ende 1946 etwa 2.200 Kriegsgefangene zum Einsatz. Das Spektrum der Lager- bzw. Kommandoeinheiten reichte von Ein-Mann-Betrieben bis zu den Warschauer Großlagern mit über 500 Gefangenen, wie z. B. Mokotów und Boernerowo. Die Zahl der großen Lagerkomplexe in Polen war gering. Neben den Lagern Mokotów und Boernerowo verfügten nur Włocławek und Lublin über größere Gefangenenkontingente. Die Zahl der Kriegsgefangenen in den anderen Lagern bzw. Kommandobereichen des Militärs schwankten zwischen einem und 80 Gefangenen. Hierzu zählten Lager- bzw. Kommandoeinheiten in Soldatenunterkünften, Hospitälern und Werkstätten sowie auf landwirtschaftlichen Gütern. Nur wenige Informationen sind zu der internen Organisation der Lager des Militärs überliefert. Es kann angenommen werden, dass in der Anfangsphase die Lagerordnungen auf willkürlichen Entscheidungen Einzelner beruhten.²²² Am 1. September 1947 gliederten die polnischen Behörden die größeren Lager des Militärs an das Zentrale Arbeitslager in Warschau an. Es ent-

²²¹ Ebenda, S. 114f.

²²² Ebenda, S. 117.

stand das Arbeitslager für Deutsche Kriegsgefangene Nr. 1966, in dem sich Ende Oktober 1947 etwa 2.000 deutsche Gefangene aufhielten. Der Großteil der Kriegsgefangenen in militärischer Hand befand sich in Warschau, etwa 450 in Boernerowo und ca. 800 in Mokotów. Häufig wurden diese Gefangenen zu Tätigkeiten auf den zahlreichen Baustellen in der polnischen Hauptstadt eingesetzt. Die Kriegsgefangenen wurden teilweise in Kleingruppen oder einzeln an über 100 Einsatzorten als Arbeitskräfte verliehen. Im „Arbeitslager für Kriegsgefangene Warschau-Mokotów“ hielten sich Mitte Juni 1948 insgesamt 2.116 Gefangene auf. In den kleinen Kommandobereichen war vermutlich häufig nicht bekannt, dass die Kriegsgefangenen dem Sicherheitsministerium, nicht dem Verteidigungsministerium unterstanden. Die offizielle Auflösung des Lagers Warschau-Mokotów erfolgte am 17. Juni 1949, aber nicht alle Lagergefangenen wurden repatriert. Insgesamt 792 Gefangene befanden sich im zweiten Halbjahr 1949 noch in Lagern bzw. Kommandobereichen, die den Wojedwodschaftsbehörden für Öffentliche Sicherheit unterstanden. Auch bei der Armee, der Bürgermiliz und beim Korps für Innere Sicherheit kamen diese zum Einsatz. Das letzte Gefangenenlager des Militärs existierte bis zum Frühjahr 1950. Nach dessen Auflösung wurden die Kriegsgefangenen repatriert oder in das Lager Sikawa überführt.²²³

4 Die Lagergesellschaft

Die Belegschaften der sowjetischen und polnischen Lager setzten sich neben einer heterogenen, in sozialen Schichtungen gegliederten Gruppe von Kriegs- und Zivilgefangenen aus einer Lagerverwaltung, den Wachmannschaften sowie dem Sanitätspersonal zusammen. Neben den hierarchischen Strukturierungen innerhalb der Konstellationen bestanden soziale Gefüge zwischen diesen Gruppen.

4.1 Das Lagerpersonal

Als sowjetische Truppen im Oktober 1944 erstmalig auf deutsches Reichgebiet vordrangen, verübten Rotarmisten zahlreiche Verbrechen an der deutschen Zivilbevölkerung, wie z. B. Vergewaltigungen, Plünderungen und Brandstiftungen. Im Arbeiterviertel Miechowitz der oberschlesischen Stadt Beuthen töteten sowjetische Soldaten beispielsweise am 25. und 26. Januar 1945 bei Übergriffen über einhundert Menschen.²²⁴ Der zeitliche Höhepunkt der sow-

²²³ Ebenda, S. 120.

²²⁴ Eser, 2003, S. 380.

jetischen Gewalttaten lag zweifellos in den ersten Tagen und Wochen, im Maximalfall etwa bis zu drei Monaten nach der Besetzung durch die Rote Armee.²²⁵

4.1.1 Das Lagerpersonal in den sowjetischen Frontlagern

Zum Zeitpunkt des Kriegsendes 1945, als verstärkt deutsche Zivilisten und Kriegsgefangene in die sowjetischen Frontlager überführt wurden, hatten viele Rotarmisten bereits Vergeltung an den Deutschen geübt und ihr Bedürfnis nach Rache gestillt. Ein Kriegsgefangener des sowjetischen Sammellagers Sagan erinnerte sich: „Ich sprach jetzt mit einem Russen, dem ein Deutscher die Frau und zwei Kinder erschossen hat. Natürlich hat er sich hier gerächt.“²²⁶ In den sowjetischen Frontlagern verhielt sich das sowjetische Lagerpersonal gegenüber den Gefangenen entsprechend gemäßigt und diszipliniert.

Die sowjetischen Front-Aufnahme-Durchgangslager waren seit ihrer Errichtung im Jahr 1943 gefestigte, eingespielte und zentral verwaltete Institutionen des sowjetischen Lagersystems. Die Wachmannschaften verfügten durch ihren Einsatz in der UdSSR über Erfahrung im Umgang mit deutschen Gefangenen. Der Lageralltag war zudem häufig durch Handlungsriten geprägt. Der gemäßigte Umgang des sowjetischen Lagerpersonals mit den deutschen Gefangenen hatte mehrere Ursachen. Da Stalin den Einfluss der Westmächte in Deutschland fürchtete, strebte er nach einer positiven Einstellung der deutschen Bevölkerung zur sowjetischen Besatzungsmacht.²²⁷ Stalin verbot im April 1945 Übergriffe auf die deutsche Zivilbevölkerung und die deutschen Kriegsgefangenen. Der Militärstaatsanwalt der 1. Weißrussischen Front sprach erst am 2. Mai 1945 von einem „bedeutenden Durchbruch, in der Einstellung unserer Militärangehörigen zur deutschen Bevölkerung“. Erst zu diesem Zeitpunkt hätten nämlich die „Fälle von ziellosen und unbegründeten Erschießungen der Deutschen, von Marodieren und Vergewaltigungen deutscher Frauen [...] wesentlich abgenommen, wenngleich [...] noch eine Reihe solcher Fälle festgestellt wurde“. Am 20. April 1945 befahl das Hauptquartier des sowjetischen Oberkommandos allen Truppen, „ihr Verhältnis zu den Deutschen, sowohl den Kriegsgefangenen als auch der Zivilbevölkerung, [zu] ändern und mit den Deutschen besser“ umzugehen.²²⁸ Individuelle Racheakten wurden von der sowjetischen Obrigkeit nicht geduldet. Dem Schutz der Gefangenen war auch der Umstand dienlich, dass diese als Arbeitskräfte in der Sowjetunion dringend benötigt wurden. Über die Gefangenenkontingente

²²⁵ Zeidler, 1996, S. 151.

²²⁶ Bellart, 1998, S. 127.

²²⁷ Mironenko, 1998, S. 133.

²²⁸ Hilger, 2006, S. 203f.

mußte das sowjetische Lagerpersonal regelmäßig Bericht erstatten. Allerdings gelangten die Lebensmittel wegen der katastrophalen Ernährungssituation im gesamten Land oftmals gar nicht in die Lager. Die Situation spitzte sich zu, da nicht alles, was tatsächlich angeliefert wurde, auch zur Verteilung kam. Die sowjetischen Wachmannschaften unterschlugen häufig Brot und vor allem höherwertige Lebensmittel.²²⁹ Eine Abwehrreaktion der Gefangenen auf ihre hilflose Situation in der Gefangenschaft war häufig die Abwertung des sowjetischen Lagerpersonals. So berichtete ein ehemaliger Lagergefangener: „Manche Kameraden und gelegentlich auch ich reden von der Unsauberkeit der Russen. Wenn ich mir unsere Aborte ansehe und manches andere, so erkennt man auch bei den Deutschen Drecksäcke und Schmierfinken.“²³⁰

Im Frontlager Neuhammer war ein Oberst Selefanow, der sich vermutlich bei den Kämpfen um Moskau ausgezeichnet hatte, der Kommandant.²³¹ Die sowjetischen Wachmannschaften in Neuhammer verhielten sich zumeist im Sinne der Genfer Konvention.²³² Zuweilen war das Verhältnis freundschaftlich, wie ein ehemaliger Lagergefangener schilderte: „Dann wurden wir feierlich von den Russen verabschiedet. Es hatte sich zwischen ihnen und uns eine Art von kameradschaftlichen Ton entwickelt. Der russische Kommandant erschien persönlich am Lagerausgang, wie schon einmal, und verabschiedete uns, ein Akt der Menschlichkeit, wie er uns nachwinkte, so lange er uns sah.“²³³

4.1.2 Das Lagerpersonal in den polnischen Lagern 1945-1950

Die sowjetische Besatzungsmacht überließ das Machtmonopol dem polnischen Sicherheitsdienst und setzte als Mitarbeiter des Dienstes häufig Juden ein. Aufgrund der chaotischen Zustände in den Nachkriegsjahren in Polen bot sich diesen die Möglichkeit, in den Lagern des Sicherheitsdienstes nahezu ungehindert Rache zu nehmen. Oft wurden die Gefangenen Opfer von absichtlichen Quälereien, Vergewaltigungen und Mißhandlungen. In dieser Hinsicht haben vor allem die Lager Lamsdorf im Kreis Falkenberg und Zgoda im Industriegebiet bei Schwientochlowitz traurige Berühmtheit erlangt. Die Kommandanten dieser Lager, Czesław Gęborski bzw. Salomon Morel, waren dafür bekannt, dass sie sich persönlich an den Gewalttaten gegenüber ihren Gefangenen beteiligten. Wie die meisten Aufseher in polnischen Gefängnissen und Lagern, waren beide noch sehr jung, als sie die Leitung der Lager übernah-

²²⁹ Reif-Spirek, 1999, S. 92f.

²³⁰ Bellartz, 1998, S. 127.

²³¹ König, 2009, S. 22.

²³² Berthold, 1981, S. 151.

²³³ Richard, 1994, S. 96.

men. Ihre Sozialisation in den Jahren der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Polen dürfte erheblich dazu beigetragen haben, daß sie keine Hemmungen hatten, sich an den ihnen ausgelieferten Deutschen zu rächen. Dabei spielte es keine Rolle, dass ihre Opfer in vielen Fällen nicht zu den Verantwortlichen des NS-Regimes zählten. Verschiedenen Schätzungen zufolge kamen in den Lagern Lamsdorf und Zgoda jeweils 1.000 bis 4.000 Menschen ums Leben, und zwar in erster Linie durch Seuchen, aber auch infolge gezielter Mißhandlungen.²³⁴ Auch bei der Übergabe der sowjetischen Sammellager an polnische Behörden zeigten sich die Unerfahrenheit und das Vergeltungsbedürfnis der polnischen Truppen, z. B. im Oktober 1945 im sowjetischen Übergabelager Sagan.²³⁵

„Am nächsten Tage wurde das Lager an die Polen übergeben. Wir merkten es gleich an allem: Das Essen wurde sofort schlechter, die Wachposten aggressiv, regelrecht feindselig. Die gesamte Atmosphäre im Lager verschlechterte sich deutlich. Ich fühlte das sogar körperlich. Die Genfer Konvention existierte für die Polen wohl nicht. Im Vergleich zu den Russen verhielten sich die Polen ausgesprochen gehässig.“²³⁶

Die mangelnde Erfahrung und die Aggressivität der polnischen Wachleute zeigten sich zudem beim Abtransport der deutschen Gefangenen in die Lager des oberschlesischen Kohlreviers:

„Nach einer Dreiviertelstunde erreichten wir den Bahnhof. Er war ebenso verwahrlost wie alles in dieser Gegend. Nach kurzer Zeit ratterte ein Güterzug heran, der die 2000 Mann aufnehmen sollte. In jeden Wagen wurden 60 bis 70 Mann verteilt, dann verriegelte man die Türen von außen. Sicherungsmaßnahmen wie bei Schwerverbrechern. Aus diesem Grund standen auch ganze Horden von bewaffneten Polen auf dem Güterbahnhof herum. Wir hatten den Eindruck, daß sie nur darauf warteten, einen deutschen Gefangenen erschießen zu können. Die Polen hatten wohl noch nie Kriegsgefangene gemacht, deshalb fehlte ihnen auch die Kenntnis, wie ein Kulturstaat mit Kriegsgefangenen umgeht oder wenigsten umgehen soll.“²³⁷

Ein Kriegsgefangener erinnerte sich, daß er nach seiner Ankunft in einem polnischen Grubenlager „alles viel strenger und feindseliger als in Neuhammer bei den Russen“ empfand.²³⁸ Die Wachmannschaften der Grubenlager setzten sich aus ehemaligen Bergleuten zusammen. Der Kommandant des Grubenlagers „Bierut“ war Joseph Laryss. Im Lager kam es zunächst nur durch den deutschen Lagerältesten Wilhelm Hahn und dessen Gehilfen Karl Jacobi und Fritz Geburek zu gewaltsamen Übergriffen auf die Lagergefangenen.²³⁹ Unklar bleibt, ob diese

²³⁴ Eser, 2003, S. 380.

²³⁵ Marek, 1982, S. 104.

²³⁶ Richard, 1994, S. 97.

²³⁷ Ebenda.

²³⁸ Ebenda.

²³⁹ Wagner, Jaworzno, o. P.

Gewaltakte durch persönliche Rachemotive oder durch „vorausseilenden Gehorsam“ bedingt waren.²⁴⁰ Den Weg zur Latrine oder zum Waschraum mussten die Gefangenen im Laufschrift zurücklegen. Mit Schlagstöcken schlugen die drei Funktionsgefangenen auf ihre Mitgefangenen ein, wenn sich diese im Lager zu langsam bewegten. Die polnischen Posten, die diese Vorgänge von ihren Wachtürmen aus beobachteten, begannen fortan ihrerseits in einer Imitation dieser Praktiken, die Lagergefangenen zu schlagen.²⁴¹ Die Übergriffe trafen insbesondere die Übertage-Kommandos. Ein Kriegsgefangener des Lagers berichtete:

„Diese Behandlung sprach sich auch in der Grube bei den Oberheuern bzw. bei den Grubenarbeitern herum. Einige von ihnen schlugen die Kriegsgefangenen am Arbeitsplatz, wenn sie vor Schwäche nicht schnell genug arbeiteten. Aber gleichzeitig muß ich erwähnen, dass viele Polen, uns als Kumpel anerkannten, und uns freundlich und korrekt behandelten. Manch einer von uns, erhielt in dieser Zeit sein Frühstückspaket vom polnischen Kumpel mitgebracht. Nach Rückkehr von der Schicht, lag man immer mit hungrigen Magen auf dem Bett und dachte mit Angst an den kommenden Tag.“²⁴²

Trotz des hohen Maßes an Gewalt in den polnischen Lagern beteiligten sich nicht alle Angehörigen des polnischen Lagerpersonals an den Übergriffen, wie z. B. der Kommandant des Lagers Jawiszowice. Den drei im Furierbüro arbeitenden Gefangenen bot dieser bei jedem Besuch Zigaretten an.²⁴³ Am diszipliniertesten verhielten sich die Wachtruppen des polnischen Militärs, die unter sowjetischer Führung standen. In den Gefangenenlagern der polnischen Armee fanden kaum Übergriffe auf die Gefangenen statt.²⁴⁴

Ein Wendepunkt war der von General Mieczysław Mietkowski erlassene Befehl Nr. 37 vom 9. Juni 1948, durch den es zu einer spürbaren Verbesserung der Aufenthalts- und Arbeitsbedingungen der Kriegsgefangenen kam. Dabei handelte es sich um das erste offizielle Dokument zur Kriegsgefangenenfrage, das von einem prominenten Repräsentanten der polnischen Sicherheitsbehörden stammte und dessen Realisierung nicht nur vorgetäuscht wurde.²⁴⁵ Im Bergwerkslager „Bierut“ wurde dieser Befehl jedoch erst zeitlich stark verzögert umgesetzt, wie aus dem Erinnerungsbericht eines ehemaligen Lagergefangenen hervorgeht: „Mitte 1949 erlässt die poln. Regierung ein Gesetz, das keine Kriegsgefangenen mehr geschlagen werden dürfen. Manchen Posten stören sich nicht daran, und schlagen weiter.“²⁴⁶

²⁴⁰ Vgl. Greiner, 2010, S. 99.

²⁴¹ Buggeln, 2012, S. 208.

²⁴² Wagner, Jaworzno, o. P.

²⁴³ Marek, 1982, S. 104.

²⁴⁴ Kochanowski, 2004, S. 77.

²⁴⁵ Ebenda, S. 128.

²⁴⁶ Wagner, Jaworzno, o. P.

4.2 Die Gefangenen aus den Reihen der Wehrmacht

Die Wehrmacht umfasste traditionell die Gesamtheit der Streitkräfte, die sich in Heer, Luftwaffe und Kriegsmarine gliederte. Durch das Gesetz für den Aufbau der Wehrmacht vom 16. März 1935 ging diese aus der Reichswehr hervor. Seit August 1946 gilt die Wehrmacht offiziell als aufgelöst.²⁴⁷

4.2.1 Die Gefangenen aus den Reihen der Wehrmacht in den sowjetischen Frontlagern 1945

Das Gruppenverhalten in der Wehrmacht war prägend für das Verhalten der Gefangenen in der sowjetischen Gefangenschaft. Die Wehrmacht war bemüht, die Kameradschaftsbildung systematisch durch eine regionale Erfassung der Rekruten zu fördern. Das aus der gemeinsamen Jugend- bzw. Schulzeit und dem Dienst in der Hitlerjugend gewachsene Zusammengehörigkeitsgefühl sollte sich so zusätzlich verstärken. Auch die militärische Ausbildung und der Drill zielten darauf ab: Die gegenseitige Unterstützung, z. B. das Mitziehen erschöpfter Kameraden bei Gewaltmärschen, prägten bzw. verstärkten das Gefühl der Zusammengehörigkeit. Die Kameradschaft bildete schließlich aufgrund gruppenspezifischer Prozesse eigene Regeln heraus. Wer als Kamerad zählte, gehörte zur Gemeinschaft. Rekruten, die sich von der Gemeinschaft abgrenzten, wurden durch Gruppendruck zur Anpassung genötigt oder fielen endgültig der Ausgrenzung anheim. Im Fronteinsatz kam eine Ausgrenzung aus der eigenen Gruppe einem Todesurteil gleich. Die Kameradschaft konnte sich horizontal unter Militärangehörigen gleicher Dienstgrade herausbilden, etwa in den Mannschaften oder in den Offiziersgruppen. Aber auch vertikal entwickelte diese zwischen Rangverschiedenen, z. B. zwischen Mannschaftsdienstgraden und Offizieren einer Einheit.²⁴⁸

Die Kameradschaft zwischen den Soldaten gewann als Instrument zur Konsolidierung der Wehrmacht im Innern wesentlich an Bedeutung. Das egalitäre Pathos von einer Kampfgemeinschaft ohne Klassen und Schranken zeigte Erfolg. Die Gegensätze der Wehrpflichtigen im zivilen Leben schienen in der Kameradschaft aufgehoben. Die Ausgrenzungsmechanismen wurden durch die rassistische NS-Ideologie verstärkt. Die Kameradschaft diente somit der Integration in die militärischen Strukturen und zugleich der Abgrenzung nach außen. Für die Kriegszeit bestand jedoch die Gefahr, daß die an sich wertvolle Kameradschaft zur Kamera-

²⁴⁷ Ausführlich hierzu Müller, Rolf-Dieter/Volkman, Hans-Erich, 2012, Die Wehrmacht. Mythos und Realität, München.

²⁴⁸ Dietz, 2011, S. 380.

derie abglitt. Nicht tolerierbare Verfehlungen von Gruppenmitgliedern wurden dabei durch die Gesamtgruppe gedeckt.²⁴⁹

4.2.1.1 Die Herkunft der Gefangenen

In Polen und den deutschen Ostprovinzen²⁵⁰ gerieten etwa 800.000 Soldaten der Heeresgruppe Mitte und der Heeresgruppe A in sowjetische Gefangenschaft.²⁵¹ Aufgrund der Verordnungen 7161ss vom 16. Dezember 1944 und 7467ss vom 3. Februar 1945 des GOKO begannen die Sowjets mit der Überführung der Kriegsgefangenen in Sammel- und Durchgangslager, von wo die Deportationen der Gefangenen zum Arbeitseinsatz in die UdSSR erfolgten.²⁵² Bereits vor dem Beginn der Überführungen in die Sowjetunion verstarben von diesen Gefangenen etwa 100.000 in sowjetischem Gewahrsam. Weitere rund 30.000 gefangene Soldaten entließen die Sowjets, da sie krank, arbeitsunfähig oder in jugendlichem bzw. greisem Alter waren. Die Transporte in die sowjetischen Arbeitslager umfassten ein Kontingent von über 600.000 deutschen Kriegsgefangenen.

Auf dem Weg zu den sowjetischen Sammellagern in Polen und Ostdeutschland hatten die Gefangenen Strecken bis zu 300 Kilometern, zumeist auf Fußmärschen, teils auch auf Bahntransporten, zu bewältigen. So befanden sich im Kriegsgefangenenlager Auschwitz neben einem Gros an Soldaten aus Polen auch Militärangehörige, die zuletzt in der Tschechoslowakei im Kampfeinsatz gewesen waren.²⁵³

Nachdem Polen bereits Mitte März 1945 die Gebietshoheit über die sowjetisch besetzten deutschen Ostgebiete übernommen hatte, fielen diese im August des Jahres mit den Beschlüssen des „Potsdamer Abkommens“ vollends unter polnische Verwaltung.²⁵⁴ Auch das im Oktober 1939 vom Deutschen Reich annektierte Ostoberschlesien, einschließlich der Gemeinde Auschwitz, gehörte somit wieder zu Polen.²⁵⁵ Der polnische Staat hatte bei den Rückzugskämpfen der Deutschen auf dem polnisch-ostdeutschen Territorium zwischen Herbst 1944 und Frühjahr 1945 kaum eigene Kriegsgefangene eingebracht. Etwa 70.000 Gefangene aus den sowjetischen Sammellagern übergab die Rote Armee in den Jahren 1945 und 1946 an die währenddessen eingesetzten polnischen Militärbehörden.²⁵⁶

²⁴⁹ Ebenda, S. 381.

²⁵⁰ Posen, Pommern und Schlesien.

²⁵¹ Deutsches Rotes Kreuz, 1954, S. 106 (2., 4., 9. und 17. Armee, 3., 4. und 11. Panzerarmee).

²⁵² Mironenko, 1998, S. 133-135, 146-148. Vgl. Karner, 1995, S. 25, 27.

²⁵³ Hans Werner Petersen in einem Schreiben an den Verfasser, 7.10.2003.

²⁵⁴ Oleschinski/Pampel, 1997, S. 53, 65.

²⁵⁵ Steinbacher, 2000, S. 11.

²⁵⁶ Deutsches Rotes Kreuz, 1954, S. 108.

4.2.1.2 Die Wehrmachtssoldaten in sowjetischer Gefangenschaft

Ungeklärt blieb bislang, wie viele Deutsche und ihre örtlichen Verbündeten Opfer von privaten Haß- und Rachegefühlen sowjetischer Soldaten und Zivilisten wurden. „Soldaten und Offiziere der deutschen Armee und ihrer Satelliten, die an Bestialitäten, an der Ausrottung friedlicher Bürger, an der Zerstörung von Ortschaften schuldig sind, werden von den Partisanen nicht als Soldaten einer feindlichen Armee, sondern als Banditen und Mörder betrachtet und ohne Gnade vernichtet“, beschrieb Pantelejmon K. Ponomarenko, erster Sekretär des Zentralkomitees (ZK) Weißrußlands und zeitweiliger Stabschef der sowjetischen Partisanenbewegung, im Jahr 1943 über den Umgang mit Gefangenen. Die Mehrheit der 17.926 deutschen Soldaten und Offiziere, die bis 1944 von Partisaneneinheiten in Weißrußland gefangen und registriert wurden, fiel wohl selbsternannten „Volksrächern“ zum Opfer. In den späteren Kriegsjahren erhöhte sich jedoch die Überlebenschance der Kriegsgefangenen.²⁵⁷

Bis zum Kriegsende 1945 kam es im Frontgebiet wiederholt zu Misshandlungen bzw. Erschießungen von gefangenen Wehrmachtssoldaten durch Angehörige der Roten Armee, seit Ende 1944 war hiervon auch die deutsche Zivilbevölkerung betroffen. Das Ausmaß dieser Übergriffe ist nicht mehr zu bestimmen. Insbesondere in den Jahren 1941/42 und dann erneut im Frühjahr 1945 erfolgten Übergriffe in erheblichen Größenordnungen. Anfang 1942 sah Stalin sich gezwungen, sich ausführlich mit ausländischen Pressemeldungen über sowjetische Morde an Kriegsgefangenen auseinandersetzen. In einem Truppenbefehl forderte er, dass die Soldaten der Roten Armee deutsche Wehrmachtsangehörige tatsächlich gefangen nehmen, „wenn sie sich ergeben“. In der Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegszeit stellte „Haß auf die Deutschen“ einen bedeutenden Bestandteil der Gefühlswelt sowjetischer Bürger dar. Um den Einsatzwillen der Bürger an der Kampf- und Arbeitsfront zu erhalten, hatte die sowjetische Propaganda diese Stimmungslage während des Krieges verschärft. Die sowjetische Armee- und Staatsführung stellte zugleich aber sicher, dass die Emotionen des Volkes kontrolliert blieben. Sie waren der ideologischen Deutungshoheit und den politischen Prioritäten der Partei untergeordnet. Frühzeitig signalisierte die Sowjetunion ihren Bürgern in Aktionen, wie die Propagandamärsche von Kriegsgefangenen durch Moskau oder Kiew und vereinzelte öffentliche Hinrichtungen verurteilter Deutscher, dass die sowjetische Führung die ersehnte Vergeltung übernommen hatte. Zugleich bedeutete dies, dass die sowjetische Bevölkerung sich fortan nicht mehr an Strafaktionen beteiligen durfte.²⁵⁸

²⁵⁷ Hilger, 2006, S. 203.

²⁵⁸ Ebenda, S. 203f.

Stalin vertrat die Auffassung, dass alle, die am Krieg gegen die Sowjetunion beteiligt gewesen waren, als Täter zählten, noch bevor sie konkreter Verbrechen überführt waren. Bis zum Dezember 1946, als die Vorbereitungen zur Moskauer Konferenz des Rats der Außenminister begannen, waren die deutschen Kriegsgefangenen im sowjetischen Gewahrsam nicht zum Gegenstand diplomatischer Aktivitäten geworden. Die sowjetische Position in diesen Verhandlungen wurde kaum vom sowjetischen Außenkommissariat bestimmt. Vielmehr beeinflusste das Innenkommissariat die sowjetische Politik gegenüber den deutschen Kriegsgefangenen, ihre Haftbedingungen und deren Entlassungen, wobei auch hier Stalin das letzte Wort hatte.²⁵⁹ Bei dem Arbeitseinsatz der Kriegsgefangenen und der mobilisierten arbeitsfähigen Deutschen zielte die sowjetische Führung auf die Rekrutierung möglichst vieler zusätzlicher Arbeitskräfte. Die Lager waren unrentabel, zudem wurden die Wachmannschaften durch unproduktive Aufgaben gebunden. Für die Sowjetführung fanden sich kaum Alternativen zum Arbeitseinsatz der Kriegsgefangenen. Die schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen machten es den sowjetischen Behörden kaum möglich, bezahlte Freiwillige für einen Arbeitseinsatz in der UdSSR zu finden. Die innere Logik des Systems schloss die Verwendung von Militär- und Polizeikräften als Industriearbeiter bzw. Wirtschaftsangestellte aus.²⁶⁰

In Lagern in der Sowjetunion wurden beim Kriegsende 1945 insgesamt 1.730.628 Wehrmachtsangehörige festgehalten. Bis zum 26. Juni 1945 erhöhte sich diese Zahl sprunghaft auf 3.120.944. Von Beginn an barg dieser Umstand eine hohe Brisanz für die sowjetische Besatzungspolitik. Die Kriegsgefangenen-Problematik war allgegenwärtig und wurde zu einem bestimmenden Faktor der deutschen und der sowjetischen Politik in der Sowjetischen Besatzungszone. Durch die Kooperation mit sowjetischen Stellen verbanden viele Deutsche die vage Hoffnung auf eine baldige Freilassung ihrer Angehörigen bzw. eine Erleichterung ihrer Haftbedingungen. Im sowjetischen Besatzungsbereich wurde bereits im Sommer 1945 das Schicksal der Kriegsgefangenen instrumentalisiert, um ein Wohlverhalten der deutschen Bevölkerung einzufordern zu können. Schon im Mai und Juni 1945 kamen 160.000 arbeitsunfähige alte und kranke Kriegsgefangene frei, die in der SBZ in Gefangenschaft gewesen waren. Weitere 440.000 arbeitsunfähige deutsche Kriegsgefangene wurden zwischen August und Dezember 1945 aus der SBZ und den ehemaligen deutschen Ostgebieten entlassen. Zeitgleich kamen 412.000 als arbeitsunfähig eingestufte ehemalige Mannschafts- und Unteroffiziersdienstgrade aus Lagern in der Sowjetunion zur Entlassung. Bereits in dieser Zeit diente das Lager Nr. 69 in Gronenfelde bei Frankfurt an der Oder als Durchgangslager auf dem Weg in die Freiheit. 120.000 arbeitsunfähige Kriegsgefangene traten im Sommer 1946 auf Beschluss

²⁵⁹ Laufer/Kynin, 2004, S. LXXXIX.

²⁶⁰ Hilger, 2000, S. 194.

der sowjetischen Regierung die Heimreise aus der Sowjetunion an. Zu Propagandazwecken förderte der Chef der Politischen Hauptverwaltung Semenov zeitgleich Auftritte deutscher Kriegsgefangener in Radiosendungen und veranlasste die Entlassungen einzelner Pfarrer. In Zeitungen ließ dieser Briefe deutscher Kriegsgefangener abdrucken.²⁶¹

4.2.1.3 Der Zusammenhalt der Lagerbelegschaften

Diether Cartellieri hat in seiner Studie über die Lagergesellschaften in den sowjetischen Kriegsgefangenenlagern konstatiert, dass der Zusammenhalt der Lagerbelegschaften im Allgemeinen sehr schlecht war, wofür verschiedene Gründe ausschlaggebend waren. So schilderte ein ehemaliger Gefangener des sowjetischen Frontlagers Breslau-Hundsfeld:

„Über die Behandlung von Seiten der russischen Lagerleitung konnte wohl kaum einer klagen. War die Verpflegung auch nicht all zu reichlich, so war sie aber dafür stets pünktlich zur Stelle. Dagegen ließ leider in sehr vielen Fällen die Kameradschaft untereinander viel zu wünschen übrig, insbesondere von Seiten der Kommandierten, gegenüber den anderen Kameraden. Wie ich später erfuhr, soll es in anderen Lagern auch so gewesen sein.“²⁶²

Nachdem die sowjetische Lagerleitung bekannt gegeben hatte, dass alle nichtdeutschen Gefangenen bald entlassen würden, fanden sich die Deutschen im Lager „über Nacht“ in landsmannschaftlichen Gruppen zusammen, die sich von der deutschen Nationalität und dem deutschen Staat distanzierten. Obwohl der Zusammenhalt der deutschen Gefangenen in den Lagern im Allgemeinen sehr schlecht war, bildeten sich häufig kleine Solidargemeinschaften, zumeist mit landsmannschaftlichem Bezug. Im Lager Neuhammer stickten sich die Gefangenen die Namen ihrer Heimatorte auf die Ränder ihrer Mützen, um sich so mit ihren Landsleuten in Heimatgruppen zusammenzufinden.²⁶³ Auch im Lager Breslau-Hundsfeld wurde derartiges praktiziert:

„Als ich dort eines Tages auf dem berühmten Donnerbalken saß, war neben mir ein Kamerad, der an seiner Mütze den Stadtnamen Bochum gestickt hatte. Bei meiner Frage ob er direkt von Bochum wäre, stellte es sich heraus, dass er in Bochum - Dahlhausen wohnte. Von meinem Heimatort war das etwa 15 Km entfernt. Zu meiner Bemerkung, dass ich von Welper b/ Hattingen Ruhr wäre, teilte er mir mit, dass in seiner Baracke ein Kamerad von Hattingen-Ruhr wäre. Den Namen des Kameraden wusste er allerdings nicht. Ich er-

²⁶¹ Laufer/Kynin, 2004, S. LXXXIXff.

²⁶² Sluga, Otto, 1988, Wo meine Wiege stand. Was ich in der Festung Breslau erlebte, zit. in Gleiss, 1988, Bd. 5, S. 784.

²⁶³ König, 2009, S. 29.

kundigte mich nach der Baracke und ging dort hin und fragte nach dem Kameraden aus Hattingen. Es meldete sich der zwei Jahre ältere Helmut Andreas aus meinem Heimatort Welper/Ruhr. Unsere beiderseitige Überraschung war groß. Wir kannten uns schon als Kinder und er hatte den Spitznamen ‚Hippe Andreas‘.²⁶⁴

Unter den zahlreichen Lagerinsassen fanden sich bereits bekannte Landsleute zusammen. „Unter der großen Zahl der Kriegsgefangenen traf ich manchen Bekannten wieder“, erinnerte sich ein Offizier, der im Lager Neuhammer gefangen war.²⁶⁵ Durch Landsmänner erhielten die Gefangenen Auskunft über das Schicksal von Freunden und Verwandten.²⁶⁶ Im Lager fand auch ein „Treffen der Landsleute“ statt.²⁶⁷

Die aus der „Festung Breslau“ in das Lager Hundsfeld überführten Kriegsgefangenen blieben dort zunächst in ihren Einheiten beisammen.²⁶⁸ „Wir Männer zogen in traurigem Nachtmarsch bei Regen über Lilienthal und die russische Front hinweg auf Umwegen nach dem für Fremdarbeiter der Borsigwerke geschaffenen Lager in Hundsfeld/Gr. Weigelsdorf“, erinnerte sich ein ehemaliger Gefangener des Lagers Breslau-Hundsfeld. „Dort blieben wir zu unserer Genugtuung zusammen.“²⁶⁹ Auch in diesem Lager vereinigten sich die Gefangenen in landsmannschaftlichen Gruppen:

„Wie groß war jedes Mal die Freude, wenn unter den vielen Menschen plötzlich ein bekanntes Gesicht aus der Heimat auftauchte. Allein sechs Brieger waren darunter, die mit mir das Los teilten. Dadurch ließ sich das Lagerleben schon wesentlich leichter ertragen. Viel wurde von der lieben Heimat, von den Angehörigen und deren Schicksal und von der Zukunft gesprochen. Was für Pläne wurden da geschmiedet, denn alle waren wir der Überzeugung, in etwa 3 bis 4 Wochen wieder entlassen zu werden zumal ja der Krieg praktisch beendet war.“²⁷⁰

4.2.2 Die Gefangenen aus den Reihen der Wehrmacht in den polnischen Lagern 1945-1950

Während des Vormarsches der Roten Armee in Polen unterstützten der 1. und 2. Truppenverband des polnischen Militärs die sowjetischen Truppen. In den Kämpfen waren hauptsächlich Soldaten der Roten Armee eingesetzt, welche die eingebrachten Kriegsgefangenen als Kriegsbeute ansahen. Die polnischen Truppen brachten zu Beginn der Kampfhandlungen auf ostpolnischem Territorium nur eine geringe Zahl an Kriegsgefangenen ein, da die feindlichen

²⁶⁴ Manuskript Ohlau.

²⁶⁵ Böss, 1974, S. 398.

²⁶⁶ Ebenda.

²⁶⁷ Behrens, 2011, S. 127.

²⁶⁸ Albrecht-W. Voigt, 1988, Der Marsch der Verteidiger in die russische Kriegsgefangenschaft, zit. in Gleiss, 1988, Bd. 5, S. 836.

²⁶⁹ Schreiben von Arthur Graf an E. Hartmann, 27.1.1946, zit. in Gleiss, 1988, Bd. 5, S. 457.

²⁷⁰ Sluga, Otto, 1988, Wo meine Wiege stand. Was ich in der Festung Breslau erlebte, zit. in Gleiss, 1988, Bd. 5, S. 783f.

Verbände häufig einen geordneten Rückzug aus den Frontgebieten antraten.²⁷¹ Die deutsche Propaganda verbreitete zu dieser Zeit, dass den deutschen Soldaten bei einer Gefangennahme eine schlechte Behandlung oder Erschießung drohte. Da sich die deutschen Soldaten daher verbissen verteidigten, erregte dies den Unmut der polnischen Soldaten. Noch im April 1945 kam es beim 1. Truppenverband der Polnischen Armee zu zahlreichen Erschießungen von deutschen Kriegsgefangenen.²⁷² Truppen der Polnischen Armee übergaben den größten Teil der von ihnen gefangen genommenen deutschen Soldaten an sowjetische Frontlager. Zugleich suchten Einheiten der Roten Armee selbstständig nach Kriegsgefangenen in polnischer Hand und übernahmen diese. Die Übergabe deutscher Kriegsgefangener an die sowjetische Gewahrsamsmacht hing dabei nicht so sehr von den sowjetisch-polnischen Vereinbarungen, sondern vielmehr von der persönlichen Einstellung der polnischen Kommandeure ab.²⁷³ Zahlreiche polnische Einheiten hatten bereits in der Kriegszeit eigene, meist im Verborgenen geführte „Kriegsgefangenenlager“ errichtet. Die in den Lagern befindlichen Monteure, Maler, Mechaniker und Maurer mussten für die jeweiligen Truppen arbeiten. Weitere Lager errichtete das polnische Militär nach dem Kriegsende.²⁷⁴

Zum Jahresbeginn 1945 betrug die Zahl der sich in Kriegsgefangenschaft befindlichen deutschen Soldaten insgesamt 8,7 Millionen. Die Rote Armee und ihre verbündeten osteuropäischen Truppen hatten davon 2,1 Millionen Kriegsgefangene eingebracht. Die Genfer Konvention aus dem Jahr 1929 sah die Entlassung von nahezu sämtlichen Kriegsgefangenen nach ihrer Registrierung vor. In den amerikanischen und britischen Kriegsgefangenenlagern begannen bereits ab Mitte Mai 1945 die ersten umfassenden Heimführungen der Lagergefangenen. Deutsche Soldaten, die in Niederschlesien in sowjetische Gefangenschaft gerieten, wurden teilweise in die dortigen Sammellager überführt. Von dort gelangten sie größtenteils in polnischen Gewahrsam. Zur Durchsuchung und Festnahme heimkehrender Kriegsgefangenen kamen an Sammelpunkten, wie z. B. in Bentschen, zudem spezielle Operationseinheiten zum Einsatz. Der Begriff „Kriegsgefangene“ blieb dabei weitgehend unbestimmt. Während der bürgerkriegsähnlichen Zustände kam es verstärkt zu Inhaftierungen bzw. Zwangsaussiedlungen von Deutschen. Rachegefühle und Hass prägten dabei das Verhältnis der Polen zur deutschen Bevölkerung. Auch Deutsche, die nicht militärisch aktiv geworden waren, liefen Gefahr, als Kriegsgefangene eingestuft zu werden. Nach Kriegsende kehrten noch zahlreiche

²⁷¹ Kochanowski, 2004, S. 25f.

²⁷² Ebenda, S. 26f.

²⁷³ Ebenda, S. 28.

²⁷⁴ Ebenda, S. 29.

deutsche Soldaten in die ehemals deutschen Gebiete östlich von Oder und Neiße heim. Mit der Schließung der Grenzen war dies aber bald kaum noch möglich.²⁷⁵

Im oberschlesischen Kohlerevier wurden ab Mai 1945 die bereits aus der nationalsozialistischen Besatzungszeit vorhandenen Bergwerkslager wieder in Betrieb genommen. In Spitzenzeiten befanden sich insgesamt 48.000 deutsche Zwangsarbeiter in den Lagern der polnischen Zentralvereinigung der Kohleindustrie. Die polnische Regierung erachtete den Arbeitseinsatz der Deutschen als Notwendigkeit. Dieser Arbeitseinsatz erwies sich einerseits aufgrund der für die Betriebe anfallenden Kosten für das Lagerpersonal bzw. die Versorgung der Gefangenen als äußerst kostspielig. Andererseits blieb die Effizienz der Kriegsgefangenenarbeit nur gering. Die Betriebe waren bestrebt, die Ausgaben für die Versorgung der Gefangenen möglichst niedrig zu halten. Diese Ausbeutung hatte für die Gefangenen oftmals primitivste Arbeits- und Lebensbedingungen zur Folge. Die Sterblichkeit war in den Grubenlagern bedingt durch die mangelnde Ernährung, den täglichen Arbeitseinsatz von mindestens zehn Stunden und die unzureichende Hygiene in der unmittelbaren Nachkriegszeit sehr hoch. Erst in den Jahren 1948 bis 1950 durften die Kriegsgefangenen nach Deutschland heimkehren.²⁷⁶

Die sowjetischen Behörden übergaben deutsche Kriegsgefangene nicht aus Solidarität mit dem sozialistischen „Bruderstaat“ zum Einsatz in den schlesischen Kohlegruben, sondern vielmehr aus ökonomischen Überlegungen. In dem von der polnischen Kohleindustrie geführten internen Machtkampf bildeten die deutschen Kriegsgefangenen ein bedeutendes Element. Die sowjetischen Behörden lieferten auffällig wenige Arbeitskräfte für die schlesischen Bergwerke, obwohl in den sowjetischen Lagern auf polnischem Territorium noch hunderttausende Zivilinternierte und Kriegsgefangene festgehalten wurden. Es ist anzunehmen, dass die Sowjetunion im Sommer 1945 mit dieser Verzögerungstaktik die Wirtschaftsgespräche mit Polen bewusst verzögerte. Die Verhandlungen wurden am 16. August 1945 mit der Unterzeichnung eines Kohleabkommens beendet.²⁷⁷ Am 18. August 1945 ordnete Stalin die Übergabe von 50.000 Kriegsgefangenen an Polen an. Mit dem polnischen Präsidenten Bolesław Bierut und dem Ministerpräsidenten Edward Osóbka-Morawski sollte eine umfassende Verständigung über die zu übergebenden Lager Sagan und Landsberg a. d. Warthe erfolgen. Die Gespräche verliefen jedoch nicht ohne Reibungen. Ungeklärt bleibt, warum schließlich das Lager Landsberg a. d. Warthe nicht weiter in die Planungen mit einbezogen wurde. Möglicherweise war diese Maßnahme auf den Widerstand der Polen zurückzuführen, da die polni-

²⁷⁵ Ebenda, S. 35ff.

²⁷⁶ Eser, 2003, S. 380.

²⁷⁷ Kochanowski, 2004, S. 50f.

schen Behörden mit von dort erhaltenen deutschen Gefangenen keine guten Erfahrungen gemacht hatten. Eventuell hatte die sowjetische Führung auch eine andere Verwendung für das Lager gefunden. Sollten sich die Kriegsgefangenen zunächst in einer guten körperlichen Verfassung befinden, wurden daraufhin auch Gefangene in einem nicht einwandfreien physischen Zustand zur Übergabe bestimmt. Die Sowjets überstellten den polnischen Behörden auch „problembehaftete“ Gefangenenkontingente. Hierzu zählten u. a. Offiziere, die nach den Regelungen der Genfer Konvention von 1929 vom Arbeitseinsatz befreit waren. Als Belastung für die polnische Gewahrsamsmacht erwiesen sich zudem frühere SS- und Gestapo-Angehörige, da für diese eine besondere Bewachung als notwendig erachtet wurde. Unklar bleibt, wann letztendlich die Entscheidung getroffen wurde, deutsche Kriegsgefangene aus den sowjetischen Sammellagern im Ländereck zwischen Deutschland, Polen und der Tschechoslowakei an polnische Behörden zu übergeben.²⁷⁸

Die polnische Führung beauftragte am 1. September 1945 den Major Michał Fajgman, der die Einkaufsabteilung der III. Abteilung des Sicherheitsministeriums leitete, die Führung der Lager Neuhammer, Sagan, Christianstadt, Lauban und Großporitsch zu übernehmen. Der vormalige Kommandant des Zentralen Arbeitslagers Warschau, Hauptmann Aleksander Trzcinka, wurde zu Fajgmans Stellvertreter ernannt. Begonnen wurde vom 9. bis 11. September 1945 mit der Übernahme des Lagers Nr. 78 in Sagan. In dem Lager hielten sich zu dieser Zeit 8.950 deutsche Kriegsgefangene auf, unter ihnen 271 Offiziere. Das Lager Nr. 14 in Lauban mit 7.885 Kriegsgefangenen übergab die sowjetische Lagerleitung am 13. September 1945 an die polnischen Behörden, weitere 120 Gefangene kamen in den folgenden Tagen hinzu. Kazimierz Staniszewski, zuvor Kommandant des Zentralen Arbeitslagers Jaworzno, übernahm in diesen Tagen die Leitung des Lagers Großporitsch, in dem sich 8.160 Kriegsgefangene befanden. Am 18. September 1945 wurde Józef Mazur Kommandant des Lagers Nr. 13 in Christianstadt. Dort hielten sich 6.376 Kriegsgefangene auf. Schließlich ging am 21. September 1945 das größte Frontlager Nr. 76 in Neuhammer mit 17.124 Soldaten und 1.175 Offizieren in polnische Hand über. Den Posten des Lagerkommandanten übernahm Zdzisław Wierucki. Die Abteilung für Gefängniswesen und Lager im Sicherheitsministerium hatte Wierucki eigens für diese Aufgabe abbeordert. Insgesamt 50.348 Kriegsgefangene übergab die Rote Armee bis zum 14. November 1945 aus Hospitälern, Sammellagern und kleinen Ergänzungstranporten in polnischen Gewahrsam. Bis zum 23. November 1945 stieg die Gesamtzahl der Gefangenen auf 50.672 an.²⁷⁹

²⁷⁸ Ebenda, S. 54f.

²⁷⁹ Ebenda.

4.3 Die Gefangenen aus den Reihen der Waffen-SS

Die Waffen-SS bezeichnete ab 1939 die schon zuvor gegründeten militärischen Verbände der nationalsozialistischen Parteitruppe SS. Organisatorisch eigenständig, unterstand sie ab Mitte 1940 dem direkten Oberbefehl des Reichsführers SS Heinrich Himmler. Neben den Kampfverbänden gehörten der Waffen-SS auch die KZ-Wachmannschaften an. Im Zweiten Weltkrieg wurden die Kampfverbände der Waffen-SS dem Oberbefehl der Wehrmacht unterstellt. Die SS-Truppen kamen sowohl an der Front als auch zur Sicherung des Besatzungsgebiets zum Einsatz. Im Jahr 1946 wurde die Waffen-SS vom Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg aufgrund ihrer Beteiligung am Holocaust und an zahlreichen Kriegsverbrechen zur verbrecherischen Organisation erklärt.²⁸⁰

4.3.1 Die Gefangenen aus den Reihen der Waffen-SS in den sowjetischen Frontlagern 1945

„Ich drängte mich allmählich vor in die ersten Reihen des tristen Tausenderzuges, wo Angehörige der Waffen-SS eiserne Disziplin übten, sich aber bei den nächsten kurzen Rasten wenigstens niedersetzen konnten. Die Letzten vermochten das nicht; denn bis sie aufgeschlossen hatten, hieß es wieder weitergehen. Die Leute von der Waffen-SS hielten wahrscheinlich deswegen fest zusammen, weil sie von Tschechen, Sowjets und Polen mitleidlos behandelt worden waren. Sie hatten nie eine Chance, ihre Lage durch Wohlverhalten zu bessern. Es blieb aber dennoch unerfindlich, woher sie die Kraft nahmen, alle Schikanen noch am besten zu überstehen.“²⁸¹

Dies berichtete ein Teilnehmer des Marsches aus dem sowjetischen Front-Aufnahme-Durchgangslager Großporitsch, das am 14. Oktober 1945 evakuiert wurde, in das Lager Neuhammer. Anders als in der obigen Schilderung zeigte sich, dass der Zusammenhalt der Waffen-SS-Angehörigen nur in Zeiten der Ausgrenzung Bestand hatte,²⁸² in den Lagern jedoch an Bedeutung verlor.

4.3.1.1 Die Herkunft der Gefangenen der Waffen-SS

Östlich der Oder-Neiße-Linie waren mehrere Waffen-SS-Divisionen in sowjetische Gefangenschaft geraten. An der Oder waren zahlreiche Soldaten der 36. Waffen-Grenadier-Division der SS zur Roten Armee übergelaufen oder von ihr gefangen genommen worden. Diese wur-

²⁸⁰ Ausführlich hierzu Wegner, Bernd, 1982, Hitlers politische Soldaten. Die Waffen-SS 1933-1945. Leitbild, Struktur und Funktion einer nationalsozialistischen Elite, Paderborn.

²⁸¹ Korn, 1998, S. 23.

²⁸² Siehe auch Sofsky, 1993, S. 73.

den zumeist in das Lager Sagan überführt.²⁸³ Nach Sagan gelangten auch gefangene Angehörige der 18. SS-Freiwilligen-Panzer Grenadier-Division „Horst Wessel“,²⁸⁴ Kriegsgefangene der estnischen 20. Waffen-Grenadier-Division der SS endeten häufig im Lager Neuhammer.²⁸⁵ Einzelne Angehörige der 1. SS-Panzerdivision „Leibstandarte SS Adolf Hitler“ befanden sich als Gefangene im sowjetischen Lager Auschwitz.²⁸⁶ Die im Oktober 1944 in Ungarn aufgestellte 31. SS-Freiwilligen-Grenadier-Division bestand überwiegend aus Volksdeutschen aus der Batschka, dem Banat und Siebenbürgen, die häufig zwangsrekrutiert worden waren. Nachdem die Division im Mai 1945 in der Tschechoslowakei bei Königgrätz in sowjetische Kriegsgefangenschaft gegangen war, gelangten ihre Soldaten überwiegend in die Lager Großporitsch, Christianstadt, Breslau-Hundsfeld und Sagan.²⁸⁷

4.3.1.2 Die „Kameradschaft“ der Angehörigen der Waffen-SS

Die Veteranen der Waffen-SS propagierten im Nachkriegsdeutschland für ihre ehemalige Truppe einen Kameradschaftsgeist, der nicht nur an der Front, sondern auch in der anschließenden Gefangenschaft Bestand gehabt hätte. „Meine größtenteils aus Batschkadeutschen bestehende Truppe war auch brav und bis zur letzten Minute in Ordnung. Auch beim Russen in der Gefangenschaft haben wir eisern zusammengehalten“, schilderte ein ehemaliger SS-Hauptsturmführer und Abteilungskommandeur über seine Erfahrungen im Lager Breslau-Hundsfeld.²⁸⁸

War der Verfolgungsdruck auf die Soldaten der Waffen-SS während der Gefangennahme und in der unmittelbaren Zeit danach noch besonders hoch, begegnete das sowjetische Lagerpersonal ihnen, wie den Lagergefangenen insgesamt, nun mit einer gewissen Gleichgültigkeit. Mit sinkendem Druck stieg die Bereitschaft der SS-Gefangenen, mit dem sowjetischen Wachpersonal zu kooperieren. Gemäß „tschekistischer“ Traditionen stützte sich die Suche nach SS-Angehörigen in hohem Maße auf Denunziationen und Meldungen des immer stärker ausgebauten Informantennetzes in den Gefangenenlagern.²⁸⁹ In den sowjetischen Front-Aufnahme-Durchgangslagern, insbesondere in Sagan, waren es in erster Linie ehemalige SS-Angehörige, die sich an den Bespitzelungen unter den Lagergefangenen beteiligten. Es ist

²⁸³ Klausch, 1993, S. 533.

²⁸⁴ Wagner, Jaworzno, o. P.

²⁸⁵ Borbély, 1991, S. 16.

²⁸⁶ Oberösterreichisches Landesarchiv: DRK-Vermisstenbildliste.

²⁸⁷ Pencz, Rudolf, 1996, Vor Haus und Hof und Kind und Weib. Donauschwäbische Grenadiere an der Donau und in Schlesien. Die Geschichte der 31. SS-Freiwilligen-Grenadier-Division, Baja, S. 16.

²⁸⁸ Ebenda, S. 12

²⁸⁹ Hilger, 2000, S. 211.

anzunehmen, dass diese sich durch die Denunziationen Begünstigungen durch das sowjetische Lagerpersonal erhofften.²⁹⁰

4.3.1.3 Die Stellung der Gefangenen der Waffen-SS in der Lagerhierarchie

In der Lagerpraxis zeigte sich, dass ehemalige SS-Angehörige, auch wenn diese als solche erkannt worden waren, Zugang zu nahezu allen Lagerinstitutionen hatten und somit in der Lagerhierarchie aufsteigen konnten. Im sowjetischen Frontlager Großporitsch konnten ehemalige Angehörige der Waffen-SS z. B. an der Theatergruppe des Lagers mitwirken und somit von den Privilegien der „Künstler“ profitieren.²⁹¹ Im selben Lager schaffte es ein unentdeckt gebliebener SS-Oberscharführer sogar, als Leiter der Lager-Antifa eingesetzt zu werden.²⁹²

Als belastete Gruppe suchten einige ehemalige SS-Angehörige die Nähe zum sowjetischen Lagerpersonal, um sich so Vorteile im Lagerleben bzw. eine bessere Position in der Lagerhierarchie zu verschaffen. Häufig versuchten sie dies, indem sie andere vormalige SS-Angehörige denunzierten oder sich im Lager als Spitzel im Informantennetz der Kommandantur einsetzen ließen.²⁹³ Ein Gefangener aus den Reihen der SS in Großporitsch konnte sogar „engere Beziehungen“ zu dem jüdischen Lagerkommandanten aufbauen, der ihm im Dezember 1945 die Freilassung ermöglichte.²⁹⁴

4.3.1.4 Die Separierung der Gefangenen aus den Reihen der Waffen-SS

Lawrentij Berijas Befehl Nr. 0016 vom 11. Januar 1945 „zur Säuberung des Hinterlandes der Roten Armee“ hatte u. a. angeordnet, dass alle militärischen und politischen Offiziers- und Mannschaftsdienstgrade der SS „in die Kriegsgefangenenlager des NKVD einzuweisen“ wären.²⁹⁵ Der Umgang des Lagerpersonals in den verschiedenen sowjetischen Front-Aufnahme-Durchgangslagern mit den Gefangenen aus den Reihen der SS gestaltete sich jedoch höchst unterschiedlich.

Während es keine Hinweise darauf gibt, dass in den Lagern Neuhammer und Breslau-Hundsfeld die ehemaligen SS-Angehörigen von ihren Mitgefangenen getrennt wurden, waren die Gefangenen im Lager Auschwitz zunächst nur beiläufig bei den regelmäßigen Desinfekti-

²⁹⁰ Wagner, Jaworzno, o. P.

²⁹¹ Korn, 1998, S. 25.

²⁹² Ebenda, S. 107.

²⁹³ Wagner, Jaworzno, o. P.

²⁹⁴ Pencz, 1996, S. 169.

²⁹⁵ Mironenko, 1998, S. 158.

onen nach SS-Blutgruppentätowierungen untersucht worden.²⁹⁶ Erst bei der Aufstellung von Transportlisten während der Auflösung des Lagers ab August 1945 erfolgten durch Lagerärzte genaue Überprüfungen der Entlassungskandidaten nach den belastenden Tätowierungen. Betreffende Gefangene wurden von den Entlassungen zurückgestellt und am 11. September 1945 in einem letzten Transport in Richtung Wyschni-Wolotschek abtransportiert.²⁹⁷

In Sagan verbreitete sich im Juni 1945 unter den Gefangenen die Nachricht, dass die ehemaligen SS-Angehörigen unter den Lagerinsassen herausgesucht würden. Kurz darauf hielt der Lagerälteste Erich Friehe vor den Gefangenen eine Ansprache, in der er die Suche nach den Gefangenen aus den Reihen der SS offiziell ankündigte. Diese Rede wurde von zahlreichen Zuhörern mit langem Beifall bedacht. Blockweise mussten die Lagerinsassen am 21. Juni 1945 antreten. Die Gefangenen hatten ihre Oberkörper zu entblößen, worauf Angehörige der deutschen Lagerselbstverwaltung diejenigen mit der Blutgruppentätowierung heraussuchten.²⁹⁸

4.3.1.5 Die Gefangenen aus den Reihen der Waffen-SS als „Leidensgemeinschaft“

Eine Vielzahl gesellschaftlicher Gruppen reklamierte in den 1950er Jahren einen Opferstatus, um an den Gesetzgeber Ansprüche geltend machen zu können. Somit verorteten sich neben den Verfolgten der NS-Diktatur auch Ausgebombte, Flüchtlinge, Vertriebene und Spätheimkehrer, was diesen ermöglichte, eine Auseinandersetzung mit der eigenen Rolle im Nationalsozialismus zu umgehen. Auch den organisierten Veteranen der Waffen-SS war die Teilhabe an der Viktimisierungskultur bis zur Mitte der 1950er Jahre möglich. Im Rahmen der Legendenbildung um die Deutsche Wehrmacht spielte das Motiv des Opfers eine bedeutsame Rolle. Als Folge einer wirkmächtigen Interaktion von populärer Kultur, Justiz und Politik avancierte es zu einer der frühesten Erinnerungskonstruktionen an das deutsche Soldatentum während des Zweiten Weltkrieges. Die früheren Angehörigen der Waffen-SS-Einheiten wurden dabei explizit eingeschlossen. Diese Abgrenzung war die Voraussetzung für die Selbstdarstellung als Opfer willkürlicher Rache der Alliierten. Die Sieger hätten aufgrund der vorbildlichen Kampfkraft der Waffen-SS ein Exempel statuieren und sie stellvertretend für das deutsche Militär und das deutsche Volk bestrafen wollen.²⁹⁹

²⁹⁶ Friedrich Stelzel in einem Schreiben an den Verfasser, 11.9.2008.

²⁹⁷ Karner, 1995, S. 197.

²⁹⁸ Wagner, Jaworzno, o. P.

²⁹⁹ Wilke, Karsten, 2011, Die „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit“ (HIAG) 1950-1990. Veteranen der Waffen-SS in der Bundesrepublik, Paderborn, S. 51.

Auch spätere Nachkriegsberichte von SS-Veteranen oder Chronisten entsprechender Einheiten tragen noch deutlich Spuren dieser Selbstviktimisierung. Häufig werden dabei die Verhältnisse in den betreffenden Gefangenenlagern wesentlich drastischer geschildert, als sie nachweislich waren. So hätten etwa die Soldaten der 31. SS-Freiwilligen-Grenadier-Division im „Todeslager“ Melnik an der Elbe „das Grauen“ erlebt, bevor sie nach Breslau weitertransportiert wurden. „Nicht nur auf dem Hungermarsch, auch im Lager Breslau-Hundsfeld erntete der Tod. Täglich sind 150 bis 200 Mann gestorben“, heißt es dazu in einer in der Nachkriegszeit veröffentlichten Chronik zu der Division.³⁰⁰ Ein gefangener Soldat der 1. SS-Panzerdivision „Leibstandarte SS Adolf Hitler“ berichtete gar, dass es während seiner Gefangenschaft im Nachkriegslager Auschwitz zu „Massenerschießungen“ von Frauen und Kindern durch das sowjetische Wachpersonal gekommen sei.³⁰¹ Diese Schilderungen sind jedoch singular und werden durch keine weiteren Quellen bestätigt.

Im Gegensatz hierzu stehen die Berichte ehemaliger Gefangener aus den Reihen der SS, die sich positiv über ihre Zeit in den betreffenden Lagern äußerten. „Ich muss sagen, dass ich weder bei den Russen, noch bei den Polen schlecht behandelt wurde, obwohl meine Zugehörigkeit zur W-SS mittlerweile durch Verrat bekannt geworden war“, resümierte ein ehemaliger Angehöriger der 31. SS-Freiwilligen-Grenadier-Division, der die Übergabelager Großpörsch, Christianstadt und Sagan durchlaufen hatte.³⁰²

4.3.2 Die Gefangenen aus den Reihen der Waffen-SS in den polnischen Lagern 1945-1950

Während der nationalsozialistischen Besatzungsherrschaft in Polen in den Jahren 1939 bis 1945 waren es insbesondere die Angehörigen der SS-Einheiten, die als Sinnbild für den Besatzungsterror standen und daher zum Hassobjekt der polnischen Bevölkerung wurden. Während des Warschauer Aufstands vom 1. August bis 3. Oktober 1944 erschossen die Kämpfer der Polnischen Heimatarmee die Angehörigen der SS nach der Gefangennahme für gewöhnlich als Verbrecher. Angehörige der Wehrmacht hingegen wurden als Kriegsgefangene behandelt.³⁰³

Mit der Übergabe der sowjetischen Frontlager Sagan und Neuhammer gelangten auch zahlreiche ehemalige SS-Angehörige in polnischen Gewahrsam. Bereits Ende Juni 1945 waren die Gefangenen aus den Reihen der Waffen-SS von den Mitgefangenen separiert worden. Im Lager Sagan, das sich in ein Ost- und ein Westlager unterteilte, befanden sich unter den insge-

³⁰⁰ Pencz, 1996, S. 16.

³⁰¹ BA-LAA, 27/652.

³⁰² Pencz, 1996, S. 17.

³⁰³ Borodziej, 2006, S. 410.

samt etwa 20.000 bis 30.000 Gefangenen etwa 2.500 ehemalige Angehörige der Waffen-SS. Viele dieser vormaligen SS-Angehörigen waren aus dem Lager Zittau nach Sagan überführt worden.³⁰⁴

4.3.2.1 Die Grubenlager

Die Furcht der Polen zeigte sich auch bei den Transporten, die aus dem sowjetischen Übergabelager Sagan das oberschlesische Kohlerevier erreichten. Nach einer mehrtägigen Fahrt traf ein Transport bei Lendzin ein, wo die Deportierten in einem Lager der Kohlengrube „Piast“ untergebracht wurden. Da die Ankunft von Gefangenen aus den Reihen der Waffen-SS angekündigt worden war, erwartete die polnische Miliz den Transport mit in Stellung gebrachten Maschinengewehren. Nachdem diese erkannt hatten, dass es sich bei den Gefangenen nicht um ehemalige SS-Angehörige handelte, baute die Miliz die Maschinengewehre schnell ab.³⁰⁵ Die Transporte der vormaligen SS-Angehörigen in die Lager des oberschlesischen Kohlereviers mussten jeweils von einigen Wehrmachtsoffizieren begleitet werden, welche die Ordnung unter den rangniederen Gefangenen aufrechterhalten sollten. Dies führte zu Spannungen, da die Offiziere Benachteiligungen befürchteten oder tatsächlich erfuhren. Ein betroffener Offizier erinnerte sich:

„Als wir aber in Sosnowitz ankamen, war bekannt, daß das ein SS-Transport war. Man hat auch die Offiziere als SS-Leute behandelt und unter Tage schicken wollen. Dagegen haben wir uns zur Wehr gesetzt. Ich habe mitgewirkt an einer Protestschrift, die wir dann dem polnischen Lagerkommandanten überreicht haben. Sie waren im Moment irritiert. Sie haben sie nach Kattowitz an die übergeordnete Stelle weitergegeben. Wir kamen schließlich nicht zum Einsatz unter Tage.“³⁰⁶

Auch im polnischen Grubenlager „Bierut“ gingen zahlreiche Offiziere aus diesem Grund zu ihren Mitgefangenen aus den Reihen der Waffen-SS auf Abstand. Ein Hauptmann Moldenhauer bezeichnete diese als „SS-Schweine“, für welche die Offiziere „hier sitzen und für Euch bluten“ müssten.³⁰⁷ In diesem Lager, in das zahlreiche ehemalige Soldaten der Waffen-SS überstellt wurden, setzte die Leitung der Lager-Antifa bei der polnischen Kommandantur durch, dass in dem Lager ausschließlich Gefangene verblieben, die durch eine Blutgruppentätowierung gekennzeichnet waren. Am 10. Dezember 1945 wurden daher die ehemaligen SS-

³⁰⁴ Böss, 1974, S. 19.

³⁰⁵ Hass, 1992, S. 19.

³⁰⁶ Berthold, 1981, S. 151.

³⁰⁷ Wagner, Jaworzno, o. P.

Angehörigen, die aus dem Grubenlager „Bierut“ in die Lager „Siersza“ und Jawiszowice aufgeteilt worden waren, nach „Bierut“ zurückverlegt. Die im Lager verbliebenen Offiziere und die ehemaligen Wehrmachtsangehörigen wurden auf die beiden anderen Lager verteilt. Nachdem die Wehrmachtsgefangenen gegen ehemalige SS-Angehörige ausgetauscht wurden, verschlechterte sich die Verpflegung im Lager.³⁰⁸

In den Grubenlagern, die sich nicht auf dem Territorium des historischen Oberschlesiens befanden, hatten die deutschen Kriegsgefangenen kaum Sympathie oder Hilfe zu erwarten. Vielfach traten Übergriffe gegen Kriegsgefangene auf, insbesondere in der lokalen Vereinigung der Kohleindustrie Dombrowa-Becken. Noch Mitte 1948 war es in den dortigen Lagern gängige Praxis, dass „die in den Lagern der Kohleindustrie geltenden Vorschriften ignoriert und die Kriegsgefangenen besonders boshaft behandelt wurden.“ In den Gefangenenlagern der Opolner Region kam es hingegen nur selten zu Übergriffen auf Kriegsgefangene. Auch stammten die Täter häufig nicht von dort. Nahezu alltäglich hingegen waren Misshandlungen in den Lagern Sosnowitz, Jaworzno, „Milowice“ und „Czeladź“. Der Hass der dortigen polnischen Bergarbeiter und deren Übergriffe auf deutsche Gefangene wurden vielfach damit erklärt, dass das Dombrowa-Becken während der nationalsozialistischen Besatzungsherrschaft sehr gelitten hatte. Der Umstand, dass der größte Teil der gefangen genommenen SS-Mitglieder in dem Gebiet Vorkriegspolens festgehalten wurde, führte zu einer gesteigerten Brutalität in den dortigen Lagern.³⁰⁹

In Nürnberg verkündete der Internationale Gerichtshof am 1. Oktober 1946 sein Urteil. Zu „verbrecherischen Organisationen“ zählte nach dem Urteil „die SS mit Ausnahme der Reiter-SS und jener, die zwangsweise in die SS aufgenommen worden waren, selbst jedoch keine Verbrechen begingen sowie Personen, die vor dem 1. September 1939 der SS nicht mehr angehörten.“³¹⁰ Das polnische Augustdekret wurde auch für ehemalige Soldaten der Waffen-SS entschärft, die insbesondere ab 1943 ohne freiwillige Meldung eingezogen wurden. Gelang es den Angeklagten, ihre Zwangseinberufung nachzuweisen und konnten ihnen keine Verbrechen angelastet werden, gingen auch sie nun straffrei aus.³¹¹ Durch die Isolierung der ehemaligen SS-Angehörigen wurde auf diese Gefangenengruppe ein von außen lastender Druck erzeugt, durch den die Intoleranz gegenüber anderen Gruppen stieg und zugleich der innere Zusammenhalt wuchs. Dieser Außendruck kann sich in vielfachen Formen der Ablehnung

³⁰⁸ Ebenda.

³⁰⁹ Kochanowski, 2004, S. 278f.

³¹⁰ Mironenko, 1998, S. 67.

³¹¹ Borodziej, 2006, S. 419.

äußern. Häufig genügte bereits ein aus Vorurteilen gespeistes Misstrauen, um einen derartigen Druck auf eine Gruppe wirksam werden zu lassen.³¹²

Die polnischen Behörden beabsichtigten, die ehemaligen SS-Angehörigen sukzessive im Grubenlager „Bierut“ zu konzentrieren. Das Lager hatte am 10. Dezember 1945 eine Stärke von 727 Gefangenen. Unter den 717 Lagergefangenen, die über eine Blutgruppentätowierung verfügten, befanden sich ca. 550 ehemalige Angehörige der Waffen-SS. Im Februar 1946 trafen 53 weitere „Blutgruppenträger“ aus den Lagern „Siersza“ und „Brzeszcze“ in „Bierut“ ein. Auch aus dem Lager Hindenburg wurden am 29. November 1947 und 3. Dezember 1947 insgesamt 200 ehemalige SS-Leute überstellt. Von dort traf erneut am 8. Februar 1948 eine Gruppe mit 47 vormaligen SS-Angehörigen ein. 223 Gefangene aus den Reihen der Wehrmacht wurden am 5. Februar 1949 aus dem Lager „Bierut“ in die Lager Kostuchna und Beuthen überführt. Mitte Februar 1949 trafen dafür 158 „Blutgruppenträger“ im Lager „Bierut“ ein.³¹³

In dem Lager ereignete sich bald darauf ein außergewöhnlicher Zwischenfall. Ein neuer Wachposten fiel durch das Schlagen der Gefangenen auf. Nach mehreren Wochen identifizierte ihn ein Lagergefangener als ehemaligen Angehörigen seiner SS-Einheit und meldete ihn dem polnischen Wachkommandanten. Als bei dem Posten tatsächlich eine Blutgruppentätowierung gefunden wurde, wurde dieser als Gefangener in das Zentrale Arbeitslager Jaworzno überstellt.³¹⁴

Im Zentralen Arbeitslager Jaworzno befand sich ein Sonderlager für Gefangene aus den Reihen der Waffen-SS. Das Lagerregime in diesem Sonderlager war „weit strenger“ als in den anderen Gefangenenbereichen des Lagers. Auch die Sterblichkeit unter den ehemaligen SS-Angehörigen war überdurchschnittlich hoch. Als eine Delegation des IKRK im September 1946 das Lager Jaworzno inspizierte, war in einem abschließenden Bericht nur von einer „kleinen Zahl von SS“ die Rede. Es ist daher zu vermuten, dass der IKRK-Delegation das Sonderlager von der polnischen Lageradministration verschwiegen wurde.³¹⁵ „Es gab auch eine Baracke, in der sich junge SS-Männer aufhielten. Sie waren etwa 18 Jahre alt“, erinnerte sich ein ehemaliger Kriegsgefangener des Lagers Jaworzno an die dort festgehaltenen ehemaligen SS-Angehörigen. „Geduldig mußten sie spezielle Formen der Misshandlung über sich ergehen lassen. Die SS-Männer mußten abends in der Baracke singen und tanzen, wobei der Takt der Musik mit einem Stock auf die Rücken der SS-Männer geschlagen wurde. Niemand

³¹² Cartellieri, 1967, S. 68.

³¹³ Wagner, Jaworzno, o. P.

³¹⁴ Ebenda.

³¹⁵ Böss, 1974, S. 177f.

der SS-Männer hat wohl überlebt. 1948 berichtete mir ein Gehilfe des Militärspitals darüber. Der letzte SS-Mann starb demnach an Schwindsucht.“³¹⁶ Im Juni 1947 stattete eine IKRK-Delegation u. a. dem SS-Sonderlager in Jaworzno einen Besuch ab und schilderte darüber:

„Hinsichtlich Unterbringung, Verpflegung und Hygiene kann dieses Lager als durchschnittlich bezeichnet werden. Nichts lässt die Vermutung zu, daß die SS anders behandelt wird als die übrigen Gefangenen. (...) Schlechte Behandlungen kommen nicht häufiger als früher vor. Der deutsche Arzt hat erklärt, daß der Besuch der IKRK-Delegation spürbar dazu beitrage, daß die Gefangenen besser behandelt würden.“³¹⁷

4.3.2.2 Die Behandlung der ehemaligen SS-Angehörigen ab 1948

Im polnischen Bergwerkslager „Bierut“ erhielten ehemalige Wehrmachtsangehörige, die aus den drei westalliierten Besatzungszonen in Deutschland stammten, ab Frühjahr 1948 Pakete vom Evangelischen Hilfswerk und von der Caritas. Vormalige SS-Angehörige aus diesen Zonen wurden bei der Paketzuteilung nicht berücksichtigt. Erst ab 1949 empfangen auch die „Blutgruppenträger“ aus den Westzonen Pakete von den beiden kirchlichen Organisationen.³¹⁸

Die Gründe für die langanhaltende brutale Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen in den Gebieten Vorkriegspolens waren vielfältig. Unter den festgehaltenen Kriegsgefangenen war zum einen die Zahl der ehemaligen SS-Angehörigen und NSDAP-Mitglieder sehr hoch. Durch die polnischen Wachmannschaften wurden sie oft rücksichtslos behandelt. Jerzy Kochanowski geht zudem davon aus, dass sich den polnischen Wachleuten angesichts der bevorstehenden Entlassungen die letzte Gelegenheit bot, Rache an den Kriegsgefangenen zu nehmen. In den letzten Monaten der Gefangenschaft war daher eine abschätzige Haltung der deutschen Kriegsgefangenen gegenüber den Polen üblich. Unter den Gefangenen löste sich die Disziplin zunehmend auf und deren Arbeitseinstellung wurde nachlässiger. Den polnischen Behörden fiel häufig das „unhöfliche, ja geradezu rüpelhafte Benehmen gegenüber der polnischen Lagerverwaltung und den Wächtern“ auf.³¹⁹

Zum Ende der Gefangenschaft verschlechterten sich die Lebensbedingungen der Gefangenen erneut. Die verzögerten Entlassungen verschärften die Situation zusätzlich.³²⁰ Um den jeweiligen Arbeitsplan zu erfüllen, wurden zudem die regulären Arbeitszeiten verlängert. Der Wi-

³¹⁶ Kochanowski, 2004, S. 279.

³¹⁷ Böss, 1974, S. 178.

³¹⁸ Wagner, Jaworzno, o. P.

³¹⁹ Kochanowski, 2004, S. 289.

³²⁰ Ebenda.

derstand der Kriegsgefangenen nahm daher zu. Im Bergwerk „Brzezscze“ wurden acht ehemalige SS-Angehörige unter den Kriegsgefangenen von den polnischen Bergleuten beschuldigt, den polnischen Bergmann Stefan Klus ermordet zu haben, und diese daraufhin arrestiert. Den Beschuldigten konnten in einem anschließenden Ermittlungsverfahren jedoch keine Schuld nachgewiesen werden. Die Vorkommnisse wertete Oberleutnant Lipski amtsintern zugunsten der Gefangenen:

„Es gibt keinerlei Hinweise, die darauf hindeuten würden, dass die Täter dieses Mordfalls Kriegsgefangene sind. Reaktionäre Elemente unter den [polnischen] Bergleuten versuchten, den Mordfall zur Unterbrechung ihrer Arbeit in der Grube zu nutzen: durch die Aufforderung, nicht an den Arbeitsort zu fahren und mit den Kriegsgefangenen nicht zusammenzuarbeiten. Dabei wurde auch die Bevölkerung vor Ort aufgewiegelt, die die zur Arbeit gehenden Kriegsgefangenen mit Steinen bewarf. Es ist zu vermuten, dass der Mord von Bergleuten begangen wurde.“³²¹

Anfang November 1949 versuchten mehrere ehemalige SS-Angehörige, die im Bergwerk „Brzezscze“ arbeiten mussten, den „Stachanov-Arbeiter“ Franciszek Apryas zu töten, da dieser die Anhebung des Leistungssolls veranlasst hatte. Ab diesem Zeitpunkt musste Apryas „unter dem Schutz von drei Soldaten arbeiten, aus Furcht vor einem erneuten derartigen Versuch. Die Anwesenheit der Kriegsgefangenen in der Grube erfüllt die Bergleute mit Angst, da Ermordungen von Bergleuten unter Tage bei fehlender Beaufsichtigung der arbeitenden Kriegsgefangenen der SS nicht auszuschließen sind.“³²²

Im Januar 1950 erhielten die Lagergefangenen von ihren Angehörigen mit der Post Meldungen aus deutschen Zeitungen, die am 24. Dezember 1949 verkündet hatten, dass Polen über keine Kriegsgefangenen mehr verfüge. Auch die Lagerzeitung „Die Brücke“ berichtete am 27. Januar 1950, dass ein polnischer Regierungsvertreter vor Journalisten in Ostberlin erklärt hatte, in Polen befänden sich nunmehr keine Kriegsgefangenen, sondern ausschließlich deutsche Kriegsverbrecher. „Man kann sich nun die Stimmung im Lager vorstellen. Auf Grund dieses Artikels, versammelte sich sofort das gesamte Lager, und verlangte von der Selbstverwaltung, dass sie gegen den Artikel schärfstens protestieren sollte“, wie sich ein ehemaliger Gefangener erinnerte.³²³ Die Lagergefangenen verfassten daraufhin eine Resolution, die über den polnischen Lagerkommandanten an den deutschen SBZ-Botschafter Dr. Friedrich Wolf weitergeleitet wurde. Diese Resolution blieb jedoch unbeantwortet.³²⁴

³²¹ Ebenda, S. 290.

³²² Ebenda.

³²³ Ebenda.

³²⁴ Wagner, Jaworzno, o. P.

4.4 Die Zivilgefangenen

Im Oktober 1944 erreichten Truppen der Roten Armee die deutschen Reichsgrenzen. Durch die hohen Kriegsverluste der UdSSR litt die sowjetische Wirtschaft zu dieser Zeit an einem drastischen Arbeitskräftemangel. Seit Mitte 1944 lief die im Ural konzentrierte sowjetische Rüstungsproduktion auf Hochtouren, auch standen nicht genügend Arbeitskräfte für den Wiederaufbau der zurückeroberten sowjetischen Territorien zur Verfügung. Zugleich verfügte die Sowjetunion über hinreichend erprobte Lagerstrukturen, die seit 1944 als aufnahmebereit galten und einen verstärkten Einsatz von Zwangsarbeitern ermöglichten. Bis 1945 war es den Einheiten der Roten Armee nicht möglich, größere Gebiete des Deutschen Reiches unter ihre Kontrolle zu bringen. Mit der Besetzung der Balkanstaaten und weiter Teile Osteuropas im Jahr 1944 ergab sich für die sowjetische Führung zunächst die Möglichkeit, das Wirtschaftspotential dieser Länder für die sowjetische Kriegswirtschaft zu nutzen.³²⁵

4.4.1 Die Zivilgefangenen im sowjetischen Gewahrsam 1945

Mit der streng geheimen Verordnung 7161ss vom 16. Dezember 1944 gab das für die sowjetische Kriegswirtschaft zuständige GOKO den Auftakt für die massenhaften Deportationen von Deutschen aus den sowjetisch besetzten Gebieten. Für den Arbeitseinsatz in der Sowjetunion sollten „alle arbeitsfähigen deutschen Männer zwischen 17 und 45 Jahren und Frauen zwischen 18 und 30 Jahren“ aus den von der Roten Armee eroberten Staatsgebieten Bulgariens, Rumäniens, Jugoslawiens, Ungarns und der Tschechoslowakei „mobilisiert“ und interniert werden.³²⁶ Der Hinweis auf deutsche Terroristen und Diversanten im Befehl des Volkskommissars für Inneres Nr. 0016 vom 11. Januar 1945 diente vermutlich zur Rechtfertigung der massenhaften Zwangsrekrutierungen deutscher Arbeitskräfte, da sich deutsche Terroranschläge in sowjetischen Meldungen zu diesem Zeitpunkt kaum nachweisen lassen. Auch die im Dezember 1944 für Südosteuropa veranlassten Deportationen von deutschen Zivilpersonen rechtfertigte die sowjetische Führung als militärische Sicherungsmaßnahme. Tatsächlich wollte die Führung in Moskau so vermeiden, dass die deutschen Arbeitsleistungen auf die Reparationen angerechnet wurden.³²⁷ In den Lagern auf dem Territorium der UdSSR erhielten die Deportierten den Status von Internierten und unterstanden somit der Verwaltung für Kriegsgefangene und Internierte (UPVI). Das Ende der Operation war auf den 15. Februar 1945 ange-

³²⁵ Mironenko, 1998, S. 35.

³²⁶ Karner, 1995, S. 25, 27; Mironenko, 1998, S. 133ff.

³²⁷ Mironenko, 1998, S. 44.

setzt. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden etwa 110.000 Deutsche in die Sowjetunion deportiert.³²⁸ Dort kamen sie in Arbeitsbataillonen, insbesondere in Bergwerken, zum Einsatz, wo sie zu härtester Arbeit gezwungen wurden.³²⁹

Ein weiterer Befehl des GOKO vom 3. Februar 1945 weitete die Mobilisierungen zudem auf die Territorien Oberschlesiens und Ostpreußens aus.³³⁰ Dabei überschneidet sich eine breit angelegte und kaum differenzierende Operation zu Verhaftungen „feindlicher Elemente“ mit faktisch wahllosen Rekrutierungen von Deutschen zur Zwangsarbeit. Sowjetische Truppen überführten beide Gruppen von Internierten in GUPVI-Lager des NKVD auf sowjetischem Territorium.³³¹ Die GUPVI bereitete sich bis zum 15. März 1945 auf das Eintreffen von 200.000 deutschen Gefangenen vor. Es ist anzunehmen, dass die GUPVI von Internierungen in Deutschland und Überführungen der Internierten bis mindestens zum Jahresende 1945 ausging. Bereits im Februar 1945 hatte die GUPVI versucht, sich durch eine interne Reorganisation auf die neu eintreffenden Kontingente einzustellen. Hierfür bildete sie mit der Verwaltung für Kriegsgefangene und der Verwaltung für Internierte und Mobilisierte zwei gleichrangige Bereiche. Die sowjetischen Behörden unterteilten die internierten deutschen Zivilisten in zwei Kategorien. Zu der Gruppe „D“ zählten die Deutschen, die ausschließlich als Arbeitskräfte in die UdSSR deportiert wurden. Die in der Gruppe „B“ zusammengefassten Zivilinternierten galten hingegen als Sicherheitsrisiko für die vorstoßenden sowjetischen Truppen. Die Gefangennahme dieser Zivilisten durch die Sowjets erfolgte daher unabhängig von ihrer Tauglichkeit für einen Arbeitseinsatz. In Arbeitsbataillonen zusammengefasst, wurden auch die Zivilgefangenen der Gruppe „B“ zur Arbeit in der Industrie eingesetzt.³³² Bedingt durch Kriegsdienst und Flucht waren nur wenige Männer in Oberschlesien verblieben. Die sowjetischen Militärbehörden rekrutierten Tausende von ihnen unter Vorwänden, z. B. als Unterstützung für mehrtägige Enttrümmerungsaktionen oder beim Gleisbau. Tatsächlich erfolgte für die Männer dann mit der Bahn die Verschleppung zum Arbeitseinsatz in die UdSSR. Im Jahr 1946 nahmen polnische Behörden eine Gesamtzahl von 10.000 bis 25.000 Personen an, die aus Oberschlesien in die Sowjetunion deportiert wurden. Häufig handelte es sich bei diesen Verschleppten um Bergleute, deren Ausfall die Genesung der oberschlesischen und auch der gesamt-polnischen Wirtschaft wesentlich behinderte.³³³

³²⁸ Ebenda, S. 35.

³²⁹ Karner, 1994, S. 464.

³³⁰ Karner, 1995, S. 27; Mironenko, 1998, S. 146ff.

³³¹ Mironenko, 1998, S. 49.

³³² Ebenda, S. 46.

³³³ Eser, 2003, S. 376.

Nach einer Verfügung des Staatlichen Verteidigungskomitees der UdSSR vom 21. März 1945 sollten jedoch 20.000 „mobilisierte“ Deutsche nicht in die Sowjetunion deportiert, sondern in Schlesien zu Demontearbeiten abgestellt werden.³³⁴ Bei der Rekrutierung dieser Arbeitskräfte wurden die Sowjets nicht nur vom polnischen Sicherheitsdienst unterstützt, sondern auch von deutschen Kommunisten aus Hindenburg, die dem Nationalkomitee „Freies Deutschland“ eingegliedert worden waren, um die Rote Armee in ihren Aufgaben zu unterstützen.³³⁵ In den Morgenstunden des 24. April 1945 verhafteten die NKFD-Mitglieder in der Stadt eine Gruppe von „vielen Frauen, Greisen und Kindern“ und sammelte dieser in der örtlichen Schule. Am Abend erfolgte der Abtransport der Verhafteten auf Lastwagen in das Lager Auschwitz. „Als wir dann am Ziel waren und der Stacheldrahtverhau hinter uns geschlossen wurde, wussten wir es plötzlich, daß wir in Auschwitz waren“, schilderte eine Hindenburgerin ihre Ankunft in dem vormaligen NS-Konzentrationslager. „Ein Grauen überkommt mich, wenn ich an diese erste Nacht denke. Ein leiser Regen fiel, und in dem fahlen Mondlicht sahen wir in jedem Laternenpfahl einen Galgen und in jedem Löschwasserteich ein für uns vorbereitetes Grab. Wir glaubten, daß wir nie mehr aus dieser Hölle herauskämen.“³³⁶ Der Bericht offenbart die Kenntnisse der schlesischen Bevölkerung über das nationalsozialistische Vernichtungslager und zugleich die Ängste vor einer Vergeltung der Besatzungsmacht:

„Am zweiten Tage schon begann unsere Arbeit. Unter starker Bewachung wurden wir in die IG-Farbenwerke geführt und mußten da mit abmontieren. Alles mußten wir tun, Maschinen auseinandernehmen, verpacken. Auch auf 10 – 14 m hohen Gerüsten haben wir, ohne angeseilt zu sein, arbeiten müssen. Eine große Freude hatte die Bewachung immer, wenn wir schwere Kisten schleppten oder uns mit großen Maschinenteilen mühten. Sie selbst rührte natürlich keinen Finger dabei. Jeder Tag forderte seine Opfer und zwar Opfer in jeder Beziehung. Täglich wurden meist junge Menschenkinder von großen Rohren erschlagen oder stürzten vom Gerüst.“³³⁷

Nach den Demontageeinsätzen auf dem Fabrikgelände wurden die Zivilinternierten teils noch in den Nachtstunden zu Aufräumarbeiten in den Baracken des ehemaligen Stammlagers herangezogen. Gefangene, die einen Fluchtversuch wagten, „wurden alle wieder ergriffen und wurden hart bestraft durch Prügel, Hunger, besonders schwere Arbeit, und nachts mußten sie im Kohlenkeller schlafen. Uns Frauen wäre es schätzungsweise noch viel schlimmer ergangen, also harrten wir aus.“³³⁸

³³⁴ Mironenko, 1998, S. 49f.

³³⁵ Kaps, 1952, S. 160.

³³⁶ Ebenda.

³³⁷ Ebenda.

³³⁸ Ebenda, S. 161.

Das sowjetische Staatliche Verteidigungskomitee der UdSSR brach im April 1945 zum Erstaunen der GUPVI die Deportationen von Internierten aus den deutschen Gebieten ab.³³⁹ Die sowjetische Führung hatte auf die Rekrutierung von mindestens 500.000 Arbeitskräften gehofft. Die Moskauer Erwartungen wurden jedoch wie bei den „Mobilisierungen“ in Südosteuropa nicht erfüllt.³⁴⁰ Auf der Grundlage des Befehls Nr. 00101 waren bis zum 16. April 1945 etwa 148.000 Menschen in die Lager des NKVD in der Sowjetunion deportiert worden. Darunter befanden sich ca. 66.000 Deutsche, welche die sowjetischen Behörden der Gruppe „B“ zuordneten. Etwa 97.500 „mobilisierte“ Deutsche hatten die Sowjets als Arbeitskräfte in der Gruppe „D“ erfasst. Mitte April 1945 hielt die GUPVI somit etwa 163.500 Zivilpersonen aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches in ihren Lagern in der UdSSR fest. Nach deutschen Schätzungen hatten die sowjetischen Militär- und Sicherheitsorgane in diesen Gebieten neben den Kriegsgefangenen ca. 218.000 Zivilpersonen verhaftet und deportiert. Die sich zu den sowjetischen Angaben ergebende Differenz ergibt sich wahrscheinlich aus dem Umstand, dass sich bei der Einstellung der Operation Mitte April 1945 noch etwa 62.000 Personen, darunter ca. 56.000 Deutsche, in sowjetischen Frontlagern bzw. -gefängnissen festgehalten wurden.³⁴¹

Das NKVD erließ am 18. April 1945 den Befehl Nr. 00315, der in Hinsicht auf Zivilpersonen auf die Verhaftung von Trägern des NS-Regimes abzielte, die der Gruppe „B“ der Zivilinternierten zuzuordnen waren. Mit der Einstellung der Deportationen von deutschen Arbeitskräften reduzierten sich maßgeblich die Zwangsmaßnahmen, die zuvor gegen die deutsche Zivilbevölkerung ergriffen worden waren. So wurden im April 1945 im Bereich der 2. Belorussischen Front von etwa 25.000 Internierten in den Fronteinrichtungen um die 20.000 auf der Grundlage des Befehls Nr. 00315 entlassen.³⁴² Erst bei der Repatriierung der Zivilgefangenen zeigten sich erneut die Unterschiede zwischen beiden Interniertengruppen. Bereits im Juni 1945 ordnete Stalin an, einen Teil der Verschleppten der Gruppe „D“ in ihre Heimat zurückzuführen.³⁴³ Von den „internierten und mobilisierten“ Deutschen wurden 1945/46 insgesamt 40.070 repatriert. 7.781 Gefangene, die aus den ehemals deutschen Ostgebieten stammten, wurden im Juni 1945 in die Heimat überführt. Im August 1945 folgte die Repatriierung von 36.125 arbeitsunfähigen, alten und kranken Gefangenen, weitere 2.790 „mobilisierte“ Deutsche und 21.793 arbeitsunfähige bzw. kranke deutsche Kriegsgefangene kamen im Laufe des

³³⁹ Mironenko, 1998, S. 46.

³⁴⁰ Ebenda, S. 45.

³⁴¹ Ebenda, S. 45ff. Der Verbleib dieser Personen ist bislang ungeklärt.

³⁴² Ebenda, S. 47.

³⁴³ Ebenda, S. 46.

Jahres 1946 frei. In den Jahren 1945 und 1946 entflohen oder verstarben in den Arbeitsbataillonen (RB) insgesamt 41.539 „internierte und mobilisierte Deutsche“.³⁴⁴ Hingegen wurde bis Mitte 1947 selbst arbeitsunfähigen Zivilgefangenen der Gruppe „B“ die Entlassung versagt. Im September 1947 ordneten sowjetische Behörden an, dass die Internierten der Gruppe „B“ weiterhin in den Lagern verbleiben sollten. Alle anderen Internierten der Gruppe „B“ konnten im Fall der Arbeitsunfähigkeit repatriert werden.³⁴⁵

In den Wirren des Kriegsendes gerieten auch zahlreiche Zivilisten in der Masse der Kapitulationsgefangenen in die sowjetischen Frontlager. Diese zivilen Gefangenen zählten nicht zu den vom NKVD als Sicherheitsrisiko eingestuften Personen, die der Gruppe „B“ der Zivilinternierten zugerechnet wurden. Die sowjetische Definition des Begriffs „deutscher Zivilist“ blieb unscharf. In den 1940er und 1950er Jahren differenzierten offizielle sowjetische, aber auch deutsche Bekanntmachungen nicht immer eindeutig zwischen verurteilten Zivilisten und Kriegsgefangenen oder unverurteilten Internierten und Verschleppten. Als verurteilte Zivilinternierte 1947 aus den sowjetischen Speziallagern zum Arbeitseinsatz in das Lagersystem der GUPVI in die UdSSR überführt wurden, erhielten sie dort den Status von Kriegsgefangenen. In der weiteren Haftzeit erfolgte die weitere Überwachung dieser Gefangenen, teilweise wurden diese aus den Lagern heraus nochmals angeklagt. Insbesondere für die Ahndung von Kriegs- bzw. Gewaltverbrechen ist anzunehmen, dass sowjetische Behörden zahlreiche deutsche Gefangene, die gemäß Kriegsvölkerrecht als Zivilisten galten waren, als „Kriegsgefangene“ vor Gericht stellten.³⁴⁶ Ein von der Roten Armee in den letzten Kriegstagen gefangen genommener Zivilist berichtete:

„Auf der Eisenbahnfahrt von Aussig nach Reichenberg (...) wurde ich ebenso wie alle anderen Männer, gleichgültig ob Soldat oder Zivilist, in Böhmisches-Leipa von russischen Soldaten aus dem Zug geholt mit den Worten: „Bloß zwei Kilometer zum Kommandanten um Passierschein, dann nach Hause.“ Schon damals lernte ich die Wertlosigkeit russischer Versprechungen kennen; aus den zwei Kilometern wurde ein Marsch von zwei Tagen, und am 16. Mai 1945 schlossen sich die Tore des Lagers Nieder-Schönau bei Zittau, am rechten Ufer der Neiße, hinter uns.“³⁴⁷

³⁴⁴ Karner, 1994, S. 465.

³⁴⁵ Mironenko, 1998, S. 46.

³⁴⁶ Hilger, 2003, S. 15.

³⁴⁷ Marek, 1982, S. 102.

Die Sowjets übergaben das Lager am 15. September 1945 an polnische Behörden. Die Gefangenen wurden am 14. Oktober 1945 zum Lager Neuhammer in Marsch gesetzt. Das 2. Regiment der Marschformation bestand dabei aus etwa 2.000 Zivilisten.³⁴⁸

4.4.2 Die Zivilgefangenen im polnischen Gewahrsam 1945-1950

Oberschlesien wurde nach einer Fluchtwelle im Januar 1945 von einer erneuten starken Bevölkerungsbewegung erfasst, nachdem die Kämpfe über das Land hinweggezogen waren. Bald darauf kehrten zahlreiche Flüchtlinge in ihre Wohnorte zurück. Im Opper Schlesien begannen zu dieser Zeit bereits so genannte „operative Gruppen“ als Vertreter der polnischen Staatsgewalt mit den Vorbereitungen für die Übernahme der Region unter polnische Verwaltung. In großer Zahl gelangten zudem so genannte „Repatrianten“ nach Oberschlesien. Bei diesen handelte es sich um Polen, die ihre an die Sowjetunion abgetretenen Heimatregionen in Ostpolen hatten verlassen müssen und nun in den neuen polnischen Westgebieten angesiedelt wurden. Oberschlesien war jedoch eine Region, die kaum für die Aufnahme großer Menschenmassen geeignet war. Die Wirtschaft war dort zusammengebrochen, zudem herrschte eine weitgehende Rechtlosigkeit.³⁴⁹

Das Amt für Öffentliche Sicherheit (Urząd Bezpieczeństwa Publicznego) und die Bürgermiliz (Milicja Obywatelska) übernahmen 1945 eine Vielzahl der sowjetischen Gefängnisse und Lager, richteten aber auch eigene Gewahrsamsorte ein.³⁵⁰ Unter den unterschiedlichsten Vorwänden konnten deutsche Bürger verhaftet und interniert werden. Häufig kamen sie dann als Zwangsarbeiter zum Einsatz. Nach einer Anordnung des schlesischen Wojewoden vom 9. Februar 1945 sollten sich sämtliche „Volksdeutschen“ der Gruppen I und II für einen Arbeitseinsatz registrieren lassen. Ein „Dekret über den Ausschluß feindlicher Elemente aus der polnischen Gesellschaft“ vom 28. Februar 1945 ordnete an, dass sämtliche Mitglieder der „Deutschen Volksliste“ (DVL), die nicht rehabilitiert worden waren, in ein Arbeits- oder Straflager einzuliefern seien. Die Verhaftungen betrafen zudem sämtliche Angehörigen von NS-Organisationen, einschließlich minderjähriger Mitglieder der Hitlerjugend. Interniert wurden aber auch Flüchtlinge, die nach dem Ende der Kampfhandlungen zu ihren Heimatregionen aufgebrochen waren. Ebenso wurden häufig Deutsche, deren Güter und Wohnungen be-

³⁴⁸ Ebenda, S. 103, 111.

³⁴⁹ Eser, 2003, S. 375.

³⁵⁰ Ebenda, S. 377.

schlagnahmt worden waren, in Lager eingewiesen. Die Verhaftungen betrafen aber nicht nur Deutsche, sondern auch national indifferente Oberschlesier und Polen.³⁵¹

Bei der sowjetischen Eroberung des oberschlesischen Kohlreviers im Januar 1945 waren die Bergwerke weitgehend unzerstört geblieben. Kohle stellte eines der wenigen Exportgüter dar, mit dem die polnische Wirtschaft dringend benötigte Devisen beschaffen konnte. Die polnischen Behörden benötigten vornehmlich Arbeitskräfte, um die Kohleförderung zu intensivieren. Durch die Deportationen, welche die sowjetischen Truppen in Oberschlesien durchgeführt hatten, waren Bergleute in dieser Region kaum noch vorhanden.³⁵² Zunächst weigerten sich die sowjetischen Stellen, internierte Deutsche aus Brandenburg und Pommern, die in den Lagern Landsberg a. d. Warthe und Schneidemühl festgehalten wurden, auszuliefern. Schließlich überstellten die Sowjets im Juli 1945 ein Kontingent von 3.244 Zivilinternierten nach Schlesien, wo sie auf die Grubenlager der Vereinigungen der Kohleindustrie verteilt wurden. Von diesen Gefangenen gelangten 258 in die Bergwerke des Dombrowka-Beckens, 350 nach Kattowitz, 582 nach Rudy, 650 nach Beuthen, 850 nach Hindenburg und 554 nach Gleiwitz. Hierbei konnte es sich jedoch nur um eine provisorische Maßnahme handeln, da es nicht nur an Bergleuten mangelte, sondern auch an Landarbeitern. Für den Arbeitseinsatz in den Gruben erwiesen sich die pommerschen Beamten und Bauern als ungeeignet. Zudem gestatten die sowjetischen Behörden es nicht, die deutschen Internierten vor ihrer Überstellung durch polnische Ärzte medizinisch untersuchen zu lassen. Zahlreiche Gefangene, die in den schlesischen Grubenlagern eintrafen, waren daher unterernährt und krank. Im Dezember 1945 war die Zahl dieser im schlesischen Tagebau zwangsbeschäftigten Zivilisten aus Brandenburg und Pommern auf 1.089 gesunken. Zwischenzeitlich waren 712 der als Grubenarbeiter eingesetzten Gefangenen offiziell entlassen und anschließend aus Polen ausgesiedelt worden.³⁵³

Das ehemalige deutsche NS-Konzentrationslager Jaworzno wurde zum bedeutendsten Gewahrsamsort für die oberschlesische Bevölkerung. Es befand sich nicht in Schlesien, sondern in der angrenzenden Wojewodschaft Krakau. Als Zentrales Arbeitslager Jaworzno war es seit Herbst 1945 für den gesamten Süden und Südwesten Polens zuständig. Neben deutschen Kriegsgefangenen befanden sich im Lager auch Mitglieder der „Deutschen Volksliste“, oppositionelle Polen und seit Anfang 1947 auch Ukrainer.³⁵⁴ Etwa 20 km südöstlich von Kattowitz

³⁵¹ Ebenda, S. 377f.

³⁵² Kochanowski, 2004, S. 47.

³⁵³ Ebenda, S. 50.

³⁵⁴ Eser, 2003, S. 379.

gelegen, war es als SS-Arbeitslager im System der Auschwitz Außen- und Nebenlager errichtet und nach dem Kriegsende 1945 in polnischer Verwaltung unter der offiziellen Bezeichnung „C.O.P. Jaworzno“ erneut zur Inhaftierung von Gefangenen genutzt worden.³⁵⁵ Von der polnischen Miliz bewacht, bestand es aus etwa 24 großen Baracken, umgeben von einem elektrisch geladenen Stacheldrahtzaun und 12 Wachtürmen.³⁵⁶ Im Mai 1947 befanden sich noch annähernd 9.500 Kriegsgefangene und etwa 4.700 Zivilinternierte in dem Lager. Nur wenige der Gefangenen befanden sich aber im Zentralen Arbeitslager Jaworzno selbst. Häufig waren sie beim Militär, in der Industrie oder in sonstigen Einrichtungen zur Zwangsarbeit eingesetzt. Vor allem in den ersten Nachkriegsmonaten war die Sterblichkeit in Jaworzno sehr hoch.³⁵⁷ Die Gesamtbelegung bis 1947 belief sich nach Schätzungen auf etwa 36.000 männliche und 4.000 weibliche Gefangene. Als zentralem Hauptlager waren ihm bis zu 20 Außenlager unterstellt, die sich in Świątchłowice, Libiąż, Chrusty, Myslowice und Siersza und sowie in den Kattowitzer und Beuthener Kohlendistrikten befanden. Wie das Zentralarbeitslager, hatten weitere seiner Außenstellen, z. B. das ehemalige Stammlager Auschwitz und das Lager in Jawiszowice, dem Komplex des Konzentrationslagers Auschwitz angehört.³⁵⁸ Nach deutschen Schätzungen verstarben in den Jahren 1945 bis 1949 etwa 6.300 bis 6.400 Menschen, die im Zentralen Arbeitslager Jaworzno geführt wurden, an den Folgen der Gefangenschaft bzw. der Zwangsarbeit. Die oberschlesische Kohleindustrie war dabei der bedeutendste Abnehmer für Arbeitskräfte aus dem Lager Jaworzno.³⁵⁹

4.5 Die Offiziere

Seit Ende der 1930er Jahre hatte der deutsche Reichskanzler Adolf Hitler versucht, im Rahmen der von ihm angestrebten deutschen „Volksgemeinschaft“ auf militärischer Ebene ein „Volksheer“ zu schaffen. Dazu sollte das Offizierskorps ihre Distanz zu den Unteroffizieren und Mannschaften verlieren. Mit zunehmender Aufrüstung verschwand der Korpsgeist unter den Offizieren fast vollständig. Um ihren Bedarf an Offizieren zu decken, rekrutierte die Wehrmacht nun auch junge und aufstiegsorientierte Interessenten, die aufgrund ihrer sozialen Herkunft bislang ausgeschlossen gewesen waren. Mit zunehmendem Konkurrenzdruck ebnete sich das Offizierskorps der Wehrmacht im Vergleich zum elitären Korps der Reichswehr sozial ein. Zahlreiche Wehrmachtsoffiziere nutzten die sich aus der schnellen Aufrüstung erge-

³⁵⁵ C.O.P. = Centralny Obóz Pracy = Zentralarbeitslager.

³⁵⁶ Böss, 1974, S. 176f.

³⁵⁷ Eser, 2003, S. 379f.

³⁵⁸ Böss, 1974, S. 177.

³⁵⁹ Eser, 2003, S. 380.

benden Karrieremöglichkeiten. An drei Beispielen lässt sich veranschaulichen, wie das alte Kastendenken im Offizierskorps zerfiel: Nach dem Erlass des „Arierparagraphen“ im Jahr 1934 widersetzte bis auf eine Ausnahme niemand aus dem Offizierskorps gegen die Ausgrenzung jüdischer Wehrmachtsangehöriger. Im selben Jahr duldete das Offizierskorps stillschweigend die Morde an den Generälen Bredow und Schleicher. Als der Generaloberst Werner von Fritsch nach einer Anklage wegen angeblicher Homosexualität 1938 freigesprochen wurde, veranlasste es das Reichskriegsgericht nicht, die Verschwörer gerichtlich zu verfolgen. Hatte sich der übersteigerte Korpsgeist der Offiziere in der Reichswehr während der Weimarer Republik als problematisch erwiesen, so war dieser für das NS-Regime nicht von Bedeutung. Wie der einsame Rücktritt des Generaloberst Ludwig Beck 1938 zeigte, hatte Hitler einen Widerstand des Offizierskorps nicht zu befürchten.³⁶⁰

4.5.1 Die Offiziere in den sowjetischen Frontlagern

Da die Sowjetunion dem Genfer Kriegsgefangenenabkommen nicht beigetreten war, bildete eine entsprechende Verordnung der sowjetischen Führung vom 19. März 1931 die Grundlage für die Behandlung der Kriegsgefangenen. Gemäß den Vorschriften, die zehn Jahre in Kraft blieben, sollten die Offiziere keine bevorzugte Behandlung erhalten. Wenige Tage nach dem Beginn des deutschen Überfalls auf die UdSSR verabschiedete der Rat der Volkskommissare am 1. Juli 1941 einen neuen „Erlass über Kriegsgefangene“, der fortan die Beachtung der Rangunterschiede vorschrieb. Während der Erlass einen Arbeitseinsatz für Mannschaften und Unteroffiziere vorsah, waren Offiziere von diesem befreit.³⁶¹

Als die 6. deutsche Armee im Kessel von Stalingrad im Frühjahr 1943 kapitulierte, kam es zu einem erheblichen Anstieg der Gefangenenzahlen im sowjetischen Gewahrsam. Die Organisation der UPWI war dieser Belastung nicht gewachsen und musste ihre Kapazitäten entsprechend den neuen Kontingenten in aller Schnelle anpassen. Die UPWI schuf zu dieser Zeit separate Lager für Generäle, Offiziere und für Unteroffiziere bzw. die Mannschaften. Die Unterbringung erfolgte zum Teil auch getrennt nach Nationalitäten. Die deutschen Offiziere wurden zumeist in das Lager 97 in Elabuga in der Tartarischen Autonomen Sowjetrepublik überführt.³⁶²

³⁶⁰ Dietz, 2011, S. 381.

³⁶¹ Reif-Spirek, 1999, S. 90.

³⁶² Ebenda, S. 91.

Verstärkt gelangten Offiziere beim Kriegsende 1945 in sowjetisches Gewahrsam. Aus Furcht vor einer möglichen Verfolgung hatten sich die Offiziere nach ihrer Gefangennahme häufig ihrer Schulterstücke und Orden entledigt. Ungeachtet des Dienstgrades waren die Gefangenen zudem in Marschkolonnen zusammengefasst worden.³⁶³ In den sowjetischen Frontlagern begann das sowjetische Lagerpersonal zunächst mit der räumlichen Trennung der Offiziere von den Mannschafts- und Unteroffiziersdienstgraden. Durch die Isolierung in eigenen Lagerbereichen oder in Offizierskompanien mit eigenen Unterkünften sollte ihre Einflussnahme auf die rangniederen Mitgefangenen möglichst unterbunden werden.³⁶⁴ Im Lager Neuhammer wurden die Offiziere in einem eigenen Unterlager untergebracht.³⁶⁵ Auch im Lager Auschwitz wurden die Offiziere in einem Block, der innerhalb des Gefangenenlagers zusätzlich mit Stacheldraht versehen war, gesondert gefangen gehalten.³⁶⁶

Um die militärische Ordnung unter den Gefangenen wiederherzustellen bzw. die Disziplin unter diesen zu wahren, setzte das sowjetische Lagerpersonal gemäß der militärischen Struktur die gefangenen Offiziere als Kompanieführer ein. Hierfür erhielten die gefangenen Offiziere neue Uniformen. Das sowjetische Lagerpersonal teilte zudem rangentsprechende Schulterstücke an die Offiziere aus und gestattete das Tragen der NS-Orden. Für die Offiziere waren sowjetische Lagerbetreuer eingesetzt. Diese erklärten, dass alle Ordensträger ihre Auszeichnungen tragen dürften und sie diese achten würden.³⁶⁷ Die Offiziere ihrerseits begannen in den sowjetischen Sammellagern damit, Maßnahmen zur Wiederherstellung der militärischen Hierarchien zu ergreifen.³⁶⁸

Eine Sonderstellung beanspruchten die Stabsoffiziere in diesen Lagern. Um diesen zu unterstreichen, legten die Stabsoffiziere eine eigene Urinalrinne an, die sie ausschließlich für sich beanspruchten. Sofern ein unbefugter Gefangener beim Urinieren in diese Rinne ertappt wurde, „entlud sich ein Donnerwetter über ihn. Teilweise nahm das kindische Züge an.“³⁶⁹ Die Gefangenen revanchierten sich, indem sie sich während der Entlausungen am Anblick der Stabsoffiziere erheiterten: „Die wußten nicht, wie sie sich drehen und wenden sollten. Wohin mit den Händen? Ihre Bäuche waren großen Falten gewichen.“³⁷⁰

³⁶³ König, 2009, S. 22.

³⁶⁴ Cartellieri, 1967, S. 242.

³⁶⁵ BA-MA, MSg 200/491.

³⁶⁶ Friedrich Stelzel in einem Schreiben an den Verfasser, 11.9.2008; APMO, Sammlung Erklärungen, Bd. 96, Bl. 87.

³⁶⁷ Korn, 1998, S. 128.

³⁶⁸ Böss, 1974, S. 397.

³⁶⁹ König, 2009, S. 25.

³⁷⁰ Ebenda, S. 26.

Die Führung des sowjetischen Lagers Neuhammer oblag einem russischen Oberst. Dieser respektierte den Sonderstatus der gefangenen Offiziere und bemühte sich um deren Wohlergehen.³⁷¹ Zudem wurde im Lager eine Grußpflicht für die Offiziere eingeführt.³⁷² Die gefangenen Offiziere beharrten auch in der Gefangenschaft auf einer Anerkennung ihrer militärischen Stellung. Sie setzten die rangniederen Mitgefangenen, um so eine förmliche Distanz zu schaffen.³⁷³

In den sowjetischen Gefangenenlagern teilten sich die Hauptverpflegungssätze in drei Kategorien für Soldaten und Unteroffiziere, die Offiziere und die Generäle.³⁷⁴ Von besonderer Bedeutung waren für die Offiziersgefangenen die Tabakrationen.³⁷⁵ Mit Beginn des Juni 1945 erhielten die Offiziere regelmäßig in Abständen von zehn Tagen 100 Gramm Tabak zugeteilt. Diesen Tabak konnten sie bei den rangniederen Gefangenen, die keine Tabakzuteilungen erhielten, gegen Lebensmittel oder Gebrauchsgegenstände eintauschen. Die Menge des abgegebenen Tabaks nahm jedoch zunehmend ab.³⁷⁶

Im Mai 1945 modifizierte Stalin seinen Plan, etwa 50.000 deutsche Offiziere und militärische Sachverständige erschießen zu lassen, dahingehend, dass er sich für eine rund 20-jährige Gefangenschaft der Frontstäbe aussprach.³⁷⁷ Das NKVD verhaftete selbst ehemalige Offiziere, die ordnungsgemäß aus westlicher Kriegsgefangenschaft entlassen worden waren, und deportierte sie als Kriegsgefangene in die UdSSR. Im sowjetischen Frontlager Neuhammer begann das sowjetische Lagerpersonal, insbesondere die Offiziere und die Lagerinsassen, die hohe NS-Orden trugen, zu verhören. Als unter den Lagergefangenen bekannt wurde, dass es aufgrund der Verhöre zu Verurteilungen zu langjähriger Zwangsarbeit in der Sowjetunion kam, entfernten zahlreiche Offiziere ihre NS-Orden wieder.³⁷⁸ Im Lager Auschwitz traten die Spannungen zwischen den Offizieren und den Antifa-Aktivisten offen zutage. Plakate in einem Schaukasten vor dem Eingang des Antifa-Büros betitelten die Offiziere als Kriegstreiber und forderten die Gefangenen auf, jeglichen Kontakt zu diesen zu meiden bzw. sich von dem Offiziersblock fernzuhalten.³⁷⁹

³⁷¹ Böss, 1974, S. 398.

³⁷² Klausch, 1993, S. 53.

³⁷³ Korn, 1998, S. 128.

³⁷⁴ Reif-Spirek, 1999, S. 92.

³⁷⁵ König, 2009, S. 26.

³⁷⁶ Böss, 1974, S. 398.

³⁷⁷ Hilger, 2006, S. 196.

³⁷⁸ Korn, 1998, S. 129.

³⁷⁹ Friedrich Stelzel in einem Schreiben an den Verfasser, 11.9.2008.

4.5.2 Die Offiziere in den polnischen Lagern 1945-1950

Als die polnischen Behörden in Niederschlesien die sowjetischen Sammellager übernahmen, behielten diese auch die Unterteilung der Gefangenen nach militärischen Hierarchien bei.³⁸⁰ Praktisch zeigte sich die Differenzierung nach Dienstgraden nur in der besseren Verpflegung der Offiziere. Da der Arbeitseinsatz der Kriegsgefangenen durch die Bestimmungen der Genfer Konvention eingeschränkt war, kamen die Gefangenen in Offiziersrängen den polnischen Behörden keineswegs gelegen. Nach Absprachen mit der sowjetischen Führung sollten nur Mannschaften und Unteroffiziere in den schlesischen Zechen zur Arbeit eingesetzt werden, da dieses Vorgehen von der Genfer Konvention gedeckt war. Gerüchte unter den Kriegsgefangenen besagten, dass sämtliche arbeitsfähigen Gefangenen in Oberschlesien zum Arbeitseinsatz kommen würden. Die Offiziere sollten dabei die eingesetzten Mannschaften führen und betreuen. Der Einspruch der Offiziersgefangenen und deren Verweise auf die Genfer Konvention blieben ohne Wirkung. Mit der Übernahme des sowjetischen Lagers Sagan gelangten 271 Offiziere in polnisches Gewahrsam, im Lager Neuhammer waren es 1.175 Offiziere. Insgesamt gelangten aber über 1.446 Offiziere in polnische Kriegsgefangenenlager. In einigen Fällen gaben Offiziere ihren Rang nicht preis, da sie negative Konsequenzen fürchteten oder den Kontakt zu ihren Untergebenen nicht verlieren wollten. Teilweise kamen Offiziersgefangene aus gesundheitlichen Gründen oder aufgrund ihres hohen Alters zur Entlassung.³⁸¹ Nach einer Anweisung des DWO sollte die CZPW die Offiziere gleichmäßig auf die Grubenlager verteilen, wo sie für den Einsatz in den Lagerselbstverwaltungen vorgesehen waren. Nur Offiziere der Polizei und der SS sollten zu körperlicher Arbeit herangezogen werden dürfen.³⁸²

Im polnischen Grubenlager „Bierut“ hatten die gefangenen Offiziere keinen Arbeitsdienst zu verrichten. Im Lager wurden am 7. November 1945 zwei Offiziere zu Kommandoführern bestimmt. Die polnischen Oberheuer begegneten den deutschen Offizieren nach Aussage eines ehemaligen Gefangenen „mit einer gewissen Hochachtung“. Mehrfach hatte der als Lagerältester eingesetzte Oberst Runge bei der Grubendirektion die unzureichende Verpflegung kritisiert. Die Antifa-Gruppe im Lager „Bierut“ setzte schließlich bei der Lageradministration durch, dass ausschließlich Gefangene mit Blutgruppentätowierungen im Lager verblieben. Die Offiziere wurden daher am 10. Dezember 1945 zusammen mit den Gefangenen aus den Rei-

³⁸⁰ Kochanowski, 2004, S. 309f.

³⁸¹ Ebenda, S. 310.

³⁸² Ebenda, S. 311.

hen der Wehrmacht in die Lager „Siersza“ und „Brzeszcze“ aufgeteilt. Das Spannungsverhältnis zwischen den Offizieren und den Antifa-Aktivisten trat hier offen zutage.³⁸³

Die CZPW-Führung schlug dem Sicherheitsministerium Ende November 1945 ausdrücklich den Abzug von 1.396 Offizieren aus den Bergwerkslagern vor. Wenige Monate später jedoch begann das Leistungsvermögen der Arbeitskräfte in den Zechen langsam zu sinken. Die CZPW setzte sich daher dafür ein, die Offiziersgefangenen in den Grubenlagern durch arbeitstaugliche Mannschaften auszutauschen. Zur Jahreswende 1945/46 wurden neben einer Reihe von nichtdeutschen Gefangenen nur die ältesten Offiziere entlassen. Anfang Februar 1946 hielten sich daher nur noch 1.158 Offiziere in den Grubenlagern des schlesischen Kohlereviere auf. Aufgrund des Arbeitskräftemangels setzten die polnischen Behörden ab Mitte 1946 nicht nur ehemalige Polizei- bzw. SS-Angehörige, sondern teilweise auch ehemalige Offiziere der Wehrmacht zur Arbeit ein.

Im Jahr 1947 waren Forderungen der gefangenen Offiziere nach Büroanstellungen weit verbreitet, wobei sie sich auf die Genfer Konvention beriefen.³⁸⁴ Da sich in diesem Jahr die Inspektionen des IKRK in den Lagern häuften, sahen sich CZPW und MBP zu Stellungnahmen genötigt. Das Büro zur Mobilisierung von Arbeitskräften beschloss im Sommer 1947, die geltenden Regelungen zum Einsatz von Offizieren zu reformieren. Ältere Offiziere waren demnach für Funktionen in den Lageradministrationen vorgesehen. Nur die arbeitenden Offiziere sollten in den Lagern verbleiben. In den folgenden Monaten traten jedoch kaum Veränderungen ein. Es zeigte sich, dass nicht alle Offiziere in den Lagerkanzleien oder im Freien eingesetzt werden konnten, da dies zu Spannungen mit den polnischen Lageradministrationen führte. Nach Angaben der polnischen Sicherheitsbehörden bildeten die Offiziere ein „auführerisches Element“ und „zeigten ihre feindselige Haltung gegenüber der polnischen Nation“. Die Inspektoren schlugen vor, ein spezielles Offizierslager zu schaffen, das nach den Vorgaben der Genfer Konvention geführt werden sollte.

Die Entscheidung für ein derartiges Lager fiel vermutlich Anfang 1948. Bereits Ende Februar 1948 überstellte die CZPW 577 Offiziere nach Jaworzno, wo den Offizieren einige Baracken zur Verfügung gestellt wurden, die durch einen Stacheldrahtverhau vom restlichen Lager getrennt waren. Mitte 1948 befanden sich insgesamt 660 Offiziere in Jaworzno. Aus dem Arbeitslager Warschau verlegten die polnischen Behörden bald darauf die meisten der Offiziere in das Lager Jaworzno. Nur die Offiziere, die eine enge Beziehung zum Lagerkommandanten genossen oder nicht entbehrt werden konnten, verblieben in den Lagern.³⁸⁵

³⁸³ Wagner, Jaworzno, o. P.

³⁸⁴ Kochanowski, 2004, S. 312f.

³⁸⁵ Ebenda, S. 318.

4.5.2.1 Das Zentrale Arbeitslager Jaworzno

Am 10. September 1948 notierte Oberleutnant J. Lipski vom Kriegsgefangenen-Referat im Ministerium für Öffentliche Sicherheit in einem Bericht, dass unter den gefangenen Offizieren eine friedliche Koexistenz zwischen Deutschland, der UdSSR und den osteuropäischen Volksdemokratien gefordert wurde. Anfang Oktober 1948 berichtete jedoch der Leiter des Krakauer Gefängniswesens, J. Halicki, seinen Vorgesetzten beim DWO, dass es im Lager Jaworzno zu größeren „ernsten Zwischenfällen“ gekommen sei, die von einer feindlichen „Aktion und Propaganda“ der gefangenen Offiziere zeugen würde. Nach Ermittlungen der polnischen Behörden würden die Offiziere „ein von Grund auf feindliches Element bilden. Sie streben mit allen Mitteln danach, die psychische Verfassung aller jener Volksdeutschen, Internierten und kriegsgefangenen Soldaten umzuformen, die zur Kooperation mit den Lagerbehörden tendieren.“ Zum Ausbruch eines Konfliktes kam es, da die Selbstverwaltung der Kriegsgefangenen in Jaworzno dem Kommandanten des Lagers den Vorschlag unterbreitete, die Verpflegungsrationen der Zivilinternierten und der als mutmaßliche „Kriegsverbrecher“ festgehaltenen Gefangenen zu senken, um so die Rationen der Offiziere zu erhöhen.³⁸⁶

Als ein entlassener Kriegsgefangener in der „Neuen Ruhrzeitung“ vom 17. Juli 1948 einen diskreditierenden Bericht über die Lebensbedingungen in den polnischen Gefangenenlagern veröffentlichte, wurde dieser Artikel Ende August 1948 auszugsweise über die Lager bekannt gemacht. Im Zentralen Arbeitslagers Warschau entschlossen sich die Kriegsgefangenen zu einer Protestnote. Die polnischen Behörden erwarteten auch aus dem Lager Jaworzno eine entsprechende Protestnote, doch nur wenige der dortigen Gefangenen erklärten sich zu einer Unterzeichnung bereit. Ein Teil der Gefangenen erachtete dies nicht als notwendig. Da die Selbstverwaltung der Kriegsgefangenen aber Repressalien befürchtete und ihre erhaltenen Vorrechte nicht riskieren wollte, regte diese eine erneute Abstimmung über die Resolution an. Bei der erneuten Versammlung sollte die Abstimmung nicht offiziell erfolgen, sondern die Gefangenen auf einer Liste unterschreiben. Nur zwei Kriegsgefangene verweigerten bei der folgenden Abstimmung am 29. September 1948 ihre Unterschrift. Die polnischen Sicherheitsbehörden machten sich hinsichtlich der politischen Einstellung der Offiziere keine Illusionen. Vielmehr verdächtigten die polnischen Behörden die Offiziere, Widerstandsaktionen zu initiieren. Für die polnische Lagerverwaltung von Jaworzno erwies es sich nicht als schwierig, konspirative Gruppen von Kriegsgefangenen zu enttarnen. In den Berichten der polnischen Sicherheitsbehörden wurden diese Offiziersgruppen zu „Untergrundbewegungen“ überhöht.

³⁸⁶ Ebenda, S. 321.

Drei „faschistische Gruppen“ wären demnach enttarnt worden. Die Polen gingen dabei von einer engen Kooperation dieser Gruppen aus, welche die Lagergottesdienste für ihre „konspirativen“ Zusammenkünfte nutzten. Einige der Offiziere kamen in den Arrest und wurden anschließend in das Gefängnis Montelupich-Straße in Krakau überführt. Den polnischen Sicherheitsbehörden war der provisorische Charakter dieser Maßnahme durchaus bewusst. Im September 1948 kam es zu einem offenen Konflikt zwischen den gefangenen Offizieren und der polnischen Lagerleitung. Diese Vorfälle veranlassten die polnischen Behörden, ein Offizierslager zu schaffen, das von rangniederen Kriegsgefangenen völlig isoliert war. Den Vorschlag für ein spezielles Lager für Offiziere und Berufssoldaten hatten Karl Wloch und die Funktionäre des polnischen Sicherheitsdienstes schon im Frühjahr 1948 geäußert. Hierfür war im Juni 1948 zunächst das Unterlager Chrusty vorgesehen. Da durch die Verlegung nach Chrusty aufgrund der geringen räumlichen Distanz eine tatsächliche Isolierung der Offiziere von den rangniederen Gefangenen nicht erfolgen konnte, wurden diese Pläne nicht weiter verfolgt. Wesentlich hier für war, dass die Lagerbaracken für das polnische Gefängnispersonal benötigt wurden. Nach Ansicht des Leiters des DWO, Stanisław Pizło, sollte für die Unterbringung der Offiziere eine endgültige Lösung gefunden werden. Auf der Grundlage eines entsprechenden Beschlusses von Anfang Oktober 1948 erfolgte die Überführung sämtlicher Zivilinternierter des Lagers Sikawa in das Zentrale Arbeitslager Potulitz. Im Lager Sikawa sollten die Wehrmachtsoffiziere aus sämtlichen polnischen Lagern zusammengeführt werden. Fast einen Monat nahmen die hierfür erforderlichen Vorbereitungen in Anspruch. Der Leiter der Abteilung für Gefängniswesen bei der Wojewodschaftsbehörde für Öffentliche Sicherheit in Krakau konnte erst am 29. Oktober 1948 vermelden, dass knapp 700 Offiziere nach Lodz überführt wurden.³⁸⁷

4.5.2.2 Das Offizierslager Sikawa

Unter Begleitschutz wurden die deutschen Offiziere nach den Mitte September 1948 ausgebrochenen Konflikten und der damit einhergehenden Arrestierung von Offizieren nach Sikawa überführt. Bei den Offiziersgefangenen herrschte die Sorge vor, in ein Straflager überführt zu werden. Nach ihrer Ankunft in Sikawa reagierten die Offiziere zunächst mit Erleichterung. Anfänglich waren die Lebensbedingungen schwieriger als in Jaworzno. Zum Beispiel waren für die Hälfte der gefangenen Offiziere keine Schlafplätze vorhanden. Die Verlegung der Offiziere nach Sikawa diente nicht nur ihrer Absonderung von den Mannschaftsdienstgraden,

³⁸⁷ Ebenda, S. 323f.

sondern sollte auch die Erneuerung der politischen Aufklärungsarbeit unter den Offiziersgefangenen ermöglichen. Nach dem Entschluss zur Verlegung der Offiziere in das Lager Sikawa waren die Funktionäre des DWO und der SED bis zum Eintreffen der Offiziere nicht nur mit den technischen Vorbereitungen beschäftigt, sondern befassten sich auch mit dem zukünftigen ideologischen Erscheinungsbild des Offizierslagers. Von der politischen Beeinflussung der älteren Offiziere versprach sich die polnische Lagerverwaltung kaum Erfolg, vielmehr fokussierte sie sich in ihren Bemühungen auf die zahlreichen jüngeren Offiziere, die aus der Sowjetischen Besatzungszone stammten.³⁸⁸ Die SED-Obrigkeit und die polnischen Behörden beabsichtigten nicht, die Lagergemeinschaft zu spalten. Diese Maßnahme diente vielmehr der Bildung neuer Offizierskader, die für einen Einsatz in der SBZ vorbereitet werden sollten. Für eine Übernahme von Verwaltungsaufgaben genügte die Bereitschaft der Offiziere, mit dem polnischen Lagerpersonal zusammenzuarbeiten. Nur ehemaligen SS-Angehörigen unter den Offizieren blieb der Zugang zu derartigen Posten verwehrt, eine NSDAP-Mitgliedschaft war hingegen nicht hinderlich. Über die Hälfte der 35 einflussreichen Aktivisten in Sikawa bestand aus ehemaligen Mitgliedern der NSDAP.

Vier aus der Sowjetischen Besatzungszone stammende Offiziere waren bereits vor der Überführung in das Lager Sikawa auserwählt worden, um eine „kommissarische Selbstverwaltung“ zu bilden. Die beabsichtigte Demokratisierung der gefangenen Offiziere sollte unter der genauen Aufsicht von Karl Wloch und Oberleutnant Lipski erfolgen, die sich seit dem 11. November 1948 in Sikawa befanden. In einer Versammlung sämtlicher Offiziere im Lager wurden diese über die internationale politische Lage aufgeklärt. Es bildete sich zudem ein 28 Offiziere umfassender „pädagogischer Körper“, der sich insbesondere aus ehemaligen NSDAP-Mitgliedern zusammensetzte. Anschließend wurde im Lager eine Selbstverwaltung gewählt. Die Aktivisten der SED und die Leitung des polnischen Sicherheitsministeriums vermuteten unter den Offizieren einige Kriegsverbrecher. Mit etwa 50 Offizieren führten Wloch und Lipski intensive Einzelgespräche, wobei 13 potenzielle Kriegsverbrecher ausfindig gemacht wurden. Das Aufspüren von NS-Tätern zählte zu den offiziellen Aufgaben der Selbstverwaltung. Anfang 1949 verstärkten die polnischen Behörden angesichts der bevorstehenden Entlassungen die politische Betätigung unter den Offizieren.³⁸⁹ Nachdem ostdeutsche Medien Berichte über die Einstellung der Heimführungen verbreitet hatten, befürchtete die Lageradministration in Sikawa mögliche Proteste bzw. Fluchtversuche unter den verbliebenen Offizieren.

³⁸⁸ Ebenda, S. 324f.

³⁸⁹ Ebenda, S. 325-329.

Die kriegsgefangenen Offiziere von Sikawa blieben an ihrem angestammten Platz im Lager, erhielten unverändert Zeitungen und Bücher, durften Sport treiben und sich im Orchester musikalisch bestätigen. Dies trug entscheidend dazu bei, dass sich die aufgeregte Stimmung im Lager beruhigte. Dennoch blieb die Frage der Entlassung weiterhin Hauptgesprächsthema unter den Offiziersgefangenen. Die letzten acht Offiziere, sieben Österreicher und ein Ungarn, entließen die polnischen Behörden Ende 1950 in die Heimat.³⁹⁰

4.6 Die nichtdeutschen Gefangenen

In den deutschen Streitkräften dienten während des Zweiten Weltkriegs auch zahlreiche nichtdeutsche Soldaten. Zunächst waren etwa 800.000 Österreicher in die Wehrmacht und die Waffen-SS rekrutiert worden. Im August 1942 mussten ca. 140.000 Personen aus Lothringen, dem Elsass und Luxemburg in die Wehrmacht einrücken. Neben den Zwangsrekrutierten haben aber auch mindestens eineinhalb Millionen Freiwillige, davon allein zwei Drittel Sowjetbürger, auf deutscher Seite gekämpft. Die Freiwilligen kamen sowohl innerhalb der deutschen Truppen als auch in eigenen nationalen Einheiten zum Einsatz.³⁹¹

4.6.1 Die Nichtdeutschen in den sowjetischen Frontlagern

Die Sowjetführung veranlasste mit dem Befehl Nr. 0016 des NKVD vom 11. Januar 1945 erstmalig Internierungen auf dem Gebiet des Deutschen Reiches. Die Frontbevollmächtigten des NKVD verhafteten in einem Zeitraum von vier Wochen nach dem Befehlserlass 74.499 Personen. Darunter befanden sich neben 33.619 Deutschen und Österreichern auch 16.820 Polen, 4.615 Russen, 2.777 Ungarn sowie 2.735 Ukrainer. Von den Verhafteten zählten 7.050 nach sowjetischem Verständnis als Landesverräter bzw. Kollaborateure. Bis Mitte April 1945 stieg die Zahl der aufgrund des Befehls Nr. 0016 verhafteten Personen auf etwa 215.000, zu denen 138.200 Deutsche, 38.660 Polen und 27.880 Sowjetbürger zählten.³⁹²

Diether Cartellieri kam in seiner Untersuchung der Lagergesellschaften in sowjetischen Gefangenenlagern zu dem Schluss, dass bei den Gruppen nichtdeutscher Gefangener in sowjetischen Lagern der Zusammenhalt größer gewesen sei als bei den deutschen Gefangenen. Die sehr stabile Sozialstruktur vieler Länder, aus denen die nichtdeutschen Gefangenen stammten, dürfte hierbei ein bedeutender Faktor gewesen sein. Die sozialen Strukturen dieser Länder

³⁹⁰ Ebenda, S. 336f.

³⁹¹ Ebenda, S. 397.

³⁹² Mironenko, 1998, S. 42-47, 142-146.

waren in festen Traditionen verankert. Von Bedeutung war dabei auch, dass das zivile Bildungsgefälle den militärischen Hierarchien entsprach, die durch die Dienstgrade verkörpert wurden. Als Menschen höherer Bildung fanden die Offiziere insbesondere bei den japanischen, italienischen, ungarischen, spanischen und rumänischen Gefangenen auch ohne Kommandogewalt und Rangabzeichen Anerkennung. Durch die Auswirkungen des Ersten Weltkriegs war die Sozialstruktur in Deutschland bereits erschüttert worden und in der Zeit der Weimarer Republik in Bewegung geraten. Mit zunehmender Arbeitslosigkeit und durch den Nationalsozialismus hatte sich dieser Prozess noch beschleunigt. Für die Angehörigen der Wehrmacht galt nicht im selben Maße wie für die Soldaten anderer Nationen, dass die militärischen Hierarchien auch dem sozialen Gefälle im Zivilleben entsprachen. Für die deutschen Kriegsgefangenen bestand durch die bedingungslose Kapitulation und die Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen zudem eine andere Ausgangslage als für Angehörige anderer Nationen. Für gewöhnlich wussten diese, dass sie in der Heimat erwartet wurden und sich ihre Regierung um ihre Heimkehr bemühte. Auf die Kapitulation reagierten die deutschen Soldaten mit Desorientierung und inneren Zerwürfnissen.³⁹³

Nachdem die sowjetische Lagerleitung in Sagan bekannt gegeben hatte, dass alle nichtdeutschen Gefangenen bald entlassen würden, fanden sich die Lagerinsassen in landsmannschaftlichen Gruppen zusammen, die sich von der deutschen Nationalität und dem deutschen Staat distanzierten. „Es gab über Nacht kaum noch Deutsche“, erinnerte sich ein ehemaliger Gefangener.³⁹⁴ Die Österreicher und Ungarn sahen sich als Opfer der nationalsozialistischen Expansion. Die Saarländer, Elsässer und Lothringer gaben sich als Franzosen aus, obschon sie zuweilen auf der östlichen Seite des Rheins ansässig waren. Die Gefangenen aus Bayern machten mit blau-weißen Fahnen auf ihre freistaatliche Herkunft aufmerksam. Die Hannoveraner, Sachsen, Badener und Württemberger verwiesen darauf, dass sie in ehemals eigenständigen Königreichen beheimatet waren. Ähnlich verhielt es sich bei Gefangenen aus ehemaligen Fürstentümern. Die schlesischen Gefangenen verstanden sich als Polen. Von den Gefangenen, die eine nichtdeutsche Herkunft für sich reklamierten, wurde nur wenigen diese von der sowjetischen Lagerführung tatsächlich anerkannt.³⁹⁵

³⁹³ Cartellieri, 1967, S. 67.

³⁹⁴ Czepuck, 1999, S. 82.

³⁹⁵ Ebenda.

4.6.1.1 Die Sowjetbürger

Auf der Konferenz von Jalta vom 4. bis 11. Februar 1945 verständigten sich die Alliierten darauf, die Bürger der UdSSR, die in der Kriegszeit in den deutschen Streitkräften gekämpft hatten, an die UdSSR zu überstellen. Das entsprechende Abkommen vom 11. Februar 1945 bezog sich auf Personen, die schon vor dem 1. September 1939 als Sowjetbürger gegolten hatten. Viele Bürger der UdSSR gaben sich als Esten, Litauer oder Letten aus, um so einer Auslieferung an die UdSSR zu entgehen. Teilweise behaupteten sie auch, bereits vor 1939 polnische Staatsangehörige gewesen zu sein. Dieses Vorgehen war häufig erfolgreich.³⁹⁶

Aus den nationalsozialistischen Lagern östlich der Oder-Neiße-Linie wurden bei Kriegsende zahlreiche sowjetische Kriegsgefangene und Zivilisten, die von den deutschen Besatzungstruppen für den Arbeitseinsatz aus der UdSSR in das Deutsche Reich deportiert worden waren, befreit und gelangten in sowjetisches Gewahrsam. Da die sowjetischen Zwangsarbeiter nach stalinistischem Verständnis als Verräter galten, wurden sie erschossen oder erneut zur Zwangsarbeit eingesetzt. Bei der Befreiung des Stalags VIII-E in Neuhammer erschossen sowjetische Truppen 200 sowjetische Lagergefangene.³⁹⁷

4.6.1.2 Die Esten

Gemäß dem Befehl des Volkskommissars für Inneres Nr. 00101 vom 22. Februar 1945 sollten nichtdeutsche Zivilisten, die im Rahmen der Säuberungen festgenommen worden waren, in „Internierungslager“ der GUPVI überstellt werden. Sowjetische Bürger hingegen kamen in Überprüfungs- und Filtrationslager.³⁹⁸ Zahlreiche Esten gerieten 1945 in Deutschland und der Tschechoslowakei in sowjetische Gefangenschaft. Das Schicksal der kriegsgefangenen Esten hing stark davon ab, wo und wann sie gefangen genommen und zu welchen Gefangenessammelstellen sie überstellt wurden. Ein Großteil von ihnen wurde in die Autonome Sozialistische Sowjetrepublik der Komi deportiert, dies war jedoch nicht fest geregelt. Estnische Gefangene endeten in Gefangenenlagern überall in der Sowjetunion. Die Soldaten und Offiziere der 20. estnischen SS-Division, die im März 1945 nahe Oppeln in Gefangenschaft gerieten, wurden in das Kriegsgefangenenlager in Lauban überführt und von dort nach Kozhva bzw. Workuta abtransportiert.³⁹⁹ Die Umsetzung des NKVD-Befehls vom 22. Februar 1945 gestal-

³⁹⁶ Kochanowski, 2004, S. 423.

³⁹⁷ Kopka, 2002, S. 160f.

³⁹⁸ Mironenko, 1998, S. 45, 157ff.

³⁹⁹ Hiio, 2009, S. 347.

tete sich für die sowjetischen Truppen zuweilen schwierig. Heino Tammemae vom estnischen 45. Regiment berichtete über das sowjetische Frontlager in Zittau:

“At the end of August or the beginning of September, the order came to transfer the Estonians from POW camp to the repatriate camp to send them to their "homeland". An odyssey through Germany began. We numbered about 100 men. Not a single camp wanted to accept us. The repatriate camp refused us because we were in uniform - thus soldiers. The POW camp refused us because according to our documents, we were Estonians, meaning we were "from our own side" and therefore were subject to repatriation. [...] At night, we slept wherever we happened to be. Thus we finally arrived by way of a circuitous route in Neuhammer (Swietoszow), where there was by then a large prison camp. That camp accepted us. We spent a few weeks in Neuhammer and from there we were sent on to Sagan (Zagah) located some twenty or thirty kilometres away.”⁴⁰⁰

4.6.1.3 Die Österreicher

Im Jahre 1938 erhielten die österreichischen Bundesbürger mit dem Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich die deutsche Staatsangehörigkeit, die Österreicher galten fortan als „Anschlussdeutsche“.⁴⁰¹ In der Zeit zwischen dem 13. März 1938 und dem 27. April 1945 bestand keine österreichische Staatsangehörigkeit. Durch ein Staatsbürgerschafts-Überleitungsgesetz hatte Österreich 1945 seine früheren Staatsangehörigen für sich beansprucht. Dies galt auch für Österreicher, die in Deutschland verblieben waren oder für sich beanspruchten, deutsche Staatsangehörige zu sein.⁴⁰²

In der Wehrmacht setzte sich die 1. Skijäger-Division vornehmlich aus Österreichern zusammen. Etwa 1.000 Soldaten der Division gerieten am 9. Mai 1945 bei Deutschbrod in sowjetische Gefangenschaft.⁴⁰³ Zahlreiche von diesen gelangten in die Gefangenenlager der Sowjets in Schlesien. Ein hoher Anteil an Österreichern befand sich etwa unter den Lagerinsassen in Neuhammer.⁴⁰⁴ Ein Wiener Student war dort für eine russische Ärztin als Dolmetscher tätig. Unter den Kulturschaffenden des Lagers betätigte sich der Wiener Gesangsdozent Franz Teplitz.⁴⁰⁵ Im Lazarett des Lagers Neuhammer versah ein Oberstabsarzt Dr. Potthoff aus Wien seinen Dienst.⁴⁰⁶

⁴⁰⁰ Zit. in: Ebenda, S. 348.

⁴⁰¹ Schleser, 1976, S. 65, 69.

⁴⁰² Ebenda, S. 65f.

⁴⁰³ Oertle, 1997, S. 437.

⁴⁰⁴ BA-MA, MSg 200/491.

⁴⁰⁵ Richard, 1994, S. S. 87, 89.

⁴⁰⁶ Behrens, 2011, S. 128.

4.6.1.4 Die Polen

Nach offiziellen Angaben sowjetischer Behörden hatte allein die Heeresgruppe Nord der Roten Armee bis Ende Oktober 1945 bereits 8.366 Polen repatriiert. Insgesamt 1.947 Polen kamen im Bereich der Heeresgruppe Mitte frei, weitere 1.408 bei der Heeresgruppe Süd. Die Heeresgruppe für das Okkupierte Deutschland entließ zudem 2.269 polnische Staatsbürger aus ihrem Gewahrsam. Die sowjetische Repatriierungsaktion betraf etwa 36.400 Polen, einschließlich rund 3.000 polnische Staatsbürger aus sowjetischen Lagern des rückwärtigen Gebietes. Weiterhin verblieben jedoch mindestens 6.000 Polen in sowjetischen Gefangenenlagern, insbesondere im Landesinneren der Sowjetunion. Das Verhalten der Polen gegenüber ihren in den sowjetischen Frontlagern gefangen gehaltenen Landsleuten unterschied sich wesentlich von der sowjetischen Bevölkerung. Die polnischen Behörden bemühten sich um die Freilassung der polnischen Gefangenen aus den Lagern des NKVD. Im sowjetischen Sammellager Auschwitz waren etwa 1.200 polnische Gefangene, die in den Reihen der Wehrmacht gekämpft hatten, im Block 15 des Lagers untergebracht. Im Lager waren die polnischen Gefangenen als Lagerpolizisten und in der Lagerverwaltung eingesetzt. Nach Bemühungen der polnischen Seite wurden die Polen aus den sowjetischen Frontlagern entlassen.⁴⁰⁷

4.6.1.5 Die Ungarn

Am 25. April 1945 trat der ungarische Offizier Istvan Gyika mit einer wenige Kilometer von Kleinmachnow südöstlich von Berlin befindlichen sowjetischen Einheit in Kontakt, um in Gefangenschaft zu gehen. Den freiwilligen Übertritt zur Roten Armee ließ sich der Ungar von dem sowjetischen Bataillonskommandeur schriftlich bestätigen.⁴⁰⁸ Diese Form der Gefangennahme war nicht selbstverständlich, da viele der ungarischen Soldaten aus den Reihen der Wehrmacht, die Ende 1944 bei den Kämpfen um Ungarn in sowjetische Kriegsgefangenschaft gerieten, unmittelbar nach der Gefangennahme von Rotarmisten getötet wurden.⁴⁰⁹ Sofort bemühte sich Gyika um seine Freilassung:

„Bei meiner Meldung bei den Russen am 25.04.1945 hatte ich nach Abschluss meiner Vernehmung sofort um die Genehmigung meines Heimtransports und meine Eingliede-

⁴⁰⁷ Kochanowski, 2004, S. 40f.

⁴⁰⁸ HM HIM Hadtörténelmi Levéltár: Bericht István Gyika, 28.12.1946, Budapest.

⁴⁰⁹ Neulen, 1985, S. 256.

rung in die Miklós-Armee gebeten, dazu gab es jedoch zum damaligen Zeitpunkt noch keine Möglichkeit.“⁴¹⁰

Nach einem viertägigen Marsch aus Berlin und durch die umliegenden Wälder nahm zwei Tage später ebenfalls ein ungarisches Bataillon im südlich von Potsdam gelegenen Seddin ebenfalls Kontakt mit den sowjetischen Truppen auf. Als sie sich dort den Sowjets ergaben, wurden sie von diesen „sehr gastlich“ empfangen. Der Bataillonskommandeur hatte sich eine schriftliche Bestätigung geben lassen, in dem der freiwillige Übertritt vermerkt war. Nach einer eintägigen Pause wurde das Bataillon in das Lager Sagan in Marsch gesetzt, wo die etwa 900 Ungarn nach ihrer Ankunft von den deutschen Gefangenen isoliert wurden.⁴¹¹

In Sagan waren die ungarischen Offiziere in einer eigenen Baracke untergebracht. Diese erhielten eine „etwas bessere Behandlung“ als die deutschen Offiziere im Lager. Da die Sozialstruktur in Ungarn traditionell gefestigt war,⁴¹² verhielten sich die ungarischen Gefangenen sehr diszipliniert. Der Tagesablauf der ungarischen Lagerinsassen war durch einen festen Dienstplan geregelt, der mit dem Wecken begann und mit dem Zapfenstreich endete. Täglich führten die ungarischen Gefangenen „strengen Dienst“, u. a. mit Ordnungsübungen, durch. Das Salutieren der ungarischen Soldaten vor ihren Offizieren wurde auch in der Gefangenschaft beibehalten. Bei der Ankunft eines ungarischen Generals im Lager eilten zwei ungarischen Soldaten diesem entgegen und nahmen nach dem Salutieren seine Koffer entgegen, um diese in die Unterkunft zu tragen. „Das wäre bei uns völlig undenkbar gewesen“, kommentierte ein deutscher Mitgefangener dieses Vorgehen.⁴¹³

Die Ungarn im Lager Sagan sahen sich wie die Österreicher als Opfer der nationalsozialistischen Expansion.⁴¹⁴ Beim Essenempfang hatten die deutschen Lagerinsassen ihren ungarischen Mitgefangenen den Vortritt zu lassen, was nach der Aussage eines ehemaligen Lagergefangenen deren Unmut hervorrief: „Ihr Auftreten war herausfordernd und die Gefangenen ärgerten sich: 'Was sind das für Leute? Freiwillige für Hitler und spielen sich hier auf wie die Sieger!'“⁴¹⁵

Die wichtigsten Positionen im Lager waren mit deutschen Kommunisten, die bei Kriegsende in das SS-Sonderformation „Dirlewanger“ zwangsrekrutiert worden waren, besetzt. Der Lagerälteste war Erich Friehe, ein deutscher Kommunist, der seit 1933 in deutschen Konzentrationslagern gesessen hatte und im November 1944 zur „Dirlewanger“-Einheit rekrutiert wur-

⁴¹⁰ HM HIM Hadtörténelmi Levéltár: Bericht István Gyika, 28.12.1946, Budapest.

⁴¹¹ Klausch, 1993, S. 533.

⁴¹² Cartellieri, 1967, S. 67f.

⁴¹³ König, 2009, S. 23.

⁴¹⁴ Czepuck, 1999, S. 82.

⁴¹⁵ Klausch, 1993, S. 533.

de. Friehe verbündete sich mit den ungarischen Gefangenen.⁴¹⁶ Zahlreiche Ungarn befanden sich auch unter den Lagerinsassen in Neuhammer, die in Steinbaracken untergebracht waren.⁴¹⁷ Trotz der räumlichen Trennung unterhielten die Deutschen Kontakt zu ihren ungarischen Mitgefangenen, die teilweise in freundschaftlichen Beziehungen mündeten. Im Lager fand am 29. Juli 1945 ein Fußballspiel zwischen deutschen und ungarischen Lagerinsassen statt, das mit dem Sieg der Ungarn endete.⁴¹⁸

Mit einem Erlass des Staatlichen Verteidigungskomitees der UdSSR und einem entsprechenden NKVD-Befehl vom August 1945 wurde der Großteil der nichtdeutschen Kriegsgefangenen aus sowjetischem Gewahrsam entlassen. Von den Entlassungen ausgenommen waren zunächst Offiziere, SS-Angehörige und Gefangene, deren Herkunft nicht eindeutig geklärt werden konnte.⁴¹⁹ Zwischen dem 22. August und 2. Oktober entließ das sowjetische Lagerpersonal etwa 1.000 ungarische Soldaten, nicht jedoch deren Offiziere.⁴²⁰ Am 8. Oktober 1945 wurde den ungarischen Offizieren in Sagan eine Erklärung übermittelt, dass sie aus dem Lager Neuhammer befreit würden.⁴²¹

Nach den sowjetischen Erlassen zur Entlassung der nichtdeutschen Gefangenen ergriff das sowjetische Lagerpersonal in Neuhammer Maßnahmen, um die betreffenden Gefangenen zu ermitteln. „Nach einer gründlichen Untersuchung nach Blutgruppen-Zeichen wurden alle SS-Leute und alle Ungarn abgesondert und unter scharfer Bewachung in einem Sonderlager zusammengefasst“, erinnerte sich ein deutscher Lagergefangener.⁴²² Die ungarischen Gefangenen wurden am 25. August 1945 aus dem Lager Neuhammer entlassen.⁴²³ Gerüchte unter den Lagergefangenen besagten, dass die Ungarn in ein Straflager abtransportiert wurden, was das Mitleid der deutschen Mitgefangenen erregte: „Um die Ungarn tat es uns leid. Es waren prächtige Burschen darunter, gute Kameraden, mit denen manch einer Freundschaft geschlossen hatte.“⁴²⁴

⁴¹⁶ Wagner, Jaworzno, o. P.

⁴¹⁷ BA-MA, MSg 200/491; König, 2009, S. 23.

⁴¹⁸ BA-MA, MSg 200/491.

⁴¹⁹ Kochanowski, 2004, S. 40f.

⁴²⁰ BA-MA, MSg 200/491.

⁴²¹ HM HIM Hadtörténelmi Levéltár: Bericht István Gyika, 28.12.1946, Budapest.

⁴²² Behrens, 2011, S. 129.

⁴²³ BA-MA, MSg 200/491.

⁴²⁴ Behrens, 2011, S. 129.

4.6.1.6 Die Entlassungen der nichtdeutschen Gefangenen

Der sowjetische Geheimdienstchef Berija informierte Stalin am 10. August 1945 über die vorgesehene Repatriierung von insgesamt 708.000 Kriegsgefangenen aus den Frontlagern und den Lagern im Inneren der Sowjetunion. Bis Mitte Oktober 1945 sollten neben 412.000 deutschen Arbeitsunfähigen bzw. Invaliden auch je 30.000 Österreicher und Rumänen sowie 150.000 Ungarn entlassen werden. Die Repatriierungsaktion umfasste zudem sämtliche Amerikaner, Belgier, Luxemburger, Niederländer, Dänen, Schweizer, Bulgaren, Griechen, Schweden, Briten, Polen, Ruthenen, Tschechen, Slowaken, Kroaten, Bosnier, Serben und Slowenen, zusammen über 86.000 Gefangene. Aus den sowjetischen Frontlagern sollten insgesamt 418.000 Kriegsgefangene entlassen werden, die verbleibenden 290.000 Kriegsgefangenen aus Lagern auf dem Gebiet der UdSSR. Die entsprechende Verfügung des NKVD erfolgte am 13. August 1945.⁴²⁵

4.6.2 Die nichtdeutschen Gefangenen in den polnischen Lagern 1945-1950

Mit der Übergabe der Kriegsgefangenen an Polen durch sowjetische Behörden gelangten auch Nichtdeutsche in polnisches Gewahrsam. Aus dem Übergabelager Sagan waren zuvor sämtliche nichtdeutschen Gefangenen in das Lager Neuhammer überführt worden. Als die Übergabe des Lagers vom 9. bis 11. September 1945 an die polnischen Behörden erfolgte, hielten sich dort 8.950 Kriegsgefangene mit ausschließlich deutscher Nationalität auf.⁴²⁶ Als das Lager Neuhammer am 21. September 1945 der polnischen Verwaltung unterstellt wurde, erklärten sich 567 der insgesamt 18.299 Gefangenen als Nichtdeutsche.⁴²⁷ Darunter befanden sich ein Luxemburger, zwei Italiener, zwei Schweizer, zwei Belgier, fünf Dänen, fünf Niederländer, sieben Rumänen, 14 Slowaken, 58 Tschechen, 103 Polen, 179 Jugoslawen und 189 Österreicher.⁴²⁸

4.6.2.1 Die Franzosen

Die Anzahl kriegsgefangener Franzosen im polnischen Gewahrsam war nur sehr gering. Dennoch war die amtliche Korrespondenz bezüglich der französischen Gefangenen sehr umfas-

⁴²⁵ Kochanowski, 2004, S. 40.

⁴²⁶ Ebenda, S. 54.

⁴²⁷ Ebenda.

⁴²⁸ Kochanowski, 2001, S. 391.

send. Bis 1947 waren die polnisch-französischen Beziehungen sehr intensiv gewesen. Am 29. Juni 1945 erkannte die französische Regierung als erste westliche Großmacht die Provisorische Regierung der Nationalen Einheit an. Bereits im Dezember 1944 sandte die französische Regierung den Abgesandten Christian Fouchet nach Polen. Im März 1945 folgte ihm der als französischer Botschafter in Moskau eingesetzte Roger Garreau in das Amt. Frankreichs Regierung stimmte einer Westverschiebung Polens zu, wobei sie zugleich territoriale Ansprüche an das Saargebiet erhob. Die polnische Bevölkerung reagierte mit öffentlichen Sympathiebekundungen und sagte den französischen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen im Land Unterstützung zu. Bereits am 12. März 1945 gründete sich daher in der polnischen Hauptstadt eine französische Repatriierungsmission, die vom General Georges Catroux geleitet wurde. Erst im August 1945, als eine Gruppe französischer Offiziere in Warschau eintraf, nahm die Kommission ihre Aktivitäten auf. Am 20. August 1945 bzw. 10. September 1945 entstanden zudem eine belgische und eine luxemburgische Repatriierungsmission in Warschau. Die Missionen konnten bis zum Jahresbeginn 1946 zehntausende Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene ausfindig machen und deren Heimführung bewirken. Die luxemburgische und die belgische Mission in Warschau verließen Polen noch vor dem Weihnachtsfest 1945. Mit polnischer Einwilligung erfolgte am 21. Februar 1946 die Umwandlung der französischen Repatriierungskommission in eine Suchmission, die unter dem Kommando des Hauptmann Pallandre stand. Neben Zivilisten sollte die neu geschaffene Mission auch Franzosen ausfindig machen, die auf deutscher Seite gekämpft hatten.⁴²⁹ Nachdem der französische Botschafter Roger Garreau die polnischen Behörden auf die Anwesenheit vieler französischer Kriegsgefangener in den polnischen Arbeitslagern aufmerksam gemacht hatte, wurden die französischen Kriegsgefangenen kurz darauf numerisch erfasst. Am 2. Januar 1946 ordnete das DWO an, sie im Zentralen Arbeitslager Potulitz zusammenzufassen. Insgesamt 90 Gefangene, die sich im Februar 1946 in den Grubenlagern als Elsässer oder Lothringer ausgegeben hatten, wurden nach Potulitz überstellt. Um die Jahreswende 1946/47 kamen nur wenige Kriegsgefangene französischer Herkunft zur Entlassung. Eine erste diplomatische Note der Franzosen bezüglich der Freilassung der Saarländer in polnischer Kriegsgefangenschaft wurde am 15. Juli 1946 an die polnischen Behörden übergeben. Mitte Oktober 1947 wies das MBP die Lagerkommandanten an, in die Listen der nichtdeutschen Gefangenen auch die Saarländer aufzunehmen.⁴³⁰ Nach Ansicht des Lagerpersonals im Zentralen Arbeitslager Warschau bildeten die Saarländer eine Gruppe, welche die politische Betätigung im Lager durch ihr Verhalten behinderte. In der ersten Phase der Heimführungen fanden die saarländischen Kriegsgefangenen daher keine

⁴²⁹ Kochanowski, 2004, S. 405ff.

⁴³⁰ Ebenda, S. 408ff.

Beachtung. Im Dezember 1949 entließ die Kommandantur des Grubenlagers „Knurów“ 166 Saarländer, die dort zusammengezogen worden waren. Die saarländischen Offiziere im Lager Sikawa wurden hingegen erst im Frühjahr 1950 freigelassen.⁴³¹

4.6.2.2 Die Österreicher

In den polnischen Kriegsgefangenenlagern befanden sich zahlreiche Österreicher, für die sich die diplomatischen Vertreter ihres Landes in Polen sehr aktiv einsetzten. Von der Wiener Regierung wurde Josef Berdach dazu berufen, die österreichischen Kriegsgefangenen weltweit zu betreuen. Österreichs Außenminister Karl Gruber beauftragte am 5. Juli 1945 einen Abgesandten, Walter Tenschert, mit der Aufnahme von Gesprächen in Warschau über die Repatriierung der österreichischen Kriegsgefangenen. Diplomatische Beziehungen begannen erst, als die Volksrepublik Polen am 18. Dezember 1945 den österreichischen Staat anerkannte. Die Bemühungen zur Rückführung der etwa 3.000 österreichischen Kriegsgefangenen aus Polen hatten jedoch bereits wesentlich früher eingesetzt. Anfang April 1946 führte Tenschert zunächst eine Unterredung mit Maria Wierna, in der er vorschlug, nicht nur Einzelfälle zu prüfen, sondern eine allgemeine Lösung zu finden. Bei einem Treffen mit dem stellvertretenden Außenminister Modzelewski am 12. April 1946 versuchte er diesen davon zu überzeugen, dass bei der Repatriierung nur politisch unbelastete Gefangene freigelassen werden sollten. Bei dem Gespräch präsentierte Tenschert eine Liste mit 160 verzeichneten Österreichern, die sich in schlesischen Grubenlagern aufhielten. Zugleich wies er darauf hin, dass sich die Entlassung der geringen Zahl an österreichischen Kriegsgefangenen für den polnischen Bergbau kaum Auswirkungen haben würde. Da sich Tenschert bewusst war, dass die Zahl der Österreicher in polnischer Kriegsgefangenschaft bedeutend höher war, bat er zudem den Minister um die Freilassung aller unbescholtenen Gefangenen aus Österreich, deren Gewahrsamsorte in Polen ihm noch nicht bekannt waren.⁴³²

Da es von Seiten des MSZ gegen diesen Vorschlag keine wesentlichen Einwände gab, wurde der Sicherheitsminister Radkiewicz über Tenscherts Vorhaben informiert und um den Erlass entsprechender Maßnahmen gebeten. Vom DWO gingen daraufhin jedoch kaum Aktivitäten aus. Tenschert suchte den ständigen Kontakt zu den Beamten des Sicherheitsministeriums, um seinem Anliegen Nachdruck zu verleihen. Er sammelte alle Informationen, die er über die österreichischen Kriegs- und Zivilgefangenen in polnischen Lagern erhalten konnte und bestand auf einer baldigen Freilassung nach den geltenden Bestimmungen des Völkerrechts. Der

⁴³¹ Ebenda, S. 411ff.

⁴³² Ebenda, S. 414.

österreichische Innenminister Oskar Helmer empfahl am 8. Juli 1946 seinem Amtskollegen vom Außenressort, der polnischen Regierung eine offizielle Note bezüglich der Rückführung der österreichischen Kriegsgefangenen zu senden. Da zu dieser Zeit das Gros der österreichischen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion in die Freiheit entlassen wurde, startete man eine gezielte Pressekampagne für Polen, die mit großem Erfolg in der österreichischen Öffentlichkeit angenommen wurde. Die britische Regierung unterstützte das österreichische Anliegen und forderte eine Heimkehr der österreichischen Gefangenen bis zum Herbst 1946. Die Verzögerungen bei der Repatriierung der Österreicher erklärte die MBP-Leitung mit dem Umstand, dass viele der österreichischen Gefangenen der SS bzw. der SA angehört hätten. Trotzdem verständigte man sich schließlich Ende Juli 1946 darauf, die Österreicher in Gruppen von 100 bis 200 Personen in das Zentrale Arbeitslager Jaworzno zu überführen. Dort sollte Tenschert deren nationale Identität überprüfen und gewährleisten, dass ausschließlich österreichische Staatsbürger in Sammeltransporten nach Österreich heimgeführt würden.⁴³³

In Warschau ließ der österreichische Konsul Ende August 1946 verlauten, dass die ersten 47 österreichischen Gefangenen aus Polen heimgekehrt seien. Die übrigen Österreicher sollten nach Auskunft der DWO-Führung bis zum 10. September 1946 in einem Lager zusammengeführt werden. Bis Mitte Januar 1947 hatten die polnischen Behörden etwa 300 Österreicher aus der Gefangenschaft entlassen. Mindestens ebenso viele Österreicher verblieben jedoch weiterhin in polnischen Lagern. Da sich die bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Polen Anfang 1947 normalisierten, wurden die Repatriierungen deutlich abgebremst. Der seit dem 1. Januar 1947 in Warschau amtierende österreichische Botschafter, Dr. Wilhelm Engerth, musste nun den ordentlichen Dienstweg über das polnische Außenministerium nehmen. Die polnischen Behörden ließen zudem nur noch arbeitsunfähige Österreicher frei.⁴³⁴ Da sich unter den gefangenen Österreichern ein hoher Prozentsatz an ehemaligen SS-Männern befand, gingen deren Entlassungen nur sehr schleppend voran. Bis Herbst 1948 entließen die polnischen Behörden insgesamt 343 Österreicher. Anfang 1949 befanden sich noch 274 österreichische Kriegsgefangene in polnischen Lagern. Die meisten von ihnen traten in den folgenden Monaten die Heimreise an.⁴³⁵

⁴³³ Ebenda, S. 414f.

⁴³⁴ Ebenda, S. 415f.

⁴³⁵ Ebenda, S. 418.

4.6.2.3 Die Ungarn

Als die polnischen Behörden das sowjetische Lager Neuhammer am 21. September 1945 übernahmen, legte der bereits erwähnte Istvan Gyika am 28. September 1945 in seinem Namen als auch im Namen seiner 52 ungarischen Kameraden bei der Lagerleitung einen schriftlichen Antrag auf Freilassung vor. Dieser Antrag blieb jedoch unbeantwortet.⁴³⁶ Am 21. Oktober 1945 wurden sämtliche ungarischen Gefangenen geschlossen in das Lager Sagan überführt, von wo diese zusammen mit den deutschen Offizieren und Soldaten in polnische Arbeitslager verbracht wurden. Wie für die sowjetischen Behörden erwiesen sich die ungarischen Offiziere auch für die polnische Gewahrsamsmacht als problematisch, da diese nach den Bestimmungen der Genfer Konvention vom Arbeitseinsatz befreit waren. Oberleutnant Gyika gelangte mit 27 anderen ungarischen Offizieren bzw. Offiziersanwärtern in das Arbeitslager Jawiszowice. Später stieß auch der Bataillonskommandeur der in Seddin in sowjetische Gefangenschaft gegangenen Ungarn, Hauptmann Gyula Szita, zu ihnen. Mit zehn weiteren ungarischen Offizieren und Offiziersanwärtern war Szita zunächst von den Polen nach Bytom in das Arbeitslager der Mine „Rozbark“ transportiert worden. Bei sich hatte er die schriftliche Bestätigung der Sowjets, dass sich seine Einheit freiwillig in das Gewahrsam der Roten Armee begeben hatte – ein Dokument, von dem sich die ungarischen Gefangenen Vorteile bei den Bemühungen um eine Freilassung erhofften und das somit für sie von besonderer Bedeutung war.⁴³⁷

Der polnische Lagerkommandant von Jawiszowice, Leutnant Piotr Furmański, brachte die ungarischen Gefangenen in zwei kleinen Baracken neben der Kommandantur unter.⁴³⁸ Nach der Ankunft der deutschen Kriegsgefangenen am 31. Oktober 1945 erhielten die ungarischen Offiziere bzw. Offiziersanwärter einen deutschen Burschen oder Putzer. Dieser Posten war bei den deutschen Gefangenen sehr begehrt. Während die Deutschen im Lager im nahe gelegenen Bergwerk zu arbeiten hatten, saßen die Ungarn rauchend vor ihren Baracken oder vertrieben sich die Zeit mit Vergnügungsspielen.⁴³⁹ Der ungarische Offizier István Varga nutzte die zu Genüge vorhandene freie Zeit, um sich künstlerisch zu betätigen und verfasste auf 233 Seiten ein Epos mit dem bezeichnenden Titel „Táborlakók“ (Die Lagerbewohner).⁴⁴⁰ Da

⁴³⁶ HM HIM Hadtörténelmi Levéltár: Bericht István Gyika, 28.12.1946, Budapest.

⁴³⁷ APKat. 4813, Bl. 8.

⁴³⁸ HM HIM Hadtörténelmi Levéltár: Bericht István Gyika, 28.12.1946, Budapest; Gebhardt/Küttner, 1997, S. 43f.

⁴³⁹ Gebhardt/Küttner, 1997, S. 44.

⁴⁴⁰ Die Zeitschrift „Hadifogoly Híradó“ (die Kriegsgefangenenschau) hat im Jahre 2000 in den Ausgaben 2, 4 und 6 Ausschnitte aus dem von István Varga handgeschriebenen und mit Graphiken illustrierten Epos veröffentlicht. Das auf 233 Seiten verfasste Epos mit dem Titel „Táborlakók“ (Die Lagerbewohner) hatte dieser im

nach dem Kriegsende 1945 in Polen ein akuter Ärztemangel herrschte,⁴⁴¹ wurden die Mediziner unter den ungarischen Gefangenen als Lagerärzte eingesetzt. Die Privilegierung der Ungarn stieß bei den deutschen Gefangenen im Lager Jawiszowice nicht immer auf Verständnis. So beschäftigte einen Gefangenen die Frage, „ob die adligen ungarischen Offiziere, die zum großen Teil freiwillig in den Krieg gezogen waren, sich weniger schuldig gemacht hatten als ich, der ich mit achtzehn Jahren eingezogen worden war.“ Er resümierte: „Die Ungarn hatten Hitlers Krieg mit geführt, aber nicht mit verloren.“⁴⁴²

Auf Anraten der polnischen Bergbauverwaltung in Jawisowicze unternahm István Gyika am 1. November 1945 einen dritten Versuch, seine Freilassung und die seiner Kameraden zu beantragen. Sein Bittgesuch richtete er an die ungarische Botschaft in Warschau.⁴⁴³ Zwischenzeitlich war der Stabsfähnrich Ferenc Szepesi am 2. Februar 1946 im Lager „Rozbark“ an Typhus verstorben.⁴⁴⁴ Am 22. August 1946 wurde Gyika von der Bergbauverwaltung telefonisch mitgeteilt, dass die polnische Regierung der Bearbeitung seines Entlassungsantrags zugestimmt hatte. Diese Mitteilung ging über das nationale Verteidigungsministerium in Warschau und die politische Abteilung der Wojewodschaft Kraków bei der Generaldirektion des Kohlebergwerks Kraków ein und zu diesem Zweck wurde er am 31. August 1946 zur Repatriierung in das Sammellager Jaworzno überführt.⁴⁴⁵

Auf Anordnung der Repatriierungskommission führte der ehemalige ungarische Konsul in Posen, János Hidy, ab dem 10. August 1946 die Rückführung der ungarischen Kriegsgefangenen aus Polen durch. Den Abtransport der Ungarn organisierte der Beauftragte des österreichischen Roten Kreuzes, Konsul Ing. Walther Tenschert, der den Transport am 12. Oktober 1946 bis nach Wien begleitete. In Wien berichteten die ungarischen Offiziere am folgenden Tag bei der dortigen ungarischen Auslandsvertretung, Botschaftsrat Dr. Bartók, über die Umstände ihrer Entlassung bzw. die Reise und sprachen ihm zugleich ihren Dank für die schnelle Maßnahme aus.⁴⁴⁶

Die heimkehrenden ungarischen Freiwilligen der Waffen-SS hatten sich vor sogenannten Rechtfertigungskommissionen zu verantworten. Für die neue kommunistische Regierung kam der Dienst in der Waffen-SS einem Kriegsverbrechen gleich. Bereits im Januar 1948 wurde

Lager Jawiszowice niedergeschrieben. Das Schreibpapier hatte er nach seiner Gefangennahme von einem ukrainischen General erhalten.

⁴⁴¹ Kochanowski, 2004, S. 223.

⁴⁴² Gebhardt/Küttner, 1997, S. 44.

⁴⁴³ HM HIM Hadtörténelmi Levéltár: Bericht István Gyika, 28.12.1946, Budapest.

⁴⁴⁴ APKat. 4813, Bl. 8.

⁴⁴⁵ HM HIM Hadtörténelmi Levéltár: Bericht István Gyika, 28.12.1946, Budapest.

⁴⁴⁶ Ebenda.

jedoch eine Amnestie erlassen, von der zahlreiche der einfachen Soldaten aus den Divisionen Hunyadi und Gömbös profitierten. Hingegen konnten das höhere Offizierskorps und die führenden Funktionäre der Pfeilkreuzler keine Nachsicht erwarten. In Ungarn und der Sowjetunion wurden mindestens 12 Generäle, darunter der nach Jugoslawien ausgelieferte Kommandeur der Division Hunyadi, hingerichtet. Ein Volksgericht verurteilte den hoch dekorierten Kommandeur der Division Szent Laszlo zunächst zu lebenslanger Haft, die später auf 20 Jahre reduziert wurde. Die Westmächte lieferten etwa 500 führende Pfeilkreuzler an Ungarn aus. Im Jahr 1946 wurde das gesamte Kabinett Szàlasi bis auf zwei Regierungsmitglieder hingerichtet. Zwischen dem 1. Januar 1945 und 31. März 1948 mussten sich nach regierungsamtlichen Angaben 89.154 Personen als Kriegsverbrecher vor Gericht verantworten. Von diesen erhielten 18.376 Freiheitsstrafen, 312 Todesstrafen wurden ausgesprochen und in 146 Fällen auch vollstreckt. Da die Säuberungen durch Volksmilizen bereits unmittelbar nach der Eroberung ungarischer Gebiete durch sowjetische Truppen begannen, kann von 6.000 bis 7.000 Personen ausgegangen werden, die der ungarischen Volksjustiz zum Opfer fielen.⁴⁴⁷

4.6.2.4 Die Bürger der UdSSR

In der unmittelbaren Nachkriegszeit bestand bei den polnischen Behörden kaum Interesse an den gefangenen Bürgern der Sowjetunion der Vorkriegszeit, deren Gefangennahme vermutlich gegen internationales Recht verstieß. Erst als Mitte 1947 die Aussiedlung von deutschen Zivilisten aus Bessarabien, der Ukraine und den baltischen Staaten begann, fanden die sowjetischen Kriegsgefangenen in Polen zunehmend Beachtung. Nicht repatriert werden sollten gemäß einer Übereinkunft mit den Kommandeuren der Heeresgruppe Nord der Roten Armee die Gefangenen, die auf der Grundlage des sowjetisch-deutschen Abkommens von 1939 deportiert und bis zum 22. Juni 1941 auf polnischem Territorium angesiedelt worden waren. Hingegen sollten auch die sowjetischen Bürger deutscher Abstammung unter die Repatriierung fallen, die nach dem Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges von den deutschen Truppen aus diesem Gebiet deportiert worden waren. Vermutlich kamen ähnliche Prüfkriterien auch gegenüber Kriegsgefangenen sowjetischer Herkunft zur Anwendung.⁴⁴⁸

⁴⁴⁷ Neulen, 1985, S. 263.

⁴⁴⁸ Kochanowski, 2004, S. 423f.

4.6.2.5 Die Lausitzer Sorben

Die Gefangenen aus der Lausitz erhielten von den polnischen Behörden einen gesonderten Status, der in Deutschland die staatliche Desintegration verstärken sollte. Seit 1945 wurden in Polen Forderungen nach einer „freien Lausitz“ erhoben. Territorial sollte diese an Polen oder die Tschechoslowakische Republik angegliedert werden. Der Polnische Westverband schuf im August 1945 ein für die Lausitzer Sorben zuständiges Referat, das die Idee einer Unabhängigkeit sämtlicher Westslawen gesellschaftlich und politisch bewerben sollte. Im Mai 1946 kam es in Polen zu einem Treffen zwischen einer Abordnung der Lausitzer Sorben und dem stellvertretenden Präsidenten des Landesnationalrats, Waław Barcikowski, sowie dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Stanisław Mikołajczyk. Thematisiert wurde die Problematik der kriegsgefangenen Sorben auch Anfang Oktober 1946 in einem ersten wissenschaftlichen Fachkongress. Im Rahmen des Kongresses wurde an die UNO appelliert, sich der Frage der Lausitzer Sorben auf einer zukünftigen Friedenskonferenz besonders zu widmen. Die polnische Obrigkeit blieb in ihrer Haltung jedoch distanziert. Statt territorialer Unabhängigkeit wollten diese den Lausitzer Sorben nur politisch-kulturelle Autonomie gestatten. Seit Ende 1947 verschwand das Problem der Sorben in Polen völlig aus der politischen Debatte. Das Interesse des Polnischen Westverbands und der Polnischen Bewegung zur Verteidigung der Lausitz beschränkte sich nicht nur auf den politischen Status dieser Region, sondern griff bereits 1946 auf die etwa 50 kriegsgefangenen Sorben im polnischen Gewahrsam über. Auch als die politischen Entscheidungsträger sich nicht mehr mit den Lausitzer Sorben befassten, stellten beide Organisationen ihre Bemühungen nicht ein. Seit dem Frühjahr 1947 erkundigten sich Funktionäre des Polnischen Westverbands wiederholt bei der MBP über das Schicksal der kriegsgefangenen Sorben in den polnischen Lagern. Beide Organisationen gaben im Juli 1947 die ermittelten Aufenthaltsorte von 30 Kriegsgefangenen aus der Lausitz bekannt. Zugleich schlugen diese die Zusammenlegung der Sorben in einem Lager vor, wo ihre Herkunft verifiziert werden sollte. Im Zentralen Arbeitslager Jaworzno wurden die gefangenen Lausitzer Sorben auf Anordnung des Sicherheitsministeriums vom September 1947 zusammengeführt. Die Abteilung für Gefängniswesen der Wojewodschaftsbehörde für Öffentliche Sicherheit in Krakau entsandte in dieser Angelegenheit einen Vertreter nach Jaworzno, der sich persönlich davon überzeugen sollte, dass es sich tatsächlich um Lausitzer Sorben handelte. Im November 1947 mussten sich die betroffenen 39 Sorben im Lager zu Verhören versammeln.

Die polnischen Behörden entschieden jedoch erst im Juni 1948, 38 dieser Gefangenen zu entlassen. Mit dem ersten Sammeltransport kehrten sie im Oktober 1948 in die Heimat zurück.⁴⁴⁹ Der Polnische Westverband war weiterhin daran interessiert, alle Lausitzer Sorben in den polnischen Gefangenenlagern ausfindig zu machen. Die Organisation bemühte sich beim Verband „Domowina“ der Lausitzer Sorben um Abstammungsnachweise für die betreffenden Gefangenen, um so deren Identifikation bei den polnischen Behörden zu beschleunigen. Ein letzter offizieller Versuch, die Lausitzer Sorben aus den polnischen Lagern zu befreien, bildete eine Petition des Polnischen Westverbands vom Oktober 1948 an das Sicherheitsministerium. Darin bat der Verband, weitere 16 Lausitzer Sorben aus der Kriegsgefangenschaft zu repatriieren. Sehr wahrscheinlich kamen diese Kriegsgefangenen zu Jahresbeginn 1949 frei.⁴⁵⁰

4.7 Die „Volksdeutschen“

Die Etablierung der millionenstarken deutschen Minderheiten durch die traditionsreiche Auswanderung aus dem deutschsprachigen Raum nach Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa wurde von den deutschen Herrschenden jahrzehntelang nicht beachtet. Das Interesse an den „Volksdeutschen fremder Staatsangehörigkeit“ wuchs in den 1880er Jahren stark an. Mit einer geplanten Rückführung dieser „Volksdeutschen“ nach Deutschland verband die deutsche Regierung die Hoffnung auf die Rekrutierung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte und Siedler. In nationalistischen Kreisen galt das im Januar 1871 gegründete Deutsche Reich zu dieser Zeit noch als unvollendet, da eine große Zahl von Siedlern aus den deutschsprachigen Gebieten Mitteleuropas in geschlossenen Gebieten außerhalb des Reiches, vor allem in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa, lebte.⁴⁵¹

Das Interesse der deutschen Regierung an der Zuwanderung von Deutschen aus Minderheitengebieten wuchs während des Ersten Weltkriegs erneut an. Dabei standen nicht humanitäre Erwägungen, wie etwa die Aufnahme von Flüchtlingen, im Vordergrund. Da es in Deutschland durch die hohen personellen Kriegsverluste zu einem Arbeitskräfteschwund gekommen war, ging es dabei verstärkt um die gezielte Rekrutierung von Arbeitskräften. In der Zeit der Weimarer Republik strebte die Regierung hingegen danach, die anhaltende Einwanderung aus den Minderheitengebieten zu verhindern, da diese nun als gesellschaftliche und wirtschaftli-

⁴⁴⁹ Ebenda, S. 425ff.

⁴⁵⁰ Ebenda, S. 427.

⁴⁵¹ Oltmer, 2005, S. 139.

che Belastung angesehen wurde. Eine Schwächung der Minderheiten galt zudem als Gefahr für die Politik der Revision des Versailler Vertrags.⁴⁵²

Anknüpfend an die Bestrebungen im Ersten Weltkrieg versuchte das NS-Regime, die „Volksdeutschen“ als Siedler für die annektierten Gebiete „heim ins Reich“ zu holen.⁴⁵³ Im Anschluss an seine Grenzerweiterungen verlieh das Deutsche Reich in den Jahren 1938 bis 1945 der „volksdeutschen“ Bevölkerung der dem Reichsgebiet angeschlossenen bzw. annektierten Gebiete die deutsche Staatsangehörigkeit durch Sammeleinbürgerungen.⁴⁵⁴ Die Verleihungen der Staatsangehörigkeit erfolgte an deutsche Volkszugehörige in den Sudetengebieten, dem Memelgebiet, dem Protektorat Böhmen und Mähren, den eingegliederten Ostgebieten, einschließlich Danzigs, der Untersteiermark, Kärnten und Krain sowie an Personen, die in die „Deutsche Volksliste“ der Ukraine eingetragen waren.⁴⁵⁵ Sammeleinbürgerungen in das Deutsche Reich fanden auch für Österreicher, die „deutschstämmigen“ Bevölkerungsteile in Elsaß-Lothringen und Luxemburg als auch für die Menschen „deutschen oder artverwandten Blutes“ in Eupen-Malmedy und Moresnet statt. Von diesen Verleihungen der deutschen Staatsbürgerschaft waren die deutschen Volkszugehörigen ausgeschlossen, die nach der Definition der nationalsozialistischen Gesetze als „Personen artfremden Blutes“ galten, insbesondere die Angehörigen der jüdischen Glaubensgemeinschaft.⁴⁵⁶

Die deutsche Besatzungspolitik verfolgte in den meisten „eingegliederten Gebieten“ nach einer Terrorwelle im Herbst 1939 und Massenaussiedlungen in den folgenden Monaten das Ziel einer möglichst raschen „Germanisierung“. Diese Germanisierungspolitik richtete sich insbesondere an die Menschen in Oberschlesien und ab 1942 an die deutschstämmige Bevölkerung im Reichsgau Danzig-Westpreußen. Im Hitler-Stalin-Pakt waren das Baltikum, Wolhynien, der Bukowina und Bessarabien der sowjetischen Interessensphäre zugesprochen worden. Aus diesen Gebieten wurden etwa 580.000 „Volksdeutsche“ vor allem in den „Warthegau“ umgesiedelt. Die entscheidende Voraussetzung für eine „Eindeutschung“ der heimischen Bevölkerung in den eingegliederten Gebieten war ab März 1941 eine „Deutsche Volksliste“ (DVL). Im Jahr 1940 waren Richtlinien für „die Überprüfung und Aussonderung der Bevölkerung in den eingegliederten Gebieten“ ausgearbeitet worden, der zufolge Menschen in vier Kategorien von „Volks-“ und „Schutzangehörigen“ eingeteilt wurden. Der Kategorie I waren polnische Staatsbürger zugeordnet, die sich als „Volksdeutsche“ aktiv für den „Volkstumskampf“ eingesetzt hatten. „Volksdeutsche“, deren nationale Zugehörigkeit unum-

⁴⁵² Ebenda, S. 217.

⁴⁵³ Harlander/Pyta, 2010, S. 232.

⁴⁵⁴ Schleser, 1976, S. 61.

⁴⁵⁵ Ebenda, S. 63.

⁴⁵⁶ Ebenda, S. 64.

stritten war, die sich vor 1939 aber nicht politisch engagiert hatten, gehörten der Kategorie II an. Die Kategorie III umfasste deutschstämmige Menschen, die nach Auffassung der NS-Behörden ins Polentum „abgeglitten“ waren. Zu der Kategorie zählten auch deutsche Ehepartner von Polen, die in „völkischen Mischehen“ lebten und national nicht klar einzuordnende Personen, die als „germanisierungsfähig“ eingestuft wurden. Die Abteilung IV umfasste „aktiv verpolte Deutschstämmige“, die durch intensive „Umerziehung“ „wiedereinge-deuscht“ werden sollten.⁴⁵⁷ Bis 1944 wurden über 2,7 Millionen Menschen über die DVL als Deutsche erfasst und von der polnischen Bevölkerung isoliert. Mit der Germanisierungspolitik ging ein Prozess der Ausgrenzung und Ghettoisierung einher, in dem die polnische und jüdische Bevölkerung sukzessive räumlich konzentriert wurde. Zwangsweise mussten bis März 1941 über 360.000 Personen aus den eingegliederten Gebieten in das Generalgouvernement umsiedeln.⁴⁵⁸

4.7.1 Die „Volksdeutschen“ im sowjetischen Gewahrsam 1941-1945

Vieles deutet darauf hin, dass die Sowjets bis zum Kriegsende nicht zwischen Deutschen und „Volksdeutschen“ differenzierten. Eine Ende 1942 gegründete „operative“ Abteilung der UPWI, mit der eine stärkere geheimdienstliche Tätigkeit unter den Kriegsgefangenen betrieben werden sollte, hatte für die Gefangenen der verschiedenen Nationalitäten eigene Unterabteilungen. In einer Gruppe waren die Deutschen zusammengefasst, in weiteren Gruppen Rumänen, Italiener, Ungarn, Finnen und andere Nationalitäten. Zu den Deutschen zählten neben den „Volksdeutschen“ auch die Österreicher und Südtiroler.⁴⁵⁹ Die so genannten „Volksdeutschen“ aus dem Baltikum, Rumänien, Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei und Jugoslawien wurden durch die GUPVI in 221 Arbeitsbataillonen (RB) mit einer jeweiligen Stärke von 750, 1.000, 1.250 und 1.500 Personen zusammengefasst. Jedes Bataillon war als Verwaltungseinheit einem Volkskommissariat zugeordnet, das über die „Arbeitskraft des Bataillons“ verfügte.⁴⁶⁰

In den sowjetischen Gefangenenlagern waren häufig Angehörige deutscher Minderheiten aus osteuropäischen Staaten und der Sowjetunion als Funktionsgefangene eingesetzt. Meist handelte es sich um Bewohner der zweisprachigen Randgebiete Russlands und Bessarabiendeutsche. Diese „Volksdeutschen“ wurden in der sowjetischen Lagerverwaltung häufig als Dol-

⁴⁵⁷ Borodziej, 2006, S. 402.

⁴⁵⁸ Puttkamer, 2010, S. 96.

⁴⁵⁹ Hilger, 2000, S. 191f.

⁴⁶⁰ Karner, 1994, S. 464.

metscher eingesetzt und erhielten für ihre Posten besseres Essen als ihre Mitgefangenen. Von den Lagergefangenen wurden sie mitunter für Missstände in der Verpflegung oder bei der Arbeitseinteilung verantwortlich gemacht. Für die Russisch sprechenden Gefangenen ist anzunehmen, dass sie ihre Sprachkenntnisse häufig zur Erlangung von Funktionsstellen nutzten, um ihre Lebensbedingungen in der Gefangenschaft zu verbessern. Bei den „Volksdeutschen“ kam das Problem des „marginal man“ hinzu, sodass sie in der Position des Randseiters weder bei der einen noch der anderen Gruppe Anerkennung fanden. In Deutschland stießen die „Volksdeutschen“ zudem auf Ressentiments der deutschen Bevölkerung und wurden als „Beutedeutsche“ belächelt, nachdem sie aufgrund ihrer deutschen Herkunft häufig bereits jahrelang mit der Ablehnung oder feindlichen Einstellung z. B. der Polen oder Tschechen konfrontiert gewesen waren. Es ist daher davon auszugehen, dass einige „Volksdeutsche“ ihre Stellung in der Gefangenenhierarchie dazu nutzten, den „reichsdeutschen“ Mitgefangenen die erfahrene Ausgrenzung heimzuzahlen.⁴⁶¹

4.7.1.1 Die „Volksdeutschen“ im sowjetischen Gewahrsam nach 1945

Um möglichen nationalen Konflikten mit deutschen Minderheiten vorzubeugen, strebten die Alliierten nach Kriegsende primär nach einer Übereinstimmung von staatlichen und ethnischen Grenzen in Europa. Die ethnische und territoriale Neuordnung Europas hatten die Alliierten auf den Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam beschlossen. Das erklärte Ziel der Konferenzen bestand in homogenen Nationalstaaten ohne nationale Minderheiten in ganz Ostmitteleuropa.⁴⁶² In den deutschen Ostgebieten veränderte sich die Zusammensetzung der Bevölkerung durch „wilde“ Vertreibungen und Aussiedlungen der Deutschen derart, dass sich die polnischen Forderungen nach den ostdeutschen Territorien mit ethnischen Argumenten stützen ließen.⁴⁶³ Durch den Bevölkerungstransfer sollte Polen zu einem „idealen“, ethnisch geschlossenen Nationalstaat ohne nationale Minderheiten werden. Die polnischen Kommunisten versprachen sich von der Bildung eines homogenen Nationalstaates ein Ende der Nationalitätenkämpfe.⁴⁶⁴ Im Jahr 1950 lebten nach der Flucht und Vertreibung der deutschen Minderheiten aus Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa noch etwa vier Millionen Deutsche in diesen Gebieten.⁴⁶⁵

⁴⁶¹ Cartellieri, 1967, S. 71.

⁴⁶² Stokłosa, 2011, S. 57f.

⁴⁶³ Ther, 1998, S. 42f.

⁴⁶⁴ Stokłosa, 2011, S. 64.

⁴⁶⁵ Oltmer, 2005, S. 217.

4.7.1.2 Die Ungarndeutschen

Anfang Mai 1945 hatte die ungarische Regierung die Aussiedlung der ungarndeutschen Minderheit aus Ungarn beschlossen. Auf der Potsdamer Konferenz stimmten die Alliierten diesen Beschlüssen zu, forderten zugleich aber, dass die Aussiedlung der Deutschen „in organisierter und humaner Weise“ zu erfolgen habe. In Polen und der Tschechoslowakei diente die nationalsozialistische Besatzungs- und Vernichtungspolitik dazu, die Vertreibung der Deutschen aus diesen Ländern zu begründen, da die Gewaltherrschaft der Deutschen ein zukünftiges friedliches Zusammenleben der polnischen und tschechischen Bevölkerung mit den deutschen Minderheiten unmöglich gemacht hätte. Die Vertreibung der Ungarndeutschen lenkte die Alliierten in willkommener Weise davon ab, dass Ungarn als Bündnispartner des Deutschen Reiches am Krieg beteiligt gewesen war. Ethnische Ungarn, die vor allem aus Siebenbürgen und der Slowakei geflohen waren, konnten zudem leichter auf ungarischem Territorium aufgenommen werden. Etwa die Hälfte der ungarndeutschen Bevölkerung, an die 225.000 Personen, wurde ab Mai 1945 nach Deutschland deportiert.⁴⁶⁶ Weitere 30.000 bis 35.000 ungarndeutsche Zivilisten sowie 30.000 ungarndeutsche Kriegsgefangene mussten zwischen 1944 und 1950 in der Sowjetunion Zwangsarbeit leisten.⁴⁶⁷

Nach der Besetzung Ungarns durch die Wehrmacht 1944 griffen die Deutschen massiv in die ungarische Heeresorganisation ein, lösten höhere Stäbe auf und schufen neue Ersatzdivisionen. Besonderen Wert legten die deutschen Behörden auf die Rekrutierung der Ungarndeutschen für die deutschen Streitkräfte, von denen etwa 120.000 Personen zumeist unter Zwang in die Waffen-SS eingegliedert wurden. Die ungarndeutschen Rekruten wurden zur Aufstellung von fünf neuen Divisionen herangezogen, weniger taugliche Ungarndeutsche dienten als Personalersatz für deutsche Polizeiregimenter.⁴⁶⁸ Zahlreiche „Volksdeutsche“ aus der Batschka, dem Banat und Siebenbürgen gerieten bei Kriegsende als Soldaten der 31. SS-Freiwilligen-Grenadier-Division in sowjetisches Gewahrsam. Bis zum Mai 1945 hatte die Division in Schlesien gekämpft und am 6. Mai 1945 mit ihrem Rückzug in die Tschechoslowakei begonnen. Bei Königgrätz geriet das Gros der 31. SS-Freiwilligen-Grenadier-Division in die Hände der Tschechen. Viele Divisionsangehörige wurden aufgrund ihrer SS-Zugehörigkeit unmittelbar nach ihrer Gefangennahme erschossen. Auf mehrtägigen Märschen

⁴⁶⁶ Puttkamer, 2010, S. 108f.

⁴⁶⁷ Fata, 2004, S. 179.

⁴⁶⁸ Müller, 2007, S. 49.

wurden die überlebenden Gefangenen in das Lager Breslau-Hundsfeld überführt. Ein Ungarndeutscher berichtete über seinen Lageraufenthalt:

„Wir waren mehrere Männer aus meinem Heimatdorf und unser Glück war, daß der eine, ein Sanitäter, eine gute Portion Transensis Sacharin mit sich hatte. Wir haben das in Wasser aufgelöst und getrunken, das gab uns etwas Kraft. Am 5. Tag kriegten wir endlich Verpflegung, und zwar - ein Brot für 32 Mann! Wir verbrachten etwa einen Monat in Breslau, dann wurden wir etwa Ende Juni nach Rußland abtransportiert.“⁴⁶⁹

Mit dem Transport gelangten die ungarndeutschen Gefangenen zum Arbeitseinsatz nach Kowel in der Ukraine, im November 1945 erfolgte von dort ihre Repatriierung. Die Behörden in Ungarn lehnten jedoch eine Aufnahme der ehemaligen SS-Angehörigen unter ihnen ab. In Máramarosziget wurden die ungarndeutschen SS-Männer herausgesucht, für Holzfällerarbeiten in das Karpatengebirge überführt und später auf mehrere Lager um die georgische Hauptstadt Tiflis verteilt.⁴⁷⁰ Bereits im März 1945 hatte sich die ungarische Regierung in politischen Debatten der Frage nach der Bestrafung der Ungarndeutschen zugewandt. In einem am 17. März 1945 erlassenen Gesetz ordnete sie an, dass „der Besitz an Grund und Boden von Landesverrätern, Pfeilkreuzlern, Nationalsozialisten und anderen Führern, Volksbundmitgliedern sowie Kriegsverbrechern vollständig und ungeachtet seiner Größe zu beschlagnahmen ist.“⁴⁷¹ Mit der Verordnung waren Kriegsverbrecher, faschistische Führer und Mitglieder des Volksbunds gleichgestellt. Zu Faschisten erklärte die ungarische Regierung auch die Ungarndeutschen, die der Waffen-SS angehört hatten, wenngleich sie häufig zwangsrekrutiert worden waren.⁴⁷²

Im Jahr 1947 veranlasste die sowjetische Führung eine verstärkte Repatriierung von ungarndeutschen Zivilverschleppten aus der Sowjetunion.⁴⁷³ Erst 1950 erfolgte die Entlassung der Kriegsgefangenen nach Ungarn, wo sie erneut zur Zwangsarbeit eingesetzt wurden.⁴⁷⁴ Auch die ehemaligen SS-Angehörigen aus den Lagern bei Tiflis wurden 1950 nach Budapest abtransportiert, obwohl ihnen zuvor von sowjetischer Seite die Ausreise nach Deutschland zugesichert worden war. Die ungarischen Behörden lieferten sie zunächst in ein Budapester Zuchthaus ein, von wo sie auf die Zwangsarbeitslager Tiszalök, Kazincbarcika und Debrecen verteilt wurden.⁴⁷⁵ Ebenso wurde mit verurteilten „Volksdeutschen“ aus Ungarn, bei denen es

⁴⁶⁹ Pencz, 2009, S. 205.

⁴⁷⁰ Ebenda, S. 205.

⁴⁷¹ Tóth, Agnes, Die kollektive Schuld. Zum Vorgehen gegen die deutsche Minderheit in Ungarn 1945-1946, in Kochanowski, 2006, S. 319-331, hier: S. 320.

⁴⁷² Ebenda.

⁴⁷³ Poljan, 1999, S. 366.

⁴⁷⁴ Hilger, 2000, S. 314.

⁴⁷⁵ Pencz, 2009, S. 205.

sich meist um Kriegsgefangene handelte, verfahren, die 1953 nach Ungarn repatriiert wurden. Die ungarische Regierung ließ sie in Lager verbringen und entließ sie erst nach Monaten nach Deutschland.⁴⁷⁶

4.7.1.3 Die Südtiroler

Ab dem 25. Oktober 1936 bestand die deutsch-italienische Achsenfreundschaft, die am 22. Mai 1939 durch ein Militärbündnis, dem so genannten „Stahlpakt“, bekräftigt wurde. Neben einem bedingungslosen Beistandsversprechen beinhaltete das Abkommen den deutschen Verzicht auf Südtirol zugunsten Italiens. Am 23. Juni 1939 war von einer deutsch-italienischen „Expertenkommission“ der 1. September 1939 als Beginn für die Massenabwanderung aus Südtirol bestimmt worden. Die im Oktober 1939 in Rom erlassenen „Richtlinien für die Rückwanderung der Reichsdeutschen und Abwanderung der Volksdeutschen aus dem Alto Adige in das Deutsche Reich“ sahen vor, dass jeder Südtiroler bis zum 31. Dezember 1939 über seinen Verbleib bzw. seinen Fortgang aus Südtirol zu entscheiden hatte. Die Umsiedlungsaktion sollte bis zum 31. Dezember 1942 abgeschlossen sein. Als deutsche Staatsbürger dienten Südtiroler seit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges in der Wehrmacht, der Waffen-SS und in Polizei-Einheiten auf allen Kriegsschauplätzen.⁴⁷⁷ Als letztes von insgesamt vier Südtiroler Polizeiregimentern wurde im Herbst 1944 das Regiment „Brixen“ aufgestellt. Erst im Februar 1945 wurden die Angehörigen dieses Regiments vereidigt. Auch nach zweifacher Aufforderung weigerten sich die Südtiroler Rekruten bei der Vereidigung, den Eid auf Adolf Hitler deutlich zu sprechen. Als Strafmaßnahme wurde die Einheit an die Ostfront verlegt und dort der 31. SS-Freiwilligen-Grenadier-Division unterstellt.⁴⁷⁸ Zudem mussten sich die Soldaten des Brixner Polizeiregiments am 19. März 1945 in der Stadt Königgrätz versammeln, wo ihre Soldbücher eingesammelt und mit SS-Dienstgraden versehen wurden. Die Kennzeichnung als Angehörige der SS-Truppen sollte ein Überlaufen der Südtiroler zu den feindlichen Kräften verhindern. Das Polizeiregiment kam in der „Festung Breslau“ zum Einsatz und löste sich nach der Verkündung der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands auf. Um nicht als SS-Angehörige erkannt zu werden, entfernten viele Südtiroler ihre SS-Abzeichen und entledigten sich ihrer Soldbücher. Der Versuch, sich auf westalliiertes Besatzungsgebiet durchzuschlagen, gelang nur wenigen der Südtiroler. Zahlreiche Angehörige des Brixner Polizeiregiments wurden von den schnell vorrückenden Sowjets an der tschechischen Grenze gefangen

⁴⁷⁶ Hilger/Schmidt/Wagenlehner, 2001, S. 17.

⁴⁷⁷ Peer, 2000, S. 26f.

⁴⁷⁸ Casagrande, 2015, S. 80.

genommen. Nach einem viertägigen Fußmarsch über eine 180 Kilometer lange Strecke gelangten die gefangenen Regimentsangehörigen in das östlich von Breslau gelegene Lager Hundsfeld. Nach einem kurzen Lageraufenthalt erfolgte für die italienischen Kriegsgefangenen die Entlassung. „Um fünf Uhr in der Früh sind wir wie immer angetreten, die Lagerkapelle voraus und wir marschierten hinaus durch das Lagertor“, erinnerte sich ein Südtiroler.⁴⁷⁹ Die Italiener wurden in ein Sammellager nach Oels überführt, in dem sich bereits 5.000 italienische Internierte befanden. Viele der dort Internierten waren 1943 in Italien gefangen genommen und zur Zwangsarbeit nach Deutschland deportiert worden. Die Deutsch sprechenden Neuankömmlinge wurden teilweise von den bereits internierten Italienern angefeindet oder bedroht. Nach einer Beruhigung der Lage verblieben die italienischen Zivilinternierten bis Oktober 1945 im Lager. Dann erfolgte der Heimtransport der Italiener vom Oelser Bahnhof in Viehwaggons.⁴⁸⁰

Eine Gruppe von 40 Soldaten aus dem Regiment „Brixen“ wurde bei dem Versuch, sich in das Besatzungsgebiet der Westalliierten abzusetzen, wenige Tage nach Kriegsende in Semil im Sudetenland von Tschechen gefangen genommen worden. Während eines Gefangenemarsches übergaben die Tschechen die Südtiroler Gefangenen an die Sowjets. Ziel des Marsches war das niederschlesische Gefangenenlager Neuhammer, wo die Südtiroler wie ihre deutschen Mitgefangenen zum Arbeitseinsatz herangezogen wurden. Mitte August 1945 erfolgte die Entlassung der italienischen Gefangenen aus dem Lager in Neuhammer, wobei SS-Angehörige auf Weisung der sowjetischen Führung von den Repatriierungen ausgenommen waren.⁴⁸¹ In einer großen Halle des Lagers mussten sich die Italiener einer Untersuchung nach einer Blutgruppentätowierung an den Oberarmen unterziehen, bei der sie an einer Reihe sitzender Lagerärzte entlangschreiten und ihre Arme heben mussten. „Dann ist man zu einem Doktor gekommen, der hat beim Bauch und bei der Brust gedrückt und zugleich hat er dann hinaufgeschaut, ob man unterm Arm etwas hat, weil die SSler haben ja alle das SS-Zeichen eintätowiert gehabt, das hat man auch nicht mehr so leicht weggebracht, dazu hat man die Haut ausschneiden müssen“, berichtete ein Südtiroler.⁴⁸² Die Soldaten des Polizeiregiments „Brixen“ hatten keine Blutgruppentätowierung erhalten und waren somit nicht als SS-Angehörige erkennbar. Gefangene, die eine entsprechende Tätowierung am Arm aufwiesen, kamen in den Arrest, wie es der bereits erwähnte Südtiroler schilderte: „Vor mir ist auch ein Sterzinger gewesen, ein junger, der hat es auch gehabt, der ist als Freiwilliger eingerückt ge-

⁴⁷⁹ Degle, 2009, S. 456.

⁴⁸⁰ Ebenda.

⁴⁸¹ Kochanowski, 2004, S. 40.

⁴⁸² Degle, 2009, S. 458.

wesen bei der SS. Den haben sie wohl in diese Kammer hinein, und der ist halt nicht mehr mitgekommen, aber die anderen sind alle mitgekommen.“⁴⁸³ Nach einem mehrere Tage dauernden Fußmarsch gelangten die Italiener in das 30 Kilometer entfernte Lager Sagan. Mit dem Lagerwechsel änderte sich auch der Status der Südtiroler: In Sagan galten sie nicht mehr als Kriegsgefangene, sondern als Internierte, womit eine Verbesserung der Verpflegung einherging.⁴⁸⁴ Ende September 1945 erfolgte in Sagan die Verladung von 400 bis 500 Nichtdeutschen zu deren Repatriierung. Unter den Abtransportierten befanden sich zahlreiche Italiener, darunter 66 Südtiroler. Mit der Bahn wurden die italienischen Repatrianten über Innsbruck und den Brenner nach Italien transportiert, wo sie Ende Oktober 1945 in Rimini ihre Entlassungsscheine erhielten.⁴⁸⁵

4.7.1.4 Die „Volksdeutschen“ aus der Tschechoslowakei

In der von der Roten Armee besetzten Tschechoslowakei begannen mit der Übergabe der Zivilverwaltung an tschechoslowakische Behörden bereits unmittelbar nach dem Kriegsende „wilde“ Vertreibungen der Deutschen. Diese waren durch Willkür geprägt und wurden durch gewaltsame Übergriffe auf die Vertriebenen begleitet. In ihrer ersten Amtshandlung legte die tschechoslowakische Nachkriegsregierung mit der Kaschauer Erklärung vom 1. April 1945 die rechtliche Grundlage für die Vertreibung der Sudetendeutschen, mit der ihnen die Rückgabe der Staatsangehörigkeit verweigert wurde. In den folgenden Monaten setzten mehrere Präsidialdekrete diesen Beschluss in geltendes Recht um.⁴⁸⁶ Im Jahr 1946 wurden etwa zwei Millionen Sudetendeutsche nach Deutschland zwangsausgesiedelt. Auch die karpatendeutsche Bevölkerung der Slowakei musste das Land größtenteils verlassen.⁴⁸⁷ Es wird geschätzt, dass zwischen 47.000 und 80.000 Karpatendeutsche nach ihrer Vertreibung die amerikanische Besatzungszone in Deutschland erreichten.⁴⁸⁸

Etwa 150.000 Sudetendeutsche hatten während des Zweiten Weltkriegs in den deutschen Streitkräften gedient.⁴⁸⁹ Im sowjetischen Frontlager Auschwitz verhandelten tschechische Unterhändler ab Sommer 1945 mit der sowjetischen Lagerverwaltung um die aus der Tsche-

⁴⁸³ Ebenda, S. 459.

⁴⁸⁴ Bestätigt wird der Interniertenstatus der Italiener in Sagan indirekt durch ein Protokoll, das bei der Übergabe des Lagers vom 9. bis 11. September 1945 von polnischen Behörden angefertigt wurde. Das Protokoll erwähnt für das Lager 8.950 Kriegsgefangene (darunter 271 Offiziere), die ausnahmslos deutscher Nationalität waren. AAN, DWO, 2/139, Bl. 359.

⁴⁸⁵ Ebenda.

⁴⁸⁶ Puttkamer, 2010, S. 108.

⁴⁸⁷ Ebenda, S. 109.

⁴⁸⁸ Morrissey, 2006, S. 354.

⁴⁸⁹ Kochanowski, 2004, S. 397.

choslowakei stammenden „volksdeutschen“ Gefangenen, welche die tschechische Regierung dringend als Arbeitskräfte im Ostrau-Karwiner Kohlerevier benötigte. Bei der Auflösung des Lagers im August und September 1945 entließ die sowjetische Lagerverwaltung viele der aus der Tschechoslowakei stammenden „Volksdeutschen“ und setzte sie unter tschechischer Bewachung nach Mährisch-Ostrau im Osten Tschechiens in Marsch. Die übernommenen Gefangenen kamen in den Grubenlagern und Arbeitskommandos des dortigen Kohlereviere zum Einsatz.⁴⁹⁰ Die ab November 1945 erfolgte Übergabe deutscher Kriegsgefangener an die tschechischen Urangruben im Gebiet von Ostrau-Karwin stand bereits mit dem sowjetischen Atomprogramm in Zusammenhang.⁴⁹¹ Karpatendeutsche, die im August 1944 von der slowakischen Armee zur Waffen-SS eingezogen wurden, gelangten u. a. in das sowjetische Sammellager Breslau-Hundsfeld. Von dort wurden sie über Oppeln und Obojan nach Kursk transportiert. Erst nach Jahren der sowjetischen Gefangenschaft erfolgte ihre Entlassung nach Deutschland.⁴⁹²

4.7.1.5 Die Elsässer und Lothringer

Ab August 1942 wurden um die 130.000 Elsässer und Lothringer zum Dienst in den deutschen Streitkräften gezwungen. Etwa 90 % von ihnen kamen an der Ostfront zum Einsatz. Bis zum Kriegsende hatten diese Zwangsrekrutierten 32.000 Tote und 10.500 Vermisste zu beklagen. Etwa 35.000 Elsässer und Lothringer gerieten in sowjetische Kriegsgefangenschaft. Die sowjetischen Behörden zogen sie zumeist im südöstlich von Moskau gelegenen Gefangenenlager Nr. 788 in Tambow zusammen. Auch nach dem Kriegsende wurden sie unter den gleichen schlechten Bedingungen wie ihre „reichsdeutschen“ Mitgefangenen weiter gefangen gehalten.⁴⁹³ Die französische Regierung war sehr bemüht, die Franzosen zu repatriieren, die in den deutschen Streitkräften gedient hatten und in sowjetischen Lagern vermutet wurden.⁴⁹⁴ Ab dem 12. März 1945 bestand unter der Obhut von General Georges Catroux eine französische Repatriierungsmission in Warschau. In den Lagern östlich von Oder und Neiße suchten französische Militärkommissionen neben ehemaligen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern auch nach französischen Staatsbürgern, die auf deutscher Seite gekämpft hatten.⁴⁹⁵ In einem „Abkommen über die Behandlung und Repatriierung sowjetischer und französischer Staats-

⁴⁹⁰ Cammann/Karasek, S. 1981, S. 373.

⁴⁹¹ Hilger, 2000, S. 314.

⁴⁹² Cammann/Karasek, S. 1981, S. 374.

⁴⁹³ Erbe, 2002, S. 174.

⁴⁹⁴ Dreyfus, 2006, S. 216.

⁴⁹⁵ Kochanowski, 2004, S. 406.

bürger, die sich unter der Hoheitsgewalt der französischen bzw. sowjetischen Behörden befinden“ war am 26. Juni 1945 der Austausch der französischen Gefangenen gegen 20.000 Sowjetbürger in Frankreich und der französischen Zone in Deutschland geregelt worden.⁴⁹⁶ Bereits am 20. Juli 1945, noch vor der massenhaften Freilassung nichtdeutscher Gefangener aufgrund des NKVD-Befehls Nr. 00955 vom 13. August 1945, durften 30 Elsässer das Lager Neuhammer verlassen.⁴⁹⁷ Auch im sowjetischen Sammellager in Oppeln stießen die französischen Kommissionen auf zahlreiche Elsässer, die über ein internationales Sammellager in Warschau in die Heimat repatriert wurden.⁴⁹⁸ Die frühzeitigen Entlassungen waren vermutlich auf die französische Initiative vor Ort zurückzuführen. In der UdSSR begann die Heimführung der Elsässer und Lothringer am 7. Dezember 1945.⁴⁹⁹

4.7.2 Die „Volksdeutschen“ im polnischen Gewahrsam

Vor dem Beginn des Zweiten Weltkriegs lebten über 340.000 Deutsche in den Gebieten der Zweiten Polnischen Republik, die vor 1918 nicht zum Territorium des Deutschen Reiches gezählt hatten.⁵⁰⁰ Bereits in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts hatten sich viele Vorfahren der deutschen Minderheit in Polen angesiedelt. Die Assimilation der „Volksdeutschen“ an die polnische Bevölkerung erfolgte hier aufgrund der Distanz zum Land ihrer Ahnen wesentlich schneller als die ihrer Landsleute in Oberschlesien und im polnischen Teilungsgebiet. Die Eintragung der deutschen Minderheit in die „Deutsche Volksliste“ wurde in der polnischen Gesellschaft, insbesondere im Generalgouvernement, als ein offener Akt des Verrats gewertet. Die Gründe für das Unterzeichnen der „Deutschen Volksliste“ durch die „Volksdeutschen“, so z. B. der Zwang der deutschen Behörden zum Eintrag in die DVL, der während des Krieges für die Deutschen in Oberschlesien und Pommerellen bestanden hatte, blieben dabei oft unberücksichtigt. An die Eintragung in die DVL war die gesetzliche Bedingung geknüpft, gesellschaftliche Kontakte zur polnischen Bevölkerung zu unterlassen und polnische Sitten bzw. Traditionen abzulegen. Diese Maßnahmen galten auch für die „Volksdeutschen“ in den Teilen Polens, die nicht dem Deutschen Reich angeschlossen waren. Die Angehörigen der deutschen Minderheit in den nicht annektierten Gebieten Polens waren durch die Annahme von Verifizierungsdokumenten als deutsche Volksangehörige ausgewiesen und galten ab 1942 als so genannte „Stammdeutsche“. Die Isolation der „Volksdeutschen“ von der polni-

⁴⁹⁶ Poljan, 2001, S. 65.

⁴⁹⁷ BA-MA, MSg 200/491; Kossmann, 2003, S. 65.

⁴⁹⁸ Bericht Marcel Staar.

⁴⁹⁹ Erbe, 2002, S. 174.

⁵⁰⁰ Heike, 1985, S. 164.

schen Bevölkerung wurde dadurch verstärkt, dass die Unterzeichner der DVL durch die polnische Gesellschaft ausgegrenzt wurden.⁵⁰¹

Im Jahr 1944 waren 1,4 Millionen Menschen in Oberschlesien in die DVL eingetragen, knapp 940.000 Personen waren es in Danzig-Westpreußen. Wesentlich restriktiver wurde die DVL im „Reichsgau Wartheland“ gehandhabt, wo sie 500.000 Personen umfasste. Mehr als 95 % der bis zu 3 Millionen „Volksdeutschen“ lebten in den polnischen Gebieten, die dem Deutschen Reich eingegliedert worden waren. Von den im Generalgouvernement beheimateten „Volksdeutschen“ zählte etwa ein Drittel zu den Gruppen I und II. Die „echten“ Deutschen dominierten die DVL in ihrer Anzahl nur im „Reichsgau Wartheland“. In Westpreußen und Oberschlesien bildete die Gruppe III eine deutliche Mehrheit. Im „Warthegau“ war etwa ein Fünftel der Bevölkerung in der DVL, um die drei Fünftel waren es im gesamten Oberschlesien und mehr als 40 % in Westpreußen. In einigen Regionen jedoch erfasste die DVL nahezu die gesamte Bevölkerung. So waren bis zu 95 % der Gesamtbevölkerung im ehemals preußischen Teil der Wojewodschaft Schlesien in die DVL eingetragen. Im Generalgouvernement, in dem sich mit etwas mehr als 100.000 Personen vergleichsweise wenige „Volksdeutsche“ aufhielten war der Widerstand der Polen gegen die deutsche Minderheit wesentlich stärker als in den eingegliederten Gebieten. Aufgrund der geringen Zahl an deutschen Volksangehörigen und ihres konträren Verhaltes zum dominierenden Teil der polnischen Gesellschaft wurde dort das Bekenntnis der „Volksdeutschen“ zum Deutschtum mit Verrat an den Polen gleichgesetzt und sollte als Kriegsverbrechen geahndet werden.⁵⁰² Die Masse der „Volksdeutschen“ war aus der Sicht der Juristen des polnischen Widerstands ein von der Besatzung unabhängiges Problem. In der Nachkriegszeit sollte dieses ungeachtet individueller Verhaltensweisen der „Volksdeutschen“ gelöst werden.⁵⁰³

Die Delegatur der polnischen Exilregierung befasste sich ab 1943 mit Lösungsansätzen für das Problem der „Volksdeutschen“ in Polen. Bereits in diesen Überlegungen waren für die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft durch Angehörige der deutschen Minderheit Strafen vorgesehen. Zugleich regte die Delegatur an, jeden Eintrag in die „Volksliste“ gerichtlich untersuchen zu lassen und die individuellen Umstände für die Unterzeichnung der DVL zu berücksichtigen. Die Vorschläge für das Strafmaß variierten zwischen Verbannung, Ausgrenzung aus dem gesellschaftlichen Leben, Verlust der polnischen Staatsbürgerschaft bis hin zur Aussiedlung aus Polen nach Deutschland. Zu einer Realisierung der Pläne kam es jedoch

⁵⁰¹ Kochanowski, 2006, S. 333, 337.

⁵⁰² Borodziej, 2006, S. 403.

⁵⁰³ Ebenda, S. 409.

nicht.⁵⁰⁴ Die Erlasse der kommunistischen Regierung waren wenig konkret und undifferenziert gehalten. Bereits das am 22. Juli 1944 veröffentlichte Manifest des „Polnischen Komitees der Nationalen Befreiung“ (PKWN) sah die Bestrafung von „Volksverrätern“ vor. Für Maßnahmen gegen „faschistische Hitlerverbrecher“, zu denen auch die „Volksdeutschen“ zählten, schufen die PKWN-Erlasse vom 31. August und 12. September 1944 sowie insbesondere das Dekret vom 4. November 1944 über die „Sicherheitsvorkehrungen gegen Volksverräter“ die rechtliche Grundlage. Weniger häufig als angesichts der Gruppe der „Volksdeutschen“ geplant, kamen diese Dekrete gegenüber den wenigen Deutschen, die sich im Sommer 1944 in den von der Roten Armee eroberten Gebieten östlich der Weichsel aufhielten, zur Anwendung. Im Raum Lublin wurden nur etwa 200 „Volksdeutsche“ festgenommen. Mit einer wesentlich größeren Anzahl an Festnahmen wurde bei der Befreiung weiterer Gebiete gerechnet.⁵⁰⁵

In Erwartung einer milden Behandlung verzichtete ein Teil der „volksdeutschen“ Landbevölkerung auf eine Evakuierung. Die Furcht vor dem Verlust ihres Eigentums und vor der ungewissen Ausreise in das Land der Vorfahren hielt zudem viele von ihnen von der Flucht aus ihren polnischen Heimatorten ab. Durch die rasche Winteroffensive der Roten Armee war nach dem 12. Januar 1945 zudem für einen Großteil der westlich der Weichsel lebenden „volksdeutschen“ Bevölkerung die Fluchtmöglichkeiten versperrt. Der Verbleib dieser „Volksdeutschen“ in den ostpolnischen Gebieten war von wesentlicher Bedeutung, da die kommunistische Regierung in Lublin eine Behandlung der „Volksdeutschen“ abhängig von den jeweiligen Herkunftsgebieten beschlossen hatte. Am 28. Februar 1945 wurde das Dekret „Zum Ausschluß feindlicher Elemente aus der polnischen Gesellschaft“ verabschiedet. In Zentralpolen, wo das Dekret nicht in Kraft getreten war, wurde ein am 6. Mai 1945 verabschiedetes Gesetz wirksam, dem zufolge Angehörige der dritten und vierten Gruppe der „Volksliste“ in Gebieten wie Oberschlesien und Pommerellen, in denen ein Zwang zur Unterzeichnung der DVL bestanden hatte, nach einer Loyalitätserklärung zumeist durch die staatliche Verwaltung rehabilitiert wurden. Die „Volksdeutschen“ der zweiten Gruppe konnten ihre Rehabilitation über Zivilgerichte erwirken. In der Wojewodschaft Posen bzw. in mehreren Kreisen der Wojewodschaften Łódź, Warschau und Krakau mussten sämtliche „Volksdeutschen“ vor Gericht nachweisen, dass ihr Eintrag in die DVL unter Zwang erfolgt war. Im Gebiet von Białystok und im ehemaligen Generalgouvernement galt weiterhin die restriktive Regelung aus dem Jahr 1944, die jedoch nicht immer konsequent befolgt wurde.⁵⁰⁶ Häufig

⁵⁰⁴ Kochanowski, 2006, S. 339f.

⁵⁰⁵ Ebenda, S. 341.

⁵⁰⁶ Ebenda, S. 342.

waren die „Volksdeutschen“ nach dem Kriegsende durch Zwangsarbeit bzw. durch die Internierung in Lagern umgesiedelt worden. In der Praxis erwies es sich daher oft als schwierig, herauszufinden, welche Personen im Generalgouvernement und welche in anderen Landesteilen Polens eingebürgert worden waren. Die in einigen polnischen Regionen bestehende Möglichkeit, die Rehabilitation vor Gericht einzufordern, nahmen nur wenige ehemalige „Volksdeutsche“ in Anspruch.⁵⁰⁷ Gründe für die geringe Inanspruchnahme waren zum einen das langwierige und kostspielige Verfahren für die gerichtliche Rehabilitation und zum anderen das Verhalten der polnischen Bevölkerung, die häufig unmittelbar nach Kriegsende an „Volksdeutschen“ Vergeltung in Form von Vergewaltigungen, Raub, Mord oder durch die Plünderung von Wohnungen bzw. Häusern und Aussiedlungen aus Polen übte. Das Verhalten der Polen gegenüber „Volksdeutschen“ bzw. Personen, die man dafür hielt, spiegelte dabei Erfahrungen der Polen während der NS-Besatzungszeit, wie z. B. die Kennzeichnungspflicht und die Einschränkung der Bewegungsfreiheit, wider.⁵⁰⁸ Nach Anordnung der Militärbehörden wurde polnischen Bürgern verboten, Deutschen die Hand zu geben oder mit ihnen an einem Tisch zu sitzen. Den Polen war es zudem nicht gestattet, „Volksdeutsche“ als Hausangestellte zu beschäftigen. Der Gebrauch der deutschen Sprache konnte im Nachkriegspolen zu Beschimpfungen oder Übergriffen führen. Das sich entwickelnde Klima des Hasses von Polen gegenüber „Volksdeutschen“ bildete einen wichtigen Grundpfeiler der polnischen Gesellschaft. Diese verband das Feindbild des Deutschen zudem mit der neuen Staatsgewalt, sodass die staatlich gestützte Diskriminierung von „Volksdeutschen“ die Akzeptanz der polnischen Führung in der Bevölkerung erhöhte. Der Hass auf die Deutschen gehörte insbesondere in den polnischen Nord- und Westgebieten zu den Integrationsfaktoren der polnischen Gesellschaft mit den neuen Territorien.⁵⁰⁹

4.7.2.1 „Volksdeutsche“ Zivilisten im polnischen Gewahrsam

Während die polnische Gesetzgebung im Jahr 1944 vor allem auf die Isolierung und Entrechtung der „Volksdeutschen“ abzielte, waren die Erlasse von 1945 auf die Rehabilitierung und Isolation der Nichtrehabilitierten ausgerichtet.⁵¹⁰ Die im Frühjahr 1945 von der polnischen Miliz und dem Amt für Öffentliche Sicherheit (UBP) verhafteten Deutschen wurden in den

⁵⁰⁷ Ebenda, S. 343. Da die „Volksdeutschen“ als günstige oder gar kostenfreie Arbeitskräfte benötigt wurden, sahen amtlichen Stellen häufig davon ab, Rehabilitationsanträge anzunehmen.

⁵⁰⁸ Kochanowski, 2006, S. 344.

⁵⁰⁹ Stokłosa, 2011, S. 71f.

⁵¹⁰ Eine Strafe sahen diese jedoch ebenso wenig vor wie eine Aberkennung der Staatsbürgerschaft oder die Aussiedlung.

polnischen Lagern und Gefängnissen nicht nur in Zivilisten und Soldaten, sondern auch in „Volks“- und „Reichsdeutsche“ unterschieden und getrennt. Während die „Volksdeutschen“ im polnischen Gewahrsam blieben, übergaben die Polen die „reichsdeutschen“ Gefangenen den sowjetischen Behörden.⁵¹¹ Im Zeitraum 1944 bis 1950 befanden sich durchgehend 30.000 bis 35.000 „Volksdeutsche“ unter den Häftlingen in den polnischen Nachkriegslagern. Zusammen mit den Kriegsgefangenen machten die „Volksdeutschen“ durchschnittlich zwei Drittel bis vier Fünftel der Inhaftierten aus, die sich in diesen Jahren ohne Gerichtsurteil im polnischen Gewahrsam befanden. Insbesondere im Jahr 1945 und in den ersten Monaten des Jahres 1946 führten mangelnde Ernährung, Misshandlungen und Epidemien zu zahlreichen Todesfällen unter den Insassen.⁵¹² Häufig wurden die nichtrehabilitierten „Volksdeutschen“ unter schlechten Bedingungen in den Zentralen Arbeitslagern Potulitz, Sikawa und Jaworzno interniert.⁵¹³ Der Arbeitseinsatz von „Volksdeutschen“ im oberschlesischen Kohlrevier war für den polnischen Staat von besonderer Bedeutung. Insbesondere in den Grubenlagern des Lagers Jaworzno wurden die „volksdeutschen“ Gefangenen eingesetzt. Das etwa 20 km südöstlich von Kattowitz gelegene Lager wurde 1943 als SS-Arbeitslager im System der Auschwitz-Außen- und Nebenlager errichtet und ab Februar 1945 in polnischer Verwaltung unter der offiziellen Bezeichnung „C.O.P. Jaworzno“ zur Inhaftierung von Gefangenen genutzt.⁵¹⁴ Von der polnischen Miliz bewacht, bestand es aus etwa 24 großen Baracken, die von einem elektrisch geladenen Stacheldrahtzaun und 12 Wachtürmen umgeben waren. In den Jahren 1945 bis 1949 befanden sich durchschnittlich 4.000 gefangene Personen, zu denen etwa 2.500 Kriegsgefangene zählten, in dem Lager. Dem zentralen Hauptlager Jaworzno waren bis zu 20 Außenlager unterstellt, die sich in Świętochłowice, Libiaź, Chrusty, Myslowice und Siersza sowie in den Kattowitzer und Beuthener Kohlendistrikten befanden.⁵¹⁵

Im Jahr 1945 stellten in Polen verbliebene „Volksdeutsche“ bei den polnischen Behörden bedeutend mehr Ausreise- als Rehabilitationsanträge. Die regionalen Instanzen versuchten, insbesondere arbeitsunfähige, kranke und alte Menschen auszusiedeln, die für die Kreise und Gemeinden eine finanzielle Belastung darstellten und zeigten sich auch bei Fluchtversuchen von „Volksdeutschen“ nach Deutschland nachsichtig. Die Ausreisewelle der deutschen Min-

⁵¹¹ Kochanowski, 2006, S. 31f.

⁵¹² Borodziej, 2006, S. 437.

⁵¹³ Kochanowski, 2006, S. 345. Siehe auch Bogusław Kopka, 2002, *Obozy pracy w Polsce 1944-1950*.

Przewodnik encyklopedyczny, Warszawa; Tadeusz Wolsza, 2003, *W cieniu Wronek, Jaworzna, Piehcina 1945-1956. Życie codzienne w polskich więzieniach, obozach i ośrodkach pracy więźniów*, Warszawa 2003; Witold Stankowski, 2002, *Obozy i inne miejsca odosobnienia dla niemieckiej ludności cywilnej w Polsce w latach 1945-1950*, Bydgoszcz.

⁵¹⁴ C.O.P. = Centralny Obóz Pracy = Zentralarbeitslager.

⁵¹⁵ Böss, 1974, S. 176-183.

derheit aus Polen endete Anfang 1946.⁵¹⁶ Eine neue Politik gegenüber den „Volksdeutschen“ fußte rechtlich auf den Dekreten „Über die strafrechtliche Verantwortung für die Ablegung der Staatsbürgerschaft“ vom 28. Juni 1946 sowie „Über den Ausschluß der Personen deutscher Staatsangehörigkeit aus der polnischen Gesellschaft“ vom 13. September 1946.⁵¹⁷ „Volksdeutsche“, die sich vor 1939 als solche bekannt hatten, wurden nach dem Erlass der Dekrete ausgebürgert, enteignet und anschließend ausgewiesen. Betroffen waren von dieser Regelung alle Angehörigen der Gruppe I und zum Teil Angehörige der Gruppe II der DVL. Die politische Polizei in Polen erhielt nach den Dekreten die Aufgabe, die Vergangenheit der „Volksdeutschen“ der Gruppen II bis IV sorgfältig zu prüfen. „Volksdeutschen“ über 18 Jahren, die „durch ihr Verhalten ihre deutsche nationale Besonderheit an den Tag gelegt hatten“, drohten der Verlust der Staatsbürgerschaft und die anschließende Aussiedlung. Die Eingrenzung der so genannten „nationalen Besonderheiten“ wurde bewusst offengelassen, da „jegliche Definition“ gemäß der Begründung des Dekrets als „gefährlich“ eingeschätzt wurde. Durch den Einspruch der westalliierten Besatzungsmächte in Deutschland gegen dieses Verfahren stellten die polnischen Behörden die Aussiedlungen Ende 1947 ein.⁵¹⁸

4.7.2.2 „Volksdeutsche“ Kriegsgefangene im polnischen Gewahrsam

Am 13. August 1945 erging der NKVD-Befehl Nr. 00955, nach dem 708.000 Kriegsgefangene aus sowjetischen Gefangenenlagern in die Freiheit entlassen werden sollten. Neben kranken und arbeitsunfähigen Deutschen betraf der Befehl auch Gefangene nichtdeutscher Nationalität.⁵¹⁹ Aus der Sicht der polnischen Behörden sollten die aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft heimkehrenden Personen nach der Übernahme durch polnische Sicherheitskräfte auf ihre Personalien überprüft werden. Das Schicksal der deutschen Heimkehrer hing dabei wie bei der „volksdeutschen“ Zivilbevölkerung von der staatlichen Gesetzgebung in Polen ab. Der Begriff „Kriegsgefangene“ für aus der Gefangenschaft zurückgekehrte Wehrmachtssoldaten ist in Akten aus dem Soldauer Land, Pommern und vor allem Oberschlesien, wo der Eintrag in die DVL häufig unter Zwang erfolgt war, selten zu finden. In Großpolen und den zentralpolnischen Wojewodschaften wurde diese Bezeichnung dagegen häufig benutzt. Mit dem Abschluss des Rehabilitationsverfahrens verlor ein Teil der ehemaligen Soldaten seinen Status als „Kriegsgefangene“. Heimkehrer, deren Familien als „Volksdeutsche“ von der Aussied-

⁵¹⁶ Kochanowski, 2006, S. S. 345f.

⁵¹⁷ Borodziej, 2006, S. 417.

⁵¹⁸ Kochanowski, 2006, S. S. 345ff.

⁵¹⁹ Kochanowski, 2004, S. 40.

lung, Internierung oder der Beschlagnahme ihres Vermögens betroffen waren, wurden in Zivilinterniertenlager überstellt, während für andere heimkehrende Soldaten der Kriegsgefangenenstatus bestehen blieb. Möglicherweise wollten die betreffenden polnischen Stellen in diesen Fällen durch eine Klassifikation der Heimkehrer als „Kriegsgefangene“ aufwendige Rehabilitationsverfahren vermeiden und zugleich einen Zwangsarbeitseinsatz ermöglichen.⁵²⁰

In Oberschlesien geriet das Problem der aus Polen stammenden Wehrmachtssoldaten bereits unmittelbar nach dem Kriegsende in das politische Blickfeld. Um den sozialen Frieden in der schlesischen Bevölkerung zu erhalten, suchte der schlesische Wojewode Aleksander Zawadzki nach einer annehmbaren Lösung für das Problem der „Volksdeutschen“. Zu Beginn der Massenentlassungen von Kriegsgefangenen aus den sowjetischen Lagern im August 1945 hatte er eine Kommission mit der Aufgabe betraut, eine möglichst große Zahl an Polen aus diesen Lagern zu befreien. Für die Mitglieder der Kommission waren dabei weder die genaue nationale Herkunft dieser Gefangenen noch deren Aktivitäten während des Krieges von Bedeutung. Auf Unverständnis stieß dieses Vorgehen u. a. bei der Leitung der Kohlebergwerke, die für den Arbeitseinsatz in den polnischen Zechen dringend Kriegsgefangene benötigte.⁵²¹ Im Arbeitslager Jaworzno ließ der Kommandant Stanisław Kwiatkowski ab Mitte September 1945 etwa 95 % der Kriegsgefangenen, die aus den sowjetischen Sammellagern an die polnischen Behörden überstellt worden waren, zur Arbeit unter Tage und in der Hüttenindustrie einsetzen. Ende 1945 wurden diese Arbeitseinsätze zeitweise eingestellt, aber ab dem Frühjahr 1946 fortgeführt.⁵²²

Bei den Massenentlassungen von Kriegsgefangenen aus den sowjetischen Gefangenenlagern im August und September 1945 hatten nicht alle Nichtdeutschen ihre Freiheit zurückerlangt. Mindestens 6.000 Polen, darunter wohl auch zahlreiche „Volksdeutsche“ aus den Gebieten Vorkriegspolens, verblieben weiterhin in sowjetischen Lagern.⁵²³ Im sowjetischen Übergabelager Puławy hatten diese „Volksdeutschen“ aus Polen „keine Rolle gespielt, vielleicht weil sie den Russen wie eine Mischung aus Polen und Deutschen vorgekommen waren, und das war denen keine besonders angenehme Mischung“, wie ein ehemaliger Gefangener des Lagers bemerkte.⁵²⁴ In einem nahe gelegenen polnischen Lager, in das die Gefangenen aus dem Übergabelager Puławy von den Sowjets überführt wurden, schienen die „Volksdeutschen“ unter polnischer Leitung nun „neben Russen, Polen und Reichsdeutschen einen vierten Stand

⁵²⁰ Ebenda, S. 42f.

⁵²¹ Nowak, 2003, S. 49.

⁵²² Kochanowski, 2004, S. 43.

⁵²³ Ebenda, S. 40f.

⁵²⁴ Kant, 1977, S. 139.

bilden zu wollen, nur einen von neuer Art, einen herrschenden nämlich. Sie machten sich breit, hatten die Küche schon in ihrer Hand, besetzten die Wäscherei und stellten vor allem den Arbeitsverteiler am Tor.“⁵²⁵ Obwohl das polnische Lagerpersonal häufig eine ablehnende Haltung gegenüber den „Volksdeutschen“ aus Polen einnahm, waren diese aufgrund ihrer Sprachkenntnisse für einen reibungslosen Lagerbetrieb unerlässlich. In der Position des Arbeitsverteilers bestimmten sie häufig, welche Gefangenen sich durch einen Arbeitseinsatz außerhalb des Lagers ein Zubrot verdienen konnten. Für diesen Dienst ließen sich die Verteiler von den Arbeitskommandos nach ihrem Einsatz mit mitgebrachten Lebensmitteln entlohnen. Durch einen darauf einsetzenden Boykott der Arbeitswilligen fehlte es den „volksdeutschen“ Arbeitsverteilern „an allen Umlaufmitteln“ und sie galten bald als entmachteter.⁵²⁶

Unter den Gefangenen, die aus den sowjetischen Übergabelagern an die polnischen Behörden übergeben wurden, befanden sich auch zivile „Volksdeutsche“ aus Rumänien. Nach dem Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts am 24. August 1939 war das rumänische Territorium im Sommer 1940 von sowjetischen Truppen besetzt worden. Nahezu alle der 93.000 Bessarabiendeutschen in Rumänien folgten Ende 1940 dem Aufruf deutscher Behörden zur Umsiedlung in das Deutsche Reich. In den deutschen Aufnahmestellen mussten sich die „Volksdeutschen“ erbbiologischen Untersuchungen unterziehen, die über so genannte Sippenschemata stattfanden. Das Personal erfasste dabei vorhandene Erbkrankheiten in den Familien der untersuchten Bessarabiendeutschen und entnahm ihnen Blutproben, um eine vorgebliche Blutspendereignung festzustellen. Die bestimmte Blutgruppe wurde den Umsiedlern unter den Arm tätowiert.⁵²⁷ Während des Vormarsches der Roten Armee im Frühjahr 1945 wurde ein Teil der Bessarabiendeutschen gefangen genommen und in die sowjetischen Sammellager überführt. In den Lagern wurden diese „Volksdeutschen“ aufgrund ihrer Blutgruppentätowierungen als mutmaßliche SS-Angehörige von den Mitgefangenen isoliert und kamen nach der Übernahme der Lager durch die Polen in das polnische Straflager „Bierut“. Im Dezember 1945 waren von den insgesamt etwa 500 Gefangenen im Lager „Bierut“ an die 20 Gefangene „Volksdeutsche“ aus Rumänien und der Ukraine. Vermutlich wurden die Bessarabiendeutschen im Jahr 1949 aus dem Lager entlassen, als sowjetische Behörden eine verstärkte Repatriierung von Rumäniendeutschen aus der UdSSR veranlassten.⁵²⁸ Insgesamt 27 „Volksdeutsche“ aus der Ukraine, die 1942 im so genannten „Warthegau“ angesiedelt worden waren, wurden im August 1949 in Listen erfasst und am 28. September 1949 aus dem

⁵²⁵ Ebenda.

⁵²⁶ Ebenda, S. 140.

⁵²⁷ Heinemann, 2006, S. 163-182.

⁵²⁸ Poljan, 1999, S. 366.

Lager abtransportiert. Für weitere 17 aus der Ukraine stammende „Volksdeutsche“, die im Lager verblieben waren, erfolgte der Abtransport am Karfreitag 1950.⁵²⁹

4.8 Die politischen Gefangenen

Im Oktober 1944 begann die sowjetische Besatzung Ostdeutschlands, doch erst im Januar 1945 erließ die Sowjetführung Befehle zur Regelung des Besatzungsregimes in Deutschland. Die von der sowjetischen Besatzungsmacht ergriffenen umfangreichen Maßnahmen gegenüber der deutschen Bevölkerung gingen weit über die Erfordernisse hinaus, die für eine militärische Sicherung des Besatzungsgebiets und die Verfolgung von NS-Kriegsverbrechern notwendig waren. Die gesamte männliche waffenfähige Zivilbevölkerung wurde zur Zwangsarbeit in die UdSSR deportiert. Zum Kreis der zu Verhaftenden zählten ferner „Mitglieder faschistischer Organisationen“, Bürgermeister, Leiter staatlicher Behörden und Wirtschaftsführer.⁵³⁰ Nach einem Bericht Berijas an Stalin, Molotov und Malenkov wurden im Januar 1945 in einer groß angelegten Säuberungsoperation „mehr als 290 Deutsche – aktive Diversanten und Terroristen, die die Aufgabe hatten, Kommandeure und Soldaten der Roten Armee umzubringen sowie Diversionen im Rücken der Fronttruppen zu verüben“ erschossen. Im Vergleich zu deutschen Schätzungen fällt diese Zahl äußerst niedrig aus, die indirekt durch eine weitere Angabe aus dem Bericht bestätigt wird. Unter den 200.000 Personen, die seit Beginn des Unternehmens verhaftet wurden, galten nur 256 als Diversanten und Terroristen. Die geringe Zahl beider Angaben lässt vermuten, dass es im rückwärtigen Gebiet der Roten Armee nur zu relativ wenigen deutschen Diversionsakten gekommen ist. Die Operation im Hinterland lief wohl ins Leere.⁵³¹

4.8.1 Die politischen Gefangenen in den sowjetischen Frontlagern

Die sowjetische Besatzungsmacht schränkte das pauschale Vorgehen gegen die deutsche Zivilbevölkerung erst im April 1945 ein. Im NKVD-Befehl Nr. 00315 begrenzte die sowjetische Führung ihre vorangegangene Anordnung, „aktive Mitglieder der nationalsozialistischen Partei“ zu verhaften, auf die „Anführer“ der NSDAP. Nach dem Verständnis Serovs und seiner Operativgruppen zählten zu diesen „Anführern“ bereits die Block- und Zellenleiter, die von den Sowjets massenhaft verhaftet wurden. In den Besatzungszonen der Westalliierten hinge-

⁵²⁹ Wagner, Jaworzno, o. P.

⁵³⁰ Mironenko, 1998, S. 15.

⁵³¹ Ebenda, S. 47f.

gen beschränkten sich die Internierungen auf Ortsgruppenleiter und höhere NSDAP-Funktionäre. Das sowjetische System maß den Rechten der Inhaftierten, darunter das Recht auf Unversehrtheit an Leib und Seele, nur wenig Bedeutung bei. Die Sondervollmachten des NKVD hingegen galten umso mehr, weshalb Verhaftungen sehr willkürlich erfolgen konnten. Gegen Misshandlungen bei Verhören gab es keine Möglichkeiten des Widerstands. Die Internierten hatten keinen Anspruch auf rechtliches Gehör.⁵³² Im Bereich der 1. Belorussischen Front wurden laut einer Meldung bis zum 13. Juni 1945 insgesamt 567 NSDAP-Mitglieder und Angehörige des Volkssturms erschossen. Die Vernichtung des NS-Regimes war das vorrangige politische Ziel der Moskauer Führung. Das sowjetische Interesse an einer schnellen Beseitigung des deutschen Staats- und Wirtschaftsapparates stand dahinter zurück.⁵³³ In der Sowjetischen Besatzungszone ordnete die Sowjetführung hierfür eigens die Errichtung von Speziallagern an. Der Abteilung Speziallager oblag es in den folgenden Monaten, für die sich in den Lagern östlich der Oder-Neiße-Linie befindlichen Internierten neue Haftunterkünfte in der SBZ zur Verfügung zu stellen. Es waren wohl insbesondere pragmatische Gründe, die ausschlaggebend waren, dass das NKVD die beiden großen NS-Konzentrationslager Sachsenhausen und Buchenwald als geeignete Internierungsobjekte auswählte. Die Abteilung Speziallager errichtete bis November 1945 sukzessive ein zentral geleitetes Lagersystem aus insgesamt neun Lagern und drei Gefängnissen, die über eine Aufnahmekapazität von ca. 100.000 Personen verfügten. Die Überführung der letzten Interniertenkontingente aus den sowjetischen Lagern östlich von Oder und Neiße in die Speziallager der Sowjetischen Besatzungszone dauerte noch bis Februar 1946 an.⁵³⁴ Seit 1946 wurden zunehmend auch deutsche Zivilisten, die in der SBZ wegen Delikten gegen das Besatzungsregime von sowjetischen Militärtribunalen (SMT) abgeurteilt worden waren, in die Speziallager überführt, in denen sie ihre Haftstrafe verbüßen sollten.⁵³⁵ Von den Internierten zählten 22.150 Personen als „Mitglieder faschistischer Organisationen“, somit fast doppelt viele wie die 11.460 Angehörigen feindlicher Streitkräfte. Nur 138 von ihnen galten als Diversanten und Terroristen.⁵³⁶ Die sowjetische Internierungspraxis in der Sowjetischen Besatzungszone war im Vergleich zu den westalliierten Zonen durch eine exzessive Härte geprägt. Dieses Vorgehen war vermutlich nicht explizit von der sowjetischen Führung als Forderung vorgegeben worden.⁵³⁷

⁵³² Ebenda, S. 70f.

⁵³³ Ebenda, S. 47, 49.

⁵³⁴ Ebenda, S. 47, 49, 60.

⁵³⁵ Ebenda, S. 15f.

⁵³⁶ Ebenda, S. 44.

⁵³⁷ Ebenda, S. 70.

4.8.1.1 Der Umgang mit den „Politischen“ unter den Lagergefangenen

Das Vorgehen der Lagerkommandanturen der verschiedenen Front-Aufnahme-Durchgangslager östlich von Oder und Neiße wurde im Umgang mit den politischen Lagerinsassen recht unterschiedlich gehandhabt. Da das NKVD in Schlesien kaum über eigene Lager verfügte⁵³⁸, diente das Sammellager Auschwitz auch zur Unterbringung von politischen Zivilinternierten. Weil sie in der NS-Hierarchie ein Amt bekleidet hatten oder die Sowjets ihnen aufgrund von Denunziationen nationalsozialistische Tendenzen zuschrieben, waren sie vom NKVD verhaftet und nach Auschwitz überstellt worden.⁵³⁹ Sämtliche dieser Zivilisten wurden zu Kriegsgefangenen erklärt, obwohl sie keinen Kombattantenstatus innehatten.⁵⁴⁰ Gemäß dem Befehl Nr. 0016 waren unter den Gefangenen zudem Polizei-Angehörige⁵⁴¹, ein „Regierungs-Rat“⁵⁴² und Eisenbahner⁵⁴³. Vermutlich wurden auch Jugendliche, die unter dem Verdacht standen, der NS-Freischärlerbewegung „Werwolf“ anzugehören, verhaftet und nach Auschwitz gebracht.⁵⁴⁴ Diese wurden zunächst nicht von den Mitgefangenen separiert. Es finden sich auch keine Hinweise darauf, dass diese durch das sowjetische Lagerpersonal Benachteiligungen oder gar Übergriffe erdulden mussten.⁵⁴⁵

Im Lager Breslau-Hundsfeld fiel die Aufgabe, politisch belastete Gefangene unter den Lagergefangenen ausfindig zu machen, den „Antifaschisten“ im Lager zu. Unter anderem fungierte ein Leutnant, im Zivilberuf Philologe, der dem antifaschistischen Komitee angehörte, als Informant des NKVD. Dieser überwachte die Stabsoffiziere und ihre Gespräche. Aus der Unterkunft für Stabsoffiziere wurden ein armamputierter Hauptmann, der in einer Unterhaltung von seinem goldenen Parteiabzeichen berichtet hatte, in eine mit einem Stacheldrahtzaun umgebene Baracke überführt und dort von den Bewohnern der anderen Baracken isoliert. Dorthin gelangte auch ein Ritterkreuzträger im Rang eines Feldwebels, der von den Stabsoffizieren in ihrer Unterkunft aufgenommen worden war. Der NS-Ordensträger hatte im Zivilberuf als Künstler gearbeitet und soll von seinen Werken eine Nympe, die er zuvor in Dresden modelliert hatte, an den NS-Propagandaminister Joseph Goebbels verkauft haben.⁵⁴⁶

⁵³⁸ Nowak, 2003, S. 49.

⁵³⁹ „Bericht des kaufmännischen Direktors a. D. Alfred Hitze aus Mittelwalde, Kreis Habelschwerdt i. Niederschl.“ zitiert in: Bundesministerium (Hg.), Bd. I/2, 1957, S. 407.

⁵⁴⁰ Schreiben von Dr. Grögler an Mariela Gräfin von Matuschka, 12.7.1947.

⁵⁴¹ Liste/Volksbund: Wilhelm Siemen.

⁵⁴² Liste/Volksbund: Dr. Albert Hagmayr.

⁵⁴³ APMO, Erklärungen, Bd. 162, Bl. 140, 14.7.1945.

⁵⁴⁴ Kilian, 1992, S. 73, 98; Mironenko, 1998, S. 12. Zur Entstehung und den Aktivitäten der NS-Organisation „Werwolf“ siehe Rose, Arno, 1980, Werwolf 1944-45, Stuttgart.

⁵⁴⁵ Fritsche, 2013, S. 46.

⁵⁴⁶ Stukowski, 1959, S. 84.

Im Frontlager Zittau-Großporitsch hatte das sowjetische Lagerpersonal bereits frühzeitig damit begonnen, die „Politischen“ ausfindig zu machen und in der Kompanie 16A der militärisch gegliederten Lagerbelegschaft zusammenzufassen. Zu diesen etwa 200 politischen Gefangenen zählte das sowjetische Lagerpersonal neben SS-Angehörigen „ein paar ‚Goldfasane‘ aus Zittau, auch einen Luftschutzwart, der sich zu intensiv um die Verdunkelung gekümmert haben sollte und denunziert wurde. NSV-Kassierer, ein Gefolgschaftsführer der HJ und zu eifrige Sammler für das Winterhilfswerk. Aber auch viele, die nicht über sich und ihre Vergangenheit reden wollten.“ Als das Lager am 14. Oktober 1945 aufgelöst und mit der gesamten Belegschaft nach Neuhammer überführt wurde, marschierte die Kompanie der politischen Gefangenen aus „Sicherheitsgründen“ an der Spitze der Kolonne. Die Hinfälligkeit dieser Maßnahmen zeigte sich bei der Ankunft im Lager Neuhammer. Die „Politischen“ wurden nicht wie im Lager Großporitsch gesondert untergebracht, sondern auf die dortigen Wohnblöcke aufgeteilt, wo sie in der Anonymität der Masse wieder zu „regulären“ Gefangenen wurden.⁵⁴⁷

Auch im Lager Sagan wurden von Seiten der sowjetischen Kommandantur keinerlei Anstrengungen unternommen, NS-Funktionäre oder politisch belastete Gefangene aus der Belegschaft ausfindig zu machen. Im Juni 1945 hatten der Saganer Lagerälteste Erich Friehe und seine Gehilfen damit begonnen, anhand der Blutgruppentätowierungen die SS-Angehörigen herauszusuchen und diese anschließend zu verhören. Dabei konnten sie unter ihnen auch ehemalige NSDAP-Mitglieder identifizieren. Die Verhöre waren stets von Misshandlungen begleitet, etwa 120 ehemalige SS- und NSDAP-Angehörige wurden während dieser Verhöre getötet.⁵⁴⁸

4.8.1.2 Die Gefangenen aus Adolf Hitlers Umfeld

Stalins Interesse lag nach dem Kriegsende 1945 insbesondere auf dem Personenkreis, der dem näheren Umfeld seines größten Rivalen Hitler entstammte und sowohl über dessen Leben als auch über sein Sterben Auskunft geben konnte. Die Verhaftung dieser Personen im sowjetischen Einflussbereich oblag dem militärischen Nachrichtendienst der Sowjetunion, SMERSch. Die Organisation war am 19. April 1943 vom NKVD gegründet worden und diente vornehmlich der Spionageabwehr. Hauptsächlich sollte sie „Verräter, Deserteure, Spione und kriminelle Elemente“ verhaften, aber auch kriegsgefangene sowjetische Soldaten nach ihrer Befreiung überprüfen, die ebenfalls als Verräter und Deserteure angesehen wurden. In

⁵⁴⁷ Fritsche, 2013, S. 47ff.

⁵⁴⁸ Wagner, Jaworzno, o. P.

den Kämpfen um Berlin waren in den ersten Maitagen 1945 Hitlers Diener Heinz Linge, dessen Pilot Hans Baur und einer von Hitlers Telefonisten, Rochus Misch, in die Hände der Sowjets gefallen. Der schwer verwundete Baur hatte während einer ersten Befragung an einer Berliner Sammelstelle wahrheitsgemäß seinen Dienstgrad mit SS-Obergruppenführer angegeben und somit das Interesse der Rotarmisten geweckt. Linge hingegen konnte zunächst unerkannt bleiben. Auf dem Marsch in das Front-Aufnahme-Durchgangslager in Posen hatte sich Misch dem zwischenzeitlich beinamputierten Baur als Helfer angeschlossen. Linge wurde im Lager Posen „ohne irgendwelche Vorwarnung“ in einen Kartoffelkeller gesperrt, da ihm nach Ansicht des sowjetischen Lagerpersonals seine Uniform „zu gut passte“ und man in ihm einen Angehörigen der NS-Prominenz vermutete. Nach einer Vernehmung durch sowjetische Offiziere verlor Baur seinen Kriegsgefangenenstatus und wurde als Internierter in das Moskauer Gefängnis Lubjanka überführt.⁵⁴⁹

Auch in den schlesischen Lagern fanden sich Personen aus dem näheren Umfeld des NS-Diktators. Der „Reichsbühnenbildner“ und enge Hitler-Vertraute Benno von Arent gelangte in das Frontlager Neuhammer. Im Sommer 1945 war dieser in seinem Siedlungshaus bei Potsdam „wegen seiner intimen Kenntnis Hitlers“ von den Sowjets verhaftet worden. Die tschechischen Organe brachten für Von Arent vermutlich nur ein geringes Interesse auf. Im Lager Neuhammer behielt dieser seinen Status als kriegsgefangener SS-Offizier bei und wurde auch nach seiner Deportation in die UdSSR weiterhin in Kriegsgefangenenlagern festgehalten.⁵⁵⁰

4.8.1.3 Das Schicksal der politischen Gefangenen bei der Auflösung der Lager

Im Zuge der bevorstehenden Entlassungen Ende August 1945 intensivierte das sowjetische Personal im Lager Auschwitz seine Bemühungen, NS-Täter unter den Gefangenen ausfindig zu machen und zur Aburteilung in die Sowjetunion zu überstellen. Eine gezielte Suche nach ehemaligen Angehörigen der NSDAP, der SS oder anderer nationalsozialistischer Organisationen begann am 25. August 1945.⁵⁵¹ Gefangene aus der Gruppe der Entlassungskandidaten wurden in dieser Nacht durch das Geschrei sowjetischer Soldaten geweckt und von diesen zum Verhör geführt. Bei den Vernehmungen setzte das sowjetische Lagerpersonal die Gefangenen psychisch stark unter Druck. Die Vernehmer beschuldigten die Verhörten einer Mitgliedschaft in einer der NS-Organisationen, verunsicherten sie mit Fangfragen und versuch-

⁵⁴⁹ Vgl. Baur, Hans, 1956, Ich flog Mächtige der Erde, Kempten/Allgäu. Linge, Heinz, 1980, Bis zum Untergang. Als Chef des Persönlichen Dienstes bei Hitler, München; Misch, Rochus, 2008, Der letzte Zeuge. Ich war Hitlers Telefonist, Kurier und Leibwächter, München.

⁵⁵⁰ Schenck, 1997, S. 288.

⁵⁵¹ APMO, Erinnerungen, Bd. 217, Bl. 89, 25.8.1945.

ten, die Befragten mit vorgeblichem Wissen zu Geständnissen zu bewegen. Mehrfach wiederholten die Rotarmisten ihr Vorgehen in derselben Nacht und führten jeweils neue Gefangene zum Verhör ab. In der folgenden Nacht wiederholten sie diese Prozedur.⁵⁵²

Andere Gefangene, die ebenfalls kurz vor der Entlassung standen, mussten einzeln vor Mitgliedern des NKFD zu Vernehmungen erscheinen. Auch bei diesen eingehenden Befragungen hatten die Vernehmer die Bestrebung, SS-Angehörige bzw. Kriegsverbrecher ausfindig zu machen. Dabei mussten sich die Lagergefangenen Leibesvisitationen unterziehen. In den persönlichen Dokumenten der Gefangenen suchten die Funktionäre des Nationalkomitees nach belastenden Hinweisen. Wurden sie fündig, musste der Betreffende zu weiteren Befragungen erscheinen.⁵⁵³

Im letzten Transport mit etwa 2.400 Gefangenen aus dem Lager Auschwitz gingen am 11. September 1945 neben Offizieren und SS-Angehörigen auch die politischen Gefangenen in Richtung Wyschni-Wolotschek ab.⁵⁵⁴ Zu diesen zählten die NS-Funktionäre, die bei den Verhören im August erfasst worden waren, und nach der Aussage eines ehemaligen Lagergefangenen „solche, die in Auschwitz unter dem Verdacht, ‚Politische‘ zu sein, eingeliefert wurden“.⁵⁵⁵

Über das weitere Schicksal der politischen Gefangenen im Lager Breslau-Hundsfeld ist nichts bekannt. Es ist anzunehmen, dass diese von den Sowjets in die Breslauer Gefängnisse überstellt wurden. Im Übergabelager Sagan waren die SS-Angehörigen seit Juni 1945 von den anderen Gefangenen separiert und in einem „Sonderlager“ innerhalb des Hauptlagers zusammengefasst worden. In Neuhammer war die Isolierung der SS-Gefangenen erst im Oktober 1945, bereits unter polnischer Regie, erfolgt. Eine umfassende Suche nach politisch belasteten Gefangenen bzw. deren Separierung hatte es in beiden Übergabelagern jedoch nicht gegeben. „Es ist nicht wahr, wenn behauptet wird, dass seitens der Russen ein Kampf gegen nationalsozialistische Parteigenossen geführt worden wäre. Im Gegenteil wurden zu unserem Erstaunen Hunderte und Tausende von Nationalsozialisten von Juli ab entlassen, als man nämlich begann, Schwache, Kranke und irgendwie schlecht aussehende Gefangene zu entlassen“, kritisierte ein Saganer Lager-Antifaschist nach seiner Entlassung dieses Versäumnis. „Lediglich die durch Blutgruppenstempel gezeichneten SS-Leute wurden herausgezogen, abgesondert und abtransportiert.“⁵⁵⁶

⁵⁵² Ebenda, Bl. 85.

⁵⁵³ APMO, Erklärungen, Bd. 206, Bl. 9.

⁵⁵⁴ Mazakarini, Dokumentation, Bl. 3. Mazakarini datiert die Abfahrt des Zuges fälschlich auf den Oktober 1945.

⁵⁵⁵ Deutsches Rotes Kreuz, 1959, S. 135.

⁵⁵⁶ Staatsarchiv Hamburg, 622-1-203/334: Betreffend die Deutsche Leitung des Kriegsgefangenen-Lager Sagan-Ost, Bl. 1.

4.8.2 Die politischen Gefangenen in den polnischen Lagern 1945-1950

Seit dem Frühjahr 1945 suchten Angehörigen des polnischen Sicherheitsdienstes insbesondere in Oberschlesien verstärkt nach NS-Aktivisten. In Oberschlesien wurden insbesondere Mitglieder der SA und der NSDAP verhaftet und verurteilt, denen neben ihrer Mitgliedschaft keine Vergehen nachgewiesen werden konnte.⁵⁵⁷ Im Lager Zgoda wurden z. B. die NSDAP-Mitglieder und andere NS-Funktionäre in einer gesonderten Baracke des Lagers, die so genannte „Braune Baracke“, untergebracht.⁵⁵⁸ Eine Internierte des Lagers erinnerte sich: „Diese Baracke war so überfüllt, daß einer neben dem andern kauern mußte, und keiner konnte sich weder hinlegen noch ausstrecken. Der Anblick dieser zum Skelett abgemagerten Männer war entsetzlich. Es waren Bergwerksdirektoren, Gutsbesitzer und alle Volksschichten darunter.“⁵⁵⁹ Die Einrichtung der Unterkunft ging auf den deutschen Lagerarzt Dr. Glombitza zurück. Dieser Umstand war umso verwunderlicher, da Glombitza, der dem polnischen Lagerpersonal sehr nahestand, selbst als SA-Sturmführer aktiv gewesen war.⁵⁶⁰

Unter den 1.026 ersten Verhafteten zwischen Februar und April 1945 waren 377 NSDAP-Mitglieder. Zu diesen zählten nur 136 Funktionäre, unter denen sich 97 Blockleiter und 14 Zellenleiter befanden. Weiterhin befanden sich unter den Verhafteten 250 Mitglieder der SA, darunter 11, die mehr als gewöhnliche SA-Männer waren. Der Ranghöchste unter ihnen war ein Obersturmmann. Auch 84 HJ-Mitglieder wurden inhaftiert. Insgesamt 231 der Verhafteten waren als mutmaßliche Mitglieder weiterer NS-Organisationen oder aus anderen Gründen verhaftet worden.⁵⁶¹ Gemäß einem NKVD-Befehl vom April 1945 sollten neben dem Personal von Gerichten und Konzentrationslagern auch alle SS- und SA-Offiziere in Kriegsgefangenenlager eingeliefert werden.⁵⁶² Am 30. August 1945 informierte Cernysev Pietrov darüber, dass unter den 50.000 überstellten Kriegsgefangenen „auch die in SS, SD, SA und Gestapo dienenden Einheiten enthalten“ wären. Die Sowjets agierten nicht gerade entgegenkommend: Sie übergaben den polnischen Behörden Kriegsgefangenenkontingente, die als problematisch galten. Hierzu zählten u. a. ehemalige SS-Angehörige und Gestapo-Mitglieder, da für diese eine besondere Bewachung erforderlich war.⁵⁶³

⁵⁵⁷ Borodziej, 2006, S. 416.

⁵⁵⁸ Gruschka, 1996, S. 62.

⁵⁵⁹ Erlebnisbericht von Frau J. F. aus Pless in Oberschlesien, zit. in: Bundesministerium (Hg.), Bd. IV/2, 1957, S.

⁵⁶⁰ Gruschka, 1996, S. 69.

⁵⁶¹ Borodziej, 2006, S. 416.

⁵⁶² Mironenko, 1998, S. 158.

⁵⁶³ Kochanowski, 2004, S. 53.

Der Internationale Gerichtshof in Nürnberg gab am 1. Oktober 1946 sein Urteil bekannt. Auf Vorschlag der US-Amerikaner vom Frühjahr 1945 hatte der Gerichtshof die Führung des Dritten Reiches angeklagt. Des Weiteren richtete sich die Anklage gegen die Reichsregierung, den Generalstab bzw. das Oberkommando der Deutschen Wehrmacht sowie das Korps der Politischen Leiter der NSDAP, einschließlich der SA. Als „verbrecherische Organisationen“ zählte das Urteil folgende Institutionen:

1. das Korps der Politischen Leiter bis einschließlich Kreisleiter, sofern sie ihre Funktionen nach dem 1. September 1939 ausübten;
2. Gestapo und SD einschließlich der Angehörigen des Reichssicherheitshauptamtes, die sich mit Gestapoangelegenheiten befassten, der örtlichen Gestapo-Beamten und der Grenzpolizei, jedoch nicht Mitglieder des Grenz- und Zollschutzes, der Geheimen Feldpolizei und auch nicht jene Personen, die von der Gestapo für Büroarbeiten und nichtamtliche Aufgaben beschäftigt wurden; und ausschließlich jener, die ihre Stellung vor dem 1. September 1939 aufgegeben hatten.⁵⁶⁴

Im Sinne der Anklage sprach der Gerichtshof jedoch die Reichsregierung, den Generalstab, das Oberkommando der Wehrmacht und die SA frei.⁵⁶⁵ Das erste Nürnberger Urteil offenbarte den Widerspruch zur polnischen Justiz, die bis 1946 eine Mitgliedschaft in der NSDAP oder der SA als Verbrechen einstufte und mit Gefängnis nicht unter drei Jahren ahndete. Zu den wichtigsten Grundsätzen zählte, dass NS-Organisationen, die in Nürnberg nicht als verbrecherisch eingestuft worden waren, auch weiterhin vom polnischen Gesetzgeber für verbrecherisch erklärt werden durften. Ausnahmen bildeten Organisationen, wie z. B. die SA, für die das IMT eine bloße Mitgliedschaft explizit von einer Strafverfolgung ausgeschlossen hatte. Bei der Interpretation der polnischen Gesetze sollte nicht gegen ein deutliches Diktum des Nürnberger Urteils verstoßen werden. Die Belegschaften der KZ-Wachmannschaften durften daher beispielsweise als verbrecherische Organisationen gelten, da sie während des Nürnberger Prozesses nicht Gegenstand der Anklage gewesen waren. Zwangseinberufene waren hiervon allerdings ausgeschlossen, da ihnen bis auf die Mitgliedschaft keine weiteren Vorwürfe gemacht werden konnten.⁵⁶⁶

In Übereinstimmung mit dem Nürnberger Urteil wurden von 1947 an die Zellen- und Blockleiter in der polnischen Gerichtspraxis nicht mehr zum Korps der Politischen Leiter gezählt.

⁵⁶⁴ Schmidt, 2004, S. 329.

⁵⁶⁵ Mironenko, 1998, S. 67.

⁵⁶⁶ Borodziej, 2006, S. 418.

Der Begriff der „Leitung“ der NSDAP, die das IMT zu einer verbrecherischen Organisation erklärt hatte, blieb zeitweise umstritten. Hingegen kam es weiterhin auch beim technischen bzw. dem Hilfspersonal der Sicherheitspolizei wegen „Mitgliedschaft in einer verbrecherischen Organisation“ zur Anklage, obwohl das Nürnberger Urteil sie aus dem strafbaren Bereich ausgesondert hatte. Dies betraf wohl vor allem „volksdeutsche“ Dolmetscher der Gestapo und anderer Polizeidienste, die während der Besatzungsherrschaft in Polen eine bedeutende Rolle gespielt hatten. Aufgrund der spezifischen polnischen Erfahrung während der deutschen Besatzungszeit war es nach Artikel 4 des novellierten Augustdekrets möglich, die Strafverfolgung auf in Nürnberg nicht genannten Organisationen auszuweiten: In Polen zählten auch die ukrainische SS, der Volksdeutsche Selbstschutz, die Führung der Verwaltung des Generalgouvernements von der Ebene der Kreis- und Stadthauptmänner aufwärts, die weißrussische Hilfspolizei, die Konzentrationslager-„Organisation“ (Leitungen, Verwaltungen und Mannschaften) und die Ukrainische Aufständische Armee zu den „verbrecherischen Organisationen“. Für die polnische Gerichtspraxis bedeutete dies, dass eine Mitgliedschaft in der SA oder der NSDAP allein nicht mehr für eine Verurteilung ausreichend war.⁵⁶⁷

An der ab April 1948 neu entstandenen Antifa-Bewegung durften sich auch nationalsozialistisch belastete Kriegsgefangene beteiligen. Ein ehemaliges NSDAP-Mitglied nahm am ersten Kurs teil und sechs weitere am zweiten Kurs.⁵⁶⁸ Diejenigen Aktivisten, die von der PPR nach Gleiwitz delegiert worden waren, sollten primär die Entlassungskandidaten ein letztes Mal überprüfen. Auch die Antifa-Aktivisten, die sich dauerhaft im Repatriierungslager Gleiwitz aufhielten, sollten sich an dieser letzten Kontrolle beteiligen. Im Herbst 1948 umfasste diese Gruppe 18 Aktivisten. Ebenso war ein Arzt dazu abgestellt, nach Blutgruppentätowierungen bzw. entsprechenden Beseitigungsspuren zu suchen und so ehemalige SS-Männer unter den zu Entlassenen ausfindig zu machen. Bereits in den ersten drei Heimkehrertransporten, welche das Lager Gleiwitz verlassen sollten, entdeckte die Arbeitsgruppe unter den Entlassungskandidaten insgesamt drei „aktive Hitler-Anhänger“, zehn ehemalige SS-Angehörige und 13 „Reaktionäre“. Im Lager Gleiwitz wurden bis Ende März 1949 insgesamt 255 Kriegsgefangene zurückgehalten. Bereits in ihren Herkunftslagern waren die dort ankommenden Kriegsgefangenen auf ihre politische Einstellung überprüft worden. Zu Beginn der Entlassungsaktionen sollten die Obmänner in den Lagern ein Kontingent von 10 % der Gefangenen in den jeweiligen Lagern für die Repatriierungen bestimmen. Vor jedem Abtransport der Heimkehrer konnten die Lagerobmänner aus dem Lager Gleiwitz unter diesen noch eine große Zahl an

⁵⁶⁷ Ebenda, S. 419.

⁵⁶⁸ Kochanowski, 2004, S. 361f.

„Reaktionären“ ausfindig machen. Daher sahen sich die Lageradministrationen veranlasst, die Auswahl der für die Transporte bestimmten Gefangenen wesentlich zu verschärfen. Am 22. Oktober 1948 kam es aus diesem Grund zu einem Treffen zwischen Wloch, Lipski, Duljasz, Sierp, Techniczek und weiteren führenden Funktionären, um eine Lösung dieses Problems zu finden. Die Teilnehmer beschlossen, neue Lagerlisten anfertigen zu lassen. Grundlage dieser Listen sollten dabei Karteien mit politischen Beurteilungen der Gefangenen sein, die von den Selbstverwaltungsorganen der Lager erstellt wurden. Im Repatriierungslager Gleiwitz wurden die Kriegsgefangenen abschließend noch einer letzten Kontrolle unterzogen. Dieses Vorhaben wurde rasch in die Tat umgesetzt. Für die Entlassungen sollten die Lagerobmänner nach behördlichen Anweisungen vom November 1948 das „demokratische Element“ unter den Lagergefangenen anhand der erstellten Karteien auswählen.⁵⁶⁹

4.9 Die minderjährigen Gefangenen

Am 1. Oktober 1944 befahl Heinrich Himmler in seiner Funktion als Befehlshaber des Ersatzheeres, insbesondere aus den männlichen Jugendlichen der Jahrgänge 1928/29 das dritte Aufgebot des Volkssturms aufzustellen. Dem Reichsjugendführer übertrug Himmler die Erfassung bzw. Ausbildung dieser Jugendlichen. Die Sechzehnjährigen sollten in den paramilitärischen „Wehrrüchtigungslagern“ der Hitlerjugend eine sechswöchige Ausbildung durchlaufen.⁵⁷⁰ Neben diesen minderjährigen Angehörigen des Volkssturms gelangten bei Kriegsende 1945 auch Hitlerjungen und Kinder bzw. Jugendliche im Zuge der „Kinderlandverschickung“ in sowjetisches Gewahrsam.⁵⁷¹ Zudem wurden Jugendliche, die unter dem Verdacht standen, der NS-Freischärlerbewegung „Werwolf“ anzugehören, verhaftet und in Gefangenenlager verbracht.⁵⁷²

4.9.1 Die minderjährigen Gefangenen in den sowjetischen Frontlagern 1945

Mit dem Erlass des NKVD-Befehls Nr. 00101 am 22. Februar 1945 wurde die Überstellung sämtlicher Angehöriger von militärischen und paramilitärischen Organisationen in Kriegsgefangenenlager verfügt. Der Befehl verdeutlichte, dass die sowjetische Führung neben den Angehörigen der Wehrmacht und der Waffen-SS auch die Mitglieder paramilitärischer NS-

⁵⁶⁹ Ebenda, S. 370f.

⁵⁷⁰ Jahnke, 1993, S. 17.

⁵⁷¹ APMO, Erklärungen, Bd. 129, Bl. 60; Sonntag, Informationen, Bl. 1.

⁵⁷² Kilian, 1992, S. 73, 98; Mironenko, 1998, S. 12. Zur Entstehung und den Aktivitäten der NS-Organisation „Werwolf“ siehe Rose, Arno, 1980, Werwolf 1944-45, Stuttgart.

Organisationen als Kriegsgefangene einstuft. Diese Anweisung stimmte mit dem Erlass des Rates der Volkskommissare der UdSSR vom 1. Juli 1941 überein, nach dem auch „Personen, die bewaffneten Truppen angehören, welche nicht zur feindlichen Wehrmacht gehören, wenn sie offen Waffen tragen“, als Kriegsgefangene eingestuft wurden.⁵⁷³ In Unkenntnis dieser sowjetischen Bestimmungen versuchten deutsche Kommandeure in den letzten Kriegstagen, Hitlerjungen und Luftwaffenhelfer als reguläre Soldaten den Weg in die sowjetische Gefangenschaft antreten zu lassen. So wurden Schüler der Breslauer Schlageterschule, die in der „Festung Breslau“ als Luftwaffenhelfer eingesetzt gewesen waren, in der Endphase der sowjetischen Belagerung der Stadt in die Wehrmacht eingegliedert. Die Verantwortlichen befanden sich dabei in dem Irrglauben, dass den Luftwaffenhelfern als Wehrmachtsangehörige im sowjetischen Gewahrsam die Schutzbestimmungen der Genfer Konvention zuteilwerden würden.⁵⁷⁴

„Vierzehn- bis sechzehnjährige Jungen waren als Flakhelfer, Volkssturmmänner oder Angehörige von Kampfgruppen der faschistischen Jugendorganisation in Gefangenschaft gekommen. Ihnen fiel das Leben im Lager besonders schwer. Heimweh quälte sie. Von den älteren Kriegsgefangenen wurden sie oft in unverantwortlicher Weise ausgenutzt“⁵⁷⁵, resümierte ein Angehöriger des Nationalkomitees „Freies Deutschland“. So ist aus dem Lager Sagan überliefert, dass der ungarische Küchenchef ein 15-jähriges Kind misshandelte.⁵⁷⁶ Doch nicht nur die Hilf- und Schutzlosigkeit der jugendlichen Gefangenen, sondern auch deren politische Formbarkeit waren die Gründe, warum die NKFD-Aktivistinnen in den Lagern den Minderjährigen „besondere Aufmerksamkeit“ widmeten. Die Antifa-Aktivistinnen beabsichtigten, diese Jungen „in materieller, aber auch geistig-politischer Hinsicht“ besonders zu betreuen, indem sie z. B. aus der Lagerbibliothek eine „Auswahl antifaschistischer Jugendliteratur“ zur Verfügung stellten. NKFD-Angehörige, aber auch sowjetische Offiziere, versuchten die Jugendlichen in Vorträgen und Diskussionen politisch zu beeinflussen. „Ihrem Alter gemäß wurde mit ihnen über den Faschismus und den Krieg, die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, die künftige Gestaltung Deutschlands, über die Sowjetunion, den Kampf der deutschen Arbeiterjugendbewegung, über Ziele und Aufgaben einer kommenden antifaschistischen deutschen Jugendorganisation und anderes diskutiert.“⁵⁷⁷

⁵⁷³ Mironenko, 1998, S. 45.

⁵⁷⁴ Adler, Horst, Schweidnitz in den Kriegsjahren 1942-1945. Materialien zu einer Stadtgeschichte. Teil II: 1944-1945, in: Tägliche Rundschau (Reutlingen), 1/1995 S. 13-20.

⁵⁷⁵ Kügelgen, 1968, S. 54.

⁵⁷⁶ Klausch, 1993, S. 533.

⁵⁷⁷ Kügelgen, 1968, S. 73.

Anfang Juli 1945 hatte die Lagerleitung in Auschwitz ein „Jugendbataillon“ unter der Führung eines Zivilgefangenen aufstellen lassen, in dem alle Jugendlichen bis 18 Jahren, d. h. sämtliche Jahrgänge bis 1927 aufgenommen wurden.⁵⁷⁸ Die Aufnahme in das Bataillon, das sich aus mehreren „Jugendkompanien“ zusammensetzte, erfolgte ohne Nachweise des Alters nach der äußerlichen Abschätzung der Jungen.⁵⁷⁹ Die Angehörigen des „Jugendbataillons“ erhielten zusätzliche Verpflegung⁵⁸⁰ und blieben von den Deportationen in die Sowjetunion verschont.⁵⁸¹ Ausgebildete Lehrkräfte unter den Gefangenen im Lager Auschwitz boten den Jugendlichen Kurse in Latein, Englisch, Französisch, Mathematik und Chemie an.⁵⁸² Die Zuhörer saßen während des Unterrichts auf dem Boden. Schreib- oder Lehrmaterial stand nicht zur Verfügung.⁵⁸³ Gelegentlich statteten zudem Offiziere, unter denen sich auch ehemalige Lehrer befanden, den Jungen des „Jugendbataillons“ Besuche ab, um „einiges zu erzählen“ oder um Volkslieder vorzutragen.⁵⁸⁴

Anders verhielt es sich im Lager Auschwitz, wo der Stalin-Befehl zur Demontage der Werksanlagen schnell und mit allen Mitteln umgesetzt werden musste. Hierfür schonte das sowjetische Lagerpersonal auch die minderjährigen Gefangenen nicht. Die arbeitsfähigen Gefangenen aus der Gruppe der Internierten, die sich vornehmlich aus Frauen, Greisen und Kindern zusammensetzte, hatten in den nahe gelegenen IG-Farben-Werken Demontagearbeiten zu verrichten, wo sie Produktionsgüter abmontieren, verpacken und transportieren mussten.⁵⁸⁵ Der zweiten Arbeitsgruppe gehörten die Gefangenen im Alter zwischen 16 und 18 Jahren bzw. die 50- bis 60-jährigen an. Ältere Kriegsgefangene ordneten die Lagerärzte der dritten oder vierten Kategorie zu.⁵⁸⁶ Mit diesen Maßnahmen sollte eine höchstmögliche Effizienz des Arbeitseinsatzes erzielt und zugleich eine Verschlechterung der physischen Verfassung, d. h. eine Minderung der Arbeitskraft vermieden werden.⁵⁸⁷ Der jüngste unter den im sowjetischen Frontlager Auschwitz verstorbenen Gefangenen war zum Zeitpunkt seines Todes erst 15 Jahre alt.⁵⁸⁸

⁵⁷⁸ APMO, Sammlung Erklärungen, Bd. 96, Bl. 88; Sonntag, Informationen, Bl. 3; Profé, Tagebuch, 4.7.1945.

⁵⁷⁹ APMO, Sammlung Erklärungen, Bd. 96, Bl. 87; Sonntag, Informationen, Bl. 3.

⁵⁸⁰ Profé, Tagebuch, 4.7.1945.

⁵⁸¹ APMO, Sammlung Erklärungen, Bd. 96, Bl. 88; Sonntag, Informationen, Bl. 4. Unter den Jugendlichen im Lager ging die Befürchtung um, dass sie für den Abtransport in ein russisches Umerziehungslager bestimmt wären.

⁵⁸² Profé, Tagebuch, 2.8.1945; Sonntag, Informationen, Bl. 3f. Vgl. Karner, 1995, S. 106.

⁵⁸³ Profé, Tagebuch, 2.8.1945. Vgl. Karner, 1995, S. 106.

⁵⁸⁴ Profé, Tagebuch, 2.8.1945.

⁵⁸⁵ Kaps, 1952, S. 160.

⁵⁸⁶ Ratza, 1973, S. 13.

⁵⁸⁷ Karner, 1999, S. 354f.

⁵⁸⁸ Liste/Volksbund: Jürgen Hermann Eugen Mischkewitz.

Auch in den Speziallagern der Sowjetischen Besatzungszone waren insbesondere die jüngeren Häftlinge die Adressaten von vereinzelt Versuchen der politischen Beeinflussung. Im Speziallager Mühlberg zeigte die Lagerverwaltung beispielsweise den Jungen, die häufig unter „Werwolf“-Verdacht standen, einen sowjetischen Propagandafilm, in dem jugendliche sowjetische Partisanen erfolgreich gegen die Wehrmacht kämpften. Die oft überzogen dargestellten Heldentaten im Film führten bei den Zuschauern zu Unmutsbekundungen, so dass die Vorführung abgebrochen werden musste.⁵⁸⁹ Die Haftmaßnahmen in den Speziallagern zielten verstärkt auf Jugendliche, die häufig Ende der 1920er Jahre geboren worden waren.⁵⁹⁰ Vielfach wurden diese beschuldigt, Angehörige der „Werwolf“-Organisation gewesen zu sein.⁵⁹¹ Der Reichsführer SS Heinrich Himmler hatte im Herbst 1944 die Aufstellung kleiner geheimer Spezialkommandos befohlen, die in den von den alliierten Truppen besetzten Gebieten des Deutschen Reiches Sabotageakte gegen feindliche Kräfte verüben sollten. Diese Anschläge sollten die deutsche Bevölkerung von möglichen Kollaborationen mit den Besatzungstruppen abschrecken. Zu den bekanntesten Aktionen des „Werwolfs“ zählt die Ermordung von Franz Oppenhoff, den die amerikanische Besatzungsmacht im Frühjahr 1945 in Aachen als Oberbürgermeister eingesetzt hatte. Der Reichspropagandaminister Joseph Goebbels hatte im April 1945 zudem die Einrichtung eines Senders „Werwolf“ veranlasst. Der Sender stand jedoch nicht in Verbindung mit dem „Werwolf“, sondern rief eine „Bewegung der nationalsozialistischen Freiheitskämpfer“ aus. Der von Hitler zu seinem Nachfolger als Reichskanzler ernannte Karl Dönitz verbot am 5. Mai 1945 die „Werwolf“-Aktivitäten.⁵⁹²

In dem Befehl Nr. 00315 vom 18. April 1945 definierte Berija erneut die Gruppe der zu verhaftenden „feindlichen Elemente“, wobei er aufgrund der angeblich einsetzenden „Werwolf“-Aktivitäten die Führer „faschistischer Jugendorganisationen“ aus dem gesuchten Personenkreis explizit hervorhob.⁵⁹³ Das NKVD ergänzte im Juli 1945 die Bestimmungen des Befehls Nr. 00315 um den Befehl Nr. 00780, der ausdrücklich die Bekämpfung neu aufgestellter anti-sowjetischer Organisationen bzw. Gruppen auch nach der Beendigung der Kampfhandlungen forderte.⁵⁹⁴ Noch mindestens bis zum Sommer 1946 konzentrierte sich das NKVD auf die Bekämpfung des „Werwolfs“. Stalin wurde erst am 22. Juni 1945 vom NKVD in einem Bericht über dessen Ermittlungen zur „Werwolf“-Organisation unterrichtet. In Anbetracht der unbedeutenden Rolle des „Werwolfs“ während des Sommers 1945 wirkten diese Ausführun-

⁵⁸⁹ Ochs, 2006, S. 128.

⁵⁹⁰ Greiner, 2010, S. 29.

⁵⁹¹ Mironenko, 1998, S. 62f.

⁵⁹² Ebenda, S. 62.

⁵⁹³ Ebenda, S. 178. Vgl. Rose, 1980, S. 13-22.

⁵⁹⁴ Mironenko, 1998, S. 61.

gen zu den „Werwolf“-Aktivitäten eher uninformiert und vermittelten den Eindruck einer umfanglichen Konspiration. Es ist bislang nicht bekannt, ob weitere Meldungen der sowjetischen Organe aus der SBZ zu einer Korrektur dieser Einschätzung beitrugen. Etwa zur gleichen Zeit berichtete der Leiter der amerikanischen Militärregierung, General Lucius D. Clay, in Meldungen nach Washington, dass es keine Anhaltspunkte für die Organisation einer nationalsozialistischen Untergrundbewegung gebe. Das amerikanische CIC erachtete es trotz dessen als notwendig, während des Sommers und Herbstes 1945 zahlreiche Razzien zu veranlassen. Auch das NKVD führte entsprechende Operationen durch. Beispielsweise kontrollierten NKVD-Truppen zwischen dem 10. und 15. August 1945 in einer Reihe von Städten, Dörfern und Wäldern in der Sowjetischen Besatzungszone insgesamt 64.417 Personen, von denen sie 3.157 verhafteten. Es ist nicht davon auszugehen, dass die sowjetische Führung den Jugendprotest in der SBZ differenzierter beurteilte als das NKVD. Vielmehr betrachtete sie die Jugendlichen wohl in der Tat als eine reale Gefährdung für ihr Besatzungsregime in der deutschen Ostzone. Moskaus Billigung für das extrem harte Vorgehen trug erheblich zur Entfremdung der sowjetischen Besatzungsmacht zur ostdeutschen Bevölkerung bei. Mit ihrer Fehlwahrnehmung des Jugendprotests reflektierte das NKVD nur eine bei den alliierten Mächten allgemein verbreitete Stimmung.⁵⁹⁵

Es oblag den Ermittlungsorganen, die Schuld von Verdächtigen festzustellen. Sowjetische Gerichte konnten auf Staatsanwälte und Verteidiger verzichten, wenn eine Anklage als „genügend bewiesen“ eingestuft wurde.⁵⁹⁶ Die Verurteilungen durch sowjetische Gerichte erfolgten in der Regel nicht aufgrund ermittelter Tatbestände, vielmehr beruhten diese auf pauschalen und zum Teil unter Folter erpressten Tatvorwürfen.⁵⁹⁷ Für die deutsche Bevölkerung galt die äußerst harte Bestrafung von Jugendlichen in den Jahren 1945/46 aufgrund des Vorwurfs, an „Werwolf“-Aktivitäten beteiligt gewesen zu sein, als Beweis für das willkürliche Vorgehen und den inhumanen Charakter der sowjetischen Sicherheitsdienste.⁵⁹⁸ Die sowjetische Besatzungsmacht wird schwerlich unter den Jugendlichen NS-Täter vermutet haben. Vielmehr schätzten die Sowjets die Angehörigen der Jugendgeneration als Sicherheitsrisiken ein und verurteilte sie wegen mutmaßlicher Delikte gegen das Besatzungsregime.⁵⁹⁹

Mitte September 1945 wurden zahlreiche Jugendliche aus dem sowjetischen Frontlager Sagan entlassen.⁶⁰⁰ Zu den Entlassenen zählte der 17-jährige Schüler Heinz Vogel aus Görlitz. Zu-

⁵⁹⁵ Ebenda, S. 62ff.

⁵⁹⁶ Ebenda, S. 64.

⁵⁹⁷ Greiner, 2010, S. 29.

⁵⁹⁸ Mironenko, 1998, S. 16f.

⁵⁹⁹ Greiner, 2010, S. 29.

⁶⁰⁰ Boenke, 2000, S. 190.

sammen mit anderen Jugendlichen war Vogel im April 1945 auf der Adolf-Hitler-Schule in Wartha zum „Werwolf“ ausgebildet worden. Zwar kam er in den letzten Kriegstagen noch in einem Erdbunker in Troitschendorf zum Einsatz, war jedoch an keinen Kriegshandlungen beteiligt. Am 9. Mai 1945 gerieten Vogel und weitere Hitlerjungen seiner aufgelösten „Werwolf“-Gruppe, die sich tags zuvor einem Flüchtlingstreck angeschlossen hatten, in sowjetische Gefangenschaft. Bis zum 7. September 1945 war er im sowjetischen Frontlager Neuhammer in Gefangenschaft. Nach seiner Entlassung kehrte er zu Fuß nach Görlitz zur elterlichen Wohnung zurück. Bereits nach wenigen Wochen zog die Familie nach Hartmannsdorf bei Chemnitz um. Deutsche Polizisten brachten Heinz Vogel am 13. November 1945 nach dem Schulunterricht „als Zeuge zu einem Kaninchendiebstahl“ zur Polizeiwache, wo er verhaftet wurde. Am folgenden Tag erfolgte seine Verlegung in das Görlitzer NKVD-Gefängnis. In einem Verhör befragte ihn dort ein NKVD-Major zu seiner Ausbildung als „Werwolf“ und dem Einsatz in dem Erdbunker. Aufgrund der „Werwolf“-Ausbildung und seiner Funktion als HJ-Oberscharführer erfolgte am 4. Dezember 1945 die Überstellung in einem Transport mit ebenfalls verhafteten Görlitzer HJ-Führern in das NKVD-Untersuchungsgefängnis in Bautzen. Noch vor dem gegen ihn vorgesehenen SMT-Verfahren erkrankte Vogel schwer an Dys-trophie und Hautvereiterungen am ganzen Körper. Eine sowjetische Ärztin sorgte Anfang Januar 1946 dafür, dass er mit 47 Kilogramm Körpergewicht bei 1,80 Meter Körpergröße unter Bewachung ins örtliche Krankenhaus zur Behandlung kam. Die Ärztinnen, Schwestern und Pfleger schafften es, ihn wieder gesund zu pflegen. Mit einem fingierten Entlassungs-schein gelang ihm am 8. April 1946 die Flucht über Heiligenstadt ins Flüchtlingsaufnahmela-ger Friedland.⁶⁰¹

Ungeachtet der von den sowjetischen Behörden propagierten „Werwolf“-Gefahr, begann die sowjetische Lagerverwaltung in Neuhammer bereits zwei Monate nach der Inbetriebnahme des Lagers fortwährend mit den Entlassungen von Gefangenen, insbesondere Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren, wobei es sich um eine eigenmächtige Entscheidung des Kommandanten gehandelt haben dürfte.⁶⁰²

Mit der ersten Entlassungswelle ab Juni 1945 wurden verstärkt die Minderjährigen aus den sowjetischen Sammellagern repatriiert. Am 12. August 1945 untersuchte das sowjetische Lagerpersonal die jugendlichen Gefangenen nach Tätowierungen der Blutgruppe und erfasste sie erneut „mit den gewöhnlichen Angaben“ in Listen.⁶⁰³ Alle minderjährigen, über 50-jährigen

⁶⁰¹ Kabus, 2011, S. 52.

⁶⁰² Böss, 1974, S. 18.

⁶⁰³ Profé, Tagebuch, 12.8.1945. Die Untersuchten wurden daraufhin im Block 10 untergebracht.

und invaliden bzw. kranken Gefangenen wurden am 21. August 1945 namentlich in Listen aufgenommen. Nach den Nachnamen alphabetisch sortiert, fasste die Lagerverwaltung sie in den Wohnblöcken zusammen.⁶⁰⁴ Ab dem 24. August 1945 begann der Abtransport der Angehörigen des „Jugendbataillons“ und der Nichtarbeitsfähigen der vierten und fünften Arbeitsgruppe.⁶⁰⁵ Etwa 2.500 bis 3.000 Jugendliche, Greise, Kranke und Invalide zählte die erste Gruppe dieser Heimkehrer.⁶⁰⁶

Die Entlassungen betrafen jedoch nicht alle minderjährigen Gefangenen. Ein Schweidnitzer Schüler wurde z. B. nach der Kapitulation der „Festung Breslau“ über das Lager Hundsfeld als Kriegsgefangener in die Gegend von Taschkent transportiert, wo er über drei Jahre Schwerstarbeit leisten musste. Minderjährige Gefangene, die sich im Juni 1945 im Lazarett Sagan in Behandlung befanden, wurden nach ihrer Genesung wieder in das Gefangenenlager überstellt. Ein Betroffener schilderte: „Als ich in Gefangenschaft geriet, war ich noch nicht 17 Jahre alt. Da etliche Jugendliche meines Alters schon bald nach der Gefangennahme entlassen worden waren, bin ich später nicht mehr vielen meines Jahrgangs oder etwas älteren in den Lagern begegnet.“⁶⁰⁷

4.9.2 Die minderjährigen Gefangenen in den polnischen Lagern 1945-1950

Bereits im Dezember 1944 war in Polen die Frage nach dem Umgang mit den „volksdeutschen“ Kindern, deren Anzahl auf 200.000 geschätzt wurde, behandelt worden. Im Gegensatz zu den erwachsenen „Volksdeutschen“ galten die Kinder noch als beeinflussbar. Für eine „Resozialisation“ dieser Kinder waren eine Trennung von ihren Eltern und eine Unterbringung in Waisenhäusern bzw. bei polnischen Adoptivfamilien unabdingbar. Diesbezüglich wurden von polnischer Seite keine verbindlichen Entscheidungen getroffen.⁶⁰⁸

Da eine Vielzahl an jungen Männern zum Reichsarbeitsdienst oder zur Wehrmacht rekrutiert wurde, hielten sich im Frühjahr und Sommer 1945 überwiegend Kinder, Frauen und betagte Menschen in Oberschlesien auf. Vergewaltigungen von Mädchen und Frauen, gleich welcher

⁶⁰⁴ Profé, Tagebuch, 23.8.1945. Die Neuordnung der Gruppen nach den Anfangsbuchstaben der Nachnamen bzw. deren Verlegungen in andere Wohnblocks verzeichnet Loth für den 25. August 1945. APMO, Erinnerungen, Bd. 217, Bl. 89, 25.8.45. Vermutlich zog sich dieser Organisationsvorgang über mehrere Tage hin. Die in der Schreibstube angestellten polnischen Kapos waren mit der Bearbeitung der Entlassungslisten beauftragt. Friedrich Stelzel in einem Schreiben an den Verfasser, 11.9.2008.

⁶⁰⁵ APMO, Erinnerungen, Bd. 217, Bl. 89, 24.8.1945; APMO, Sammlung Erklärungen, Bd. 96, Bl. 88; Sonntag, Informationen, Bl. 4.

⁶⁰⁶ Profé, Tagebuch, 24.8.1945; APMO, Sammlung Erklärungen, Bd. 96, Bl. 88. Stelzel erwähnt einen „Krankentransport“, der vor Mitte August 1945 das Lager verlassen hätte. Friedrich Stelzel in einem Schreiben an den Verfasser, 11.9.2008.

⁶⁰⁷ Boenke, 2000, S. 181.

⁶⁰⁸ Kochanowski, 2004, S. 341.

Nationalität, waren neben Brandstiftungen und Plünderungen alltäglich. Ein „Dekret über den Ausschluß feindlicher Elemente aus der polnischen Gesellschaft“ vom 28. Februar 1945 ordnete an, dass sämtliche Mitglieder der „Deutschen Volksliste“, die nicht rehabilitiert worden waren, in ein Arbeits- oder Straflager einzuliefern seien. Die Verhaftungen betrafen zudem sämtliche Angehörige von NS-Organisationen, einschließlich minderjähriger Mitglieder der Hitlerjugend.⁶⁰⁹ Dem Dekret kam eine Instruktion des Ressorts für Öffentliche Sicherheit des PKWN um einige Tage zuvor, welches die Festnahme und Isolierung von „Volksdeutschen“, die älter als sechzehn Jahre waren, in Lagern vorsah.⁶¹⁰ Man verlangte ihre Kennzeichnung, verbot ihnen, sich frei zu bewegen oder einzukaufen. Bei Kindern schränkte man den Zugang zur Schule ein oder machte ihn ihnen gänzlich unmöglich.⁶¹¹

In der polnischen Gesellschaft herrschte die Ansicht vor, dass die deutsche Bevölkerung nach dem Kriegsende ebenso starken Widerstand leisten würde, wie es die Polen nach 1939 getan hatten. Die Erinnerung an das eigene Verhalten korrelierte sehr mit der Vorstellung von einem zentral organisierten, gewaltbereiten „Werwolf“. Der polnische Sicherheitsdienst berichtete in den Jahren 1945/46 häufig von seinen Erfolgen im Kampf gegen den deutschen Widerstand. Regelmäßig erschien der stets falsch geschriebene Name „Wehrwolf“ in polnischen Pressemeldungen. Zu zentral oder auch nur regional organisierten deutschen Widerstandsaktivitäten oder gar Spionage dürfte es nach dem Kriegsende kaum gegeben haben. Es ist jedoch nicht anzunehmen, dass die Berichte des polnischen Staatssicherheitsdienstes auf Unglauben gestoßen wären. In der polnischen Gesellschaft war die Erwartung weit verbreitet, dass die deutsche Bevölkerung eine kampflose Niederlage ihres Staates nicht hinnehmen würde. Dieser Umstand verschärfte die Abrechnung, da sie sich zusätzlich mit Sicherheitsmaßnahmen bzw. -vorkehrungen verband.⁶¹²

4.9.2.1 Der Arbeitseinsatz

Aufgrund der Stalin-Verordnung vom 15. März 1945 wurden auch minderjährige Deutsche zum Demontageeinsatz nach Auschwitz verbracht, u. a. aus dem Dorf Hałcnów, das als eine „deutsche Kolonie“ galt. Zu den Minderjährigen, die von dort weggeholt wurden, zählte die 16-jährige Marta Wiesner, die am 18. April 1945 von der polnischen Staatspolizei UB in Hałcnów verhaftet und nach Bielsko-Biała gebracht wurde, wo sie sich einem Verhör unter-

⁶⁰⁹ Eser, 2003, S. 377.

⁶¹⁰ Kochanowski, 2004, S. 341.

⁶¹¹ Stokłosa, 2011, S. 57f.

⁶¹² Borodziej, 2006, S. 407.

ziehen musste. Am folgenden Tag gelangte Wiesner mit anderen Gefangenen in ein Arbeitslager für Jugendliche in Mikuszowice, von wo sie am 21. April 1945 in das Auschwitz „Gemeinschaftslagers“ überführt wurde. In der Baracke 4 des Lagers befanden sich mehrere „Säle“, darunter einer für minderjährige Gefangene, in dem 16 Mädchen untergebracht waren.⁶¹³

4.9.2.2 Das Zentrale Arbeitslager Jaworzno

Auch in das Zentrale Arbeitslager Jaworzno wurden minderjährige „Volksdeutsche“ der Gruppen I und II eingeliefert. Obwohl die Regelungen nur Deutsche ab 16 Jahren betrafen, gab es dort auch deutlich jüngere Gefangene:

„Das Lager Jaworzno ist riesengroß. Jetzt erst sehe ich, wieviele Menschen in Lagern festgehalten werden. Die meisten sind Volksdeutsche polnischer Staatsangehörigkeit, es scheinen jedoch auch Kriminelle hier zu sein. Sehr viele Frauen, auch Mütter mit Kleinkindern im Kinderwagen. Ganze Familien sind hier; die Frauen mit den Kindern im Frauenlager, die Männer im Männerlager, streng voneinander getrennt, sie können nur verstohlen über den Zaun miteinander reden. Ich habe mit einem 16jährigen Jungen aus Bielitz gesprochen, der vor 13 Monaten, also mit knapp 15 Jahren ins Lager gesteckt wurde, weil er in die HJ eingetreten war.“⁶¹⁴

Am 31. Mai 1948 befanden sich im Zentralen Arbeitslager Jaworzno unter den 2.629 Zivilinternierten 59 männliche und 32 weibliche Jugendliche. Im Nebenlager „Chrusty“, das als Kranken- und Kinderlager galt, befanden sich zu diesem Zeitpunkt unter den 618 Gefangenen insgesamt 156 Jungen und 157 Mädchen.⁶¹⁵

4.9.2.3 Die minderjährigen Gefangenen in den polnischen Lagern ab 1948

In seiner Konzeption der Antifa-Bewegung hatte Karl Wloch festgehalten, dass sich die antifaschistischen Schulungen über „Versammlungen der Jugend und Gruppenkurse“ durchführen ließen. Hierfür wurden Kultur- und Jugendreferenten für notwendig erachtet. Am zweiten Kurs im Warschauer Zentralen Arbeitslager nahmen 28 ehemalige HJ-Angehörige teil. Die Absolventen des dritten und vierten Propagandakurses wurden in den Kriegsgefangenenlagern außerhalb Warschaus eingesetzt. Der fünfte und letzte Kurs, der Anfang November 1948 begann, hatte eine besondere Funktion. Dieser Kurs war für eine eigens „ausgewählte“ Propa-

⁶¹³ Milota, 2003, S. 282ff.

⁶¹⁴ Marek, 1982, S. 102.

⁶¹⁵ Böss, 1974, S. 177.

gandaarbeitsgruppe und für jugendliche Kriegsgefangene bestimmt. Auf diese Weise wollte man Ersatzpersonal für entlassene Aktivisten der „zentralen Behörden“ gewinnen und zukünftige Parteifunktionäre ideologisch vorbereiten. Sowohl die personelle Zusammensetzung als auch der Hauptzweck der Kurse, Ausbildung der Aktivisten zur Entsendung in die Lager, beeinflussten das Niveau der ideologischen Schulungen. Während einerseits die Lehrveranstaltungen zu allgemeinen politischen Fragen auf ein Minimum beschränkt wurden, legte man andererseits großen Wert auf die Vermittlung praktischer Fähigkeiten. Als weitaus wichtiger wurde angesehen, „wie man eine Versammlung vorbereitet und durchführt, ein Meeting organisiert, ein Referat ausarbeitet oder eine Jugendgruppe bildet. Vor allem aber sollten wir mit Argumenten ausgerüstet werden, um auf die Fragen der Kriegsgefangenen antworten zu können, wenn wir ihnen, jeder auf sich allein gestellt, im Lager gegenüberstanden.“⁶¹⁶

Abgesehen davon gewann die Propaganda insgesamt an Zielstrebigkeit. So richteten sich die einzelnen Veranstaltungen weniger an die Gesamtheit aller Kriegsgefangenen, sondern vielmehr an die Jugend und das „ländliche Element“, aber auch an die Handwerker und die Vertreter der Intelligenz.⁶¹⁷ Im Sommer 1948 kam ein Obmann als Vertreter der Selbstverwaltung in das Lager Jawiszowice, wie ein ehemaliger Gefangener berichtete:

„Er orientierte sich auf die Jungen, die Zwanzigjährigen, die noch nicht resigniert hatten, die formbar erschienen und die, was nicht unwichtig war, mit dem faschistischen System nicht so lange und vielleicht nicht so stark verbunden gewesen waren oder doch wenigstens persönlich nicht so stark belastet.“⁶¹⁸

4.10 Die Frauen

Im Herbst 1944 überschritten die Truppen der Roten Armee die deutschen Reichsgrenzen. Zu dieser Zeit bestand in der sowjetischen Wirtschaft ein akuter Arbeitskräftemangel. Zugleich standen ausreichend erprobte Strukturen zur Verfügung, die seit 1944 einen massenhaften Einsatz von Zwangsarbeit ermöglichten. Bis 1945 war es der Roten Armee noch nicht gelungen, größere Gebiete des Deutschen Reiches zu besetzen. Mit der Eroberung der Balkanstaaten im Jahr 1944 ergab sich jedoch die Möglichkeit, das Wirtschaftspotential dieser Länder für die Kriegswirtschaft zu nutzen. Im November 1944 beauftragte die Sowjetführung das NKVD, dort eine mögliche Zwangsrekrutierung von Arbeitskräften, die insbesondere für den Wiederaufbau der ukrainischen Berg- und Hüttenwerke benötigt wurden, zu prüfen. Nach

⁶¹⁶ Kochanowski, 2004, S. 357, 362ff.

⁶¹⁷ Ebenda, S. 367.

⁶¹⁸ Gebhardt/Küttner, 1997, S. 73.

Beurteilungen von NKVD-Abgesandten befanden sich unter den etwa 500.000 auf dem Balkan lebenden Deutschen ca. 70.000 arbeitsfähige Männer, die in die Sowjetunion überführt werden konnten. Da dem Staatlichen Verteidigungskomitee diese Zahl nicht ausreichend erschien, erließ es den Befehl, neben Männern auch Frauen zu „mobilisieren“. Dadurch sollte die erwartete Menge an Arbeitskräften mindestens verdoppelt werden. Als „Internierte“ wurden sie in die UdSSR transportiert und im Lagersystem der UPVI zur Arbeit eingesetzt. Bis zum 15. Februar 1945 sollte die Operation beendet sein, etwa 110.000 Deutsche wurden dabei in die Sowjetunion deportiert. Eine erste Gruppe deutscher Internierter gelangte so noch vor der Besetzung des deutschen Reichsgebiets durch die Rote Armee in die Sowjetunion. Der Vorgang zeigte, dass Stalin Südosteuropa als seine Einflusszone betrachtete, in deren Angelegenheiten sich die Verbündeten nicht „einmischen“ sollten und wo das Völkerrecht suspendiert werden konnte.⁶¹⁹ Ein weiterer Befehl des GOKO vom 3. Februar 1945 weitete die Mobilisierungen zudem auf die Territorien Oberschlesiens und Ostpreußens aus.⁶²⁰ Etwa ein Viertel der „internierten und mobilisierten Deutschen“, insgesamt 51.138, waren Frauen.⁶²¹

4.10.1 Die Frauen in den sowjetischen Frontlagern

In der Sowjetunion gab es einige wenige Frauenlager. Die dortigen Insassinnen waren zum Teil Internierte und Verschleppte aus der SBZ oder den besetzten Ostgebieten, teils auch Rotkreuzschwestern und Nachrichten- bzw. Stabshelferinnen. Vereinzelt befanden sich Frauen auch in Kriegsgefangenenlagern. Gewöhnlich kamen diese im Krankenrevier als Pflegerinnen zum Einsatz.⁶²² Auch mit der Masse der Kapitulationsgefangenen gelangten weibliche Wehrmachtangehörige in sowjetische Gefangenschaft. Diese waren insbesondere als Wehrmachtshelferinnen in die sowjetischen Frontlager gelangt, wie etwa im Lager Breslau-Hundsfeld. „Bewundernswert war das Verhalten einer jungen Krankenschwester, die diesen Marsch mit machte und durchstand“, beschrieb ein Gefangener eine Teilnehmerin eines Marsches aus dem Lager Lauban nach Neuhammer.⁶²³

Ilja Ehrenburg hatte in seinen Propagandabeiträgen den Rotarmisten die deutschen Frauen als Beute und als Wiedergutmachung für das durch die Deutschen erlittene Unrecht proklamiert. Gemäß dieser Propaganda wurden die deutschen Frauen in den sowjetischen Frontlagern Op-

⁶¹⁹ Mironenko, 1998, S. 35f.

⁶²⁰ Karner, 1995, S. 27; Mironenko, 1998, S. 146-148.

⁶²¹ Karner, 1994, S. 464.

⁶²² Cartellieri, 1967, S. 65.

⁶²³ Wagner, Jaworzno, o. P.

fer sexueller Gewalt.⁶²⁴ Rotarmisten vergewaltigten während des Vormarsches der Roten Armee auf deutschem Reichsgebiet massenhaft deutsche Frauen. Insbesondere bei und nach den Kämpfen um die Reichshauptstadt Berlin kam es verstärkt zu Vergewaltigungen durch sowjetische Soldaten. Nach Schätzungen von Barbara Rohr wurden etwa 2 Millionen Frauen und Mädchen Opfer von sexuellen Übergriffen. Etwa 1,4 Millionen Vergewaltigungen fanden bei der Flucht und Vertreibung aus den deutschen Ostprovinzen statt, weitere 600.000 in Berlin und in der SBZ. An den Folgen der Vergewaltigungen starben etwa 10.000 Frauen, häufig auch durch Suizid. Allein für Berlin gehen Stefan Wolle und Ilko-Sascha Kowalczyk von 110.000 bis 800.000 Fällen für das Jahr 1945 aus. Nach Schätzungen wurden 40 % der Opfer mehrfach vergewaltigt.⁶²⁵

Im Lager Auschwitz kam es in den Nächten wiederholt zu Vergewaltigungen der internierten Frauen durch sowjetische Offiziere.⁶²⁶ Auch die Gefangenen des Lagers Sagan wurden Zeugen der sexuellen Gewalt durch die Sowjets: „Besonders traurig für uns waren die Nachrichten, was außerhalb des Stacheldrahtes alles angerichtet wurde (...) und natürlich die Frauen, deren Schreie bei Vergewaltigungen wir immer wieder hören mussten.“⁶²⁷

Ebenso wurden nichtdeutsche Frauen Opfer sexueller Gewalt durch die Angehörigen der sowjetischen Truppen. Die weiblichen KZ-Überlebenden aus dem separierten Bereich des ehemaligen Stammlagers Auschwitz wurden vergewaltigt, als alkoholisierte Gruppen sowjetischer Offiziere sie während ihrer Siegesfeierlichkeiten im Mai 1945 aus ihren Unterkünften holten. Nationalsozialistisch gesinnte Kriegsgefangene auf der anderen Seite des Zauns nahmen diese Vorgänge mit „Schadenfreude“ auf.⁶²⁸ Zu Vergewaltigungen an nichtdeutschen Frauen kam es auch im Lager Großporitsch durch das sowjetische Wachpersonal:

„Viele Wägelchen zogen hinter dem Drahtzaun vorbei. Sie kamen von Poritsch, von Kleinschönau. Hinter ihnen sirrten polnische Peitschen und johlten einstige Fremdarbeiter westslawischer Zunge. Russische Wächter hielten den Zug an, erbaten sich von den Verjagten Kissen und Daunendecken, holten sie von den Karren und Ziehwagen, liehen sich die mit sparsamen Röckchen bekleideten Mädchen ins Wachhaus gegenüber dem Gefängniseingang. Der Zug stockte so lange, bis alles vorbei war. Ein mongolischer Sowjetmensch schob die erste von drei Blondinen aus der Haustür. Sie ging gebückt, drückte die Schenkel aneinander und bewegte sich in kurzen Schritten auf den Leiterwa-

⁶²⁴ Schmidt, 2004, S. 329.

⁶²⁵ Kowalczyk/Wolle, 2001, S. 38.

⁶²⁶ Kaps, 1952, S. 160.

⁶²⁷ Goerlich, 2010, S. 139.

⁶²⁸ Mazakarini, Dokumentation, Bl. 2. Auch Polinnen, die unter der NS-Besatzungspolitik gelitten hatten, wurden während des sowjetischen Vormarschs in Schlesien zu Opfern von sexueller Gewalt durch Rotarmisten, denen die Nationalität der Frauen zuweilen „gleichgültig“ war. Naimark, 1997, S. 97. Vgl. Gebhardt/Küttner, 1997, S. 164. Zu Vergewaltigungen von weiblichen Holocaust-Überlebenden durch amerikanische Soldaten siehe Hilliard, 2000, S. 126f.

gen zu neben zwei ältliche Leutchen, offenbar ihre Eltern, um sich festzuhalten. Es ging alles nur langsam, keiner im Zug sprach. Da packte der Mongole das Mädchen, hob ihre sechzehn Jahre hoch und warf sie in das Wägelchen. Sie schrie auf, kam zum Sitzen, und als ihr Kopf an die Querstange zurückgefallen war, bewegte sich der Elendszug weiter. Aus dem Hause kamen auch die anderen Mädchen. Sie zogen entweder ihr Haar vor das Gesicht oder beugten sich weit nach vorne und streckten die Arme aus, damit jemand sie stützen mochte.“⁶²⁹

Das Nachkriegslager Auschwitz war sowohl unter den Gefangenen als auch unter dem Lagerpersonal männlich dominiert, doch gehörten auch Frauen den verschiedenen sozialen Gruppierungen bzw. Schichten der Lagergesellschaft an. Abhängig von dem jeweiligen Status waren sie teils gleichgestellt, teils standen sie aber auch in einem hierarchischen Verhältnis zueinander. Im Lager Birkenau bildeten die weiblichen Gefangenen deutscher bzw. deutschstämmiger Herkunft die Mehrzahl in der rechtlosen Gruppe der zivilen Zwangsarbeiter, die bei schlechter Verpflegung und unter strenger Bewachung auf dem Gelände der Monowitzer IG-Farben-Werke körperlich schwere Arbeit verrichten mussten. Eine klare Abgrenzung dieser Hierarchien erfolgte durch eine Trennung der Lagergesellschaft in die Gruppe der Gefangenen und dem ihr übergeordneten sowjetischen Lagerpersonal. Deutlich wurde dies insbesondere durch weibliche Angehörige der Wachmannschaften, die bewaffnet über die Lagerstraßen patrouillierten und somit ihre Macht über die männlichen Gefangenen demonstrierten. Andererseits geschah es auch, dass sich trotz des hierarchischen Verhältnisses zwischen einer Rotarmistin des Wachpersonals und einem deutschen Gefangenen ein Liebesverhältnis entwickelte.⁶³⁰

4.10.2 Die Frauen im polnischen Gewahrsam 1945-1950

Als fatal erwies sich, dass während des Frühjahrs und Sommers 1945 insbesondere Kinder, Frauen und betagte Menschen in Oberschlesien verblieben, da zahlreiche junge Männer zum Arbeitsdienst bzw. zum Militär rekrutiert worden waren. Vergewaltigungen von Mädchen und Frauen, gleich welcher Nationalität, waren neben Brandstiftungen und Plünderungen alltäglich.⁶³¹

⁶²⁹ Korn, 1998, S. 86f.

⁶³⁰ Friedrich Stelzel in einem Schreiben an den Verfasser, 11.9.2008.

⁶³¹ Eser, 2003, S. 375.

4.10.2.1 Der Arbeitseinsatz der weiblichen Gefangenen

Die polnische Kohlen-Lobby war in der Nachkriegszeit bemüht, neue Arbeitskräfte für den Abbau der Kohle zu rekrutieren. Die Organisation überreichte den staatlichen Behörden am 13. August 1945 eine Schrift, die den Titel „Der gegenwärtige Stand der Kohleproduktion und die Schwierigkeiten der Kohleindustrie“ trug. Die Verfasser hoben in dem Kapitel „Belegschaft“ hervor, dass von den 135.000 Bergleuten, die ein Regierungsbeschluss vom 11. April 1945 für den Bergbau vorgesehen hatte, nur 105.000 unter Tage zum Einsatz gekommen seien. Die Möglichkeiten, auf traditionelle Weise weitere Bergarbeiter ausfindig zu machen, seien erschöpft. Die Schrift verwies zudem auf die sehr schwierige Situation in Oberschlesien, wo unter den etwa 24.000 Bergleuten die Frauen, Invaliden und älteren Menschen ein Großteil der Belegschaft ausmachten. In den dortigen Bergwerken des oberschlesischen Kohlereviere betrug der Anteil der Frauen unter den Zwangsarbeitern durchschnittlich 18 %. In mehreren Bergwerken, wie z. B. „Centrum“, „Bytom“ und „Rozbark“, lag der Frauenanteil sogar bei 30 %.⁶³² Im Lager Zgoda mussten die weiblichen Gefangenen täglich zum Bergwerk Eintrachtshütte gehen, um Eisen zu verladen.⁶³³

4.10.2.2 Die Behandlung der weiblichen Gefangenen

In den polnischen Lagern nahmen die Polen für das jahrelang durch die Deutschen erlittene Unrecht an den deutschen Frauen Rache. Im Auschwitz „Gemeinschaftslager“ wurden die zumeist weiblichen Gefangenen häufig in der Nacht durch den polnischen Lagerkommandanten schikaniert. „Er weckte uns oft mitten in der Nacht und befahl uns, um die Baracke herum wie die Frösche zu hüpfen“, erinnerte sich eine ehemalige Gefangene.⁶³⁴ Auch der Milizsoldat Żak ließ die weiblichen Internierten auf einem Feld exerzieren. Tätliche Übergriffe durch die Wachmannschaften prägten den Alltag der Gefangenen. Häufig schlugen die polnischen Milizionäre die deutschen Gefangenen. In den Nächten betranken sich die Angehörigen des Wachpersonals und suchten dann die Frauenbaracken auf, um dort weibliche Häftlinge zu vergewaltigen. Als eine Frau die Flucht ergriff, feuerte ein polnischer Leutnant Schüsse auf diese ab. Sie konnte jedoch unbeschadet über die Treppe entkommen.⁶³⁵

⁶³² Kochanowski, 2004, S. 49.

⁶³³ Erlebnisbericht von Frau J. F. aus Pless in Oberschlesien, zit. in: Bundesministerium (Hg.), Bd. IV/2, 1957, S. 324.

⁶³⁴ Milota, 2003, S. 290.

⁶³⁵ Ebenda, S. 287, 291.

Wie Marc Buggeln für die nationalsozialistischen Lager herausgearbeitet hat, gelang es weiblichen Gefangenen schneller und häufiger, mit dem Wachpersonal Kontakt aufzunehmen.⁶³⁶ Einer Gefangenen in Auschwitz gelang es, auf dem Rückweg von der Arbeitsstätte von einem Marktstand ein Brot zu entwenden, das sie im Lager mit befreundeten Mitgefangenen teilte. Ein Wachsoldat, der diesen Vorgang vermutlich beobachtet hatte, überließ den Frauen daraufhin am folgenden Tag ein Brot. Ein Leutnant Julian Polański, der im Lager als Untersuchungsbeamter tätig war, führte mit den Frauen Verhöre durch. Aus dem engen Kontakt zu den weiblichen Gefangenen resultierte ein Verhältnis zu einer der Frauen, die Polański nach deren Entlassung heiratete.⁶³⁷ Das Gemeinschaftslager in Auschwitz wurde im März 1946 aufgelöst, die dortigen Lagergefangenen in das Zentrale Arbeitslager Jaworzno überführt.⁶³⁸

4.11 Die NS-Verfolgten

Mit der Masse der Gefangenen gelangten beim Kriegsende 1945 auch zahlreiche Verfolgte des NS-Regimes in die sowjetischen Sammellager. In Straf- und Bewährungseinheiten waren viele von diesen seit Ende 1944 noch für die „Reichsverteidigung“ zum Einsatz gekommen. Es waren jedoch in erster Linie die kommunistischen NS-Verfolgten, die mit der sowjetischen Gewahrsamsmacht sympathisierten. Als „Befreierin“ sehnlich erwartet, waren hunderte Soldaten der SS-Sonderformation „Dirlewanger“, meist zwangsrekrutierte Kommunisten aus den NS-Konzentrationslagern, bei einem Einsatz in Ungarn im Dezember 1944 zur Roten Armee desertiert. Nach einer zunächst entgegenkommenden Behandlung auf der sowjetischen Seite, als die Herkunft der Überläufer geklärt worden war, erhielt deren „Hochstimmung“ bald einen Dämpfer. Die sowjetische Gewahrsamsmacht erkannte die deutschen Gefangenen zwar als „Antifaschisten“ an, diese kamen aber - entgegen ihrer Hoffnungen - nicht zur Entlassung.⁶³⁹ Dies traf auch auf die rassistisch verfolgten Sinti und Roma zu, die zunächst aus dem Vernichtungslager Auschwitz nach Ravensbrück überstellt und von dort zur Dirlewanger-Einheit eingezogen worden waren.⁶⁴⁰

⁶³⁶ Buggeln, 2012, S. 192.

⁶³⁷ Milota, 2003, S. 291.

⁶³⁸ Ebenda, S. 288.

⁶³⁹ Klausch, Hans-Peter, 1993, Antifaschisten in SS-Uniform. Schicksal und Widerstand der deutschen politischen KZ-Häftlinge, Zuchthaus- und Wehrmachtstrafgefangenen in der SS-Sonderformation Dirlewanger DIZ-Schriften, Bd. 6), Bremen, S. 533.

⁶⁴⁰ Nettball, Kurt, 1966, Strafddivision 999. Erlebnisse und Berichte aus dem antifaschistischen Widerstandskampf, Berlin (Ost), S. 67. Siehe auch Fings, Karola, 2005, Rassismus - Lager - Völkermord. Die nationalsozialistische Zigeunerverfolgung in Köln, Schriften des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln; Bd. 13), Köln, S. 463.

Ausnahmen, bei denen einzelne in sowjetische Gefangenschaft geratene KZ-Überlebende schnell entlassen wurden, beschränkten sich auf die Front-Aufnahme-Durchgangslager östlich von Oder und Neiße. In Zittau war der kurz zuvor aus den dortigen Zittwerken befreite KZ-Häftling Mortka Schwarz von den Sowjets aufgegriffen und zurück auf das Werksgelände im Stadtteil Großporitsch verbracht worden, auf dem nun ein Frontlager stationiert war. Kurz darauf, im Juli 1945, wurde dieser aus dem Lager entlassen. Es ist anzunehmen, dass dies auf Initiative des jüdischen Lagerkommandanten geschah, der zu den Befreiern der KZ-Häftlinge in den Zittwerken gehört hatte.⁶⁴¹

Ein weiterer KZ-Überlebender, Richard Rudolph, war im Mai 1945 auf einem Todesmarsch nach Lübeck zum Passagierschiff „Cap Arcona“ befreit worden. Rudolph hatte als Zeuge Jehovas und Wehrdienstverweigerer neun Jahre in nationalsozialistischen Gefängnissen und Konzentrationslagern eingesessen. Auf dem Marsch in seine schlesische Heimat nahmen ihn Rotarmisten im brandenburgischen Rathenow gefangen und brachten ihn in das dort gelegene Front-Aufnahme-Durchgangslager. Als er im Lager gegenüber einer Gruppe deutscher Kriegsgefangener eine kritische Bemerkung über Hitler machte, endete dies beinahe in einer tätlichen Auseinandersetzung. Der sowjetische Lagerkommandant, der deutschen Sprache mächtig, hatte die Szene beobachtet und erkundigte sich bei Rudolph nach dem Grund der Zwistigkeiten. Als dieser von seiner KZ-Haft berichtete, entließ ihn der Kommandant aus Sorge vor einer drohenden Unruhe im Lager.⁶⁴²

Andere „Dirlewanger“ und Angehörige von Straf- und Bewährungseinheiten, die aufgrund regimekritischer Handlungen oder sonstiger Formen von Widerstand diesen Truppenteilen zugeführt worden waren, versuchten hingegen, sich dem sowjetischen Gewahrsam zu entziehen. Teilweise waren diese den Sowjets gegenüber feindlich eingestellt.⁶⁴³

4.11.1 Die Herkunft der NS-Verfolgten und deren Anteil unter den Lagergefangenen

Das Gros der NS-Verfolgten gelangte in das sowjetische Front-Aufnahme-Durchgangslager Sagan. Etwa 80 kommunistische Überläufer der 31. SS-Freiwilligen-Grenadier-Division schlossen sich dort in einer antifaschistischen „Zelle“ zusammen.⁶⁴⁴ Hinzu kamen eine unbestimmte Anzahl an so genannten „Berufsverbrechern“ aus der Dirlewanger-Einheit, die als

⁶⁴¹ Dansky, Miriam, 2001, *The sun will rise. Parents relive the war years - the struggle and the survival*, New York, S. 126-128. Oral History/British Library Sound Archive, C410/083/01-10 (Interview mit Shmuel Reifer, 28.3.1990)

⁶⁴² Rammerstorfer, Bernhard, 2012, *Im Zeugenstand. Was wir noch sagen sollten. 100 Fragen - 900 Antworten. Interviews mit Holocaust-Überlebenden und NS-Opfern*, Herzogsdorf, S. 334, 360, 362f.

⁶⁴³ Sie haben etwas gutzumachen, in: *DER SPIEGEL* 16/1951, S. 17-20.

⁶⁴⁴ Klausch, 1993, S. 533.

„Kriminelle“ stigmatisiert waren, sowie Angehörige anderer Straf- und Bewährungseinheiten. Zahlreiche Kommunisten und Angehörige des Nationalkomitees „Freies Deutschland“, die sich an den Kämpfen in der „Festung Breslau“ direkt oder indirekt beteiligt hatten, waren zudem im Mai 1945 in das sowjetische Lager Breslau-Hundsfeld gelangt.⁶⁴⁵

Im Lager Neuhammer befanden sich hingegen nur wenige NS-Verfolgte. Ein Angehöriger der SS-Sonderformation „Dirlewanger“ fand „zwischen den 60 000 Mann nicht einen einzigen Dirlewanger-Mann von seiner Einheit wieder“.⁶⁴⁶ Eine geringe Zahl an gefangenen Soldaten des „Bewährungsbataillons 500“ wurde im Lager Auschwitz festgehalten.⁶⁴⁷

4.11.2 Der Umgang der sowjetischen Gewahrsamsmacht mit den NS-Verfolgten

Den zahlreichen „Dirlewangern“, die nach dem Überlaufen zur Roten Armee häufig ihren Weg in das Front-Aufnahme-Durchgangslager in Sagan gefunden hatten, ereilte ein ähnliches Schicksal wie das derjenigen Antifaschisten, die in Ungarn in sowjetische Gefangenschaft geraten waren. Die Überläufer konnten auch hier keine Anerkennung als Widerstandskämpfer erlangen, nur Kranke und Invalide wurden entlassen. Andere wurden auf Antifa-Schulen in Schlesien und Pommern oder im Inneren der Sowjetunion überstellt.⁶⁴⁸

Einen Sonderstatus erhielten auch die gefangenen Angehörigen des „Bewährungsbataillons 500“, in dem verurteilte Soldaten der Wehrmacht, vielfach wegen politischen Widerstands gegen das NS-Regime, zusammengefasst waren. Die Angehörigen dieses Bataillons waren nach ihrer Gefangennahme meist in das Frontlager Auschwitz gelangt. Von den anderen Kriegsgefangenen separiert, brachte die Auschwitzer Lagerverwaltung sie in einer gesonderten Baracke im Lager Birkenau unter.⁶⁴⁹

Als schwierig erwies sich der Umgang der Sowjets mit den Verschwörern des „20. Juli“ 1944. Der erste Verschwörer, der in sowjetische Gefangenschaft geriet, war der Major i. G. Joachim Kuhn. Dieser hatte seit September 1943 der Anti-Hitler-Opposition angehört und u. a. zusammen mit anderen Offizieren den Sprengstoff für die Attentate auf Hitler in den Jahren 1943 und 1944 beschafft. Er stand in enger Verbindung mit den Verschwörern Oberst i. G. Claus Graf Schenk von Stauffenberg, Generalmajor Helmuth Stieff und Generalmajor Henning von Tresckow. Nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler hatte Kuhn die Absicht, sich

⁶⁴⁵ Bericht Max Meyer.

⁶⁴⁶ DER SPIEGEL 16/1951, S. 18.

⁶⁴⁷ Landesarchiv Berlin, C Rep. 118-01/14136.

⁶⁴⁸ Klausch, 1993, S. 533.

⁶⁴⁹ Vgl. Hans Werner Petersen in einem Schreiben an den Verfasser, 7.10.2003. Dessen Vater war im Oktober 1944 zum „Bewährungsbataillon 500“ nach Brünn (Mähren) versetzt worden. In Auschwitz verstarb er im Juli 1945 an Hungertyphus.

das Leben zu nehmen. Als er sich zu diesem Zweck von seiner Truppe entfernte, konnte er am 27. Juli 1944, eine Woche nach dem Attentat, von sowjetischen Soldaten der 2. Belorussischen Front bei Bialystok gefangen genommen werden. Im sowjetischen Gewahrsam verwies Kuhn auf seine Rolle in dem gescheiterten Umsturzversuch. Die sowjetischen Instanzen gewährten ihm dennoch keine Möglichkeit, mit dem Nationalkomitee „Freies Deutschland“ oder dem Bund Deutscher Offiziere in Kontakt zu treten.

Auf Drängen der Sowjets verfasste er am 2. September 1944 in Moskau ein Manuskript mit dem Titel „Eigenhändige Aussagen“, in dem er sein Wissen über den Verschwörerkreis preisgab. Gegen Ende des Monats erreichten diese Aufzeichnungen Josef Stalin. Im September 1944 war Stalin daher jener Politiker der Anti-Hitler-Koalition, der aufgrund von Kuhns Aussagen über den „20. Juli“ am besten informiert war.

Vom 12. August 1944 bis zum 1. März 1947 verblieb Kuhn in einem NKVD-Gefängnis in Moskau. Anschließend verbrachte man ihn auf eine Datscha des MGB, wo man ihn auf seine Repatriierung nach Ostdeutschland vorbereitete. In der Administration der Sowjetischen Besatzungszone war er als zukünftiger Mitarbeiter vorgesehen. Die zunächst wohlwollende Haltung der Sowjets schlug jedoch um, als er sich dort abfällig über die UdSSR äußerte. Kuhn wurde erneut in ein Gefängnis überführt und am 17. Oktober 1951 zu einer 25-jährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Wie es in der Anklageschrift hieß, „wurde festgestellt, dass die Teilnehmer der Verschwörung folgendes Ziel hatten: Vernichtung Hitlers; Abschluss eines Separatfriedens mit England, Frankreich und den USA; Fortsetzung des Krieges gegen die Sowjetunion gemeinsam mit diesen Staaten.“ Der Kreis der Attentäter umfasste nach sowjetischem Verständnis „reaktionäre Offiziere, Vertreter der preußischen Aristokratie und der höheren deutschen Finanzkreise“, die sich für eine „Palastrevolution“ entschieden hätten, als die deutsche Niederlage sich abzeichnete.

Kuhns Untersuchungsrichter verfügte 11 Tage nach dessen Verurteilung, dass er „zur Abbüßung der Strafe nach der Verurteilung als Kriegsverbrecher in einem Sondergefängnis unterzubringen“ sei. Aufgrund eines Erlasses des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 28. September 1955 wurde Joachim Kuhn vorzeitig entlassen und am 16. Januar 1956 der Bundesregierung übergeben.⁶⁵⁰

Auch in der Sowjetischen Besatzungszone sah man die Verschwörer des „20. Juli“ als „reaktionäre“ Gefahr an.⁶⁵¹ Der Verschwörer Horst von Einsiedel hatte nach dem gescheiterten Umsturzversuch am 20. Juli 1944 in Berlin untertauchen und bis zum Kriegsende unentdeckt bleiben können. Im Berliner Magistrat übernahm er im August 1945 zunächst eine Abteilung

⁶⁵⁰ Chavkin/Kalaganov, 2001, S. 148.

⁶⁵¹ Hilger, 2006, S. 224.

in der Wirtschaftsverwaltung, wurde aber bereits im Oktober 1945 von der sowjetischen Geheimpolizei verhaftet. Im Speziallager Sachsenhausen verstarb er am 25. Februar 1947 unter ungeklärten Umständen.⁶⁵²

Die nationalkonservative Haltung vieler Verschwörer ging meist mit einer feindlichen Haltung gegenüber dem militärischen Gegner einher. Ein Oberleutnant, der 1944 als Adjutant im Kommando Berlin zum engeren Widerstandskreis gehört hatte und strafweise an die Front versetzt worden war, wurde während einer Rast auf dem Marsch in das Lager Neuhammer von einem sowjetischen Offizier empfangen. Als dieser sich im Lauf eines Gesprächs nach den Gründen für den deutschen Überfall auf die Sowjetunion erkundigte, konterte der mit der Frage nach dem sowjetischen Angriff auf Finnland im Jahr 1939. Seine Rolle in dem Attentat auf Hitler verschwieg er gegenüber seinen sowjetischen Bewachern.⁶⁵³ Auch in der US-amerikanischen Gefangenschaft ist die feindliche Haltung eines Verschwörers zu dem Wachpersonal dokumentiert.⁶⁵⁴

4.11.3 Der Einsatz von NS-Verfolgten in den Lagern

„Die russische Kommandantur erstrebte eine möglichst gerechte und möglichst nicht parteipolitische Leitung des Lagers. Sie wünschte auch im Prinzip nicht, dass die deutschen Antifaschisten irgendwelche Vorteile von ihrer Einstellung haben sollten“, berichtete ein politischer „Dirlewanger“ über seine Gefangenschaft im Lager Sagan. „Sie wollte aber auf der anderen Seite nicht hindern, dass die Antifaschisten des Lagers sich zugunsten der allgemeinen Ordnung betätigten.“⁶⁵⁵ Die Antifa-Aktivisten bildeten die Gefangenenkategorie, die dem sowjetischen Wachpersonal politisch und ideologisch am nächsten stand.⁶⁵⁶ In Sagan waren die NS-Verfolgten in allen Funktionen der Gefangenen selbstverwaltung vertreten. Kriegsgefangene, die deutschen Strafeinheiten angehört hatten, wurden im Lager Breslau-Hundsfeld nach der Registrierung direkt in das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ aufgenommen bzw. von der sowjetischen Lagerkommandantur zu Lagerpolizisten ernannt. Diese Aufnahmepraxis in das NKFD traf auch für die gefangenen Angehörigen von Bewährungseinheiten im Lager Auschwitz zu. Politisch Verfolgte waren im Lager Neuhammer u. a. als Lagerältester und Leiter des Antifa-Komitees eingesetzt.

⁶⁵² Ebenda.

⁶⁵³ Böss, 1974, S. 76.

⁶⁵⁴ Euringer, 1952, S. 92.

⁶⁵⁵ Staatsarchiv Hamburg, 622-1-203/334: Betreffend die Deutsche Leitung des Kriegsgefangenen-Lager Sagan-Ost, Bl. 1.

⁶⁵⁶ Sofsky, 1993, S. 153.

4.11.4 Die Bemühungen um die Freilassung von NS-Verfolgten

Bereits unmittelbar zur Zeit des Kriegsendes begannen von unterschiedlichen Seiten Versuche, NS-Verfolgte aus den sowjetischen Sammellagern freizubekommen. Diese Bemühungen schlossen auch die Angehörigen von Regimeopfern ein, die sich unter den Lagerinsassen befanden. Häufig hatten diese im Zuge der NS-Sippenhaft ebenfalls unter Repressionen gelitten. Ein solcher Fall war der des Stadtkommandanten von Mährisch-Ostrau in Nordmähren, Oberst Rafael Graf von Matuschka.⁶⁵⁷ Dessen Bruder Michael Graf von Matuschka, ehemaliger Zentrums-Politiker, war als Verschwörer des „20. Juli“ im September 1944 hingerichtet worden. Aufgrund seiner hohen militärischen Dienststellung erfolgte Ende Mai 1945 seine Verhaftung durch das NKVD. Während eines Gefangenenmarsches nach Olmütz wurde Rafael Graf von Matuschka von sowjetischen Soldaten schwer misshandelt. In Olmütz brachten ihn die Sowjets in ein Offizierslager, wo Mitgefangene vergeblich versuchten, ihn als politisch Verfolgten freizubekommen. Auf einem folgenden Bahntransport nach Auschwitz erkrankte er an akuter Ruhr, so dass er dort bei der Räumung des Zuges bereits todkrank ausgeladen wurde. Am 15. Juni 1945 verstarb Oberst Rafael Graf von Matuschka im Lazarett des Lagers, in das man ihn unmittelbar nach der Ankunft gebracht hatte.⁶⁵⁸

In einem Schreiben vom Februar 1946 wendete sich die Direktion der Wiener Gaswerke mit einem Ersuchen der Witwe eines ihrer ehemaligen Bediensteten, Leopoldau Gustav Gebhardt, an das österreichische Staatsamt des Innern. Gebhardt war am 20. Dezember 1941 von der Gestapo verhaftet und wegen Beihilfe zum Hochverrat zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Noch kurz vor dem Kriegsende wurde er am 7. April 1945 von der SS während eines Massakers im österreichischen Hadersdorf am Kamp erschossen. Dessen Sohn Gustav Gebhardt, Jahrgang 1927, war im Februar 1945 zur Wehrmacht eingezogen und anschließend zur SS überstellt worden, wo er die Blutgruppenätowierung erhalten hatte. Beim Kriegsende geriet er in sowjetische Gefangenschaft und gelangte in das Front-Aufnahme-Durchgangslager in Neuhammer.

Die Mutter des Jungen, die durch die Hinrichtung ihres Mannes psychisch schwer gelitten hatte, bat daraufhin bei der früheren Arbeitsstelle ihres Mannes, sich für eine Heimkehr ihres Sohnes einzusetzen. „Wir sehen keinen anderen Weg als eine Intervention des Innenministeriums unter Inbetrachtziehung dessen“, schloss das Schreiben, „dass der Vater des jungen Mannes als Antifaschist hingerichtet worden ist und der Sohn eine Erziehung genossen hat,

⁶⁵⁷ Mario Graf von Matuschka in einem Schreiben an den Verfasser, 10.3.2008.

⁶⁵⁸ Schreiben von Dr. Grögler an Mariela Gräfin von Matuschka, 12.7.1947. Vgl. Schreiben von Mario Graf von Matuschka an den Verfasser, 10.3.2008.

die gegen das nationalsozialistische Regime gerichtet war und zwangsweise zur SS überstellt worden ist.“⁶⁵⁹

Einen Sonderfall stellte der Kriegsgefangene Peter Hermes im sowjetischen Lager Breslau-Hundsfeld dar. Dessen Vater Andreas Hermes war von 1930 bis 1933 Präsident des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften gewesen. Noch vor dem Ermächtigungsgesetz hatte dieser aus Protest gegen das nationalsozialistische Regime seine öffentlichen Ämter niedergelegt. Nach einer kurzen Haftstrafe aufgrund seiner offenen Gegnerschaft zu den Nationalsozialisten im März 1933 ging er zunächst ohne seine Familie ins kolumbianische Exil. 1939 kehrte er nach Deutschland zurück, um seine Familie ins Exil nachzuholen. Durch den Beginn des Zweiten Weltkrieges war eine Ausreise jedoch nicht mehr möglich.

Hermes engagierte sich im Widerstand gegen das NS-Regime, schloss sich dem Kölner Kreis an und hatte Kontakte zum Kreis um Carl Friedrich Goerdeler sowie zum Kreisauer Kreis. Nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 wurde er verhaftet. Da er auf einer Ministerliste von Goerdeler als möglicher Landwirtschaftsminister genannt war, wurde er am 11. Januar 1945 zum Tode verurteilt. Mehrmals konnte seine Ehefrau einen Aufschub der Hinrichtung erreichen. Die Besetzung Berlins durch sowjetische Truppen verhinderte schließlich, dass das Todesurteil an Hermes vollstreckt werden konnte. Peter Hermes war 1944 wegen der Beteiligung seines Vaters am Widerstand und dessen Nähe zum Kreis der Attentäter in ein Strafbataillon versetzt worden und geriet 1945 nach seiner Gefangennahme in das sowjetische Lager Breslau-Hundsfeld.

Nach dem Kriegsende war Andreas Hermes Mitbegründer und Gründungsvorsitzender der CDU in der SBZ. Bereits im Juli 1945 eröffnete er die „Reichsgeschäftsstelle“ der CDU in Berlin und wurde als zweiter Stellvertreter des Oberbürgermeisters von Groß-Berlin sowie als Stadtrat für Ernährung eingesetzt. In seiner Stellung wurde Hermes von den Sowjets die Möglichkeit einer Entlassung seines Sohnes aus dem Lager Breslau-Hundsfeld angeboten. Im Gegenzug sollte er die CDU auf die politische Linie der so genannten Blockparteien führen. Hermes beugte sich dem sowjetischen Druck jedoch nicht. Wegen seiner Kritik an der entschädigungslosen Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone wurde Hermes im Dezember 1945 von der Sowjetischen Militäradministration zum Rücktritt als CDU-Vorsitzender gezwungen. Daraufhin siedelte er nach Bad Godesberg über und trat der West-

⁶⁵⁹ DÖW: Entschädigungsakte Gustav Gebhardt.

CDU bei. Sein Sohn verblieb noch bis 1950 in verschiedenen sowjetischen Gefangenenlagern.⁶⁶⁰

5 Die Gefangenenselbstverwaltung und das System der Funktionsgefangenen

Um den Aufwand und die Kosten für die Bewachung zu minimieren, übertrug das Wachpersonal eine Reihe von Wach-, Kontroll- und Verwaltungsaufgaben an ausgewählte Funktionsgefangene. Die auf einer „Machtstaffelung“ beruhende Gefangenenselbstverwaltung war in den Lagern ein zentrales Herrschaftsinstrument.

5.1 Die Lagerältesten

An der Spitze der Gefangenenselbstverwaltung stand der Lagerälteste. Dieser war der verantwortliche Vertreter des Lagers gegenüber dem Wachpersonal. Zwischen den Wachmannschaften und der Lagergesellschaft fungierte der Lagerälteste, der dem jeweiligen Kommandanten direkt unterstellt war, als Bindeglied. Zu dessen Aufgaben zählte es, die Befehle des Lagerpersonals durchzusetzen und für einen möglichst reibungslosen Ablauf des Lageralltags zu sorgen. Mit zunehmender Größe der Lager konnten auch mehrere Lagerälteste ernannt werden.⁶⁶¹

5.1.1 Die Lagerältesten im sowjetischen Gewahrsam

Die sowjetischen Lagerkommandanten setzten die Lagerältesten als höchste Funktionsgefangene ein.⁶⁶² Häufig geschah dies aufgrund freier Willkür, mitunter auch nach einem Vorschlag der dominanten Gefangenengruppe.⁶⁶³ Die Einsetzung des Lagerältesten war mit pragmatischen Motiven verbunden, da das System der Funktionsgefangenen auf einer wenn auch sehr eingeschränkten Kooperation zwischen dem Lagerpersonal und den Funktionsgefangenen basierte. Aus der Sicht der Wachleute war es daher unerlässlich, dass eine problemlose Verständigung mit dem Lagerältesten gewährleistet war. Hierfür waren primär die gleiche Sprache und ein gemeinsamer kultureller Hintergrund die Voraussetzungen.⁶⁶⁴ Von sow-

⁶⁶⁰ Hermes, Peter, 2007, *Meine Zeitgeschichte, 1922-1987*, Paderborn. *Die Politische Meinung*, 1995, Ausgabe 308, S. 161.

⁶⁶¹ Orth, 2000, S. 109.

⁶⁶² Hilger, 2000, S. 123f.

⁶⁶³ Sofsky, 1993, S. 153.

⁶⁶⁴ Orth, 2000, S. 120f, 130f.

jetischer Seite legte man neben den russischen Sprachkenntnissen in unterschiedlicher Ausprägung auch Wert auf organisatorische Fähigkeiten, Fachwissen, Untauglichkeit zu körperlich schwerer Arbeit, politische Zuverlässigkeit und Geschicklichkeit. Ein hoher Dienstgrad oder Zurückhaltung in der antifaschistischen Arbeit waren keine nachhaltigen Hinderungsgründe. Von der Moskauer Führung wurde den sowjetischen Leitern eingeschärft, den gefangenen Funktionären gegenüber kein allzu großes Vertrauen und vor allem keine Vertraulichkeiten aufkommen zu lassen.⁶⁶⁵

Da die sowjetischen Lagerkommandanten primär an einer Aufrechterhaltung der Ordnung und Disziplin unter ihren Gefangenen interessiert waren, setzten diese in den Frontlagern in erster Linie die ranghöchsten Offiziere als Lagerälteste ein. Dies bot sich insbesondere in den Lagern an, in denen die gefangenen Soldaten in geschlossenen Einheiten eingezogen waren. Aber auch freundschaftliche Beziehungen zum Kommandanten oder die ideologische Nähe eines Lagerinsassen zum Sowjetregime konnten hierfür hinreichende Gründe sein. Letzteres traf insbesondere auf politische NS-Verfolgte zu, die in der Endphase des Krieges in Straf- und Bewährungseinheiten rekrutiert wurden und mit diesen in sowjetische Gefangenschaft geraten waren.⁶⁶⁶

Der sowjetische Kommandant im Lager Breslau-Hundsfeld ernannte zunächst einen Balten als Lagerältesten, zu dem sich als kriegsgefangenen Arzt ein freundschaftliches Verhältnis entwickelt hatte. Da dieser nach der Aussage eines ehemaligen Gefangenen „den starken Mann mehr markierte, als er es wohl war“ und zudem nur gebrochen Deutsch sprach, was die Kommunikation zu den Gefangenen wesentlich erschwerte, währte die Amtszeit des baltischen Lagerältesten nicht lange. Kurze Zeit später übernahm der deutsche Oberst Hermann Sauer als einer der ranghöchsten Offiziere im Lager diesen Posten.⁶⁶⁷

Eine Ausnahme bildete der Lagerälteste des Lagers Neuhammer, Hanns Bernd-Christian von Rohr.⁶⁶⁸ Auch er stand als höchster Offiziersdienstgrad an der Spitze der militärischen Hierarchie im Lager und war somit für eine Ernennung in diese Position prädestiniert. Zugleich konnte von Rohr für sich beanspruchen, ein Opfer des NS-Regimes gewesen zu sein. In den letzten Kriegstagen hatte sich dieser geweigert, desertierte Soldaten seiner Einheit hinrichten zu lassen. Von Rohrs Vorgesetzter Generaloberst Ferdinand Schörner forderte daraufhin dessen Erschießung. Das Todesurteil wurde auf Weisung des Oberkommandos des Heeres (OKH) jedoch auf „Frontbewährung“ abgemildert.⁶⁶⁹

⁶⁶⁵ Hilger, 2000, S. 124.

⁶⁶⁶ Bericht Max Meyer; Landesarchiv Berlin, C Rep. 118-01/14136.

⁶⁶⁷ Springer, Alfred, 1965, *Ut mine Russentid*, zit. in Gleiss, 1988, Bd. 6, S. 243.

⁶⁶⁸ BA-MA, MSg 200/491.

⁶⁶⁹ Kochanowski, 2004, S. 329f.

Mit der Stationierung des sowjetischen Front-Aufnahme-Durchgangslagers Nr. 78 in Sagan gelangten im Frühjahr 1945 mit der Masse der Gefangenen auch etwa 80 politische Deserteur der 36. Waffen-Grenadier-Division der SS in das Lager. In einer Zusammenkunft dieser „Dirlewanger“ einigten sie sich untereinander auf den Kommunisten Alfred Neumann als Kandidaten für den Posten des Lagerältesten. Neumann hatte mehrere Vorzüge. Er war lange Zeit in der KPD politisch aktiv gewesen, verfügte über Führungsqualitäten, beherrschte die russische Sprache und war zudem mit einer Russin verheiratet.⁶⁷⁰ Daher sollte Neumann der sowjetischen Lagerkommandantur als Lagerältester vorgeschlagen werden. Während der Abstimmungen konnte der „Dirlewanger“ Erich Friehe jedoch das Vertrauen des sowjetischen Wachpersonals erlangen und durchsetzen, selbst zum Lagerältesten ernannt zu werden.⁶⁷¹

Erich Friehe wurde am 16. Januar 1903 in Bündheim geboren.⁶⁷² Im dortigen Stadtteil Merseburg arbeitete Friehe, der Vater von acht Kindern war, als Bergmann.⁶⁷³ In den Märzunruhen 1921 hatte sich Friehe dem mitteldeutschen Aufstand unter der Führung des Kommunisten Max Hoelz angeschlossen. Während des Aufstands kam es zum Mord an einem Gutsbesitzer, für den Hoelz im Juni 1921 von einem Moabiter Sondergericht zu einer lebenslangen Zuchthausstrafe verurteilt worden war. Im Herbst 1926 bezichtigte sich Friehe, der wegen seiner Beteiligung an den Märzunruhen selbst bestraft worden war, der Tötung des Gutsbesitzers. Trotz intensiver Bemühungen und eines angestrebten Prozesses wurde dieser für den Mord nicht zur Verantwortung gezogen.⁶⁷⁴

Die Verhaftung Friehes durch die Nationalsozialisten im Jahr 1934 markierte den Beginn einer 11 Jahre währenden Odyssee durch deutsche Konzentrationslager.⁶⁷⁵ Am 6. April 1940 wurde Friehe aus dem KZ Sachsenhausen in das KZ Flossenbürg überstellt. Im Lager war dieser als „reichsdeutscher Schutzhäftling“ in der Häftlingsschuhmacherwerkstatt beschäf-

⁶⁷⁰ Heuer, 2006, S. 43. Alfred Neumann, geb. 15.12.1909 in Berlin-Schöneberg, verst. 8.1.2001 in Berlin, 1919 Tischler, Mitglied des Arbeitersportvereins "Fichte", 1929 KPD, 1933 Teilnahme am illegalen Widerstand, Emigration nach Dänemark, Schweden, über Finnland in die UdSSR, bis 1937 Sportlehrer, 1938 wegen fehlender sowjetischer Staatsbürgerschaft Ausweisung, über Frankreich nach Spanien, Mitglied der Int. Brigaden, nach Inhaftierung an die Gestapo ausgeliefert, wegen Hochverrat zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt, Februar 1945 SS-Strafbataillon, Übertritt zur Roten Armee, sowjetische Gefangenschaft bis 1947, Rückkehr nach Deutschland, 1947-49 Tätigkeit als Verwaltungsangestellter in Berlin-Treptow, SED-Kreisleitung Tempelhof, und Neukölln, Sekretär der SED-BL Berlin, 1951-53 stellv. Oberbürgermeister, 1. Sekretär der SED-BL Berlins, 1954-1989 Kandidat und Mitglied des Politbüros.

⁶⁷¹ Klausch, Hans-Peter, 1993, Antifaschisten in SS-Uniform. Schicksal und Widerstand der deutschen politischen KZ-Häftlinge, Zuchthaus- und Wehrmachtstrafgefangenen in der SS-Sonderformation Dirlewanger (= DIZ-Schriften, 6), Bremen, S. 533. Staatsarchiv Hamburg, 622-1-203/334: Betreffend die Deutsche Leitung des Kriegsgefangenen-Lager Sagan-Ost, Bl. 1.

⁶⁷² Schreiben der Gedenkstätte Flossenbürg an den Verfasser, 2.10.2012.

⁶⁷³ Staatsarchiv Hamburg, 622-1-203/334: Betreffend die Deutsche Leitung des Kriegsgefangenen-Lager Sagan-Ost, Bl. 1. Gerber, Karl, o. J., Dirlewanger (I. Fassung), Nürtingen, zit. in: Klausch, 1993, S. 533.

⁶⁷⁴ Apfel, 2013, S. 45-48.

⁶⁷⁵ Staatsarchiv Hamburg, 622-1-203/334: Betreffend die Deutsche Leitung des Kriegsgefangenen-Lager Sagan-Ost, Bl. 1.

tigt.⁶⁷⁶ Von Flossenbürg kam Friehe am 5. August 1942 in das Konzentrationslager Neuengamme.⁶⁷⁷ Im Neuengammer Außenlager Farge war er als Kapo eingesetzt.⁶⁷⁸ Ende 1944 wurde dieser für den Einsatz in der 36. Waffen-Grenadier-Division der SS zwangsrekrutiert.⁶⁷⁹

An der Spitze der Gefangenenselbstverwaltung stehend, hatte Erich Friehe als Lagerältester das Recht, Funktionsstellen zu besetzen. Bevorzugt ernannte er hierfür ehemalige Leidensgenossen, die ihm aus seiner KZ-Haft bekannt waren.⁶⁸⁰ In der Gefangenenselbstverwaltung ging die Macht jedoch nicht allein vom Lagerältesten Erich Friehe aus. Unterstützt wurde dieser in der Leitung vom „Lagerspieß“ Dreis, dem polnischen Lagerdolmetscher und dem ungarischen Küchenchef. Zu dieser „Clique“ zählte auch der zeitweilige stellvertretende Lagerälteste Katzenberger.⁶⁸¹ Aufgrund der Sprachbarriere zwischen Friehe und dem Wachpersonal verhielt es sich tatsächlich so, dass der polnische Lagerdolmetscher der eigentliche Verbindungsmann zu den Offizieren der sowjetischen Lagerkommandantur war. Die Antifaschisten im Lager hegten Zweifel an den Übersetzungen des Polen, konnten ihren Verdacht jedoch nicht überprüfen. Dieser Umstand veranlasste die antifaschistische Gruppe dazu, Friehe Betrug durch den Dolmetscher vorzuwerfen.⁶⁸²

Im Lager Sagan amtierte Erich Friehe von März bis August 1945 als Lagerältester.⁶⁸³ Am 10. August 1945 wurde den Gefangenen die Übernahme des Amtes durch einen neuen Lagerältesten bekannt gegeben.⁶⁸⁴ Die sowjetische Lagerkommandantur ernannte nach Friehes Absetzung den deutschen Gefangenen Paul Skrodzki, bei dem es ebenfalls um einen ehemaligen KZ-Häftling handelte, zum Lagerältesten. Dieser hatte „das Vertrauen der Russen gewonnen“, wobei den Mitgefangenen unbekannt blieb, auf welchem Weg ihm der Vertrauensgewinn gelang. Nach eigenen Angaben hatte Skrodzki in der Roten Armee gegen die Koltschak-Armee gekämpft. Er war daher der russischen Sprache mächtig. Ein weiterer wesentlicher

⁶⁷⁶ Schreiben der Gedenkstätte Flossenbürg an den Verfasser, 2.10.2012; Schreiben von Alexander Maximilian Kraskiewicz an Hans-Peter Klausch, 29.3.1990, zit. in: Klausch, 1993, S. 533. Siehe auch Gerber, Karl, o. J., Dirlwanger (I. Fassung), Nürtingen, zit. in: Klausch, 1993, S. 533.

⁶⁷⁷ Schreiben der Gedenkstätte Flossenbürg an den Verfasser, 2.10.2012; Staatsarchiv Hamburg, 622-1-203/1 Heft 3.

⁶⁷⁸ Staatsarchiv Hamburg, 622-1-203/334: Betreffend die Deutsche Leitung des Kriegsgefangenen-Lager Sagan-Ost, Bl. 1.

⁶⁷⁹ Schreiben von Alexander Maximilian Kraskiewicz an Hans-Peter Klausch, 29.3.1990, zit. in: Klausch, 1993, S. 533. Siehe auch Gerber, Karl, o. J., Dirlwanger (I. Fassung), Nürtingen, zit. in: Klausch, 1993, S. 533.

⁶⁸⁰ Schreiben der Gedenkstätte Flossenbürg an den Verfasser, 2.10.2012; Staatsarchiv Hamburg, 622-1-203/1 Heft 3.

⁶⁸¹ Wagner, Jaworzno, o. P. Staatsarchiv Hamburg, 622-1-203/1 Heft 3. Gerber, Karl, o. J., Dirlwanger (I. Fassung), Nürtingen, zit. in: Klausch, 1993, S. 534.

⁶⁸² Gerber, Karl, o. J., Dirlwanger (I. Fassung), Nürtingen, zit. in: Klausch, 1993, S. 533.

⁶⁸³ Staatsarchiv Hamburg, 622-1-203/334: Betreffend die Deutsche Leitung des Kriegsgefangenen-Lager Sagan-Ost, Bl. 1.

⁶⁸⁴ Staatsarchiv Hamburg, 622-1-203/1 Heft 3.

Grund für Skrodzki Einsetzung war vermutlich, dass dieser während der NS-Herrschaft bereits als Lagerältester im Auschwitz Nebenlager Jawischowitz eingesetzt gewesen war und entsprechende Erfahrungen gesammelt hatte.⁶⁸⁵

5.1.1.1 Das Verhältnis zwischen Lagerältesten und Gefangenen

War in einem sowjetischen Frontlager eine militärische Obrigkeit als Lagerältester eingesetzt, wie es für die Lager Neuhammer und Breslau-Hundsfeld der Fall war, erhielt diese zumeist den Respekt und die Anerkennung der einfachen Soldaten im Lager. Dies traf insbesondere dann zu, wenn die Gefangenen in geschlossenen Einheiten in das Lager eingezogen waren. Im Lager Hundsfeld konnte sich der Lagerälteste Oberst Hermann Sauer nach seiner Ernennung „für lange Zeit“ in seiner Funktion etablieren.⁶⁸⁶ Als Kommandeur des Festungs-Grenadier-Regiments „Sauer“ war dieser den meisten seiner Untergebenen im Lager bekannt, von denen zahlreiche im Frühjahr 1945 als Soldaten in der „Festung Breslau“ gekämpft hatten. Da sie mit Sauer ein gemeinsames Schicksal in den Kämpfen um die eingeschlossene Stadt und den anschließenden Weg in die Gefangenschaft teilten, kann angenommen werden, dass die Mehrheit der Gefangenen ihm ein Gefühl der Verbundenheit entgegenbrachte. Sauer war noch am 30. April 1945 in Breslau das Ritterkreuz verliehen worden,⁶⁸⁷ was ihm aufgrund des nachwirkenden NS-Heldenkults unter den Gefangenen vermutlich weiteren Respekt verschaffte.

Während die militärischen Führer als Lagerälteste zumeist akzeptiert wurden, war dies bei ehemaligen Strafgefangenen in diesen Positionen nicht der Fall. Im Lager Sagan hatte sich der politische „Dirlewanger“ Erich Friehe mit seiner Ernennung zum Lagerältesten explizit gegen den Beschluss der antifaschistischen „Zelle“ gestellt und somit als Abweichler den Rückhalt der Antifaschisten verloren. Diese konnten Friehe dazu bewegen, Alfred Neumann, der zunächst als Kandidat für den Posten des Lagerältesten vorgeschlagen worden war, als Sprecher ihrer antifaschistischen „Zelle“ zum zweiten Lagerältesten zu ernennen. Trotz seiner Qualifikation durch seine Sprachkenntnisse und politischen Erfahrungen konnte Neumann im Lager keinen entscheidenden Einfluss gewinnen, da Friehe ihm keinerlei Befugnisse gewährte. In ihrem Vorhaben, sich für die Mitgefangenen einzusetzen, fühlten sich die Antifaschisten dadurch von Friehe sabotiert.

⁶⁸⁵ Staatsarchiv Hamburg, 622-1-203/334: Betreffend die Deutsche Leitung des Kriegsgefangenen-Lager Sagan-Ost, Bl. 1f.

⁶⁸⁶ Schmidt, 2004, S. 332.

⁶⁸⁷ Meyer, 2003, S. 54.

Ein weiterer Grund für die Ablehnung Friehe durch die „Politischen“ war, dass dieser sein politisches Engagement in der Zeit vor seiner KZ-Haft nicht glaubhaft nachweisen konnte. Zwar gab Friehe sich während seiner Zeit als Lagerältester als ehemaliges KPD-Mitglied aus, trug an seiner Mütze ein Abzeichen des „Roten Frontkämpferbunds“ und kleidete sich zeitweise in einer Uniform der Roten Armee.⁶⁸⁸ Die gefangenen „Dirlewanger“ aus dem KZ Sachsenhausen kannten Erich Friehe jedoch nicht, auch einem „Dirlewanger“ aus dessen Heimatstadt Halle war Friehe unbekannt. Dieser Umstand wog umso schwerer, da nahezu jeder der etwa 80 politischen „Dirlewanger“ im Lager über mindestens einen Bürgen verfügte.⁶⁸⁹ Erich Friehe wurde daher nach seiner Absetzung als Lagerältester von den kommunistischen Antifaschistischen nicht als ehemaliges KPD-Mitglied anerkannt.⁶⁹⁰

Als Friehe an einem Gemütsleiden erkrankte, begann dieser übermäßig Alkohol zu trinken. Unter den Lager-Antifaschisten wurden daraufhin Zweifel laut, ob dieser dem Posten des Lagerältesten noch gewachsen sei. Die Vorwürfe der Antifaschisten mündeten in einem Konflikt, den der Lagerdolmetscher für sich zu nutzen wusste und den dieser zusätzlich verstärkte.⁶⁹¹

5.1.1.2 Die Machtkämpfe um den Posten des Lagerältesten

Der Kampf um Funktionsmacht und die Privilegien des Lagerältesten führten häufig zu Feindschaften zwischen den an die Hierarchiespitze drängenden Gefangenen. In dem Verdrängungsprozess kam es insbesondere darauf an, die Schlüsselpositionen zu besetzen und den Rivalen jede Möglichkeit zu nehmen, mit Hilfe des Lagerpersonals an die Macht zu kommen. Durch Intrigen und Denunziationen wurde die Verdrängung bzw. die Beseitigung des Gegners angestrebt. Möglich wurde dies beispielsweise, indem man den Kontrahenten per Transport aus dem Lager entfernte oder diesen der internen Selbstjustiz auslieferte.⁶⁹²

Auch der Saganer Lagerälteste Erich Friehe versuchte sich mit dem ihm zu Verfügung stehenden Mitteln gegen seine Rivalen vorzugehen. Am 14. Mai 1945 versammelte Friehe die etwa 80 Antifaschisten des Lagers auf dem Appellplatz und überbrachte ihnen eine angebliche Anordnung des sowjetischen Lagerkommandanten. Ein Teil der „Politischen“ sollte sich

⁶⁸⁸ Staatsarchiv Hamburg, 622-1-203/334: Betreffend die Deutsche Leitung des Kriegsgefangenen-Lager Sagan-Ost, Bl. 1. Siehe auch Klausch, 1993, S. 533.

⁶⁸⁹ Gerber, Karl, o. J., Dirlewanger (I. Fassung), Nürtingen, zit. in: Klausch, 1993, S. 533.

⁶⁹⁰ Staatsarchiv Hamburg, 622-1-203/334: Betreffend die Deutsche Leitung des Kriegsgefangenen-Lager Sagan-Ost, Bl. 1.

⁶⁹¹ Staatsarchiv Hamburg, 622-1-203/334: Betreffend die Deutsche Leitung des Kriegsgefangenen-Lager Sagan-Ost, Bl. 1.

⁶⁹² Sofsky, 1993, S. 166f.

für einen Abtransport aus dem Lager bereithalten. Diese Anordnung stieß jedoch bei den Antifaschisten auf Misstrauen, die hinter den Vorgängen eine „persönliche Lagerintrige“ vermuteten.⁶⁹³ In einer daraufhin abgehaltenen Versammlung beschlossen diese, am folgenden Tag zu viert beim Lagerkommandanten Nowikow vorstellig zu werden.⁶⁹⁴ Friehe versprach, erneut das Gespräch mit dem sowjetischen Lagerkommandanten zu suchen. Da der Kommandant aber nicht gut auf die „Politischen“ zu sprechen sei, sollten sich diese zumindest ruhig verhalten. Der angekündigte Abtransport erfolgte schließlich nicht.

Wenige Tage darauf mussten wiederum 30 politische „Dirlewanger“ auf dem Appellplatz antreten, woraufhin Erich Friehe Namen von einer Liste verlas. Der Kommandant hätte den Befehl erteilt, so verkündete Friehe, dass die Aufgerufenen bis zum Abend des nächsten Tages auf Transport gehen würden. Um ihren Abtransport aus dem Lager zu verhindern, wünschten diese eine Aussprache. Wiederholt versprach Friehe, sich für die Betroffenen einzusetzen. Dies würde jedoch nicht für Alfred Neumann gelten, auf den der Lagerkommandant nicht gut zu sprechen sei und den dieser nicht mehr zu sehen wünschte.⁶⁹⁵ Noch mehrfach drohte Erich Friehe seinem größten Widersacher Neumann, auf einen Einzeltransport geschickt zu werden. „Auge in Auge versprach er Friehe eine spätere Abrechnung. Es war ein Spiel um die Macht“, erinnerte sich einer der Lager-Antifaschisten.⁶⁹⁶ Die Ablehnung der „Dirlewanger“ gegenüber dem Lagerältesten beruhte auf Gegenseitigkeit. Erich Friehe bemühte sich daher um einen Rückhalt bei den Soldaten im Lager, welche die Mehrheit der Gefangenen darstellte. Insbesondere aber für die Offiziere bekundete er offen seine Sympathie.⁶⁹⁷

Auch Friehes Nachfolger Paul Skrodzki versuchte, die Gunst der einfachen Soldaten im Lager zu erlangen. Er sprach sich gegen das „Feldweibelwesen“ aus und verkündete, dass er gegen die Korruption unter den Gefangenen vorgehen wolle. Aufgrund seines dekadenten Auftretens und seines verschwenderischen Verhaltens gingen die Lager-Antifaschisten, wie schon zu seinem Vorgänger Erich Friehe, zu ihm auf Distanz. Nach einer personellen Veränderung des Antifa-Komitees erhöhten sich die Spannungen zwischen dem Lagerältesten und den Antifaschisten erheblich.⁶⁹⁸

⁶⁹³ Staatsarchiv Hamburg, 622-1-203/1 Heft 3; Gerber, Karl, o. J., Dirlewanger (I. Fassung), Nürtingen, zit. in: Klausch, 1993, S. 533.

⁶⁹⁴ Staatsarchiv Hamburg, 622-1-203/1 Heft 3.

⁶⁹⁵ Auch diese Anordnung des Kommandanten wurde von den Lagerantifaschisten angezweifelt. „Die Rote Armee läßt nicht mit sich spaßen“, hätte der Lagerälteste auf entsprechende Einwände erwidert.

⁶⁹⁶ Klausch, 1993, S. 533.

⁶⁹⁷ Gerber, Karl, o. J., Dirlewanger (I. Fassung), Nürtingen, zit. in: Klausch, 1993, S. 533.

⁶⁹⁸ Staatsarchiv Hamburg, 622-1-203/334: Betreffend die Deutsche Leitung des Kriegsgefangenen-Lager Sagan-Ost, Bl. 2.

5.1.1.3 Das Ansehen der Lagerältesten unter den Gefangenen

In der „Grauzone“ des Lagers lebte die „Lagerprominenz“, an dessen Spitze der Lagerälteste stand, in einem abgetrennten Milieu. Das Wachpersonal gewährte der Prominenz Privilegien, wie z. B. hochwertige Kleidung und Nahrung sowie das Verfügen von Dienstleistungen und den Erhalt der Körperkraft. Diese Privilegien verschafften der „Lageraristokratie“ Prestige und unterstrichen die sozialen Unterschiede innerhalb der Lagergesellschaft. Durch ihren Konsum setzte die Prominenz ihren Reichtum in Szene und bezeugte, von Hunger und Elend befreit zu sein. In der allgemeinen Not der Gefangenen wirkte der sichtbare Konsum der „Lageraristokratie“ jedoch wie eine Provokation. Die saubere und hochwertige Kleidung, Schmuck und andere Symbole der Macht zeigten den Gefangenen, dass die „Lagerprominenz“ privilegiert und ihnen übergeordnet war.⁶⁹⁹

In Sagan strebte die sowjetische Lagerkommandantur eine weitgehend gerechte Führung des Lagers an. Eine Bevorzugung der deutschen Antifaschisten lehnte diese ab.⁷⁰⁰ Trotz dessen genoss der Lagerälteste Erich Friehe zahlreiche Privilegien. Im Lager verfügte dieser u. a. über ein Reitpferd, eine saubere und gutsitzende Uniform sowie über Reitstiefel.⁷⁰¹ Ein Klavier, das im Saganer Vorlager zunächst für musikalische Aktivitäten gedient hatte, ließ sich Friehe in sein Zimmer stellen.⁷⁰² Nicht nur durch seine materiellen Machtsymbole stellte Friehe seine Dominanz gegenüber den Mitgefangenen zur Schau. Als „ein untersetzter bulliger Typ“, der den Lagerinsassen zeigte, „wer hier Herr über Leib und Leben ist“, entsprach Friehe auch in seiner körperlichen Erscheinung dem physisch überlegenen Oberhaupt der „Lagerprominenz“.⁷⁰³ Trotz seines Strebens nach Prestige war das Ansehen des Saganer Lagerältesten ein durchweg negatives. Während ihn die Lager-Antifaschisten mangels politischer Glaubwürdigkeit als „Berufsverbrecher“ diffamierten, besagten andere Gerüchte unter den Gefangenen, dass es sich bei Erich Friehe um einen „Raubmörder“ handelte, der in einem Zuchthaus auf die Vollstreckung seines Todesurteils gewartet hätte.⁷⁰⁴

Auch Friehes Nachfolger Paul Skrodzki verspielte sich jede Möglichkeit zur Festigung seiner Position durch die demonstrative Zurschaustellung seiner Macht bzw. seines „Reichtums“. Obwohl Skrodzki als einfacher „Bewährungsschütze“ in sowjetische Gefangenschaft geraten

⁶⁹⁹ Sofsky, 1993, S. 174.

⁷⁰⁰ Staatsarchiv Hamburg, 622-1-203/334: Betreffend die Deutsche Leitung des Kriegsgefangenen-Lager Sagan-Ost, Bl. 1.

⁷⁰¹ Schreiben von Alexander Maximilian Kraskiewicz an Hans-Peter Klausch, 29.3.1990, zit. in: Klausch, 1993, S. 533.

⁷⁰² Staatsarchiv Hamburg, 622-1-203/1 Heft 3.

⁷⁰³ Sofsky, 1993, S. 41.

⁷⁰⁴ Schwarz, 2017, S. 41.

war, kleidete sich dieser in einer Offiziersuniform, um seiner gehobenen Stellung Ausdruck zu verleihen.⁷⁰⁵ Die Lagergefangenen beobachteten, dass Skrodzki in den Wochen nach seiner Einsetzung als Lagerältester seine Finger mit zahlreichen Goldringen schmückte. Statt für Bewunderung sorgte dies im Lager jedoch für allgemeinen Spott. Hatte er sich noch gegen die Korruption im Lager ausgesprochen, wurde unter den Lagergefangenen allmählich bekannt, dass Skrodzki bei Gefangenen Wertsachen, wie Uhren oder Schmuck, gegen Tabak eintauschen ließ. Diese Gegenstände verkaufte oder verschenkte er an das sowjetische Lagerpersonal.⁷⁰⁶ Paul Skrodzki demontierte sich in seiner Person zudem durch wiederholte Prahlereien. So schilderte er gegenüber seinen Mitgefangenen, dass er als Jugendlicher die Tätigkeit eines Bärenführers ausgeübt hätte, mit einem Bären herumgezogen sei und in Schaubuden mit diesem gekämpft hätte.⁷⁰⁷

5.1.1.4 Die Gefolgschaft der Lagerältesten

Der Lebensstil der „Lageraristokratie“ umfasste auch eine Vielzahl an Dienstleistungen. Die Protektion einer persönlichen Dienerschaft schränkte dabei die Privilegien auf einen begrenzten Kreis von Auserwählten ein.⁷⁰⁸ Erich Friehe hielt sich eine „Leibgarde“ aus „Kapos“, bei denen es sich nach Ansicht der Lagerinsassen ebenfalls um straffällig gewordene Gefangene handelte.⁷⁰⁹ Die als „kriminell“ geltenden Lagerfunktionäre hielten sich private Lakaien und Leibwächter, die sie beschützten und mitversorgten. Dafür hatten diese Diener allerlei persönliche und sexuelle Dienste zu leisten.⁷¹⁰ Paul Skrodzki hielt sich zudem einen Leibburschen, durch den er sich Rationen des als besonders wertvoll erachteten Zuckervorrats aus der Küche herbeischaffen ließ. Nach dem späteren Urteil eines Lager-Antifaschisten führte Paul Skrodzki „eine ausgesprochene Günstlingswirtschaft“. Skrodzki versorgte sich und seine Vertrauten wiederholt mit unterschiedlichsten Nahrungsmitteln. Mitte September 1945 verbreitete sich unter den Lagergefangenen das Gerücht, dass das Lager Sagan in polnische Verwaltung übergehen würde. Als der Tag der vermeintlichen Übergabe eingetroffen war, besorgte sich der Lagerälteste Paul Skrodzki einen Entlassungsschein. Zudem setzte dieser durch, dass einige ihm nahestehende Antifaschisten vorzeitig das Lager verlassen konnten. Obwohl Skrodzki über einen Entlassungsschein verfügte, wurde er nicht aus dem Lager entlassen. Unter dem

⁷⁰⁵ Sofsky, 1993, S. 43.

⁷⁰⁶ Staatsarchiv Hamburg, 622-1-203/334: Betreffend die Deutsche Leitung des Kriegsgefangenen-Lager Sagan-Ost, Bl. 2.

⁷⁰⁷ Ebenda.

⁷⁰⁸ Sofsky, 1993, S. 46.

⁷⁰⁹ Schwarz, 2017, S. 41.

⁷¹⁰ Sofsky, 1993, S. 42.

lautstarken Protest der Lagergefangenen kamen jedoch einige der ausgewählten Antifaschisten zur Entlassung. Nach dem Abtransport dieser Antifaschisten wurde unter den Gefangenen bekannt, dass sich unter den Entlassenen auch drei ehemalige „Dirlewanger“ befanden, die wie Paul Skrodzki während ihrer KZ-Haft den grünen Winkel der so genannten „Berufsverbrecher“ getragen hatten und daher unter den Mitgefangenen als „Kriminelle“ galten. In Sagan hatten diese zu Skrodzkis engem Freundeskreis gehört, der sich für ihre Entlassung eingesetzt hatte.⁷¹¹

5.1.1.5 Der Einfluss der Lagerältesten auf die Lagerinstitutionen

Ihre Macht demonstrierten die Lagerältesten in Sagan auch durch ihren Einfluss auf die Lagerinstitutionen, wie die Lagerküche oder die Lagerpolizei. Gelegentlich teilte ein „Dirlewanger“ aus dem KZ Sachsenhausen, der bei der Essenausgabe beschäftigt war, seinen ihm nahestehenden Mitgefangenen einen Nachschlag aus. Erich Friehe sprach sich vehement gegen dieses Vorgehen aus.⁷¹²

Auch Friehes Nachfolger nahm Einfluss auf die Lagerküche. Um seine Macht zu demonstrieren, ließ Paul Skrodzki z. B. alle Lagergefangenen aus Bochum versammeln und stellte sich ihnen als zukünftigen Bochumer Oberbürgermeister vor. Anschließend wies er das Küchenpersonal an, den Bochumern einen Nachschlag auszugeben. Die wenigen Habseligkeiten, die vereinzelt Gefangenen nach der Einlieferung noch verblieben waren, ließ Skrodzki durch die Lagerpolizei einzusammeln.⁷¹³

5.1.1.6 Der Umgang der Lagerältesten mit ihrer Macht

Die Einsetzung eines Antifaschisten als Lagerältesten bildete die Grundlage für eine Lagerhierarchie, die der militärischen Ordnung spiegelbildlich entgegengesetzt war. In den Straf- und Bewährungseinheiten hatten Oppositionelle aufgrund ihrer politischen Unzuverlässigkeit nur niedere Dienstgrade innegehabt.⁷¹⁴ Mit der Umkehrung der Machtverhältnisse ergab sich für diese nun die Möglichkeit, sich für tatsächlich oder vermeintlich erlittenes Unrecht an der ehemaligen Obrigkeit zu rächen.

⁷¹¹ Staatsarchiv Hamburg, 622-1-203/334: Betreffend die Deutsche Leitung des Kriegsgefangenen-Lager Sagan-Ost, Bl. 2.

⁷¹² Klausch, 1993, S. 533.

⁷¹³ Staatsarchiv Hamburg, 622-1-203/334: Betreffend die Deutsche Leitung des Kriegsgefangenen-Lager Sagan-Ost, Bl. 2.

⁷¹⁴ Dies galt auch, wenn politisch unzuverlässige Personen in reguläre Truppen rekrutiert wurden.

Im Lager Breslau-Hundsfeld war zeitweise ein Oberleutnant des Heeres als Lagerältester eingesetzt, „der sich in seiner fragwürdigen Stellung recht groß vorkam“. Sein als arrogant wahrgenommenes Auftreten wurde von den gefangenen Offizieren zumeist mit Kopfschütteln quittiert. Für weiteren Unmut sorgte der Befehl des Oberleutnants, dass die Offiziere ihre Kragenspiegel von den Uniformen abtrennen sollten. Nach Ansicht der Offiziere behandelte der Lagerälteste diese „schlimmer als der übelste Korporal seine Rekruten“. Ein Betroffener berichtete:

„Mich ließ er abführen, ohne daß ich wußte, was ich mir hatte zuschulden kommen lassen. In seinem Büro ließ er mich lange warten. Als er dann endlich erschien, bereitete er mir einen Auftritt, der wohl deutlich machen sollte, daß ich ein armes Würstchen und er der große Herr sei. Marine schien auf ihn wie ein rotes Tuch zu wirken. Im Laufe des Verhörs wurde mir manches klar: Er war aus dem Mannschaftsstande hervorgegangen und hatte offenbar auf der Fachschule schlechte Erfahrungen mit seinen Lehrern gemacht. Zufällig war er wohl bei der Registrierung darauf gestoßen, daß ich Marineoberlehrer war. Nun mußte er sein Mütchen kühlen und ich mußte ausbaden, was andere gesündigt hatten.“⁷¹⁵

Wesentlich weiter ging der Saganer Lagerälteste Erich Friehe. Motiviert durch einen starken Hass auf die SS, der sich durch die Erlebnisse während seiner 11-jährigen KZ-Haft verfestigt hatte, misshandelte Friehe die im „Bunker“ des Saganer Ostlagers festgehaltenen ehemaligen SS-Angehörigen. Zwischen 120 und 140 der SS-Angehörigen wurden durch diese Misshandlungen getötet.⁷¹⁶ Bei dem Lagerbunker handelte es sich nach Marc Buggeln um einen versteckten Gewaltraum, in dem ein hohes Maß an Gewalt ausgeübt wurde.⁷¹⁷ Unterstützt wurde Friehe in dem etwa sechs Wochen währenden Gewaltexzess von den Angehörigen der Lager selbstverwaltung, aber auch der ungarische Küchenchef und der russische Furier des Lagers waren daran beteiligt.⁷¹⁸

Dass Friehe seine Tötungsaktionen nur während der Nächte und im Verborgenen durchführte, lässt vermuten, dass dieser sich der Unrechtmäßigkeit seines Handelns durchaus bewusst war. Die Lagerordnung zielte auf die Erhaltung der Gefangenen als Arbeitskräfte und untersagte explizit Übergriffe auf die Lagerinsassen. Um sein persönliches Rachebedürfnis gegenüber den SS-Angehörigen zu stillen, missbrauchte Friehe jedoch seine Befugnisse als Lagerältester.

⁷¹⁵ Sievers, 1984, S. 351.

⁷¹⁶ Staatsarchiv Hamburg, 622-1-203/334: Betreffend die Deutsche Leitung des Kriegsgefangenen-Lager Sagan-Ost, Bl. 1.

⁷¹⁷ Buggeln, 2012, S. 192.

⁷¹⁸ Wagner, Jaworzno, o. P.

5.1.1.7 Der Verlust der Position des Lagerältesten

Einlassungen mit dem Lagerpersonal bezahlten die Lagerältesten, zumal wenn sie exzessiv Gewalt an ihren Mitgefangenen ausübten, mit einer starken Abhängigkeit. Die Möglichkeit einer Rückkehr in die Gefangenengesellschaft war diesen aufgrund drohender Vergeltung durch die Mitgefangenen erschwert bzw. verwehrt. Der Antagonismus zwischen Lagerpersonal und Gefangenen drängte den Lagerältesten in eine schwierige Zwangslage. Sofern sich Lagerälteste mit dem Wachpersonal des Lagers eingelassen hatten, waren sie nach dem Verlust der Protektion meist der Rache der Gefangenen ausgesetzt und wurden in einigen Fällen mit dem Tode bedroht. Die Angst vor Vergeltung drängte Lagerälteste dazu, ihre Machtpositionen mit allen Mitteln zu erhalten und sich der Obrigkeit stetig anzupassen.⁷¹⁹

Nach einem Hinweis an den Saganer Lagerkommandanten auf Misshandlungen und Tötungen von ehemaligen SS-Angehörigen durch den Lagerältesten Erich Friehe erfolgte am 6. August 1945 eine Untersuchung durch das sowjetische Lagerpersonal.⁷²⁰ Infolgedessen wurden Friehe am selben Tag die Symbole seiner Macht, das Radio und die sowjetische Uniform, abgenommen. Der drohende Verlust seiner Position gipfelte in einem Zusammenbruch des Lagerältesten. Zwei Tage später, am 8. August 1945, versuchte Friehe sich das Leben zu nehmen.⁷²¹ Erich Friehe und sieben seiner Gefolgsleute wurden am 10. August 1945 von einem „Sonderkommando der russischen Geheimpolizei“ verhaftet. Gegen die Verhafteten und den sowjetischen Lagerkommandanten wurde ein Verfahren eingeleitet. Friehe wurde zudem seines Postens als Lagerältester enthoben.⁷²²

Am 10. August 1945 musste sich der abgesetzte Lagerälteste Erich Friehe einem 2.000 Gefangene zählenden Transport in die Sowjetunion anschließen.⁷²³ Friehes vorangegangene Sonderstellung wirkte jedoch auch außerhalb der Lagergrenzen nach. Während sich auf der etwa zweiwöchigen Fahrt jeweils 60 Gefangene in einem fensterlosen Viehwagen zusammendrängten, waren Friehe und sein Stab, darunter der Lagerdolmetscher und seine Leibwächter, in einem eigenen Waggon untergebracht und wurden in diesem verhältnismäßig gut gepflegt.⁷²⁴ Mit der Ankunft des Transports im russischen Kowel hatte ein neuer sowjetischer Kommandant die Kontrolle über die Gefangenen übernommen, der die privilegierte Stellung

⁷¹⁹ Sofsky, 1993, S. 162f.

⁷²⁰ Wagner, Jaworzno, o. P. Staatsarchiv Hamburg, 622-1-203/1 Heft 3.

⁷²¹ Staatsarchiv Hamburg, 622-1-203/1 Heft 3.

⁷²² Staatsarchiv Hamburg, 622-1-203/334: Betreffend die Deutsche Leitung des Kriegsgefangenen-Lager Sagan-Ost, Bl. 1. Den Lagergefangenen wurden die Gründe für diese Maßnahmen nicht bekannt gegeben. Infolge der Ereignisse wurde der sowjetische Kommandant aus dem Lager versetzt.

⁷²³ Schwarz, 2017, S. 43f.

⁷²⁴ Ebenda, S. 43.

der Saganer „Lagerprominenz“ nicht anerkannte. Erich Friehe und seine Anhänger mussten sich zu den Mitgefangenen in die Marschkolonnen einreihen. Spontane Racheakte und Übergriffe unterblieben, da die Deportierten von den Strapazen des Transports noch geschwächt und zudem auf das eigene Schicksal fixiert waren. Friehe und seine Gefolgsleute ernteten aber bereits „böse Blicke“ der anderen Gefangenen und wurden von diesen gemieden. Kurze Zeit nach der Ankunft im Lager Luzk wurde Erich Friehe eines Nachts von Mitgefangenen erschlagen und anschließend in der Lagerlatrine ertränkt.⁷²⁵ Die sowjetischen Wachmannschaften griffen in diese Vorgänge nicht ein.⁷²⁶

5.1.2 Die Lagerältesten im polnischen Gewahrsam

Mit der Übernahme von über 50.000 Kriegsgefangenen aus den sowjetischen Übergabelagern und deren Überführung in die Grubenlager des oberschlesischen Kohlreviers zeigte sich bald, dass die polnischen Lagerverwaltungen für die ihnen anvertrauten Aufgaben völlig unvorbereitet waren. Neben unzureichendem Sachverstand mangelte es dem polnischen Lagerpersonal u. a. auch an Waffen. Bald schon zeigte sich, dass es dem zivilen Lagerpersonal, das über keinerlei militärische Ausbildung verfügte, nicht möglich war, die Disziplin unter den Gefangenen in den Grubenlagern aufrechtzuerhalten. Im Dezember 1945 war daher die Zahl „der Arbeitsverweigerer und Lagerflüchtlinge“ stark angestiegen. Um dieses Problem zu lösen, besetzten die polnischen Lagerverwaltungen die Spitzen der Gefangenen selbstverwaltungen mit den gefangenen Offizieren oder älteren Unteroffizieren.⁷²⁷ Am 5. November 1945 wurden die Lagerverwaltungen der Vereinigung der Kohleindustrie Dombrowa-Becken entsprechend angewiesen, fortan den ranghöchsten Offizier zum Vorgesetzten sämtlicher Kriegsgefangenen in einem Lager zu bestimmen. Der Erlass kam letztendlich aber nicht zur Umsetzung.⁷²⁸

In der Gefangenschaft sollten die Offiziere nach der Genfer Konvention ihre rangniederen Mitgefangenen unterstützen und zwischen Mannschaftsdienstgraden bzw. Unteroffizieren und der Gewahrsamsmacht vermittelnd wirken. Es ist anzunehmen, dass aufgrund der Kontinuität der militärischen Hierarchien in den Gefangenenlagern die Lagerältesten im Offiziersrang in den Erinnerungsberichten rangniederer Gefangener kaum Erwähnung finden. Über den „Ältesten“ des Lagers Jawiszowice, ein „junger Major der Luftwaffe“, ist nur überliefert, dass er

⁷²⁵ Das Lager in Luzk erreichten die Gefangenen nach einem dreitägigen Fußmarsch.

⁷²⁶ Schwarz, 2017, S. 44f.

⁷²⁷ Kochanowski, 2004, S. 106.

⁷²⁸ Ebenda, S. 312.

am Weihnachtsfest 1945 „mit einem Mann, der eine Geige spielte, von Baracke zu Baracke (ging). Die Geige stimmte ein Weihnachtslied an, wir versuchten mitzusingen, der Major sprach ein paar Worte - und nach vielleicht zehn Minuten waren wir wieder allein mit unseren Gedanken.“⁷²⁹ Auch in anderen Lagern kamen die an der Spitze der Gefangenen selbstverwaltung stehenden Offiziere ihrer Verpflichtung, sich um ihre Untergebenen zu sorgen, nach. So führte der Lagerälteste des Arbeitslagers in Makoszowy, ein Major, Maßnahmen herbei, um die dortigen Lebensbedingungen zu verbessern. Durch „Umsicht u. drakonische Strenge“, so erinnerte sich ein Mitgefangener, hatte er bis zum Jahresbeginn 1946 das Lager „in ein Musterlager verwandelt, in dem Pünktlichkeit u. Ordnung vorherrschten: Allmählich bekamen wir saubere u. freundliche Unterkünfte, in denen man sich wohlfühlen konnte.“⁷³⁰ Nur in seltenen Fällen missbrauchten die als Lagerältesten eingesetzten Offiziere ihre Macht. Ein solcher Fall war der Lagerälteste des Lagers „Niwka“, Major Meyer. Dieser „soll in einem Falle durch langen Brot- und Essensabzug einen Mann mit Tuberkulose ins Grab gebracht haben und befahl ein anderes Mal, dass ein junger Kriegsgefangener wegen Fluchtversuches vom gesamten Lager geschlagen wurde, weil das Lager sonst angeblich bei der Entlassung benachteiligt worden wäre. Der Misshandelte starb unmittelbar nach der Prozedur.“⁷³¹

5.1.2.1 Das Grubenlager „Bierut“

Entsprechend der gängigen Vorgehensweise in den Bergwerkslagern bestimmte die polnische Verwaltung im Lager „Bierut“ den ranghöchsten Offizier, Oberst Runge, zum Lagerältesten. Runge hatte diesen Posten jedoch nur für kurze Zeit inne.⁷³² Die polnischen Behörden räumten der Spitzeltätigkeit unter den Kriegsgefangenen, insbesondere in Lagern mit einem hohen Anteil ehemaliger SS-Männer unter den Gefangenen, eine höhere Priorität ein als die Aufrechterhaltung der militärischen Ordnung. Als „Propagandisten“ eingesetzte Gefangene sollten die Stimmung unter der Lagerbelegschaft auskundschaften, Fluchtbestrebungen in Erfahrung bringen und Kriegsverbrecher unter den Lagergefangenen ausfindig machen.⁷³³ Anfang Dezember 1945 bestimmte die polnische Kommandantur den „Propagandisten“ Wilhelm Hahn, der bereits im Lager Sagan als Antifaschist aktiv gewesen war, zum Lagerältesten. Bereits bei der Ankunft der Gefangenen im Lager „Bierut“ am 19. Oktober 1945 hatte Hahn die

⁷²⁹ Marek, 1982, S. 107.

⁷³⁰ Böss, 1974, S. 402.

⁷³¹ Kochanowski, 2004, S. 294.

⁷³² Wagner, Jaworzno, o. P.

⁷³³ Kochanowski, 2004, S. 294.

Befugnis, einen Teil der Gefangenen auf die benachbarten Grubenlager „Siersza“ und „Brzeszce“ aufzuteilen.⁷³⁴

Seit seiner Einsetzung als Lagerältester forderte Hahn von den Mitgefangenen, dass ihn diese in einer Form von „mimetischer Servilität“ als „Herrn Kommandant“ anredeten. Nach dem Bericht eines ehemaligen Gefangenen begann ab diesem Zeitpunkt „ein furchtbares Leben“ im Lager.⁷³⁵ Als Besonderheit für dieses Lager ist anzumerken, dass zunächst nicht das polnische Lagerpersonal den Rahmen für eine Behandlung der Gefangenen vorgab, dem sich die Funktionsgefangenen einzufügen hatten. Vielmehr wirkte der Lagerälteste Wilhelm Hahn auf die Wachmannschaften ein, wie diese die Mitgefangenen zu behandeln hätten. Vermutlich nahm Hahn die sich im Lager ergebende Möglichkeit wahr, sich für seine Inhaftierung unter den Nationalsozialisten ab 1934 an den ehemaligen SS-Angehörigen und NSDAP-Mitgliedern im Lager zu rächen. Hahn und seine Gehilfen Fritz Geburek und Karl Jacobi hatten sich mit Schlagstöcken ausgestattet. Von diesen machten sie häufig Gebrauch, wenn Gefangene sich im Lager zu langsam bewegten. Im Laufschrift mussten die Gefangenen den Weg zur Latrine oder zum Waschraum zurücklegen. Die Gefangenen bezeichnete Hahn wiederholt als „Gesindel“. Bekleidet war dieser mit einer lederbesetzten Reithose und Reitstiefeln. Die Angehörigen der Gefangenen selbstverwaltung versuchten, die Mitgefangenen zu kriminalisieren und abzuwerten, indem sie diese als „Schweine“ und „Verbrecher“ anredeten.⁷³⁶

Wie die westdeutschen „Kameradenschinder-Prozesse“ zeigten, wurden schon Denunziationen von Mitgefangenen als Vergehen angesehen. Auch Wilhelm Hahn nahm die ihm zuge dachte Rolle wahr, die insbesondere in der Denunziation von Mitgefangenen bestand. Als Hahn Kenntnis davon erlangte, dass einer der ehemaligen SS-Gefangenen als Angehöriger der SS-Sturmbrigade „Dirlewanger“ am Warschauer Aufstand 1944 beteiligt gewesen war, denunzierte ihn Hahn beim polnischen Wachpersonal.

Da bei den polnischen Lagerkommandanturen eine große Furcht vor Seuchen vorherrschte, waren die Lagerältesten für die Einhaltung der Sauberkeit in den Lagern verantwortlich. In täglichen Inspektionen kontrollierten Hahn sowie seine Helfer Geburek und Jacobi die Stuben auf Sauberkeit. Obwohl die Gefangenen verschmutzt von der Arbeit unter Tage zurückkehrten, hatte diese kaum die Möglichkeit, sich zu waschen. Auf den Einwand der Gefangenen, dass eine Reinigung ohne Seife kaum möglich wäre, erwiderten diese, dass sie „Schweine“ seien und man ihnen Sauberkeit lehren würde.⁷³⁷

⁷³⁴ Wagner, Jaworzno, o. P.

⁷³⁵ Ebenda.

⁷³⁶ Ebenda.

⁷³⁷ Ebenda.

In den Jahren 1945 bis 1947 waren die polnischen Behörden bemüht, die Arbeitskraft der Gefangenen maximal auszunutzen.⁷³⁸ Die polnischen Lagerkommandanturen hielten daher die Lagerältesten an, ihre Mitgefangenen zur Arbeit anzutreiben. Gefangene, die vom Lagerarzt krankgeschrieben worden waren, wurden von Hahn und seinen Gehilfen zur Arbeit geprügelt. In der Lagerbaracke 4 lagen die völlig entkräfteten Kranken. Die deutsche Lagerführung prügelte diese bei Minusgraden mit Gummiknüppeln in den Waschraum des Lagers. Gemäß einer Anweisung von Wilhelm Hahn erhielten die kranken Gefangenen weniger Verpflegung. Am Küchenschalter bezeichnete Hahn diese als „arbeitsscheues Gesindel“, denen er Arbeitsunwilligkeit vorwarf und das Essen verweigerte. Wilhelm Hahn vertrieb die Kranken vom Küchenschalter, die sich dort zum Essen angestellt hatten. Es kam vor, dass die Arbeitskommandos nicht ihre Sollstärke erreichten. Hahn und seine Gehilfen Jacobi und Geburek trieben dann Schwerkranke aus der Lagerbaracke 4 unter Prügel zum Appellplatz, wo sie den Kommandos zugeteilt wurden. Am 6. Februar 1946 trieb Jacobi einen krankgeschriebenen Gefangenen aus einer Baracke und teilte ihn dem Kommando zu. Während der Schicht brach der Kranke zusammen, so dass die Mitgefangenen ihn in das Lager zurücktragen mussten. Noch in derselben Nacht verstarb er.⁷³⁹

Der Lagerälteste Wilhelm Hahn und seine Helfer schreckten auch vor Mord an den Mitgefangenen nicht zurück. Ende 1945 widersetzte sich ein Stubenältester einer Misshandlung durch Jacobi. Zusammen mit seinen Gehilfen schlug Wilhelm Hahn diesen daraufhin zusammen, so dass er wenige Tage darauf verstarb. Hahn bestimmte darauf einen neuen Stubenältesten. Auch in weiteren Fällen tötete Hahn Mitgefangene. Drei Gefangene unternahmen am 17. Januar 1946 einen Fluchtversuch, der jedoch misslang. Die Aufgegriffenen erlitten durch den Lagerältesten derartige Misshandlungen, dass zwei von ihnen an den Folgen verstarben.⁷⁴⁰

5.1.2.2 Der Verlust der Protektion

Die polnische Kommandantur setzte Wilhelm Hahn am 14. April 1946 aufgrund von Korruption als Lagerältesten ab. Ab diesem Zeitpunkt musste Hahn in einem Untertagekommando arbeiten.⁷⁴¹ Bei einem Protektionsverlust drohten den Funktionsgefangenen Vergeltungsaktionen durch die Mitgefangenen bis hin zum Tod.⁷⁴² Im Frühjahr 1946 schrieb der Lagerarzt Wolfgang Klein den erkrankten Wilhelm Hahn für den Dienst unter Tage arbeitsuntauglich.

⁷³⁸ Kochanowski, 2004, S. 129.

⁷³⁹ Wagner, Jaworzno, o. P.

⁷⁴⁰ Ebenda.

⁷⁴¹ Ebenda. Er wohnte fortan in der Baracke 1.

⁷⁴² Sofsky, 1993, S. 162f.

Fortan war er einem Übertagekommando zugeteilt. Als sich 1947 der physische Zustand der Gefangenen im Lager verbessert hatte, schlossen sich diese in Gruppen zusammen. Sie suchten Hahn auf und verprügelten diesen, wobei bezeichnenderweise auch dessen früherer Schlagstock zum Einsatz kam, so dass dieser als dienstuntauglich vom Arbeitsdienst befreit wurde. Auch in der Folgezeit setzten die Gefangenen Hahn zu. So wurde er z. B. im Herbst 1947 in die Latrinengrube des Lagers geworfen. Bei seinen Versuchen, der Grube zu entsteigen, stießen ihn Mitgefangene erneut hinunter. Die Misshandlungen durch die Gefangenen nahmen im Frühjahr 1948 derartige Ausmaße an, dass Hahn „auf den Knien“ den polnischen Wachkommandanten um Hilfe anflehte. Das polnische Lagerpersonal reagierte umgehend, indem es Übergriffe auf Wilhelm Hahn mit „Bunker“-Haft bestrafte. Unter den Mitgefangenen galt Hahn seit diesem Zeitpunkt als „gebrochener Mann“. Um weitere Übergriffe auf ihn zu unterbinden, überführte die polnische Lagerverwaltung Hahn am 31. Januar 1948 zusammen mit sieben weiteren Gefangenen in das Grubenlager „Bory-Sobieski“. Bereits am 15. Mai 1948 kehrte Hahn als einer von 223 Gefangenen in das Lager „Bierut“ zurück.⁷⁴³ Ähnlich verhielt es sich beim Lagerältesten des Lagers Warschau-Mokotów, Richard Kehler. Als dieser im August 1948 in das Zentrale Arbeitslager Jaworzno überführt wurde, erkannten ihn einstige Kriegsgefangene des Warschauer Lagers. Da Kehler sie dort zur Arbeit angetrieben hatte, drohten die Gefangenen ihm Prügel an.⁷⁴⁴

Als Hahns Nachfolger setzte die polnische Lagerführung Karl Jacobi ein, der fortan um ein „kameradschaftliches Verhältnis“ zu den Mitgefangenen bemüht war. Das Schlagen der Gefangenen durch die Angehörigen der deutschen Lagerführung ließ nach, auch die Beleidigungen unterblieben. Jacobi verzichtete zudem auf das sonntägliche Antreten. Seine Übergriffe auf Mitgefangene, die zum Teil tödlich geendet hatten, blieben jedoch im kollektiven Gedächtnis der Lagergefangenen verhaftet. In einem späteren Bericht begründete die polnische Lagerkommandantur Jakobis Einsetzung im April 1946:

„Während der Ausübung seiner Funktion als Propagandist verhielt sich der Kriegsgefangene Karl Jacobi zur allgemeinen Zufriedenheit der gesagten polnischen Belegschaft tadellos. Er arbeitete eng bei der Entdeckung von Kriegsgefangenen mit, die sich trotz eingebannter Zeichen nicht zur SS bekannten. Er spürte Kriegsgefangene auf, die eine Flucht beabsichtigten und brachte faschistische Kriegsgefangene zur Kenntnis. Er entdeckte eine Gruppe von Kriegsgefangenen aus der SS-Division „Dallawieger“, die an der Niederwerfung des Warschauer Aufstandes und der Zerstörung mitgewirkt hatte. (...) Aufgrund seiner Verdienste (...) wurde er vom hiesigen Organ am 14.4.1946 als Lagerältester ausgezeichnet - für die enge Zusammenarbeit mit der polnischen Belegschaft.“⁷⁴⁵

⁷⁴³ Wagner, Jaworzno, o. P.

⁷⁴⁴ Kochanowski, 2004, S. 294.

⁷⁴⁵ Ebenda, S. 295.

Zu den Aufgaben des Lagerältesten Jacobi zählte auch die Zensur der ein- und ausgehenden Briefe. Ein Gefangener fand im Oktober 1947 im Kartoffelbunker der Lagerküche etwa 120 Briefe von Angehörigen der Lagergefangenen, die Jacobi zurückgehalten hatte.⁷⁴⁶

5.1.2.3 Die Lagerältesten in der Selbstverwaltung der Kriegsgefangenen ab 1948

Mit dem Aufbau der Selbstverwaltungen der Kriegsgefangenen in den polnischen Lagern wurden ab Sommer 1948 die Lagerältesten von den Gefangenen selbst gewählt. Diese Selbstverwaltung setzte sich aus dem Lagerältesten, dem Lagerobmann als politischen Betreuer sowie einem Kulturwart, einem Arbeitsinspektor, einem Jugendobmann und einem Vorsitzenden des Lagergerichts zusammen. Der Lagerälteste hatte in seiner Funktion als Vertreter der Lagerbelegschaft häufig gegenüber der polnischen Lagerleitung und der Selbstverwaltung einen schweren Stand.⁷⁴⁷ Aufgrund der Gewalterfahrungen gegen den abgesetzten Lagerältesten Wilhelm Hahn im Lager „Bierut“ unterließ die Administration des dortigen Lagers eine freie Abstimmung zur Wahl eines Lagerältesten. Vermutlich befürchtete diese, dass es bei einer abzusehenden Abwahl des berichtigten Lagerältesten Karl Jacobi zu Racheakten an diesem durch die Mitgefangenen kommen würde. Stattdessen berichtete die Lagerverwaltung fälschlich an die übergeordnete Stelle, dass Jacobi „einstimmig“ von den Gefangenen gewählt worden sei.⁷⁴⁸ Der Lagerarzt schilderte später über seine Ankunft im Lager „Bierut“:

„Wer den Lagerältesten gewählt hätte, wollte ich wissen, oder ob er von den Polen ernannt worden sei. Weder noch, er sei weder gewählt, noch von den Polen ernannt worden. Er habe sich vielmehr selbst zum Lagerältesten gemacht und seinen Adjutanten auch selbst bestimmt. Seine Begründung: Eine polnische Dienststelle außerhalb des Lagers habe ihn mit dem Posten beauftragt.“⁷⁴⁹

Der Lagerälteste Karl Jacobi wurde Anfang November 1949 für seine bevorstehende Entlassung in das Repatriierungslager Gleiwitz überführt. Bereits nach wenigen Tagen kehrte Jacobi jedoch in das Grubenlager zurück. Mitte November gelangte Jacobi erneut nach Gleiwitz, um dort entlassen zu werden. Die polnische Entlassungskommission im Lager überstellte ihn jedoch in das Zentralarbeitslager Jaworzno. Ende 1949 äußerten polnische Wachposten gegenüber Gefangenen, dass sich Hahn, Jacobi und der Lagerarzt Klein vor polnischen Behörden

⁷⁴⁶ Wagner, Jaworzno, o. P.

⁷⁴⁷ Böss, 1974, S. 98.

⁷⁴⁸ Kochanowski, 2004, S. 295.

⁷⁴⁹ Richard, 1994, S. 158.

für die hohe Zahl an Lagertoten in den ersten Jahren der Gefangenschaft zu verantworten hätten. Mit eindeutiger Mehrheit wählten die Lagergefangenen im November und Dezember 1949 den Gefangenen Kurt Wenske zum Lagerältesten.⁷⁵⁰

5.2 Die Barackenältesten und die Hundertschaftsführer

In den Lagern waren die Barackenältesten und die Hundertschaftsführer den Gefangenen unmittelbar vorgesetzt. In den Wohnbaracken hatten die Barackenältesten für Sauberkeit und Disziplin zu sorgen. Diese führten das Kommando über hunderte Gefangene, bei einer Überfüllung der Baracken sogar über tausend.⁷⁵¹

5.2.1 Die Barackenältesten und die Hundertschaftsführer im sowjetischen Gewahrsam

Die Organisation der neu eingetroffenen Kriegsgefangenen in den sowjetischen Frontlagern erfolgte bald nach deren Ankunft gemäß einer rigorosen, militärisch anmutenden Ordnungsstruktur. Jeweils einhundert Gefangene in einer Unterkunft bildeten eine Kompanie.⁷⁵² Die Leitung dieser Einheiten übernahmen so genannte Kompanieführer bzw. deren Stellvertreter, die in derselben Baracke einquartiert waren.⁷⁵³ Jeder Kompanie war zudem ein Sanitäter zugeweiht. Eine Hundertschaft gliederte sich wiederum in zehn Gruppen aus zehn Gefangenen, die jeweils einem Gruppenführer unterstellt waren. In einer Unterkunft waren sämtliche Kompanieführer einem Barackenältesten vorgesetzt, der durch seinen Stellvertreter, einen Sanitäter sowie zwei Unteroffiziere vom Dienst (UvD) unterstützt wurde.⁷⁵⁴

5.2.1.1 Die Einsetzung der Kompanieführer

Bereits auf den Märschen in die sowjetischen Sammellager wurden die Gefangenen in Kompanien gegliedert, wobei die Offiziere in eigenen Kompanien zusammengefasst wurden.⁷⁵⁵ Im Frontlager Neuhammer setzte das sowjetische Lagerpersonal gemäß der militärischen Struktur

⁷⁵⁰ Ebenda.

⁷⁵¹ Sofsky, 1993, S. 125.

⁷⁵² Kompaniegrößen von etwa 200 Gefangenen, wie sie für das Lager Neuhammer belegt sind, blieben wohl die Ausnahme.

⁷⁵³ Die Einteilung der Lagerinsassen nach Kompanien erfolgte auch in den Speziallagern der SBZ. Vgl. Kilian, 1992, S. 35.

⁷⁵⁴ APMO, Sammlung Erklärungen, Bd. 96, Bl. 88; Sonntag, Informationen, Bl. 2; Friedrich Stelzel in einem Schreiben an den Verfasser, 11.9.2008.

⁷⁵⁵ Zit. in: Böss, 1974, S. 397.

die gefangenen Offiziere als Kompanieführer und Barackenälteste ein.⁷⁵⁶ Auch im Lager Sagan erhielt in jeder Baracke der jeweils Dienstgradhöchste die Funktion des Barackenältesten.⁷⁵⁷ Die zumeist führerlos in Gefangenschaft geratenen deutschen Soldaten verhielten sich in den sowjetischen Frontlagern häufig undiszipliniert. Ein vom sowjetischen Lagerpersonal als Blockältester eingesetzter Offizier verglich die Situation in der ihm zugewiesenen Unterkunft mit der in einem „Raubtierkäfig“:

„Alles brüllte durcheinander, ein ohrenbetäubender Krach. Ich ließ sie erst mal toben. In einer Pause, die eintrat, sprach ich nicht laut aber bestimmt. Ich demonstrierte ihnen in eindringlichen Worten, daß wir alle gleich der Oberhoheit des Russen unterständen und seinen Wünschen nachkommen müßten. Je einiger wir uns untereinander, um so besser für uns. Es bleibt uns eigentlich nur, im Guten miteinander auszukommen. Und das müßte eigentlich zu schaffen sein. Das wirkte. Von nun an gab es einen ziemlich reibungslosen Verlauf in unserem Verkehr.“⁷⁵⁸

Die Zusammensetzung der Gefangenen in den Kompanien bzw. die Zuteilung der Kompanieführer erfolgte nicht nach der Zugehörigkeit zu militärischen Einheiten. Die Gefangenen wie auch der Kompanieführer waren daher einander oft unbekannt.⁷⁵⁹ Insbesondere in Neuhammer nahm das sowjetische Lagerpersonal häufig Umgruppierungen der Lagerkompanien vor.⁷⁶⁰ Die Hundertschaften wurden dabei umstrukturiert und diesen neue Kompanieführer zugewiesen.⁷⁶¹

Zwar hatten die Barackenältesten Einfluss auf die Bewohner der ihnen unterstehenden Unterkünfte, jedoch befanden sie sich zugleich auch in einem Unterstellungsverhältnis zum sowjetischen Wachpersonal. Beizeiten führten die Wachsoldaten Kontrollen in den Baracken durch. Wurde dabei eine „Unordnung“ in den Gebäuden festgestellt, zog dies Sanktionen für den betreffenden Barackenältesten nach sich.⁷⁶²

5.2.1.2 Der Dienst der Kompanieführer

Die Belegschaft des Lagers Neuhammer war militärisch nach Regimentern, Bataillonen und Kompanien gegliedert. Jeden Morgen und Abend nahmen deutsche Offiziere die Zählappelle

⁷⁵⁶ König, 2009, S. 22.

⁷⁵⁷ Prokop, 2009, S. 164.

⁷⁵⁸ König, 2009, S. 23.

⁷⁵⁹ APMO, Erklärungen, Bd. 206, Bl. 4.

⁷⁶⁰ Berthold, 1981, S. 151.

⁷⁶¹ Profé, Tagebuch, 12.8.1945; APMO, Erklärungen, Bd. 162, Bl. 140, 13.7.1945.

⁷⁶² Prokop, 2009, S. 165.

ab und meldeten dann den sowjetischen Wachmannschaften.⁷⁶³ Da sich das Lagerpersonal bei den Zählungen zeitaufwendig mit Rollenzähltafeln behalf, kam es zwischen den Kompanieführern und den Wachsoldaten gelegentlich zu Reibereien.⁷⁶⁴ Die Einteilung der Gefangenen in Kompanien bzw. Gruppen diente neben dem Befehlsempfang und den Zählappellen auch der geordneten Verpflegungsverteilung.⁷⁶⁵ Obwohl die Kompanieführer die Verpflegung möglichst gerecht verteilten⁷⁶⁶, kam es beim Essensempfang unter den Gefangenen oft zu Streitigkeiten.⁷⁶⁷ Auch die Entlassung erfolgte getrennt nach Kompanien.⁷⁶⁸

Bei der Erfassung der ehemaligen SS-Angehörigen unter den Lagergefangenen waren die Gruppenführer für die Sollstärken ihrer Einheiten verantwortlich.⁷⁶⁹ Am 7. August 1945 erhielten die Kompanieführer von der sowjetischen Lagerkommandantur den Auftrag, die Nationalitäten der Gefangenen in Listen zu erfassen.⁷⁷⁰ Beim Ausmarsch aus dem Lager Neuhammer meldeten die Kompanieführer dem sowjetischen Kommandanten die Stärke ihrer Einheiten.⁷⁷¹

5.2.2 Die Barackenältesten und die Hundertschaftsführer im polnischen Gewahrsam

In den Lagern des polnischen Sicherheitsdienstes wurde ausschließlich Polnisch gesprochen. Als Blockälteste setzten die polnischen Lagerverwaltungen daher zumeist polnische Gefangene ein.⁷⁷² In einem Bericht über eine Besichtigung des Zentralen Arbeitslagers Jaworzno am 16. Mai 1945 notierte der stellvertretende Leiter der Abteilung IV im WUPB in Krakau, Antoni Białocki: „Die Gefangenen werden Aussagen zufolge von den Blockältesten (Polen) und sogar vom Kommandanten Staniszewski geschlagen.“⁷⁷³

Nach der Überstellung von 50.000 Kriegsgefangenen an die polnischen Behörden ab September 1945 war in den Grubenlagern der Zentralverwaltung der Kohleindustrie vorgesehen, den jüngeren Offizieren unter den Gefangenen die Führung der Blöcke in den Lagern zu übertragen. In der Praxis kam diese Verordnung letztendlich nicht zur Anwendung.⁷⁷⁴ Im Zentralen

⁷⁶³ Berthold, 1981, S. 151.

⁷⁶⁴ König, 2009, S. 23.

⁷⁶⁵ APMO, Erklärungen, Bd. 206, Bl. 5; Profé, Tagebuch, 12.8.45.

⁷⁶⁶ APMO, Erklärungen, Bd. 206, Bl. 5.

⁷⁶⁷ APMO, Erklärungen, Bd. 162, Bl. 139, 10.7.1945; APMO, Sammlung Erklärungen, Bd. 96, Bl. 86. Neben dem Hunger war auch das dauerhafte Zusammenleben der Gefangenen auf engstem Raum ein begünstigender Faktor für die Aggressionen. Frieser, 1981, S. 46.

⁷⁶⁸ König, 2009, S. 25.

⁷⁶⁹ Wagner, Jaworzno, o. P.

⁷⁷⁰ Friedrich Stelzel in einem Schreiben an den Verfasser, 11.9.2008; Profé, Tagebuch, 7.8.1945.

⁷⁷¹ Korn, 2003, S. 131.

⁷⁷² Marek, 1982, S. 110.

⁷⁷³ Borodziej/Lemberg, 2004, S. 89.

⁷⁷⁴ Kochanowski, 2004, S. 312.

Arbeitslager in Warschau erhielten die rangniederen Offiziere bei der Schlafplatzverteilung in der Offiziersbaracke stets die höher gelegenen Pritschen. Es war zudem den Rangältesten vorbehalten, den Beginn bzw. das Ende der Nachtruhe bekanntzugeben.⁷⁷⁵ Mit der Errichtung der Selbstverwaltungen in den polnischen Gefangenenlagern ab Sommer 1948 sollten die Antifa-Aktivistinnen auch die „konspirative Beaufsichtigung“ der Kriegsgefangenen übernehmen. Sie wurden daher als Stuben- und Blockälteste eingesetzt.⁷⁷⁶ Im Zentralen Arbeitslager Jaworzno verteilten sich die administrativen Funktionen der Selbstverwaltung auf drei Gremien. Hierzu zählten auch die drei „Ältesten“ der einzelnen Offiziersbaracken.⁷⁷⁷

5.3 Die Lagerpolizei

Die Lagerkommandanturen streben primär nach einer Aufrechterhaltung der Ordnung unter den Lagergefangenen. Sie setzten daher häufig eine Lagerpolizei ein, die sich aus Funktionsgefangenen rekrutierte.

5.3.1 Die Lagerpolizei in den sowjetischen Frontlagern 1945

Die sowjetischen Kommandanturen installierten die Lagerpolizei in den Front-Aufnahme-Durchgangslagern, um die Disziplin unter den Lagergefangenen aufrechtzuerhalten, Diebstähle zu unterbinden und somit die Moral der als Arbeitskräfte vorgesehenen Gefangenen hochzuhalten. Der Einsatz von Lagerpolizisten war erforderlich geworden, da unter den Gefangenen häufig Lebensmittel gestohlen wurden, aber auch Gebrauchsgegenstände, die sie gegen Nahrung eintauschen konnten. Auch andere Gewahrsamsmächte griffen auf diese Lagerinstitution zur Wahrung der Ordnung zurück.⁷⁷⁸

5.3.1.1 Die Einsetzung der Lagerpolizei

Obwohl die Lagerpolizei vom sowjetischen Lagerpersonal als Ordnungsinstanz geschaffen wurde, hatte die Lagerältesten einen erheblichen Einfluss auf deren Besetzung. In ihren Kompetenzbereich fiel es, über die politische bzw. soziale Ausrichtung der Lagerpolizei entschei-

⁷⁷⁵ Gebhardt/Küttner, 1997, S. 138.

⁷⁷⁶ Kochanowski, 2004, S. 377.

⁷⁷⁷ Ebenda, S. 320.

⁷⁷⁸ APMO, Erklärungen, Bd. 162, Bl. 139, 7.7.1945; Friedrich Stelzel in einem Schreiben an den Verfasser, 11.9.2008. Diebstähle in den Lagern wurden „nach den Gesetzen der UdSSR“ geahndet. Vgl. Blank, 1979, S. 20.

den zu dürfen. Bildeten die antifaschistischen Kräfte in einem sowjetischen Frontlager die dominierende Gruppe, waren die Funktionen innerhalb der Lagerpolizei allerdings auch unabhängig von der Position des Lagerältesten zumeist mit Antifaschisten besetzt. Im sowjetischen Front-Aufnahme-Durchgangslager Auschwitz waren nur wenige antifaschistische Gefangene vorhanden. Der Lagerälteste, ein Weißrusse, setzte dort bevorzugt Mitgefangene aus Osteuropa, vornehmlich Ungarn, Polen und Tschechen, als Lagerpolizisten ein.⁷⁷⁹ Ebenso waren im Übergabelager Neuhammer nur wenige antifaschistisch gesinnte Gefangene vorhanden. Der dortige Lagerälteste, Oberst Hanns von Rohr, war einer der höchsten Offiziersdienstgrade unter den Lagerinsassen und blickte auf eine lange Karriere in der Reichswehr und der Wehrmacht zurück.⁷⁸⁰ Die Gefangenenselbstverwaltung hatte dementsprechend eine stark auf militärische Traditionen gerichtete Prägung. Die deutsche Lagerpolizei in Neuhammer setzte sich als „unumschränkt herrschende“ Gefangeneninstitution vor allem aus ehemaligen Feldgendarmen, die mit den entsprechenden Aufgaben bereits aus der Kriegszeit vertraut waren, und deren Freunden zusammen.⁷⁸¹ Angeführt wurde sie von einem Hauptmann Robert Mager.⁷⁸²

Im sowjetischen Front-Aufnahme-Durchgangslager in Breslau-Hundsfeld bildeten sich die Lagerpolizei sowie das Antifa-Komitee aus vorgeblichen oder tatsächlichen deutschen Kommunisten und ehemaligen KZ-Häftlingen, „die nun Aushängeschild für Gerechtigkeit und Humanität sein sollten“.⁷⁸³ Gefangene, die nachweislich deutschen Strafeinheiten angehört hatten, wurden dort unmittelbar nach ihrer Ankunft von den Sowjets zu Lagerpolizisten ernannt.⁷⁸⁴ Zu den Angehörigen der Hundsfelder Lagerpolizei zählten auch deutsche Soldaten, die sich bei der Gefangennahme in der „Festung Breslau“ durch Rotarmisten als Kommunisten zu erkennen gegeben hatten. In sowjetischen Flugblättern, die in den letzten Kriegstagen massenhaft über Breslau abgeworfen worden waren, hatte die Rote Armee deutsche Kommunisten aufgefordert, sich bei den sowjetischen Truppen zu melden. Deutsche Gefangene hatten durch eine Meldung wohl auf Vorteile in der Gefangenschaft bzw. auf eine baldige Entlassung spekuliert.⁷⁸⁵ Aufgrund ihrer offensichtlichen politischen Prägung wurde die Aufstellung der Lagerpolizei in Breslau-Hundsfeld durch die Sowjets von den Mitgefangenen als störend

⁷⁷⁹ Friedrich Stelzel in einem Schreiben an den Verfasser, 11.9.2008; Profé, Tagebuch, 4.7.1945.

⁷⁸⁰ BA-MA, Pers 6/1790 und Pers 6/300501.

⁷⁸¹ Behrens, 2011, S. 125.

⁷⁸² Richard, 1994, S. 101.

⁷⁸³ Schneider, 2000, S. 37.

⁷⁸⁴ Bericht Max Meyer.

⁷⁸⁵ Albrecht-W. Voigt, 1988, Meine russische Kriegsgefangenschaft in Breslau-Hundsfeld, zit. in Gleiss, 1988, Bd. 5, S. 866.

empfunden.⁷⁸⁶ Auch im Lager Sagan hatte die Lagerpolizei eine starke kommunistische Prägung.⁷⁸⁷

5.3.1.2 Der Einsatz der Lagerpolizei

Das Auftreten der Lagerpolizei gegenüber den Gefangenen offenbarte die starke Ambivalenz, die der Institution innewohnte. Zählte es einerseits zur Aufgabe der Lagerpolizei, Diebstähle zu unterbinden bzw. zu bestrafen, ließen es sich die Lagerpolizisten andererseits nicht nehmen, sich beim „Filzen“ der Neuankömmlinge oder der täglichen Arbeitskommandos an deren privatem Gut zu bereichern.⁷⁸⁸ Die Lagerpolizisten in Auschwitz waren mit Schlagstöcken bewaffnet, von denen sie neben mündlichen Drohungen gelegentlich Gebrauch machten. Der Einsatz dieser Truppe konnte die Diebstähle aber nicht verringern.⁷⁸⁹

Beim Einmarsch in das Lager Breslau-Hundsfeld durchsuchten Lagerpolizisten unter der Aufsicht sowjetischer Offiziere das Gepäck der neu eingetroffenen Gefangenen nach verbotenen Gegenständen, wie z. B. Waffen, Munition, Landkarten, Kompass, Uhren, Messer und Kerzen. Vielen Neuankömmlingen nahmen die Lagerpolizisten jedoch nicht nur diese verbotenen Dinge, sondern auch Habseligkeiten ab, die diesen gefielen. „Obgleich dies verboten war, nahmen sie sich ihnen wertvoll erscheinende Gegenstände und versteckten sie sofort in ihrer Uniform“, erinnerte sich ein Betroffener.⁷⁹⁰

Bei der Ankunft im Lager hatten die Gefangenen ihre Uhren an das sowjetische Wachpersonal abgeben müssen. Für diese erhielten sie Quittungen, gegen deren Vorlage die Uhren bei der Entlassung wieder ausgehändigt werden sollten. Bei der folgenden Gepäckuntersuchung, die Lagerpolizisten in 14-tägigen Abständen durchführten, mussten die betreffenden Gefangenen die Quittungen herausgeben und erhielten diese auch auf Protest nicht zurück.⁷⁹¹ Häufig kam es unter den Gefangenen u. a. wegen Diebstählen oder Differenzen bei der Essenverteilung zu Schlägereien. Entsprechende Meldungen bei dem sowjetischen Wachpersonal oder der Lagerpolizei unterblieben jedoch häufig, da „man sich davon wenig oder nichts versprach“.⁷⁹² Da die sowjetischen Wachmannschaften nur selten das Lagergelände innerhalb der Umzäunungen betraten, lag es nahezu ausschließlich in der Hand der Lagerpolizisten, die

⁷⁸⁶ Schneider, 2000, S. 37.

⁷⁸⁷ Korn, 2003, S. 145.

⁷⁸⁸ Albrecht-W. Voigt, 1988, Der Marsch der Verteidiger in die russische Kriegsgefangenschaft, zit. in Gleiss, 1988, Bd. 5, S. 837.

⁷⁸⁹ APMO, Erklärungen, Bd. 162, Bl. 139, 7.7.1945.

⁷⁹⁰ Voigt, 1988, S. 837.

⁷⁹¹ Ebenda.

⁷⁹² Ebenda, zit. in Gleiss, 1988, Bd. 5, S. 900.

Gefangenen zu überwachen.⁷⁹³ Selbst wenn die Gefangenen im Lager Breslau-Hundsfeld nachts die Latrine aufsuchen wollten, wurden diese von der deutschen Lagerpolizei kontrolliert.⁷⁹⁴

5.3.1.3 Die antifaschistischen Aktivitäten der Lagerpolizei

In den Lagern Sagan und Breslau-Hundsfeld beteiligten sich die zahlreichen kommunistischen Lagerpolizisten an den antifaschistischen Aktionen der deutschen Lagerführung. Zu den Aufgaben der Lagerpolizisten in Sagan zählte die Bewachung der Baracke „H“ im Hauptlager, in der seit Juni 1945 ehemalige SS-Angehörige isoliert wurden. Sie geleitete die Barackenbewohner auch zu Vernehmungen und zurück.⁷⁹⁵ Im Waldlager Schönthal westlich von Sagan mussten die Lagergefangenen zu einer „Befragung“ in der Schreibstube der Lagerpolizei erscheinen. „Unter einem Bild des Karl Marx ging es aber wie schon so oft um Personalien, die Weltanschauung der Eltern und Großeltern, ob die christlich oder schon fortschrittlich sozialistisch gewesen waren, um Berufswünsche, Militärdienstzeiten und -ränge“, erinnerte sich einer der Verhörten. „Viele sozialistische Hoffnungen ließ der verkeuchustete Frager herniederregnen, mögliche Karrieren in der kommunistischen Partei Deutschlands könnte man bereits in Sagan vorbereiten.“⁷⁹⁶ Die Lagerpolizisten wiesen bei der Befragung zudem darauf hin, dass eine intensive Beschäftigung mit den Lehren von Marx und Engels einer möglichen Entlassung „nicht undienlich“ wäre.⁷⁹⁷ Im Lager Breslau-Hundsfeld überwachten Lagerpolizisten bei Veranstaltungen des Antifa-Komitees die Anwesenheit der Lagergefangenen, durchsuchten im Vorfeld die Wohnbaracken und brachten Verweigerer notfalls gewaltsam in die Veranstaltungsräumlichkeiten.⁷⁹⁸

5.3.1.4 Die Stellung der Lagerpolizisten in der Gefangenenhierarchie

In den sowjetischen Kriegsgefangenenlagern zählten die Angehörigen der Lagerpolizei neben den Sanitätern und dem Küchenpersonal zu der privilegierten „Lagerprominenz“.⁷⁹⁹ Die Lagerpolizisten im Lager Auschwitz hatten das Recht, notfalls auch gewaltsam gegen ihre Mit-

⁷⁹³ Staatsarchiv Hamburg, 622-1-203/334: Betreffend die Deutsche Leitung des Kriegsgefangenen-Lager Sagan-Ost, Bl. 1.

⁷⁹⁴ Fitzmann, 2012, o. P.

⁷⁹⁵ Wagner, Jaworzno, o. P.

⁷⁹⁶ Korn, 2003, S. 144.

⁷⁹⁷ Ebenda, S. 145.

⁷⁹⁸ Albrecht-W. Voigt, 1988, Meine russische Kriegsgefangenschaft in Breslau-Hundsfeld, zit. in Gleiss, 1988, Bd. 6, S. 418.

⁷⁹⁹ Lehmann, 1986, S. 45.

gefangenen vorzugehen und waren ihnen somit hierarchisch übergeordnet. Welche Stellung die Lagerpolizisten in der Auschwitzer Gefangenenhierarchie einnahmen, offenbart folgende Schilderung, die zugleich auch die begrenzten Machtbefugnisse der Lagerpolizei aufzeigt:

„In Auschwitz waren gefangene Ungarn als Lagerpolizei eingesetzt. Sie waren mit Knüppeln bewaffnet und hatten von den Russen schon das Filzen gelernt. Was Tschechen und Russen uns bis dahin gelassen hatten, filzten sie nun ab ... Das alles geschah unter Duldung der russischen Wachmannschaften. Nach vollendeter Tat wurden die Ungarn wiederum von den Russen gefilzt, womit sie wohl nicht gerechnet hatten. Aber nun der Clou: den russischen Wachen wurde ihre Kriegsbeute von den eigenen Offizieren wieder abgenommen.“⁸⁰⁰

Die Angehörigen der Lagerpolizei in Breslau-Hundsfeld erhielten eine nach Ansicht eines Lagergefangenen „erstklassige“ Verpflegung und gute Kleidung.⁸⁰¹ Nach Auffassung der Mitgefangenen fungierten die Lagerpolizisten als „verlängerter Arm“ der Sowjets und besaßen innerhalb des Lagers eine eingeschränkte Selbstständigkeit. Diese Privilegien wirkten sich negativ auf die Stimmung der Lagergefangenen aus, da sie häufig Missgunst und Neid weckten.⁸⁰² Der drohende Verlust der privilegierten Position und der damit verbundenen Macht ließ manche Lagerpolizisten mit einem Übereifer in ihrer Funktion aufgehen, der diese immer weiter von ihren Mitgefangenen distanzierte. Auch mögliche Racheakte von Lagerinsassen, die den Lagerpolizisten bei einem Verlust der sowjetischen Protektion drohten, werden hierfür ein wesentlicher Faktor gewesen sein.⁸⁰³

Mitte September 1945 wurde eine kleine Gruppe von Sanitätsangehörigen aus dem Lager Neuhammer in ein benachbartes Lager überstellt. Als diese unmittelbar darauf ohne Begründung nach Neuhammer zurücktransportiert wurde, empfing der Chef der dortigen Lagerpolizei, Hauptmann Robert Mager, die Eintreffenden, indem er diese „mit wüsten Beschimpfungen anfauchte, was wir verbochen hätten, dass die Russen uns zurückgeschickt hätten. Wir seien eine Schande für das Lager. Er tobte derart, dass uns die Russen vor ihm schützen mussten.“⁸⁰⁴ Möglicherweise versuchte Mager, sich durch diesen „vorausseilenden Gehorsam“ dem sowjetischen Wachpersonal anzubiedern.⁸⁰⁵

⁸⁰⁰ Zit. in: Sauer mann/Brockpähler, 1992, S. 67.

⁸⁰¹ Schneider, 2000, S. 37.

⁸⁰² Ebenda.

⁸⁰³ Sofsky, 1993, S. 54.

⁸⁰⁴ Richard, 1994, S. 101.

⁸⁰⁵ Vgl. Greiner, 2010, S. 99.

5.3.2 Die Lagerpolizei in den polnischen Lagern 1945-1950

Die Lagerpolizei war in den sowjetischen Gefangenenlagern eine Ordnungsinstanz des stalinistischen Systems zur Durchsetzung von Ruhe und Ordnung in den Lagern. In der „Planlosigkeit“ der polnischen Lager herrschte hingegen kein einheitliches Vorgehen. In einigen Lagern wurde eine Lagerpolizei aufgestellt, in anderen nicht. Da das Gros der polnischen Lager nur über eine geringe Zahl an Gefangenen verfügte, war der Einsatz von Lagerpolizisten dort nicht erforderlich. Zumeist übernahm der Lagerälteste die Ordnungsfunktion. Im Grubenlager Rydułtowy wurde der Leutnant Gernot König als Chef der Lagerpolizei eingesetzt. Ihm waren drei Lagerpolizisten unterstellt.⁸⁰⁶ Im Lager Makoszowy bestand für die dort gefangen gehaltenen Offiziere ein Sonderlager, das auf Veranlassung der deutschen Lagerselbstverwaltung mit „deutschen Posten“ bewacht wurde, um die Offiziere von Fluchten abzuhalten.⁸⁰⁷ Auch im Grubenlager Knurów gab es zwei Lagerpolizisten.⁸⁰⁸ Die Aufrechterhaltung der Ordnung oblag häufig den Mitgliedern der Gefangenen selbstverwaltung.

Mit der Übergabe der sowjetischen Lager an polnische Behörden und der anschließenden Überführung der Lagerbelegschaften in polnische Lager verloren die vormaligen Lagerpolizisten ihre Posten als Funktionsgefangene und somit ihre Protektion. Deutsche Gefangene, die unter dem Verhalten der Lagerpolizei gelitten hatten, sahen nach der Überführung in die polnischen Arbeitslager den Zeitpunkt gekommen, sich für die Übergriffe durch die Lagerpolizisten zu rächen. Die Racheakte wurden jedoch nicht von allen Gefangenen gutgeheißen:

„Das Verprügeln von Leuten durch eigene ‚Kameraden‘ hält an. Jetzt hat man einen ehemaligen Lagerpolizisten blutig geschlagen. Es ist beschämend, daß Deutsche solche Grausamkeiten an ihren eigenen Landsleuten begehen. Über 300 Schläge hat man gezählt. Georg war so wütend, daß er Pole werden wollte und sich dieser Schläger schämte. Ich lege auch keinen großen Wert mehr auf mein Deutschtum.“⁸⁰⁹

Im Grubenlager Rydułtowy nutzten die Lagerpolizisten den morgendlichen Zählappell zum Stehlen von Kartoffeln, indem sie die Zugangstür zum Kartoffelkeller aus den Angeln hoben und sich so Zutritt verschafften.⁸¹⁰ Zudem konfiszierte die deutsche Lagerpolizei „Tomaten, kleine Gurken, Kartoffelscheiben und verdachterweckende Textilien“⁸¹¹.

⁸⁰⁶ König, 2009, S. 33.

⁸⁰⁷ Bellartz, 1998, S. 183.

⁸⁰⁸ Czepuck, 1999, S. 94.

⁸⁰⁹ Bellartz, 1998, S. 140.

⁸¹⁰ König, 2009, S. 37.

⁸¹¹ Korn, 2003, S. 144.

Mit der Umstrukturierung der Lagergesellschaften in den polnischen Lagern ab Sommer 1948 wurde die pejorative Lagerpolizei durch Lagergerichte ersetzt und wandelte sich somit von einem exekutiven zu einem legislativen Organ. Im Offizierslager Sikawa bestand das Lagergericht aus Hauptmann Horst Fromm, der vor 1933 Mitglied der Zentrumspartei gewesen war und Leutnant Karl Erbe, einem ehemaligen SA-Angehörigen. Auch die weiteren Deputierten des Lagergerichts, die Unteroffiziere Fritz Goetz und Ewald Schou, hatten nationalsozialistischen Organisationen angehört.⁸¹²

5.4 Die Antifa-Komitees

Bereits während des Zweiten Weltkrieges hatten die Alliierten beschlossen, die ca. 8,5 Millionen NSDAP-Mitglieder einer politischen Säuberung in Form der „Entnazifizierung“ zu unterziehen. Noch bevor der Kontrollrat in den vier Besatzungszonen in Deutschland Bestimmungen für ein einheitliches Vorgehen erließ, begannen im Frühjahr 1945 entsprechende Maßnahmen. Bei diesem Vorgehen beteiligten sich auch Deutsche. Während des Zusammenbruchs der nationalsozialistischen Herrschaft entstanden deutschlandweit antifaschistische Komitees. Insbesondere Männer der Arbeiterbewegung fanden sich zusammen, um kollektive Selbsthilfe zu leisten. Die Antifa-Angehörigen verhinderten das Untertauchen führender NS-Größen, zuweilen mussten sie diese auch vor der Lynchjustiz der Bevölkerung schützen. Aufgrund des enormen Misstrauens waren die Alliierten beim politischen Säuberungsprozess an einer Unterstützung durch deutsche Antifaschisten nicht interessiert. Im Frühsommer 1945 wurde die Antifa-Bewegung daher sowohl in der sowjetischen als auch in der US-amerikanischen Zone verboten.⁸¹³ In Oberschlesien gingen mehrere sowjetische Kommandanten mit der deutschen Bevölkerung Kooperationen ein, um so das Besatzungsgebiet leichter kontrollieren und zudem wirtschaftlich ausbeuten zu können. In Gleiwitz und Hindenburg wurden z. B. „antifaschistische Ordnungsdienste“ eingesetzt, die sich insbesondere aus deutschen Kommunisten rekrutierten.⁸¹⁴

5.4.1 Die Antifa-Komitees in den sowjetischen Frontlagern 1945

In den sowjetischen Frontlagern, in denen das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ nicht oder nur schwach vertreten war, bildeten antifaschistisch gesinnte Gefangene aus eigener Ini-

⁸¹² Kochanowski, 2004, S. 326.

⁸¹³ Gebhardi/Haverkamp/Häfele, 2001, S. 112.

⁸¹⁴ Eser, 2003, S. 376.

tiative Antifa-Komitees. Dies traf insbesondere für das Lager Sagan zu, wo etwa 80 politische „Dirlewanger“ in einer antifaschistischen „Zelle“ organisiert waren.⁸¹⁵ Deutsche Behörden hatten im Herbst 1944 damit begonnen, politische KZ-Häftlinge für die SS-Sturmbrigade „Dirlewanger“ unter der Führung des SS-Oberführers Oskar Paul Dirlewanger zu rekrutieren. In einem Brief an Heinrich Himmler vom 7. Oktober 1944 hatte Dirlewanger selbst diesen Vorschlag unterbreitet, den er wie folgt begründete: „Es sind in den Lagern Männer, die im Februar 1933 und vielleicht auch noch nach dem 5.3.33 nicht sofort sich äußerlich als Nationalsozialisten tarnten, sondern ihrer Weltanschauung zunächst treu blieben und somit Charakter zeigten, im Gegensatz zu den vielen Hunderttausenden, die es mit dem Stärkeren hielten und am 5. 3. 33 sofort trotz innerlicher Gegnerschaft mit erhobener rechter Hand zu uns einschwenkten.“ In den nationalsozialistischen Konzentrationslagern und Zuchthäusern sicherte der Zusammenhalt der kommunistischen Häftlinge häufig das Überleben. Diese Gruppenkohärenz währte auch in der sowjetischen Gefangenschaft fort.⁸¹⁶

Im Lager Neuhammer begannen antifaschistische Lagerinsassen mit der politischen Arbeit unter den Gefangenen, obwohl dort das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ präsent war. Die Leitung des Antifa-Komitees wurde dem Sozialdemokraten Wilhelm Meißner übertragen.⁸¹⁷ In Sagan strebte die sowjetische Lagerkommandantur eine möglichst gerechte Führung des Lagers an. Die Antifaschisten sollten sich für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Lager einsetzen, eine politische Betätigung war ihnen jedoch in den ersten drei Monaten der Gefangenschaft verboten.⁸¹⁸ Als Obmann wählten die Mitglieder der antifaschistischen „Zelle“ im Lager den Kommunisten Alfred Neumann, der Russisch sprach und dessen Ehefrau in Moskau lebte.⁸¹⁹ Im August 1945 überführten die Sowjets die acht qualifiziertesten dieser Antifaschisten für eine vierwöchige Schulung in das Lager Neuhammer.⁸²⁰ Dort übernahm Neumann die Führung des Antifa-Komitees von Wilhelm Meißner, nachdem er im Lager eingetroffen war.⁸²¹ Nach dem Schulungsende kehrte Neumann zusammen mit Meißner und 60 Antifa-Aktivisten aus dem Lager Neuhammer zurück. Nach der ideologischen und personel-

⁸¹⁵ Klausch, 1993, S. 533.

⁸¹⁶ Schmidt, 2004, S. 329.

⁸¹⁷ Heuer, 2006, S. 43.

⁸¹⁸ Staatsarchiv Hamburg, 622-1-203/334: Betreffend die Deutsche Leitung des Kriegsgefangenen-Lager Sagan-Ost, Bl. 2.

⁸¹⁹ Klausch, 1993, S. 533.

⁸²⁰ Staatsarchiv Hamburg, 622-1-203/334: Betreffend die Deutsche Leitung des Kriegsgefangenen-Lager Sagan-Ost, Bl. 2.

⁸²¹ Heuer, 2006, S. 43.

len Auffrischung kam es im August 1945 in Sagan zur Aufstellung eines neuen Antifa-Komitees.⁸²²

Gelegentlich versuchten ehemalige Wehrmatsangehörige in den sowjetischen Frontlagern der Gründung eines Antifa-Komitees durch Kommunisten oder Sozialdemokraten zuvorzukommen, indem sie diese Positionen selbst besetzten. Im Übergabelager Christianstadt setzte sich das Antifa-Komitee zumeist aus Offizieren und Unteroffizieren zusammen.⁸²³

5.4.1.1 Die Aktivitäten der Antifa-Komitees

Im Sommer und Herbst 1945 hemmten Auseinandersetzungen zwischen überzeugten Antifaschisten und „nicht-progressiven“ NKFD-Mitgliedern, die für Deutschland eine Demokratie nach westlichem Vorbild forderten, die Aktivitäten der Antifa-Gruppen. Dem NKFD bzw. seiner Zeitung begegneten die Antifa-Aktivistinnen daher teilweise mit Misstrauen. Für eine politische Betätigung unter den Gefangenen mangelte es neben einem richtungsweisenden Presseorgan somit auch an einer verbindlichen Konzeption und einer Koordination der politischen Arbeit in den Lagern. Den Antifa-Komitees blieb es daher oft selbst überlassen, wie sie die politische Arbeit in den Lagern fortsetzen wollten. Verbindlich und von den Komitees allgemein akzeptiert war jedoch stets die maßgebliche Aufgabe der Antifa, den Arbeitseinsatz der deutschen Gefangenen in der UdSSR propagandistisch zu unterstützen. Erst mit einer Neuordnung des sowjetischen Kriegsgefangenenwesens im Januar 1946 erfolgte eine programmatische Neuorientierung der antifaschistischen Bewegungen.⁸²⁴

Im sowjetischen Frontlager Neuhammer beschränkten sich die Aktivitäten des Antifa-Leiters Wilhelm Meißner auf die Redaktion der Lagerzeitung. Die Aufrufe der KPD vom 11. Juni 1945 und der SPD vom 15. Juni 1945 führten in Neuhammer vereinzelt zu Diskussionen unter den Lagergefangenen. An einer Versammlung, zu der Meißner ehemalige Mitglieder der SPD eingeladen hatte, nahmen über 300 Kriegsgefangene teil. Auf der Veranstaltung diskutierten die Teilnehmer über den Aufruf der SPD und das zukünftige Schicksal Deutschlands. Doch auch der bevorstehende Arbeitseinsatz der Gefangenen in der UdSSR als Wiedergutmachung für das dort von den Deutschen begangene Unrecht wurde im Lager Neuhammer thematisiert. Im Lager Christianstadt beschränkten sich die Aktivitäten der Antifa-Aktivistinnen auf die Gestaltung einer Wandzeitung, auf der namentlich nach Personen gefahndet wurde.⁸²⁵ In Sagan

⁸²² Staatsarchiv Hamburg, 622-1-203/334: Betreffend die Deutsche Leitung des Kriegsgefangenen-Lager Sagan-Ost, Bl. 2.

⁸²³ Czepuck, 1999, S. 88.

⁸²⁴ Robel, 1974, S. 96f.

⁸²⁵ Czepuck, 1999, S. 88.

gewährte der Lagerälteste Erich Friehe dem Obmann der antifaschistischen „Zelle“ im Lager, Alfred Neumann, keinerlei Befugnisse. Die Lager-Antifaschisten fühlten sich dadurch in ihrem Vorhaben, sich für die Mitgefangenen einzusetzen, gehindert.⁸²⁶

Aus dem Potsdamer Abkommen, das die Unterzeichnerstaaten zu einer Demokratisierung Deutschlands verpflichtet hatte, leiteten die Alliierten ihre rechtliche Legitimation für eine politische Betätigung unter den deutschen Kriegsgefangenen ab.⁸²⁷ Im August 1945 wurde daher in Sagan ein neues Antifa-Komitee gegründet, das eine Reihe von politischen Vorträgen veranstaltete und die Kulturarbeit im Lager fortsetzte.⁸²⁸

5.4.1.2 Die Stellung der Antifaschisten in der Lagerhierarchie

„Wir waren als Gleiche unter Gleichen, ohne militärischen oder sozialen Dekor gekommen, was die einfachen Menschen anging“, berichtete ein Gefangener des sowjetischen Frontlagers Neuhammer, „wußten aber auch, daß wir untereinander 'gleicher' waren als gegenüber den Antifaleuten.“⁸²⁹ Im Lager Christianstadt waren die Lager-Antifaschisten durch rote Armbinden gekennzeichnet und hielten ihre Versammlungen unter einer roten Fahne ab. Von den Mitgefangenen wurden diese Antifa-Angehörigen als „Kochgeschirr-Antifaschisten“ diffamiert, die „vor allem ihren Vorteil im Auge“ gehabt hätten. Missmut erweckte bei den Mitgefangenen zudem, dass die Lager-Antifaschisten in Christianstadt in der sowjetischen Offizierskantine verpflegt wurden. Nach Ansicht eines ehemaligen Lagergefangenen erschwerte dies „eine spätere ernsthafte antifaschistische Arbeit unter den deutschen Kriegsgefangenen, weil die Landser immer nur diese Herrschaften im Auge hatten.“ Auch zahlreiche Lagergefangene in Neuhammer fühlten sich von den Aktivitäten des Antifa-Komitees belästigt und in ihrer Ruhe gestört.⁸³⁰ Bereits bei der Ankunft neuer Gefangener traten die Antifaschisten negativ in Erscheinung. Im Lager Sagan wurden die Neuankömmlinge von den Angehörigen der Lager-Antifa gründlich durchsucht und registriert. Die persönlichen Papiere, wie Wehrpässe und Soldbücher, mussten die Eintreffenden abgeben. In Neuhammer überwachten zwei Posten der Lager-Antifa an der Torsäule den Einzug neuer Gefangener, „jeder mit Stock und Armbinde und hungerfreien Blicks“.⁸³¹

⁸²⁶ Klausch, 1993, S. 533.

⁸²⁷ Cartellieri, 1967, S. 95f.

⁸²⁸ Staatsarchiv Hamburg, 622-1-203/334: Bericht aus russischer Kriegsgefangenschaft, Bl. 2.

⁸²⁹ Korn, 2003, S. 127.

⁸³⁰ Böss, 1974, S. 398.

⁸³¹ Korn, 2003, S. 126.

Stalins Misstrauen gegen deutsche Kommunisten hatte sich während der Kriegszeit mehrfach artikuliert. Das stalinistisch kontrollierte NKFD hatte daher die Aufgabe, die sich als Kommunisten bekennenden Lagergefangenen auf ihre politische Zuverlässigkeit hin zu überprüfen. Die sowjetische Lagerkommandantur in Sagan forderte die Antifaschisten auf, ihre Lebensläufe zu verfassen und kündigte an, dass in Kürze ein Vertreter des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ im Lager eintreffen würde. Die Angehörigen der antifaschistischen „Zelle“ befolgten diese Anordnung. Zunächst wollte die Kommandantur die Lebensläufe der Antifaschisten in Moskau prüfen lassen.⁸³²

Während eines Abendappells gab der Saganer Lagerälteste Erich Friehe die Lagerordnung bekannt. Friehe verkündete, dass ein Gefangener, der dem Wachpersonal oder einem deutschen Vorgesetzten den militärischen Gruß verweigerte, mit einem bis zu 14-tägigem Arrest oder mit einem drastischem Nahrungsentzug bestraft werden würde. Die Lagergefangenen reagierten auf die Grußpflicht mit Unverständnis. Sie bemängelten, dass sich der aus der deutschen Militärzeit bekannte „Kommiß“ sich nun auch bei der Roten Armee bemerkbar machte. Die Antifaschisten bedrängten den Lagerältesten und forderten eine Aufhebung der Maßnahmen. Sie befürworteten die Grußpflicht gegenüber den Rotarmisten, nicht jedoch das Grüßen der deutschen Offiziere. Der Lagerälteste Erich Friehe erklärte die Grußpflicht schließlich als ein Zeichen der Achtung, die für beide Seiten von Nutzen wäre.⁸³³

Auch zu dem neuen Lagerältesten Paul Skrodzki kam es zu Spannungen mit den Lager-Antifaschisten. Laut der Beobachtungen eines Lagerantifaschisten führte Skrodzki „eine ausgesprochene Günstlingswirtschaft“. Aufgrund seines Auftretens und seines Verhaltens gingen die Antifaschisten zu Skrodzki auf Distanz. Nach einer personellen Veränderung des Antifa-Komitees nahmen die Spannungen zwischen den Antifa-Aktivisten und dem Lagerältesten noch erheblich zu.⁸³⁴

5.4.1.3 Die Rekrutierung neuer Antifa-Mitglieder

Die Antifa-Aktivisten im Lager Sagan bemühten sich, ihre Mitgefangenen über ihre Erfahrungen unter der NS-Herrschaft aufzuklären. Dies erwies sich jedoch als sehr schwierig. Ein Großteil der Gefangenen verhielt sich gegenüber den Antifaschisten ablehnend. „Die Mentalität der Gruppe, die am liebsten bis nach Kriegsende weiter gekämpft hätte, war sehr aggressiv“, erinnerte sich Alfred Neumann. „Das war ein beträchtlicher Teil. Ein anderer Teil hatte

⁸³² Klausch, 1993, S. 533.

⁸³³ Ebenda.

⁸³⁴ Staatsarchiv Hamburg, 622-1-203/334: Bericht aus russischer Kriegsgefangenschaft, Bl. 2.

buchstäblich Angst vor den Konsequenzen der Grausamkeiten, die sie mitgemacht hatten. Sie hatten Angst vor der ‚Rache des Iwan‘.“ Den Lager-Antifaschisten war dabei bewusst, dass ein Teil der Lagergefangenen an Kriegsverbrechen beteiligt gewesen war. Es gab jedoch doch nach Angaben von Neumann auch „verschiedene Leute, die andeuteten, daß sie mit Hitler und dem Naziregime nicht einverstanden waren. Das kam alles sehr zögernd. Das waren nicht direkt Kommunisten.“ Ein Leutnant, der Sohn eines Pfarrers, zeigte Interesse an der Arbeit des Antifa-Komitees. Da er unter den Offizieren antifaschistische Ansichten vertrat, wurde er von den Offiziersgefangenen „hart maßgenommen“. Der Barackenälteste verbot dem Leutnant zudem, sich antifaschistisch zu betätigen. „Unter diesen Bedingungen war es eine ganze Zeit kompliziert“ resümierte Neumann über seine Bemühungen, neue Mitglieder für das Antifa-Komitee anzuwerben.⁸³⁵

5.4.1.4 Das weitere Schicksal der Antifaschisten

Mitte September 1945 verbreitete sich unter den Lagergefangenen in Sagan das Gerücht, dass das Lager in die polnische Verwaltung übergehen würde. Als der Tag der vermeintlichen Übergabe gekommen war, besorgte sich der Lagerälteste Paul Skrodzki einen Entlassungsschein. Zudem konnte Skrodzki durchsetzen, dass einige ihm nahestehende Antifaschisten das Lager verlassen konnten. Obwohl Paul Skrodzki über einen Entlassungsschein verfügte, wurde dieser nicht aus dem Lager entlassen. Unter dem lautstarken Protest der Lagergefangenen kamen jedoch einige ausgewählte Antifaschisten zur Entlassung. Nach dem Abtransport dieser Antifaschisten wurde unter den Lagerinsassen bekannt, dass sich unter den Entlassenen auch drei ehemalige „Dirlewanger“ befanden, die wie Skrodzki während ihrer KZ-Haft den grünen Winkel der so genannten „Berufsverbrecher“ getragen hatten und daher unter den Mitgefangenen als Kriminelle galten. In Sagan hatten diese zu Skrodzkis engem Freundeskreis gehört, der sich für ihre Entlassung aus dem Lager vor der Übernahme durch die Polen eingesetzt hatte.⁸³⁶

Die als qualifiziert eingestuften antifaschistischen Kräfte wurden den polnischen Behörden durch die Sowjets entzogen. Nach der Auflösung des Lagers Neuhammer überführten die sowjetischen Truppen die Angehörigen des Antifa-Vorstandes und des Kulturzentrums in das Lager Sagan. Dort sollten sie unter ihren Mitgefangenen politische Aufklärungsarbeit betreiben. Kurze Zeit darauf erfolgte die Auflösung des Lagers Sagan. Alfred Neumann konnte

⁸³⁵ Prokop, 1996, S. 121.

⁸³⁶ Staatsarchiv Hamburg, 622-1-203/334: Betreffend die Deutsche Leitung des Kriegsgefangenen-Lager Sagan-Ost, Bl. 2.

durchsetzen, dass mehrere der vom sowjetischen Lagerpersonal überprüften Antifa-Aktivisten repatriert oder auf Antifa-Schulen überstellt wurden. Die verbliebenen Angehörigen des Antifa-Vorstandes und des Kulturzentrums mussten daraufhin bei einer sowjetischen Sicherungsgruppe Verladearbeiten verrichten. Anschließend wurden sie in das sowjetische Lager Breslau-Hundsfeld überführt. Neumann und weitere Antifaschisten wurden 1946 in die UdSSR abtransportiert und auf verschiedene Lager verteilt.⁸³⁷ In der ersten Jahreshälfte 1947 versetzten die Sowjets Neumann zur Zentralen Antifa-Schule in Krasnogorsk.⁸³⁸ Auch im sowjetischen Frontlager Christianstadt wurde das Antifa-Komitee vor der Übergabe des Lagers an polnische Truppen abgezogen.⁸³⁹

5.4.2 Die Antifa-Komitees in den polnischen Lagern 1945-1950

Nach der Übernahme der sowjetischen Sammellager durch die polnischen Behörden waren die dort verbliebenen Antifa-Aktivisten weiterhin aktiv. Zu ihren Aufgaben zählte auch unter der polnischen Verwaltung dieser Lager die Vorbereitung der Gefangenen auf den Arbeitseinsatz in Polen. Wesentlicher als durch politische Aktivitäten, die sich insbesondere in Vorträgen vor den Lagergefangenen artikulierten, taten sich die Mitglieder der Antifa durch Denunziationen hervor. Das Denunziantentum diskreditierte die Antifaschisten bei vielen Mitgefangenen, wurde von den neuen polnischen Lageradministratoren hingegen begrüßt.⁸⁴⁰

Mit der Überführung der Kriegs- und Zivilgefangenen in die Bergwerkslager, die Lager des Militärs und der Industriebetriebe wurden sämtliche Formen politischer Aktivitäten untersagt. „Jede kom.[unistische] Org.[anisation] ist verboten“, notierte Wilhelm Pieck zur Situation in Polen nach einer Besprechung mit dem Hauptmann Swerschinski der 2. Weißrussischen Front am 20. Oktober 1945.⁸⁴¹ Die Existenz von Antifa-Gruppen war in den polnischen Lagern geduldet, deren Aktivisten vornehmlich ehemalige SS-Angehörige und NS-Täter unter den Mitgefangenen ausfindig machen sollten. Die Leitung der Lager-Antifa im Grubenlager „Bierut“ setzte sich dort aus den Gefangenen Wilhelm Hahn, Fritz Geburek und Karl Jacobi zusammen. Diese konnte bei der polnischen Kommandantur durchsetzen, dass im Lager ausschließlich Gefangene verblieben, die durch eine Blutgruppentätowierung gekennzeichnet waren. Die drei Antifa-Aktivisten übernahmen zudem die Leitung der Gefangenenselbstverwaltung im Lager „Bierut“. Die polnische Kommandantur bestimmte den Antifaschisten Wil-

⁸³⁷ Klausch, 1993, S. 533.

⁸³⁸ Libera, 1968, S. 47.

⁸³⁹ Czepuck, 1999, S. 87f.

⁸⁴⁰ Kochanowski, 2004, S. 350f.

⁸⁴¹ ZPA NL 36/734, Bl. 137-139, zit. in: Badstübner/Loth, 1994, S. 60f, hier: S. 60.

helm Hahn zum Lagerältesten. Nach Hahns Absetzung und dessen Entmachtung zerbrach die Antifa-Gruppe. Als neuer Lagerältester wurde Karl Jacobi bestimmt, der zuvor Hahns Stellvertreter gewesen war. Ein Bericht des polnischen Sicherheitsdienstes hebt hervor, dass Jacobi sich bei „der Ausübung seiner Funktion als Propagandist“ im Lager „tadellos“ und „zur allgemeinen Zufriedenheit“ des polnischen Lagerpersonals verhalten habe. Zugleich macht der Bericht deutlich, dass Jacobis „Verdienste“ sich ausschließlich auf die Denunziantentätigkeit beschränkten:

„Er arbeitete eng bei der Entdeckung von Kriegsgefangenen mit, die sich trotz eingetragener Zeichen nicht zur SS bekannten. Er spürte Kriegsgefangene auf, die eine Flucht beabsichtigten und brachte faschistische Kriegsgefangene zur Kenntnis. Er entdeckte eine Gruppe von Kriegsgefangenen aus der SS-Division „Dallawieger“, die an der Niederwerfung des Warschauer Aufstandes und der Zerstörung mitgewirkt hatte. - Aus dieser Gruppe wurde ein Kriegsgefangener der SS (...) nach Warschau gebracht und am 1. Jahrestag des Warschauer Aufstandes hingerichtet.“⁸⁴²

Im Januar 1947 wurde der Gefangene Heinz Grischke aus dem Lager Warschau-Mokotów in das Zentrale Arbeitslager der polnischen Hauptstadt überführt. Dort bemühte sich Grischke, die im Lager agierende Antifa-Gruppe ideologisch zu stärken und dem passiven Widerstand zahlreicher Mitgefangener entgegenzuwirken. Am 1. Mai 1947 kam es im Lager zu einer Kundgebung, bei der erstmalig die Existenz eines Antifaschistischen Blocks im Zentralen Arbeitslager Warschau bestätigt wurde. Auf der Veranstaltung sprachen neben den Kriegsgefangenen auch Angehörige der polnischen Lageradministration.⁸⁴³

Die geplante Antifa-Bewegung sollte sich nach Anweisung der polnischen Behörden aus ehemaligen SPD- und KPD-Mitgliedern zusammensetzen. Etwa 130 ehemalige Parteimitglieder hatten sich zu einer Mitarbeit bereit erklärt. Die Angabe einer ehemaligen sozialdemokratischen oder kommunistischen Parteimitgliedschaft vor der nationalsozialistischen Machtübernahme 1933 war nach Ansicht der polnischen Lagerleitung in Warschau jedoch „keine Vertrauensgrundlage“, da viele vorgebliche KPD-Mitglieder den Antifa-Veranstaltungen ferngeblieben waren. Der Lagerkommandant schätzte die Anzahl der „ehrlichen Demokraten“ unter den Gefangenen auf höchstens 60 bis 70 Personen. Zur Zentralen Arbeitsgruppe zählten etwa 20 Lagergefangene. Die politischen Schulungen des Antifaschistischen Blocks wurden von den anwesenden Kriegsgefangenen mit großer Begeisterung aufgenommen, was das Misstrauen des Lagerkommandanten weckte. In diesen Veranstaltungen verpflichteten sich

⁸⁴² AAN, DWO, 4/316, Bl. 147.

⁸⁴³ Kochanowski, 2004, S. 351f.

etwa 800 Kriegsgefangene schriftlich, nach ihrer Heimkehr Mitglieder der SED oder der SPD zu werden. Die polnische Lageradministration ging jedoch auch weiterhin davon aus, dass sich die Lagergefangenen nur in der Antifa-Bewegung engagierten, da sie auf eine schnellere Entlassung hofften.⁸⁴⁴ In der Mehrzahl der polnischen Gefangenenlager beabsichtigte das Personal auch weiterhin keine Durchführungen von politischen Schulungen. Häufig waren die Arbeits- und Lebensbedingungen in den polnischen Gefangenenlagern seit 1945 noch immer sehr schlecht, so dass die zeitlichen und physischen Voraussetzungen für eine politische Betätigung nicht gegeben waren. Allmählich verbesserte sich die Situation aber auch dort. Die Lagerleitungen mehrerer Grubenlager forderten Mitte Dezember 1947 die ehemaligen KPD- und SPD-Mitglieder auf, der Antifa-Bewegung beizutreten. Wie das Wachpersonal in den sowjetischen Sammellagern, bemühten sich auch die polnischen Behörden, in erster Linie ehemalige Mitglieder dieser Parteien zu rekrutieren. Aber auch Kriegsgefangene, die politisch nicht links orientiert waren, folgten ihrem Aufruf. Mit einem Beitritt verband sich häufig die Hoffnung, die Lager bald verlassen zu können. Etwa 40 Gefangene wurden für die Schulungen ausgewählt und im Frühjahr 1948 nach Warschau überstellt. Da sich die Entlassungen aus den Lagern hinzogen, sollte die Antifa nach Auffassung der polnischen Behörden beruhigend auf die Kriegsgefangenen einwirken und zugleich deren Leistungsfähigkeit aufrechterhalten. Eine Kooperation der ostdeutschen und der polnischen Kommunisten war für diese Zielsetzung unerlässlich.⁸⁴⁵ Von der DWO wurde befürwortet, dass die Schulungszentrale auf Wlochs Vorschlag in Warschau untergebracht werden sollte. Für das Zentrale Arbeitslager Warschau, das sich zum „zentralen Kriegsgefangenenlager“ entwickeln sollte, war ein „Antifaschismus“-Kurs vorgesehen. Die Leitung der „zentralen Selbstverwaltung“ übernahm der ehemalige KPD-Funktionär Willi Dieges. Karl Müller war als „Organisationsleiter“ und Werner Land als Redakteur der Kriegsgefangenenzeitung „Die Brücke“ eingesetzt. Als Beginn der neuen „antifaschistischen“ Ära galt der 1. Mai 1948. Zur Koordination der einzelnen Tätigkeiten wurde am 1. Juni 1948 bei der Politisch-Pädagogischen Abteilung des DWO ein Kriegsgefangenenreferat aufgestellt, das seine Arbeit Mitte Juni 1948 aufnahm.⁸⁴⁶

Das Referat unterteilte die politische Betätigung in drei Etappen. Zunächst mussten die Mitglieder der „Zentralen Arbeitsgruppe“ geschult und dann die Selbstverwaltungen organisiert werden. Abschließend sollte der „Übergang zur massenhaften politischen Arbeit zur Aktivierung des demokratischen Elements sowie zur Demokratisierung des günstigen Elements und zur Aufdeckung der reaktionären und verbrecherischen Elemente“ erfolgen. Für die einzelnen

⁸⁴⁴ Ebenda.

⁸⁴⁵ Ebenda, S. 355.

⁸⁴⁶ Ebenda, S. 358f.

Etappen waren neben vertrauenswürdigem Personal auch ausreichend geschulte Propagandakader erforderlich.⁸⁴⁷

Die Schulungen in den beiden ersten Kursen wurden auf einem vergleichsweise hohen Niveau durchgeführt. Die Kurse waren zur Ausbildung hochrangiger Kader bestimmt, die in den Warschauer Lagern eingesetzt werden sollten. Es nahmen insbesondere ältere Kriegsgefangene, die dem linken politischen Spektrum nahestanden, an diesen Schulungen teil. Sie waren vorwiegend zwischen 40 und 50 Jahre alt und hatten vor der nationalsozialistischen Machtergreifung 1933 in Deutschland aktiv am politischen Leben teilgenommen. Diese älteren Kriegsgefangenen befanden sich zu Jahresbeginn 1948 in Warschau. In den beiden ersten Kursen war die Anzahl der Teilnehmer an dem Schulungsprogramm sehr gering. Die Schulungen unterschieden sich von den folgenden insbesondere hinsichtlich der politischen Sozialisation der Teilnehmer. Aus den sowjetischen Übergabelagern hatten die Sowjets vor ihrem Abzug einen Großteil der Antifa-Aktivisten unter den Gefangenen, bei denen es sich zumeist um ehemalige Sozialdemokraten und Kommunisten handelte, in Antifa-Schulen östlich von Oder und Neiße bzw. in der UdSSR überführt. Das Potential an ehemaligen Mitgliedern der SPD und KPD hatte sich in Warschau daher bereits bei den ersten Schulungen erschöpft.⁸⁴⁸

Am 7. August 1948 endete der dritte Propagandakurs mit 195 Teilnehmern. Da viele neue Teilnehmer aus Jaworzno oder anderen Lagern in Schlesien und Posen anreisen mussten, verzögerten sich die folgenden Propagandaschulungen. So konnte der für den 1. September 1948 geplante dritte Kurs erst mit zwei Wochen Verspätung beginnen. Am Kurs nahmen insgesamt 203 Gefangene teil, davon 15 aus dem Lager Jaworzno, 28 aus den Posener Cegielski-Werken, 40 aus dem Lager Mokotów und 120 aus den Grubenlagern des CZPW. In den fünf Gruppenkursen, die zwischen Mai und Dezember 1948 stattfanden, wurden insgesamt 862 Kriegsgefangene für die spätere politische Arbeit in den Gefangenenlagern ausgebildet. In der „Zentralen Arbeitsgruppe“ betätigten sich 25 Absolventen. Weitere 250 Kursabsolventen kamen in den Funktionen der Selbstverwaltungen zum Einsatz und organisierten die politischen Aktivitäten in den Lagern. Die übrigen Absolventen sollten in ihre Herkunftslager zurückkehren und dort die „Zentrale Arbeitsgruppe“ unterstützen.⁸⁴⁹

Aus der Sicht der „Selbstverwaltung der deutschen Kriegsgefangenen in Polen“ galten die Aktivitäten der Antifa-Komitees in den sowjetischen Sammellagern und in den polnischen Arbeitslagern bis 1947 als gescheitert. „Die Elemente, die sich 1945 in unseren Lagern als Antifa ausgaben, verrieten uns und unser Volk. Nicht selten waren es Angehörige der SS, die

⁸⁴⁷ Ebenda, S. 359.

⁸⁴⁸ Ebenda, S. 361f.

⁸⁴⁹ Ebenda, S. 363f.

diese Tarnung nötig hatten“, lautet es in der Kriegsgefangenenzeitung „Die Brücke“.⁸⁵⁰ Auch ein Antifa-Aktivist blickte später kritisch zurück: „Es hatte zu verschiedenen Zeiten zwischen 1945 und 1947 in vielen Lagern sogenannte Antifa-Komitees gegeben, die fast ohne Ausnahme von ungeeigneten, oft sogar nazistischen Elementen geführt waren.“⁸⁵¹ Der Ausdruck „Antifa“ wurde in der amtlichen Korrespondenz bewusst vermieden und stattdessen durch die offizielle Bezeichnung „Selbstverwaltung der deutschen Kriegsgefangenen in Polen“ ersetzt. Deren „Zentraleitung“ befand sich im Zentralen Arbeitslager in Warschau.⁸⁵²

In den Lagern sollten die Mandatsträger der Selbstverwaltung, die auf einer Hauptversammlung gewählt wurden, das Vertretungsorgan sämtlicher dort befindlicher Kriegsgefangenen bilden. Die polnischen Lageradministrationen sollten diese anschließend bestätigen. Zu den Ämtern der einzelnen Selbstverwaltungen zählten der Lagerälteste, ein Obmann, ein Obmann zur Organisierung der Kriegsgefangenenarbeit sowie ein Obmann für den Bereich Sport und Jugend. Die Kriegsgefangenen durften darüber hinaus die Barackenältesten des Lagers bestimmen. Zudem konnten sie ein Kameradengericht, bestehend aus drei Mitgliedern und einem Kläger, einberufen.⁸⁵³

Die im Arbeitslager Warschau ansässige „Zentraleitung“ sollte die Selbstverwaltungen der einzelnen polnischen Lager überwachen. Die Steuerung der Propagandaaktivitäten erfolgte formal durch das Kriegsgefangenenreferat der Politisch-Pädagogischen Abteilung des DWO. Im Herbst 1948 gründete das Referat eine Zweigstelle in Gleiwitz. Wiederholt versuchte die „zentrale Arbeitsgruppe“ auch eigene Entscheidungen umzusetzen und bei der Propagandaarbeit die Grenzen der Handlungsspielräume auszutesten, die das MBP gewährt hatte.⁸⁵⁴

Das Wojewodschaftskomitee der PPR in Kattowitz entsandte drei „Autochthone“ in das Lager Gleiwitz. Bei diesen handelte es sich um ehemalige KPD-Mitglieder, die jeweils eine Gruppe von Lagern betreuen sollten. Den drei Aktivisten oblag es, die Propagandaaktivitäten in den Lagern politisch auszurichten. Die Einzelheiten bei der Umsetzung blieben der Arbeitsgruppe der Kriegsgefangenen überlassen.⁸⁵⁵ Ein ehemaliger Gefangener beschrieb dieses Vorgehen im Lager „Bierut“ wie folgt:

„Ab 1950 werden von der polnischen Gewerkschaft, in unserem Lager politische Schulungen durchgeführt. Das Referat hält immer ein Oberschlesier Namens Orscha (...). Nach dem wir im Lager nichts mehr von Entlassungen hören, hat er keine Zuhörer mehr.“

⁸⁵⁰ Zit. in: „Die Brücke“, Nr. 11, November 1948, S. 10.

⁸⁵¹ Gebhardt/Küttner, 1997, S. 88.

⁸⁵² Kochanowski, 2004, S. 364.

⁸⁵³ Ebenda, S. 365.

⁸⁵⁴ Ebenda.

⁸⁵⁵ Ebenda, S. 369f.

Selbst die Aktiven, die immer zu den Vorträgen gingen, blieben jetzt aus. So musste die deutsche Selbstverwaltung immer von Stube zu Stube laufen, damit wenigstens eine Zuhörerschaft von 20 Mann vorhanden war.⁸⁵⁶

5.5 Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ (NKFD)

Nach Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges 1941 hatten sowjetische Politoffiziere und deutsche Exilkommunisten wie Walter Ulbricht, Erich Weinert und Wilhelm Pieck damit begonnen, in den sowjetischen Kriegsgefangenenlagern die deutschen Frühgefangenen, insbesondere jene der niederen Dienstgrade, für die antifaschistische Bewegung anzuwerben. In den Befragungen der neu eingetroffenen Gefangenen versuchten kommunistische Funktionäre u. a., mögliche antinationalsozialistische Tendenzen der Verhörten aufzudecken.⁸⁵⁷ Auch mit Propagandaveranstaltungen sollten die Lagergefangenen für die antifaschistischen Aktivitäten gewonnen werden.⁸⁵⁸ Da die Mitarbeit in den Antifa-Komitees mit Vergünstigungen, vornehmlich besserer Verpflegung, verbunden war, schlossen sich neben ehemaligen Kommunisten oder Gefangenen aus kommunistisch geprägten Familien auch zahlreiche Opportunisten der Bewegung an.⁸⁵⁹ Zu den Zielen der antifaschistischen Betätigung unter den Kriegsgefangenen zählten die prokommunistische Umerziehung der Soldaten, die Bildung zuverlässiger Antifa-Kader, die die Rote Armee in ihrem Kampf unterstützen sollten, sowie der Einsatz von Gefangenen für die sowjetische Propaganda.⁸⁶⁰

Auf Beschluss der sowjetischen Führung gründete sich im Juli 1943 unter der Beteiligung von deutschen Exilkommunisten das Nationalkomitee „Freies Deutschland“, das sich die „Rettung Deutschlands vor der Katastrophe“ zur Aufgabe gemacht hatte.⁸⁶¹ Bis Ende 1945 setzte das Nationalkomitee fortan ein neues sowjetisches Konzept für die politische Betätigung in den Gefangenenlagern um. Mit der Zielsetzung einer demokratischen Erneuerung des deutschen Staates sollten vor allem die Gefangenen mit bürgerlicher bzw. adliger Herkunft für die antifaschistische Bewegung gewonnen werden.⁸⁶² Erweitert wurde diese Zielgruppe mit der Gründung des „Bundes Deutscher Offiziere“ (BdO) im selben Jahr, der Offiziere und Generale für den propagandistischen Kampf gegen die NS-Führung bzw. die Wehrmacht rekrutierte.⁸⁶³

⁸⁵⁶ Wagner, Jaworzno, o. P.

⁸⁵⁷ Lehmann, 1986, S. 46.

⁸⁵⁸ Robel, 1974, S. 95f.

⁸⁵⁹ Lehmann, 1986, S. 57.

⁸⁶⁰ Karner, 1995, S. 95. Vgl. Lehmann, 1986, S. 46.

⁸⁶¹ Ueberschär, 1995, S. 31.

⁸⁶² Lehmann, 1986, S. 47.

⁸⁶³ Ueberschär, 1995, 33f.

Mit der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht im Mai 1945 war die Zielsetzung der sowjetischen Politik, die auf die Beendigung des Krieges und die Zerschlagung des nationalsozialistischen Regimes abgezielt hatte, erreicht. Die politische Betätigung durch das NKFD und den BdO in den sowjetischen Kriegsgefangenenlagern war somit obsolet geworden.⁸⁶⁴

5.5.1 Das NKFD in den sowjetischen Frontlagern östlich von Oder und Neiße

Während des Vormarsches der Roten Armee rückten Angehörige des NKFD mit den sowjetischen Truppen nach Deutschland vor. Vor allem in Mecklenburg wurden kriegsgefangene NKFD-Angehörige, welche die Heeresgruppen der Roten Armee als Frontpropagandisten begleitet hatten, als Kreisräte oder Bürgermeister eingesetzt.⁸⁶⁵ Östlich von Oder und Neiße waren Mitglieder des NKFD insbesondere in den Kesseln von Samland, Kurland, Graudenz, Schneidemühl, Thorn und Breslau zum Einsatz gekommen.⁸⁶⁶ Nach der Beendigung der Kampfhandlungen wurden diese Aktivisten nicht entlassen, sondern ab März 1945 verstärkt in den sowjetischen Frontlagern und Lazaretten eingesetzt, die sich im Umfeld dieser Einsatzorte befanden. Eine Gruppe von mehr als 20 Angehörigen der NKFD-Frontorganisation betätigte sich u. a. im Lager Thorn. „Viele der dort befindlichen 20 000 deutschen Kriegsgefangenen waren verwundet. Jeder deutsche Antifaschist hatte im Lager Toruń also etwa 1000 Soldaten und Offiziere politisch zu betreuen. Die Antifaschisten waren täglich bis in die Nachtstunden auf den Beinen, führten unzählige Gespräche, unterhielten sich mit Gruppen von Kriegsgefangenen und sprachen auf Barackenversammlungen“⁸⁶⁷, wird rückblickend der dortige Einsatz der NKFD-Beauftragten geschildert.

Auch im Frontlager Breslau-Hundsfeld veranlasste die sowjetische Lagerleitung im Mai 1945 die Gründung eines Antifaschistischen Komitees.⁸⁶⁸ Zum Instrukteur und Leiter des dortigen Antifa-Aktivs wurde der Oberfeldwebel Bruno Beater ernannt, der als Frontpropagandist des NKFD tätig gewesen war und als Aufklärer im Kessel Breslau zum Einsatz kam. Im Lager Breslau-Hundsfeld war er in diesen Funktionen von Mai bis Oktober 1945 aktiv.⁸⁶⁹ In den sowjetischen Frontlagern, die sich wie das Lager Neuhammer nicht in unmittelbarer Nähe von stark umkämpften bzw. belagerten Städten befanden, war das NKFD meist nur schwach vertreten. Ein ehemaliger Gefangener des Lagers berichtete: „Der Kreis ihrer Anhänger war nur

⁸⁶⁴ Robel, 1974, S. 95f.

⁸⁶⁵ Morré, 1998, S. 220.

⁸⁶⁶ Meyer/Pech, 1985, S. 49.

⁸⁶⁷ Wolff, 1973, S. 235.

⁸⁶⁸ Schneider, 2000, S. 37.

⁸⁶⁹ Herbst, Andreas (Hg.), 1997, Die SED. Geschichte, Organisation, Politik. Ein Handbuch, Berlin, S. 905.

klein, aber gefährlich. Sie öffneten der Denunziation Tür und Tor und fanden stets ein offenes Ohr bei dem Politoffizier des Lagers und seinen Gehilfen.“⁸⁷⁰ Im Lager Auschwitz bildeten die Angehörigen des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ die politische Abteilung des Lagers. Im Gefangenenbereich stand dem NKFD ein so genanntes „Antifa-Büro“ zur Verfügung.⁸⁷¹

5.5.2 Die Aktivitäten des NKFD

Neben der zunehmenden Bedeutungslosigkeit des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ seit dem Kriegsende hemmten im Sommer 1945 auch die Auseinandersetzungen zwischen überzeugten Antifaschisten und „nicht-progressiven“ NKFD-Mitgliedern, die für Deutschland eine Demokratie nach westlichem Vorbild forderten, die Aktivitäten der Antifa-Gruppen.⁸⁷² Als richtungweisendes Organ diente den Antifa-Aktivisten die Zeitung „Das freie Wort“ des Komitees, die die deutschen Gefangenen in ihren Beiträgen aufforderte, Wiedergutmachung für das von den Deutschen während des Krieges in der UdSSR begangene Unrecht zu leisten.⁸⁷³ Im Lager Breslau-Hundsfeld sprachen die Antifa-Aktivisten in Vorträgen vor ihren Mitgefangenen von der Schuld der deutschen Soldaten, die diese in den okkupierten Ländern auf sich genommen hatten. „Ihre Reden gipfelten in dem Versprechen, dass wir nach einer Bewährungsprobe in Russland die Heimat wieder sehen würden“,⁸⁷⁴ erinnerte sich ein ehemaliger Lagergefangener. Ein großes Transparent, das im Lager platziert war, trug die Aufschrift: „Als Knechte des Faschismus seid Ihr ausgezogen! Als Helden der Wiedergutmachung kehrt Ihr heim!“⁸⁷⁵ Im Sammellager Auschwitz führte das nur schwach vertretene Nationalkomitee Anfang August 1945 eine einzelne Propagandaveranstaltung durch,⁸⁷⁶ die auf äußerst geringe Resonanz traf. Kaum ein Gefangener ließ sich für die Mitarbeit in dem Komitee gewinnen.⁸⁷⁷ Offen bleibt, warum die Veranstalter des NKFD diese Gelegenheit nicht nutzten, um die wenigen Anwesenden über die in Auschwitz begangenen NS-Verbrechen aufzuklären. Die „Bewusstmachung der Mitschuld an den Kriegsverbrechen der Nazis“ im Rahmen der politischen Umerziehung der Deutschen zählte zu den erklärten Zielen des „Potsdamer Abkommens“ und

⁸⁷⁰ Behrens, 2011, S. 126.

⁸⁷¹ Friedrich Stelzel in einem Schreiben an den Verfasser, 11.9.2008.

⁸⁷² Robel, 1974, S. 51.

⁸⁷³ Ebenda, S. 49.

⁸⁷⁴ Stukowski, 1959, S. 84f.

⁸⁷⁵ Ebenda, S. 84.

⁸⁷⁶ APMO, Sammlung Erklärungen, Bd. 96, Bl. 87; Profé, Tagebuch, 16.08.1945.

⁸⁷⁷ APMO, Sammlung Erklärungen, Bd. 96, Bl. 89.

war bereits zuvor in den sowjetischen Kriegsgefangenenlagern Bestandteil der antifaschistischen Aktionen gewesen.⁸⁷⁸

Da die sowjetischen Frontlager über kein ausgebautes Spitzelnetz verfügten, wie es in den Lagern der UdSSR üblich war, zählte es zu den wesentlichen Aufgaben der NKFD-Mitglieder, verdächtige Mitgefangene zu denunzieren. Im Lager Breslau-Hundsfeld wurde einem Gefangenen während eines Verhörs im Dezember 1945 „von MWD-Offizieren eröffnet, daß für einen Antifaschisten nicht nur die politische Vergangenheit, sondern vor allem die politische Kampfeinstellung in der Gegenwart das entscheidende Merkmal wäre. Damit war für mich eine Tätigkeit als Spitzel und eine bedingungslose Gefolgschaft der Sowjetpolitik ohne politische Vorbehalte gemeint.“⁸⁷⁹ Bereits die Unkenntnis eines Gefangenen über das antifaschistische Komitee konnte das Misstrauen der Antifa-Mitglieder erregen. Da die Antifa-Aktivisten unter den Lagerbelegschaften bekannt waren und sich diese häufig durch Armbinden zu erkennen gaben, waren Spitzeldienste für diese im Verborgenen kaum möglich. So war im Lager Breslau-Hundsfeld unter den Gefangenen offen bekannt, dass ein Philologe im Rang eines Leutnants, der dem antifaschistischen Komitee angehörte, als Informant des NKVD fungierte und die Stabsoffiziere bzw. deren Gespräche überwachte.⁸⁸⁰

Den Angehörigen des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ oblag häufig auch die personelle Zusammenstellung der Transporte in die UdSSR und die Auswahl der zur Entlassung bestimmten Gefangenen. Bei den ärztlichen Untersuchungen im Lager Breslau-Hundsfeld übernahmen die Mitglieder der Lager-Antifa die Buchführung. Vereinzelt nahmen Entlassungskandidaten unter dem Namen eines befreundeten Mitgefangenen erneut an der Untersuchung teil, um dem zur Deportation vorgesehenen Freund so ebenfalls zur Entlassung zu verhelfen. Deckten die Komitee-Mitglieder einen derartigen Vorgang auf, hatte dies für die Betroffenen eine harte Bestrafung zur Folge.⁸⁸¹ Im Lager Auschwitz mussten Gefangene, die unmittelbar vor der Entlassung standen, einzeln vor Mitgliedern des NKFD zu Vernehmungen erscheinen. Bei diesen eingehenden Befragungen hatten die Vernehmer die Bestrebung, SS-Angehörige bzw. NS-Kriegsverbrecher ausfindig zu machen. Auch Leibesvisitationen der Gefangenen zählten zu den entsprechenden Maßnahmen. In den persönlichen Dokumenten der Verhörten suchten die Funktionäre des Nationalkomitees nach belastenden Hinweisen. Wurden sie fündig, hatte der Betreffende zu weiteren Befragungen zu erscheinen.⁸⁸² Auch mit der Aufstel-

⁸⁷⁸ Robel, 1974, S. 96.

⁸⁷⁹ Hermes, 1996, S. 126; Hermes, 2007, S. 127.

⁸⁸⁰ Stukowski, 1959, S. 84.

⁸⁸¹ Ebenda.

⁸⁸² APMO, Erklärungen, Bd. 206, Bl. 9.

lung eines Transportes von 2.000 vornehmlich politisch belasteten Lagergefangenen im September 1945 nach Wyschni-Wolotschek waren Angehörige des NKFD beauftragt.⁸⁸³

5.5.3 Die Rekrutierung neuer NKFD-Mitglieder

Dem zunehmenden Bedeutungsverlust nach dem Kriegsende versuchte das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ durch eine verstärkte Rekrutierung neuer Mitglieder entgegenzuwirken. In den sowjetischen Frontlagern war es gängige Praxis, Angehörige von deutschen Strafeinheiten in das NKFD aufzunehmen.⁸⁸⁴ Einer dieser rekrutierten Gefangenen aus einer Strafeinheit war Heinz Feuerstack. Während der Mobilmachung im Jahr 1939 wurde Feuerstack zum Infanterie-Regiment 122 in Meseritz eingezogen. Er nahm an den Feldzügen in Polen, Frankreich und Griechenland teil. Für den Kampfeinsatz in Polen erhielt Feuerstack in Bromberg das Eiserne Kreuz II. Klasse. Aufgrund „antifaschistischer Betätigung und Verbreitung von ausländ. Zeitungsnachrichten, Zersetzung der Wehrkraft“ wurde er am 13. Mai 1941 in Thessaloniki durch den SS-Führer Kurt Bernick festgenommen, der zu diesem Zeitpunkt im selben Wehrmachtsregiment seinen Dienst versah. Es folgte eine 11-monatige Untersuchungshaft im Wehrmachtsgefängnis Torgau/ Elbe, in der Feuerstack für Erdarbeiten und für Tätigkeiten in der Munitionsanstalt Torgau eingesetzt wurde. Am 17. Februar 1943 wurde er durch das Kriegsgericht Berlin zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Hauptbelastungszeuge war dabei der bereits in Zusammenhang mit Feuerstacks Verhaftung erwähnte Bernick, der der Allgemeinen SS angehörte. Die „wegen unerlaubter Entfernung im Felde und Zersetzung der Wehrkraft“ verhängte Gefängnisstrafe wurde unter Anrechnung der Untersuchungshaft „mit Wirkung vom 1.11.1943 zwecks Bewährung ausgesetzt“. Die Strafe sollte in einer Feldstrafgefangenen-Abteilung vollstreckt werden. Feuerstack wurde daraufhin als Soldat in das Strafbewährungsbataillon 500 versetzt, in dem er bis zum Kriegsende verblieb. Mit der Einheit geriet er am 9. Mai 1945 bei Časlau in Tschechien in sowjetische Kriegsgefangenschaft.⁸⁸⁵

Bei der Rekrutierung neuer Mitglieder für das NKFD wurde weder auf die Exklusivität der Gruppe geachtet, noch war die politische Einstellung der Bewerber von wesentlicher Bedeutung. Die persönlichen Beweggründe der Antifa-Aktivisten waren unterschiedlich und reichten von einer weltanschaulichen Überzeugung bis zum Opportunismus.⁸⁸⁶

⁸⁸³ Erlebnisbericht des L. R. aus Wagstadt, zit. in: Bundesministerium (Hg.), Bd. IV/2, 1957, S. 236.

⁸⁸⁴ Bericht Max Meyer; Landesarchiv Berlin, C Rep. 118-01/14136.

⁸⁸⁵ Landesarchiv Berlin, C Rep. 118-01/14136.

⁸⁸⁶ Morré, 1998, S. 218.

5.5.4 Die Stellung des NKFD in der Lagerhierarchie

Schon durch ihre äußere Erscheinung grenzten sich die NKFD-Angehörigen von ihren Mitgefangenen ab. Sie waren mit breiten weißen Binden am linken Arm gekennzeichnet, die die Aufschrift „Antifa“ trugen.⁸⁸⁷ Das Engagement in den Antifa-Gruppen ermöglichte den Kriegsgefangenen, ihre persönlichen Lebensbedingungen in den Lagern zu verbessern. Auch hinsichtlich der Zeit nach der Gefangenschaft eröffnete sich zumindest für die Sowjetische Besatzungszone die Chance, sich für den Einstieg in das Berufsleben Vorteile zu sichern.⁸⁸⁸

Eine Mitgliedschaft im NKFD war in den Lagern mit einer Reihe von Privilegien verbunden. Die führenden Funktionäre der Lager-Antifa durften lange Haare und Finger- bzw. Fußnägel tragen. Die Angehörigen der Lagerpolizei und der Lager-Antifa erhielten eine bessere, nach der Aussage eines ehemaligen Gefangenen „erstklassige“ Verpflegung und gute Kleidung.⁸⁸⁹ Im Lager Breslau-Hundsfeld durften diese ihre Soldbücher behalten. Bei der medizinischen Versorgung wurden die NKFD-Angehörigen in dem Lager bevorzugt. Als dort im August 1945 eine Paratyphus-Epidemie ausbrach, wurden die erkrankten Antifaschisten in einem Breslauer Krankenhaus behandelt und bis zu ihrer Genesung betreut.⁸⁹⁰

Von den Kriegsgefangenen, die sich der Antifa fernhielten, wurden die Aktivisten pauschal als Anpasser gebrandmarkt. Die Antifa wurde zudem als eine Begleiterscheinung der Gefangenschaft wahrgenommen, die die Atmosphäre in den Lagern belastete.⁸⁹¹ Der Beitritt zum NKFD kam häufig einer Ausgrenzung aus der Lagergemeinschaft gleich. Die Aufstellung der Lager-Antifa durch die Sowjets wurde von den Lagergefangenen zumeist als störend empfunden.⁸⁹² Unter den Lagergefangenen rief nicht nur die weit verbreitete Politikverdrossenheit, sondern auch die häufig wahllose Rekrutierungspraxis des NKFD Ablehnung hervor. So berichtete ein ehemaliger Lagergefangener:

„Der Umerziehungserfolg dieser jungen Burschen, die vor 1933 angeblich schon alle kommunistische Jugendgruppen geleitet hatten - damals waren sie gerade fünf oder zehn Jahre alt gewesen - blieb negativ, obwohl jeder der Lagerinsassen auch von den Segnungen des Dritten Reiches die Nase gestrichen voll hatte. Die Vorträge und Diskussionen der Leute vom „National-Komitee“ stießen auf Ablehnung, Skepsis und offenen Hohn. Es waren samt und sonders Überläufer, die auf unverhohlene Verachtung stießen.“

⁸⁸⁷ Stukowski, 1959, S. 84.

⁸⁸⁸ Morré, 1998, S. 218.

⁸⁸⁹ Schneider, 2000, S. 37.

⁸⁹⁰ Bericht Max Meyer.

⁸⁹¹ Morré, 1998, S. 218f.

⁸⁹² Hoffmann, 2008, S. 89.

Dieses Problems waren sich auch die sowjetischen Behörden bewusst.⁸⁹³ Da es sich bei den Angehörigen des Nationalkomitees zumeist um ehemalige Mitkämpfer und Kameraden handelte, verhielten sich die Gefangenen ihnen gegenüber nicht so distanziert wie zu den Kommunisten der SS-Sonderformation „Dirlewanger“. Im Lager Auschwitz traten die Spannungen zwischen den NKFD-Mitgliedern und den Offizieren offen zutage. Plakate in einem Schaukasten vor dem Eingang des Büros des Nationalkomitees betitelten die Offiziere als Kriegstreiber und forderten die Gefangenen auf, jeglichen Kontakt zu den Offiziersgefangenen zu meiden bzw. sich von dem Offiziersblock fernzuhalten.⁸⁹⁴ Mit zunehmender Bedeutungslosigkeit verlor das NKFD sukzessive die für Funktionsgefangene übliche Protektion durch das sowjetische Wachpersonal. Ein Gefangener des Lagers Neuhammer schilderte:

„Ein paar junge Burschen promenierten geschneigelt und gebügelt auf der Lagerstraße auf und ab, an der Spitze der ‚schöne Emil‘ mit weichen Juchtenstiefeln, breiten Breecheshosen und einer schwarz-weiß-roten Armbinde: die Vertreter des National-Komitee ‚Freies Deutschland‘. (...) Als der ‚schöne Emil‘ eines Morgens mit blauen Augen leicht lädiert über die Lagerstraße humpelte und erklärte, er sei im Dunkeln gegen eine Mauer gelaufen, wusste jeder, dass kräftige Landserfäuste nachgeholfen hatten. Seitdem wurden die Leute vom ‚National-Komitee‘ nicht mehr gesehen...“

Aus der Bedeutungslosigkeit des NKFD in Auschwitz und anderen sowjetischen Gefangenenlagern resultierte, dass das Nationalkomitee im November 1945 aufgelöst wurde.⁸⁹⁵

5.5.5 Das weitere Schicksal der NKFD-Mitglieder

Der Leiter des Antifa-Aktivs im Lager Breslau-Hundsfeld, Bruno Beater, trat nach seiner Entlassung aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft noch 1945 der KPD bei. Durch die Zwangsvereinigung von KPD und SPD wurde Beater Mitglied der SED. Im Jahr 1955 wurde er zum stellvertretenden Minister für Staatssicherheit ernannt. Nach dem Besuch der SED-Parteihochschule 1962/63 wurde er auf dem VI. Parteitag der SED im Januar 1963 zum Kandidaten des ZK der SED gewählt. Im folgenden Jahr erfolgte seine Ernennung zum 1. Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit. Darauf folgte auf der 10. Tagung des ZK der SED am 2. Oktober 1973 seine Wahl zum Mitglied des ZK der SED. Im Februar 1980 wurde er schließlich zum Generaloberst befördert.⁸⁹⁶ Ein Angehöriger der Hundsfelder Lager-Antifa, der drei Monate wegen einer Paratyphus-Erkrankung in einem Breslauer Krankenhaus ver-

⁸⁹³ Morré, 1998, S. 98.

⁸⁹⁴ Friedrich Stelzel in einem Schreiben an den Verfasser, 11.9.2008.

⁸⁹⁵ Lehmann, 1986, S. 58.

⁸⁹⁶ Herbst, 1997, S. 905.

bracht hatte, wurde Mitte Dezember 1945 entlassen. In einem besonderen Vermerk auf dessen Passierschein wurden Rotarmisten um die Unterstützung des Heimreisenden, z. B. durch den Transport in sowjetischen Militärfahrzeugen, gebeten.⁸⁹⁷ Friedrich Porombka, der ebenfalls NKFD-Mitglied im Lager Breslau-Hundsfeld gewesen war, wurde von einem Westberliner Gericht in Moabit von 50 Zeugen als „a Soviet-selected trusty“ belastet. Die Zeugen sagten aus, Porombka habe Gefangene ausgeraubt, einige von ihnen misshandelt und die Deportationen in die UdSSR unterstützt. Er wurde zudem beschuldigt, den Tod vieler kranker Gefangener beschleunigt zu haben, indem er ihnen Wasser verweigerte. Aufgrund der Misshandlungen an Mitgefangenen im Lager Breslau-Hundsfeld verurteilte ihn das Gericht zu acht Jahren Haft.⁸⁹⁸

Der bereits erwähnte Heinz Feuerstack wurde aus dem Lager Auschwitz in die UdSSR transportiert. Während seiner Gefangenschaft, in der er mehrfach zu seiner Verurteilung bzw. Inhaftierung in der NS-Zeit verhört wurde, war er zu Arbeiten beim „Stab 7216 MWD Bezirk Kalinin“ eingesetzt. Mit einem „Sondertransport“ von antifaschistischen Kriegsgefangenen wurde Feuerstack „vorzeitig entlassen“ und traf am 5. Januar 1948 im Entlassungslager Frankfurt/ Oder ein.⁸⁹⁹

5.6 Das Sanitätspersonal

Das Sanitätspersonal der deutschen Streitkräfte setzte sich im Zweiten Weltkrieg aus Sanitätsoffizieren und sanitätsdienstlich ausgebildetem Personal zusammen. Laut der Genfer Konvention durften Angehörige des Sanitätspersonals nicht als Kriegsgefangene festgehalten werden. Im Sanitätswesen der Wehrmacht waren insbesondere Chefärzte chirurgischer Kliniken und Ordinarien der Chirurgie in beratender Funktion eingesetzt. Zunächst hatten diese niedrige Dienstgrade inne und verfügten über keinerlei Behlsgewalt.⁹⁰⁰

⁸⁹⁷ Bericht Max Meyer.

⁸⁹⁸ Vgl. The Plain Speaker from Hazleton (Pennsylvania), 7.8.1952, S. 16; The Fresno Bee (Kalifornien), 8.8.1952, S. 9; Press Telegram (Kalifornien), 10.8.1952; Panama City News Herald (Florida), 8.8.1952, S. 8; Salt Lake Tribune (Utah), 8.8.1952, S. 13; Winnipeg Free Press (Manitoba), 8.8.1952; Anniston Star (Alabama), 7.8.1952, S. 2; The News Tribune, (Florida), 7.8.1952, S. 3; Thomasville Times Enterprise (Georgia), 7.8.1952; Democrat and Chronicle (from Rochester, New York), 8.8.1952, S. 2; Danville Bee (Virginia), 7.8.1952; The Cincinnati Enquirer (Ohio), 8.8.1952, S. 3; Danville Bee (Virginia), 7.8.1952; The Cincinnati Enquirer (Ohio), 8.8.1952, S. 3.

⁸⁹⁹ Landesarchiv Berlin, C Rep. 118-01/14136.

⁹⁰⁰ Behrendt, Karl Philipp, 2003, Die Kriegschirurgie von 1939-1945 aus der Sicht der Beratenden Chirurgen des deutschen Heeres im Zweiten Weltkrieg, Freiburg.

5.6.1 Das Sanitätspersonal in den sowjetischen Frontlagern 1945

Mit den etwa 1,3 Millionen deutschen Kriegsgefangenen gerieten nach der Kapitulation der deutschen Wehrmacht auch zahlreiche deutsche Ärzte und Sanitäter in die Frontlager der Roten Armee.⁹⁰¹ Im Sommer 1945 wurden die Lazarette in den Gebieten östlich von Oder und Neiße aufgelöst. Im Lager Breslau-Hundsfeld trafen daher in dieser Zeit verstärkt Patienten und deren Sanitätspersonal aus den betreffenden Lazaretten ein. Die Zahl der gefangenen Sanitätsoffiziere im Lager wuchs auf über 200.⁹⁰² Darunter befanden sich Fachleute, wie etwa der Chefarzt des Deutsch-Kroner Krankenhauses, Dr. Martens, der als Angehöriger des Volkssturms in Polzin in sowjetische Gefangenschaft geraten war.⁹⁰³ Obwohl gemäß dem Beschluß des Rats der Volkskommissare vom 1. Juli 1941 sämtliche Kriegsgefangenen nach der Beendigung der Kampfhandlungen entlassen werden sollten, ist anzunehmen, dass insbesondere die deutschen Ärzte als „Spezialisten“ zurückgehalten wurden.⁹⁰⁴ Noch am 23. Februar 1946 wurden 80 Ärzte aus dem Lager Breslau-Hundsfeld in die Sowjetunion abtransportiert.⁹⁰⁵

5.6.1.1 Der Einsatz des Sanitätspersonals

Das gefangene Sanitätspersonal kam in den sowjetischen Frontlagern häufig zur Unterstützung des Lagerpersonals zum Einsatz. Im Lager Breslau-Hundsfeld nahm das deutsche Sanitätspersonal an den Aufnahmeverfahren bzw. bei den ärztlichen Untersuchungen der neu eingetroffenen Gefangenen teil. Zunächst wurden sämtliche Neuankömmlinge in einer Badeanstalt entlaust. Gleichzeitig erfolgte mittels trockener Hitze die Desinfektion der Bekleidungsstücke und des Gepäcks der Neueingetroffenen. Ein deutscher Sanitäter schor ihnen den Kopf kahl und schnitt Finger- und Fußnägel. Protest von Seiten der Neueingetroffenen blieb ungehört. Anschließend wurden die Neuankömmlinge im Bad gewaschen.⁹⁰⁶

Wies ein sowjetisches Gefangenenlager eine zu hohe Sterblichkeit unter den Lagergefangenen auf, konnte dies eine Bestrafung des Kommandanten durch die sowjetische Führung zur Folge haben. Die sowjetischen Lagerkommandanturen ergriffen daher Maßnahmen, um den Ausbruch von Seuchen unter den Lagergefangenen zu verhindern. Da während des Sommers

⁹⁰¹ Reif-Spirek, 1999, S. 92.

⁹⁰² Stukowski, 1959, S. 85.

⁹⁰³ Ebenda, S. 86.

⁹⁰⁴ Wolf, 1983, S. 138.

⁹⁰⁵ Stukowski, 1959, S. 87.

⁹⁰⁶ Ebenda, S. 84.

1945 zahlreiche Gefangene im Lager Neuhammer an Ruhr erkrankten, richtete die sowjetische Verwaltung nahe der Lagerlatrinen eine Ruhrquarantänestation ein. Am 19. Juni 1945 wurden die Ärzte Dr. Richard, Dr. Berch und Dr. Tannbicher der Ruhrquarantänestation zugeteilt, in der bereits der Bamberger Internist Dr. Haumes tätig war. Die Station wurde von einer russischen Ärztin im Rang eines Oberarztes geleitet. Da diese nicht Deutsch sprach, stand ihr ein Wiener Student als Dolmetscher zur Seite. In der Ruhrstation neu eingesetzte Ärzte empfing die Ärztin mit einer Begrüßungsrede. In der Rede betonte sie, dass die deutschen Ärzte nicht die Verantwortung für den Krieg trügen und daher als Kollegen willkommen seien. Die gemeinsame Tätigkeit der sowjetischen und deutschen Ärzte sollte dabei zum Nutzen der Patienten sein.⁹⁰⁷

Ein Block des Lagers war als Lazarett eingerichtet, in dem sich zudem eine chirurgische Abteilung befand. Die Leitung des Blocks hatte ein russischer Arzt im Rang eines Kapitäns inne. Der Arzt sprach ebenso wie die ihm assistierende Ärztin deutsch, so dass eine Verständigung mit den deutschen Ärzten möglich war. „Beide verhielten sich uns Ärzten gegenüber sehr kollegial“, berichtete ein deutscher Lagerarzt.⁹⁰⁸ „Durch die gute, ja, man kann sagen, vorbildliche Zusammenarbeit der russischen und deutschen Ärzte bzw. Ärztinnen war die Gefahr einer Seuchenerstehung gebannt.“⁹⁰⁹ Die Gefangenen erhielten drei Schutzimpfungen, u.a. gegen Ruhrtyphus, die von den deutschen Hilfssanitätern häufig mit stumpfen Nadeln im oberen Gesäßbereich injiziert wurden. Bei den Lagergefangenen riefen die Impfungen Schüttelfrost und andere „Unannehmlichkeiten“ hervor. Die Gefangenen konnten sich diesen Impfungen jedoch nicht entziehen.⁹¹⁰

5.6.1.2 Die Stellung des Sanitätspersonals in der Lagerhierarchie

Über die deutschen Lagerärzte in den sowjetischen Frontlagern sind zumeist gute Urteile überliefert. In der Gefangenenhierarchie nahmen diese hohe Positionen ein. Im Lazarett des Lagers Neuhammer versah ein Oberstabsarzt Dr. Potthoff aus Wien seinen Dienst. Dieser „setzte bei seinen russischen Kolleginnen und Kollegen durch, was nur irgend möglich war, aber auch er war am Ende seiner Kraft. Für jeden hatte er ein freundliches Wort der Ermunterung, aber manchem seiner Patienten mußte er auch die Augen zudrücken. (...) Dem Oberstabsarzt verdanke ich, daß ich wieder zu Kräften kam und die weitere Gefangen-

⁹⁰⁷ Richard, 1994, S. 88.

⁹⁰⁸ Ebenda.

⁹⁰⁹ Ebenda, S. 91.

⁹¹⁰ Manuskript Ohlau.

schaft durchstehen konnte, ihm verdanke ich mein Leben“, wie ein ehemaliger Lagergefangener schilderte.⁹¹¹

Die Ärzte unter den deutschen Lagergefangenen genossen beim sowjetischen Lagerpersonal ein hohes Ansehen. „Man respektierte uns als Mediziner“, erinnerte sich ein Arzt, der im Lager Neuhammer gefangen war. Das sowjetische Personal verhielt sich gegenüber den deutschen Ärzten kollegial. Neu eingetroffenen Ärzten wurden eigene Zimmer als Unterkünfte zugewiesen. Die Zimmer waren mit Eisenbetten ausgestattet. Als Schlafunterlagen dienten Strohsäcke.⁹¹² Einen wesentlich strengeren Umgang pflegte das sowjetische Lagerpersonal mit Stabsärzten. Stabsangehörige waren nach dem NKVD-Befehl Nr. 00315 vom 18. April 1945 zu isolieren. Gefangene Stabsärzte kamen daher nicht als Lagerärzte zum Einsatz. Vielmehr unterlagen die Stabsoffiziere im Lager verschärften Bedingungen.⁹¹³ Durch ihre Ausweisung als Ärzte erhofften sie sich eine bessere Stellung im Lager:

„Als Zivilist war ich recht- und schutzlos, als Soldat und Sanitätsoffizier glaubte ich aber, den Schutz der Haager Konvention und des Roten Kreuzes für mich in Anspruch nehmen zu können. Ich wusste damals noch nicht, dass Russland dieser Konvention nicht beigetreten war und die Kriegsgefangenen willkürlich behandelte.“⁹¹⁴

Zum Ansehen der deutschen Lagerärzte beim sowjetischen Lagerpersonal trugen häufig auch die in der Praxis demonstrierten medizinischen Fertigkeiten bei. Als nach dem Tod eines männlichen Patienten ein deutscher Stationsarzt im Lager Neuhammer einen Herzinfarkt, die sowjetische Oberärztin hingegen Typhus diagnostizierte, kam es zu einem offenen Konflikt. Im Falle von Typhus hätte der Stationsarzt eine Epidemiegefahr fahrlässig verursacht. Die Oberärztin hatte „ihm sogar böse Folgen angedroht.“ Der deutsche Arzt bat daraufhin seinen Kollegen Dr. Richard Albert, eine Sektion durchzuführen, um ihn zu entlasten. Da das notwendige Instrumentarium für eine Autopsie vorhanden war, konnte Albert die Sektion durchführen. Hierfür versammelten sich neben den deutschen Lagerärzten auch mehrere sowjetische Ärzte und Ärztinnen um einen Sektionstisch in einem größeren Raum und wohnten der Durchführung bei. Albert konnte schließlich einen Infarkt nachweisen und seinen deutschen Kollegen entlasten. Er erinnerte sich: „Anscheinend hatte meine Autopsie den russischen Zuschauern imponiert, und daraus entstand für mich ein zweifelhafter Vorteil, denn ich mußte

⁹¹¹ Behrens, 2011, S. 128.

⁹¹² Richard, 1994, S. 85.

⁹¹³ Stukowski, 1959, S. 84.

⁹¹⁴ Ebenda.

von da ab bei jedem im Lager Verstorbenen eine Autopsie machen, und das waren bei den 40.000 Insassen nicht wenige.“⁹¹⁵

Ärzte und Sanitäter waren in den Frontlagern ausreichend vorhanden, aber die Versorgung mit Arzneimitteln und ärztlichen Instrumenten war unzureichend. Bei ernsthaften Erkrankungen führten deutsche Ärzte kurzfristig Operationen durch. Zur Betäubung setzten sie Evipan ein.⁹¹⁶ So berichtete ein ehemaliger Lagergefangener aus Neuhammer:

„Nach der Arbeit bildete sich an jedem Tag vor den Behandlungsräumen eine lange Schlange von Gefangenen, die sich durch den Sanitäter oder Arzt behandeln lassen wollten. Man stand so mitunter bis spät in die Nacht hinein und kam doch nicht mehr an die Reihe, so daß man unbehandelt und unausgeschlafen wieder zur Arbeit gehen mußte.“⁹¹⁷

Für gewöhnlich wurden die Gefangenen bei einer Erkrankung arbeitsunfähig geschrieben und durften für diese Zeit im Lager verbleiben. Nur die schwersten Fälle wurden in das Lazarett des Lagers Neuhammer verlegt. Im Lager Neuhammer stand den deutschen Ärzten eine Röntgenapparatur zur Verfügung, die von der sowjetischen Lagerverwaltung herangeschafft wurde. In der Krankenstation überprüften die Ärzte den Gesundheitszustand ihrer Patienten in regelmäßigen Visiten. Ein Patient erinnerte sich:

„Mit undurchsichtiger Miene erschien die russische Stationsärztin jeden Tag zur Visite, und trotzdem strömte sie Menschlichkeit und mütterliche Geborgenheit aus. Als sie den Puls maß, fühlte ich mich trotz allen Elends zum ersten Male wieder als Mensch. Auch die deutschen Ärzte und Schwestern leisteten Übermenschliches, wenn auch die Patienten wie die Fliegen dahinstarben.“⁹¹⁸

Auch im Lager Sagan fehlte es an Medikamenten. Bei Erkrankungen wurden die Gefangenen in die Krankenstation eingewiesen. Sowjetische Lagerärzte wurden dort in ihrer Tätigkeit von deutschen Ärzten unterstützt. Besser gestellt waren die Kranken und Verwundeten im Lager Sagan, die als Härtefälle in das Saganer Hauptlazarett eingewiesen wurden.⁹¹⁹ Die Schwerstkranken waren dort in einem Barackenraum in Einzelbetten untergebracht, während die anderen Erkrankten und Verwundeten auf Pritschen ihre Lagerstatt hatten. Auch im Hauptlazarett verfügten die Ärzte und Sanitäter nur über eine begrenzte medizinische Ausstattung. Diese taten nach der Aussage eines ehemaligen Patienten jedoch, „was ihnen möglich war und in ihren Kräften stand“. Die Kranken verdankten den Ärzten nicht

⁹¹⁵ Richard, 1994, S. 85.

⁹¹⁶ Ebenda.

⁹¹⁷ Boenke, 2000, S. 174.

⁹¹⁸ Behrens, 2011, S. 128.

⁹¹⁹ Boenke, 2000, S. 174.

nur durch die medizinische Betreuung, sondern auch durch deren persönlichen Einsatz eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse. So konnten die Ärzte ihre Patienten nach der Genesung in gehobener Stellung einsetzen. Ein Lagerarzt versetzte z. B. einen Gefangenen in ein Küchenkommando, das im Kasino der Ärzte und Schwestern arbeitete. Dort kam dieser durch den Zugang zu Lebensmitteln wieder zu Kräften. Auch das sowjetische Ärzte- und Sanitätspersonal wurde von einem ehemaligen Gefangenen wohlwollend beschrieben: „Ihr Verständnis für die Kranken war sehr groß, deshalb verliefen die Visiten bei den Kranken stets in einem ausgesprochen freundlichen Ton.“⁹²⁰

5.6.1.3 Das weitere Schicksal des Sanitätspersonals

Nahezu täglich erfolgten aus dem Lager Neuhammer Entlassungen, zu denen jeweils 100 bis 200 Gefangene aufgerufen wurden. Auch Angehörige des gefangenen Sanitätspersonals kamen nach entsprechenden Befunden der ersten ärztlichen Untersuchung zur Entlassung. Die Gerüchte über bevorstehende Deportationen in die Sowjetunion veranlassten einzelne Gefangene zu Fluchtversuchen. Zwei flüchtige Sanitätsoffiziere, die dem Abtransport in die Sowjetunion entgehen wollten, wurden ergriffen und nach drei Tagen mit Erfrierungen und starken Verletzungen aufgrund von Misshandlungen zurück ins Lager gebracht.⁹²¹

5.6.2 Das Sanitätspersonal in den polnischen Lagern 1945-1950

In Polen befand sich die medizinische Versorgung nach dem Kriegsende 1945 in einem desolaten Zustand. Die Zahl der Schwindsucht-, Geschlechts- und Kreislaufkrankungen stieg stark an. Unter den schwierigen Lebensbedingungen in der Nachkriegszeit hatte ein Großteil der polnischen Bevölkerung zu leiden. Viele Krankenhäuser waren durch die Kriegseinwirkungen zerstört. Unzureichende Hygienemittel führten häufig zu Ausbrüchen von Epidemien, insbesondere Typhus. Medikamente und Verbandsmaterial waren Mangelwaren, es fehlte an medizinischer Ausrüstung. Die Kriegseinflüsse hatten zudem einen hohen Verlust an Ärzten mit sich gebracht.⁹²² In den polnischen Arbeitslagern wurden daher häufig deutsche Ärzte unter den Lagergefangenen als Sanitätspersonal eingesetzt. Bei der Bewertung des Sanitätspersonals erweist sich die recht unterschiedliche Wahrnehmung der Lagerärzte bzw. der Sani-

⁹²⁰ Behrens, 2011, S. 128.

⁹²¹ Stukowski, 1959, S. 85.

⁹²² Kochanowski, 2004, S. 223.

täter durch die Gefangenen als äußerst schwierig, da dieses ebenso wie die Lagerältesten über eine große Macht verfügte, den Mitgefangenen zu helfen oder sie dem Tod auszusetzen.⁹²³

Im polnischen polnischen Internierungs- und Arbeitslager Zgoda war Dr. med. Kurt Glombitza aus Kattowitz als Lagerarzt eingesetzt, der zur herrschenden polnischen Lagerclique zählte. Für die deutschen Internierten war dies umso erstaunlicher, da Glombitza als SA-Sturmführer aktiv gewesen war. Von einem Schwurgericht in Essen wurde Glombitza nach seiner Entlassung und Rückkehr nach Deutschland für Übergriffe auf Mitgefangene wegen Totschlags zu einer zweijährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Schon zu Beginn seiner Gefangenschaft in Zgoda hatte sich der Kattowitzer Arzt, wie das Schwurgericht feststellte, auf die „andere Seite“ geschlagen. Im Lager hatte dieser zudem für ehemalige Nationalsozialisten eine besonders gefürchtete Baracke eingerichtet, die „Braunes Haus“ genannt wurde.⁹²⁴

Mit der Übernahme von über 50.000 Kriegsgefangenen sah sich die Zentralverwaltung der Kohleindustrie vor große Herausforderungen gestellt, da sich mehrere Tausend Gefangene in einer schlechten körperlichen Verfassung befanden. Die polnischen Behörden wiesen bereits vor der Ankunft des letzten Kriegsgefangenentransports im oberschlesischen Kohlerevier am 29. Oktober 1945 die lokalen Vereinigungen der Kohleindustrie an, alle arbeitsunfähigen bzw. zum Arbeitseinsatz in den Bergwerken ungeeigneten Gefangenen in Listen zu erfassen. Bereits bei ihrer Gefangennahme befanden sich zahlreiche deutsche Soldaten in einem schlechten physischen Zustand, da viele von ihnen bereits mehrere Jahre Kriegsdienst geleistet hatten. Zudem hatte sich der Gesundheitszustand vieler Gefangener durch die mehrmonatige Gefangenschaft in den sowjetischen Frontlagern verschlechtert. Auch der durch die deutsche Niederlage des Krieges und durch die ungewisse Zukunft erzeugte psychische Stress sowie der andauernde Kontaktverlust zur Familie spielten eine bedeutsame Rolle.⁹²⁵

Ärzte, Zahnärzte, Sanitäter und Apotheker, die sich unter den Gefangenenkontingenten befanden, sollten in den Lagerlisten gesondert erfasst werden. Dieses Vorgehen widersprach jedoch den Bestimmungen der Genfer Konvention, nach denen Angehörige des Sanitätswesens zeitnah zu entlassen waren. Mit dieser Maßnahme beabsichtigten die polnischen Behörden eine gleichmäßige Verteilung der Ärzte und Sanitäter auf die einzelnen Lager. Eine medizinische Betreuung war dringend erforderlich, da zu dieser Zeit bereits seit Längerem in den Lagern die Gefahr von Epidemien bestand. Die polnischen Arbeitslager verfügten teilweise über keinen fachmännisch geschulten Sanitätsdienst. Im Lager Katowice-Wielowiec über-

⁹²³ Sofsky, 1993, S. 145.

⁹²⁴ Jendryschik, 2000, S. 105f.

⁹²⁵ Kochanowski, 2004, S. 224.

nahmen z. B. ein Sanitäter und ein Veterinär die medizinische Versorgung der Lagergefangenen.⁹²⁶ Aufgrund des akuten Ärztemangels setzten die polnischen Lagerkommandanturen daher häufig auch gering qualifizierte Gefangene als medizinisches Personal ein.⁹²⁷ Um die privilegierten Sanitätsposten zu erlangen, gaben in einigen Fällen Gefangene eine überhöhte Qualifikation an.⁹²⁸ Aufgrund des Mangels an medizinischem Personal wurden auch Offiziere als Lagerärzte eingesetzt, obwohl diese laut Genfer Konvention vom Arbeitsdienst befreit waren.⁹²⁹ Im Grubenlager Jawiszowice war zunächst ein ungarischer Lagerarzt eingesetzt.⁹³⁰ In der Grube „Bierut“ traf am 19. Oktober 1945 ein Transport mit etwa 1.000 Gefangenen aus dem sowjetischen Übergabelager Sagan ein. Aufgrund der Strapazen der achttägigen Fahrt aus Sagan musste eine Vielzahl der Gefangenen in das Krankenrevier eingeliefert werden.⁹³¹ Als Lagerarzt war dort der Gefangene Wolfgang Klein eingesetzt, der mit einem Transport am 19. Oktober 1945 in Jaworzno eingetroffen war. Dieser schmückte sich mit einem Dokortitel, obwohl er keinen besaß.⁹³² „Er stand oft mit lächelnder Miene dabei, wenn Kranke zum Antreteplatz geprügelt wurden“, berichtete ein ehemaliger Lagergefangener. Die polnische Lagerverwaltung schrieb Klein die zulässige Anzahl an Krankmeldungen vor. Von den Mitgefangenen wurde er für die hohe Sterblichkeit im Lager mitverantwortlich gemacht. Im Winter 1945/46 hatte das Lager 140 Typhus-Tote zu verzeichnen. Klein hatte sich jedoch nach Angaben einer IKRK-Kommission über Medikamentenmangel beschwert und „daß er durch den Kassenarzt nicht genügend unterstützt werde.“⁹³³ Als Lagerarzt oblag es Wolfgang Klein u. a. auch, die Briefe der Gefangenen zensieren.⁹³⁴

Obwohl die Unterkünfte häufig miserabel waren und sich die Ernährungskrise zu Beginn der Kriegsgefangenschaft verstärkte, klangen die Meldungen über die ärztliche Versorgung Ende 1945 eher beruhigend. Charakteristisch für die interne Einschätzung der Situation ist eine „Notiz“ der Gesundheitsabteilung des CZPW vom Dezember 1945:

„Im Allgemeinen ist das Problem der Gesundheit und des Heilwesens in den Arbeitslagern dank der Einrichtung des Gesundheitsdienstes in der Kohlenindustrie nicht schlecht angegangen worden. Vorbeugende Maßnahmen gegen Epidemien wurden durchgeführt,

⁹²⁶ Ebenda.

⁹²⁷ Bellartz, 1998, S. 112.

⁹²⁸ Wagner, Jaworzno, o. P.

⁹²⁹ Kochanowski, 2004, S. 224.

⁹³⁰ Böss, 1974, S. 150.

⁹³¹ Wagner, Jaworzno, o. P.

⁹³² Ebenda.

⁹³³ Böss, 1974, S. 145.

⁹³⁴ Ebenda.

wie Schutzimpfungen, der Bau einer Entlausungsanstalt und regelmäßige Entlausungen.⁹³⁵

Tatsächlich aber hätte der Gesundheitszustand zahlreicher Kriegsgefangener eine sofortige stationäre Behandlung erfordert.⁹³⁶ Auch die lange, auszehrende Arbeit, die Mangelernährung, die ungenügenden Quartiere und die unzureichende Bekleidung führten zu der schlechten gesundheitlichen Situation der Kriegsgefangenen.⁹³⁷ Nur wenige Vereinigungen der Kohleindustrie besaßen eigene oder vertragsgebundene Spitäler. In den übrigen Vereinigungen gab es lediglich Krankenstuben. Überweisungen in Krankenhäuser erfolgten hier nur in chirurgischen Fällen.⁹³⁸ Zwischen März 1946 und Mai 1948 wurden wiederholt erkrankte Gefangene aus dem Lager „Bierut“ in das Zentrale Arbeitslager Jaworzno überstellt.⁹³⁹

Im Grubenlager „Bierut“ erhielten die Gefangenen keine Seife, so dass diese häufig an einem starken Krätzeausschlag litten. Da gegen dieses Leiden keine Medikamente vorhanden waren, behandelten viele Betroffene die Ausschlagsstellen mit ihrem Urin. Ein ehemaliger Gefangener schilderte die Situation wie folgt:

„Gleichzeitig muß erwähnt werden, dass die Medikamentenzuteilung für unser Lager mangelhaft war. Es fehlte z.B. an Verbandsmaterial, Spritzen usw. Der Behandlungsraum des Krankenreviers war sehr mangelhaft eingerichtet. Bei ausreichender Versorgung von Medikamenten, und einem richtigen Arzt, hätten viele vor dem Tode gerettet werden können.“⁹⁴⁰

Im Lager befanden sich u. a. die Sanitäter Schneemann, Staudinger und Meefs. Ein Sanitäter bildete zusammen mit zwei Gefangenen das Beerdigungskommando, das von einem Wachposten begleitet die Toten zum Friedhof brachte. Während einer Beerdigung zog sich der Sanitäter Meefs eine Arseninfektion zu, an der dieser einige Tage darauf verstarb.⁹⁴¹

Auch im Lager „Brzeszcze“ herrschte ein akuter Mangel an Arzneimitteln. Das Personal in der dortigen Krankenstube verfügte um die Jahreswende 1945/46 nur über zwei Arten von Medikamenten, ein Sulfonamid und Kohle, mit dem es aber nicht Herr über die im Lager wütenden Krankheiten Tuberkulose und Ruhr wurde.⁹⁴² Im Krankenrevier versahen zwei vormalige Wehrmachtssanitäter ihren Dienst. Die Wahrnehmung des Sanitätspersonals durch die Mitgefangenen konnte dabei völlig unterschiedlich sein. Die beiden Sanitäter, so erinnerte

⁹³⁵ Zit. in: Kochanowski, 2004, S. 225.

⁹³⁶ Ebenda.

⁹³⁷ Ebenda, S. 223f.

⁹³⁸ Ebenda, S. 225.

⁹³⁹ Wagner, Jaworzno, o. P.

⁹⁴⁰ Ebenda.

⁹⁴¹ Ebenda.

⁹⁴² Kochanowski, 2004, S. 225; Gebhardt/Küttner, 1997, S. 52.

sich ein ehemaliger Kriegsgefangener, „leisteten hier eine aufopferungsvolle Arbeit, und dass sie überlebten, grenzt an ein Wunder“. Kritisch hingegen berichtete ein anderer Gefangener:

„Nicht nur, dass sie sich denen gegenüber, die sich morgens krank melden, als Vorgesetzte fühlen und mit ihnen schlimmer als auf dem Kasernenhof umgehen; sie identifizieren sich sogar mit den Polen, indem sie jeden, der sich krank und als arbeitsunfähig meldet, wie einen Drückeberger behandeln. Ich sehe wieder einmal, dass Deutsche, wenn sie irgendwelche Funktionen oder Befugnisse und damit eine gewisse Macht über Schwächere erhalten, schlimmer sein können als unsere ‚Feinde‘.“⁹⁴³

Ganz anders beurteilte derselbe Gefangene einen Krankenwärter, den er als „wunderbaren Menschen“ beschreibt: „Mit unendlicher Geduld säubert er die Kranken, die sich und ihr Bett immer wieder beschmutzen, löffelt ihnen die Suppe in den Mund, hilft ihnen auf den Eimer und in jeder Weise. Nie habe ich ein unwilliges oder heftiges Wort von ihm gehört, wenn ein soeben gesäubertes Kranker sich wieder beschmutzt hatte.“⁹⁴⁴

Die Tätigkeit des Gesundheitsdienstes wurde auch durch den chronischen Geldmangel des CZPW behindert. Zudem teilte das Gesundheitsministerium den Lagern keine Medikamente mehr zu, so dass die Arzneimittel auf dem freien Markt eingekauft werden mussten. Durch die ärztliche Unterversorgung brachen in einigen Lagern Typhusepidemien aus, denen mehrere Hundert Kriegsgefangene zum Opfer fielen.⁹⁴⁵ Seit dem Frühjahr 1946 kam es nur noch vereinzelt zu Epidemien. In den folgenden Jahren waren keine Typhusfälle mehr zu verzeichnen. Hierzu trugen auch die sich ab 1946/47 verbessernden Lebensbedingungen in den Arbeitslagern bei.⁹⁴⁶

Auch nachdem die Typhusgefahr gebannt war, hatten die Kriegsgefangenen häufig unter Arbeitsunfällen zu leiden. Nur in einem sehr schlechten physischen Zustand erfolgte eine Befreiung der Gefangenen vom Arbeitseinsatz.⁹⁴⁷ Im Lager „Bierut“ war Anfang Januar 1946 die Kapazität des Krankenreviers für die Patienten nicht mehr ausreichend, so dass in einer Wohnbaracke einige Stuben für die Kranken geräumt werden mussten. Eine kleine sich im Lager befindliche Holzbaracke wurde einige Tage darauf ebenfalls für diesen Zweck genutzt.⁹⁴⁸ Ab Mitte 1946 verbesserte sich die Situation in den Krankenrevieren der Lager etwas, jedoch blieb das Behandlungsniveau ungenügend. Nur bei leichten Erkrankungen, die unkomplizierte Eingriffe erforderten, war es möglich, den Gefangenen in den Krankenrevie-

⁹⁴³ Marek, 1982, S. 108.

⁹⁴⁴ Ebenda.

⁹⁴⁵ Kochanowski, 2004, S. 225f.

⁹⁴⁶ Ebenda, S. 226.

⁹⁴⁷ Ebenda.

⁹⁴⁸ Wagner, Jaworzno, o. P.

ren zu helfen. Das Problem konnte auch nicht durch die Verlegung der Erkrankten in zivile Hospitäler beseitigt werden.⁹⁴⁹

Verglichen mit der Mehrzahl der Lager und Kommandobereiche des polnischen Sicherheitsministeriums war die Qualität der medizinischen Versorgung in den schlesischen Grubenlagern wesentlich höher. Nahezu sämtliche Grubenlager verfügten über einen Sanitätsdienst, in den Lagern im Landesinnern Polens war ein solcher nur selten vorhanden. In den Zentralen Arbeitslagern waren die medizinischen Verhältnisse ähnlich schlecht wie in den lagerinternen Krankenrevieren der Bergwerkslager. Beispielhaft für die medizinische Versorgung der dortigen Lagergefangenen war die Situation in den Lagern im Raum Warschau im Sommer 1945. Während einer am 8. und 9. Juli 1945 erfolgten Inspektion erkannte eine Militärkommission die Gefahr, dass sich Epidemien in den Warschauer Lagern auf die polnische Bevölkerung ausbreiten könnten. Zudem stellte die Kommission fest, dass für die deutschen Lagergefangenen kaum medizinische Betreuung vorhanden war. Es wurden insgesamt 36 Flecktyphuskranken im Lazarett des Zentralen Arbeitslagers in Warschau gezählt. Das Lagerlazarett befand sich in einem zerstörten und fensterlosen Gebäude, in dem es an Einrichtungen und Sanitätspersonal mangelte. Auch Arbeitskommandos und kleine Lager erhielten keine medizinische Betreuung.⁹⁵⁰ Im Lager Boernerowo wurde erst im März 1947 ein Spital errichtet, nachdem eine IKRK-Delegation das Lager besucht hatte.⁹⁵¹ Das polnische Militär machte einzig das MBP für diese schlechten Zustände verantwortlich. Die ersten Fälle von Typhuserkrankungen waren bereits im Mai und Juni 1945 festgestellt worden. Trotzdem war das MBP nicht in der Lage gewesen, in den Gefängnissen und Lagern einen Sanitätsdienst zu schaffen. Mit dem Bannen der Epidemiegefahr konnten die Probleme der medizinischen Versorgung nur teilweise beseitigt werden.⁹⁵²

In den außerhalb Schlesiens gelegenen Arbeitslagern befanden sich nur wenige kriegsgefangene Ärzte und Sanitäter. Die Gefangenen waren daher häufig auf die nur unzureichende Betreuung durch polnische Ärzte angewiesen. Die isolierte Lage vieler kleiner Lager und Kommandobereiche machte es zudem schwierig, die dortigen Kriegsgefangenen ärztlich zu versorgen.⁹⁵³ Auch in den großen Lagern, wie z. B. Lublin und Boernerowo, waren in der Nach-

⁹⁴⁹ Kochanowski, 2004, S. 228.

⁹⁵⁰ Ebenda, S. 232f.

⁹⁵¹ Bellartz, 1998, S. 181.

⁹⁵² Kochanowski, 2004, S. 233f.

⁹⁵³ Ebenda.

kriegszeit teilweise keine lagereigenen Krankenreviere vorhanden. Polnische Zivilärzte sollten daher die Kriegsgefangenen behandeln. In der Praxis erfolgte dies jedoch nur selten.⁹⁵⁴

Die medizinische Versorgung verbesserte sich in der Endphase der Kriegsgefangenschaft ab 1948 wie die Lebens- und Arbeitsbedingungen skuzessive, was seit Ende 1948 vor allem auf die Entlassung arbeitsunfähiger und kranker Gefangener zurückzuführen war.⁹⁵⁵ Bereits im Frühjahr 1948 hatten die polnischen Behörden 282 Kranke bzw. für den Arbeitseinsatz untaugliche Gefangene in der Vereinigung Dombrowa-Becken für die Repatriierung bestimmt.⁹⁵⁶ Von Bedeutung war hierfür neben den zwischenzeitlich verbesserten Lebens- bzw. Arbeitsbedingungen insbesondere die Hilfe des Internationalen Roten Kreuzes.⁹⁵⁷ Aufgrund des akuten Mangels an Arbeitskräften in den Bergwerken zeigten sich die polnischen Ärzte bei der Bestimmung der zu entlassenen Kriegsgefangenen wenig kompromissbereit.⁹⁵⁸ Einen schlechten Ruf hatte insbesondere der Gesundheitsdienst des Zentralen Arbeitslagers Potulitz. Eine Kommission, die das Lager im August 1949 inspizierte, schilderte: „Der kriegsgefangene Arzt Martin Klopsch verhält sich den Kranken gegenüber ganz besonders gefühllos, und einzig und allein die Tatsache, daß sowohl der Arzt als auch die Kranken Deutsche sind, verbiete es, das Verhalten des Arztes als Sabotage zu bezeichnen.“⁹⁵⁹ Hingegen war die medizinische Betreuung im Zentralen Arbeitslager in Warschau vorbildlich. Die Baracke, in der sich das dortige Lazarett befand, war sauber und gut beheizt. Die Kriegsgefangenenzeitung „Die Brücke“ berichtete, dass die Patienten bei der Aufnahme ein Bad erhielten und frische Unterwäsche empfangen. Die Krankenbetten seien mit frischer Bettwäsche bezogen gewesen. Die Versorgung der Patienten konnte durch die verhältnismäßig gute Ausstattung des Hospitals gewährleistet werden. Auch eine zahnärztliche Station war vorhanden, in der zwischen Februar und Juli 1948 insgesamt 3.359 Eingriffe durchgeführt wurden.⁹⁶⁰

Als IKRK-Vertreter im Juni 1948 die Zeche „Bierut“ in Anwesenheit von sieben Ärzten aus den Lagern der Kohlevereinigung Mikołów besuchten, erkundigten sie sich bei den Lagerärzten, ob es in den Bergwerken noch zu Misshandlungen der Kriegsgefangenen durch Schläge gekommen wäre. Der Lagerarzt der Kohlengrube „Bierut“, Dr. Alfred Erkens, bestätigte dies, während die Obmänner Hiersig und Strosny desselben Lagers derartige Vorkommnisse be-

⁹⁵⁴ Ebenda.

⁹⁵⁵ Ebenda, S. 230f.

⁹⁵⁶ Ebenda, S. 227.

⁹⁵⁷ Ebenda, S. 231f.

⁹⁵⁸ Ebenda, S. 228.

⁹⁵⁹ Ebenda, S. 235.

⁹⁶⁰ Ebenda, S. 236.

stritten.⁹⁶¹ Die in der Zeche anwesenden Ärzte bezeichneten die Obmänner daraufhin als Veräter.⁹⁶² Vermutlich handelte es sich bei den kurz darauf folgenden Versetzungen dieser Ärzte in andere Grubenlager um eine Sanktionsmaßnahme. Dr. Albert Richard aus dem Lager „Piast“ und Dr. Alfred Erkens, der zuvor im Lager „Brzeszcze“ tätig gewesen war, wurden in das Grubenlager „Bierut“ versetzt. Dort lösten diese den Lagerarzt Wolfgang Klein ab. Beide Ärzte ignorierten die von der polnischen Lagerkommandantur vorgeschriebene maximale Anzahl an Krankmeldungen. Sie schrieben gesunde Gefangene für mehrere Tage krank, damit sich diese erholen konnten. Das Vorgehen der beiden Ärzte stieß wohl auf das Missfallen der polnischen Lageradministration, da diese ein diskreditierendes Schreiben an das DWO verfasste:

„Der Kriegsgefangene Dr. Richard aus dem Lager ‚Bierut‘ hatte oftmals mit einer Wacheskorte Ausgang in die Stadt. Unter Ausnutzung der freundschaftlichen Beziehungen zum ehemaligen Lagerkommandanten und Grubendirektor des ‚Piast‘ in Lenzen behandelte er privat die dortige Grubenbelegschaft und ihre Familien. Er nahm dafür Geld sowie diverse Geschenke, die er anschließend mit der Lagerwache teilte. Der oben Erwähnte lernte eine Frau in der Stadt kennen, die sich daraufhin bemühte, ihn wiederzusehen. Ferner kehrte er oftmals in betrunkenem Zustand ins Lager zurück.“⁹⁶³

Im Jahr 1949 wurden die Lagerärzte Dr. Erkens und Dr. Richard aus dem Lager „Bierut“ ersetzt. Ersetzt wurden diese durch Dr. Otto Wolf, der zunächst im Grubenlager „Bory-Sobieski“ und nach dessen Auflösung im Lager „Boże Dary“ als Lagerarzt tätig gewesen war.

5.7 Das Küchenpersonal

Nach den ersten offiziellen Verpflegungssätzen, die sowjetische Stellen im Juni 1941 für Kriegsgefangene erließen, bestand die tägliche Verpflegung im Wesentlichen aus 600 Gramm Kartoffeln und Gemüse, 600 Gramm Roggenbrot, 120 Gramm Fisch und 90 Gramm Grütze. In geringen Mengen standen den Gefangenen auch Fett, Salz und Zucker zu, die in den Speisen für das Lagerkontingent verkocht wurden. Bereits im folgenden Jahr, am 25. August 1942, wurden diese Rationen drastisch gesenkt. Die Verpflegung eines Gefangenen sollte nun jeden Tag 500 Gramm Gemüse und Kartoffeln, 400 bis 500 Gramm Roggenbrot, 100 Gramm Fisch, 100 Gramm Grütze, 20 Gramm Pflanzenfett, 20 Gramm Mehl, 20 Gramm Zucker, 10 Gramm Tomatenpüree sowie 30 Gramm Salz umfassen. Monatlich sahen die Verordnungen

⁹⁶¹ IKRK-Bericht Nr. 4920, Juni 1948.

⁹⁶² AAN, DWO, 4/349, Bl. 136.

⁹⁶³ AAN, DWO, 4/355, Bl. 182.

zudem 20 Gramm Teesurrogat, 20 Gramm Essig, 4 Gramm Pfeffer und 6 Gramm Lorbeerblätter vor. Täglich sollten so jedem Gefangenen etwa 2.000 Kalorien zugeführt werden. Zugleich erfolgte die Verpflegungsverteilung nach einem leistungsdifferenzierten Prinzip. Für ihren Arbeitseinsatz erhielten die Gefangenen zusätzlich 100 Gramm Brot. Von der Normerfüllung waren auch die Entlohnung und die Tabakzuteilung abhängig. Auch der Lohn der Brigadiere orientierte sich an der Leistung ihrer Brigade.⁹⁶⁴ Aufgrund der katastrophalen Ernährungssituation in der UdSSR trafen die Lebensmittel häufig gar nicht in den sowjetischen Gefangenenlagern ein. Die Versorgungssituation in den Lagern verschärfte sich zusätzlich durch den Umstand, dass die angelieferte Verpflegung nicht vollständig verteilt wurde, da die sowjetischen Wachmannschaften oftmals Brot und insbesondere höherwertige Lebensmittel zur Seite schafften. Die UPWI war jedoch 1942 bemüht, die Überlebenschancen der Gefangenen zu erhöhen, indem sie den Lagerkommandanten empfahl, so genannte Nebenwirtschaften zu errichten. Bei diesen handelte es sich um lagereigene Betriebe, die zur Ernährung der Gefangenen dienten.⁹⁶⁵

5.7.1 Das Küchenpersonal in den sowjetischen Frontlagern

Etwa 1,3 Millionen deutsche Kriegsgefangene gerieten nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht im Mai 1945 in die Frontlager der Roten Armee. Die Überführung solcher Gefangenenmassen dauerte mehrere Monate. Tausende starben in dieser Übergangsphase an Hunger, Krankheiten und Erschöpfung.⁹⁶⁶ Die Einhaltung der offiziellen Verpflegungssätze war aufgrund der großen Gefangenenkontingente in den sowjetischen Lagern kaum mehr möglich. Ein ehemaliger Kriegsgefangener berichtete über das Lager Trebbin, das als Durchgangsstation zum Sammellager Neuhammer diente:

„In den ersten zwei Wochen gab es am Tage eine halbe Scheibe Brot, zwei Trinkbecher wäßriger Suppe und gelegentlich einen Eßlöffel Zucker. Nach wenigen Tagen verlautbarten aber türhohe Tafeln aus Sperrholz, beschrieben mit blauer Ölfarbe, »Rationen der Gefangenen des NKWD«. Die letzte Position lautete: »Wöchentlich anderthalb Lorbeerblatt«. Das war kein Hohn. Es entsprach - wie ich später erfuhr - Teil III, Nr. 9, Abs. 2 des durch Beschluß des Rates der Volkskommissare vom 1. Juli 41 bestätigten »Erlasses über Kriegsgefangene« und wurde eben - in diesem Punkt - von der Bürokratie in allen Kriegsgefangenenlagern vom Pazifik bis zur Ostsee angewandt. Ob die Erzeugnisse der Lagerküche je ein Lorbeerblatt sahen, weiß ich nicht. Scharfe Gewürze setzten die Köche indessen nach etwa zwei Wochen eine Zeitlang reichlich ein: Paprika oder anderes. Wie

⁹⁶⁴ Hilger, 2000, S. 128f.

⁹⁶⁵ Reif-Spirek, 1999, S. 92.

⁹⁶⁶ Karner, 1994, S. 459f.

im Mittelalter mußte stark gewürzt werden, um den Geschmack verwesenden Fleisches zu überdecken. Die Reste krepierender Pferde und Kühe brachten sie uns noch Wochen nach den Kämpfen in das Lager.“⁹⁶⁷

Neben den Sanitätern und der Lagerpolizei zählte das Küchenpersonal zu der privilegierten „Lagerprominenz“ in den sowjetischen Kriegsgefangenenlagern.⁹⁶⁸ Die Einsetzung der Küchenkräfte erfolgte für gewöhnlich durch den Lagerältesten.⁹⁶⁹ In der Lagerküche des sowjetischen Sammellagers Auschwitz kamen vornehmlich die osteuropäischen Gefangenen, wie z. B. Ungarn, Ukrainer, Rumänen, Tschechen und Polen aufgrund ihrer Russischkenntnisse zum Einsatz.⁹⁷⁰ Die begehrte Beschäftigung als Küchenpersonal sicherte ihnen durch den Zugang zu Lebensmitteln eine ausreichende Verpflegung.⁹⁷¹ Im Lager Sagan besetzten deutsche Antifaschisten die Küchenposten, auf denen sie besser gepflegt wurden.⁹⁷² Das so entstandene „Klassensystem“ steuerte die Versorgung mit den vorhandenen Gütern. Die Beteiligung an einem Arbeitskommando entschied indirekt über die Möglichkeit, sich zusätzliche Verpflegung organisieren zu können. An den Arbeitsorten außerhalb der Lager war für gewöhnlich nichts Essbares zu erhalten. In der Lagerküche war den Gefangenen jedoch der Zugang zu Gütern möglich, die sie bei Mitgefangenen eintauschen konnten. Der Einfluss dieses „Klassensystems“ reichte bis in die verborgenen Distributionssysteme der Gefangenen, in denen es den privilegierten Funktionsgefangenen Besitz und somit Tauschmacht verschaffte. Zugleich erzeugte dieser Einfluss Protektion bzw. Abhängigkeit und trug zur Verteilung von Rang und Prestige bei. Über die Möglichkeit, während der Arbeit zusätzliche Lebensmittel zu beschaffen, konnte die Position im Verteilungssystem gefestigt werden. Dem Küchenpersonal war es möglich, Lebensmittel beiseitezuschaffen, die sie bei hungernden Mitgefangenen gegen deren verbliebene Besitztümer eintauschen konnten. „Besonders mit Uhren entwickelte sich ein schwunghafter Handel, bei dem die Dolmetscher und Küchenbullen den meisten Profit einheimsten“, erinnerte sich ehemaliger Gefangener des Lagers Neuhammer. Durch privilegierte Arbeit konnten sich die Funktionsgefangenen Besitz verschaffen, der wiederum Tauschmacht bzw. soziales Kapital einbrachte.⁹⁷³

Zur Verpflegung der Kriegsgefangenen standen in den Lagern eine Küche mit Brotschneiderei und teilweise auch eine Bäckerei zur Verfügung. Die Schlüsselposition des Oberkochs war unter den Gefangenen sehr begehrt. Da die Versorgung mit Lebensmitteln eine bedeutende

⁹⁶⁷ Von Buch, 1998, S. 236.

⁹⁶⁸ Lehmann, 1986, S. 45.

⁹⁶⁹ Sauer mann/Brockpähler, 1992, S. 114.

⁹⁷⁰ APMO, Erklärungen, Bd. 162, Bl. 140, 14.7.1945; Profé, Tagebuch, 16.8.1945.

⁹⁷¹ Karner, 1995, S. 106.

⁹⁷² Klausch, 1993, S. 533.

⁹⁷³ Sofsky, 1993, S. 41.

Rolle spielte, war es wichtig, wer mit deren Verteilung beauftragt war und wie vollständig die Lebensmittel bei den Gefangenen empfangen wurden. In vielen Fällen stahl das Küchenpersonal Lebensmittel, häufig zusammen mit Angehörigen der sowjetischen Lageradministration, die sie anschließend für Schnaps oder kaum erhältliche Nahrungsmittel eintauschten. So hieß es aus dem Lager Neuhammer:

„Groteske Situationen gab es bei den Küchenbullen, die mit der Zeit aus allen Nähten platzten, während der Hunger im Lager umging. Sie regierten ihr Reich wie unumschränkte Herrscher. Die Freundschaft des Kommandanten und der Bewacher erwarben sie mit Schnaps - der ließ sich aus Zuckerrübenschnitzeln, die für die Lagersuppe verwendet wurden, ausgezeichnet gewinnen. So hatten sie von der Seite ihre Ruhe. Für das persönliche Wohlergehen legten sie sich einen ganz Stab von ‚Spezialisten‘ zu: Masseure, Vorleser, Raumgestalter, Gärtner, Sprachlehrer, Friseure und mancherlei andere Künstler, die zur Hebung des Wohlbefindens und des Vergnügens beitrugen.“⁹⁷⁴

Insbesondere in Hungerzeiten traten die „Klassenunterschiede“ den einfachen Gefangenen offen zu Tage, „wenn aus den Küchenbaracken angeheiterte Stimmen und Düfte gebratenen Fleisches drangen“. Aus zahlreichen Lagern ist hingegen überliefert, dass das Küchenpersonal bereits frühzeitig um eine gerechte Verteilung der Speisen bemüht war.⁹⁷⁵

In den sowjetischen Frontlagern versuchte das sowjetische Lagerpersonal, Korruption unter dem Küchenpersonal zu unterbinden. Das sowjetische Lagerpersonal in Neuhammer fuhr einmal mit einem Auto bei der Lagerküche vor und transportierte dieses vollgefüllt mit Zucker wieder ab. Den Zucker hatten die Köche bereits in Empfang genommen, diesen jedoch nicht an die Lagerinsassen ausgegeben, sondern einbehalten.⁹⁷⁶ Um Schiebereien von Lebensmitteln zu verhindern wurde das Küchenpersonal im Lager Auschwitz von den Mitgefangenen isoliert. Die Lagerküche befand sich in dem größten Gebäude des Lagers, dessen Innenwände und der Fußboden mit Kacheln versehen waren. Das Küchenpersonal, das sich aus polnischen, ukrainischen und ungarischen Gefangenen zusammensetzte, bereitete das Essen in etwa zwanzig großen Kochkesseln zu.⁹⁷⁷ In gewichtigen Thermobehältern, die noch den Schriftzug „KL Auschwitz“ trugen, transportierten die eingeteilten Gefangenen dann die in der Lagerküche eingefüllten Mahlzeiten zu ihren Kompanien.⁹⁷⁸ Am Vorabend eines jeden Tages wurden in den Kompanien „Essenholer“ eingeteilt, die sich am Folgetag zum Verpflegungsempfang an einer verschlossenen, kleinen Pforte zur Lagerküche zu versammeln hatten.

⁹⁷⁴ Behrens, 2011, S. 126.

⁹⁷⁵ Cartellieri, 1967, S. 76.

⁹⁷⁶ Degle, 2009, S. 458.

⁹⁷⁷ Profé, Tagebuch, 16.8.1945.

⁹⁷⁸ Friedrich Stelzel in einem Schreiben an den Verfasser, 11.9.2008; APMO, Sammlung Erklärungen, Bd. 96, Bl. 87.

Unbefugten Gefangenen war der Aufenthalt in diesen Bereich untersagt. Neben dem Küchenpersonal war es nur den „Essenholern“ gestattet, das Küchengebäude zu betreten, das durch eine hohe Mauer von den Blicken der Lagerinsassen abgeschirmt war. Obwohl die Essenträger ausdrücklich ermahnt wurden, über das Gesehene im Inneren der Küche Stillschweigen zu bewahren, hatten viele der Gefangenen Kenntnisse von den dortigen Vorgängen.⁹⁷⁹ Zusätzlich zu den Mahlzeiten erhielten die Gefangenen Brot, das die Beschäftigten in der Lagerküche backten.⁹⁸⁰

Für die sowjetischen Frontlager lässt sich die von Stephen G. Wheatcroft konstatierte „kriminelle Vernachlässigung“ nicht nachweisen. Vielmehr war die Rote Armee nach dem Kriegsende mit der Aufnahme und Unterbringung einer großen Masse an Kriegsgefangenen überfordert und konnte deren Versorgung nur schwer bewältigen. Zur Verpflegung der Gefangenen wurden daher Lebensmittel im Umfeld der Lager beschafft.⁹⁸¹ Die deutschen Ärzte im Lager Neuhammer konnten abends in der Küche mitarbeiten und so an zusätzliche Verpflegung gelangen.⁹⁸² Im Lager Sagan verteilten die in der Lagerküche eingesetzten Antifaschisten ihren „Genossen“ Nachschläge. Der Lagerälteste Erich Friehe verbot ihnen dieses Vorgehen. Die Antifaschisten wurden dann von neu eingetroffenen Ungarn aus der Küche verdrängt:

„Der Ordnungsdienst hatte Mühe und Not. Der ungarische Sergeant war nach wenigen Tagen Küchenchef. Die Antifaschisten wurden aus der Küche herausgeworfen. Ein 15jähriges Kind mißhandelte er. Dieses Benehmen nur, weil er, der russischen Sprache mächtig, sich das Vertrauen eines Rotarmisten erschlichen hatte.“⁹⁸³

Die Kommandantur des Lagers Auschwitz hatte die zumeist osteuropäischen Köche und Lagerpolizisten bereits am 16. August 1945 ablösen und aus dem Lager bringen lassen.⁹⁸⁴

5.7.2 Das Küchenpersonal in den polnischen Lagern 1945-1950

Die Verpflegung der Kriegsgefangenen hing in den polnischen Lagern von der allgemeinen Ernährungssituation und von der Einstellung der verschiedenen Lagerverwaltungen ab. Die Lebensmittelversorgung im Nachkriegspolen befand sich in einem fatalen Zustand. Es war

⁹⁷⁹ Profé, Tagebuch, 16.8.1945.

⁹⁸⁰ Ebenda, 7.8.1945.

⁹⁸¹ König, 2009, S. 24; Staatsarchiv Hamburg, 622-1-203/334: Bericht aus russischer Kriegsgefangenschaft, Bl. 2.

⁹⁸² Richard, 1994, S. 96.

⁹⁸³ Klausch, 1993, S. 533.

⁹⁸⁴ Profé, Tagebuch, 16.8.1945, 20.8.1945, 21.8.1945.

eine Zeit der an Hunger grenzenden Mangelernährung. Die Nahrungsmittel wurden von den Bauern zwangsweise erworben und rationiert. Der in der polnischen Bevölkerung grassierende Hunger führte wiederholt zu Protesten und Streiks. Da die unzureichende Versorgung mit Lebensmitteln eine direkte Folge des Zweiten Weltkriegs war, sollte bei der Verpflegung der deutschen Kriegsgefangenen Vergeltung geübt werden.⁹⁸⁵

Eine Anfang Juli 1945 durchgeführte Inspektion im Zentralen Arbeitslager Warschau ergab, dass die dortigen Zivilinternierten und Kriegsgefangenen Anzeichen von Dystrophie und Vitaminmangel zeigten. Im Gegensatz zu anderen Lagern der DWO verbesserte sich die Verpflegung in dem Warschauer Lager Ende 1947 wesentlich. Die Lebensmittelversorgung in den Lagern der DWO von sehr schlecht bis sehr gut. Die beste Versorgung mit Nahrungsmitteln erfolgte in den städtischen Lagern. Je kleiner ein Gefangenenlager war und umso weiter es von einem Kriegsgefangenenzentrum entfernt lag, umso schlechter war die Ernährungssituation. Für die beiden ersten Jahre der Kriegsgefangenschaft ist die Quellenlage für die Ernährungssituation ungenügend. In vielen Lagern beklagte man die unzureichende und eintönige Lebensmittelversorgung, die sich vornehmlich aus Grütze und Kartoffelsuppen zusammensetzte. Die Versorgung mit Lebensmitteln hing vom staatlichen Verteilungssystem ab, so dass die Ernährung bis zur Auflösung der Lager eintönig blieb.⁹⁸⁶

5.7.2.1 Die Lebensmittelversorgung in den polnischen Grubenlagern

Für die Arbeit unter Tage erhielten die Kriegsgefangenen täglich 600 Gramm Brot und einen Liter Suppe. Häufig wies der Lagerälteste Oberst Runge bei der Grubendirektion auf die unzureichende Verpflegung hin. Auf dessen Intervention hin erhielten die arbeitenden Gefangenen abends zusätzlich einen halben Liter Suppe. „Allerdings war die Suppe nicht so dick wie zu Mittag“⁹⁸⁷, erinnerte sich einer der Gefangenen. Zudem empfangen die unter Tage eingesetzten Gefangenen einen zusätzlichen Liter Suppe von der polnischen Werksküche, so dass die Verpflegung „verhältnismäßig gut“ war.⁹⁸⁸

Die Lebensmittelversorgung verschlechterte sich, nachdem die ehemaligen Wehrmachtsangehörigen und Offiziere aus dem Lager abgezogen worden waren. Im Zeitraum vom 15. bis 19. Dezember 1945 erhielten die Gefangenen täglich nur noch 375 Gramm Brot. Zwischen dem 20. und 22. Dezember 1945 erfolgte eine erneute Kürzung der Brotration auf 225 Gramm.

⁹⁸⁵ Kochanowski, 2004, S. 185f.

⁹⁸⁶ Ebenda, S. 186f.

⁹⁸⁷ Wagner, Jaworzno, o. P.

⁹⁸⁸ Ebenda.

Das Mittagessen sowie die von der polnischen Werksküche ausgegebene Verpflegung war „nur noch eine dünne Brühe“.⁹⁸⁹ In den Tagen vom 22. bis 24. Dezember erhielten die Gefangenen täglich nur noch 180 Gramm Brot. „Es ist eine Scheibe Brot, die so stark ist, wie die Klingebreite eines Messers“⁹⁹⁰, schilderte ein ehemaliger Gefangener. Der physische Zustand der Lagergefangenen verschlechterte sich hierdurch zunehmend. Zahlreiche Gefangene kochten oder rösteten sich Kartoffelschalen. Andere Gefangene aßen den in der Lagerküche erhaltenen Kaffeesatz. Zusätzliche Vitamine gewannen die Gefangenen durch das Zerkochen von Schafgarbe und Gras. Je drei Gefangene erhielten zu dieser Zeit einen Salzhering, „der mit Kopf und Schwanz gegessen wurde“.⁹⁹¹ Aus der Abfalltonne der Lagerküche entnahmen Gefangene sich Knochen, um sie erneut auszukochen. Dies erwies sich jedoch als „zwecklos“, da das Küchenpersonal sämtliche Knochen aufschlug und bis zu dreimal auskochte.⁹⁹²

Aufgrund der zunehmenden Sterblichkeit unter den Gefangenen im Lager Jawiszowice wurde im Februar 1946 die Brotration für Arbeitstage auf 500 Gramm und für Feiertage auf 400 Gramm heraufgesetzt. Der Lagerküche wurde ein geschlachtetes Pferd geliefert. Die Suppen der Gefangenen waren in der folgenden Zeit „ganz dick mit viel Fleisch“.⁹⁹³ Seit dem 11. März 1946 verbesserte sich auch die Verpflegung im Grubenlager „Bierut“. Die Zwangsarbeiter unter Tage erhielten täglich 700 Gramm Brot, die über Tage arbeitenden Gefangenen 500 Gramm.⁹⁹⁴

5.7.2.2 Die Maßnahmen der polnischen Wachmannschaften

Eine Inspektion stellte Anfang Juli 1945 im Zentralen Arbeitslager Warschau fest, dass die Lagerküche unbewacht blieb, wodurch Diebstähle erheblich erleichtert wurden.⁹⁹⁵ Das Küchenpersonal zählte zu den wenigen Lagergefangenen, die keinen Hunger litten. Dieses musste neben der Lagerküche nächtigen, um zu verhindern, dass Nahrungsmittel herausgeschmuggelt werden konnten. Zu den Mitgefangenen hatte das Küchenpersonal kaum Kontakt.⁹⁹⁶

Anfang 1946 trat eine derartige Verschlechterung der Situation in vielen Grubenlagern ein, dass die Barauszahlungen an die Zwangsarbeiter eingestellt werden mussten, um mit dem eingesparten Geld zusätzliche Lebensmittel kaufen zu können. Externes Personal, das in den

⁹⁸⁹ Ebenda.

⁹⁹⁰ Ebenda.

⁹⁹¹ Ebenda.

⁹⁹² Ebenda.

⁹⁹³ Marek, 1982, S. 109.

⁹⁹⁴ Wagner, Jaworzno, o. P.

⁹⁹⁵ Kochanowski, 2004, S. 186.

⁹⁹⁶ Gebhardt/Küttner, 1997, S. 46.

Lagerküchen angestellt war, sollte zudem entlassen und durch Kriegsgefangene ersetzt werden, um so die zahlreichen Lebensmitteldiebstähle zu unterbinden. Das CZPW wies die Lagerverwaltungen hierfür an, eine entsprechende Auswahl an Personal zu treffen. Zudem sollten auf den Lagergeländen Gemüsegärten angelegt werden.⁹⁹⁷

Wie in den sowjetischen Frontlagern, war auch das Wachpersonal in den polnischen Arbeitslagern bemüht, den Schiebereien des deutschen Küchenpersonals Einhalt zu gebieten. Im Grubenlager „Bierut“ wurden am 14. April 1946 für die Gefangenen „ganz unerwartet“ mehrere Angehörige des Küchenpersonals „wegen Schiebung“ ihrer Posten enthoben.⁹⁹⁸ In vielen polnischen Arbeitslagern verbesserte und stabilisierte sich die Lebensmittelversorgung im Herbst 1946.⁹⁹⁹

5.7.2.3 Die Stellung des Küchenpersonals in der Lagerhierarchie

An der Spitze der Lagerhierarchie im Lager Jawiszowice stand das Küchenpersonal, das die Lebensmittel im Lager verwaltete.¹⁰⁰⁰ Die Lagerhandwerker verblieben für gewöhnlich auf ihren Posten, während das Küchenpersonal mehrfach ausgetauscht und zur Arbeit unter Tage eingesetzt wurde. „Hatten sie zuviel genommen oder zuviel gewusst? Auf so einem Posten lebte man gut, aber auch gefährlich“¹⁰⁰¹, kommentierte ein Gefangener dieses Vorgehen des polnischen Lagerpersonals.

Zum Jahresende 1946 wurde die zusätzliche Suppenration der polnischen Werksküche für die unter Tage arbeitenden Kriegsgefangenen gestrichen. Die Unter-Tage-Kommandos erhielten fortan nur noch die von den polnischen Kumpeln übrig gelassenen Essenreste. In abwechselnder Reihenfolge durften jeweils drei bis vier Gefangene dieses Essen in der Werksküche abholen, wobei sie von einem Posten begleitet wurden:

„Wenn man Glück hatte, dass es ein anständiger Posten war, konnte man sich erst richtig satt essen. Es kam aber auch vor, dass kein Posten mit ging, so konnte das Essen erst am nächsten Tag geholt werden. Die Suppe war in den Sommermonaten meistens sauer. Ich kann mich noch gut erinnern, dass wir einmal 60 ltr. Erbsensuppe erhielten, die Gärung war so stark, dass sich ein starker Schaum gebildet hatte. In dieser Zeit wurde von uns alles gegessen.“¹⁰⁰²

⁹⁹⁷ Kochanowski, 2004, S. 189f.

⁹⁹⁸ Wagner, Jaworzno, o. P.

⁹⁹⁹ Kochanowski, 2004, S. 191.

¹⁰⁰⁰ Gebhardt/Küttner, 1997, S. 46.

¹⁰⁰¹ Ebenda.

¹⁰⁰² Wagner, Jaworzno, o. P.

In Kübeln transportierten die Gefangenen die Suppe in das Lager. Die Teilung der Suppe erfolgte in einer der drei Kommandostuben durch den Kommandoführer. Zu Jahresbeginn 1947 nahm die Qualität der Gefangenenverpflegung im Lager „Bierut“ zu:

„Mit dem Essen konnten wir jetzt zufrieden sein, denn es war kräftig und geschmackvoll. Das Lager erhält jetzt Zuteilung an Pferdefleisch, und getrocknetem amerikanischen Büffel Fleisch. Allerdings gab es im Mittagessen keine Abwechslung. 3-4 Mon. lang erhielten wir nur Bohnensuppe, anschließend Erbsen- oder Buchweizensuppe. Aber wenn der Mensch Kohldampf hat, so wird er genügsam und stellt keine Ansprüche.“¹⁰⁰³

Im Mai 1947 wurden die Verpflegungsrationen jedoch wieder erheblich gekürzt und fielen auf das Niveau von 1945/46 zurück.¹⁰⁰⁴ Die im November und Dezember 1947 in 48 Bergwerkslagern durchgeführten Inspektionen ergaben, dass die polnischen Behörden die bislang geltenden Kaloriennormen nur in Einzelfällen erhöht hatten.¹⁰⁰⁵ Dennoch wurden auch positive Veränderungen festgestellt. So deckten die internen Kontrollen des DWO den Missbrauch polnischer Lagerverwaltungen auf. Die größten Veruntreuungen entdeckte das DWO mit Hilfe der Kriegsgefangenen selbstverwaltung im Lager Walenty-Wawel, wo der Lagerkommandant, der Chef des Wachpersonals, die Magazinaufseher und die Köche sowohl die Spenden des Internationalen Roten Kreuzes als auch die Lebensmittelrationen der Kriegsgefangenen systematisch entwendeten. Unterschiedlich zusammengesetzte Kommissionen hatten ferner die Aufgabe erhalten, die Küchen und Kantinen in den Lagern zu kontrollieren.¹⁰⁰⁶

5.7.2.4 Die Lebensmittelversorgung in den polnischen Lagern ab 1948

Im Frühjahr 1948 verbesserte sich die Verpflegungssituation in den polnischen Gefangenenlagern etwas, nachdem die Antifa-Bewegung die polnischen Behörden verstärkt auf die unzureichende Lebensmittelversorgung der deutschen Kriegsgefangenen hingewiesen und dabei auch die kleinen Lagereinheiten berücksichtigt hatte. Die vorgesehenen Mengen an Kalorien konnten jedoch von den Lagerverwaltungen nicht eingehalten werden. Die Kohlengruben wurden daher angewiesen, zusätzlich zu der gewöhnlichen Verpflegung Gemüse und Fett einzukaufen. Die polnischen Behörden schlugen zudem die Einrichtung von Kantinen vor. Um Missbrauch vorzubeugen, sollte auch die Buchhaltung der Lager hinsichtlich der Le-

¹⁰⁰³ Ebenda.

¹⁰⁰⁴ Ebenda.

¹⁰⁰⁵ Kochanowski, 2004, S. 193.

¹⁰⁰⁶ Ebenda, S. 196f.

bensmittelausgaben kontrolliert werden.¹⁰⁰⁷ Karl Wloch berücksichtigte bei seiner Neuorganisation der Gefangenenlager auch die Lagerküchen und setzte in den Lagern Küchenkommissionen ein.¹⁰⁰⁸ Über das Küchenpersonal im Grubenlager „Bierut“ im Jahr 1948 berichtete ein ehemaliger Gefangener:

„Das ‚ehrliche Küchenpersonal‘ Walther Buck und Erwin Hanke, konnten uns in den letzten Monaten ein schmackhaftes Essen vorsetzen. Denn die Zuteilungen waren doch wesentlich besser geworden. Monate vorher, wurden sie noch oft von uns angepflaumt, wenn sie eine dünner Suppe ausgeben mussten. Aber ihre Schuld war es bestimmt nicht. Den Polen erging es in dieser Zeit auch nicht besser. Obwohl Polen sich zu den Siegermächten zählte, war die Ernährungslage katastrophal. In den 5 Jahren sah ich keinen Grubenarbeiter ein Stück Wurst essen.“¹⁰⁰⁹

5.8 Die „Spezialisten“

Bei ihrer Diskussion über die Reparationen der Deutschen hatten die Alliierten auf den Konferenzen von Jalta und Potsdam das intellektuelle Eigentum Deutschlands an wissenschaftlich-technischem Know-how nicht erwähnt. Wie sich jedoch im weiteren Verlauf zeigte, bestand hieran ein allgemeines Interesse. Die Verhandlungsdelegationen versuchten nach Pawel Nikolaewitsch Knyschewskij, „sich zumindest formal an international übliche Gepflogenheiten von Anstand und Moral zu halten“¹⁰¹⁰. Die sowjetische Presse beschuldigte jedoch sowohl die US-Amerikaner als auch die Briten, sich in Deutschland neben technischen Archiven und geheimen Technologien auch wissenschaftliches Personal anzueignen. Obwohl die sowjetische Führung unter Stalin den Westalliierten in dieser Hinsicht kaum nachstand, hob die sowjetische Berichterstattung in dieser Hinsicht die angebliche Unbescholtenheit der eigenen Regierung hervor. In der UdSSR entstanden in der unmittelbaren Nachkriegszeit zahlreiche Laboratorien und Forschungsinstitute, die auf deutsche Entwicklungen zurückgriffen.¹⁰¹¹

Die US-Amerikaner versuchten bei Kriegsende, deutsche Wissenschaftler und Techniker zu rekrutieren und sich deren militärtechnisches Wissen und Können zu sichern. Dies sollte in einem militärischen Geheimprojekt „Operation Overcast“ realisiert werden. Unter dem Codenamen „Operation Paperclip“ erfolgte die Verlegung deutscher Kriegs- und Zivilgefangener in die USA. Diese waren zumeist als Wissenschaftler oder in der Industrie tätig gewesen. Die Grundlage der Operation bildete ein geheimes Dokument der Joint Chiefs of Staff, das kurz

¹⁰⁰⁷ Ebenda, S. 189.

¹⁰⁰⁸ Gebhardt/Küttner, 1997, S. 41.

¹⁰⁰⁹ Wagner, Jaworzno, o. P.

¹⁰¹⁰ Knyschewskij, 1995, S. 60.

¹⁰¹¹ Ebenda.

nach dem Kriegsende in Europa, am 6. Juli 1945, erstellt worden war. Bereits Jahre zuvor hatten entsprechende Überlegungen begonnen, da eine Vielzahl an Militärführern und Politikern in den Vereinigten Staaten die weitgehende Demobilisierung bzw. Beendigung der militärischen Forschung nach dem Ersten Weltkrieg im Rückblick als Fehler bewertet hatte. Vielen Angehörigen des Generalstabs waren die zunehmenden Gegensätze zur stalinistischen UdSSR bewusst. Vermutlich wurden diese auch dort geschürt. In der „Operation Overcast“ sollte die deutsche Militärtechnik durch die US-Amerikaner angeeignet werden, um die eigene Entwicklungsarbeit zu verkürzen und sich für ein zukünftiges Wettrüsten zu positionieren. Die betreffenden Wissenschaftler und Techniker sollten zudem einem möglichen Zugriff der Sowjetunion und ihrer Rüstungsindustrie entzogen werden. In vielen Bereichen war die deutsche Militärtechnik den Alliierten weit voraus, insbesondere bei Strahltriebwerken, die in Raketen, Strahlflugzeugen und Marschflugkörpern Verwendung fanden. Die Zahl der Wissenschaftler, die zunächst ohne Angehörige für ein halbes Jahr in die Vereinigten Staaten geholt wurden, sollte auf 450 begrenzt bleiben. Dort wurden sie auf die verschiedenen Streitkräfte verteilt. Vorgesehen war jedoch, dass dem Kontingent keine überführten Kriegsverbrecher angehören sollten, die im Fall ihrer Enttarnung nach Deutschland zu repatriieren waren.¹⁰¹²

5.8.1. Die „Spezialisten“ in den sowjetischen Frontlagern

Unter den Zehntausenden von Deutschen und Polen aus den eroberten Gebieten, die in Durchgangslager gesperrt und anschließend in die Sowjetunion deportiert wurden, befanden sich u.a. etwa 15.000 als Fachkräfte dringend benötigte Bergleute aus Schlesien.¹⁰¹³ Auch unter den zahlreichen Gefangenen in den sowjetischen Frontlagern versuchte das Lagerpersonal Fachkräfte ausfindig zu machen. Als im Mai 1945 etwa 10.000 Lagergefangene aus Sagan zum Lager Christianstadt in Marsch gesetzt werden sollten, wurden aus der Masse der zum Abmarsch bestimmten Gefangenen zunächst die „Spezialisten“ aussortiert.¹⁰¹⁴

Im Lageralltag zeigte sich die Unschärfe, mit der das sowjetische Lagerpersonal „Spezialisten“ bestimmte. Ein ehemaliger Gefangener schilderte: „Die russischen Posten und Offiziere holten deutsche Landser nach Belieben zu individuellen Aufgaben fort, was alle Übersicht schwinden ließ, so daß sich mancher Versuch als lohnend erweisen sollte, sich zwischen den Kommandos je nach Nahrungsperspektive hin- und herzumelden oder bald hier, bald dort engagieren zu lassen.“ In der Panzerkaserne Sagan berief ein junger weißrussischer Major

¹⁰¹² Kurowski, 1982, S. 132-151.

¹⁰¹³ Stokłosa, 2011, S. 57.

¹⁰¹⁴ Czepuck, 1999, S. 84.

einen Gefangenen ab, „da er einen Fahrradmechaniker, einen Spezialisten eben, einzustellen gedachte. Was lag näher, als sich ihm als solcher zu erbieten?“ Auf dem Zimmer des Majors machte ihn dieser mit der „Spezialistenaufgabe“, die Reparatur eines defekten Fahrrads, vertraut. Nach vollendeter Arbeit entlohnte ihn der Major mit einem halben Brot. „Doch da fragte er bedeutsam, wo und wie lange ich denn in einer Fahrradfabrik gearbeitet hätte. Nun, was antwortet ein achtzehnjähriger Schüler einem weißrussischen Major in einer einst deutschen Panzerkaserne auf so eine Frage? – Zwei Jahre, – sagte ich der Verlegenheit halber. – Nu, charascho! – Komm übermorgen wieder! Wir fahren zusammen nach Rußland. Du kannst arbeiten in russischer Fahrradfabrik. Du Spezialist.“¹⁰¹⁵

In der Lagerhierarchie in Neuhammer standen die „Spezialisten“ unter den Lagerpolizisten und bildeten die unterste Kaste in der Hierarchie der Funktionsgefangenen. Durch ihren Arbeitseinsatz außerhalb der Lagergrenze konnten die „Spezialisten“ ihre Situation im Lager verbessern. Von den verschiedenen Gruppen an privilegierten Funktionsgefangenen verhielten sich die „Spezialisten“ am solidarischsten zu ihren Mitgefangenen. Davon profitierten vor allem befreundete Gefangene, die von den ins Lager hereingebrachten Dingen mitversorgt wurden.¹⁰¹⁶ Für ihre Dienste wurden die „Spezialisten“ häufig mit Rubel entlohnt. Sie verfügten zudem über ausreichend Lebensmittel.¹⁰¹⁷ Da für die Lagergefangenen die „Spezialisten“ augenscheinlich „besser dran waren“, strebten die Gefangenen danach, derartige Posten zu besetzen.¹⁰¹⁸

In Neuhammer hatten sich die Neuankömmlinge unmittelbar nach dem Eintreffen in die Aufnahmestelle des Lagers zu begeben. Die Gefangenen wurden dort nach ihren Namen, Dienstgraden, Berufen und Fachrichtungen befragt.¹⁰¹⁹ Durch dieses Vorgehen konnte das sowjetische Lagerpersonal bereits frühzeitig die Fachkräfte unter den Gefangenen ermitteln. Im Lager Neuhammer war für jeden Aufgabenbereich ein „Spezialista“ zugeordnet. Dieser ordnete bestimmte Tätigkeiten an, kontrollierte jedoch nicht, ob diese auch erfolgreich zur Vollendung kamen.¹⁰²⁰ Als „Spezialisten“ galten in den sowjetischen Sammellagern insbesondere tatsächliche oder vorgebliche Handwerker sowie Lagergefangene, die die Fahrzeuge des Wachpersonals instand hielten oder sonstige anfallende Tätigkeiten übernahmen. In Neuhammer verfügten sich die Lagerköche zur Steigerung der Lebensqualität und zu ihrer Unter-

¹⁰¹⁵ Korn, 2003, S. 143.

¹⁰¹⁶ Behrens, 2011, S. 125f.

¹⁰¹⁷ Boenke, 2000, S. 181.

¹⁰¹⁸ Ebenda, S. 183.

¹⁰¹⁹ Richard, 1994, S. 85.

¹⁰²⁰ Ebenda, S. 96.

haltung über einen Stab von „Spezialisten“. Zu diesen zählten neben Masseuren und Vorlesern u. a. auch Sprachlehrer, Friseure, Raumgestalter und Gärtner.¹⁰²¹

5.8.2 Die „Spezialisten“ in den polnischen Lagern 1945-1950

Bereits in den Jahren vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs diskutierten die Alliierten die Frage nach der Nutzung deutscher Arbeitskräfte. Erstmals griff M. M. Litvinov dieses Thema in seinem Memorandum „Der Umgang mit Deutschland und anderen feindlichen Ländern in Europa“ vom 9. Oktober 1943 auf. Die Schrift hatte Litvinov in Vorbereitung des Treffens von Stalin, Churchill und Roosevelt in Teheran verfasst. In Übereinstimmung mit der Auffassung der Westalliierten zur Reparationsfrage erklärte er in dem Memorandum die Forderung nach Reparationen als zulässig. Diese sollten weniger durch finanzielle Mittel als vielmehr durch Restitution erfolgen, d. h. die vom Gegner geraubten Sachgüter wurden zurückgefordert, zusätzlich hierzu noch eine entsprechende Entschädigung. Von den 16 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, die Reparationsleistungen für sich beanspruchten, forderte nur Polen qualifizierte Arbeitskräfte, um die polnische Wirtschaft wiederherzustellen. Nach dem zeitgenössischen Verständnis umfassten die Reparationen durch Arbeit nicht nur den Einsatz deutscher Arbeitskräfte in den Industrien der Siegerstaaten. Auch in deutschen Betrieben sollten deutsche Kriegsgefangene und Zivilkräfte für die Alliierten unentgeltliche Zwangsarbeit leisten.¹⁰²²

5.8.2.1 Die Bergarbeiter

Für die polnische Wirtschaft wurde der Rohstoff Kohle nach dem Kriegsende 1945 zum wichtigsten Faktor. Neben der Sowjetunion importierten auch Frankreich, die Schweiz und Skandinavien die Kohle, die sich als einziger devisa bringender Exportartikel für die polnische Wirtschaft erwies. Zudem war der Brennstoff der grundlegende Energieträger im Nachkriegspolen. In der polnischen Politik nahm die Förderung des Kohleabbaus daher bald eine zentrale Rolle ein. Für die angestrebte Ertragssteigerung wurde der massive Arbeitskräftemangel bald zu einer bedeutenden Hürde. Da die sowjetischen Truppen nach ihrer Eroberung Schlesiens neben zahlreichen Fachkräften auch etwa 20.000 deutsche und polnische Bergleute in die Sowjetunion deportiert hatten, war die Situation im Bergbausektor sehr angespannt. Übereinstimmend konstatierten Ende März 1945 die Teilnehmer einer Konferenz zum Kohlebergbau,

¹⁰²¹ Behrens, 2011, S. 125f.

¹⁰²² Poljan, 1999, S. 339f.

die der schlesische Wojewode Aleksander Zawadzki initiiert hatte, dass die täglich eingebrachte Ertragsmenge maximal lediglich 25.000 Tonnen Kohle umfasste, obwohl in den Bergwerken eine doppelt so hohe Menge gefördert werden konnte. Auch die polnische Regierung befasste sich am 11. April 1945 mit dem Arbeitskräftemangel in den schlesischen Bergwerken. Für die nach den Vorgaben festgelegte Anzahl von 135.000 Bergleuten sollten Wehrpflichtige rekrutiert und Arbeitskräfte aus anderen Wojewodschaften angeworben werden. Arbeitswillige sollten hierfür auch vom Wehrdienst freigestellt werden. Ein Regierungsbeschluss legte fest, dass der polnische Sicherheitsminister Radkiewicz und der schlesische Wojewode Zawadzki 10.000 Deutsche für den Einsatz in den schlesischen Gruben rekrutieren sollten. Die Bemühungen zur Gewinnung polnischer Arbeitskräfte blieben jedoch erfolglos. Bis Ende Mai 1945 überführte das Zentrale Arbeitslager Jaworzno nur 3.500 Gefangene an die Zentralverwaltung der Kohleindustrie. Im Juli 1945 teilte der Lagerkommandant in Jaworzno mit, dass er das von der Regierung zugesagte Kontingent von 10.000 Gefangenen nicht einhalten könne. Zum einen ständen nicht genügend Personen in seinem Lager zur Verfügung, zum anderen seien diese alt bzw. krank und somit für körperliche Arbeiten nicht geeignet. Am 13. August wies die Kohlen-Lobby darauf hin, dass zu diesem Zeitpunkt nur 105.000 von insgesamt 135.000 veranschlagten Bergleuten in den Bergwerken eingesetzt wären.¹⁰²³ „Polen wollen 200 000 lassen – Bergarbeiter“, notierte Wilhelm Pieck stichwortartig nach einer Besprechung mit einem Hauptmann Swerschinski der 2. Weißrussischen Front am 20. Oktober 1945.¹⁰²⁴

5.8.2.2 Die „Spezialisten“ in polnischer Kriegsgefangenschaft

Unter den deutschen Kriegsgefangenen, die in polnisches Gewahrsam gelangt waren, befanden sich hochqualifizierte Facharbeiter. Neben Ingenieuren aus gefragten Spezialgebieten zählten zu diesen auch Fachkräfte wie Handwerker, Automechaniker, Elektriker bzw. Elektrotechniker, Drucker und Chauffeure. Die polnischen Behörden suchten Angehörige dieser Berufsgruppen bereits aus den niederschlesischen Sammellagern heraus. Im polnischen Gewahrsam wurden diese schnell herausgefiltert und verteilt.¹⁰²⁵ Im Lager Sagan bildete das polnische Wachpersonal aus technisch geschulten Gefangenen, also Spezialkräfte, Baufachleute usw. zahlreiche einzelne Kommandos in der Stärke von jeweils etwa 40 bis 50 Mann. Diese Kommandos wurden für den Wiederaufbau der polnischen Hauptstadt nach Warschau ver-

¹⁰²³ Kochanowski, 2004, S. 47ff.

¹⁰²⁴ ZPA NL 36/734, Bl. 137-139, zit. in: Badstübner/Loth, 1994, S. 60f, hier: S. 60.

¹⁰²⁵ Kochanowski, 2004, S. 165.

schickt.¹⁰²⁶ Auch im sowjetischen Übergabelager Christianstadt, das Ende September 1945 unter polnische Verwaltung gestellt wurde, durchsuchte das polnische Wachpersonal das Lagerkontingent nach „Spezialisten“. Eine derartige Auslese war bereits vor der Überführung der Gefangenen aus dem Lager Sagan nach Christianstadt durch die Sowjets erfolgt. Die Suche nach den „Spezialisten“ erfolgte dabei vermutlich auf der Grundlage einer Auflistung dringend benötigter Berufsgruppen, die von polnischen Behörden erstellt wurde.¹⁰²⁷ Die Berufsspezialisten wurden teilweise „geradezu eifersüchtig“ bewacht.¹⁰²⁸ Ein zur Entlassung bestimmter Gefangener des Zentralen Arbeitslagers Jaworzno erinnerte sich: „Bei dieser Gelegenheit werden wir von einem Offizier wieder gefragt, ob Kriegsgefangene oder Ausländer unter uns seien und wer in Polen als freier Mann bleiben möchte. Niemand meldet sich, trotzdem wird ein Mann, weil er Autoschlosser ist, von der Liste gestrichen und sofort in eine andere Baracke verlegt.“¹⁰²⁹

Die in kleineren Kommandobereichen bzw. einzeln in Kasernen, Werkstätten oder Ministerien eingesetzten kriegsgefangenen Fachkräfte befanden sich seit Ende 1947 für gewöhnlich in besseren Lebensumständen als die Kriegsgefangenen, die auf Baustellen oder Landgütern eingesetzt waren. Das Verhältnis der „Spezialisten“ zu den polnischen Arbeitskollegen war zudem gelöster. Im Lager in der Anielewicz-Straße wurde im Winter 1947/48 gar ein kriegsgefangener Handwerker zum Vorgesetzten einer Gruppe polnischer Arbeitskräfte. Um als Fachleute anerkannt zu werden, kam es gelegentlich vor, dass die Gefangenen ihre Berufe umdeuteten und sich selbst zu Fachkräften erklärten. Durch ein derartiges Vorgehen erhofften sich die Gefangenen eine bessere Behandlung durch die Arbeitgeber. Die Gefangenen versuchten sich durch überhöhte Berufsbezeichnungen aufzuwerten. Den „Spezialisten“ ließ man nach Aussagen heimgekehrter Kriegsgefangener ab Herbst 1947 freie Hand in technischen Angelegenheiten. Zudem erhielten sie in den Einrichtungen und Institutionen, in denen sie eingesetzt waren, viel Bewegungsfreiheit. Kriegsgefangene, die in größeren Firmen ihre Arbeit verrichteten, lebten unter besseren Umständen als die Gefangenen, die in einem nahe gelegenen Bergwerk oder auf einer örtlichen Baustelle arbeiten mussten. Im Gegensatz zu ihren in den Zechen eingesetzten Kameraden erhielten die kriegsgefangenen Berufsspezialisten bereits ab Sommer 1948 für ihre geleistete Arbeit einen Lohn. Die Entlassung der Kriegsgefangenen zeichnete sich Mitte 1948 immer mehr ab. Aus diesem Umstand ergab sich die Notwendigkeit, die Frage der vertraglich beschäftigten Facharbeiter in Polen zu regeln.¹⁰³⁰

¹⁰²⁶ Böss, 1974, S. 19.

¹⁰²⁷ Czepuck, 1999, S. 91.

¹⁰²⁸ Kochanowski, 2004, S. 165.

¹⁰²⁹ Marek, 1982, S. 111.

¹⁰³⁰ Kochanowski, 2004, S. 165.

Auch in den Bergwerkslagern des oberschlesischen Kohlereviere wurden „Spezialisten“ für die Bewältigung des Lageralltags benötigt. Im Lager Jawiszowice bildeten die Handwerker, Schneider, Schuhmacher, Friseure, Tischler und Anstreicher die soziale Oberschicht. An der breiten Lagerstrasse waren diese in Handwerkerstuben beschäftigt. Durch zusätzliche Arbeiten für die polnischen Lagerbrigaden und Verwalter wurde deren Stellung an der Spitze der Lagerhierarchie zudem noch gefestigt. Wie bereits in den sowjetischen Sammellagern waren im Lager Jawiszowice Friseure tätig, die den Mitgefangenen die Haare schnitten.¹⁰³¹ Auch im Grubenlager „Bierut“ war eine Friseurstube vorhanden.¹⁰³²

6 Der Lageralltag

Das Leben der Gefangenen in den sowjetischen Sammellagern war von den zuweilen körperlich schweren Arbeitseinsätzen einerseits und der Monotonie des Lageralltags andererseits geprägt. Die Einteilung der Lagergefangenen in Arbeitsgruppen war dabei für die Dauer und die Art der Arbeit, die Nutzung der Tagesfreizeit sowie für die Entwicklung des kulturellen Lebens im Lager von Bedeutung.

6.1 Die Transporte in die Sowjetunion

Die Beendigung der Zwangsrekrutierungen deutscher Zivilisten für den Arbeitseinsatz in der Sowjetunion regte Lawrentij P. Berija am 16. April 1945 in einem entsprechenden Beschlussentwurf an das staatliche Verteidigungskomitee an. Das Komitee stellte daraufhin gemäß einem NKVD-Befehl vom 18. April 1945 die Deportationen der Deutschen ein. Die Sowjetführung hatte bis zu diesem Zeitpunkt angestrebt, mindestens eine halbe Million Arbeitskräfte für den Wiederaufbau der UdSSR zu rekrutieren. Dieses ursprüngliche Ziel war bei Weitem nicht erreicht und auch der Krieg noch nicht beendet. Es ist anzunehmen, dass die Sowjetführung die zur Verfügung stehenden Eisenbahnen verstärkt für den Transport von Demontagegut anstatt von Gefangenen einsetzen wollte.¹⁰³³ Bedeutender für den Deportationsstopp der deutschen Zivilbevölkerung am 18. April 1945 dürfte aber die abzusehende große Zahl an Kriegsgefangenen gewesen sein, die im Mai 1945 nach der Eroberung Berlins und der deutschen Kapitulation in sowjetische Hand fielen. Zwischen dem 16. April und 9. Mai 1945 waren al-

¹⁰³¹ Gebhardt/Küttner, 1997, S. 46.

¹⁰³² Wagner, Jaworzno, o. P.

¹⁰³³ Mironenko, 1998, S. 49f.

lein im Bereich der 1. Belorussischen Front unter Marschall Georgi Schukow über 250.000 deutsche und verbündete Soldaten in sowjetische Gefangenschaft geraten.¹⁰³⁴

Da das Frontlager Auschwitz über einen Zugang zum Hauptschienennetz des Bahnverkehrs verfügte, diente es neben seiner Funktion als Sammel- und Arbeitslager insbesondere auch als Durchgangsstation für Gefangene. Aus dem Lager Auschwitz gingen mehrfach Transporte in die UdSSR ab.¹⁰³⁵ In ärztlichen Untersuchungen vor dem Abtransport entschieden die Lagerärzte über die Arbeits- und Transportfähigkeit der Gefangenen. Zugleich versuchten sie, SS-Angehörige anhand der Blutgruppentätowierung zu enttarnen. Da sich die Ärzte zum Teil aus den Kriegsgefangenen rekrutierten, waren diese häufig bemüht, ihre Kameraden vor dem Arbeitseinsatz in der Sowjetunion zu bewahren und ihnen die Heimkehr zu ermöglichen.¹⁰³⁶ Um die Transportkontingente zu beschränken und das Schienennetz so für die Beförderung von Demontagegut zu entlasten, waren nur Angehörige der Arbeitsgruppen I bis III für die Deportationen vorgesehen. Die zum Abtransport bestimmten Gefangenen wurden oft kompanieweise in die Transportzüge verladen.¹⁰³⁷ Die Kranken und Invaliden der vierten und fünften Arbeitsgruppe hingegen galten als „nicht transportfähig“.¹⁰³⁸ Der Abtransport von arbeitsfähigen Gefangenen konnte schon wenige Tage nach deren Ankunft im Lager erfolgen. In einigen Fällen wurden Gefangene bereits nach einem eintägigen Lageraufenthalt in die Sowjetunion deportiert.¹⁰³⁹

Am 28. und 29. Mai 1945 wurden erstmalig 1.200 Kriegs- und 800 Zivilgefangene in einer vierwöchigen Fahrt nach Karaganda in Kasachstan überführt.¹⁰⁴⁰ Etwa 120 Männer waren jeweils in einem Waggon eingeschlossen. Der Waggon durfte von den Deportierten nach zwei Wochen zum ersten Mal verlassen werden. Jeden Morgen wurden die Verstorbenen des Transports bei Zwischenhalten an den Bahndämmen abgelegt.¹⁰⁴¹ Im Juni 1945 erfolgten vier weitere Deportationen aus Auschwitz. Nachdem Anfang des Monats eine Bahn mit 1.800 Kriegsgefangenen und 200 Zivilinternierten in das westsibirische Arbeitslager Prokopjensk abgefahren war, verließ am 12. Juni ein Transport mit 2.000 Kriegsgefangenen und 150 Zivilisten das Lager mit dem Zielort Kuibyschew. Am folgenden Tag, dem 13. Juni 1945, erfolgte der Abtransport von 1.800 Kriegsgefangenen und 200 Zivilisten in das Gefangenenlager Kise-

¹⁰³⁴ Zeidler, 1996, S. 186.

¹⁰³⁵ APMO, Erklärungen, Bd. 96, Bl. 88.

¹⁰³⁶ Karner, 1995, S. 197.

¹⁰³⁷ APMO, Sammlung Erklärungen, Bd. 96, Bl. 89; APMO, Erklärungen, Bd. 162, Bl. 140, 14.7.1945; Gottfried Pampel in einem Schreiben an den Verfasser, 14.8.2006.

¹⁰³⁸ APMO, Erklärungen, Bd. 206, Bl. 6.

¹⁰³⁹ Gottfried Pampel in einem Schreiben an den Verfasser, 14.8.2006.

¹⁰⁴⁰ Böhme, 1966, S. 61; APMO, Sammlung Erklärungen, Bd. 153, Bl. 125. Vgl. Schreiben von Michael Kriewel an Bozena Kramarczyk, 24.6.2002.

¹⁰⁴¹ APMO, Sammlung Erklärungen, Bd. 153, Bl. 125. Vgl. Schreiben von Michael Kriewel an Bozena Kramarczyk, 24.6.2002.

lewsk-Baidajewka in Sibirien.¹⁰⁴² Die sowjetische Führung räumte dem Abtransport von Demontagegütern aus dem weitgehend unzerstörten oberschlesischen Industrievier höchste Priorität ein.¹⁰⁴³ Demontierte Hochdruckapparaturen aus den Werkshallen der I. G. Farben wurden vermutlich am 16. Juni 1945 zusammen mit einem Transport von 1.800 Kriegs- und 200 Zivilgefangenen in die westsibirische Stadt Kemerowo überführt. Dort fanden die Apparaturen bei der Errichtung eines Hydrierwerkes auf Kohlebasis Verwendung.¹⁰⁴⁴

Da es den Sowjets an einsatzfähigen Lokomotiven mangelte, mussten die Vorbereitungen der sowjetischen Lagerverwaltung für den Abtransport von Gefangenen des Öfteren rückgängig gemacht werden. Die Lagerleitung versetzte die für die Verladung bestimmten Gefangenen wiederholt in Marschbereitschaft. Jedoch verblieben diese Gefangenen häufig weiterhin im Lager, da sich der Abtransport verschob. War die Verladung der Gefangenen erfolgt, verzögerte sich die Abfahrt der Transportzüge vom Bahnhof aufgrund der logistischen Engpässe zudem oft um mehrere Tage.¹⁰⁴⁵ Über eine Woche mussten 2.700 Kriegsgefangene und 150 Zivilisten in bereitstehenden Waggons verharren, bis am 11. Juli 1945 eine Lokomotive für ihren Abtransport zur Verfügung gestellt wurde. Bestimmungsort des Transportes war das Arbeitslager Stalinogorsk, das sich 200 Kilometer südlich von Moskau befand. Einzelnen Gefangenen gelang es bei der nächtlichen Abfahrt, aus den mit je 100 Personen besetzten Waggons zu entfliehen. Einige Mitgefangene hatten dabei vergeblich versucht, sie aus Angst vor Repressalien an der Flucht zu hindern.¹⁰⁴⁶

Über die Ziele dieser Transporte wurden die Gefangenen von der sowjetischen Lagerverwaltung nicht informiert.¹⁰⁴⁷ Um eine Panik zu vermeiden bzw. um die Stimmung der Lagerbelegschaft zu heben, wurde unter den für den Abtransport bestimmten Gefangenen gelegentlich das Gerücht gestreut, dass die Transporte nach Deutschland erfolgen würden, wo die Gefangenen Aufbauarbeit zu verrichten hätten.¹⁰⁴⁸ Vermutlich hatte die Lagerleitung derartige „Parolen“ mit der Unterstützung willfähriger Personen unter den Mitgefangenen kursieren lassen.¹⁰⁴⁹ Allerdings war das Verbreiten „provokativer Gerüchte“ nach der Lagerordnung verboten.¹⁰⁵⁰ Täglich inspizierte eine sowjetische Ärztin die wartenden Züge, um Gefangene mit Ruhrverdacht in das Lager zurückbringen zu lassen. Zudem bestand für die Gefangenen die Möglichkeit, sich krankzumelden. Nach der Rückführung der Erkrankten, die dem Abtrans-

¹⁰⁴² Böhme, 1966, S. 61.

¹⁰⁴³ Mironenko, 1998, S. 50.

¹⁰⁴⁴ Ebenda. Wagner, 2000, S. 295.

¹⁰⁴⁵ APMO, Sammlung Erklärungen, Bd. 96, Bl. 88.

¹⁰⁴⁶ Mazakarini, Dokumentation, Bl. 3.

¹⁰⁴⁷ APMO, Erklärungen, Bd. 162, Bl. 140; APMO, Erinnerungen, Bd. 217, Bl. 88, 20.-26.7.1945.

¹⁰⁴⁸ Ebenda, Bl. 141.

¹⁰⁴⁹ Lehmann, 1986, S. 102.

¹⁰⁵⁰ Karner, 1995, S. 64.

port entgingen, wurden neu zusammengestellte Gruppen von Lagergefangenen in die Züge verladen, um die Krankheitsfälle auszugleichen.¹⁰⁵¹

Am 14. Juli 1945 mussten sämtliche Gefangenen des Lagers Auschwitz für eine Untersuchung und die anschließende Neueinteilung der Arbeitsgruppen Aufstellung nehmen. Für den Arbeitseinsatz eingeteilte Kriegsgefangene, unter denen sich auch Ungarn befanden, wurden zum Bahnhof abtransportiert. Dort waren zwei Züge mit je 30 Waggons bereitgestellt.¹⁰⁵² Auch zwei Tage später, am 16. Juli 1945, erfolgte eine „Kommissionierung“. Für die bei dieser Untersuchung für den Abtransport bestimmten Gefangenen wurde Marschbereitschaft angeordnet, der Abmarschbefehl wurde aber letztlich nicht erteilt.¹⁰⁵³ Nach einer erneuten Musterung der Lagergefangenen am 17. Juli 1945 erfolgte der Abtransport von 2.000 Kriegsgefangenen und 500 Zivilisten nach Sambor am Dnjestr.¹⁰⁵⁴ Überzählige Personen, die ebenfalls in Marschbereitschaft versetzt worden waren, verblieben im Lager.¹⁰⁵⁵ Ähnlich verhielt es sich am folgenden Tag, dem 18. Juli 1945, an dem ein Transport mit 800 Kriegsgefangenen und 200 Zivilisten Auschwitz in Richtung Beslan-Mozdok im Nordkaukasus verließ.¹⁰⁵⁶ Die überzähligen, zur Deportation bestimmten Gefangenen, die sich marschbereit zu halten hatten, wurden wiederum nicht abtransportiert.¹⁰⁵⁷

Da ein weiterer Transport geplant war, verlud das sowjetische Lagerpersonal am 19. Juli 1945 nach einer erneuten „Kommissionierung“ und dem Befehl zur Marschbereitschaft Gefangene auf dem Auschwitzer Güterbahnhof zu je 47 Gefangenen in Waggons. In diesen mussten die Verladenen tagelang in der zumeist sommerlichen Hitze auf die Abfahrt des Zuges warten, bis die Wagen schließlich am 27. Juli 1945 auf ein „totes Gleis“ geschoben wurden. Mehrmals täglich, vorwiegend zum Austreten, durften die Gefangenen kurzzeitig die Güterwagen verlassen.¹⁰⁵⁸ Die Zeit vertrieben sich die Wartenden durch Gespräche mit den Mitgefangenen oder mit der Lektüre der wenigen vorhandenen Bücher, die untereinander verliehen wurden. Da sie keine Arbeit verrichteten, fiel ihre Verpflegung dürrtiger aus als für die Lagergefangenen. Am 28. Juli wurden die Gefangenen vorübergehend zur Entlausung in das Lager zurückgeführt.¹⁰⁵⁹ Für eine erneute Entlausung und Körperrasur marschierten sie auch am 11. August 1945 in das Lager und wurden danach wiederum in die Waggons verladen. Drei Tage

¹⁰⁵¹ APMO, Sammlung Erklärungen, Bd. 96, Bl. 87.

¹⁰⁵² APMO, Erinnerungen, Bd. 217, Bl. 88, 14.7.45.

¹⁰⁵³ Ebenda, 16.7.1945.

¹⁰⁵⁴ Böhme, 1966, S. 61; APMO, Erinnerungen, Bd. 217, Bl. 88, 17.7.45.

¹⁰⁵⁵ APMO, Erinnerungen, Bd. 217, Bl. 88, 17.7.1945.

¹⁰⁵⁶ Böhme, 1966, S. 61.

¹⁰⁵⁷ APMO, Erinnerungen, Bd. 217, Bl. 88, 18.7.1945.

¹⁰⁵⁸ Gottfried Pampel in einem Schreiben an den Verfasser, 14.8.2006.

¹⁰⁵⁹ APMO, Erinnerungen, Bd. 217, Bl. 89, 29.7.1945. Vermutlich während statteten sich die Gefangenen während dieses Aufenthalts im Lager mit Skat- und Schachspielen aus.

später, am 14. August 1945, fand ohne ersichtlichen Anlass eine Durchsuchung der Gefangenen in den Waggons statt. Am Abend des 15. August und dem folgenden Morgen wurden die Waggons wieder auf den Bahnhof rangiert. Die Gefangenen durften schließlich am 18. August 1945 die Waggons verlassen und in das Lager zurückkehren, wo sie nach einer erneuten Musterung verblieben. Während ihres mehrwöchigen Zwangsaufenthaltes in den Waggons war am 30. Juli 1945 ein Transport mit 2.000 Kriegsgefangenen und 400 Zivilisten von Auschwitz mit dem Zielort Murmansk abgefahren.¹⁰⁶⁰

Obwohl die Demontagen die ohnehin herrschende Transportmittelknappheit verschärften, wurden die knappen Kapazitäten auch für die Deportation politischer Gefangener genutzt.¹⁰⁶¹ Die Rote Armee transportierte vornehmlich politisch belastete Lagergefangene, wie NS-Funktionäre und SS-Angehörige, die bei den Verhören im August ausgesondert worden waren, am 11. September 1945 in Richtung Wyschni-Wolotschek ab.¹⁰⁶² Die sowjetische Führung wollte das sowjetische Besatzungsgebiet östlich von Oder und Neiße möglichst schnell an Polen übergeben. Die politischen Gefangenen wurden jedoch nicht in die Speziallager der SBZ überführt, da deren räumliche Kapazitäten bereits völlig erschöpft waren.¹⁰⁶³ Der Mangel an Lokomotiven machte sich für die Deportierten durch dauerhafte Zwangsaufenthalte bemerkbar. Oft stand die Bahn für mehrere Tage ohne Lokomotive auf den Gleisen.¹⁰⁶⁴ Wie in vielen sowjetischen Gefangenenlagern wurden die für die Transportierten bestimmten Lebensmittel von den sowjetischen Begleitmannschaften unterschlagen.¹⁰⁶⁵ Die für die Fahrt mitgeführte Verpflegung verkaufte ein sowjetischer Leutnant, der den Transport kommandierte, an die Zivilbevölkerung. Mehrere Offiziere, die zu fliehen versuchten, wurden bei ihrem Vorhaben entdeckt und daraufhin erschossen. Die Deportierten mussten die auf der Fahrt verstorbenen Gefangenen, die in einem gesonderten Waggon mitgeführt wurden, in Minsk neben den Gleisanlagen vergraben.¹⁰⁶⁶ Während des Zwischenstopps in Minsk erfolgte auch eine Entlausungsaktion, bei der die Gefangenen im Freien ihre gesamte Bekleidung abzulegen und diese an das sowjetische Begleitpersonal zu übergeben hatten. In einem der Waggons unterhielten die Sowjets eine Entlausungsstation, die von der Lokomotive betrieben wurde.¹⁰⁶⁷ Nachdem die Gefangenen etwa eine Stunde nackt in der Kälte verharrt hatten, „wurden unsere Kleidungsstücke einfach wahllos aus dem Waggon heraus geworfen, so dass jeder trachten

¹⁰⁶⁰ Böhme, 1966, S. 61.

¹⁰⁶¹ Mironenko, 1998, S. 50.

¹⁰⁶² Mazakarini, Dokumentation, Bl. 3. Mazakarini datiert die Abfahrt des Zuges fälschlich auf den Oktober 1945.

¹⁰⁶³ Mironenko, 1998, S. 50, 60.

¹⁰⁶⁴ Mazakarini, Dokumentation, Bl. 3.

¹⁰⁶⁵ Reif-Spirek, 1999, S. 93.

¹⁰⁶⁶ Für diesen Transport ist ein Toter verzeichnet. Liste/Volksbund: Fritz Schuster.

¹⁰⁶⁷ Gottfried Pampel in einem Schreiben an den Verfasser, 14.8.2006.

musste, überhaupt etwas auf den Leib zu bekommen.“ Nach der etwa vierwöchigen Fahrt erreichten die 1.200 Kriegsgefangenen und 900 Zivilinternierten schließlich Wyschni-Wolotschek.¹⁰⁶⁸ Von dort erfolgte ein Fußmarsch in das mehrere Kilometer entfernte Lager Karacevo.¹⁰⁶⁹

Als letzter Transport verließ Mitte September 1945 ein Zug mit 1.000 Kriegs- und 100 Zivilgefangenen das Kriegsgefangenenlager Auschwitz in Richtung Transkaukasus. Der Transport traf nach einer mehrwöchigen Fahrt am 1. November 1945 in Tiflis ein. Aus den Güterwagen wurden die Deportierten in Lastkraftwagen abtransportiert und zum Lager Molotowka gebracht. Einen Teil der Neuankömmlinge überstellte die Rote Armee wenige Tage darauf nach Gesdania.¹⁰⁷⁰

Das Frontlager Breslau-Hundsfeld galt wie das Lager Auschwitz für Oberschlesien als große Verladestation für die niederschlesische Region auf dem Weg nach Osteuropa bzw. die Sowjetunion.¹⁰⁷¹ Der erste Transport mit je 1.000 Kriegs- und Zivilgefangenen verließ das Lager am 2. Juni 1945 in Richtung Stalingrad. Drei Tage später ging ein Transport mit 200 Zivilisten und zwischen 1.500 bis 1.800 kriegsgefangenen Soldaten nach Cernikovsk bei Ufa ab. Ein weiterer Zug verließ das Lager mit 1.700 Kriegs- und 300 Zivilgefangenen nach Stalino, Dzerzinsk und Krasnyj Profintern am 11. Juni 1945. Am 15. des Monats erfolgte der Abtransport von 1.750 Soldaten und 250 Zivilgefangenen mit den Zielorten Dobrjanka, Pozva, Cernoz und Jugo-Kamskij. Am 18. Juli wurden 1.000 Kriegs- und 400 Zivilgefangene nach Brest deportiert. Nach Polock erfolgte am 15. September 1945 ein weiterer Transport von 1.000 kriegsgefangenen Soldaten bzw. Offizieren und 400 Zivilinternierten. Gegen Ende des Monats erfolgte ein Transport mit 1.500 Kriegs- und 250 Zivilgefangenen nach Niznij Tagil im Ural. Am 5. Oktober 1945 wurden 2.000 Kriegsgefangene und 200 Zivilisten nach Enakievo abtransportiert.¹⁰⁷² Im Oktober 1945 wurden zudem 1.900 Kriegs- und 100 Zivilgefangenen aus Breslau-Hundsfeld nach Minsk deportiert.¹⁰⁷³ Im November des Jahres verließ ein Transport mit 1.800 Kriegs- und 200 Zivilgefangenen das Lager nach Mingecaur. Am 2. März 1946 erfolgte der Abtransport von 1.600 kriegsgefangenen und 150 zivilen Personen nach

¹⁰⁶⁸ Mazakarini, Dokumentation, Bl. 3; Böhme, 1966, S. 61; Erlebnisbericht des L. R. aus Wagstadt, zitiert in: Bundesministerium (Hg.), 1957, S. 236.

¹⁰⁶⁹ Mazakarini, Dokumentation, Bl. 3. „Bei der Ausladung konnten viele, besonders Ältere, nicht mehr gehen. Sie wurden auf der Straße mit Gewehrkolben niedergeschlagen. Nach einigen Kilometern Fußweg wurde der Transport von einem russischen Major namens Tederlein, der im Ersten Weltkrieg in Österreich in Gefangenschaft war, übernommen. Dieser fühlte mit uns mit, ließ den Transportkommandanten sofort verhaften.“

¹⁰⁷⁰ Böhme, 1966, S. 61; Raisch, Bericht, Bl. 1.

¹⁰⁷¹ Schönfelder, 1973, zit. in Gleiss, 1988, Bd. 5, S. 873.

¹⁰⁷² Böhme, 1966, S. 61.

¹⁰⁷³ Schreiben von Artur Grossmann an Horst G. W. Gleiss, 5.9.1987, zit. in Gleiss, 1988, Bd. 5, S. 347.

Dviri. Ebenfalls Anfang März 1946 wurden 2.000 Kriegs- und 200 Zivilgefangene nach Akarmara und Kvezani deportiert. Im März 1946 ging zudem ein Zug mit 2.000 Kriegsgefangenen und 200 bis 300 Zivilisten nach Stalingrad ab. Der letzte Transport erfolgte am 29. Mai 1946 mit 100 Zivilisten und zwischen 700 und 800 Kriegsgefangenen nach Leningrad.¹⁰⁷⁴

Nach der Unterzeichnung des sowjetisch-polnischen Kohleabkommens am 16. August 1945 sicherte die sowjetische Führung der polnischen Regierung die Überstellung von Kriegsgefangenen für den Einsatz in den oberschlesischen Bergwerken zu. Am 18. August 1945 ordnete Stalin das NKVD an, bis zum 10. September 50.000 deutsche Kriegsgefangene aus den sowjetischen Frontlagern an Polen zu übergeben. Die NKVD-Verwaltung für Kriegsgefangene und Internierte (GUPVI) hatte Berija hierfür zunächst die Frontlager in Sagan und Landsberg a. d. Warthe vorgeschlagen, in denen sich 25.000 gefangene Soldaten aufhielten. Bis November 1945 sollten nach Absprachen mit Bierut jeweils Gruppen von 15.000 Gefangenen überstellt werden. Diese sollten sich in einer guten körperlichen Verfassung befinden und über arbeitstaugliche Bekleidung und Schuhe verfügen.¹⁰⁷⁵

Aus dem Lager Sagan war bereits am 10. August 1945, also noch vor dem NKVD-Erlaß zur Überstellung der Kriegsgefangenen an Polen, ein 2.000 Gefangene zählender Transport in die Sowjetunion abgegangen.¹⁰⁷⁶ Während der etwa zweiwöchigen Fahrt in das russische Kowel wurden jeweils 60 Gefangene in einem fensterlosen Viehwagen zusammengedrängt. Nach einem dreitägigen Fußmarsch erreichten die Gefangenen das Lager in Luzk.¹⁰⁷⁷ Doch auch nach dem sowjetischen Beschluss zur Übergabe des Lagers Sagan an polnische Behörden entzog das NKVD dem Lagerkontingent Arbeitskräfte, bei denen es sich vermutlich um Angehörige der Arbeitsgruppen I und II handelte. Ein Transport mit 1.500 Kriegsgefangenen und 500 Zivilisten ging noch am 26. Oktober 1945 nach Kursk ab.¹⁰⁷⁸ Ähnlich verhielt es sich mit dem Übergabelager Neuhammer, aus dem im August 1945 ein Kontingent von 2.000 Gefangenen in die UdSSR überführt wurde. Unmittelbar vor der Übergabe des Lagers in polnische Hand erfolgte Anfang Oktober 1945 der Abtransport von weiteren 1.000 Lagergefangenen.¹⁰⁷⁹ Die Fahrt von Neuhammer zum Zielpunkt Baku dauerte über drei Wochen.¹⁰⁸⁰

¹⁰⁷⁴ Böhme, 1966, S. 61.

¹⁰⁷⁵ Kochanowski, 2004, S. 52.

¹⁰⁷⁶ Staatsarchiv Hamburg, 622-1-203/1 Heft 3.

¹⁰⁷⁷ Schwarz, 2017, S. 43.

¹⁰⁷⁸ Böhme, 1966, S. 61.

¹⁰⁷⁹ Böss, 1974, S. 18.

¹⁰⁸⁰ Sauer mann, 1992, S. 92.

6.2 Der Arbeitseinsatz

Ein Faktor, der das Zusammenleben in den sowjetischen Frontlagern wesentlich bestimmte, war der Arbeitseinsatz der Gefangenen. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde der Arbeitseinsatz der deutschen Kriegsgefangenen sowohl in Polen, Jugoslawien und der UdSSR als auch in Großbritannien und Frankreich als Selbstverständlichkeit angesehen. Den Arbeitseinsatz begründete man dabei mit der Notwendigkeit, das während des Krieges durch deutsche Truppen zerstörte eigene Land wieder aufzubauen.¹⁰⁸¹

6.2.1 Der Arbeitseinsatz im sowjetischen Gewahrsam

Als Ausgleich für die entstandenen Kriegsschäden begannen die Sowjets noch vor der Potsdamer Konferenz im Juli und August 1945 mit zahlreichen Demontageeinsätzen. Der Schwerpunkt dieser Demontagen lag neben der Sowjetischen Besatzungszone in Schlesien und Ostpreußen.¹⁰⁸² Die sowjetischen Truppen sahen die vor dem Kriegsbeginn zum Deutschen Reich zählenden Territorien als Kriegsbeute an, die nach Abmachungen zwischen der Sowjetunion und dem Polnischen Komitee der Nationalen Befreiung (PKWN) dem polnischen Staat einverleibt werden sollten und über die sie deshalb nach Belieben verfügen konnten. Die Sowjets veranlassten die Demontage von Industrieanlagen, Maschinen und Eisenbahngleisen. Zusätzlich zu diesem Material ließen sie auch Lebensmittelvorräte und Viehherden in die Sowjetunion abtransportieren.¹⁰⁸³ Neben zahlreichen Rüstungsbetrieben wurden auch zivile Werke, wie Brauereien und Lebensmittelbetriebe, abgebaut. Beauftragte der polnischen Regierung versuchten vergeblich, bei der sowjetischen Regierung den Erhalt von 115 als besonders wichtig eingestuften Werken zu erreichen. Bis zum Sommer 1945 wurden nach Schätzungen ein Viertel aller Industrieanlagen in diesen Gebieten demontiert.¹⁰⁸⁴ Die sowjetischen Besatzungstruppen ließen ehemals deutsche Güter bis zum Herbst 1945 demontieren und abtransportieren.¹⁰⁸⁵

¹⁰⁸¹ Kochanowski, 2004, S. 123.

¹⁰⁸² Mehringer, 1999, S. 76.

¹⁰⁸³ Stokłosa, 2011, S. 57.

¹⁰⁸⁴ Mehringer, 1999, S. 76.

¹⁰⁸⁵ Stokłosa, 2011, S. 57.

6.2.1.1 Die Zwangsarbeit zur Demontage der oberschlesischen Industrieanlagen

Nach dem Rückzug der Wehrmachtsverbände aus Ostoberschlesien fiel das in Auschwitz-Monowitz gelegene Werksgelände der I.G. Farben zunächst in die Gewalt der sowjetischen Besatzungsmacht. Als Nebenlager des Konzentrationslagers Auschwitz hatten dort bis zum Kriegsende etwa 11.000 vorrangig jüdische Häftlinge Zwangsarbeit verrichtet. Noch bevor die Fabrikanlagen und die Produktionsgüter durch eine Westverschiebung der polnischen Grenze in die Hand der Polen fallen konnten, begann die Rote Armee auf dem Gelände des Chemiekombinats mit der Demontage und dem Abtransport der Apparaturen in die Sowjetunion.¹⁰⁸⁶ Die Demontage der oberschlesischen Industriebetriebe wurde im Frühjahr 1945 so intensiv betrieben, dass polnische Beamte bereits befürchteten, man werde in den Fabriken „wahrscheinlich nur noch nackte Wände vorfinden“.¹⁰⁸⁷ Stalin hatte angewiesen, eine Gruppe von 20.000 deutschen Zivilisten für den Demontageeinsatz in Schlesien abzustellen.¹⁰⁸⁸

Für den Abbau der Werksanlagen setzte die Rote Armee neben Kriegsgefangenen aus dem ehemaligen Stammlager Auschwitz auch zahlreiche Zivilinternierte aus Oberschlesien ein, welche die sowjetische Militärverwaltung in mehreren nahe dem Werksgelände gelegenen Lagern unterbrachte. Unter starker sowjetischer Bewachung mussten sie bei schlechter Verpflegung in zwölfstündigen Schichten die körperlich schwere und gefährliche Demontearbeit verrichten. Zudem kam es als Reaktion auf die jahrelange Repression der deutschen Besatzung zu Übergriffen durch die polnische Bevölkerung in der Region.¹⁰⁸⁹

Aus dem Kriegsgefangenenlager Auschwitz wurden täglich Kommandos von Gefangenen zum Arbeitseinsatz nach Monowitz abgeführt. Die Gefangenen rückten dabei geschlossen in ihren Blöcken bzw. Kompanien aus.¹⁰⁹⁰ Beiderseits der Marschkolonne überwachten sowjetische Wachsoldaten mit schussbereiten Maschinenpistolen die Arbeitskommandos¹⁰⁹¹, die in den sich über mehrere Kilometer erstreckenden Fabrikanlagen des I. G.-Farben-Werks ebenfalls zu Demontagetätigkeiten eingesetzt wurden.¹⁰⁹² Die Sowjets ließen die deutschen

¹⁰⁸⁶ Wagner, 2000, S. 295.

¹⁰⁸⁷ Eser, 2003, S. 376.

¹⁰⁸⁸ Mironenko, 1998, S. 49.

¹⁰⁸⁹ Wagner, 2000, S. 295.

¹⁰⁹⁰ APMO, Erklärungen, Bd. 206, Bl. 5; Mazakarini, Dokumentation, Bl. 2. Der Anmarschweg dauerte etwa eine halbe bis zu einer Stunde. APMO, Sammlung Erklärungen, Bd. 153, Bl. 124. Vgl. Schreiben von Michael Kriewel an Bozena Kramarczyk, 24.6.2002. Der Anmarschweg betrug etwa 5 Kilometer. APMO, Erklärungen, Bd. 162, Bl. 139, 6.7.1945. Vgl. Lehmann, 1986, S. 98.

¹⁰⁹¹ Gerhard Raisch in einem Schreiben an den Verfasser, 14.7.2006.

¹⁰⁹² APMO, Erinnerungen, Bd. 217, Bl. 88, 4.7.1945, 8.7.1945; APMO, Erklärungen, Bd. 206, Bl. 5; Raisch, Bericht, Bl. 1; Gerhard Raisch in einem Schreiben an den Verfasser, 14.7.2006; APMO, Sammlung Erklärungen, Bd. 153, Bl. 124. Vgl. Schreiben von Michael Kriewel an Bozena Kramarczyk, 24.6.2002; Mazakarini, Dokumentation, Bl. 2 (dort fälschlich als „Leuna-Werk“ bezeichnet).

Kriegsgefangenen die Produktionsgüter in den Fabrikanlagen abbauen. Das gesamte transportfähige Inventar, wie z. B. Maschinen, Transformatoren, Türen, Fenster, Schalter und Leitungsdrähte, mussten die Kriegsgefangenen in Kisten verpacken und für den Abtransport in die Sowjetunion auf Züge verladen.¹⁰⁹³

Auch die Lagergefangenen des Auschwitz „Gemeinschaftslagers“ wurden zur Demontage der Chemiefabrik der I. G.-Farben-Werke eingesetzt. Auf dem Werksgelände führte ein russisch-jüdischer Major das Kommando. Es zeigte sich, dass die Bediensteten des polnischen Sicherheitsdienstes die Zwangsarbeiter entgegen den sowjetischen Erlassen zu zweckfremden Tätigkeiten einsetzten. Ein Teil der meist weiblichen Gefangenen war im örtlichen Rathaus beschäftigt, wo sie Putz- und Maltätigkeiten ausführen mussten. Im Rathaus wurden sie besser gepflegt als im Lager. Täglich erhielten sie ein halbes Brot und Kartoffel-, Erbsen- oder Bohnensuppe. Zahlreichen weiblichen Gefangenen wurden Aufgaben im Lager selbst übertragen. Sie mussten in der Küche, der Wäscherei, der Tischlerei, der Bäckerei und als Reinigungskräfte in den Büroräumen der polnischen Miliz arbeiten. Einige Lagergefangene unterstützten Bauern bei der Feldarbeit. Dabei hatten sie häufig die Gelegenheit, Gemüse wie Kartoffeln oder Mohrrüben zu stehlen, die sie kleingeschnitten der Lagersuppe beifügten. Ein Teil der Frauen wurde dem Kloster der Salesianerinnen überstellt, wo sie beim Wiederaufbau der bei Kriegsende 1945 zerstörten Kirche zum Einsatz kamen. Die Gefangenen wurden zudem zum Abriss von Häftlingsbaracken in Auschwitz-Birkenau eingesetzt. Die dabei abgetragenen Leisten und Bretter wurden dann auf Lastkähnen nach Warschau verschifft.¹⁰⁹⁴

Die Gefangenen in Breslau-Hundsfeld mussten ebenfalls außerhalb des Lagers arbeiten. Eingesetzt wurden sie in der Feldarbeit sowie bei der Demontage der Papierfabrik Sakrau und der Maschinenfabrik Rheinmetall-Borsig, der das Lager zuvor angegliedert gewesen war. Der Arbeitseinsatz in den Fabriken und auf dem Feld stellte für die Gefangenen eine willkommene Abwechslung dar, bei der sie der Beengtheit des Lagers für eine gewisse Zeit entkommen konnten. An den Arbeitsstätten durften sich die Gefangenen in ihren Bereichen frei bewegen. Mit den Wachposten konnten diese zahlreiche Tauschgeschäfte durchführen. Die Habseligkeiten, welche die Gefangenen trotz der zahlreichen „Filzungen“ noch besaßen, wurden zu einem wesentlich niedrigeren als dem tatsächlichen Wert gegen Tabak und Lebensmittel eingehandelt. Diese Gegenstände, darunter auch Armbanduhren, wurden von den Gefangenen

¹⁰⁹³ APMO, Sammlung Erklärungen, Bd. 153, Bl. 124. Vgl. Schreiben von Michael Kriewel an Bozena Kra-marczyk, 24.6.2002; Raisch, Bericht, Bl. 1; Gerhard Raisch in einem Schreiben an den Verfasser, 14.7.2006; Kaps, 1952, S. 160.

¹⁰⁹⁴ Milota, 2003, S. 285f, 291.

eingetauscht, da diese befürchteten, derartige Gegenstände bei den folgenden Kontrollen zu verlieren. Für die Demontearbeiten in den Sakrauer Fabrikanlagen waren nur wenige Werkzeuge vorhanden. Das demontierte Inventar der Fabriken sollte später in der Sowjetunion erneut zusammengesetzt werden. Sämtliche Tätigkeiten mussten die Gefangenen per Hand und mit „provisorischen Mitteln“ durchführen. Die Demontearbeiten waren daher für die Gefangenen anstrengend und nahmen viel Zeit in Anspruch. Die Verzögerung der Arbeiten erregte den Unmut der Sowjets, da diese den vorgegebenen Zeitplan nicht einhalten konnten.¹⁰⁹⁵ Die Demontagen verliefen daher unter größtem Zeitdruck. Viele Ausrüstungen konnten nur bis zur sowjetischen Grenze gebracht und mussten dort in großen Zwischenlagern abgestellt werden.¹⁰⁹⁶ Die Rotarmisten ordneten an, die Gebäudewände der Breslauer Papierfabrik teilweise einzureißen, um sämtliche Maschinen mitsamt den gewichtigen Kupferwalzen in den Hof transportieren zu können. Mögliche Beschädigungen der Maschinen wurden in Kauf genommen. Die Meldung des erfolgten Abschlusses der Demontearbeiten an die Vorgesetzten hatte für die Sowjets Priorität.¹⁰⁹⁷

Ähnlich verhielt es sich bei der Demontage der Maschinenfabrik Rheinmetall-Borsig. Eine Ausnahme bildete die Demontage des dortigen Kesselhauses, bei der die Gefangenen alle Maschinenteile, einschließlich der Schrauben, mit roter Farbe nummerieren mussten. Die Nummern der markierten Bauteile wurden dann in einem Konstruktions- und Montageplan verzeichnet. Diese Arbeiten wurden von den Gefangenen nachlässig durchgeführt. Eine individuelle Ergebnisüberwachung der Arbeitsleistung konnte aufgrund des unzureichenden Personals und der knappen Zeitressource nicht erfolgen.¹⁰⁹⁸ So erinnerte sich ein ehemaliger Gefangener, der an den Demontearbeiten beteiligt war: „Wieweit aber bei der ‚sorgfältigen‘ Arbeit der Gefangenen die Nummern der einzelnen Teile mit denen auf dem Plan übereinstimmten, ist daran zu erkennen, daß wir nur hoffen konnten, daß dieses Kesselhaus nicht ausgerechnet von deutschen Kriegsgefangenen in Rußland wieder aufgebaut werden musste.“¹⁰⁹⁹ Einzigartige technologische Anlagen und intakte Produktionskomplexe wurden so auseinandergerissen und verschiedenen sowjetischen Betrieben in der Hoffnung zugewiesen, dass die neuen Besitzer einen Weg finden würden, die Apparaturen den neuen Bedürfnissen anzupassen.¹¹⁰⁰

¹⁰⁹⁵ Schneider, 2000, S. 38.

¹⁰⁹⁶ Knyschewskij, 1995, S. 26ff.

¹⁰⁹⁷ Schneider, 2000, S. 38.

¹⁰⁹⁸ Buggeln, 2012, S. 205.

¹⁰⁹⁹ Schneider, 2000, S. 38.

¹¹⁰⁰ Knyschewskij, 1995, S. 53.

Wolfgang Sofsky hat herausgestellt, dass die absolute Macht in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern versuchte, Raum und Zeit als Sinn- und Ordnungsressource für die Häftlinge zu zerstören. Die absolute Macht hat nach Sofsky wenig Interesse an Formen der Institutionalisierung und verlässt Zeitpläne beständig. Eine ständige Durchbrechung standardisierter Zeitbahnen, wie Sofsky sie für die NS-Lager für zentral hält, erfolgte in den sowjetischen Frontlagern nicht.¹¹⁰¹ Der Alltag der Lagergefangenen wurde durch einen Dienstplan geregelt. Die Gefangenen wurden um 6 Uhr morgens geweckt. Dem Frühsport um 6.30 Uhr folgte eine Viertelstunde später die Morgenwäsche. Nach dem Frühstück um 7 Uhr marschierten die Gefangenen um 7.15 Uhr zur Arbeit. Die im Lager verbliebenen Gefangenen mussten um 8 Uhr zu einem Zählappell antreten. Zwischen 9 bis 11 Uhr reinigten diese die Stuben und das Lager. Dem Mittagessen um 12.30 Uhr schlossen sich ein Arbeitsdienst um 13 Uhr und ein einstündiger Unterricht um 16 Uhr an. Um 18 Uhr wurde das Abendessen ausgegeben. Der abendliche Zählappell erfolgte um 20 Uhr. Eine Stunde später war Bettruhe angeordnet.¹¹⁰²

Mit einem Regierungserlass vom 26. Juni 1940 war in der gesamten Sowjetunion die Einführung der 48-Stunden-Woche vollzogen und somit die tägliche Arbeitszeit von regulär sieben auf acht Stunden erhöht worden. Auch für die deutschen Kriegsgefangenen kam diese verfassungsrechtlich festgelegte Arbeitszeitregelung zur Anwendung. Der Zweite Weltkrieg hatte die Wirtschaft in der Sowjetunion weitgehend zum Erliegen gebracht. Auch eine schnelle Demobilisierung der sowjetischen Streitkräfte nach der Kapitulation Deutschlands konnte den über Jahre anhaltenden Arbeitskräftemangel in der UdSSR nicht ausgleichen. Die Arbeitskraft der deutschen Gefangenen war somit für einen wirtschaftlichen Aufschwung Russlands unerlässlich. Im Jahr 1945 wurde daher die gesetzlich geregelte Arbeitszeit der Gefangenen oft von acht Stunden täglich auf zehn oder mehr Stunden erhöht. Da die Rote Armee die Werksanlagen der I.G. Farben in Auschwitz-Monowitz noch vor der Übergabe des Gebiets an Polen in die Sowjetunion verfrachtet haben wollte, musste die Schwerstarbeit von den Kriegsgefangenen teilweise in Schichten von über 12 Stunden Dauer ohne Verpflegungspausen verrichtet werden.¹¹⁰³ Auch an den Sonntagen wurden die Demontageeinsätze durchgeführt.¹¹⁰⁴ Vorwiegend die jüngeren Rotarmisten aus den sowjetischen Wachmannschaften trieben dabei die

¹¹⁰¹ Buggeln, 2012, S. 208.

¹¹⁰² Stukowski, 1959, S. 85.

¹¹⁰³ APMO, Erklärungen, Bd. 162, Bl. 139, 4.7.1945, 6.7.1945.

¹¹⁰⁴ Ratza, 1973, S. 12. Vgl. Lehmann, 1986, S. 98; Karner, 1995, S. 74; Blank, 1979, S. 92. Die An- und Abmarschwege zu den Arbeitsstätten wurden nicht in die Arbeitszeit eingerechnet.

Kriegsgefangenen mit Knüppelschlägen zum Arbeiten an und machten auch während der Zählungen der Arbeitskolonnen davon Gebrauch.¹¹⁰⁵

Die gefährlichen Beschäftigungen in den großräumigen Industrieanlagen waren für die Gefangenen häufig mit Arbeitsunfällen verbunden, die zum Teil tödlich endeten.¹¹⁰⁶ Insbesondere durch mangelnde Sicherheitsvorkehrungen kamen vermutlich täglich Gefangene bei der Verrichtung ihrer Tätigkeiten auf dem Werksgelände ums Leben, z. B. durch herabfallende Rohre oder Stürze von ungesicherten, bis zu 14 Meter hohen Gerüsten. Den Aufenthalt in den großflächigen Fabrikanlagen nutzten einzelne Gefangene zur Flucht. Da die sowjetischen Wachposten die Arbeitskommandos vollständig in das Lager zurückführen mussten, griffen diese auf dem Rückmarsch polnische Passanten auf und zwangen sie in die Gefangenenkolonnen, um so die Zahl der fehlenden Lagergefangenen auszugleichen.¹¹⁰⁷

Die Rote Armee setzte die Arbeitskommandos aus dem Sammellager auch zum Abbau des sieben Kilometer entfernten Hydrierwerks ein.¹¹⁰⁸ Dieses war während des Krieges zur Herstellung von Spezialprodukten für den Hochleistungs-Flugtreibstoff „Isooktan“ errichtet, aber nicht mehr in Betrieb genommen worden. Das Baugrundstück erstreckte sich über eine Länge von acht Kilometern Länge und eine Breite von drei Kilometern.¹¹⁰⁹ Wie in den Monowitzer Werkshallen erfolgten die Demontagetätigkeiten dort in großen Höhen, von denen aus einige Gefangene Suizidversuche begingen.¹¹¹⁰ Die zerlegten Hochdruckapparaturen wurden vermutlich am 16. Juni 1945 mit einem Gefangenentransport in die westsibirische Stadt Kemerowo verfrachtet, wo sie bei der Errichtung eines Hydrierwerkes auf Kohlebasis Verwendung fanden.¹¹¹¹ Die in den Werkshallen der I. G. Farben verblieben Maschinenteile dienten den Polen nach Abzug der sowjetischen Truppen zum Aufbau einer der größten Produktionsstätten für Kunststoff ihres Landes.¹¹¹²

¹¹⁰⁵ Sonntag, Informationen, Bl. 1. Vgl. APMO, Erklärungen, Bd. 129, Bl. 61, 64.

¹¹⁰⁶ Gottfried Pampel in einem Schreiben an den Verfasser, 14.8.2006; APMO, Erklärungen, Bd. 162, Bl. 139, 6.7.1945.

¹¹⁰⁷ Mazakarini, Dokumentation, Bl. 2.

¹¹⁰⁸ Sonntag, Informationen, Bl. 3; APMO, Erinnerungen, Bd. 217, Bl. 88, 30.6.1945.

¹¹⁰⁹ Birkenfeld, 1964, S. 139f., 165, 174f. Das Werk war bei den Planungen Ende 1940 für eine Erzeugung von 400.000 Tonnen leichten Kraftstoffen und 200.000 Tonnen Heizöl vorgesehen. Die Nähe zur Weichsel, zur einer größeren Bahnlinie und den regionalen Kohlegruben sowie die Beschaffenheit des Geländes begünstigten die Standortwahl.

¹¹¹⁰ Sonntag, Informationen, Bl. 3; APMO, Erklärungen, Bd. 129, Bl. 61.

¹¹¹¹ Wagner, 2000, S. 295.

¹¹¹² Ebenda, S. 296.

6.2.1.2 Die Arbeitsgruppen

Am 17. Juli 1942 hatte das NKVD eine Richtlinie erlassen, der zufolge die Einteilung der Kriegsgefangenen in Arbeitstauglichkeitsgruppen zu erfolgen hatte.¹¹¹³ Nach der Einlieferung in das Lager Auschwitz musterten Ärzte die eingetroffenen Soldaten auf ihre Arbeitsfähigkeit.¹¹¹⁴ Die Einteilung der Kriegsgefangenen in fünf Arbeitsgruppen erfolgte in so genannten „Kommissionierungen“. Dazu untersuchten sowjetische Lagerärzte und -ärztinnen den Gesundheitszustand der entkleideten Gefangenen mit dem „unanständigen Griff“. Sie überprüften am entblößten Gesäß, wie weit die Muskulatur dort ausgeprägt bzw. wie viel Fleisch noch vorhanden war. Anschließend wurden die Gefangenen je nach körperlicher Verfassung den verschiedenen Gruppen zugeteilt.¹¹¹⁵ Die „Kommissionierungen“ erfolgten nicht nur bei Neubelegungen des Lagers, sondern auch, wenn ein großer Bedarf an Arbeitskräften bestand. Arbeitskräftemangel herrschte insbesondere in Ostoberschlesien, da die sowjetische Besatzungsmacht aufgrund der bevorstehenden Übergabe der Region an die polnische Verwaltung eine Vielzahl an Zwangsarbeitern für den Abbau der umliegenden Industrieanlagen benötigte.¹¹¹⁶ Für die Musterungen mussten sämtliche Gefangenen des Lagers Aufstellung nehmen.¹¹¹⁷ Die ärztlichen Untersuchungen der einzelnen Kriegsgefangenen, die aufgrund der Masse an Lagergefangenen sehr rasch vonstatten gingen¹¹¹⁸, fanden im Abstand weniger Tage und zuweilen auch an aufeinanderfolgenden Tagen statt.¹¹¹⁹

Der Arbeitsgruppe I wurden alle gesunden Kriegsgefangenen zugeteilt. Sie konnten täglich acht Stunden für schwere körperliche Arbeiten eingesetzt werden.¹¹²⁰ Die Auschwitz Lagerkommandantur zog sie zu Demontearbeiten auf dem Werksgelände des I. G. Farbenkonzerns in Monowitz heran.¹¹²¹ Die Gefangenen mit leichten körperlichen Beschwerden oder chronischen Erkrankungen zählten zur Arbeitsgruppe II und wurden acht Stunden am Tag zu Tätigkeiten mit einem mittleren Schwierigkeitsgrad eingesetzt.¹¹²² Auch die Gefangenen dieser Arbeitsgruppe mussten Demontearbeiten verrichten.¹¹²³ Der Arbeitsgruppe III

¹¹¹³ Karner, 1995, S. 140f; Karner, 1999, S. 354.

¹¹¹⁴ Blank, S. 1979, S. 13.

¹¹¹⁵ Karner, 1999, S. 355; Karner, 1995, S. 86; Ratza, 1973, S. 13; Frieser, 1981, S. 47. Vgl. Blank, 1979, S. 89, 95.

¹¹¹⁶ Ratza, 1973, S. 10.

¹¹¹⁷ APMO, Erklärungen, Bd. 162, Bl. 140, 14.7.1945.

¹¹¹⁸ Ebenda, Bl. 138, 30.6.1945. Vgl. Blank, 1979, S. 89.

¹¹¹⁹ APMO, Erinnerungen, Bd. 217, Bl. 88, 1.7.1945; APMO, Erklärungen, Bd. 162, Bl. 139/140, 8.7.1945, 13.7.1945, 14.7.1945.

¹¹²⁰ APMO, Erklärungen, Bd. 162, Bl. 138, 30.6.1945; Karner, 1999, S. 354; Karner, 1995, S. 140f; Ratza, 1973, S. 13; Frieser, 1981, S. 47. Vgl. Blank, 1979, S. 13, 89.

¹¹²¹ Gottfried Pampel in einem Schreiben an den Verfasser, 14.8.2006.

¹¹²² Karner, 1999, S. 354; Karner, 1995, S. 140f; Ratza, 1973, S. 13. Vgl. Blank, 1979, S. 13, 89.

¹¹²³ Gottfried Pampel in einem Schreiben an den Verfasser, 14.8.2006.

gehörten Lagergefangene mit körperlichen Beeinträchtigungen, wie Magengeschwüren oder Kropf bzw. chronischen Krankheiten, an. Gemäß den Bestimmungen des sowjetischen „Rats der Volkskommissare“ hatten diese täglich vier bis sechs Stunden leichte physische Arbeiten im Lager auszuführen.¹¹²⁴ Zu ihren Aufgaben zählte der Arbeitsdienst in einem großen Lagerdepot, wo sie Bekleidungsstücke zu sortieren hatten.¹¹²⁵ Im Lagerlazarett wurden sie ebenfalls zu leichten Beschäftigungen herangezogen.¹¹²⁶ Zu dem Tätigkeitsbereich der dritten Arbeitsgruppe zählte zudem das Kartoffellesen und -schälen¹¹²⁷ sowie das Latrinenreinigen und das Entleeren der Fäkaliengruben¹¹²⁸. Kompanieweise wurden im Lager verbliebene, arbeitsfähige Gefangene auch zum Wachdienst in den Unterkünften und zum Revierreinigen, d. h. zum Fegen und Wischen der Wohnblocks, eingesetzt.¹¹²⁹ Arbeitskommandos der dritten Gruppe setzten das Ausräumen der Wohnblöcke fort, mit dem die ersten Gefangenen unmittelbar nach ihrer Ankunft begonnen hatten.¹¹³⁰ Das aus den Wohnblöcken entfernte Inventar, wie Spinde und Türen, luden sie auf Pferdewagen, die noch mit der Beschriftung „KL Auschwitz“ versehen waren, und schoben diese für den Abtransport durch das Lagertor ins Freie.¹¹³¹ Das Befördern und Einräumen von Betten in die Blocks gehörte zu ihren weiteren Aufgaben.¹¹³² Der sowjetische Lagerkommandant kontrollierte auf Rundgängen den Arbeitseinsatz der im Lager beschäftigten Gefangenen.¹¹³³ In der Praxis orientierte sich der Arbeitseinsatz jedoch nicht immer an den Bestimmungen des „Rats der Volkskommissare“. Gelegentlich hatten die Lagergefangenen der Arbeitsgruppen I bis III an denselben Arbeitsplätzen dieselbe Zeit zu arbeiten.¹¹³⁴ So kamen Angehörige der dritten Arbeitsgruppe gelegentlich auch bei den schweren Arbeiten in der Monowitzer I. G. Farben-Fabrik zum Einsatz.¹¹³⁵ Die Gefangenen wurden jedoch nicht täglich zum Demontageeinsatz herangezogen. Den Tagen mit Arbeitsdienst folgten oft Ruhetage, an denen diese keine Arbeit verrichten mussten.¹¹³⁶ Alle Kriegsgefangenen mit akuten chronischen Krankheiten oder schweren gesundheitlichen Schäden, wie Tuberku-

¹¹²⁴ APMO, Erinnerungen, Bd. 217, Bl. 88, 7.7.1945; Karner, 1999, S. 354; Karner, 1995, S. 140f; Ratza, 1973, S. 12. Vgl. Blank, 1979, S. 89.

¹¹²⁵ APMO, Erklärungen, Bd. 162, Bl. 138, 1.7.1945; APMO, Erinnerungen, Bd. 217, Bl. 88, 6.7.1945.

¹¹²⁶ Ebenda, 2.7.1945.

¹¹²⁷ APMO, Erinnerungen, Bd. 217, Bl. 87, 31.5.1945, 4.6.1945.

¹¹²⁸ APMO, Sammlung Erklärungen, Bd. 96, Bl. 87; Sonntag, Informationen, Bl. 2; APMO, Erinnerungen, Bd. 217, Bl. 88, 10.7.1945, 13.7.1945; Friedrich Stelzel in einem Schreiben an den Verfasser, 11.9.2008.

¹¹²⁹ Profé, Tagebuch, 4.7.1945, 27.7.1945, 31.7.1945, 5.8.45.

¹¹³⁰ APMO, Sammlung Erklärungen, Bd. 96, Bl. 86; Mazakarini, Dokumentation, Bl. 1.

¹¹³¹ Friedrich Stelzel in einem Schreiben an den Verfasser, 11.9.2008.

¹¹³² Profé, Tagebuch, 10.7.1945.

¹¹³³ Ebenda, 10.7.1945, 5.8.1945. Profé: „Davor hatten sich verschiedene Leute gedrückt. Der Lagerkommandant kam, hielt eine Standpauke, und alles musste bis abends fertig sein.“

¹¹³⁴ Ratza, 1973, S. 13.

¹¹³⁵ APMO, Erklärungen, Bd. 162, Bl. 139, 4.7.1945, 6.7.1945.

¹¹³⁶ APMO, Erinnerungen, Bd. 217, Bl. 88/89, 3.7.1945, 5.7.1945, 9.7.1945, 12.7.1945, 19.8.1945; APMO, Erklärungen, Bd. 162, Bl. 138/139, 3.7.1945, 5.7.1945; Profé, Tagebuch, 27.7.45.

lose oder bösartigen Geschwüren, wurden in einer vierten Kategorie, der Arbeitsgruppe „OK“, zusammengefasst.¹¹³⁷ Als Angehörige der Erholungskompanien hatten sie keinen Arbeitsdienst zu leisten oder wurden nur zu leichten Lagerarbeiten herangezogen.¹¹³⁸ Zumeist verblieben sie tagsüber auf ihren Pritschen.¹¹³⁹ Da sie keine Tätigkeiten verrichteten, erhielten sie nur eine Minimalverpflegung. Der fünften Arbeitsgruppe gehörten die Dystrophiker an, die ebenfalls als nicht arbeitsfähig galten.¹¹⁴⁰ In dieser Gruppe waren alle Schwerkranken und Sterbenden zusammengefasst.¹¹⁴¹ Für die Einteilung in die Arbeitsgruppen war auch das Alter der Gefangenen von Bedeutung. Kriegsgefangenen zwischen 18 und 50 Jahren, die eine gute körperliche Verfassung aufwiesen, teilte das Lagerpersonal der ersten Gruppe zu. Der zweiten Arbeitsgruppe gehörten die Gefangenen im Alter zwischen 16 und 18 Jahren bzw. die 50- bis 60-Jährigen an. Ältere Kriegsgefangene ordneten die Lagerärzte der dritten oder vierten Kategorie zu.¹¹⁴² Mit diesen Maßnahmen sollte eine höchstmögliche Effizienz des Arbeitseinsatzes erzielt und zugleich eine Verschlechterung der physischen Verfassung, d. h. eine Minderung der Arbeitskraft, bei den Gefangenen vermieden werden.¹¹⁴³

6.2.2 Der Arbeitseinsatz im polnischen Gewahrsam

In der unmittelbaren Nachkriegszeit wurden die „Volksdeutschen“ in Polen als günstige oder kostenfreie Arbeitskräfte behandelt. Sie mussten z. B. in Ämtern und Krankenhäusern, staatlichen und privaten Fabriken oder bei militärischen Truppeneinheiten arbeiten. Als die Landräte der Wojewodschaft Lodz am 6. Juli 1946 tagten, herrschte bei ihnen die Sorge vor, dass nicht genügend deutsche Arbeitskräfte für den Einsatz auf polnischen Staatsgütern vorhanden wären. Die Teilnehmer der Tagung schlugen daher vor, dass bei der Verteilung der deutschen Zwangsarbeiter in erster Linie die „verdienten“ Landräte bzw. Gemeindevorsteher sowie die Mitglieder der demokratischen Parteien berücksichtigt werden sollten.¹¹⁴⁴

In Zeiten, in denen Arbeiter für Feldarbeiten dringend gesucht wurden, führten polnische Behörden insbesondere in der Stadt und der Wojewodschaft Lodz regelmäßig Razzien nach möglichen Arbeitskräften durch. Die aufgegriffenen Deutschen wurden dabei für die Arbeit auf den Staatsgütern rekrutiert. Die Lodzer Zeitung „Express Ilustrowany“ konstatierte im Juli

¹¹³⁷ APMO, Erklärungen, Bd. 162, Bl. 123; Karner, 1999, S. 354; Karner, 1995, S. 140f; Ratza, 1973, S. 13; Frieser, 1981, S. 47. Vgl. Blank, 1979, S. 89.

¹¹³⁸ APMO, Erklärungen, Bd. 162, Bl. 123; Ratza, 1973, S. 12. Vgl. Blank, 1979, S. 89.

¹¹³⁹ APMO, Erklärungen, Bd. 162, Bl. 123. Vgl. Frieser, 1981, S. 44.

¹¹⁴⁰ Ratza, 1973, S. 13. Frieser, 1981, S. 47. Vgl. Blank, 1979, S. 90.

¹¹⁴¹ APMO, Erklärungen, Bd. 206, Bl. 6; APMO, Sammlung Erklärungen, Bd. 96, Bl. 89.

¹¹⁴² Ratza, 1973, S. 13.

¹¹⁴³ Karner, 1999, S. 354f.

¹¹⁴⁴ Kochanowski, 2006, S. 344f.

1946, dass der Arbeitseinsatz der Deutschen „völlig gerecht und gerechtfertigt“ sei, „wenn es um das Wachstum der Volkswirtschaft geht, die durch die Besatzer zerstört worden ist“, aber deren Einsatz zu privaten Zwecken verhindert werden müsse. Beispielhaft erwähnte die Zeitung dazu den Fall eines polnischen Schlachters, der einen deutschen Gesellen, eine deutsche Verkäuferin sowie eine deutsche Bedienstete in seinem Betrieb beschäftigte. Durch entsprechende Maßnahmen nahmen die Beschäftigungen von Deutschen bei polnischen Bauern oder in Privatfirmen zwar ab, konnten aber nicht vollständig verhindert werden und hielten noch bis in die Jahre 1950/51 an. Die 14.000 deutschen Internierten, die im Lager Sikawa registriert waren, wurden im Mai 1947 in 60 Privatfabriken, in 78 staatlichen Fabriken und in 265 Ämtern zur Arbeit eingesetzt.¹¹⁴⁵

Mit der Übernahme von über 50.000 deutschen Kriegsgefangenen verfügten die polnischen Behörden über ein gewaltiges Arbeitskräftereservoir, das insbesondere für den Einsatz in den Bergwerken des oberschlesischen Kohlreviers genutzt wurde. Ende September 1945 traf eine aus sechs polnischen Ärzten bestehende Kommission in Neuhammer ein. Die Ärzte untersuchten die Gefangenen hinsichtlich ihrer Grubentauglichkeit. Auch deutsche Lagerärzte wurden für diese Untersuchungen herangezogen.¹¹⁴⁶ Wie allgemein für den Einsatz der Zivilinternierten ist auch für die Kriegsgefangenenarbeit in den ersten drei Jahren nach Kriegsende anzunehmen, dass die Arbeitskraft der Gefangenen bei einem möglichst geringen Aufwand maximal ausgenutzt werden sollte.¹¹⁴⁷ Viele der ehemaligen Wehrmachtssoldaten wurden bis zum Ende ihrer Gefangenschaft als unqualifizierte Arbeiter angestellt. Sie kamen überall dort zum Einsatz, wo ein Mangel an polnischen Arbeitskräften bestand, wie z. B. im Forstwesen, in der Landwirtschaft und bei Bau- oder Abbrucharbeiten. Auch in den als gefährlich angesehenen Tätigkeitsfeldern wurden Gefangene eingesetzt. Gleichzeitig waren die polnischen Behörden bemüht, die Kriegsgefangenen nach ihren Qualifikationen zu sortieren und die Fachkräfte unter ihnen ausfindig zu machen.¹¹⁴⁸

In den Grubenlagern des oberschlesischen Industriegebiets wurden daher zur größtmöglichen Ausnutzung der Arbeitskraft auch nicht arbeitsfähige Gefangene zum Einsatz unter Tage gezwungen, wobei ihr Tod billigend in Kauf genommen wurde. Ein ehemaliger Gefangener berichtete:

¹¹⁴⁵ Ebenda.

¹¹⁴⁶ Richard, 1994, S. 105f.

¹¹⁴⁷ Kochanowski, 2004, S. 128f.

¹¹⁴⁸ Ebenda, S. 125.

„Auf die Lagerärzte wurde ein starker Druck ausgeübt, um möglichst viele Untertagearbeiter zu erpressen, denn der Verschleiß an Kräften durch die schwere Arbeit, die schlechte Kost und vielen Unfälle war sehr groß. So kam es eben, daß die Kameraden, die nicht grubenfähig waren, doch einfahren mußten und nach kurzer Zeit krank wurden. Der unter Tage getriebene Raubbau ging allein auf Kosten der Gefangenen. Für die Sicherung wurde sehr wenig getan, die Unfallziffer stieg von Tag zu Tag. Es gab aber nur ein Gebot: Kohle, Kohle, soviel wie möglich, und die Norm erfüllen.“¹¹⁴⁹

Die polnische Lagerverwaltung im Grubenlager „Bierut“ bemühte sich zunächst, den physischen Zustand der eingetroffenen Gefangenen zu verbessern. Am 7. November 1945 erfolgte dann die Aufstellung der Untertagekommandos. Noch am selben Tag begann der Arbeitseinsatz der Gefangenen in dem nahe gelegenen Bergwerk. Die Angehörigen der Arbeitskommandos erhielten als Arbeitsbekleidung ein Paar Holzschuhe, einen dünnen Leinenanzug sowie ein Leinenhemd. In der Grube „Bierut“ wurden die Gefangenen dann den verschiedenen Abteilungen zugeteilt. Die Schachtsohle befand sich in 700 Metern Tiefe. Drei Abteilungen kamen in den unterschiedlichen Schachttiefen zum Einsatz. Die Gefangenen wurden an den Füllorten zum Beladen der Wagen bzw. zum Kohleschuppen eingesetzt. Die Füllortbesatzung, jeweils bestehend aus zwei Heuern, zwei Schleppern und einem Kriegsgefangenen, förderte in einer Schicht zwischen 85 und 110 Wagen, die jeweils etwa 14 Zentner Kohle fassten. Auch auf Nebenförderstrecken kamen gelegentlich Kriegsgefangene zum Einsatz, die bis zu 20 Wagen pro Schicht zur Hauptstrecke beförderten. „Es war eine schwere Arbeit, die wir leisten mussten“, erinnerte sich einer der Kriegsgefangenen.¹¹⁵⁰

Die polnischen Oberheuer behandelten die Offiziere im Lager, die vom Arbeitsdienst befreit waren, „mit einer gewissen Hochachtung“. Als Kommandoführer waren im Bergwerkslager „Bierut“ ab dem 7. November 1945 ein Oberleutnant Carstensen und später ein Leutnant Bufske eingesetzt. Diese beiden Kommandoführer hatten „ein gutes Verhältnis“ zu den ihnen unterstehenden Gefangenen.

Gelegentlich kam es vor, dass ein Arbeitskommando nicht die erforderliche Sollstärke aufwies. Der Lagerälteste Wilhelm Hahn und seine Helfer Jacobi und Geburek trieben dann unter Prügel Schwerkranke aus der Lagerbaracke 4 zum Appellplatz, wo sie den Kommandos zugeteilt wurden. Am 6. Februar 1946 schickte Jacobi einen krankgeschriebenen Gefangenen aus einer Baracke und teilte ihn einem Kommando zu. Während der Schicht brach der Kranke zusammen, so dass die Mitgefangenen ihn in das Lager zurücktragen mussten, wo er noch in der gleichen Nacht verstarb.¹¹⁵¹

¹¹⁴⁹ Kaps, 1952, S. 170.

¹¹⁵⁰ Wagner, Jaworzno, o. P.

¹¹⁵¹ Ebenda.

Auch einige deutsche Kommandoführer misshandelten die Gefangenen. Zumeist verhielten sich die Kommandoführer jedoch wie „gute Kameraden“, die sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten um das Wohl der ihnen untergebenen Mitgefangenen bemühten. Häufig gelang es den deutschen Kommandoführern, den polnischen Oberheuer zu besänftigen, wenn dieser ein Vergehen der Gefangenen an die polnischen Wachmannschaften melden wollte.¹¹⁵²

Kriegsgefangene sollten nach den Bestimmungen der Genfer Konvention von 1929 unter denselben Bedingungen arbeiten wie die Bürger der Gewahrsamsmacht. In den Leihverträgen, die das DWO mit dem CZPW oder anderen Institutionen bzw. Personen abschloss, wurden die Arbeitgeber verpflichtet, die geltenden Vorschriften einzuhalten. In der Praxis zeigte sich jedoch, dass die dabei getroffenen Vereinbarungen häufig nicht zur Umsetzung kamen. Neben Racheakten durch polnische Arbeitskollegen waren auch die Arbeits- bzw. Lebensbedingungen der polnischen Arbeiter in der Nachkriegszeit sehr schwierig, was beispielsweise in Warschau und Lodz wiederholt zu Protesten und Streiks führte. Das Verhältnis der polnischen Bevölkerung zu den deutschen Zwangsarbeitern variierte von Region zu Region. Die Behandlung der Kriegsgefangenen in Schlesien, vor allem in Oppeln, unterschied sich wesentlich von der in Posen.¹¹⁵³

Bereits im Frühjahr 1946 begannen die polnischen Behörden während der Erweiterung der Warschauer Lager, unter den Kriegsgefangenen nach ausgebildeten Bauarbeitern zu suchen. Staatliche Behörden, aber auch zahlreiche Kommissariate der Miliz und des Sicherheitsdienstes sowie militärische Institutionen waren auf der Suche nach Malern, Schneidern, Schuhmachern, Chauffeuren, Mechanikern und Elektrikern. Auch das polnische Militär rekrutierte dabei notwendige Spezialisten, die sie beispielsweise in Bromberg, Gdingen, Radom, Warschau und Lodz beim Bau von Militärflughäfen beschäftigte. Schnell wurde amtlich angeordnet, die vorhandenen Fachkräfte unter den Kriegsgefangenen und Häftlingen statistisch zu erfassen.¹¹⁵⁴

Die Gefangenen im Lager „Bierut“ arbeiteten bis zum Mai 1947 in Acht-Stunden-Schichten Untertage. Ab dem 18. Mai 1947 trat für die Gefangenen jedoch eine neue Arbeitsregelung in Kraft. Zusätzlich zu der Untertageschicht mussten die Lagergefangenen fortan weitere vier Stunden Übertage arbeiten. Durch die Verschlechterung der Lagerverpflegung und die Ver-

¹¹⁵² Wagner, Jaworzno, o. P.

¹¹⁵³ Kochanowski, 2004, S. 128f.

¹¹⁵⁴ Ebenda, S. 125.

längerung der Arbeitszeit fielen die Arbeitsleistungen der Gefangenen stark ab.¹¹⁵⁵ Der Arbeitsalltag eines Kommandos gestaltete sich fortan z. B. so:

„7 Uhr Abmarsch zur Übertagearbeit, 7.30 – 11.30 Übertageschicht, 12 Uhr Rückkehr in das Lager, 13 Uhr Abmarsch zur Grube, 13.15 – 13.30 Umziehen, 13.30 Seilfahrt, (wir mussten vor den Polen einfahren, und nach den Polen ausfahren) 14 – 22 Uhr Schicht Untertage, 22.30 Seilfahrt, 22.45 – 23.15 Duschen, 23.30 Rückkehr in das Lager.“¹¹⁵⁶

Der Direktor des DWO, Stanisław Pizło, ordnete am 1. Oktober 1947 an, dass dem DWO quartalsweise eine „namentliche Auflistung der im Gefängnis (Lager) befindlichen Fachleute unter den Strafgefangenen, Internierten, Volksdeutschen und Kriegsgefangenen“ zu übermitteln sei. Für die schlesischen Bergwerke und die Bauunternehmen der polnischen Hauptstadt wurde die Arbeitskraft der Kriegsgefangenen bald unersetzlich. Im Lager Puławy verrichteten die Gefangenen beispielsweise im Jahr 1946 nahezu alle vor Ort anfallenden Verwaltungsaufgaben. Als das Lager zu Jahresbeginn 1947 aufgelöst und viele der dortigen Kriegsgefangenen nach Warschau verlegt wurden, bedeutete dies für die Kommandoverwaltung von Puławy einen tiefgreifenden Einschnitt. Im Laufe der Zeit entstand ein regelrechtes wechselseitiges Abhängigkeitsverhältnis zwischen den Arbeitgebern und den bei ihnen beschäftigten Kriegsgefangenen. Von maßgeblicher Bedeutung war dabei, dass die Arbeitskräfte kostengünstig und teilweise fachlich geschult waren. Wiederholt erbaten verschiedene Truppeneinheiten, zivile Einrichtungen und Milizkommissariate beim DWO um die Überlassung von dringend erforderlichen Arbeitskräften.¹¹⁵⁷

Aufgrund eines Sonderübereinkommens zwischen Polen und der Tschechoslowakei kamen in den Jahren 1946/47 deutsche Kriegsgefangene aus dem tschechischen Lager in Vitkovice (Wittkowitz) bei Mährisch-Ostrau zum Arbeitseinsatz nach Polen. In Auschwitz mussten die Gefangenen die Spurbreite der Bahngleise ändern. Im Oktober 1946 befanden sich 95 Kriegsgefangene aus dem Lager Vitkovice in Polen, während es im März 1947 noch 83 und im September 1947 schließlich 62 waren. Bis Ende Oktober 1947 sollten die Arbeiten beendet sein.¹¹⁵⁸ Auch Zivilgefangene aus dem Sudetenland wurden für den Arbeitseinsatz nach Auschwitz überführt, wo die tschechischen Begleitmannschaften sie als ehemalige SS-Angehörige ausgaben. Die Kriminalisierung dieser Gefangenen sollte vermutlich der Legiti-

¹¹⁵⁵ Wagner, Jaworzno, o. P.

¹¹⁵⁶ Ebenda.

¹¹⁵⁷ Kochanowski, 2004, S. 125f.

¹¹⁵⁸ Böss, 1974, S. 228.

mation dienen, den Sudetendeutschen eine höhere Arbeitsleistung abzuverlangen, worüber einer von ihnen berichtete:¹¹⁵⁹

„Am 15.3.1946 wurde ich mit zehn Mann nach Auschwitz zur Erzverladung kommandiert. Die sudetendeutschen Arbeiter wurden in kleinen Gruppen nach und nach über die polnische Grenze nach Auschwitz geschmuggelt und dort von den Tschechen als reichsdeutsche SS angemeldet, obwohl sie durchaus Zivilisten waren und keiner Formation angehört hatten. Die Unterkünfte in Auschwitz waren so mit Läusen und Wanzen verseucht, daß wir nur im Freien schlafen konnten. Die Verpflegung bestand nur aus Brot und Kartoffeln ohne Fleisch und Fett. Dabei mußten wir 14-16 Stunden schwer arbeiten.“¹¹⁶⁰

Mitte 1947 befanden sich nach offiziellen Angaben insgesamt 38.358 Kriegsgefangene in Polen, von denen 26.338 in der Kohleindustrie eingesetzt waren. Weitere 2.617 Gefangene mussten für das polnische Militär arbeiten. Bei den Einheiten von MO, UBP und KBW, die dem Sicherheitsministerium unterstellt waren, kamen 1.478 Gefangene zum Einsatz. Von den arbeitenden Kriegsgefangenen waren 82 in privaten Produktionsstätten, 391 in Staatsämtern, 201 auf Landgütern, 809 in den Bauernhöfen und Werkstätten von Gefängnissen sowie 3.408 in staatlichen Fabriken und Unternehmen beschäftigt. Zudem waren 62 Kriegsgefangene beim polnischen Militär bzw. beim MBP und 830 Kriegsgefangene in staatlichen Landwirtschaftsbetrieben eingesetzt. In den Lagern waren insgesamt 1.649 Kriegsgefangene tätig. Weitere 99 Gefangene arbeiteten bei Privatpersonen. Die Zahl der als krank oder arbeitsunfähig eingestuften Kriegsgefangenen blieb mit 394 vergleichsweise gering. Im Juni 1948 waren von 32.981 Kriegsgefangenen 22.321 in der Kohleindustrie, 266 in der Chemieindustrie, 409 im privaten Bauwesen, 594 in den Lageradministrationen, 793 im landwirtschaftlichen Bereich, 520 in der Maschinenbauindustrie, 542 im Hüttenwesen, 1.582 in den Lagerwerkstätten und 5.954 im staatlichen Bauwesen beschäftigt. Zu den 4.200 „aus dem Arbeitsprozess entfernen“ Kriegsgefangenen zählten neben 700 vom Arbeitsdienst befreiten Offizieren auch 3.150 Personen, die zur Entlassung vorgesehen waren, und 350 vermutlich völlig arbeitsunfähige Gefangene.¹¹⁶¹

Die jeweilige Dauer der Kriegsgefangenschaft hing vom Arbeitsplatz und der Art der Beschäftigung eines Gefangenen ab. Wie im sowjetischen Gewahrsam wurde der individuelle Nutzen eines Kriegsgefangenen bald zu einem ausschlaggebenden Kriterium für die Entlassung. Für die Fachkräfte dauerte die Gefangenschaft daher am längsten. Zwischen 1948 und

¹¹⁵⁹ Buggeln, 2012, S. 197.

¹¹⁶⁰ Bericht Nr. 364, zit. in: Turnwald, 1951, S. 504.

¹¹⁶¹ Kochanowski, 2004, S. 126.

Ende 1949 verstärkten sich die Befürchtungen der polnischen Behörden, dass die für Polen entwickelten Wirtschaftspläne nach der Entlassung der Gefangenen scheitern würden.¹¹⁶²

6.3 Die Umerziehung

Während sich die sowjetische, die britische und die französische Führung im Laufe des Zweiten Weltkriegs zunächst kaum Gedanken über Maßnahmen der politischen Einflussnahme nach der zu erwartenden deutschen Kapitulation gemacht hatten, entwickelte die US-amerikanische Regierung dazu schon relativ frühzeitig verschiedene Konzepte.¹¹⁶³ Unter dem Begriff der „Reeducation“ wurden alle Maßnahmen zusammengefasst, die darauf abzielten, den Deutschen die Grundsätze, Prinzipien und Haltungen demokratischen Zusammenlebens auf der geistigen und emotionalen Ebene verständlich zu machen sowie ihnen das Erkennen, Ausfüllen und sinnvolle Nutzen von demokratischen Strukturen näherzubringen.¹¹⁶⁴ Reeducation sollte nach Meinung der amerikanischen Politiker nicht nur in einer Umerziehung im Sinne des deutschen Wortes Erziehung bestehen, sondern die Neubewertung der geistigen und kulturellen Werte des deutschen Volkes einschließen.¹¹⁶⁵ In der öffentlichen Diskussion behielt der Begriff „Umerziehung“ einen negativen Beiklang, da er durchweg interpretiert wurde „als ein Element der Siegerpolitik gegenüber den Besiegten, aufgrund weniger der politischen als moralischen Überlegenheit – wie man sie verstand.“¹¹⁶⁶

6.3.1 Die Umerziehung im sowjetischen Gewahrsam

In der Sowjetunion waren die sowjetischen Politoffiziere und deutsche Emigranten seit dem Kriegsbeginn 1941 für die politische Beeinflussung der Kriegsgefangenen verantwortlich.¹¹⁶⁷ Ein Arbeitsbericht der sowjetischen Gefangenenverwaltung GUPVI für den Zeitraum Juni 1941 bis März 1944, in dem die Ziele der antifaschistischen Arbeit unter den Kriegsgefangenen definiert wurden, sah in erster Linie die „Umerziehung der großen Masse der Kriegsgefangenen und ihre Wandlung in Freunde der Sowjetunion“ vor.¹¹⁶⁸ Ihre Aufgabe bestand zu-

¹¹⁶² Ebenda.

¹¹⁶³ Fischer, Heinz-Dietrich, 1978, Reeducations- und Pressepolitik unter britischem Besatzungsstatus. Die Wochenzeitung „Die Welt“ 1946-1950. Konzeption, Artikulation und Rezeption, Düsseldorf, S. 22.

¹¹⁶⁴ Neumann, 1997, S. 15. Zu den westalliierten Reeducation-Plänen für das Nachkriegsdeutschland siehe ausführlich Held, Renate, 2008, Kriegsgefangenschaft in Großbritannien. Deutsche Soldaten des Zweiten Weltkriegs in britischem Gewahrsam, München, S. 93-112.

¹¹⁶⁵ Fischer, 1978, S. 23.

¹¹⁶⁶ Ebenda, S. 27.

¹¹⁶⁷ Frieser, 1981, S. 92f.

¹¹⁶⁸ Karner, 1995, S. 95.

nächst in der Bildung so genannter „antifaschistischer Kader“. Das Nationalkomitees „Freies Deutschland“ und der Bund Deutscher Offiziere unterstützen diese nach ihrer Gründung dabei, indem sie Delegationen in die Lager entsandten. Nach der Konsolidierung der ersten Aktive überließen die Sowjets den Aktivisten zunehmend die Politarbeit in den Gefangenenlagern. Als bedeutendstes Propagandainstrument erwiesen sich die Vollversammlungen der Lagerbelegschaft, die „Meetings“ genannt wurden. Als Redner traten dabei die Politinstruktoren oder die Aktiv-Leiter und zuweilen auch andere Mitglieder der Aktive auf. In den Gefangenenunterkünften wurden auch vor kleineren Gruppen Vorträge organisiert, wobei der Schwerpunkt dieser Veranstaltungen auf der Diskussion lag. Neben einzelnen Lagerzeitungen bildete insbesondere die NKFD-Zeitung „Freies Deutschland“ ein besonderes Instrument der politischen Willensbildung unter den Gefangenen. Auch Theaterstücke mit politischem Inhalt und Sketche zählten zum antifaschistischen Bildungsprogramm. Vorführungen von Propagandafilmen, wie etwa über den Kriegsverbrecherprozess in Charkow, blieben in den Lagern jedoch die Ausnahme.¹¹⁶⁹

Von Bedeutung waren die politische Werbung und Umschulung dabei nur in den Lagern der Offiziere. In den Mannschaftslagern hingegen lag der Fokus auf dem Arbeitseinsatz. Eine systematisch geführte „antifaschistische Umerziehung“ erfolgte bis zum Kriegsende 1945 nicht. Da die Sowjets den Nationalsozialismus nicht als ein geschlossenes weltanschauliches Denksystem anerkannten, erfolgte die Auseinandersetzung mit der NS-Ideologie in der politischen Arbeit nur in Ansätzen. In der sowjetischen Propaganda erfuhren hingegen die aus dem nationalsozialistischen Regime resultierenden Verbrechen eine hohe Aufmerksamkeit. Das breite Spektrum an Gewalttaten reichte dabei von der Unterdrückung von Oppositionellen über Kriegsverbrechen in der UdSSR bis hin zur Vernichtung der europäischen Juden. Insbesondere bei der individuellen Anwerbung von Kriegsgefangenen spielten die NS-Verbrechen häufig eine wesentliche Rolle. In persönlichen Gesprächen nahmen die Sowjets auch deutsche Beutedokumente zur Hilfe, um ihren Aussagen Nachdruck zu verleihen und jegliche Zweifel auszuräumen. Die Thematisierung der NS-Verbrechen implizierte dabei einen moralischen Appell an das Gewissen eines jeden Gefangenen, sich von der NS-Führung zu distanzieren und somit eine persönliche Schuld abzuwenden.¹¹⁷⁰

¹¹⁶⁹ Robel, 1974, S. 96f.

¹¹⁷⁰ Frieser, 1981, S. 51ff.

6.3.1.1 Die sowjetische Umerziehung ab Sommer 1944

Im Januar 1944 überschritt die Rote Armee die Vorkriegsgrenze Polens.¹¹⁷¹ Sowjetische Truppen konnten im Juli des Jahres das bei Lublin gelegene Vernichtungslager Majdanek unzerstört einnehmen.¹¹⁷² Die Befreiung Majdaneks stellte für die Rote Armee und die Weltöffentlichkeit einen Schock dar. Der Befehlshaber der zuständigen sowjetischen Heeresgruppe, Marschall Konstantin Rokossowskij, ergriff daher Maßnahmen, um den Deutschen ihre Schuld an den nationalsozialistischen Verbrechen aufzuzeigen. Wenige Tage nach der Befreiung des Lagers befahl er, mehrere Tausend deutsche Kriegsgefangene, die während der Kämpfe um Lublin in sowjetische Gefangenschaft geraten waren, durch das Lager zu führen und sie mit den dort verübten Verbrechen zu konfrontieren.¹¹⁷³ Dieses Vorgehen verfehlte bei den Betroffenen nicht seine Wirkung. „Den Gesichtern der Soldaten war anzusehen, dass sie keine Ahnung gehabt hatten, dass so etwas möglich sei. Zumindest betraf das die Mehrheit der Soldaten“, schilderte ein sowjetischer Kriegsberichterstatter diese Besichtigungen.¹¹⁷⁴ „Zunächst waren die Deutschen ruhigen Schrittes durch das Lager marschiert, dann immer schneller und schneller gegangen und schließlich in panischer Flucht gerannt, grün vor Angst, mit zitternden Händen und klappernden Zähnen...“, beschrieb auch ein britischer Journalist – stilistisch überhöht – die Reaktionen der Deutschen auf die Lagerbesichtigung.¹¹⁷⁵

Mit der ausgiebigen Berichterstattung über die aufgedeckten nationalsozialistischen Gräueltaten versuchte die Rote Armee, die deutschen Soldaten zu einer Abkehr vom NS-Regime zu bewegen und somit ein schnelleres Kriegsende herbeizuführen. Als geeignetes Massenmedium setzten die Sowjets dabei insbesondere auf Flugblätter bzw. -schriften.¹¹⁷⁶

Im Frontgebiet der 4. Ukrainischen Front verbreitete die Rote Armee am 18. Februar 1945 ein Flugblatt mit dem Titel „Auschwitz und die russische Gefangenschaft“, das an die „Offiziere und Soldaten der 544. V.G.D.“¹¹⁷⁷ gerichtet war. „Viele Soldaten meines Bataillons sagen, dass sie sich gefangen geben würden, wenn sie an einem anderen Frontabschnitt wären“, gibt das Pamphlet die Aussage eines in sowjetische Gefangenschaft geratenen Obergefreiten wieder. „An diesem Frontabschnitt aber haben sie Angst, weil sie wissen, dass viele russische

¹¹⁷¹ Schmidt, 2004, S. 329.

¹¹⁷² Meyer, 2003, S. 54.

¹¹⁷³ Rokossovskij, Konstantin K., 1973, Soldatenpflicht. Erinnerungen eines Frontoberbefehlshabers, Berlin, S. 211; Simonov, Konstantin M., 1982, Kriegstagebücher. Band 2. 1942-1945, Berlin, S. 386.

¹¹⁷⁴ Simonov, 1982, S. 386.

¹¹⁷⁵ Werth, 1965, S. 67.

¹¹⁷⁶ Kirchner, Klaus/Bernikov, Nikolai, 1996, Flugblätter aus der UdSSR. Nationalkomitee Freies Deutschland. 1943-1945, Erlangen, S. 116.

¹¹⁷⁷ Volks-Grenadier-Division.

Soldaten in Auschwitz alle die Greuelthaten der SS, Gestapo usw. gesehen haben und nun aus Zorn an den Soldaten Rache üben könnten.“¹¹⁷⁸ Aufschlussreich zeigt dieses Dokument, was die deutschen Soldaten bereits zu Beginn des Jahres 1945 über das Konzentrationslager Auschwitz wussten oder durch das Lesen des Flugblatts wissen konnten.

Bezeichnenderweise sprach die Schrift von Verbrechen „an wehrlosen Greisen, Frauen und Kindern, an unschuldigen Menschen aller Völker“.¹¹⁷⁹ Von sowjetischer Seite war dem jüdischen Schicksal unter der NS-Herrschaft seine besondere Bedeutung genommen worden. Die politisch gewünschte Einebnung des Holocaust durch die Presse- und Justizorgane, welche die Verbrechen an den „sowjetischen Bürgern“ während der deutschen Besatzung betonten, kennzeichnete schließlich die gesamte sowjetische Erinnerungskultur.¹¹⁸⁰ Entscheidend für diese Entwicklung war, dass sich die offizielle Wahrnehmung des Krieges auf Ebene der sowjetischen Führung primär auf die Gefährdung und den Triumph der UdSSR konzentrierte. Die Sowjetunion war nach ihrem Verständnis das primäre Angriffsziel des NS-Staates. Ihr Sieg bezeugte nach Ansicht der sowjetischen Führung die Überlegenheit der von Stalin kontrollierten sowjetischen Staatsordnung. Diese war nur durch eine schwach als Völkerfreundschaft geschönte, nach sowjetischem Verständnis definierte ethnische Hierarchie gekennzeichnet, an deren Spitze das russische Volk positioniert war und bei der andere slawische Völker ihr unmittelbares Gefolge bildeten. Eine Thematisierung des Völkermords an den Juden war in der UdSSR deshalb nicht gewünscht, da sie eine neue erinnerungspolitische Rangordnung begründet und die Kollaboration innerhalb der vorgeblich harmonischen Völkerfamilie bloßgelegt hätte.¹¹⁸¹

Eine weitere Propagandaschrift, die das Vernichtungslager Auschwitz zum Schwerpunkt hatte, war die Ausgabe der Flugblattzeitung „Freies Deutschland“ vom 21. März 1945. Bei dieser Flugschrift handelte es sich um das Organ des Nationalkomitees „Freies Deutschland“. Die Rote Armee hatte die Zeitung an allen Frontabschnitten in Umlauf gebracht. In einem Artikel mit dem Titel „Millionen Opfer klagen an. Das Todeslager von Auschwitz“ berichtete der evangelische Pfarrer und Frontbeauftragte der 1. Ukrainischen Front, Lothar Lösche, über das NS-Vernichtungslager, das er kurz nach dessen Befreiung besichtigt hatte. Diese Publikation war vermutlich der erste veröffentlichte Augenzeugenbericht in deutscher Sprache.¹¹⁸²

¹¹⁷⁸ Faksimile in Düsel, 1998, S. 206f. Vgl. Ebenda, S. 205.

¹¹⁷⁹ Ebenda, S. 206f.

¹¹⁸⁰ Siehe auch die sowjetische Sprachregelung zu den Massennorden an der jüdischen Bevölkerung in Babij Jar. Hilger, 2001, S. 180f.

¹¹⁸¹ Hilger, 2001, S. 183.

¹¹⁸² Bliembach, Eva (Hg.), 1989, Flugblätter des Nationalkomitees Freies Deutschland. Ausstellung 29. September - 2. November 1989, Wiesbaden, S. 354, 407 (Faksimile). Vgl. Ebenda, S. 7.

Wie zuvor die Rote Armee, stießen auch die westalliierten Truppen während ihres Vormarsches auf deutschem Gebiet auf eine überraschend große Anzahl von Lagern, die häufig in der Nähe von Dörfern und Städten positioniert waren.¹¹⁸³ Während die durch den Marschall Konstantin Rokossowskij im Lager Majdanek verordneten Zwangsbesichtigungen eine spontane Einzelentscheidung blieben, griffen die US-Amerikaner in ihrem Einflussbereich derartige Maßnahmen häufiger auf. Nach der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald ließ der US-General George S. Patton 1.000 Weimarer Bürger das Lagergelände besichtigen.¹¹⁸⁴ Ähnliche Anordnungen erfolgten durch die US-amerikanische Besatzungsmacht für Kriegsgefangene und die örtliche Zivilbevölkerung u. a. in Dachau, Nordhausen, Ludwigslust and Flossenbürg.¹¹⁸⁵ Mit den Zwangsbesichtigungen konnte die amerikanische Besatzungsmacht die Deutschen jedoch nur punktuell erreichen.

Um die grausigen Zustände in den gerade befreiten Lagern zu dokumentieren, ließen alle Alliierten Kamerateams dorthin entsenden. Neben den wenigen zivilen Kameraleuten der Wochenschauen wurden zumeist im Militär angelernte Kameraoperateure eingesetzt, die bereits vor ihrem Wehrdienst in der Filmbranche tätig gewesen waren.¹¹⁸⁶ Unter ihnen waren allerdings nur wenige professionelle Kameraleute. Aufgrund des erschreckenden Anblicks und des Gestanks in vielen Lagern filmten die Kamerateams die Lager zudem häufig in Eile. Die Aufnahmen von den befreiten Lagern waren daher meist nur von geringer Qualität. Die Motive umfassten vor allem Leichenberge, Überlebende in unterschiedlichen psychischen und physischen Verfassungen, verhaftete Angehörige des Wachpersonals, Lagergebäude, SS-Beutebestände, Befreiungsfeiern sowie Gedenkgottesdienste.¹¹⁸⁷

Die britischen und US-amerikanischen Besatzungsbehörden entwickelten in dieser Situation das Konzept, die deutsche Bevölkerung über das Medium Film mit den nationalsozialistischen Verbrechen zu konfrontieren. Einige KZ-Dokumentarfilme wurden gezielt mit einem deutschen Kommentar versehen, um sie bei der Aufklärung über die NS-Verbrechen als schockpädagogische Maßnahmen nutzen zu können.¹¹⁸⁸

¹¹⁸³ Weckel, Ulrike, 2012, „Wir ahnten, dass uns Abscheuliches vorgeführt wurde.“ Alliierte Dokumentarfilme über die Lagerbefreiung und die Reaktionen deutscher Kriegsgefangener, in: Bruns, Claudia/Dardan, Asal (Hg.), „Welchen der Steine du hebst“. Filmische Erinnerung an den Holocaust, Berlin, S. 111.

¹¹⁸⁴ Marcuse, Harold, 2001, Legacies of Dachau. The uses and abuses of a concentration camp. 1933-2001, Cambridge u.a., S. 9.

¹¹⁸⁵ Goldstein, Cora Sol, 2009, Capturing the German eye. American visual propaganda in occupied Germany, Chicago, S. 123f.

¹¹⁸⁶ Weckel, 2012, S. 112.

¹¹⁸⁷ Ebenda, S. 109.

¹¹⁸⁸ Neumann, 1997, S. 149. Auch die vollständige militärische Besetzung Deutschlands durch die Alliierten war als Schock-Maßnahme konzipiert worden und sollte (als Lehre aus den Folgen des Ersten Weltkriegs) der deutschen Gesellschaft die totale Niederlage vor Augen führen. Schmidt, 2007, S. 37.

6.3.1.2 Die Umerziehung nach dem Kriegsende 1945

Mit der Kapitulation Deutschlands war die Zielsetzung der bisherigen politischen Betätigung in den Kriegsgefangenenlagern der Sowjetunion, die im Zeichen des NKFD auf die Schwächung und Zerschlagung des NS-Regimes gerichtet war, überholt und hinfällig geworden.¹¹⁸⁹ Nach dem Kriegsende trat in der Aufgabenstellung der politischen Aktive ohnehin eine Akzentverschiebung ein. Das NKFD und nach 1945 die Antifa propagierten nach dem Krieg vor allem die politisch-moralische Wiedergutmachungspflicht der deutschen Kriegsgefangenen.¹¹⁹⁰ Die Sowjetunion hatte keine geschlossene Konzeption für die Besatzungszeit im Nachkriegsdeutschland erarbeitet. Die Idee des „anderen“ Deutschlands war von der Sowjetführung jedoch bereits während des Krieges entwickelt worden. Neben den der kommunistischen Programmatik entsprechenden Überlegungen zu Enteignungen und zur Bodenreform wurde für die Umerziehung im neuen Deutschland der Schulreform und der Jugend die höchste Priorität beigemessen.¹¹⁹¹

Maßnahmen zur Aufklärung über die NS-Verbrechen waren ein wichtiger Bestandteil der sowjetischen Kriegspropaganda. Diese Aufklärungsmaßnahmen verloren mit dem Ende des Krieges jedoch ihre Bedeutung und wurden abrupt eingestellt. Beispielsweise hatte die NKFD-Zeitung „Freies Deutschland“ während des Krieges ausführlich über alle bekannten gewordenen Gewalttaten berichtet. Nach dem Kriegsende finden sich in dieser Zeitung keine entsprechenden Berichte mehr.¹¹⁹² Während die deutschen Soldaten zu Kriegszeiten Adressaten der sowjetischen Propaganda gewesen waren, die es zur Einstellung des Kampfes zu bewegen galt, bekamen sie in der sowjetischen Gefangenschaft nach dem Kriegsende primär nur noch den Status von Arbeitskräften zugewiesen.¹¹⁹³

Insbesondere die deutschen Kriegsgefangenen, die im vormaligen Vernichtungslager Auschwitz zusammengefasst waren, zeigten sich durch diesen Umstand irritiert. Informationen über die in Auschwitz und anderen Vernichtungslagern begangenen massenhaften Verbrechen waren zumindest einem Teil der Gefangenen bereits vor dem Kriegsende, wenn wohl auch nur sehr vage, bekannt geworden. Ein Propagandaredner des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ hatte im Sammellager Königgrätz über die Verbrechen im Konzentrationslager Auschwitz berichtet. Die Gefangenen reagierten jedoch auf dessen Ausführungen zumeist mit

¹¹⁸⁹ Frieser, 1981, S. 56.

¹¹⁹⁰ Ebenda, S. 53.

¹¹⁹¹ Füssl, Karl-Heinz, 1994, Die Umerziehung der Deutschen. Jugend und Schule unter den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs. 1945-1955, Paderborn, S. 277.

¹¹⁹² Bliembach, 1989, S. 7, 354.

¹¹⁹³ Frieser, 1981, S. 57.

Unglauben. Wenige Wochen später marschierten diese selbst aus Königgrätz in das Lager Auschwitz ab.¹¹⁹⁴ Auch aus der Flugblattzeitung „Freies Deutschland“ hatten spätere Nachkriegsgefangene noch vor ihrer Ankunft in Auschwitz von dem Lager erfahren.¹¹⁹⁵ Antifaschüler der 1. Ukrainischen Front, die mit ihrem Lehrgang u. a. die befreiten Konzentrationslager Auschwitz und Majdanek erkundet hatten, kamen bezeichnenderweise nach dem Kriegsende nicht mehr in den schlesischen Gefangenenlagern zum Einsatz, sondern wurden am 9. Mai 1945 nach Radebeul in Sachsen verlegt und bald darauf entlassen.¹¹⁹⁶

Wie in den sowjetischen Sammellagern östlich von Oder und Neiße, war auch in den sowjetischen Speziallagern in der SBZ eine systematische Umerziehung der Insassen weder intendiert noch geplant worden.¹¹⁹⁷ Aus Sicht der sowjetischen Lagerleitungen lag deren Aufgabe vor allem in der völligen Isolation der Häftlingskontingente zur Sicherungsverwahrung und Nutzung als Arbeitskräfte in der UdSSR.¹¹⁹⁸

Auch für die westlichen Internierungslager lassen sich keine Überlegungen für eine systematische Umerziehung der Internierten erkennen. Neben dem Sicherheitsaspekt herrschte in ihnen die Vorstellung vor, die Internierten nach den Nürnberger Prozessen aufgrund dieser Rechtsprechung in Einzelverfahren abzuurteilen. Für die Lager in der amerikanischen Zone bestand das Hauptziel der Internierung nicht in einer Reeducation der Lagerinsassen, sondern im Schutz der amerikanischen Einrichtungen. Von der politischen Umerziehung der Gefangenen sahen die westlichen Alliierten aufgrund der Befürchtung ab, dass eine Konfrontation mit den nationalsozialistischen Verbrechen von den Internierten abgeblockt und lediglich Abwehrreaktionen hervorgerufen würde.¹¹⁹⁹

Bei der Produktion der KZ-Filme reagierten die Briten und US-Amerikaner am schnellsten. Bereits in den ersten Maitagen des Jahres 1945 zeigten verschiedene britische und amerikanische Wochenschauen bzw. Wochenschau-Episoden dem jeweiligen heimischen Kinopublikum Aufnahmen von der Befreiung der Konzentrations- und Vernichtungslager.¹²⁰⁰ Mehrere Kompilationsfilme zeigten Befreiungsszenen aus Lagern, die von Truppen aus unterschiedli-

¹¹⁹⁴ Schmidt, 2007, S. 89.

¹¹⁹⁵ Friedrich Stelzel in einem Schreiben an den Verfasser, 11.9.2008.

¹¹⁹⁶ Kügelgen, Else von, 1968, Die Front war überall. Erlebnisse und Berichte vom Kampf des Nationalkomitees „Freies Deutschland“, Berlin, S. 334ff.

¹¹⁹⁷ Wember, 1992, S. 58. Ochs, Eva, 2006, „Heute kann ich das ja sagen“. Lagererfahrungen von Insassen sowjetischer Speziallager in der SBZ/DDR, Köln/Weimar/Wien, S. 56. Nach Ochs war in den Speziallagern den Häftlingen das Sprechen über politische Themen verboten. Ebenda, S. 57.

¹¹⁹⁸ Ochs, 2006, S. 56.

¹¹⁹⁹ Ebenda, S. 54.

¹²⁰⁰ Weckel, 2012, S. 113ff.

chen Armeen gefilmt wurden. Es kann daher vermutet werden, dass die sowjetischen Truppen und ihre westlichen Verbündeten Filmkopien in der unmittelbaren Nachkriegszeit untereinander ausgetauscht haben. Die Westalliierten und die Sowjets hatten ihre ersten Filmdokumentationen vorrangig als Beweismittel für zukünftige Gerichtsprozesse gegen NS-Täter konzipiert. Die Sowjets veröffentlichten zunächst die aufwendig produzierten Kurzfilme „Majdanek – Friedhof Europas“ und „Auschwitz (Oświęcim)“. Beide Filme wurden mit einer deutschen Synchronisation produziert und im Sommer 1945 in verschiedenen Kinos der Berliner Bevölkerung gezeigt. Die sowjetische Anklagevertretung brachte im Februar 1946 während des Nürnberger Prozesses zudem einen KZ-Film als Beweismittel ein. Der einstündige Filmbeitrag mit dem Titel „Die Film-Dokumente der Gräueltaten der deutsch-faschistischen Eindringlinge“ setzte sich aus Sequenzen zusammen, die Kameramänner des sowjetischen Militärs an 38 Tatorten in der UdSSR und Polen, darunter Majdanek und Auschwitz, gedreht hatten. Die Sowjets setzten die Filme aber kaum als Mittel der politischen Beeinflussung ein.¹²⁰¹ Der sowjetische Kulturoffizier in Berlin erklärte das Vorführen von Filmen über Konzentrationslagern zu einer ausschließlich amerikanischen und völlig verfehlten Umerziehungsmaßnahme.¹²⁰²

6.3.1.3 Die Reaktionen der Gefangenen

Während die deutschen Kriegsgefangenen von den westlichen Gewahrsamsmächten zunächst ausschließlich als Arbeitskräfte angesehen wurden, rückte die Reeducation der Gefangenen zunehmend in den Fokus.¹²⁰³ Mehreren Hunderttausend deutschen Kriegsgefangenen, die sich im Sommer 1945 in britischen oder amerikanischen Gefangenenlagern außerhalb Deutschlands befanden, wurden daher KZ-Filme gezeigt. So wurde beispielsweise im Juni und August 1945 der 20-minütige, vom OWI produzierte Film „KZ“ zumeist in deutscher Synchronisation vorgeführt.¹²⁰⁴

Die Teilnahme an den Maßnahmen zur Reeducation und insbesondere an den Bildungsangeboten beruhten ausdrücklich auf Freiwilligkeit. Durch die Verpflichtung zur Teilnahme an den Vorführungen der KZ-Filme hoben sich die Filmvorführungen deutlich von den anderen Reeducation-Maßnahmen ab. In dem Kommentar des Aufklärungsfilms „KZ“ wurde keine Anklage gegenüber den deutschen Zuschauern formuliert. Durch die Anwesenheitspflicht der

¹²⁰¹ Neumann, 1997, S. 23.

¹²⁰² Weiss, Grigorij, 1981, Am Morgen nach dem Kriege. Erinnerungen eines sowjetischen Kulturoffiziers, Berlin, S. 254.

¹²⁰³ Weckel, 2012, S. 114.

¹²⁰⁴ Ebenda, S. 221.

Gefangenen erhielten die Filmvorführungen trotzdem den Charakter einer „Strafpredigt“.¹²⁰⁵ Die Bandbreite der Reaktionen auf die Filmvorführungen reichte bei den Gefangenen von Rechtfertigungen und Relativierungen der Verbrechen über Propagandavorwürfe, Schuldzuweisungen und Regimekritik bis hin zur öffentlichen Anteilnahme für die Opfer. Insgesamt sind aber extreme Reaktionen auf die Filme wesentlich seltener dokumentiert als unauffällige oder erwartungsgemäße Reaktionen.¹²⁰⁶

Nur in seltenen Fällen verteidigten oder befürworteten Gefangene die NS-Verbrechen. Einige deutsche Kriegsgefangene rechtfertigten die Verbrechen teilweise oder relativierten sie. Die Rechtfertigungen der NS-Verbrechen gingen meist mit einer Herabwürdigung der Opfer einher. So wären nach Ansicht einzelner Gefangener nicht alle, sondern lediglich die russischen und polnischen Häftlinge in den Konzentrationslagern schlecht behandelt worden. In anderen Fällen rechtfertigten Gefangene KZs damit, dass die dort inhaftierten Menschen eine Gefahr für die deutsche Gesellschaft dargestellt oder in den Lagern ihre gerechte Strafe verbüßt hätten. Meist gingen diese Rechtfertigungen mit der Behauptung einher, dass die in den Filmen gezeigten Verbrechen den Alliierten zur Last gelegt werden müssten. Behauptet wurde beispielsweise, dass deutsche Opfer, die im Bombenkrieg der Alliierten getötet wurden, mit Häftlingskleidung versehen und gefilmt worden seien oder dass es sich bei den abgemagerten Personen in den Filmen um hungernde oder an Typhus erkrankte Bewohner der britischen Kolonien handeln würde.¹²⁰⁷

Viele Gefangene werteten die Filme als Propagandainstrumente ab. Offen blieb dabei in den meisten Fällen, worin genau ihre Vorbehalte gegenüber den Aufnahmen bestanden. Der Vorwurf der Propaganda ging teilweise mit einer Relativierung der NS-Verbrechen einher. Die Filmszenen wurden beispielsweise als bedauerliche Ausnahmen eingeordnet oder mit den chaotischen Zuständen bei Kriegsende begründet. Die Authentizität der gezeigten Aufnahmen wurde damit zwar nicht angezweifelt, aber das Ausmaß der dargestellten Verbrechen als deutlich übertrieben zurückgewiesen. Die Filmvorführungen wurden auch als Versuch des Lagerpersonals, die Gefangenen zu beeinflussen, kritisiert. Eine Minderheit der Gefangenen bezeichnete die Filme explizit als Fälschungen oder als Aufnahmen von anderen Schauplätzen.¹²⁰⁸ Da in den Filmen nur deutsche Verbrechen thematisiert wurden, lehnten einige Gefangene die Filme als einseitige Darstellungen ab. In den britischen und amerikanischen Lagern reagierten die Gefangenen auf die Konfrontation mit den deutschen NS-Verbrechen,

¹²⁰⁵ Ebenda, S. 225.

¹²⁰⁶ Neumann, 1997, S. 24.

¹²⁰⁷ Weckel, 2012, S. 225.

¹²⁰⁸ Ebenda, S. 224.

indem sie auf alliierte Verbrechen verwiesen. So wiesen sie z. B. auf die britischen Konzentrationslager im Burenkrieg, auf die sowjetischen Lager des GULag in Sibirien, auf den Bombenkrieg der Alliierten oder auf die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße durch die Polen und die Sowjets hin.¹²⁰⁹

In den sowjetischen Sammellagern östlich von Oder und Neiße wurde die Auseinandersetzung der deutschen Gefangenen mit den NS-Verbrechen dadurch erschwert, dass die Gefangenen häufig Ausplünderungen durch die sowjetischen Wachmannschaften über sich ergehen lassen mussten oder Vergewaltigungen durch Rotarmisten innerhalb oder im Umfeld der Lager miterlebten. Die sexuellen Übergriffe nahmen derartige Ausmaße an, dass das Antifakomitee in Sagan diese in einem Vortrag vor den Lagergefangenen thematisierte. Auch in der SBZ wurden die Vergewaltigungen deutscher Frauen durch Soldaten der Roten Armee von der Führung problematisiert. Das offizielle Parteiorgan „Neues Deutschland“ griff das Thema im Jahr 1948 in einem Leitartikel erstmals öffentlich auf.¹²¹⁰

Nach dem Kriegsende im Mai 1945 reduzierten die westlichen Gewahrsamsmächte in einigen Lagern die bis zu diesem Zeitpunkt reichlichen Lebensmittelrationen der Gefangenen. Dieses Vorgehen führte teilweise zu einer Opferkonkurrenz. Die Gefangenen, die von der Lebensmittelrationierung besonders betroffen waren, behaupteten teilweise, dass sie selbst oder deutsche Gefangene in anderen POW-Camps sich in einem ähnlich desolaten Zustand befänden, wie die in dem Filmen gezeigten KZ-Insassen.¹²¹¹

Die schlechte Versorgungslage im sowjetischen Einflussgebiet führte auch für die Massen an Kapitulationsgefangenen in den Lagern östlich der Oder-Neiße-Linie zu einer unzureichenden Lebensmittelversorgung. Das Aushängen der Lebensmittelsätze von KZ-Häftlingen, wie z. B. im Lager Breslau-Hundsfeld, erwies sich aufgrund des Nahrungsmangels bei den Gefangenen als eine wenig wirksame schockpädagogische Maßnahme. Das Schicksal der KZ-Häftlinge wurde von den Gefangenen mit dem eigenen Schicksal verglichen. Die Tafeln, an denen die Lebensmittelsätze ausgehängt waren, wurden daher nach kurzer Zeit wieder entfernt.¹²¹²

In seltenen Fällen reagierten die Gefangenen in den westalliierten Lagern auf die KZ-Filme in der Form, auf die es die Gewahrsamsmächte mit ihren Maßnahmen abgezielt hatten. In einigen POW-Lagern veranstalteten Gefangene nach den Filmvorführungen Schweigeminuten,

¹²⁰⁹ Ebenda, S. 115.

¹²¹⁰ Satjukow, 2009, S. 7.

¹²¹¹ Weckel, 2012, S. 227.

¹²¹² Springer, Alfred, 1965, *Ut mine Russentid*, zit. in Gleiss, 1988, Bd. 6, S. 244.

Gottesdienste oder Gedenkveranstaltungen für die NS-Opfer. Durch einige Spendensammlungen, häufig begleitet durch Aufrufe in den Lagerzeitungen, kam es gelegentlich zu Nachahmungen. Einige Gefangene demonstrierten ihre Distanzierung vom NS-Regime durch das Ablegen ihrer Kriegsorden, durch das Entfernen von Insignien des „Dritten Reiches“ oder durch das gemeinschaftliche Verbrennen von Uniformen öffentlich. Nach den Filmvorführungen verfassten einige Gefangene Beiträge in den Camp-Zeitungen, in denen sie der deutschen Bevölkerung eine kollektive Mitschuld für die NS-Verbrechen gaben und zur Wiedergutmachung der Schuld aufforderten. Gelegentlich führten die Gefangenen auch Unterschriftensammlungen durch und überreichten die Listen mit entsprechenden Erklärungen an die Camp-Leitungen.¹²¹³ Es ist davon auszugehen, dass nach den Filmvorführungen häufig überzeugte Antifaschisten zu derartigen Aktionen anregten. Unter den Antifaschisten engagierten sich insbesondere die Gefangenen im Sinne einer Anteil- oder Schuldübernahme, die selbst in einem KZ gewesen und größtenteils als Angehörige von Bewährungseinheiten in westliche Gefangenschaft geraten waren. In den westalliierten Gefangenenlagern gewannen diese antifaschistischen Gefangenen nach den Filmvorführungen schnell an Autorität. Von einigen Gefangenen, die dem NS-Regime bis dahin unkritisch gegenübergestanden hatten, wurden sie nachträglich als wichtige Instanz für die innere Wandlung bezeichnet.¹²¹⁴

Auch in den Lagern entlang der Oder und Neiße berichteten ehemalige KZ-Häftlinge den Mitgefangenen über ihr Martyrium. Im brandenburgischen Sammellager Elsterhorst „beeindruckten“ die Schilderungen von vier Sinti und Roma, die das Vernichtungslager Auschwitz überlebt und dort zahlreiche Angehörige verloren hatten, ebenso wie der Bericht eines ehemaligen Funktionshäftlings aus dem Krematoriums des Vernichtungslagers.¹²¹⁵ Häufig waren die Kontakte von ehemaligen KZ-Häftlingen zu ihren Mitgefangenen jedoch durch gegenseitige Feindseligkeiten bestimmt.¹²¹⁶ Die Verweise auf deutsche Verbrechen gingen häufig mit Schuldzuweisungen einher, wie z. B. ein Bericht über den Empfang von Neuankömmlingen durch den Lagerältesten Erich Friehe in Sagan verdeutlicht:

„Erich‘ dürften wir ihn nennen – obwohl er uns eigentlich hassen müsste! Denn er wäre ‚schon immer Kommunist gewesen‘ (wie oft habe ich das noch zu hören bekommen!), und deshalb habe man ihn zwölf Jahre im KZ gefoltert. Er zeigte seine Unterarme, auf denen noch die Narben von Stacheldraht seien, an dem man ihn zur Auspeitschung aufgehängt hätte. Auf diese Entfernung konnte das allerdings niemand sehen – oder sahen es doch alle? Es wurde ihm halt abgenommen, schweigend natürlich.“¹²¹⁷

¹²¹³ Weckel, 2012, S. 228.

¹²¹⁴ Neumann, 1997, S. 15.

¹²¹⁵ Schmidt, 2004, S. 329.

¹²¹⁶ Manuskript Heinz Mazakarini; BA-MA 23/655.

¹²¹⁷ Behr, 2002, S. 27.

Begegnungen der Gefangenen mit ehemaligen KZ-Häftlingen lösten nicht nur Abwehr, sondern auch hypermetrische Wahrnehmungen aus. Ähnliches offenbart eine Schilderung von Reinhart Koselleck.¹²¹⁸ Als Koselleck im Mai 1945 als Kriegsgefangener in das sowjetische Sammellager Auschwitz gelangte, hatte er die Gerüchte über Massenvergasungen in dem vormaligen Vernichtungslager noch als „sowjetische Propagandalüge“ abgetan:

„Ich weiß noch heute, als sei es eben geschehen, wie ich in einem Kartoffelschälkommando für die Russen von einem ehemaligen polnischen KZ-Häftling, der uns beaufsichtigte, zur schnelleren Arbeit angetrieben wurde - dawai, dawai! Und er griff nach einem Schemel, hievte ihn in die Luft, um ihn mir auf den Kopf zu schlagen, einen jener Wehrmachtsschemel, dessen vier Beine schräg nach außen wiesen, aber plötzlich hielt er inne: ‚Was soll ich dir schlagen Schädgel ein, ihr habt ja vergast - Millionen‘ - und schmiß den Schemel voller Wucht in die Ecke, so daß ein Bein abbrach. Schlagartig - wörtlich - war mir klar, daß er die Wahrheit sprach. Vergast? Millionen? Das konnte nicht erfunden sein.“¹²¹⁹

Racheakte oder offene Schuldzuweisungen der KZ-Überlebenden, bei denen es sich zumeist um ehemalige politische Häftlinge handelte, blieben in den sowjetischen Sammellagern östlich von Oder und Neiße Einzelfälle. Parallelen zu den wenigen Rachereaktionen finden sich in der seit Beginn des 20. Jahrhunderts entstehenden jüdischen Tradition, antijüdische Gräueltaten in „objektiver“ Weise festzuhalten, um spätere Gerichtsverfahren gegen die Täter zu ermöglichen. Der Wunsch nach Rache konkretisierte sich in den Aufzeichnungen selbst, ohne dass Rachewünsche ausdrücklich artikuliert wurden.¹²²⁰ Im sowjetischen Sammellager Sagan, in dem sich im Frühjahr 1945 zahlreiche KZ-Überlebende der 36. Waffen-Grenadier-Division der SS zusammenfanden, begannen diese Gefangenen vereinzelt, ihre Lagererfahrungen auszutauschen und niederzuschreiben.¹²²¹ Der Saganer Lagerälteste Erich Friehe, der das KZ Neuengamme überlebt hatte, gab die Anordnung, sämtliche KZ-Überlebenden im Lager nach ihren Erlebnissen zu befragen und diese Erfahrungen zu protokollieren.¹²²²

Die deutschen Gefangenen im Lager Sagan, die an den Berichten über die NS-Konzentrationslager zweifelten, sahen sich durch den Lagerältesten Paul Skrodzki bestätigt.

¹²¹⁸ Knoch, 2001, S. 177.

¹²¹⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06.05.1995, Nr. 105, S. B4: Glühende Lava, zur Erinnerung geronnen.

¹²²⁰ HT 2012: Schuld-Sühne-Recht. Gerechtigkeitsvorstellungen, Rachephantasien und juristische Interventionen um 1945/46 (Tagungsbericht). Der Historiker Michael Stolleis weist darauf hin, dass in der Nachkriegszeit enorme psychische Energien darauf verwandt worden seien, Rache-, Schuld- und Schamgefühle sowohl auf Opfer- als auch auf Täterseite gleichsam einzusargen. „Der Feind als Frage nach der eigenen Gestalt“ habe bei den Tätern zur Epoche des „kollektiven Beschweigens“ geführt, die erst in den 1960ern aufgebrochen worden sei. Ebenda.

¹²²¹ Manuskript Karl Gerber. Vgl. Klausch, 1993, S. 80.

¹²²² Staatsarchiv Hamburg, 623-2.

Nach Ansicht der Saganer Lager-Antifaschisten sei es sein „größter Fehler“ gewesen, dass er mehrfach mit seiner früheren Funktion als Lagerältester im Auschwitz Nebenlager Jawischowitz „herumprahlte“. Während seiner dreijährigen Tätigkeit als Lagerältester im KZ hätte „er gelebt wie ein Fürst, alles gehabt, was das Herz begehrt und eine nahezu unumschränkte Macht besessen“. Bei den Gefangenen im Lager Sagan entstand durch Skrodzki Schilderungen der Eindruck, dass „das Leben im Konzentrationslager ein Vergnügen gewesen wäre“.¹²²³ Unberücksichtigt blieb bei den meisten Zuhörern dabei, dass Skrodzki als Lagerältester an der Spitze der Häftlingsselbstverwaltung im Konzentrationslager eine privilegierte Stellung innehatte, so dass seine Haftbedingungen kaum mit denen der „gewöhnlichen“ KZ-Häftlinge zu vergleichen waren.

In zahlreichen Fällen waren Gefangene selbst in Kriegsverbrechen verstrickt.¹²²⁴ Dieser Umstand war auch dem sowjetischen Lagerpersonal und den Angehörigen der Antifa-Komitees in den Lagern bekannt. In den sowjetischen Sammellagern wurde den Themen Schuld und Vergeltung daher teilweise zynisch begegnet. An den Wänden der Lagerlatrine in Neuhammer stand in großen Buchstaben der Schriftzug „Arbeit macht froh“ geschrieben, der sowohl als Hinweis auf das Auschwitz Lager als auch auf den bevorstehenden Arbeitseinsatz in der UdSSR gedeutet werden konnte.¹²²⁵ Stalin-Zitate, die ebenfalls im Lager zu finden waren, belegen, dass die Aufklärungsmaßnahmen für die Kriegsgefangenen unter dem Primat des sowjetischen Systems standen. Die Spruchbänder und Wandparolen mit den nach Kriegsende immer häufiger grassierenden „Dankadressen“ an das Sowjetvolk, an die Rote Armee und insbesondere an den „großen Führer Stalin“ wurden von den deutschen Gefangenen häufig als lächerlich empfunden.¹²²⁶

Die gemeinsame Erklärung der Siegermächte auf der Konferenz von Potsdam, die vom 17. Juli bis 2. August 1945 stattfand, sah eine „endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage“ vor. Dieser Anspruch eignete sich gut zur Rechtfertigung der politischen Umerziehungsarbeit in den alliierten Lagern. Dabei waren die Begriffe „antifaschistisch“ bzw. „demokratisch“ stark von den in den Gewahrsamsländern herrschenden Staats- und Gesellschaftskonzepten geprägt. Der alliierte Konsens war jedoch so

¹²²³ Staatsarchiv Hamburg, 622-1-203/334: Betreffend die Deutsche Leitung des Kriegsgefangenen-Lager Sagan-Ost, Bl. 2.

¹²²⁴ Zur Haltung Kriegsgefangener gegenüber deutschen Verbrechen und sowjetischen Ermittlungen vgl. Hilger, 2000, S. 287-301.

¹²²⁵ Richard, 1994, S. 95.

¹²²⁶ Held, 2008, S. 228.

breit und allgemein gehalten, dass auch das sowjetische Demokratieverständnis darin Platz finden konnte. Der Begriff „antifaschistisch“ bedeutete im marxistischen Sinne „antikapitalistisch“, da der Faschismus als eine extreme Erscheinungs- und Entwicklungsform des Kapitalismus verstanden wurde. Der Antifaschismus implizierte dabei die Idee einer sozialistischen Gesellschaftsordnung.¹²²⁷

In den sowjetischen Lagern östlich von Oder und Neiße wurde aber auch nach dem August 1945 nur in Einzelfällen an die NS-Verbrechen erinnert. Die Lager-Antifa von Neuhammer veranstaltete am 9. September 1945 eine Gedenkfeier für die „Opfer des Faschismus“.¹²²⁸ Veranstaltungen zum Gedenken an die nationalsozialistischen Untaten, wie eine im Lager Großporitsch organisierte Ausstellung im September 1945, blieben eine Ausnahme:

„Während des Gottesdienstes hatten Leute der Antifa-Aristokratie am anderen Ende der riesigen Halle eine Ausstellung vollendet, welche die Verbrechen von Parteileuten, braunen Bonzen und Lagerbetreibern in der Zeit des Krieges anprangern sollte. Einige aus Gips, Lehm oder Papiermaché gefertigte Figuren, auch solche mit Mosaiksteinchen in Rahmen gelegt, säumten den Weg vom Behelfsaltar zum Zentrum der Ausstellung. Große Tafeln waren aufgerichtet worden, um die Judenverfolgungen zu dokumentieren. Von über neun Millionen Ermordeten war die Rede, von Opfern, aus deren Leibern Seife oder aus deren Haaren Bürsten hergestellt worden seien. Bilder von abgehackten Kinderhänden, abgemagerten Menschen in Handschellen, angetrieben von großen Männern mit dicken SS-Runen auf den Ärmeln oder auf der Stirn.“¹²²⁹

Wie in vielen Gefangenenlagern der Alliierten, reagierten zahlreiche Besucher der Ausstellung in Großporitsch auf die ausgestellten Bilder und Tafeln mit dem Vorwurf der „Gräuelpropaganda“.¹²³⁰ Der Verweis auf Propaganda ließ sich auch deshalb so leicht aussprechen, weil die vermeintlich eindeutigen Anschuldigungen nicht erklärt oder definiert werden mussten. Da von jeder Armee Propaganda betrieben und die Begehung von Verbrechen sowie die Verletzung von Kriegsregeln in Kriegszeiten ausschließlich den militärischen Gegnern zugeschrieben wurde, lag der Propagandavorwurf bei den Filmvorführungen auf der Hand. Es entsprach den Erwartungen der Gefangenen, im feindlichen Gewahrsam mit Vorwürfen konfrontiert zu werden. Daher ist es nicht verwunderlich, dass entsprechende Vorbehalte unter den Gefangenen weit verbreitet waren. Die Gefangenen konnten zudem den Schrecken der KZ-Filme als „Feindpropaganda“ abwehren, ohne das Gesehene ernsthaft reflektieren zu müssen. Die fast reflexhafte Einordnung der Filmaufnahmen als Propagandamittel zeigt einerseits, dass das in den Kriegsjahren gefestigte Freund-Feind-Denken bei den Gefangenen mit dem

¹²²⁷ Karner, 1995, S. 99.

¹²²⁸ Neumann, 1997, S. 15.

¹²²⁹ Korn, 2003, S. 117.

¹²³⁰ Ebenda.

Ende der Kampfhandlungen nicht sofort verschwunden war. Zu berücksichtigen ist andererseits, dass die ehemaligen Kriegsgegner die Gefangenen als „Besiegte“ zur Teilnahme an den Vorführungen zwangen.

Zur demokratischen Bildung setzten die Briten neben dem Massenmedium Film insbesondere auf die Lagerzeitungen.¹²³¹ Auch die Sowjets nutzten in ihren Sammellagern Lagerzeitungen, um die Gefangenen für die politische Umerziehung zu erreichen. Die Lagerkompanien in den Lagern Auschwitz und Breslau-Hundsfeld erhielten in den ersten Augusttagen 1945 Exemplare der „Deutschen Zeitung“ zur Lektüre in der Freizeit.¹²³² Als eine von vier deutschsprachigen Frontzeitungen wurde das Blatt zunächst von Mai bis Juni 1945 durch die politische Hauptverwaltung der Roten Armee herausgegeben und in Mecklenburg-Vorpommern sowie in Stettin verbreitet. Nachdem die Herausgabe der Zeitung Anfang Juni 1945 eingestellt und der sowjetische Redaktionsstab nach Liegnitz in Schlesien verlegt worden war, wurde für die deutsche Bevölkerung in der schlesischen Region bis Herbst 1946 ein Blatt mit gleichem Titel herausgegeben. Die Zeitung enthielt Berichte über die aktuelle Situation in Deutschland unter alliierter Verwaltung und den Plänen zum Wiederaufbau bzw. zur politischen Neugestaltung des Landes und vermittelte im Schwerpunkt ein positives Bild der Sowjetunion. Die Gefangenen im Lager Auschwitz wurden auch in der Folgezeit ausgiebig mit Zeitungen versorgt, aus denen sie u. a. von der Kapitulation Japans erfuhren.¹²³³

7.3.2 Die Umerziehung im polnischen Gewahrsam

Am 2. Oktober 1945 traf eine polnische Kommission im Lager Sagan ein, um Vorbereitungen zur Einteilung der Gefangenen für den anstehenden Arbeitseinsatz zu treffen.¹²³⁴ Zu den Aufgaben der bestehenden Lager-Antifa zählte wie unter der sowjetischen Verwaltung des Lagers die psychische Vorbereitung der Gefangenen auf den bevorstehenden Arbeitseinsatz. Während die Antifa-Bewegung im Lager die Beteiligung der Gefangenen am Wiederaufbau in der UdSSR als Wiedergutmachung rechtfertigte und zugleich auf die begangenen NS-Verbrechen verwies, beschränkte sich die Ankündigung des Arbeitseinsatzes im polnischen Gewahrsam auf den Hinweis, dass der Einsatz unter den Bedingungen der Genfer Konvention erfolgen würde. Die Reden der Antifa-Mitglieder vor den Gefangenen waren insbesondere an die ehemaligen SS-Angehörigen und die Offiziere gerichtet. Im Lager Sagan hielt der Antifa-Aktivist

¹²³¹ Held, 2008, S. 180-183. Zu weiteren Mitteln der Reeducation siehe Ebenda, S. 184-189.

¹²³² APMO, 2533, 18.7.1945, 31.7.1945, 9.8.1945.

¹²³³ APMO, Erklärungen, Bd. 162, Bl. 163.

¹²³⁴ Wagner, Jaworzno, o. P.

Wilhelm Hahn vor der Belegschaft des dortigen Sonderlagers, in dem die ehemaligen SS-Angehörigen zusammengefasst waren, eine Rede über die Arbeits- und Lebensbedingungen in den polnischen Lagern. In seiner Rede kündigte Hahn für den bevorstehenden Arbeitseinsatz in Polen u. a. eine bessere Verpflegung, einen Lohn für die von den Gefangenen geleistete Arbeit und Bewegungsfreiheit im Umkreis von fünf Kilometern um die Lager an. Sein Vortrag wurde mehrfach durch starken Applaus unterbrochen. Die Versprechungen fanden insbesondere bei den jüngeren Gefangenen großen Zuspruch.¹²³⁵

Im Lager Neuhammer verkündete eine polnische Kommission in einer Versammlung der Offiziere im Lager gegenüber dem Lagerältesten Oberst von Rohr, dass die Gefangenen „in ein ziviles Arbeitsverhältnis ohne Stacheldrahtlager“ kämen und 70 % des Lohns eines zivilen Grubenarbeiters erhalten würden. Zusätzlich versprach die Kommission eine ausreichende und ausgewogene Verpflegung, die täglich u. a. mit täglich 1.000 Gramm Brot sowie Fleisch und Gemüse enthalten würde. Die Ernüchterung der überführten Gefangenen erfolgte häufig nach der Ankunft in den polnischen Arbeitslagern. „Zu unserer großen Überraschung wurden wir vom Bahnhof aus direkt in ein stacheldrahtumzäuntes Lager gebracht. Unser Erstaunen war groß“, erinnerte sich ein Offizier. „Ostmentalität!“ Alles Lüge (...). Ein enges Lager, miserable Baracken, doppelter Stacheldrahtverhau.“¹²³⁶ Im Lager „Renard“ gab eine Gruppe von über 30 Offizieren, die zum Arbeitseinsatz gezwungen wurden, zusammen mit den dort gefangenen ehemaligen SS-Angehörigen am 26. Oktober 1945 eine Erklärung ab, in der sie die Einhaltung der Bestimmungen der Genfer Konvention einforderten. Die Unterzeichnenden beriefen sich dabei auf die Zusagen, die sie in den Lagern Neuhammer und Sagan erhalten hatten.¹²³⁷

Nachdem die polnischen Aufsichtsbehörden die Gefangenen aus den sowjetischen Übergabelagern auf die verschiedenen Grubenlager, Industriebetriebe und Militär- bzw. Milizeinheiten aufgeteilt hatten, untersagten sie jegliche Formen von politischer Propaganda.¹²³⁸ Die Priorität lag bei der polnischen Gewahrsamsmacht wie in den Lagern der UdSSR darauf, die deutschen Gefangenen für den Arbeitseinsatz zu nutzen. Für die Zwangsarbeit sahen die Behörden in Polen keinen ideologischen Erklärungsbedarf.¹²³⁹ In der Forschungsliteratur zu der Thematik ist wiederholt behauptet worden, dass die „Umerziehung“ der Deutschen östlich von Oder und Neiße unmittelbar nach dem Kriegsende 1945 erfolgt sei¹²⁴⁰ und dass alle Kriegsgefangenen

¹²³⁵ Wagner, Jaworzno, o. P.

¹²³⁶ Richard, 1994, S. 117.

¹²³⁷ Kochanowski, 2004, S. 312.

¹²³⁸ Ebenda, S. 351.

¹²³⁹ Ebenda, S. 126.

¹²⁴⁰ Meyer, 2003, S. 51.

im polnischen Gewahrsam das ehemalige KZ Auschwitz besuchen¹²⁴¹ bzw. sämtliche Offiziere in polnischer Hand dieses Lager besichtigen mussten¹²⁴². Laut Jerzy Kochanowski hätten „die neuen kommunistischen Machthaber in Polen gegen Ende des Zweiten Weltkrieges und in den Folgejahren eine intensive Propagandatätigkeit unter den deutschen Kriegsgefangenen“ betrieben.¹²⁴³ Während sich die Westalliierten im Jahr 1945 um eine intensive Aufklärung der Deutschen über die nationalsozialistischen Verbrechen an den Tatorten und dabei insbesondere in den befreiten Konzentrationslagern oder an freigelegten Massengräbern bemühte, unterließen die polnischen Behörden de facto derartige Maßnahmen. Das Interesse der polnischen Behörden beschränkte sich ausschließlich auf die physische Arbeitskraft der deutschen Gefangenen.¹²⁴⁴ Die wirtschaftliche Not trug zudem dazu bei, dass Beweise für die NS-Gräueltaten vernichtet wurden. Polnische Behörden verkauften z. B. das im Vernichtungslager Auschwitz aufgefundene Haar der ehemaligen Häftlinge an die Industrie. Unter der polnischen Bevölkerung, die in der Nähe der befreiten Vernichtungslager lebte, war es üblich, auf dem Lagergelände nach Goldverstecken und Zahngold der ehemaligen KZ-Häftlinge zu suchen.¹²⁴⁵ Auch die deutschen Gefangenen des Auschwitzer „Gemeinschaftslager“, das ab Frühjahr 1945 dem polnischen Sicherheitsdienst unterstand, stießen auf Spuren der Vernichtung, als sie zum Abriss von Häftlingsbaracken in Birkenau eingesetzt waren. Zahlreiche Gefangene fanden bei den Abrissarbeiten Gold und andere Hinterlassenschaften der ehemaligen KZ-Lagerinsassen.¹²⁴⁶

Im Frühjahr 1947 lockerten die polnischen Aufsichtsbehörden ihre Einstellung zu politischen Aktivitäten in den Gefangenenlagern. Dabei handelte es sich jedoch noch nicht um ein planmäßiges Vorgehen der Behörden. Die Lagerverwaltungen waren vielmehr dazu geneigt, die propagandistischen Bemühungen der deutschen Kommunisten nicht zu behindern. Das Zentrale Arbeitslager in Warschau, das Anfang 1947 zum größten Sammelpunkt für deutsche Kriegsgefangene im polnischen Gewahrsam wurde, fungierte dabei als „Experimentierfeld“. Als der dortige Kriegsgefangene August Ort Mayer im Januar 1947 bei der Berliner SED-Zentrale um die Zusendung von Propagandaschriften bat, blieb dessen Anfrage unbeantwortet.¹²⁴⁷

¹²⁴¹ Schmidt, 2004, S. 329.

¹²⁴² Meyer, 2003, S. 54.

¹²⁴³ Kochanowski, 2004, S. 349.

¹²⁴⁴ Ebenda, S. 350.

¹²⁴⁵ Siehe hierzu Gross, Jan Tomasz, 2011, *Złote żniwa. Rzecz o tym, co się działo na obrzeżach zagłady Żydów*, Krakau.

¹²⁴⁶ Milota, 2003, S. 291.

¹²⁴⁷ Kochanowski, 2004, S. 351f.

Die polnische Lagerleitung im Lager Warschau begann im Frühjahr 1947, sich politisch in der Gruppe der Lagergefangenen zu betätigen. In den folgenden Jahren beanspruchte sie für sich, den größten Verdienst an der propagandistischen Ausbildung der deutschen Kriegsgefangenen geleistet zu haben. Im Lager Warschau-Mokotów, das dem polnischen Verteidigungsministerium unterstand, galten die Lebens- und Arbeitsbedingungen als verhältnismäßig gut. Die unzureichende Erfahrung des dort eingesetzten Lagerpersonals hemmte jedoch die Umsetzung der politischen Propaganda im Lager erheblich.¹²⁴⁸

Die von den polnischen Behörden als Notwendigkeit erachtete politische Arbeit unter den deutschen Kriegsgefangenen gewann Anfang 1948 zunehmend an Dringlichkeit, als die Entlassungen der Kriegsgefangenen bevorstanden. Zwischenzeitlich hatte sich auch die Beziehung zwischen der polnischen Regierung und der SED-Führung wesentlich verbessert, die bis 1947 u. a. aufgrund der Frage nach der Oder-Neiße-Grenze noch wesentlich distanzierter gewesen war. Auch die ostdeutschen Kommunisten maßen der politischen Betätigung in den Lagern aufgrund der bevorstehenden Heimkehr der Kriegsgefangenen zunehmend Bedeutung bei. Die Umerziehungsmaßnahmen erfolgten dabei unabhängig davon, in welche deutsche Besatzungszone die Kriegsgefangenen nach ihrer Entlassung zurückkehren wollten. Durch die politische Propaganda sollten die negativen deutschen Stereotype der deutschen Gefangenen über Polen bzw. die polnische Nation umgeformt werden. Für die SED waren neben den bekannt gewordenen Maßnahmen zur politischen Einflussnahme in den Lagern auch ökonomische Erwägungen ausschlaggebend dafür, sich ernsthaft mit der Kriegsgefangenen-Problematik zu befassen. Auf Anweisung des SED-Zentralkomitees sollte sich der Funktionär Karl Wloch über die Situation in den polnischen Kriegsgefangenenlagern informieren und darauf aufbauend Maßnahmen zur politischen Arbeit veranlassen.¹²⁴⁹ Am 10. April 1948 reiste Wloch nach Warschau, um dort für mehrere Tage mit polnischen Kommunisten vorbereitende Gespräche über die politische Betätigung unter den deutschen Kriegsgefangenen im polnischen Gewahrsam zu führen. Wloch wurde in der polnischen Hauptstadt über die Lebensbedingungen in den Lagern informiert. Mit einer Delegation ostdeutscher Journalisten besuchte er zudem mehrere Lager, um Eindrücke vor Ort zu sammeln. Wloch stellte der DWO-Leitung die beabsichtigten Maßnahmen in seinem Memorandum „Erwägungen und Projekte bezüglich der Arbeit unter den Kriegsgefangenen“ vor. Darin resümierte Wloch, dass es „für eine allgemeine, alle Kriegsgefangenen umfassende politische Arbeit noch nicht zu

¹²⁴⁸ Ebenda, S. 352f.

¹²⁴⁹ Ebenda, S. 354f.

spät“ sei. Als Voraussetzung für die Durchführung der politischen Kurse nannte er „ein wenig Freizeit und entsprechende Unterkünfte“. ¹²⁵⁰

Ab Sommer 1948 wurde in den polnischen Grubenlagern eine Broschüre verbreitet, in der über die nationalsozialistischen Verbrechen berichtet wurde. ¹²⁵¹ Diese Druckschriften erwiesen sich als geeignetes Medium, da sie unter den isolierten Lagergefangenen als Informationsquelle begierig aufgenommen wurden und durch häufiges Weiterreichen unter den Lagerbelegschaften eine weite Verbreitung fanden. In den Lagern war zu dieser Zeit noch jegliche politische Tätigkeit verboten. Von den polnischen Behörden wurde dieses Verbot jedoch nie bestätigt. Die politische Betätigung unter den deutschen Kriegsgefangenen beschränkte sich im Zentralen Arbeitslager in Warschau auf Schulungskurse. Die Organisatoren wollten die politischen Schulungen zunächst auf einen oder zwei Gruppenkurse begrenzen. Wloch und die DWO-Funktionäre der „Zentralen Arbeitsgruppe“ waren bemüht, möglichst viele Kriegsgefangene für die Schulungen zu gewinnen. Der erste Kurs mit über 140 Teilnehmern endete im Mai 1948. Der folgende Gruppenkurs mit 215 Teilnehmern startete Ende Mai 1948. Beide Kurse wurden zügig durchgeführt. Die Zusammenstellung des Lehrplans erfolgte kurzfristig. Neben deutscher Geschichte wurden auch Informationen über die Sowjetunion, Polen, die Arbeiterbewegung und das internationale Weltgeschehen gelehrt. Auf dem Lehrprogramm standen darüber hinaus auch Praxiskurse, die Methoden zur politischen Betätigung in Gefangenenlagern vermittelten. In diesen Kursen wurden u. a. „die Pflichten der Antifaschisten im Kriegsgefangenenlager“ behandelt oder der Frage „Wie führen wir unsere Schulungen durch?“ nachgegangen. ¹²⁵²

Zu den wesentlichen Aufgaben der Zentralleitung zählten neben der Vorbereitung der Heimkehrertransporte die Redaktion und Veröffentlichung von Broschüren bzw. der Kriegsgefangenenzeitung. Die Zentralleitung wählte auch Kursabsolventen aus, die in die Gefangenenlager entsandt werden sollten. Zudem hatte die Zentralleitung für die Wahrung der „ideologischen Leitlinie“ zu sorgen. Die von den Antifa-Aktivisten des Warschauer Zentralen Arbeitslagers erarbeiteten Aktionspläne waren für die anderen Kriegsgefangenenlager verbindlich. Die Aktivisten orientierten sich bei der Auswahl der Themen für ihre Veranstaltungen an den Bedürfnissen der Gefangenen in den Lagern. Auf dieser Grundlage organisieren sie dann die Gesprächsrunden und Vorträge. Gelegentlich kamen die erarbeiteten Veranstaltungskonzepte auch in weiteren Lagern zur Anwendung. Die Tätigkeit der Referenten wurde fortwährend kontrolliert. Die polnischen Behörden nahmen den Vereinigungskongress von PPS und PPR

¹²⁵⁰ Ebenda, S. 356f.

¹²⁵¹ Gebhardt/Küttner, 1997, S. 77.

¹²⁵² Kochanowski, 2004, S. 360f.

zum Anlass, von den Kriegsgefangenen eine so genannte „Kongresstat“ zu fordern. Als solche galten beispielsweise freiwillig erbrachte, zusätzliche Tagesschichten oder Gratulationen an die neue KP in Polen. Im Mai 1949 hoben die Antifa-Aktivistinnen in ihren Veranstaltungen den „Feiertag der arbeitenden Menschen“ und den „Weltkongress der Verteidiger des Friedens“ hervor. Die konzeptionelle Gestaltung der propagandistischen Arbeit in den Lagern wurde teilweise von polnischen Mitarbeitern des Kriegsgefangenenreferats und zum Teil gemeinsam mit den Kriegsgefangenen erarbeitet. In der Umerziehung der Kriegsgefangenen gewann der Wiederaufbau der zerstörten Stadt Warschau eine enorme Symbolkraft. Die polnischen Behörden versuchten die etwa 3.000 bis 3.500 Kriegsgefangenen der drei Warschauer Lager in Mokotów, in der Anielewicz-Straße und der Górnosłaska-Straße dazu anzuregen, am 29. September 1948 für den Wiederaufbau der polnischen Hauptstadt eine freiwillige Tagesschicht einzulegen. Die zusätzlichen Wiederaufbaumaßnahmen sollten durch ein Rundfunkteam begleitet werden. Das Medium Rundfunk kam ab Mitte 1948 für propagandistische Zwecke zunehmend in den polnischen Gefangenenlagern zum Einsatz. Auch Kriegsgefangene beteiligten sich an den Radiosendungen, die ab dem 8. August 1948 in der SBZ ausgestrahlt wurden.¹²⁵³

Die Häufigkeit der Propagandaveranstaltungen stieg zu Beginn der Entlassungen im Oktober 1948 stark an. Bei den Gesprächsrunden und Vorträgen lag der Fokus zunehmend auf dem politischen Weltgeschehen und auf den Ereignissen in Deutschland. Ideologisch knüpften die Referate und Gesprächsrunden aber auch an den Wiederaufbau der polnischen Hauptstadt und den Dreijahresplan an. Die Antifa-Aktivistinnen betonten wiederholt, nach einer staatlichen Einheit Deutschlands zu streben. Im Arbeitslager Warschau riefen die „aus allen Teilen Deutschlands stammenden“ Kriegsgefangenen im März 1949 die öffentlichen Institutionen aller deutschen Besatzungszonen zu einer Beratung über „die Zukunft des deutschen Volkes“ auf.¹²⁵⁴ Die politische Bildung der deutschen Kriegsgefangenen umfasste auch Aufklärungsmaßnahmen über die nationalsozialistischen Verbrechen.¹²⁵⁵ Noch vor dem Beginn von Wlochs Betätigung in Polen hatten polnische Behörden am 2. Juli 1947 deutsche Gefangene einer „Sonderstrafabteilung“ auf das Gelände des vormaligen Stammlagers Auschwitz überführt, um dort ein Museum über das einstige Vernichtungslager zu errichten. Joachim Floth, der Lagerälteste der dort befindlichen Gefangenen, fand nach eigenen Angaben in dem Lager „rund 2 Kubikmeter Menschenasche“, sah aber angeblich „nirgendwo Gaskammern oder ähnli-

¹²⁵³ Ebenda, S. 366f.

¹²⁵⁴ Ebenda, S. 367f.

¹²⁵⁵ SAPMO, SgY30-1103.

ches“.¹²⁵⁶ Die deutschen Gefangenen erfuhren auch über die Zeitschriften, die sie mit der Post aus der Heimat erhielten, von den NS-Verbrechen:

„In einer deutschen Zeitung las ich einen Bericht über KZ-Lager mit einem Auszug aus dem Buch von Eugen Kogon ‚Der SS- Staat‘. Bei uns sind teilweise noch schlimmere Greuelthaten vorgekommen, z.B. beim Todesmarsch von Zittau nach Lauban, über den ich später noch berichten werde. In Radom ließ man Gefangene hüpfen und schlug so auf sie ein, daß Platzwunden auf den Köpfen und an den Armen auftraten. Andere Gefangene wurden auf Bänke festgeschnallt, geknebelt und so lange geprügelt, bis die Haut aufsprang. In die blutenden Wunden wurde dann von den Polen noch Salz gestreut. In Sagan wurden 80 Gefangene in der Entlausung verbrannt. Dies sind alles Grausamkeiten, von denen Kameraden mir erzählt haben. Ich habe sie persönlich nicht gesehen. Auch Zivilisten am Straßenrand schlugen in Radom und Warschau auf Mitgefangene ein.“¹²⁵⁷

Viele Gefangene leugneten die NS-Verbrechen und verschoben gleichzeitig die Schuld an begangenem Unrecht auf die polnische Gewahrsamsmacht. Im Offizierslager Sikawa wurde an einem Sonntagnachmittag der polnische Auschwitz-Film „Die letzte Etappe“ gezeigt. Der Besuch der Vorführung war für alle Lagergefangenen verpflichtend. Während der Filmvorführung herrschte im Saal „betretenes Schweigen“.¹²⁵⁸ Wie die KZ-Filme in den britischen und amerikanischen Gefangenenlagern, wurde der Streifen von den Zuschauern als nicht glaubwürdig abgetan und stieß auf Ablehnung. Der Major Heinrich Heitsch, der zu der Gruppe der Kritiker des gezeigten Films zählte, wurde auf Vorschlag von Karl Wloch zur Besichtigung des Museums in Auschwitz gefahren, das auf ihn einen tiefen Eindruck hinterließ.¹²⁵⁹

6.4 Die Suche nach NS-Tätern

Nach dem deutschen Überfall auf die UdSSR am 22. Juni 1941 bemühte sich die sowjetische Führung darum, die Handlungsautonomie in dem Vorgehen gegen Kriegsverbrecher zu wahren. Den neuen Kriegsallianzen misstraute sie. Die Führung der UdSSR betonte dabei die Kompatibilität ihrer Positionen mit den Ansätzen der anderen Alliierten. In schriftlichen Mitteilungen vom 17. Juli, 8. August und 25. November 1941 verwies sie zudem auf ihre Bereitschaft, den Krieg nach den Regeln des Völkerrechts zu führen. Mit einer detaillierten Beschreibung der deutschen Verbrechen vor der Weltöffentlichkeit konnte sie sich neben anderen Staaten als Opfer in die breite Anti-Hitler-Allianz einreihen.¹²⁶⁰ Das Plenum des Obersten

¹²⁵⁶ DVG-Mitteilungsblätter Nr. 6/1977, 9/1977; DVG-Extra-Blatt, Nr. 2/1975.

¹²⁵⁷ Bellartz, 1998, S. 193.

¹²⁵⁸ Gebhardt/Küttner, 1997, S. 99.

¹²⁵⁹ Ebenda.

¹²⁶⁰ Hilger, 2006, S. 194f.

Gerichts der UdSSR verkündete im Dezember 1941, dass für alle Personen auf dem sowjetischen Staatsgebiet und damit auch für die Angehörigen der deutschen Militäreinheiten und der Besatzungsbehörden die sowjetischen Gesetze Anwendung fänden.¹²⁶¹

In nachfolgenden Erklärungen forderte die sowjetische Führung, die Verantwortlichen für die Kriegs- und Besatzungsverbrechen sowie die an den Verbrechen Beteiligten vor Gerichten zur Verantwortung zu ziehen. Am 13. Januar 1942 war im Londoner St. James-Palast zuvor eine ähnliche Forderung von neun Exilregierungen besetzter Länder erlassen worden.¹²⁶² Die Sowjetunion setzte eine eigene Untersuchungskommission ein, die den Ermittlungsbemühungen von NKVD, NKGB und Smersch internationale Anerkennung verlieh.¹²⁶³ Die Briten regten Anfang Oktober 1942 die Einsetzung einer multinationalen Kriegsverbrecher-Kommission an. Die UdSSR reagierte darauf, indem sie ihre Übereinstimmung mit den gesamtalliierten Prinzipien proklamierte.¹²⁶⁴

6.4.1 Die Suche nach NS-Tätern im sowjetischen Gewahrsam

Stalin erklärte in seiner Rede vom 6. April 1943, dass „alle faschistischen Verbrecher, die an diesem Krieg und den Leiden der Völker schuld sind, die von ihnen begangenen Verbrechen mit harten Strafen sühnen“ würden.¹²⁶⁵ Am 19. April 1943 erließ das Präsidium des Obersten Sowjets den Ukas „Über Maßnahmen zur Bestrafung deutsch-faschistischer Greuel Täter, die der Tötung und Misshandlung der sowjetischen Zivilbevölkerung und von gefangenen Rotarmisten schuldig sind“, in dem für Kriegsverbrechen der Tod durch Strang vorgesehen wurde.¹²⁶⁶ Nach der Auffassung Stalins sahen die existierenden Gesetze für die deutsche „Bluttaten gegen die friedliche Bevölkerung und gefangene Rotarmisten“ Strafen vor, „die ganz offenkundig den begangenen Verbrechen nicht angemessen“ waren. Mittels dieser Bewertung wurde der Erlass des Ukas von den Sowjets begründet und auch dessen rückwirkende Anwendung gerechtfertigt. Das harte Strafmaß sollte potenzielle Kollaborateure oder Kriegsverbrecher abschrecken und zugleich das Vergeltungsbedürfnis der Bevölkerung befriedigen.¹²⁶⁷ Der durch Stalin initiierte Geheimerlass entwickelte sich in der Nachkriegszeit zum wichtigsten Instrument für die Ahndung deutscher Kriegs- und Besatzungsverbrechen. Der Ukas 43 war zunächst als stalinistische Antwort auf die sowjetische Kollaboration konzipiert wor-

¹²⁶¹ Reichel, 2001, S. 117.

¹²⁶² Hilger, 2006, S. 195.

¹²⁶³ Kochavi, 1998, S. 15-20.

¹²⁶⁴ Hilger, 2006, S. 195.

¹²⁶⁵ Lang, 1981, S. 25.

¹²⁶⁶ Lehmann, 1986, S. 29.

¹²⁶⁷ Hilger, 2006, S. 202.

den.¹²⁶⁸ Spätestens seit September 1943 bereitete die Sowjetunion auch ihren ersten öffentlichen Kriegsverbrecherprozess vor.¹²⁶⁹

Mit der Moskauer Deklaration vom Oktober 1943 erhielt Stalin die Legitimation der Westalliierten, Gefangene im sowjetischen Gewahrsam nach russischem Recht aburteilen zu dürfen.¹²⁷⁰ Die Paragraphen 58 und 59 des Strafgesetzbuches der UdSSR über die „gegenrevolutionären Delikte“ beinhalteten den Strafbestand über das Eindringen von „bewaffneten Banden“ in das Gebiet der Sowjetunion. Nach sowjetischem Verständnis wurden unter dem Begriff „Bande“ auch SS-Einheiten und Polizeiverbände sowie Angehörige von Feld- und Ortskommandanturen, Abwehreinheiten und Gefangenenbegleitkommandos gefasst, die im Zuge des „Unternehmens Barbarossa“ auf russisches Territorium vorgestoßen waren.¹²⁷¹

Die Absicht, im Rahmen der Entnazifizierung Deutschlands die deutschen Kriegsverbrecher zu bestrafen, wurde auf der Konferenz von Jalta vom 4. bis 11. Februar 1945 von den Alliierten offiziell deklariert.¹²⁷² Mit dem Londoner Viermächteabkommen vom 8. August 1945 war von sämtlichen Besatzungsmächten zudem die Zugehörigkeit zu verbrecherischen Organisationen, wie der NSDAP und der Waffen-SS, als Strafbestand festgelegt worden.¹²⁷³

Der Nürnberger Prozess legte offen, dass in der Sowjetunion trotz gemeinsamer Verlautbarungen ein in den Grundsätzen abweichendes Rechtsverständnis vertreten wurde. Ende November 1945 sprach der sowjetische Chefankläger Andrej Ja. Wyschinski des Nürnberger Prozesses vor der versammelten Richterschaft einen Toast auf die seines Erachtens bereits feststehende Hinrichtung der Angeklagten aus. Zudem versuchte die sowjetische Anklage in dem Prozess, der NS-Führung den Mord an polnischen Offizieren und Zivilisten in Katyn anzulasten.¹²⁷⁴

Die umfangreichen deutschen Verbrechen in der Sowjetunion, an der eine Vielzahl an deutschen Täterinstitutionen und -gruppen einschließlich der Wehrmacht beteiligt waren, hatten eine gewaltige Anzahl an Opfern gefordert. Unter den Opfern befanden sich 2,5 bis 2,8 Millionen sowjetische Juden, etwa 3 Millionen sowjetische Kriegsgefangene, 700.000 bis 800.000 Bewohner Leningrads sowie ca. 2 Millionen nichtjüdische Zivilisten, die durch die deutsche Besatzungsmacht bei den so genannten „Partisanen-Aktionen“ oder durch die Strategie der „Verbrannten Erde“ während des deutschen Rückzugs ihr Leben ließen. Im Krieg starben insgesamt zwischen 23,9 und 26,6 Millionen Sowjetrussen. Etwa 3 Millionen Sowjetbürger

¹²⁶⁸ Penter, 2003, S. 190ff.

¹²⁶⁹ Hilger, 2006, S. 195.

¹²⁷⁰ Lang, 1981, 96.

¹²⁷¹ Lehmann, 1986, S. 28; Lang, 1981, S. 63.

¹²⁷² Oleschinski/Pampel, 1997, S. 52.

¹²⁷³ Lang, 1981, S. 97.

¹²⁷⁴ Hilger, 2006, S. 195f.

wurden zur Zwangsarbeit in das Deutsche Reich deportiert. In den besetzten Gebieten zog die Besatzungsmacht weitere 22 Millionen Menschen zum Arbeitseinsatz heran.

Der wirtschaftliche Gesamtschaden, den die Sowjetunion durch den Krieg und die Besatzungszeit erleiden musste, blieb unbestimmt. Das in ihren weitesten Ausmaßen ca. 1,5 Millionen Quadratkilometer umfassende sowjetische Territorium, das u. a. auch die Ukraine, das Baltikum und Weißrußland einschloss, war während des Krieges von deutschen Truppen besetzt. Die deutsche Herrschaft in Russland dehnte sich zeitweilig im Norden bis nach Leningrad, bis zum Vorfeld der Hauptstadt Moskau und im Süden bis nach Stalingrad und Krasnodar aus. Durch die deutsche Besatzungsmacht wurde damit ein Drittel der sowjetischen Wirtschaftskapazität sowie nahezu die Hälfte der landwirtschaftlichen Anbaufläche ausgebeutet oder zerstört. Die Schadensbilanz der TschGK belief sich auf 679 Milliarden Rubel. Intern wurde der Schaden auf 1.275 Milliarden geschätzt und damit von einer fast doppelt so hohen Summe ausgegangen. Dieser wirtschaftliche Schaden war entgegen sowjetischen Verlautbarungen nicht allein auf die Vernichtungen durch die Deutschen zurückzuführen, sondern resultierte zum Teil auch aus Zerstörungen durch die sowjetischen Truppen während des Rückzugs und aus Kampfhandlungen. Durch den deutschen Angriff auf die UdSSR war die sowjetische Volkswirtschaft um zwei Fünfjahrespläne zurückgeworfen worden. Der durch die Angriffe entstandene wirtschaftliche Schaden war daher immens.¹²⁷⁵

6.4.1.1 Die NS-Täter

Unter den zahlreichen Kriegsgefangenen, die im Frühjahr 1945 in die sowjetischen Sammellager strömten, befanden sich auch ehemalige Soldaten, die Kriegsverbrechen begangen hatten.¹²⁷⁶ Es erwies sich jedoch für die sowjetischen Behörden als schwierig, die NS-Täter in den Gefangenenlagern ausfindig zu machen. Bereits die Frage nach der genauen Definition eines „Kriegsverbrechers“ stellte die Sowjets vor Probleme. Zu den Tatverdächtigen zählten Staboffiziere der Wehrmacht, führende Mitglieder der NSDAP und ihrer Organisationen sowie auch Angehörige der Gendarmerie, der Geheimen Feldpolizei, der Gestapo, der SS, der SA und des SD. Die sowjetische Definition von „verbrecherischen Organisationen“ ging weit über die Ausführungen des Nürnberger Urteils hinaus. So zählten nach sowjetischem Verständnis zu den Tätergruppen neben der SA auch ganze Wehrmachtseinheiten.¹²⁷⁷

¹²⁷⁵ Kochavi, 1998, S. 15-20.

¹²⁷⁶ Hilger, 2000, S. 322.

¹²⁷⁷ Weiner, 2001, S. 84ff.

Über Kriegsgefangene bestimmter Dienstgruppen, Einheiten und Amtsstellungen hatten die Ermittlungsbehörden des NKVD-MVD in der UdSSR „operative Listen“ angefertigt. Die weiteren Ermittlungen sollten über diese Listen kanalisiert und sukzessive um belastendes Material ergänzt werden. Die betreffenden Gefangenen wurden erst ab Ende 1945 konsequent von den Repatriierungstransporten ausgeschlossen. Die Kriegsgefangenschaft bedeutete für diese Gefangenen daher nicht nur reparationspolitische Wiedergutmachung, sondern zugleich auch Untersuchungshaft.¹²⁷⁸ Durch die Aussagen der Kriegsgefangenen erhielten die sowjetischen Behörden teilweise detaillierte Kenntnisse von den begangenen Verbrechen und deren Verantwortlichen. So konnten die sowjetischen Behörden u. a. belegen, dass die SS-Division „Totenkopf“ in ihrer Gesamtheit „äußerst aktiv an massenhaften Bestialitäten und anderen Greueln, die durch besondere Grausamkeit hervorstechen, teilgenommen hat“. In derartigen Fällen stellte „sich den operativen Mitarbeitern des GUPVI-Systems die Aufgabe, unter Ausnutzung aller Möglichkeiten das Personal [der Einheit], das in Gefangenschaft geraten ist, zu entdecken und als Teilnehmer an Bestialitäten zu entlarven“.¹²⁷⁹ Zu den belasteten Einheiten zählte auch die SS-Sonderformation „Dirlewanger“. Der ehemalige KZ-Häftling Batzer, der nach fast 11-jähriger Gefängnis- und Lagerhaft 1944 zu der Sonderformation zwangsrekrutiert worden war, half beispielsweise im Lager Elsterwerda dabei, Angehörige dieser Einheit unter den Gefangenen ausfindig zu machen.¹²⁸⁰

Mit den zunehmenden Kenntnissen über deutsche Verbrechen in der Sowjetunion wuchs im Laufe der Jahre auch die Zahl „belasteter Einheiten“. Diese Einheiten konnten insbesondere über Einsatzorte, an denen sich Verbrechen zugetragen hatten, bestimmt werden. Es mangelte jedoch an konkreten Ermittlungsversuchen und -erfolgen. Die operativen Organe nutzten daher formale Kriterien, wie beispielsweise die Zugehörigkeit zur SS, zur Polizei, zu „belasteten“ Einheiten der Wehrmacht sowie zu bestimmten Dienstgradgruppen und Amtsbereichen, als ausschlaggebende Belastungsmerkmale. In der Regel sanktionierten die sowjetischen Militärstaatsanwälte Anklagen, die ausschließlich auf Ermittlungen hinsichtlich dieser Belastungsmerkmale basierten. Auch in den Gerichtsverhandlungen wurden die Resultate der Voruntersuchungen kaum in Frage gestellt.¹²⁸¹ Die Verfügung des MWD Nr. 556ss vom 2. September 1948 umfasste z. B. 33 Einheiten bis hinunter zur Divisionsebene, 20 weitere, niedrigere Einheiten, 14 SS-Formationen, 57 Wach- und Sonderbataillone, -regimenter u. ä., 30 Militär- und Ortskommandanturen, 12 Landwirtschaftskommandanturen und 11 „Lager für

¹²⁷⁸ Hilger, 2006, S. 209.

¹²⁷⁹ Poljan, 2002, S. 331ff.

¹²⁸⁰ Weiner, 2001, S. 177f.

¹²⁸¹ Hilger, 2006, S. 212.

Kriegsgefangene“, einschließlich Buchenwald, Sachsenhausen, weiterer KZs und das jüdische Ghetto in Minsk.¹²⁸²

Die strafrechtliche Aufarbeitung der NS-Diktatur in der Sowjetischen Besatzungszone seitens der sowjetischen Behörden war durch eine Mischung aus handwerklichen Mängeln, staatlicher Vergeltung und politischen Erwägungen der Nachkriegszeit gekennzeichnet. Die Sowjetunion bildete dabei den obersten Bezugspunkt. Das stalinistisch geprägte Verständnis von einem Staat als absolutem Wert führte dazu, dass Industriellen der Ostarbeitereinsatz oder Lagerleitern die Misshandlung von Kriegsgefangenen als Verbrechen mit „gegenrevolutionärer Absicht“ nach Artikel 58-2 ausgelegt wurde. Einer tatsächlichen Aufarbeitung deutscher Kriegs- und Besatzungsverbrechen stand diese Gewichtung diametral gegenüber.¹²⁸³

Bis März 1946 wurden etwa 11.500 bis 12.000 Angehörige ehemaliger Feindstaaten als Kriegsverbrecher erfasst. Andere Quellen gehen von „30663 Faschisten“, Kriegs- und Gewaltverbrechern aus. Die TschGK-Kartothek soll 76.264 Karteikarten über „deutschfaschistische Verbrecher und Personen, die für die brutale Ausbeutung der sowjetischen Bevölkerung verantwortlich waren“, enthalten haben.¹²⁸⁴

Bei der Verurteilung von Deutschen als Kriegs- und Gewaltverbrecher wurde die sowjetische Rechtsauffassung deutlich. Die sowjetischen Gerichte griffen zum Teil auf die Staatsschutzparagrafen Artikel 58 und 59 des russischen Strafgesetzbuchs von 1926 zurück. Ab 1945 galten diese auch für Gerichtsverfahren im besetzten Ostdeutschland, obwohl sie jeglicher juristischen Grundlage entbehrten. Besondere Bedeutung erhielt in diesem Zusammenhang der Artikel 58-2. Dieser sah für den „bewaffneten Aufstand oder Eindringen von bewaffneten Banden in das Sowjetgebiet in gegenrevolutionärer Absicht“ sowie für die konterrevolutionäre Machtübernahme „insbesondere [in] der Absicht, von der Union der SSR und der einzelnen Unionsrepubliken irgendeinen ihrer Gebietsteile abzutrennen“ Strafen bis hin zum Tode vor. Begründet wurden Verurteilungen nach Artikel 58-2 oder ersatzweise nach Artikel 59-3, die sich auf besonders gefährliches „Banditentum“ bezogen, mit der Teilnahme am Krieg gegen die Sowjetunion bzw. mit der Zugehörigkeit zur Polizei, zur Wehrmacht, zur SS, zur SA oder zu Wirtschaftsdienststellen in den besetzten Gebieten. In den Gerichtsverhandlungen kam der Artikel 58-2 auch zur Anwendung, wenn individuelle Vergehen wie die Misshandlung und Ermordung von sowjetischen Kriegsgefangenen oder Zivilisten durch Angehörige des Wachpersonals, durch Soldaten oder durch Vorarbeiter verhandelt wurde.¹²⁸⁵

¹²⁸² Ebenda, S. 236.

¹²⁸³ Ebenda, S. 236f.

¹²⁸⁴ Jeske/Schmidt, 2003, S. 168f.

¹²⁸⁵ Ebenda.

6.4.1.2 Die Maßnahmen des sowjetischen Lagerpersonals

Die von Moskau aus vorgegebenen Schwerpunkte und Ziele hinsichtlich der Suche nach NS-Tätern wurden von NKVD-MWD, NKGB-MGB und der Spionageabwehr Smersch durchgeführt. Die Vorgehensweisen dieser Organe dürften sich in Deutschland kaum von denen in der Sowjetunion unterschieden haben.¹²⁸⁶ Das NKVD führte die Ermittlungen gegen deutsche Kriegsgefangene durch, ab 1945/46 auch gegen Deutsche in der SBZ. Ab 1943 ermittelte die Spionageabwehr Smersch ebenfalls gegen Kriegsgefangene. In der SBZ sollte die Spionageabwehr von 1945 an das NKVD unterstützen. Seit 1945/46 war das NKGB gemeinsam mit dem NKVD für sämtliche Ermittlungen in der SBZ zuständig. Ab Herbst 1946 übernahm es diese Aufgabe allein.¹²⁸⁷

Nach einer ersten Welle öffentlicher Prozesse in den Jahren 1943/44 verzichtete die sowjetische Führung im weiteren Verlauf des Krieges zeitweise auf öffentlich durchgeführte Verfahren in der UdSSR. Vermutlich nahm die sowjetische Führung auf die Befürchtungen der westlichen Verbündeten Rücksicht, dass es durch die öffentlichen Prozesse auf deutscher Seite zu Vergeltungsaktionen an allen Kriegsgefangenen kommen könnte. Das NKVD hatte zudem die negativen Auswirkungen öffentlicher Verfahren auf die Tätersuche in Kriegsgefangenenlagern registriert.¹²⁸⁸

Bei der Suche war das sowjetische Lagerpersonal in erster Linie auf die deutschsprachigen Antifa-Aktivisten in den Lagern angewiesen. Diese führten Spitzeldienste unter den Mitgefangenen aus, leiteten die Befragungen und nahmen bei Verdacht Leibesvisitationen vor. Die Lager-Antifaschisten und die Angehörigen des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ nutzten diese Aufgaben häufig als Möglichkeit, sich in ihrer Position zu behaupten bzw. ihre Stellung in der Lagerhierarchie zu legitimieren. Im Kriegsgefangenenlager Auschwitz wurden kaum Bemühungen unternommen, NS-Täter, SS-Angehörige und Parteifunktionäre unter den Gefangenen ausfindig zu machen.¹²⁸⁹ Die im Kriegsgefangenenlager Auschwitz befindlichen Offiziere, die als nationalsozialistisch belastet galten, wurden mehrfach zu Verhören geführt.¹²⁹⁰ In den Befragungen sollte u. a. die Beteiligung an möglichen Kriegsverbrechen festgestellt werden.¹²⁹¹ Ende August 1945, als die ersten Entlassungen bevorstanden, intensivierte das Lagerpersonal seine Bemühungen, NS-Täter unter den Gefangenen ausfindig zu machen

¹²⁸⁶ Hilger, 2006, S. 209.

¹²⁸⁷ Ebenda, S. 189.

¹²⁸⁸ Ebenda, S. 219f.

¹²⁸⁹ Friedrich Stelzel in einem Schreiben an den Verfasser, 11.9.2008.

¹²⁹⁰ Mazakarini, Dokumentation, Bl. 2.

¹²⁹¹ Lehmann, 1986, S. 26.

und zur Aburteilung in die Sowjetunion zu überstellen.¹²⁹² Gefangene, die für Heimkehrer-Transporte vorgesehen waren, mussten einzeln zu Vernehmungen vor Mitgliedern des NKFD erscheinen. Bei der Vernehmung hatten sich die Gefangenen Leibesvisitationen zu unterziehen. In den persönlichen Dokumenten der Lagergefangenen suchten die Funktionäre des Nationalkomitees nach belastenden Hinweisen.¹²⁹³

In Breslau-Hundsfeld griff das sowjetische Lagerpersonal auf das umfassende Netzwerk von Spitzeln im Lager zurück. Gefangene, die aufgrund von Denunziationen im Verdacht standen, Kriegs- oder Gewaltverbrechen begangen zu haben, wurden in zwei von Drahtverhauen umgebenen Steinbaracken des Zentrallagers isoliert. Den Bewohnern der anderen Unterkünfte war der Kontakt zu diesen Gefangenen untersagt. Wie auch in der Sowjetunion, führte diese Ermittlungstechnik in Deutschland zwangsläufig dazu, dass nicht nur tatsächliche Verbrechen angezeigt, sondern gelegentlich auch Mitgefangene aus eigennützigen Motiven denunziert wurden. Den Erfolg der operativen Ermittlungen maß die sowjetische Führung ausschließlich an der Zahl der „Entlarvungen“. Nachgeordnete Behörden warnte sie wiederholt eindringlich davor, potenzielle Verbrecher ungestraft davonkommen zu lassen. Gerade bei unbegründeten Denunziationen konnte dieser Erfolgsdruck verheerende Folgen haben.¹²⁹⁴

Eine etwas außergewöhnliche Maßnahme führte das Wachpersonal im Lager Neuhammer durch. Es verhörte gezielt Offiziere und Lagergefangene, die hohe NS-Orden trugen. „Als bekannt wurde, dass die auf Grund der Verhöre ausgesprochenen Urteile auf zehn, zwölf, fünfzehn oder noch mehr Jahre Zwangsarbeit in der Sowjetunion abzielten, verschwanden die Orden und Ehrenzeichen im Lager wieder, viele Offiziere wurden wieder 'gemein'“, erinnerte sich ein ehemaliger Lagergefangener.¹²⁹⁵ Wie auch in der Sowjetunion, verhängten die SMT in Deutschland in ihren Prozessen gegen die deutschen Angeklagten in fast allen Fällen 25-jährige oder lebenslängliche Haftstrafen.¹²⁹⁶

6.4.1.3 Das Scheitern der Suche nach NS-Tätern

Die Anzahl der enttarnten Kriegs- und Gewaltverbrecher blieb in den sowjetischen Gefangenenlagern östlich von Oder und Neiße gering. Ursächlich hierfür war insbesondere, dass es vielen deutschen Tätern gelungen war, sich dem Gewahrsam der Roten Armee zu entziehen. Zudem waren die Ermittlungen im sowjetischen Besatzungsgebiet nicht sehr anspruchsvoll.

¹²⁹² APMO, Erinnerungen, Bd. 217, Bl. 89, 25.8.1945.

¹²⁹³ APMO, Erklärungen, Bd. 206, Bl. 9.

¹²⁹⁴ Hilger, 2006, S. 211f.

¹²⁹⁵ Korn, 2003, S. 129.

¹²⁹⁶ Wagenlehner, 2001, S. 189ff.

Möglicherweise schenkte die stalinistische Justiz den Straftaten in der SBZ bzw. der DDR, wie etwa dem häufig vorliegenden Tatbestand der Misshandlung von Zwangsarbeitern oder Kriegsgefangenen, weniger Aufmerksamkeit als den Straftaten auf dem sowjetischen Territorium. Die Sowjetunion hatte insgesamt eine negative Einstellung gegenüber diesen Personengruppen. Es ist auch davon auszugehen, dass die UdSSR sich in der SBZ bzw. der DDR mit ihren Kapazitäten schon frühzeitig an den besonderen Gegebenheiten dieses Besatzungsgebiets orientierte. Der Fokus lag dabei stärker auf der Verfolgung von politisch motiviertem Widerstand sowie von Menschen mit oppositionellem und abweichendem Verhalten als auf der Ahndung von NS-Verbrechen.¹²⁹⁷

Die Kriegsverbrecherprozesse in der SBZ besaßen aufgrund ihres spezifischen Umfelds eine zusätzliche besatzungs- und damit deutschlandpolitische Komponente.¹²⁹⁸ Die Geheimprozesse mit ungewissem Ausgang verstärkten dort die repressive Gesamtatmosphäre.¹²⁹⁹ Die Zahl der sowjetischen Verurteilungen in der SBZ blieb in den Nachkriegsjahren sehr gering. Diese erreichten ihren Höhepunkt bereits 1948.¹³⁰⁰ Die meisten Verurteilungen erfolgten in der ersten Phase der Besatzungspolitik. Die in der sowjetischen Besatzungszone öffentlich abgehaltenen Prozesse beschränkten sich auf den Zeitraum von 1945 bis 1947 und hinterließen den Eindruck gründlicher Ermittlungen. Diese Ermittlungen gegen deutsche NS-Täter waren in der SBZ nach dem Kriegsende zwar intensiviert worden, dennoch blieben diese weit geringer als die Gesamtzahl der Verfahren gegen Kollaborateure auf dem Territorium der Sowjetunion. Die tschekistische Bemühungen hatten jedoch die sowjetische Regierung bis weit in die Nachkriegszeit nicht zufrieden gestellt.¹³⁰¹

Die sowjetische Außerordentliche Staatskommission zur Aufklärung der NS-Verbrechen in der UdSSR (TschGK) hatte nach dem Kriegsende 1945 ihre Untersuchungen weitgehend beendet. Die Arbeit der Kommission wurde zudem durch die Auswirkungen verspäteter Ermittlungen mit unzureichenden Ressourcen beeinträchtigt. Die TschGK hatte lange, nicht immer eindeutige Namenslisten von Verdächtigen erarbeitet. In konkreten Fällen konnte sie jedoch nur wenig zur zweifelsfreien Identifizierung der Täter beitragen. Den Fokus ihrer Arbeit legte die TschGK auf die Dokumentation von Verbrechen. Auf der Grundlage des Materials, das der Kommission vorlag, konnten aber in wenigen Fällen Verknüpfungen zwischen den Angeklagten und einzelnen Tatvorgängen aufgezeigt werden.¹³⁰² Die politischen Vorgaben

¹²⁹⁷ Hilger, 2006, S. 234.

¹²⁹⁸ Ebenda.

¹²⁹⁹ Schmidt, 2001, S. 339ff.

¹³⁰⁰ Chavkin/Kalganov, 2001, S. 148.

¹³⁰¹ Hilger, 2006, S. 224.

¹³⁰² Ebenda, S. 212.

der sowjetischen Führung waren nicht auf direkte Sühne von Kriegs- und NS-Verbrechen gerichtet, sondern zielten insbesondere auf die Sicherung der Roten Armee sowie auf die Rekrutierung möglichst vieler Deutscher für den Arbeitseinsatz in der Sowjetunion.¹³⁰³ Das seit Oktober 1944 bis April 1945 von sowjetischer Seite zumindest latent geduldete Vergeltungsbedürfnis der Rotarmisten zeigte sich auch in den verstärkten Verurteilungen deutscher Zivilisten während des Kriegsendes.¹³⁰⁴ In der SBZ wurden Deutsche lediglich aufgrund ihrer NSDAP-Mitgliedschaft als Kriegsverbrecher verurteilt, da ihnen unterstellt wurde, dass sie die „auf die Ausrottung des Sowjetvolkes, die Eroberung und die Vernichtung des Vermögens der UdSSR gerichteten Maßnahmen der NSDAP und der Hitlerregierung [...] aktiv aus[geführt]“ hätten.¹³⁰⁵

Im Jahr 1945 wurden in der SBZ auf der Grundlage des Ukas 43 insgesamt 384 Deutsche und nach dem KRG 10 acht Deutsche als Kriegsverbrecher verurteilt. Die Zahl der Verurteilungen ist als Mindestzahl der nachweisbaren Urteile in der Sowjetischen Besatzungszone einschließlich der Gebiete östlich von Oder und Neiße anzusehen.¹³⁰⁶ Ab 1947 stieg die Zahl der sowjetischen Urteile in der SBZ an, was u. a. in dem Ausbruch deutschlandpolitischer Konflikte der Alliierten zu dieser Zeit begründet war. Die Sowjets wurden durch diese Konflikte für politisch verdächtige Deutsche und für nationalsozialistisch belastete Personengruppen sensibilisiert. Der Sachsenhausen-Prozess im Oktober 1947 symbolisierte den Start der intensivierten sowjetischen Strafverfolgungen gegen ehemalige Opponenten im Kontext der beginnenden Bolschewisierung Ostdeutschlands. Die Situation in der SBZ machte dabei eine vorgezogene Verschmelzung von Straf- und Sicherheitspolitik erforderlich. In ihrer Qualität und der politischen Ausrichtung unterschieden sich die Verfahren jedoch nicht von den vorangegangenen.¹³⁰⁷

6.4.1.4 Der Umgang mit den enttarnten NS-Tätern

Die Gesamtanzahl der Verfahren in Ostdeutschland ist schwer zu bestimmen, da die sowjetische Justiz dort nicht nur für die Aburteilung von Kriegsverbrechern zuständig war. In ihren Aufgabenbereich fielen auch die Bestrafung von Alltagsdelikten und die Verfolgung von Opposition und Abweichungen. Angaben zu den Urteilsgründen liegen nur für etwa 59.000 der geschätzten 70.000 bis 72.000 Urteile, die sowjetische Gerichte zwischen 1941 und 1952 ge-

¹³⁰³ Ebenda, S. 232.

¹³⁰⁴ Poulsen, 2004, S. 140f.

¹³⁰⁵ Hilger, 2006, S. 234.

¹³⁰⁶ Petrov, 1998, S. 99-104.

¹³⁰⁷ Hilger, 2006, S. 232.

gen Deutsche verhängten, vor.¹³⁰⁸ In den Jahren 1941 bis 1955/56 wurden 21.555 Deutsche von der sowjetischen Justiz auf der Grundlage des Ukas 43 vom 19. April 1943 als Kriegs- und NS-Verbrecher verurteilt. Bei den Verurteilten handelte es sich um 20.138 Kriegsgefangene und um 1.417 Zivilisten.¹³⁰⁹

Über die Verurteilungen von deutschen Zivilisten östlich der Oder und Neiße sowie in Königsberg bzw. im Memelland sind nur cursorisch Informationen vorhanden.¹³¹⁰ In 250 Fällen wurden Zivilisten aus den Gebieten östlich der Oder und Neiße bzw. aus Königsberg auf der Grundlage des Ukas 43 vom 19. April 1943 verurteilt.¹³¹¹ Recherchen haben gezeigt, dass es sich bei diesen Urteilen fast ausschließlich um Todesurteile handelte.¹³¹²

Der Umgang der Sowjets mit den mutmaßlichen NS-Tätern unterschied sich von Lager zu Lager. Der im Lager Thorn gefasste Leslauer Polizeichef Walter Wolf wurde am 17. November 1945 in einer der Sonderkonferenzen des NKVD (OSO) verurteilt. In diesen Sonderkonferenzen fällten Vertreter der entsprechenden Volkskommissariate oder der Ministerien in Moskau zusammen mit einem Vertreter der Generalstaatsanwaltschaft der UdSSR Urteile, einschließlich der Todesstrafe, auf dem Verwaltungsweg, d. h. basierend auf der Aktenlage und in Abwesenheit des Angeklagten. Die OSO befassten sich mit den Fällen, in denen es den Untersuchungsorganen unmöglich schien, „in gerichtlicher Ordnung die Beweise zu nutzen, die die Schuld des Verhafteten belegen, obwohl die Schuld [...] unzweifelhaft ist“.¹³¹³

Da die sowjetische Justiz die NS-Verbrechen vorrangig als gegenrevolutionären Anschlag auf die Sowjetunion wertete, wurde die historische Realität im Einzelfall teilweise stark verzerrt. Walter Wolf wurde als sächsischer SA-Führer schuldig gesprochen, ab 1926 in Dresden eine führende Rolle bei Angriffen auf kommunistische Veranstaltungen gespielt zu haben. Zudem soll er während des Krieges als Leiter der Polizei in Włocławek (Leslau) wesentlich an der Ermordung der jüdischen Bevölkerung in der Region mitgewirkt haben. Die OSO legte diese Tatbestände gemäß Artikel 58-4 des sowjetischen Strafgesetzbuchs als „Unterstützung des Teiles der internationalen Bourgeoisie, der die Gleichberechtigung des das kapitalistische System ablösenden kommunistischen Systems nicht anerkennt und seinen Sturz erstrebt, oder der sozialen Gruppen und Organisationen, die unter dem Einfluß dieser Bourgeoisie stehen

¹³⁰⁸ Ebenda, S. 191.

¹³⁰⁹ Bochar, 2000, S. 707f.

¹³¹⁰ Ebenda.

¹³¹¹ Poulsen, 2004, S. 140f.

¹³¹² Hilger, 2006, S. 193.

¹³¹³ Ebenda, S. 214.

oder unmittelbar von ihr organisiert sind, bei Ausübung der der Union der SSR feindlichen Tätigkeit“ aus. Auf dieser Grundlage wurde Wolf zum Tod durch Erschießen verurteilt.¹³¹⁴

Die im Lager Auschwitz ermittelten NS-Täter wurden im September 1945 zusammen mit den SS-Angehörigen und den „Politischen“ nach Wyschni-Wolotschek in die UdSSR transportiert. Auf dem Transport befanden sich insgesamt 2.000 Gefangene.¹³¹⁵ Im September 1945 wurden zudem belastete Kriegsgefangene aus dem Lager Sagan in das Kletschkauer Gefängnis in Breslau überstellt. Dort starben mindestens 46 von ihnen.¹³¹⁶

In den Jahren 1948/49, als die Heimführung mutmaßlicher NS-Täter bevorstand, stieg die Zahl der Ermittlungen und Verurteilungen von NS-Verbrechen durch die sowjetische Justiz deutlich an. Der offen geführte Kalte Krieg und die vermeintliche Bedrohung der Sowjetunion durch den Westen führten zu diesem Zeitpunkt dazu, dass die UdSSR den noch im Land befindlichen Kriegsgefangenen eine zunehmende Bedeutung beimaß. Die Sowjetunion ging unter Stalin von einer Kontinuität vom „Hitler-Faschismus“ zum „anglo-amerikanischen Imperialismus“ aus. Die intensiverte Strafverfolgung von nationalsozialistischen Kriegsverbrechen diente daher zugleich dem Schutz der UdSSR vor zukünftigen Machenschaften des Westens.¹³¹⁷ Das spezifische Sicherheitsbedürfnis der Sowjets zeigte sich vor allem in ihrem Anliegen, hochrangige Wehrmachtsoffiziere möglichst lange in den Gefangenenlagern festzuhalten. Im Jahr 1949 richtete die sowjetische Justiz die Verurteilungen als Mittel gegen die für Stalin unvermeidlich erscheinende Wiederaufrüstung Deutschlands.¹³¹⁸ Von den Prozessen waren insbesondere SS-Offiziere, das Personal von Konzentrationslagern und „Lagern für sowjetische Kriegsgefangene und Zivilisten“ sowie Mitarbeiter von „Straforganen des Gerichts, der Staatsanwaltschaft, der Polizei und von Untersuchungsorganen“ betroffen, die pauschal als „Anstifter und Gehilfen“ von Kriegsverbrechen nach Artikel 17 StGB und Ukas 43 abgeurteilt wurden.¹³¹⁹ Zudem wurden 7.038 Kriegsgefangene, insbesondere Mannschaften und Unteroffiziere, allein aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur SS, SA oder zu Polizei- und Schutzeinheiten „sowie für unbedeutende Plünderungen“ in Osteuropa vor sowjetische Gerichte gebracht. Die sowjetische Seite befürchtete bei einer Gruppe von etwa 3.600 Offizieren und Generälen, dass diese Gefangenen „im Fall einer Repatriierung als Kader einer deutschen

¹³¹⁴ Ebenda, S. 199.

¹³¹⁵ Erlebnisbericht des L. R. aus Wagstadt, zitiert in: Bundesministerium (Hg.), Bd. IV/2, 1957, S. 236.

¹³¹⁶ Kaps, 1952, S. 498.

¹³¹⁷ Hilger, 2006, S. 222f.

¹³¹⁸ Jeske/Schmidt, 2003, S. 168f.

¹³¹⁹ Hilger, 2006, S. 227.

Armee und ihrer Aufklärungsorgane, die von den anglo-amerikanischen Besatzungsmächten neu geschaffen werden“, eingesetzt werden könnten.¹³²⁰

Unter der Leitung von Wiktor Abakumow hatte sich das MGB bis zu diesem Zeitpunkt darum bemüht, hochrangige Deutsche in den Gefängnissen des Ministeriums festzuhalten und sie so allen juristischen Verfahren entzogen. Es wurden allerdings kaum Ermittlungen zu möglichen Kriegsverbrechen dieser Gefangenen durchgeführt. Ziel der Inhaftierungen und der Verhöre von Deutschen, die in der NS-Zeit über eine hohe Stellung verfügt hatten, war es vielmehr gewesen, ein genaues Bild über die deutschen Geheimdienstaktivitäten und über Hitlers Todesumstände zu erhalten. Dieses letzte Kontingent nicht verurteilter Deutscher wurde erst nach Abakumows Sturz im Juli 1951 auf Anweisung Stalins von den neu ernannten Führungskadern in kurzen, nichtöffentlichen Prozessen als Kriegsverbrecher bzw. wegen Verbrechen gegen den Frieden und die Menschlichkeit verurteilt.¹³²¹ Neben Hans Baur, Rochus Misch und Heinz Linge, die zu dem engsten Umkreis des NS-Diktators zählten und aus dem Lager Posen in Moskauer Gefängnisse gelangt waren, erhielt auch der aus Neuhammer ins Lager Stalingrad überführte ehemalige „Reichsbühnenbildner“ Benno von Arent eine 25-jährige Haftstrafe.¹³²² Zudem wurde der Major Joachim Kuhn, der dem Widerstandskreis um Graf von Stauffenberg angehört hatte, als Kriegsverbrecher verurteilt. Kuhn war unmittelbar nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 in sowjetische Gefangenschaft geraten. Seine kritische Einstellung zur UdSSR hatte 1947 seine Repatriierung verhindert. Das MGB hielt Kuhn ohne Haftbefehl fest und erhob im Herbst 1951 gegen ihn Anklage. Die OSO MGB verurteilte Kuhn am 17. Oktober 1951 „wegen Planung und Durchführung von aggressiven Kriegshandlungen gegen die UdSSR“ zu 25 Jahren Haft. Die Beteiligung Kuhns am Attentat vom 20. Juli 1944 wurde nicht strafmildernd ausgelegt. Kuhn wurde im Januar 1956 repatriert.¹³²³

Mit den Massenprozessen gegen deutsche Kriegsgefangene fand in den Jahren 1949/50 eine Entwicklung ihren Abschluss, bei der sich ab 1941 straf-, außen- und sicherheitspolitische Interessen der sowjetischen Führung vereint hatten. Bei der stalinistischen Ahndung und Bestrafung von NS-Verbrechen blieben der sowjetische Staat und seine Parteiführung die letzten Bezugspunkte. Die Sowjetunion sicherte diese Prioritätensetzung bereits frühzeitig nach außen ab und setzte diese auch innerstaatlich durch. Die justitielle Aufarbeitung und Aufklärung von NS-Verbrechen vor sowjetischen Gerichten entsprach daher nur bedingt den rechtsstaatlichen Normen.¹³²⁴

¹³²⁰ Ebenda.

¹³²¹ Petrov, 1998, S. 99-104.

¹³²² Korn, 2003, S. 129.

¹³²³ Hilger, 2006, S. 229.

¹³²⁴ Ebenda.

Die Verurteilungen von deutschen Kriegsgefangenen für NS-Verbrechen durch sowjetische Gerichte wurden in den Jahren 1951/52 abgeschlossen. Offiziell ließen die Sowjets verlauten, dass nach den letzten Entlassungen nur noch Gefangene in den sowjetischen Lagern festgehalten wurden, die „besonders schwere Verbrechen gegen den Frieden und die Menschlichkeit verübt hatten“.¹³²⁵ Unabhängig von der Schwere der ihnen vorgeworfenen Taten wurden alle verurteilten Deutschen bis zum Frühjahr 1956 repatriiert.¹³²⁶

6.4.2 Die Suche nach NS-Tätern im polnischen Gewahrsam

Die strafrechtliche Aufarbeitung der in Polen verübten NS-Besatzungsverbrechen wurde durch zahlreiche Faktoren bestimmt, die sich auf die polnische Geschichte in den Jahren 1939 bis 1944 zurückführen lassen. Polen war das Land, das während des Zweiten Weltkriegs am längsten unter deutscher Besatzung gestanden hatte.¹³²⁷ Der Krieg, den die deutschen Truppen und der „volksdeutsche Selbstschutz“ in den ersten Wochen nach dem Überfall auf Polen 1939 führten, wies Züge eines Völkermords auf. Der Krieg der Deutschen gegen Polen ging nahtlos in einen Besatzungsalltag über, der durch Enteignungen, Sonderstrafrecht, Hunger und landwirtschaftliche Zwangslieferungen geprägt war. Polen bot den Deutschen ein Exerzierfeld für die ab dem Sommer 1941 in Jugoslawien und in den westlichen Teilen der Sowjetunion umgesetzte Besatzungspolitik. Die Jahre ab 1939 waren in Polen durch Geiseler-schießungen, Vertreibungen sowie durch die Auslöschung ganzer Dörfer gekennzeichnet. Hinzu kamen der Zwangarbeitseinsatz und die Deportation der polnischen Bevölkerung in das nationalsozialistische Lagersystem.¹³²⁸

Durch das lange Andauern und die Brutalität der NS-Besatzungspolitik waren Tod, Demütigung und Entwurzelung in Polen von 1939 bis 1944 allgegenwärtig. Im deutschen Machtbereich war im August 1944 fast jeder vierte Zwangsarbeiter polnischer Nationalität. Die Polen bildeten von 1939 bis 1944 zudem die größte Gruppe an Vertriebenen und einen Großteil der Insassen im NS-Lagersystem. Von den nahezu sechs Millionen polnischen Todesopfern während des Zweiten Weltkriegs waren 90 % Zivilisten. Die Erfahrungen der polnischen Bevöl-

¹³²⁵ Bochar, 2000, S. 707f.

¹³²⁶ Hilger, 2006, S. 241.

¹³²⁷ Krausnick, Helmut/Wilhelm, Hans-Heinrich, 1981, Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938-1942 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 22), Stuttgart.

¹³²⁸ Madajczyk, Czeslaw, 1987, Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939-1945, Berlin; Mallmann, Klaus-Michael/Musial, Bogdan (Hrsg.), 2004, Genesis des Genozids. Polen 1939-1941 (= Veröffentlichungen der Forschungsstelle Ludwigsburg der Universität Stuttgart, Bd. 3), Darmstadt.

kerung im Zweiten Weltkrieg unterschieden sich daher fundamental von denen in allen vorangegangenen Kriegen.¹³²⁹

Der Massenmord an der jüdischen Bevölkerung muss als weitere Besonderheit der deutschen Besatzung in Polen berücksichtigt werden. In den polnischen Großstädten wurden die Juden in abgeschlossenen Ghettos zusammengepfercht und von der polnischen Bevölkerung isoliert, die das Ausmaß des Holocaust daher nur teilweise miterlebte. In den polnischen Kleinstädten blieben die Ghettos für die jüdische Bevölkerung allerdings bis 1942 öffentlich zugänglich und der Holocaust damit sichtbar. Die deutschen Vernichtungslager lagen in Polen als Exklaven so weit außerhalb von den bewohnten Gebieten, dass häufig nur die Bahnangestellten und die Bewohner in den angrenzenden Gebieten von ihnen Kenntnis nahmen. In Auschwitz und Majdanek, die als Vernichtungs- und Konzentrationslager fungierten, wurden neben Juden auch nichtjüdische Polen gefangen gehalten. In aller Öffentlichkeit fanden im September 1939 und im Sommer 1941 zudem zwei Wellen von Massenerschießungen von Juden durch deutsche Truppen statt. Den Polen war das Schicksal der Juden unter dem NS-Besatzungsregime somit bekannt. Während des Krieges verkündete die polnische Exilregierung in London mehrfach, dass sich die Strafjustiz der Holocaustverbrechen annehmen müsste.¹³³⁰

Als problematisch für die strafrechtliche Aufarbeitung des deutschen Besatzungsunrechts erwiesen sich zudem die sowjetischen Kriegsverbrechen an polnischen Bürgern. Als einziges Land Europas hatte Polen während des Zweiten Weltkrieges zeitgleich unter der Besatzung und Verwaltung des nationalsozialistischen und des sowjetischen Regimes gestanden. Das „erste Sowjetregime“ von September 1939 bis Juni 1941 hatte auf polnischer Seite eine fünfstelligen Zahl von Todesopfern gefordert. Zusätzlich wurden etwa 700.000 Menschen deportiert und verhaftet. Die alliierte Rechtsprechung aus dem Zeitraum in den Jahren vor und nach 1945 sowie die polnische Justiz nach 1944 klammerte die an der ostpolnischen Bevölkerung begangenen Verbrechen der Sowjets, von denen auch die Bewohner der anderen Landesteile Polens Kenntnis erlangt haben müssen, kategorisch aus. Als unvorstellbar galt der polnischen Bevölkerung, die Verbrechen der sowjetischen Besatzungsmacht vor polnische Gerichte zu bringen. Von der polnischen Rechtsprechung blieben die sowjetischen Besatzungsverbrechen daher ausgeschlossen. Die strafrechtliche Aufarbeitung des deutschen Besatzungsunrechts in

¹³²⁹ Borodziej, Włodzimierz, 2006, „Hitleristische Verbrechen“. Die Ahndung deutscher Kriegs- und Besatzungsverbrechen in Polen, in: Frei, Norbert (Hg.), Transnationale Vergangenheitspolitik. Der Umgang mit deutschen Kriegsverbrechern in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg (= Beiträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 4), Göttingen, S. 400.

¹³³⁰ Aly, Götz, 1995, „Endlösung“. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt a. M.

Polen wurde zudem durch die sowjetische Vormachtstellung verzerrt. Die kommunistischen Machthaber bezichtigten polnische Staatsbürger, die als antikommunistisch eingestuft wurden, einer Zusammenarbeit mit der deutschen Besatzungsmacht. Im Machtkampf der ersten Nachkriegsjahre sollten sie als potenzielle Gegner der kommunistischen Regierung ausgeschaltet werden.¹³³¹

Bei der Ahndung deutscher Kriegs- und Besatzungsverbrechen in Polen erwies sich auch der Widerspruch zwischen der Besatzungspolitik im Generalgouvernement und in den ins Reich eingegliederten Gebieten als Besonderheit. Der deutsche Terror gegen die polnische Bevölkerung wurde in Zentralpolen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, insbesondere im zweiten Abschnitt der nationalsozialistischen Besatzungsherrschaft zu einem wesentlichen Element der deutschen Herrschaftspolitik. Die deutsche Besatzungspolitik trieb die Polen massenhaft in die Widerstandsbewegung. Im Generalgouvernement von Polen entwickelte sich die mehrere Hunderttausend Mitglieder zählende Widerstandsbewegung zu einem „Untergrundstaat“, der die Verhaltensweisen und Normen der polnischen „Gesellschaft im Ausnahmezustand“ diktierte.¹³³²

6.4.2.1 Die Täter der Besatzungsverbrechen in Polen 1941-1944

Es kristallisieren sich vier Kerngruppen von Tätern heraus, die in unterschiedlichem Maße an der Ausgestaltung und Umsetzung der nationalsozialistischen Besatzungspolitik zwischen 1941 und 1944 in Polen beteiligt waren. Im Jahr 1944 dürfte der in der polnischen Bevölkerung vorherrschende Gedanke an Bestrafung und Vergeltung besonders diesen Tätergruppen gegolten haben. Eine Tätergruppe in Polen bildeten die Angehörigen der deutschen Besatzungsmacht. Hierzu zählten insbesondere die Angehörigen des Polizeiapparates und der SS, das Personal der Lagerwachmannschaften sowie viele Vertreter der Zivilverwaltung. Eine zweite Gruppe von Tätern bildeten die in Polen lebenden „Volksdeutschen“.¹³³³ Diese wurden von den Angehörigen des polnischen Untergrundstaates pauschal beschuldigt, Verrat bzw. Verbrechen gegen das polnische Volk begangen zu haben. Die polnischen Kollaborateure bildeten die dritte Tätergruppe. Zu ihr zählten insbesondere die 15.000 Mitglieder der „Blauen Polizei“, die im Generalgouvernement als uniformierte und somit nach außen erkennbare

¹³³¹ Häufele, Günther, 1999, Zwangsumsiedlungen in Polen 1939-1941. Zum Vergleich sowjetischer und deutscher Besatzungspolitik, in: Dahlmann, Dittmar/Hirschfeld, Gerhard, Lager, Zwangsarbeit, Vertreibung und Deportation. Dimensionen der Massenverbrechen in der Sowjetunion und in Deutschland 1933 bis 1945, Essen, S. 515-533.

¹³³² Borodziej, 2006, S. 401f.

¹³³³ Kochanowski, 2003, S. 7-33.

Truppe die deutsche Besatzungsmacht unterstützt hatten. Auch eine unbekannte Anzahl an Zuträgern, V-Männern oder gelegentlichen Helfern der deutschen Besatzungsmacht zählte zum Kreis der Kollaborateure. Sie blieben meist anonym und standen in der polnischen Bevölkerung unter dem Verdacht, polnische Bürger denunziert zu haben. Im besetzten Polen hatte das Denunziantentum eine Blüte erreicht, die das Leben von mehreren zehntausend jüdischen und nichtjüdischen Polen erschwerte oder bedrohte. Der Kollaborationsverdacht der Polen traf zuweilen auch unschuldige Personen. Verdächtig wurden insbesondere Männer, die mit den Angehörigen der deutschen Besatzungsmacht in gesellschaftlichen oder geschäftlichen Kontakt standen, wie z. B. Kneipenbesitzer, Friseure, Gutsverwalter und Händler. Die polnischen Mitbürger unterstellten ihnen weniger politisch motivierte Handlungen, sondern vielmehr unpolitische Verhaltensweisen, die durch die Kooperation mit den Besatzern und auf Kosten der polnischen Bevölkerung auf den eigenen Vorteil abzielten. Häufig belasteten Polen auch Nachbarn mit Kollaborationsvorwürfen, wenn diese in der Besatzungszeit vermeintlich über bessere Lebensbedingungen verfügt hatten. Die Beschuldigten gerieten dann allein durch diese Vorwürfe unter den Verdacht, mit der deutschen Besatzungsmacht zusammengearbeitet zu haben.¹³³⁴

Am besten lässt sich der Umgang der polnischen Justiz mit Besatzungsverbrechen am Beispiel des Generalgouvernements aufzeigen, in dem der Großteil der Juden und Polen ermordet wurde. Anfang 1942 lebten mehr als 17 Millionen Menschen im Generalgouvernement. Die deutsche Verwaltung war auf sich selbst angewiesen und vollstreckte den befohlenen Massenmord an den europäischen Juden ohne polnische Unterstützung. Die Deutschen hätten die regulären Verwaltungsaufgaben in Polen jedoch nicht ohne die erzwungene und freiwillige Mitarbeit der regionalen Bevölkerung erfüllen können. Teilweise waren die Unterstützer der Deutschen in Polen allgemein als „Volksdeutsche“ identifizierbar und insbesondere in den Dörfern sowie in den Kleinstädten namentlich bekannt. Die Kollaborateure blieben der polnischen Bevölkerung zum Teil aber auch als amorphe Masse im Gedächtnis. Die Suche nach den Helfern und den Begünstigten machte bei der polnischen Aufarbeitung der deutschen Besatzungszeit den umfangreichsten Teil aus. Formale Kriterien in der deutschen Besatzungszeit, wie etwa der Eintrag in die „Deutsche Volksliste“, boten manchen Polen einen willkommenen Vorwand, offene Rechnungen mit „Volksdeutschen“ zu begleichen.¹³³⁵

Im entstehenden Volkspolen war die Abrechnung der polnischen Bevölkerung mit der nationalsozialistischen Besatzungsherrschaft ab 1944 eng mit der Nationalitätenpolitik verbunden.

¹³³⁴ Borodziej, 2006, S. 403f.

¹³³⁵ Musiał, Bogdan, 1999, Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung im Generalgouvernement. Eine Fallstudie zum Distrikt Lublin 1939-1944 (= Quellen und Studien, Bd. 10), Wiesbaden.

Der Grund für die kollektive Vergeltung der Polen an der deutschen Minderheit, die bereits während des Zweiten Weltkriegs konzipiert wurde, war die vermutete Komplizenschaft der „Volksdeutschen“ mit der deutschen Besatzungsmacht während der Kriegszeit. Ab 1945 wurde in Polen die Politik der staatlich betriebenen und gesellschaftlich voll akzeptierten „Entdeutschung“ umgesetzt, die vornehmlich die Ausweisung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße umfasste. Durch diese Maßnahmen sollten die „Volksdeutschen“ in „gute“ Polen, die zwangsweise in die DVL aufgenommen worden waren, in „echte“ Deutsche, die sich vor 1939 als solche bekannt hatten, und in polnische Verräter unterteilt werden. Bei dieser Einteilung wurde eine deutsche Kollektivschuld für die NS-Besatzungsverbrechen vorausgesetzt.¹³³⁶

In der UdSSR war es bereits in einer frühen Phase des deutsch-sowjetischen Krieges zwischen 1941 und 1945 zu einer massenhaften Abrechnung der Sowjets mit Kollaborateuren der deutschen Besatzungsmacht gekommen, wofür auch die rechtlichen Grundlagen frühzeitig geschaffen worden waren.¹³³⁷ In der polnischen Gesellschaft gab es bei den Repressalien an den „Volksdeutschen“ und den unter Kollaborationsverdacht stehenden Polen gravierende Unterschiede. In den Jahren 1944/45 kam es nur in Einzelfällen zu Rache- und Vergeltungsmaßnahmen von Polen gegenüber den eigenen Landsleuten.¹³³⁸ Das weitgehende Ausbleiben von spontaner Gewalt gegenüber Kollaborateuren in der polnischen Bevölkerung kann mit den Umständen erklärt werden, unter denen Polen von der NS-Herrschaft befreit wurde. Die Rote Armee sowie der von ihr etablierte polnisch-kommunistische Verwaltungs- und Polizeiapparat galten in weiten Teilen der polnischen Bevölkerung als neue Besatzungsherrschaft. Es ist anzunehmen, dass sich die Polen vor dem Unbekannten und dem potenziell Feindlichen der sowjetischen Besatzungsherrschaft fürchteten. Die Furcht vor der sowjetischen Besatzung führte möglicherweise zu einer stillschweigenden Solidarität innerhalb der gesamten polnischen Gesellschaft, so dass die Abrechnung der Bevölkerung in Polen mit den polnischen Kollaborateuren aus der NS-Besatzungszeit zunächst ausblieb.¹³³⁹

Aus den Erfahrungen der unmittelbaren Vergangenheit resultierte direkt ein letztes Element der Aufarbeitung von NS-Kriegsverbrechen in Polen. In der polnischen Gesellschaft herrschte ebenso wie bei der sowjetischen Besatzungsmacht die Ansicht vor, dass die deutsche Bevöl-

¹³³⁶ Borodziej/Lemberg, 2004, S. 89.

¹³³⁷ Hilger, 2006, S. 204.

¹³³⁸ Kochanowski, 2003, S. 39.

¹³³⁹ Borodziej, 2006, S. 406.

kerung nach dem Kriegsende einen ähnlich starken Widerstand gegen die polnischen und sowjetischen Truppen leisten würde, wie es die Polen 1939 gegen die deutsche und die sowjetische Besatzungsmacht getan hatten. Die Erinnerung an das eigene Verhalten im Zeitraum der Besatzung korrelierte bei den Polen mit der Vorstellung der deutschen Widerstandsbewegung als einen zentral organisierten, gewaltbereiten „Werwolf“.¹³⁴⁰

In der sowjetischen Bevölkerung war die Wachsamkeit gegenüber Spionen während der Zeit des Stalinismus zu einer Kardinaltugend geworden. Das polnische Ressort für Öffentliche Sicherheit, das 1944 nach sowjetischem Vorbild eingerichtet worden war, hat diesen Glaubenssatz in das von den Deutschen befreite Polen importiert. Innerhalb der Abteilung Spionage und Gegenspionage des polnischen Sicherheitsdienstes wurde daher eine Sondersektion „Hitleristen“ geschaffen. Im September 1945 entstand zudem eine Unterabteilung mit dem Zuständigkeitsbereich „Bekämpfung der deutschen Spionage“. Während sich dort ein Referat mit den „Volksdeutschen“ befasste, stand bei einem weiteren Referat die „deutsche Spionage“ im Fokus. Der polnische Sicherheitsdienst berichtete in den Jahren 1945/46 häufig von seinen Erfolgen im Kampf gegen den deutschen Widerstand. Regelmäßig erschien die stets falsch geschriebene Bezeichnung „Wehrwolf“ in polnischen Pressemeldungen. Zentral oder regional organisierte deutsche Widerstandsaktivitäten und Spionage dürfte es nach dem Kriegsende 1945 in Polen kaum gegeben haben.¹³⁴¹

6.4.2.2 Die polnische Justiz nach 1944

Nach dem Kriegsende verkomplizierte sich die juristische Aufarbeitung der nationalsozialistischen Besatzungsverbrechen durch den janusartigen Charakter der polnischen Justiz. Polen befand sich in den ersten Nachkriegsjahren auf dem Weg in den Stalinismus. Bis zum Höhepunkt der strafrechtlichen Verfolgung von deutschen Kriegsverbrechen 1948 war die „Gleichschaltung“ der polnischen Gesellschaft noch nicht vollzogen. Stalinistische und „bürgerliche“ Normen existierten in der Justiz und bei den Sicherheitsorganen in Polen zu dieser Zeit noch parallel. Das Ministerium für Öffentliche Sicherheit (Ministerstwo Bezpieczeństwa Publicznego, MBP) galt als Musterbeispiel einer stalinistischen Institution. Mit der Politischen Polizei der Vorkriegsdiktatur wies das Ministerium hinsichtlich seiner rechtlichen Grundlagen, Kompetenzen, Organisationsstruktur, personellen Besetzung und Handlungsweise keine Gemeinsamkeiten auf. Das MBP stand unter der Kontrolle der Kommunistischen Partei Polens (PPR) und seiner Moskauer Gründungsväter. In der Strafverfolgung der Kriegs- und Besat-

¹³⁴⁰ Stokłosa, 2011, S. 112.

¹³⁴¹ Ebenda.

zungsverbrechen arbeitete das MBP mit dem Justizministerium und den Gerichten zusammen, die in ihren politischen Auffassungen jedoch stark divergierten. Für die Strafverfolgung der nationalsozialistischen Besatzungsverbrechen wurden in Polen neue rechtliche Grundlagen und Institutionen geschaffen. Zugleich zeigten sich in der Justiz jedoch personelle Kontinuitäten aus der Vorkriegszeit.¹³⁴²

Polnische Juristen betrachteten das Recht, das in der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht ausschließlich als Instrument zur Durchsetzung von kurzfristigen politischen Zielen Polens angesehen wurde, daher größtenteils anders als die Juristen in der Sowjetunion.¹³⁴³ Die neu geschaffenen Institutionen sowie die verabschiedeten Rechtsgrundlagen sind daher nicht vorrangig als Beleg für die schleichende Stalinisierung Polens, sondern vielmehr als den Versuch einer angemessenen Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen zu verstehen.¹³⁴⁴

Die polnische Exilregierung erklärte die strafrechtliche Aufarbeitung von Kriegs- und Besatzungsverbrechen erstmals am 15. Dezember 1939 zu den wichtigen Zielen ihrer Politik. Die polnischen Exilbehörden sammelten seit 1940 Beweise für die in Polen begangenen deutschen Verbrechen. Polen beteiligte sich 1942 an der Londoner Erklärung über die Ahndung von Kriegsverbrechen. Im November 1943 gehörte Polen zu den virtuellen Unterzeichnern der Moskauer Erklärung, in der sich die drei Großmächte Großbritannien, USA und UdSSR stellvertretend für die 32 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen demselben Ziel verpflichteten. Władysław Raczkiewicz erließ am 30. März 1943 als Präsident der Republik Polen ein Dekret über die strafrechtliche Verantwortung für Kriegsverbrechen. Die Strafverfolgung erfolgte auf der Basis der Bestimmungen des polnischen Strafgesetzbuches von 1932. Auch der Begriff des Verstoßes gegen das Völkerrecht diente als Grundlage. Wie sich aus den Formulierungen des Dekrets vermuten lässt, wurde die Unzulänglichkeit der regulären Rechtsprechung für die komplexen Kriegs- und Besatzungsverbrechen in Polen erkannt. Zudem sah die polnische Exilregierung neue rechtliche Normen für die Nachkriegszeit vor.¹³⁴⁵

Ab 1942 waren in der polnischen Untergrundbewegung Sondergerichte zur strafrechtlichen Verfolgung von polnischen Kollaborateuren im weitesten Sinne vorhanden. Die Strafjustiz des Widerstands war insbesondere gegen polnische Staatsbürger gerichtet. Auf Befehl der militärischen Führung der polnischen Heimatarmee verübten ihre Mitglieder Anschläge auf besonders verhasste Vertreter des Besatzungsregimes. Da diese Anschläge als Vergeltung für

¹³⁴² Borodziej, 2006, S. 408.

¹³⁴³ Ebenda.

¹³⁴⁴ Pasek, 2002, S. 67.

¹³⁴⁵ Pilichowski, 1979, S. 132f.

die Besatzungsverbrechen reklamiert wurden, bedurften sie keiner gerichtlichen Legitimierung. Juristen des zivilen Widerstands in Polen arbeiteten insbesondere 1943/44 unabhängig von der laufenden Bestrafung der Kollaborateure an einem Rechtsakt, der sich mit der Bestrafung der „Volksdeutschen“ nach dem Kriegsende befasste. Dabei forderte zumindest ein Teil der Gutachten, von einer kollektiven Bestrafung der deutschen Minderheit abzusehen und die Schuld zu individualisieren. Zudem sollten die großen Unterschiede zwischen den einzelnen Landesteilen berücksichtigt werden. Die Gruppe der „Volksdeutschen“ war aus der Sicht der Juristen des Widerstands ein von der Besatzung unabhängiges Problem. In der Nachkriegszeit sollte dieses Problem ungeachtet der individuellen Verhaltensweisen von polnischen Juristen gelöst werden.¹³⁴⁶

Auch die polnischen Kommunisten befassten sich mit der strafrechtlichen Aufarbeitung der deutschen Kriegsverbrechen in Polen. Der Kriegsrat der polnischen Streitkräfte in der Sowjetunion erließ am 30. Mai 1944 ein Dekret über die Bestrafung von Kriegsverbrechen und Verrat an der polnischen Nation. Bei dem Dekret handelte es sich um eine nahezu wörtliche Übersetzung des entsprechenden sowjetischen Gesetzes. Aus unbekanntem Gründen trat es nicht in Kraft. Seine wesentlichen Bestimmungen flossen jedoch wenige Monate später in das Dekret vom 31. August 1944 ein.¹³⁴⁷ Die polnischen Kommunisten reklamierten in ihrer ersten programmatischen Äußerung als „Polnisches Komitee der Nationalen Befreiung“ im Juli 1944 das allgemein gehaltene Versprechen, dass „kein deutscher Kriegsverbrecher, kein Volksverräter der Strafe entgehen dürfe“.¹³⁴⁸ Auffällig ist, dass die polnischen Führungen im Moskauer Exil, im regierungstreuen Untergrund und in London die Begriffe „Kriegsverbrecher“ und „Volksverräter“ gemeinsam verwendeten.

Zu Beginn des Warschauer Aufstands am 1. August 1944 erließen die Vertreter der polnischen Exilregierung im befreiten Teil Warschaus die Verordnungen „über den Verlust der Staatsangehörigkeit durch die Deutschen“ und „über Polen, die während der Okkupation als Deutsche gezählt wurden“. Polnischen Staatsbürgern deutscher Nationalität wurde auf der Grundlage dieses Gesetzes die Staatsbürgerschaft entzogen und sie des Landes verwiesen. Für Bürger polnischer Nationalität, die in die DVL eingetragen worden waren und die die deutsche Staatsbürgerschaft oder eine Kennkarte für Deutsche (oder Personen deutscher Abstammung) erhalten hatten, schuf ein weiteres Gesetz eine Art Überprüfungsmechanismus. Die östlich von Warschau etablierte kommunistische Verwaltung übernahm diese Rechtsakte

¹³⁴⁶ Kochanowski, 2003, S. 43ff.

¹³⁴⁷ Lityński, 1999, S. 63.

¹³⁴⁸ Borodziej, 2006, S. 408.

nicht und setzte auch die während des Warschauer Aufstands erlassene einstweilige Verordnung über die Sonderstrafgerichte nicht um.¹³⁴⁹ SS-Angehörige und „Volksdeutsche“ wurden während des Aufstands in Warschau nach der Gefangennahme für gewöhnlich als Verbrecher oder Verräter erschossen. Angehörige der Wehrmacht wurden hingegen als Kriegsgefangene behandelt. Dieses Vorgehen lief jedoch mit den erlassenen Verordnungen wenig konform.¹³⁵⁰ In den von den polnischen Behörden übernommenen sowjetischen Sammellagern wurden die SS-Angehörigen von ihren Mitgefangenen separiert. Die Suche nach individuell Schuldigen blieb in diesen Lagern jedoch auch unter polnischer Regie aus.¹³⁵¹

6.4.2.3 Das Augustdekret vom 31. August 1944

Mit dem sogenannten Augustdekret „über die Strafzumessung für faschistisch-hitleristische Verbrecher, die der Tötung und der Mißhandlung von Zivilpersonen und Kriegsgefangenen schuldig sind, sowie für Verräter des polnischen Volkes“ vom 31. August 1944 erließ das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung während des Warschauer Aufstands den wichtigsten Rechtsakt für die Strafverfolgung von NS-Tätern. Das Dekret verschärfte die bisher nach polnischem Recht geltenden Vorschriften des Strafgesetzbuches von 1932 maßgeblich. Im ersten Artikel des Augustdekrets lautet es:

„Wer in Zusammenarbeit mit den deutschen Besatzungsbehörden a) an der Tötung von Zivilpersonen oder Kriegsgefangenen, an ihrer Mißhandlung oder ihrer Verfolgung teilgenommen hat oder teilnimmt, b) Personen, die sich auf dem Gebiete des polnischen Staates aufhalten, geschädigt hat oder schädigt, insbesondere durch die Festnahme oder Auslieferung der Personen, die von den Besatzungsbehörden aus irgendwelchen Gründen (ausgenommen die Verfolgung wegen gewöhnlicher Delikte) gesucht oder verfolgt wurden, wird mit dem Tode bestraft.“¹³⁵²

Gemäß Artikel 2 des Dekrets wurde für die Erpressung von Leistungen gesuchter oder verfolgter Personen 15 Jahre bzw. lebenslange Haft verhängt. Handlungen, die „im Dienste der feindlichen Besatzungsmacht, auf ihre Anordnung oder unter Zwang erfolgten“ wurden nach Artikel 3 strafrechtlich verfolgt. Zudem sollten gemäß Artikel 4 „Versuch, Anstiftung und Beihilfe“ von Verbrechen bestraft werden. Für die Ahndung der Straftaten waren nach Artikel

¹³⁴⁹ Borodziej/Lemberg, 2000, S. 118-127.

¹³⁵⁰ Marszalec, 1999, S. 270-281, 293-306.

¹³⁵¹ Wagner, Jaworzno, o. P.

¹³⁵² Borodziej, 2006, S. 410.

7 Sonderstrafgerichte zuständig, die durch ein Dekret vom 12. September 1944, das die außerordentliche Gerichtsbarkeit institutionell verankerte, errichtet worden waren.¹³⁵³

6.4.2.4 Das Fallbeispiel Hans Antweiler

Die Anzahl der in Polen habhaft gewordenen Kriegsverbrecher blieb in Relation zur Gesamtzahl der Opfer sehr gering. Von den Personen, die unter dem Verdacht von Kriegsverbrechen standen, wurde nur ein geringer Teil auch für Kriegsverbrechen verurteilt. Zahlreiche NS-Täter waren dem sowjetischen oder polnischen Gewahrsam beim Herannahen der Front durch die Flucht in die westalliierten Besatzungszonen entkommen.¹³⁵⁴ Einer der wenigen deutschen Kriegsverbrecher, die in einem polnischen Gefangenenlager als NS-Täter enttarnt werden konnten, war der ehemalige SS-Angehörige Hans Antweiler. An seinen Erfahrungen nach dem Kriegsende lässt sich der Funktionsapparat der polnischen Strafverfolgung nach 1945 exemplarisch aufzeigen.

Hans Antweiler wurde am 25. Mai 1919 in Köln geboren.¹³⁵⁵ Sein Elternhaus war nach dem Beginn der 1930er Jahre stark nationalsozialistisch geprägt. Noch vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten trat Antweiler am 1. August 1931 als 12-Jähriger der Hitlerjugend bei. Nachdem er den Kaufmannsberuf erlernt hatte, meldete er sich am 1. April 1938 freiwillig zur SS-Verfügungstruppe. Ab dem 1. Mai 1939 war er zudem Mitglied der NSDAP. Den Kriegsbeginn am 1. September 1939 erlebte Antweiler als Soldat der „Leibstandarte SS Adolf Hitler“, mit der er am Angriff auf Polen teilnahm. Am 10. April 1940 wechselte Antweiler zum SS-Regiment „Deutschland“, das kurz darauf in Frankreich einmarschierte. Mit dem Regiment beteiligte er sich 1941/42 an Kampfeinsätzen in Serbien, Griechenland und Russland. Dort machte er erste Erfahrungen in der so genannten „Bandenbekämpfung“. Im Jahr 1942 meldete er sich freiwillig zum neu aufgestellten SS-Fallschirmjäger-Bataillon, bei dem es sich um ein Sonderkommando zur Partisanenbekämpfung handelte. Antweiler wurde 1943 wegen Mordes an einem Luftwaffen-Offizier der rumänischen Legion in Prag zu 22 Monaten Gefängnis verurteilt und aus der SS ausgestoßen. Seine Strafe verbüßte er zwischen Juli 1943 und Juli 1944 im Strafvollzugslager der SS und Polizei in Danzig-Matzkau.¹³⁵⁶

¹³⁵³ Kulesza, 2000, S. 9-81.

¹³⁵⁴ Borodziej, 2006, S. 404.

¹³⁵⁵ BAArch Berlin: NSDAP-Gaukartei Hans Antweiler.

¹³⁵⁶ IPN Warschau, GK 209/791, Bl. 53.

Am 1. August 1944 begann die polnische Heimatarmee den Warschauer Aufstand. Um bei der Niederschlagung des Aufstands die hohen personellen Verluste auf deutscher Seite auszugleichen, befahl der Reichsführer SS Heinrich Himmler, u. a. Gefangene aus dem Danziger Straflager zu rekrutieren.¹³⁵⁷ Als einer von 1.500 „Bewährungsschützen“ traf Antweiler am 25. September 1944 in Warschau ein. In den letzten Kämpfen in Warschau nahm er an der Einkesselung der überlebenden Truppen der polnischen Heimatarmee teil. Als die polnische Heimatarmee kapitulierte, verübten deutsche Soldaten zahlreiche Massaker an der polnischen Zivilbevölkerung. Für Hans Antweiler und seine Einheit folgten Ende 1944 Einsätze zur Bekämpfung des Slowakischen Nationalaufstandes und gegen den Vormarsch der Roten Armee in Ungarn. Im Februar 1945 zog sich die „SS-Sturmbrigade Dirlewanger“ zur Auffrischung auf deutsches Reichsgebiet zurück. Wenige Tage später begann die letzte große Offensive der Roten Armee, bei der die Brigade im Kessel von Halbe eingeschlossen wurde. Wie zahlreiche andere „Dirlewanger“ geriet Antweiler bei Kriegsende in sowjetische Gefangenschaft. Im niederschlesischen Sammellager Sagan wurde er als SS-Angehöriger in ein Unterlager überführt. Die Rote Armee übergab das Lager Sagan mit der gesamten Belegschaft am 9. September 1945 an polnische Behörden. Ab Mitte Oktober erfolgte der Abtransport der Gefangenen in das oberschlesische Kohlrevier. Antweiler und andere Soldaten der Waffen-SS wurden in das polnische Grubenlager „Bierut“ nahe Jaworzno überführt, wo sie zur Arbeit unter Tage eingesetzt wurden.¹³⁵⁸ In diesem Lager erfolgte wie in den sowjetischen Sammellagern keine systematische Suche nach NS-Tätern. Anfang 1946 erhielt der Lagerälteste Wilhelm Hahn jedoch Kenntnis darüber, dass Antweiler während der Niederschlagung des Warschauer Aufstands Verbrechen an der polnischen Zivilbevölkerung begangen hatte. Es ist anzunehmen, dass Antweiler einem Mitgefangenen über seine Erlebnisse in Warschau berichtet hatte, der diese Informationen an Hahn herantrug.¹³⁵⁹

Der Lagerälteste, der im Februar 1945 als kommunistischer Häftling aus dem Zuchthaus Brandenburg zur SS-Sturmbrigade „Dirlewanger“ zwangsrekrutiert worden war und die Lager-Antifa leitete, meldete den Fall Antweiler der polnischen Lagerleitung. In einem Bericht vom 25. Januar 1946, der wohl im Wesentlichen auf den vagen Angaben des Zuträgers beruhte, überhöhte Hahn Antweilers militärischen Werdegang. Hahns Bericht zufolge sei Antweiler bereits im Juli 1944 zum SS-Sonderkommando „Dirlewanger“ gestoßen und gleich im Stab des Kommandeurs Dirlewanger eingesetzt gewesen. Hahn behauptete zudem, dass Antweiler „im Verlauf einer Vernehmung“ zugegeben habe, „mehr als 20 polnische Freiheitskämpfer

¹³⁵⁷ Klausch, 1993, S. 124.

¹³⁵⁸ Wagner, Jaworzno, o. P.

¹³⁵⁹ IPN Warschau, GK 209/791, Bl. 55.

ermordet“ zu haben.¹³⁶⁰ Möglicherweise versuchte Hahn mit diesen Behauptungen seinen Erfolg in der Suche nach Kriegsverbrechern zu unterstreichen und sich in seiner Stellung als Lagerältester zu profilieren. In seinen schriftlichen Ausführungen gestand er jedoch, dass Antweiler sich weigerte, „ein Protokoll zu unterschreiben“.¹³⁶¹ Die Meldung über Antweiler offenbart, wie beschränkt die Macht des Lagerältesten im Frühjahr 1946 bereits war: „Da ich nicht die Befugnis habe, schärfere Maßnahmen zu ergreifen“, schloss Hahn seinen Bericht, „bitte ich hiermit die polnischen Behörden, das Weitere zu veranlassen.“¹³⁶²

Die Umstände, die zur Enttarnung Antweilers durch Hahn geführt hatten, wurden 1946 durch polnische Behörden umgedeutet. Der Lagerälteste Wilhelm Hahn fiel bei dem polnischen Lagerpersonal aufgrund seines korrupten Verhaltens in Ungnade. Am 14. April 1946 wurde er zusammen mit mehreren Angehörigen des Küchenpersonals „wegen Schiebung“ seines Postens enthoben.¹³⁶³ Obwohl nachweislich Hahn den Mitgefangenen Antweiler bei der Lagerleitung gemeldet hatte, wurde dieser Verdienst in einem Bericht des polnischen Sicherheitsministeriums vom Juni 1946 dem neuen Lagerältesten Karl Jacobi, der zuvor Hahns Stellvertreter gewesen war, zugeschrieben.¹³⁶⁴

Am 6. März 1946 wurde Antweiler in das Zentrale Arbeitslager Jaworzno überführt, in dem u. a. mutmaßliche NS-Täter vor ihrer Aburteilung gefangen gehalten wurden.¹³⁶⁵ Im selben Monat erfolgte seine Überstellung in das Warschauer Gefängnis Praga.¹³⁶⁶ Nach polnischem Recht musste die Anklageschrift 14 Tage nach der Festnahme eines Verdächtigen eingereicht werden. Die Verhandlung sollte 48 Stunden später stattfinden und für den Prozess war nur eine Instanz vorgesehen.¹³⁶⁷ Aber erst im Juli 1944 erhob ein Warschauer Sonderstrafgericht mit Sitz in Lodz Anklage gegen Hans Antweiler.¹³⁶⁸ Das Gericht beschuldigte Antweiler der Beteiligung „in einer Massenerschießung von Zivilisten“ während des Warschauer Aufstandes, wobei das Verfahren auf der Grundlage des sogenannten Augustdekrets von 1944 geführt wurde.¹³⁶⁹ Das Dekret bildete bei der Bestrafung von Kriegsverbrechern im engeren Sinn ein wesentliches Instrument. In den Artikeln 1 und 4 konstituierte es ein obligatorisches Strafmaß für einige bewusst unpräzise gehaltene Tatbestände. Damit verstieß das Dekret gegen die Tra-

¹³⁶⁰ Ebenda, Bl. 58.

¹³⁶¹ Ebenda.

¹³⁶² Ebenda.

¹³⁶³ Wagner, Jaworzno, o. P.

¹³⁶⁴ AAN, DWO, 4/182.

¹³⁶⁵ Böss, 1974, S. 41.

¹³⁶⁶ IPN Warschau, GK 209/791, Bl. 55.

¹³⁶⁷ Borodziej, 2006, S. 410.

¹³⁶⁸ IPN Warschau, GK 209/791, Bl. 55.

¹³⁶⁹ BArch Koblenz: AllProz 21.

dition des Strafgesetzbuchs von 1932 und älterer Gesetze. Die Ahndung von Kriegsverbrechen wurde in die Sonderstrafgerichtsbarkeit überführt. In die Gesetzgebung führte es zudem neue Tatbestände ein und verhärtete in allen bisher strafbewährten Kategorien den Strafrahmen. Das Dekret verstieß offensichtlich gegen den Grundsatz des Rückwirkungsverbots, was die polnischen Juristen noch lange beschäftigen sollte.¹³⁷⁰

Bereits kurz nach dem Erlass des Augustdekrets war umstritten, wie es selbst bei Besatzungsverbrechen im engeren Sinn zu handhaben sei. Insbesondere der Artikel 1 des Dekrets, der mit seinen unscharfen und weitgefassten Begriffen von „Teilnahme“ und „Schädigung“ den polnischen Gerichten einen weiten Interpretationsrahmen ermöglichte, stand in scharfen Kontrast zu Artikel 225 des Strafgesetzbuches von 1932, der klar zwischen Mord, Totschlag und Komplizenschaft differenzierte. Zudem ermöglichte das Augustdekret kollektive Anklagen. Schon die vage Vermutung für eine Mordtat genügte zuweilen für eine Verurteilung. Das Augustdekret wurde bereits im Februar 1945 dahingehend novelliert, dass die Strafen für Verbrechen ohne tödlichen Ausgang wesentlich gemildert bzw. differenziert wurden.¹³⁷¹

Das Sonderstrafgericht in Lodz Anklage verurteilte Hans Antweiler am 8. Juli 1946 zum Tode. Das vom Gericht verkündete Urteil war rechtskräftig und galt als endgültig. Einem verurteilten Todeskandidaten blieb nach dem Urteilsspruch nur noch die Möglichkeit, beim polnischen Staatsoberhaupt um Gnade zu bitten.¹³⁷² Antweiler richtete ein entsprechendes Bittschreiben an den polnischen Präsidenten Raczkiewicz. Ein Antwortschreiben ist nicht überliefert.¹³⁷³ Hans Antweiler wurde am 5. August 1946 hingerichtet.¹³⁷⁴

In zahlreichen polnischen Tageszeitungen wurde in den folgenden Tagen über Antweilers Hinrichtung berichtet.¹³⁷⁵ In der Berichterstattung offenbarte sich jedoch ein Dilemma der polnischen Nachkriegsgesellschaft. Einerseits war der Drang nach Vergeltung für das erlittene NS-Unrecht in der polnischen Gesellschaft stark ausgeprägt. Andererseits konnten die polnischen Behörden nur wenige der Hautschuldigen für die NS-Besatzungsverbrechen in Polen verhaften. In den Vernehmungen in der Haft hatte Antweiler gestanden, während der Niederschlagung des Warschauer Aufstands 20 polnische Zivilisten erschossen zu haben.¹³⁷⁶ Die polnischen Zeitungen verkündeten jedoch, dass sein „größtes Verbrechen“ die Beteiligung an

¹³⁷⁰ Pasek, 2002, S. 49 f.

¹³⁷¹ Dziurok, 2000, S. 146f.

¹³⁷² Borodziej, 2006, S. 411.

¹³⁷³ IPN Warschau, GK 209/791, Bl. 68.

¹³⁷⁴ Ebenda.

¹³⁷⁵ Siehe u. a. Rzeczpospolita, 6.8.1946, S. 1; Gazeta Lubelska, 8.8.1946, S. 4; Kurier Szczeciński, 8.8.1946, S. 5.

¹³⁷⁶ IPN Warschau, GK 209/791, Bl. 69.

Erschießungen „von etwa 250 Menschen am Tag“ im Warschauer Nationaltheater gewesen sei.¹³⁷⁷ Es war in den ersten Augusttagen 1944 tatsächlich zu Hinrichtungen im Gebäude des Warschauer Theaters gekommen. Das Ausmaß der Hinrichtungen war mit ca. 350 ermordeten Menschen geringer als von den Zeitungen berichtet. Antweiler konnte nicht an diesen Verbrechen beteiligt gewesen sein, da er erst im September 1944 in Warschau eintraf.¹³⁷⁸

Am 17. Oktober 1946 wurden alle im September 1944 errichteten Sonderstraferichte wieder aufgelöst und die Sondergerichtsbarkeit damit aufgehoben. Die Sonderstraferichte waren nicht in der Lage gewesen, die etwa 55.000 an ihre Staatsanwaltschaften überreichten Fälle zu behandeln. Der Staatsanwalt hatte in nur etwas mehr als 20 % der Fälle Anklage erhoben. Die Angeklagten wurden in weniger als der Hälfte dieser Prozesse tatsächlich verurteilt. Die Auflösung der Sonderstraferichte war vermutlich dem Umstand geschuldet, dass die Richter und Staatsanwälte sich nicht dazu hatten bewegen lassen, mit der antikommunistischen Opposition abzurechnen. Diese Gerichte hatten entgegen der Erwartung der polnischen Regierung insgesamt relativ wenige Personen verurteilt und bei der Verurteilung von Kollaborateuren in den meisten Fällen zudem keine besonders harten Urteile verhängt. Laut einer Aufstellung des Justizministeriums von 1948 waren von insgesamt 55.354 Fällen lediglich 40.406 behandelt worden. Es wurden 17.021 Ermittlungen eingestellt und 12.529 Anklageschriften an regionale Gerichte überwiesen. Die Sonderstraferichte verurteilten in den 40.406 behandelten Fällen insgesamt 3.954 Personen. In 4.593 Verfahren wurden 2.471 Personen verurteilt, davon 631 zum Tode.¹³⁷⁹

6.4.2.4 Die „Volksdeutschen“ in Polen nach 1944

Das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung verabschiedete am 4. November 1944 einen Gesetzesakt über die „Sicherungsmaßnahmen gegenüber Volksverrätern“, der die Einweisung von „Volksdeutschen“ in Lager legalisierte. Das Dekret blieb territorial auf das Gebiet des Generalgouvernements und die Wojewodschaft Białystok beschränkt. Im Mai 1945 wurde der Gesetzesakt um eine Verordnung ergänzt, in der die unterschiedliche Behandlung der Angehörigen der „Volksliste“ in den Gruppen II und III/IV in den eingegliederten Gebieten gere-

¹³⁷⁷ Kat powstania warszawskiego stracony, in: Gazeta Lubelska. Niezależne pismo demokratyczne, Nr. 216 (525), 8.8.1946, S. 4.

¹³⁷⁸ Klausch, 1993, S. 109.

¹³⁷⁹ Kobierska-Motas, Elżbieta, 1992, Ekstradycja przestępców wojennych do Polski z czterech stref okupacyjnych Niemiec. 1946-1950, Warschau, S. 18.

gelt wurde. Die bis September 1946 folgenden Gesetze befassten sich hauptsächlich mit „Volksdeutschen“ und ehemals reichsdeutschen Bürgern polnischer Nationalität.¹³⁸⁰

In Oberschlesien wurden auf der Grundlage des Dekrets vom 4. November 1944 insbesondere Mitglieder der SA und der NSDAP verhaftet und verurteilt, denen neben ihrer Mitgliedschaft keine Vergehen nachgewiesen werden konnten. Um die Teilnahme an Kriegsverbrechen im engeren Sinn von der Eintragung in die DVL und anderen Formen des Übertritts in das feindliche Lager auch strafrechtlich unterscheiden zu können, gab es bereits 1945 mehrere Versuche, entsprechende Rechtsakte zu erlassen. Als bedeutendstes Problem erwies sich dabei die regional unterschiedliche Handhabung der DVL durch die Besatzungsbehörden. Am 28. Juni 1946 konnte mit dem Erlass des „Dekrets über die strafrechtliche Verantwortlichkeit für die Verleugnung der polnischen Nationalität während der Kriegszeit in den Jahren 1939-1945“ ein Kompromiss gefunden werden. Das Junidekret fußte auf zwei grundlegenden Prinzipien. Zum einem wurde der als „passiver Verrat“ gewertete „Abfall von der Nationalität“ geahndet. Ermittlungen wegen „aktiven Verrats“, d. h. wegen der Zusammenarbeit mit den Besatzungsbehörden, wurden weiterhin nach den Vorschriften des Augustdekrets geführt. Zum anderen erhielten die Angehörigen der Gruppen III und IV über den Verwaltungsweg die Möglichkeit, ihre Rechte als polnische Staatsbürger einzufordern. In Oberschlesien betrafen dies 77 %, in Pommerellen 78 % und in Posen 18 % aller „Volksdeutschen“.¹³⁸¹

Wegen „passiven Verrats“ wurden Personen verurteilt, denen kein „aktiver Verrat“ nachgewiesen werden konnte, um so Untersuchungshaft abzudecken, sofern sie ihre Loyalität zum polnischen Staat bekundeten. Diese Möglichkeit blieb den Angehörigen der Gruppe I, d. h. den sogenannten „echten“ Deutschen, faktisch verwehrt. Angehörige der Gruppe II, die in Oberschlesien 16 %, in Pommerellen 10 % und in Posen 38 % ausmachten, durften sich die polnische Staatsbürgerschaft einklagen. Andererseits setzten sie sich dann der Gefahr aus, mit einer Anklage wegen „Verleugnung der polnischen Nationalität“ konfrontiert zu werden.¹³⁸²

Nach der Auflösung des Obersten Nationaltribunals und der Sonderstrafgerichte wurden die dort eingereichten Fälle an die ordentlichen, regional zuständigen Staatsanwaltschaften und Gerichte übertragen.¹³⁸³ So waren die Gefangenen in Lamsdorf bei der Auflösung des Lagers von Staatsanwälten des Kattowitzer Bezirksgerichts in Schnellverfahren verurteilt worden, die zumeist mit Freisprüchen endeten.¹³⁸⁴ Aufgrund des „Dekrets über den Ausschluss von Personen deutscher Nationalität aus der polnischen Gesellschaft“ wurden Deutsche, die sich be-

¹³⁸⁰ Borodziej, 2006, S. 411.

¹³⁸¹ Pasek, 2002, S. 67-69.

¹³⁸² Borodziej, 2006, S. 417.

¹³⁸³ Ebenda, S. 415.

¹³⁸⁴ Sack, John, 1995, Auge um Auge. Die Geschichte von Juden, die Rache für den Holocaust suchten, S. 88.

reits vor 1939 als solche bekannt hatten, seit dem 13. September 1946 enteignet und aus Polen ausgewiesen. Von dieser Regelung waren alle Angehörigen der Gruppe I und zum Teil die Angehörigen der Gruppe II der DVL betroffen.¹³⁸⁵

6.4.2.5 Die Auslieferungen von deutschen Verdächtigen aus den westalliierten Besatzungszonen

Am 29. März 1945 wurde die Hauptkommission zur Untersuchung der deutschen Verbrechen in Polen (Główna Komisja Badania Zbrodni Niemieckich w Polsce/ GKBZNwP) als Organ des Justizministeriums gegründet. Die Kommission spielte nach dem Kriegsende eine Schlüsselrolle bei den polnischen Ermittlungen gegen deutsche Kriegsverbrecher. Durch ein Dekret vom 10. November 1945 erfolgte die Einsetzung von Bezirkskommissionen. Zu den Aufgaben der schließlich 13 Bezirkskommissionen zählten die Befragungen von Augenzeugen, die Exhumierungen von Opfern und die Spurensicherungen an Tatorten von NS-Verbrechen.¹³⁸⁶ Im Februar 1946 wurde die Polnische Militärmission zur Untersuchung der deutschen Kriegsverbrechen (Polska Misja Wojskowa Badania Niemieckich Zbrodni Wojennych/ PMW BNZW) gegründet, die in Deutschland nach Kriegsverbrechern fahndete und eng mit dem polnischen Vertreter bei der United Nations War Crimes Commission (UNWCC) in allen Besatzungszonen zusammenarbeitete. Die Hauptkommission zur Untersuchung der deutschen Verbrechen in Polen wurde zu ihrem wichtigsten Partner, da diese nach eigenen Angaben etwa 7.000 Vorgänge bearbeitete, die sich mit in Deutschland lebenden mutmaßlichen NS-Tätern befasste.¹³⁸⁷ Das per Dekret vom 22. Januar 1946 gegründete Oberste Nationaltribunal (Naczelny Trybunał Narodowy/ NTN) war der zweite wichtige Partner der Kommission. Eine besondere Bedeutung hatte das NTN als höchste Instanz bei der Ahndung von Kriegsverbrechen. In den Jahren 1946/47 wurden von 1.817 Tatverdächtigen insgesamt 1.710 Personen aus allen vier deutschen Besatzungszonen ausgeliefert. Im Jahr 1948 erfolgte die Auslieferung von 80 Personen und 1949/50 abschließend von 27 Personen. Von den ausgelieferten Tatverdächtigen kamen mehr als zwei Drittel aus der amerikanischen Besatzungszone. Das NTN war sowohl für deutsche Kriegsverbrecher, die an Polen ausgeliefert wurden, als auch für die Vertreter des sogenannten Sanacja-Regimes (1926 bis 1949), die für den Zusammenbruch Polens 1939 und die „Faschisierung des Staatslebens“ verantwortlich gemacht wurden, zuständig. Bei dem Vorsitzenden des NTN handelte es sich um den 1. Vorsitzenden des Obers-

¹³⁸⁵ Borodziej, 2006, S. 411.

¹³⁸⁶ Kobierska-Motas, 1992, S. 29.

¹³⁸⁷ Borodziej, 2006, S. 412.

ten Gerichts in Polen. Theoretisch waren die Urteile des Obersten Nationaltribunals denen des Obersten Gerichts gleichgestellt. Die Praxis zeigte aber, dass das Tribunal gegenüber dem Gericht eine wesentlich geringere Rolle spielte. Zwischen 1946 und 1948 kam es zu lediglich sieben Prozessen gegen 49 mutmaßliche deutsche Kriegsverbrecher, die jedoch sehr spektakulär ausgingen. Das letzte Verfahren vor dem Tribunal fand 1948 gegen Joseph Bühler statt. Ab dem Jahr 1948 legte das Oberste Gericht die strafrechtlichen Vorschriften gegen Kriegsverbrecher aus und schuf landesweit die juristischen Grundlagen für die Gerichtspraxis. Auch in anderer Hinsicht blieb das Oberste Nationaltribunal hinter den mit ihm verbundenen Erwartungen zurück. Die polnische Staatsmacht ließ ihr am 22. Januar 1946 erklärtes Ziel schließlich fallen, vor dem Gericht, das zugleich die bedeutendsten deutschen NS-Täter verurteilte, gegen politische Gegner vorzugehen. Das Tribunal führte nicht eine einzige Verhandlung gegen Vertreter der Vorkriegsdiktatur durch.¹³⁸⁸

Nur in seltenen Fällen wurden Deutsche vor polnischen Militärgerichten angeklagt. Gegenstand der Verfahren waren dann häufig keine Kriegsverbrechen, sondern Waffenbesitz oder eine angebliche Untergrundtätigkeit. In der frühzeitigen Übernahme sowjetischer Muster durch die polnische Militärjustiz sehen Rechtshistoriker jedoch ein wichtiges Element des Druckes auf die zivile Rechtsprechung. Auf die „großen“ Kriegsverbrecherprozesse wirkte sich diese Radikalisierung und Brutalisierung der polnischen Rechtsprechung durch das stalinistische Regime nachweislich nicht aus. Es ist jedoch anzunehmen, dass die Urteile in weniger spektakulären Fällen, die nicht im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses standen, aufgrund dieser Radikalisierung härter ausfielen als die Urteile in den vielbeachteten Prozessen.¹³⁸⁹

Das ehemalige Stammlager Auschwitz rückte nach der Befreiung 1945 im April 1947 erneut in den Mittelpunkt der Weltöffentlichkeit, als dort polnische Justizbeamte unter Mithilfe deutscher Kriegsgefangener die Hinrichtung des ehemaligen KZ-Lagerkommandanten Rudolf Höss durchführten.¹³⁹⁰ Nachdem Höss im März 1946 durch die Briten gefangen genommen und von ihnen nach Polen ausgeliefert worden war, hatte ihn ein Warschauer Gericht zum Tode verurteilt. Ehemalige Auschwitz-Häftlinge, die im Prozess als Zeugen ausgesagt hatten, forderten seine Hinrichtung auf dem Lagergelände. Am Morgen des 16. April 1947 errichteten deutsche Kriegsgefangene vor dem Krematorium einen mit einer Falltür versehenen Gal-

¹³⁸⁸ Ebenda, S. 413.

¹³⁸⁹ Kladoczny, 2000, S. 81.

¹³⁹⁰ Strzelecki, 1995, S. 235. Vgl. Steinbacher, 2004, S. 103.

gen. Kurz darauf traf Höss auf dem stark gesicherten Gelände ein. Im Beisein eines Geistlichen wurde das Urteil verlesen und anschließend vollstreckt.¹³⁹¹

6.5 Das kulturelle Leben

In zahlreichen sowjetischen Gefangenenlagern entwickelte sich eine eigene „Kriegsgefangenenkultur“ mit spezifischen Charakteristika. Die Gefangenenkultur verdeutlicht, dass sich die Gefangenen in den Lagern über die physische Existenzerhaltung hinaus geistig betätigen wollten.¹³⁹² Bereits wenige Wochen nach ihrer Ankunft in den sowjetischen Sammellagern begannen die Kriegsgefangenen, die auf den Abtransport in die Sowjetunion warten mussten, mit der Aufführung erster kultureller Veranstaltungen.¹³⁹³ Ebenso war es für die Häftlinge der Speziallager in der SBZ wichtig, sich geistig zu betätigen.¹³⁹⁴ Verglichen mit der Situation der deutschen Kriegsgefangenen im Gewahrsam der Westalliierten war für die Gefangenen in den sowjetischen Lagern eine kulturelle Entfaltung wesentlich schwieriger. In der UdSSR beschränkte die ausgedehnte Winterzeit mit langen Dunkelheits- und Kälteperioden die Möglichkeiten für kulturelle Betätigungen. Zudem ließ der schwere Arbeitseinsatz in vielen sowjetischen Gefangenenlagern den Gefangenen nur wenig Zeit und Kraft für anderweitige Beschäftigungen.¹³⁹⁵

6.5.1 Das kulturelle Leben in den sowjetischen Frontlagern

Die sowjetischen Lagerleitungen in den Speziallagern regten kulturellen Aktivitäten in den Lagern an und förderten diese. In den Erinnerungen der Häftlinge werden die Kulturaktivitäten als „Kultura“ bezeichnet.¹³⁹⁶ Die kulturellen Aktivitäten der Kriegsgefangenen, wie z. B. Musik und Theater, waren auch für das sowjetische Lagerpersonal im Frontlager Auschwitz eine willkommene Abwechslung von der Monotonie des Lageralltags und wurden von diesem aus pragmatischen Gründen befürwortet. So hofften die sowjetischen Wachmannschaften, dass die Kulturveranstaltungen die Gefangenen an den Ruhetagen von ihrem tristen Lageralltag ablenken und somit befürchteten Unruhen vorbeugen könnten.¹³⁹⁷ Zudem versprachen sich die sowjetischen Lagerleitungen durch die kulturellen Betätigungen eine Verbesserung

¹³⁹¹ Huener, 2003, S. 61.

¹³⁹² Schwarz, 1969, S. XII.

¹³⁹³ Ebenda, S. XXI, XL, XLIII.

¹³⁹⁴ Ochs, 2006, S. 91.

¹³⁹⁵ Schwarz, 1969, S. XII.

¹³⁹⁶ Ochs, 2006, S. 92.

¹³⁹⁷ Schwarz, 1969, S. XIVf.

der Arbeitsmoral und der Arbeitsleistung.¹³⁹⁸ Vielen Kriegsgefangenen diente die von den Darstellern verbreitete Heiterkeit als „unerschöpflicher Quell der Lebensbejahung“, der den Hunger für kurze Zeit vergessen ließ.¹³⁹⁹ Da die mangelnde Versorgung und die schweren Arbeitseinsätze den Alltag der Häftlinge dominierten, spielte das kulturelle Leben in den Gefangenenlagern insgesamt jedoch nur eine untergeordnete Rolle.¹⁴⁰⁰

6.5.1.1 Die Kulturgruppen

In einigen sowjetischen Sammellagern wurde die Aufstellung von Kulturgruppen vom sowjetischen Lagerpersonal gewünscht und gefördert, während in anderen Lagern die Kulturgruppen zumindest geduldet waren. Wie in den Speziallagern der SBZ, wurden die Akteure in den sowjetischen Sammellagern östlich von Oder und Neiße ausschließlich aus der Gruppe der Gefangenen rekrutiert. Zahlreiche führende Kulturschaffende der NS-Zeit waren in der SBZ von den Sowjets verhaftet worden.¹⁴⁰¹ Zu den professionellen Künstlerinnen und Künstlern zählten neben Heinrich George in den Speziallagern Mühlberg und Sachsenhausen auch Gustav Gründgens im Lager Jamlitz und die Schauspielerin Marianne Simson, die in Jamlitz und Mühlberg interniert wurde. Im Jahr 1947 waren im Speziallager Mühlberg schätzungsweise 200 bis 250 Häftlinge in der „Kultura“ beschäftigt. Zu ihnen zählten etwa 30 bis 50 Frauen. Unter den Lagerhäftlingen war die Teilnahme am Theaterbetrieb durchaus begehrt, da sie den involvierten Häftlingen zahlreiche Vorteile bot. Neben den professionellen Künstlerinnen und Künstlern stießen in den Speziallagern auch zahlreiche kulturbegeisterte Laien zu den Künstlergruppen, die dort zunächst eine Stimm- und Schauspielausbildung erhielten.¹⁴⁰²

Im Frontlager Neuhammer wurden die Gefangenen mit Unterstützung des sowjetischen Lagerpersonals kulturell aktiv.¹⁴⁰³ Auf Anordnung des sowjetischen Kulturoffiziers in Neuhammer übernahm der frühere „Reichsbühnenbildner“ und „Reichsbeauftragte für Mode“, SS-Standartenführer Benno von Arent, die Leitung der Kulturarbeit. Zu seinen Aufgaben zählte das Ausschmücken der Lagerstrassen für nichtdeutsche Gäste oder den Durchmarsch sowjetischer Kolonnen.¹⁴⁰⁴ In Neuhammer wurde eine Lagerbühne errichtet, die von Benno von Arent geleitet wurde. Dieser umgab sich mit einer „Künstlerschar“.¹⁴⁰⁵ Die Darstellerinnen

¹³⁹⁸ Ebenda.

¹³⁹⁹ Ebenda, S. LIV, XLIII. Vgl. Frieser, 1981, S. 51.

¹⁴⁰⁰ Schwarz, 1969, S. XI.

¹⁴⁰¹ Ochs, 2006, S. 92.

¹⁴⁰² Ebenda, S. 92f.

¹⁴⁰³ König, 2009, S. 27.

¹⁴⁰⁴ Heuer, 2006, S. 42f.

¹⁴⁰⁵ Behrens, 2011, S. 125.

und Darsteller wurden aus der Gruppe der Lagergefangenen ausgewählt. Zum Teil handelte es sich hierbei um professionelle Künstlerinnen und Künstler.¹⁴⁰⁶ „Ein toller Equilibrist mit Namen Wälker ist mir noch in Erinnerung und Sundra, der Hypnotiseur. Eine Schau für sich war der Pianist, von dem einige behaupteten, es wäre Charly Kunz“¹⁴⁰⁷, erinnerte sich ein Gefangener aus Neuhammer, der selbst in eine Künstlergruppe aufgenommen wurde:

„Mein Gesangsunterricht machte mir immer mehr Spaß. Auf dem Programm standen Lieder für Baß. Und dann wagten wir uns wieder an die bekannte Falstaff-Arie. Es kam jetzt hauptsächlich auf den Belcanto an. Beim Feilen an der Arie hatten wir eines Tages Besuch. Ein Mann stand im Übungsraum meiner Gesangsstunde. Er hörte stumm zu und nickte dann und wann zustimmend mit dem Kopf und verschwand so lautlos, wie er gekommen war. Seinen Namen kenne ich nicht. Angeblich soll es sich um eine Musikgröße aus der Nazizeit gehandelt haben, wie ich später erfuhr. Deshalb nannte er wohl seinen Namen nicht.“¹⁴⁰⁸

Im Lager Breslau-Hundsfeld ließ die sowjetische Lagerleitung eine Theatergruppe und ein Orchester aufstellen, um die Stimmung unter den Gefangenen zu heben.¹⁴⁰⁹ Unter den Lagergefangenen in Hundsfeld befanden sich u. a. Angehörige des Berliner Rundfunkorchesters.¹⁴¹⁰

6.5.1.2 Die Voraussetzungen für die kulturellen Aktivitäten

Durch das Engagement der Häftlinge in den Speziallagern, das durch die lockeren Haftbedingungen unmittelbar nach der Errichtung der Lager unterstützt wurde, konnte im Laufe der Zeit eine umfassende Ausstattung zusammengetragen werden. Einigen Häftlingen, die vor ihrer Verhaftung als Kulturschaffende tätig gewesen waren, wurde gestattet, unter sowjetischer Begleitung nach Hause zurückzukehren und dort Noten, Kostüme, Musikinstrumente oder Bühnendekorationen für das Lager abzuholen. Durch den Eigentümer des Leipziger Neuen Operntentheaters, der im Speziallager Mühlberg inhaftiert war, gelangten zahlreiche Ausstattungsstücke für Theateraufführungen, darunter der Theatervorhang der Bühne, in das Lager.¹⁴¹¹

Für die Kulturgruppen waren geeignete Räumlichkeiten, in denen kulturelle Veranstaltungen stattfinden konnten, unerlässlich. In nahezu allen Sonderlagern existierten spezielle Theaterbaracken, in denen die unterschiedlichen Aufführungen stattfanden. Im Speziallager Mühl-

¹⁴⁰⁶ Ochs, 2006, S. 92.

¹⁴⁰⁷ König, 2009, S., 27.

¹⁴⁰⁸ Richard, 1994, S. 97.

¹⁴⁰⁹ Schneider, 2000, S. 37.

¹⁴¹⁰ Kossmann, 2003, S. 66.

¹⁴¹¹ Ochs, 2006, S. 92.

berg wurde das Lagertheater am 7. November 1945, dem Jahrestag der Oktoberrevolution, in einer schnell erbauten Theaterbaracke eröffnet.¹⁴¹² Ähnlich verhielt es sich in den sowjetischen Frontlagern. Im Lager Neuhammer wurde für das Lagertheater eine große Halle erbaut.¹⁴¹³ In diesem Theaterbau betätigte sich u. a. der bereits angeführte „Reichsbühnenbildner“ von Arent.¹⁴¹⁴ In Breslau-Hundsfeld wurde für die Gefangenen eine Freilichtbühne errichtet.¹⁴¹⁵ In Begleitung deutscher Gefangener schaffte das sowjetische Wachpersonal dort auf Lastwagen Musikinstrumente aus der Umgegend des Lagers herbei, die für die Aufstellung eines Lagerorchesters notwendig waren.¹⁴¹⁶

„Die Russen hatten einen starken Drang zur Kultur. Wir mussten im Lager einen Saal aus Balken und Brettern bauen. Mein Beitrag dazu war die Lieferung eines Brettes: Frühmorgens zogen etwa 500 Gefangene Richtung Kohlfurt zu einem Sägewerk. Jeder lud ein Brett auf seine Schulter. Und nachdem wir 25 km so beladen gelaufen waren, kamen wir abends wieder im Lager an. Es gab eine Reihe von Musikern im Lager und auch einen Dirigenten des Berliner Rundfunks. Die Russen hatten sich die Instrumente aus den verlassen Wohnungen des näheren und weiteren Umkreises geholt. So wurde dann ab und zu Unterhaltungsmusik gemacht. Die ersten Stuhlreihen waren von Russen, meist Offizieren, besetzt. Dahinter kamen nur noch Bretterbänke.“¹⁴¹⁷

Die geringen materiellen Ressourcen hemmten die Entwicklung des kulturellen Lebens in den sowjetischen Gefangenenlagern. Da es an Büchern sowiebzw. an literarischen Texten als Grundlage für Lesungen oder Theaterveranstaltungen mangelte und zudem nur wenig Papier vorhanden war, um Texte festzuhalten, war die Kultur der Kriegsgefangenen eine schriftlose, mündliche Kultur.¹⁴¹⁸

6.5.1.3 Die kulturellen Aktivitäten

Die Internierten der Speziallager veranstalteten vor dem sowjetischen Personal der Lagerverwaltungen Bühnenstücke, Sketche, Operetten, Chorgesänge und andere Aufführungen. Auch die Mithäftlinge durften diesen Veranstaltungen beiwohnen.¹⁴¹⁹ Der Beweggrund des sowjetischen Lagerpersonals, die kulturellen Aktivitäten der Häftlinge zu fördern, lag vermutlich in dem eigenen Bedürfnis nach Unterhaltung bzw. Erbauung, da das Wachpersonal selbst weit-

¹⁴¹² Ebenda.

¹⁴¹³ König, 2009, S. 27.

¹⁴¹⁴ Richard, 1994, S. 94. Dort fälschlich als „Benno von Baret“.

¹⁴¹⁵ Schneider, 2000, S. 37

¹⁴¹⁶ König, 2009, S. 27.

¹⁴¹⁷ Kossmann, 2003, S. 66.

¹⁴¹⁸ Schwarz, 1969, S. XVII, XXII.

¹⁴¹⁹ Ochs, 2006, S. 92.

gehend von der Außenwelt isoliert war. Im Speziallager Mühlberg versuchten die Häftlinge, durch das Aufführen von politisch erwünschten Theaterstücken die Gunst des Lagerpersonals zu erlangen.¹⁴²⁰ Die Kulturschaffenden achteten allgemein sehr stark auf die hohe Qualität ihrer Aufführungen. Innerhalb des Ensembles führte der Qualitätsanspruch bei den Darstellern teilweise zu Gefühlen von Bedrohung und Konkurrenzdruck. Im Speziallager Mühlberg war die „Kultura“ besonders stark ausgeprägt. Das angebotene Kulturprogramm war breit gefächert und anspruchsvoll. Aufgeführt wurden Schauspiele, Konzerte, Operetten, Ballett- und Boulevardstücke. Zurückzuführen war das vielseitige Lagertheater auf den Einsatz des kulturbegeisterten Lagerkommandanten Kapitän Samoïlow. Im April 1947 waren zahlreiche Kulturaktivisten mit Häftlingstransporten aus dem Lager Jamlitz in das Lager Mühlberg gekommen.¹⁴²¹

Auch im sowjetischen Frontlager Neuhammer entwickelten sich zahlreiche kulturelle Aktivitäten. Gruppen deutscher Gefangener betätigten sich „mit Kleinkunst, Theater, Variete, Konzerte usw.“¹⁴²² Ein ehemaliger Lagergefangener erinnerte sich: „Etwas Abwechslung in das Lagerleben brachten die häufigen Zählungen sowie eine Gruppe von Mitgefangenen, die musizierten, sangen und Theater spielten. Dabei ist mir besonders der Schlager „Über die Prärie klingt ein Lied“, den ein Landser auf der Geige vortrefflich spielte, in Erinnerung geblieben.“¹⁴²³ In Neuhammer begleitete zudem ein Orchester das Programm musikalisch. Die Bühne in der Versammlungshalle war „immer sehr schön dekoriert“.¹⁴²⁴ Auf einer Lagerbühne fanden Aufführungen statt, die sich mit jeder Vorstellung verbesserten und „sich in jedem guten Varieté sehen lassen konnten“.¹⁴²⁵ Die Aufführungen hatten auf die erschöpften und demoralisierten Gefangenen eine positive Wirkung.¹⁴²⁶ „Wir saßen oft abends in der Nähe der Halle und lauschten den Proben. Es war ein Ohrenschaus!“¹⁴²⁷, berichtete ein ehemaliger Gefangener. Der Lagerchor stand unter der Leitung des Hauptmanns Ralph Luke, der im Zivilleben als Kapellmeister am Kasseler Stadttheater tätig gewesen war.¹⁴²⁸

Im Lager Auschwitz unterhielten einige der Gefangenen ihre Mitgefangenen mit musikalischen Darbietungen und Varietéveranstaltungen, um sie vom Hunger und vom „tostlose(n)

¹⁴²⁰ Ebenda, S. 97.

¹⁴²¹ Ebenda, S. 92f.

¹⁴²² Richard, 1994, S. 94.

¹⁴²³ Ebenda.

¹⁴²⁴ König, 2009, S. 27f.

¹⁴²⁵ Böss, 1974, S. 398.

¹⁴²⁶ Ochs, 2006, S. 97.

¹⁴²⁷ König, 2009, S. 28.

¹⁴²⁸ Richard, 1994, S. 98.

Warten“ abzulenken.¹⁴²⁹ Zum Zeitvertreib fertigten sich die Gefangenen auch Spiele an.¹⁴³⁰ Beliebt waren in den Kompanien die „Bunten Abende“, die ein Programm aus Rezitationen, Kabarett und Musik umfassten. Häufig bildeten die „Bunten Abende“ den Auftakt für eine kulturelle Entwicklung in den Lagern, die zumeist zur Gründung von regelmäßig auftretenden Theatergruppen führten.¹⁴³¹ Die Entwicklung der kulturellen Angebote in den Gefangenenlagern verlief prozesshaft und benötigte Zeit. Da das Sammellager Auschwitz nur eine kurze Zeit bestand, konnte sich das Kulturleben dort nur in den Grundzügen entwickeln.

Schauspielgruppen waren auch im Lager Breslau-Hundsfeld aktiv, in dem Varietéveranstaltungen aufgeführt wurden. In einer großen Versammlungshalle des Lagers trat der Operntenor Karl Sabel u. a. mit dem Lied „Ob blond, ob braun, ich liebe alle Frau'n“ auf. Die verschiedenen Darbietungen wurden durch Gesangseinlagen überbrückt.¹⁴³² Das Zentrallager in Breslau-Hundsfeld verfügte über eine Gefangenenkapelle, die häufig auch im angegliederten Quarantänelager auftrat.¹⁴³³ Das Theaterensemble nutzte dafür herbeigeschaffte Noten und Drehbücher. Es kamen zudem Stücke zur Aufführung, die von den Angehörigen der Kulturgruppen ohne Vorlagen aus der Erinnerung verschriftlicht und inszeniert wurden. Zudem verfasste das Ensemble auch eigene Schauspielstücke und Kompositionen.¹⁴³⁴

Einige der Lager-Antifaschisten im Lager Sagan gründeten mit der sogenannten „Kriegsgefangenen-Spielgemeinschaft“ eine Kulturgruppe, die den nicht arbeitenden Lagergefangenen „etwas Kurzweil und Tätigkeit“ geben sollte. Der Lagerälteste Erich Friehe unterstützte den Leiter der Kulturgruppe in seiner Tätigkeit. Die sowjetische Lageradministration in Sagan verhielt sich nach Einschätzung des Kulturgruppenleiters hingegen eher passiv: „Die russische Verwaltung tat nichts, um uns bei unserer Kulturarbeit zu unterstützen, aber sie tat auch nichts, um uns zu stören. Sie überließ uns in dieser Beziehung gänzlich uns selbst.“¹⁴³⁵ Die „Kriegsgefangenen-Spielgemeinschaft“ veranstaltete Sprachkurse in Englisch, Französisch und Russisch mit etwa 400 Teilnehmern. Mehrmals wöchentlich organisierten gefangene Mitglieder der deutschen Oper Musik- und Gesangsabende. An den Sonntagen unterhielt eine Kleinkunstbühne die Lagerbelegschaft. Im Lagermagazin schufen Schnitzer und Holzdreher etwa 60 Schachspiele, mit denen die Lagergefangenen Schachturniere austrugen. Regelmäßig wurden Sportveranstaltungen wie Fußballturniere, Gymnastik und Akrobatenschauen durch-

¹⁴²⁹ APMO, Erinnerungen, Bd. 217, Bl. 88, 16.7.1945; Profé, Tagebuch, 12.8.1945; Friedrich Stelzel in einem Schreiben an den Verfasser, 11.9.2008. Gelegentlich wurde das Varieté-Programm der Gefangenen durch das sowjetische Wachpersonal gestört. APMO, Erinnerungen, Bd. 217, Bl. 88, 17.7.1945.

¹⁴³⁰ Profé, Tagebuch, 12.8.1945, 16.8.1945.

¹⁴³¹ Karner, 1995, S. 107; Schwarz, 1969, S. XLV.

¹⁴³² Boenke, 2000, S. 169.

¹⁴³³ Stukowski, 1959, S. 86.

¹⁴³⁴ Ochs, 2006, S. 92.

¹⁴³⁵ Staatsarchiv Hamburg, 622-1-203/334: Bericht aus russischer Kriegsgefangenschaft, Bl. 1f.

geführt. Zudem fanden Ausstellungen von bildender Kunst sowie Vorträge über Kunst, Geschichte und Wissenschaft statt.¹⁴³⁶ Am Abend des 28. Juli 1945 besuchte eine Musikkapelle, die sich aus Gefangenen des Lagers Sagan zusammensetzte, das Saganer Lazarett.¹⁴³⁷ Am 11. September 1945 gab es im Lager eine große Varietévorstellung, bei der Musikgruppen an Klavieren, ein Doppelquartett, ein Chor, Zauberer, Schnellzeichner, Jongleure und Humoristen auftraten. Die Veranstaltung wurde am 13. September 1945 wiederholt, bei der auch das sowjetische Lagerpersonal zahlreich erschien.¹⁴³⁸

6.5.1.4 Die politische Ausrichtung der Kulturgruppen

Der Zusammenbruch des NS-Regimes hatte bei vielen Häftlingen der Speziallager eine Wertkrise ausgelöst. Es ist anzunehmen, dass die Begeisterung der Lagerhäftlinge für die Kulturaktivitäten u. a. auch in dieser Krise begründet war. Durch das Rezitieren von Gedichten und Theaterstücken in kleinen Gruppen gewannen die Häftlinge möglicherweise geistigen Halt. Um die Wertkrise zu bewältigen, griffen einige Lagergefangene auf die vertraute Gedankenwelt der abendländischen Kultur zurück. Durch die Beschäftigung mit der geistigen Betätigung mussten sich die Häftlinge nicht mit den eigenen Verstrickungen mit der NS-Vergangenheit auseinandersetzen.¹⁴³⁹

Die Spitze der Kulturgruppen setzte sich in den sowjetischen Gefangenenlagern aus drei Funktionären zusammen, die vom Arbeitseinsatz befreit waren. Neben dem Leiter der Kulturgruppe waren dies der Generalvertraute des Politoffiziers und ein Propagandaleiter.¹⁴⁴⁰ Die sowjetischen Behörden besetzten die drei Posten mit Gefangenen, die von der Idee des Sozialismus sowjetischer Prägung überzeugt waren. Als Funktionäre konnten auch ehemalige Kommunisten eingesetzt werden, wenngleich diese weniger bevorzugt wurden.¹⁴⁴¹ Die inhaltliche Ausgestaltung der Kulturveranstaltungen wurde von den sowjetischen Lagerkommandanturen in unterschiedlicher Weise kontrolliert. In Breslau-Hundsfeld musste das Veranstaltungsprogramm von der Lager-Antifa geprüft und freigegeben werden.¹⁴⁴² Im Lager Neuhammer brauchte die Kulturgruppe für die einzelnen Vorstellungen keine Genehmigungsanträge stellen. Die Veranstaltungen wurden dort angeregt und begrüßt.¹⁴⁴³

¹⁴³⁶ Ebenda, Bl. 2.

¹⁴³⁷ Bellartz, 1998, S. 117.

¹⁴³⁸ Richard, 1994, S. 99.

¹⁴³⁹ Ochs, 2006, S. 98.

¹⁴⁴⁰ Schwarz, 1969, S. 71f.

¹⁴⁴¹ Ebenda, S. 71.

¹⁴⁴² Stukowski, 1959, S. 86.

¹⁴⁴³ Richard, 1994, S. 94.

Heiner Wember hat für die britischen Internierungslager festgestellt, dass sich das Lagerpersonal in den britischen Internierungslagern mit den auf abendländische Kulturwerte bezogenen Kulturaktivitäten eine Veränderung der nationalsozialistischen Weltanschauung bei den Internierten versprach. Es finden sich keine Anhaltspunkte dafür, dass das sowjetische Lagerpersonal Einfluss auf das Veranstaltungsprogramm der Kulturgruppen nahm, um die Speziallagerhäftlinge im antifaschistischen bzw. im sozialistischen Sinne „umzuerziehen“. ¹⁴⁴⁴ Eine Besonderheit stellt in dieser Hinsicht das sowjetische Frontlager Sagan dar. In Sagan versuchten die Lager-Antifaschisten über die so genannte „Kriegsgefangenen-Spielgemeinschaft“, die Mitgefangenen politisch zu beeinflussen, obwohl die sowjetische Kommandantur politische Aktivitäten im Lager untersagt hatte. Angehörige der Saganer Kulturgruppe hielten innerhalb von sechs Monaten mehr als 50 politische Vorträge vor der Lagerbelegschaft. ¹⁴⁴⁵

Nach der Auflösung des Lagers Neuhammer überführten die Sowjets die Angehörigen des Antifa-Vorstandes und des Kulturzentrums in das Lager Sagan. Dort sollten sie politische Arbeit unter ihren Mitgefangenen betreiben. Kurze Zeit darauf erfolgte die Auflösung des Lagers Sagan. Die Angehörigen des Antifa-Vorstandes und des Kulturzentrums mussten daraufhin bei einer Sicherungsgruppe Verladearbeiten verrichten. ¹⁴⁴⁶

6.5.1.5 Die Stellung der Künstler in der Lagerhierarchie

Die kulturbegeisterte Führung der sowjetischen Speziallager gewährte den Angehörigen der Kulturgruppen eine Vorzugsbehandlung, die sich insbesondere in einer besseren Verpflegung äußerte. Teilweise brachte die sowjetische Lagerverwaltung die Kulturschaffenden auch in besseren Unterkünften unter und ermöglichte ihnen im Fall einer Erkrankung eine bessere medizinische Betreuung. Die Angehörigen der Kulturgruppen bildeten eine Kategorie von Vorzugshäftlingen. Sie waren weitgehend von ihren Mitgefangenen isoliert und im Lageralltag weniger Gefahren ausgesetzt. ¹⁴⁴⁷ Auch in den sowjetischen Sammellagern zählten die Angehörigen der Kulturgruppen zu den privilegierten Funktionsgefangenen. Bei den Mahlzeiten erhielten sie einen Zuschlag. ¹⁴⁴⁸ Die Privilegien für die Kulturschaffenden führten dazu, dass die Gefangenen nicht nur mit Dankbarkeit, dem Elend des Lagers für kurze Zeit entfliehen zu können, sondern auch mit Unverständnis und Ablehnung auf die Vorstellungen rea-

¹⁴⁴⁴ Ochs, 2006, S. 97.

¹⁴⁴⁵ Staatsarchiv Hamburg, 622-1-203/334: Bericht aus russischer Kriegsgefangenschaft, Bl. 2.

¹⁴⁴⁶ Heuer, 2006, S. 44.

¹⁴⁴⁷ Ochs, 2006, S. 93f.

¹⁴⁴⁸ Stukowski, 1959, S. 86.

gierten.¹⁴⁴⁹ Beispielsweise wurden die Aufführungen im Lager Breslau-Hundsfeld von den Lagerinsassen kaum besucht, da die Künstler mehr Verpflegung erhielten als ihre Mitgefangenen.¹⁴⁵⁰ Es hat aufgrund der Privilegien vermutlich zudem Versuche gegeben, künstlerisch weniger begabten Mitgefangenen, die als sehr hilfsbedürftig galten, Posten innerhalb der Kulturgruppen zu verschaffen.¹⁴⁵¹

6.5.2 Das kulturelle Leben im polnischen Gewahrsam

Im polnischen Gewahrsam waren den deutschen Kriegsgefangenen in den ersten Jahren nicht nur politische, sondern auch kulturelle Aktivitäten untersagt.¹⁴⁵² Erst mit dem Wachsen der Antifa-Bewegung in den polnischen Lagern ab Mai 1948 sollte die politische Arbeit unter den Gefangenen auch kulturelle Aktivitäten umfassen. Zuvor hatte es wohl nur vereinzelte Bemühungen von Gefangenen gegeben, sich kulturell zu betätigen. Zum Jahresende 1947 erging für das Lager „Babie Dołę“ bei Gdingen die Aufforderung, eine antifaschistische Propagandaeinheit aufzustellen. Der dortige Lagerälteste versuchte die politischen Aktivitäten durch Kulturveranstaltungen zu ersetzen. Der Kulturarbeit wurde dabei „ein leichter ideologischer Anstrich verliehen“, um den Schein einer politischen Betätigung zu wahren.“¹⁴⁵³

Zwischen Mai und Dezember 1948 erfolgten im Zentralen Arbeitslager in Warschau fünf Schulungen, in denen insgesamt 862 Kriegsgefangene für den Propagandaeinsatz in den Lagern vorbereitet wurden.¹⁴⁵⁴ Die Referenten vermittelten den Kursteilnehmern u. a., wie kulturelle Veranstaltungen in den Lagern durchzuführen seien und wie die Gestaltung einer Wandzeitung zu erfolgen habe.¹⁴⁵⁵ Ende Juni 1948 wurde dem MBP das Projekt zur Selbstverwaltung vorgestellt. Mit der Unterstützung der Selbstverwaltung sollte das Kriegsgefangenenreferat gemäß den vorgegebenen Direktiven „das kulturelle Leben der Kriegsgefangenen sowie intellektuelle und sportliche Vergnügungsveranstaltungen organisieren“.¹⁴⁵⁶

Im Sommer 1948 stellte Karl Wloch in seinem Memorandum „Erwägungen und Projekte bezüglich der Arbeit unter den Kriegsgefangenen“ der Leitung der DWO seine Absichten vor. Als Bedingungen für die Durchführung politischer Aktivitäten in den Gefangenenlagern, zu

¹⁴⁴⁹ Ebenda, S. 94.

¹⁴⁵⁰ Schneider, 2000, S. 37.

¹⁴⁵¹ Ochs, 2006, S. 94.

¹⁴⁵² Czepuck, 1999, S. 88.

¹⁴⁵³ Kochanowski, 2004, S. 353.

¹⁴⁵⁴ Ebenda, S. 364.

¹⁴⁵⁵ Ebenda, S. 361.

¹⁴⁵⁶ Ebenda, S. 364.

denen auch die Kulturveranstaltungen zählten, nannte Wloch in seiner Schrift „ein wenig Freizeit und entsprechende Unterkünfte“.¹⁴⁵⁷ An Wlochs Überlegung anknüpfend, wurden die Gefangenen im Grubenlager „Bierut“ ab Frühjahr 1949 von der Sonntagsarbeit befreit. Der neu geschaffene Freiraum ermöglichte die Gründung einer Tanzkapelle und einer Varietégruppe, die an den Sonntagnachmittagen im Lager auftraten. Die Gefangenen im Lager „Bierut“ begrüßten die Abwechslung vom tristen und eintönigen Lageralltag. Wie in den sowjetischen Sammellagern, nahmen auch die polnischen Wachposten häufig in Begleitung ihrer Frauen an den Veranstaltungen teil. Für das humoristische Unterhaltungsprogramm sorgten die Gefangenen Kurtl Fiedler und Horst Köhler. An den Sonntagabenden spielte die Lagerkapelle unter der Leitung des Gefangenen Erwin Hanke in der Switlica Tanzmusik.¹⁴⁵⁸

Die Selbstverwaltung war neben den kulturellen Aktivitäten auch für den Lagersport zuständig.¹⁴⁵⁹ Im Bergwerkslager „Bierut“ wurden im Jahr 1949 zwei Fußballmannschaften aufgestellt. Auch die sportlichen Aktivitäten ermöglichten den Gefangenen „Abwechslung“ vom Lageralltag und erfolgten über die Grenzen des Lagers hinaus. Am ersten Pfingstfeiertag 1949 trat eine der Mannschaften gegen eine Auswahl des Lagers Jawiszowice an.¹⁴⁶⁰

Wie von Wloch und Diege vorgeschlagen, sollte im März 1949 im Rahmen der Hellmuth von Gerlach-Gesellschaft ein „politisches Revuetheater“ aufgestellt werden. Für die Theatergruppe waren 12 aus der SBZ stammende Kriegsgefangene mit schauspielerischem Talent vorgesehen. Es war vorgesehen, dass das Revuetheater über mehrere Monate hinweg in zahlreichen Städten in der SBZ auftrat. Das Programm des Ensembles sollte sich nach Wlochs Vorstellung so gestalten:

„1. Politisch-satirische Inszenierungen (gegen Kriegspropaganda und Aufrüstung, gegen die Teilung Deutschlands usw.), 2. Couplets und Lieder über den demokratischen Fortschritt, 3. Was die Kriegsgefangenen in Polen gesehen haben und was sie gelernt haben (gegen Chauvinismus und Revisionismus).“¹⁴⁶¹

Wloch bat darum, den Vorschlag anzunehmen und das Politische Referat des DWO anzuweisen, das Vorhaben durchzuführen. Die Auftritte der Theatergruppe verstand er als „eine große, breitangelegte politische Aktion“, die in der deutschen Ostzone „zum Zweck der Freundschaft mit Polen“ durchgeführt werden sollten. Der DWO-Leiter veranlasste das Referat, das

¹⁴⁵⁷ Ebenda, S. 356f.

¹⁴⁵⁸ Wagner, Jaworzno, o. P.

¹⁴⁵⁹ Kochanowski, 2004, S. 357f.

¹⁴⁶⁰ Wagner, Jaworzno, o. P.

¹⁴⁶¹ Zit. in: Kochanowski, 2004, S. 368.

Vorhaben durchzuführen. Es ist nicht bekannt, ob das Revuetheater in die Tat umgesetzt wurde.¹⁴⁶²

Die Anordnungen aus der Warschauer Zentrale wurden in den Gefangenenlagern nicht konsequent umgesetzt. Die Selbstverwaltungen der einzelnen Lager waren häufig bemüht, die Vorgaben zu ihren Gunsten auszulegen. Zur Rechtfertigung dieses Vorgehens diente der Einwand, die Lagergefangenen vor einem Übermaß an Ideologisierung schützen zu müssen. Dazu sollte auch die Zahl der kulturellen Veranstaltungen beschränkt bleiben.¹⁴⁶³

Während die Gefangenen der sowjetischen Front- und Speziallager in der unmittelbaren Nachkriegszeit beim Beschaffen der Bühnenausstattung von den lockeren Bedingungen der Anfangszeit profitierten, gestaltete sich das Beschaffen von Ausstattungsgegenständen in den polnischen Lagern ab 1948 weitaus schwieriger. In einem ehemaligen Reichsarbeitsdienstlager verwendete die Kulturgruppe z. B. Kleidungsstücke von „volksdeutschen“ Gefangenen, die zuvor im Lager verstorben waren, als Kostüme für ihre Theateraufführungen.¹⁴⁶⁴

Das Zentrum der politischen Arbeit sollte nach Wloch in Warschau verbleiben. Von dort konnten die einzelnen Lager mit „Führungskräften und Materialien“ versorgt werden. Die Warschauer Aktivisten sollten nach Wloch für die erforderlichen ideologisch geschulten Kader sorgen. Unter polnischer Aufsicht war zudem die Bildung einer zentralen „operative Leitung“ beabsichtigt. Dieser Leitung sollte nach Wlochs Vorstellungen ein Kriegsgefangener angehören, der für allgemeine politische Richtungsfragen zuständig war. Darüber hinaus war beabsichtigt, die „operative Leitung“ aus einem für die Lageraufsicht zuständigen Organisationsleiter, einem Spezialisten für politische Schulungen und einem Redakteur der Kriegsgefangenenzeitung zusammensetzen. Neben Kultur- und Jugendreferenten wurden entsprechend den jeweiligen Fortschritten in der Propagandaarbeit auch Lehrkräfte, Ausbilder und technische Gehilfen als notwendig angesehen.¹⁴⁶⁵ Im Grubenlager „Bierut“ durften die Tanzkapelle und die Varietégruppe am ersten Weihnachtsfeiertag 1949 auftreten. Die Weihnachtsfeier fand dabei wie alle kulturellen Veranstaltungen in der Switlica des Lagers statt.¹⁴⁶⁶

¹⁴⁶² Ebenda, S. 368f.

¹⁴⁶³ Kochanowski, 2004, S. 368f.

¹⁴⁶⁴ Berthold, 1981, S. 152.

¹⁴⁶⁵ Kochanowski, 2004, S. 357.

¹⁴⁶⁶ Wagner, Jaworzno, o. P.

7 Die Entlassungen

Im Beschluss Nr. 1798-800s des Rates der Volkskommissare der UdSSR vom 1. Juli 1941, der die Behandlung der Kriegsgefangenen regelte, war kein Zeitpunkt für eine Repatriierung der Gefangenen angeführt worden.¹⁴⁶⁷ Die sowjetischen Behörden erfassten unter der Rubrik „Befreiung aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft“ neben den Heimführungen von Kriegsgefangenen auch Gefangene, die an andere Staaten ausgeliefert wurden oder deren Status sich gewechselt hatte, sowie gefangene Personen, die in nationalen Freiwilligen-Verbänden oder als Arbeitskräfte in den tschechischen Uranerzgruben zum Einsatz kamen. Zu den Entlassenen zählten aber auch die etwa 50.000 deutschen und verbündeten Kriegsgefangenen, die von den Sowjets an polnische Behörden überstellt wurden.¹⁴⁶⁸

Am 3. August 1942 betraute die Verordnung über die UPVI die Gefangenenverwaltung mit der Aufgabe, den Austausch von Kriegsgefangenen vorzubereiten und durchzuführen sowie die Kriegsgefangenen nach dem Kriegsende zu repatriieren. In den folgenden Kriegsjahren wurde der Einsatz deutscher Kriegsgefangener als Arbeitskräfte bis in die Nachkriegszeit hinein zur Selbstverständlichkeit. Bis zum 31. Dezember 1948 stand dieser Arbeitseinsatz in der UdSSR nicht im Widerspruch zu den Beschlüssen ihrer Alliierten.¹⁴⁶⁹ Die sowjetischen Behörden entließen vormalige Wehrmattsangehörige für gewöhnlich in das Land ihrer Staatsbürgerschaft oder ihres letzten Wohnortes. Im Jahr 1947 sollten zudem Kriegsgefangene, deren Familien aus Ungarn, aus der Tschechoslowakei oder aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten vertrieben wurden, zum neuen Wohnsitz ihrer Angehörigen entlassen werden. Deutsche, die als polnische Staatsangehörige galten, wurden spätestens ab Oktober 1949 nach Polen repatriiert. Deutsche Gefangene, die über einen tschechoslowakischen oder jugoslawischen Pass verfügten, wurden nach Deutschland überführt. Nichtdeutsche, die über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügten, wurden entweder an den Wohnsitz ihrer Familie oder nach Deutschland entlassen. Die Entlassung österreichischer Angehöriger der deutschen Streitkräfte erfolgte stets nach Österreich.¹⁴⁷⁰

Für die Heimführung der deutschen, nicht verurteilten Kriegsgefangenen hatte der Ministerrat am 16. Februar 1949 den 31. Dezember 1949 als Endtermin beschlossen. Obwohl die vier Siegermächte im April 1947 auf der Moskauer Außenministerkonferenz diesen Termin festgelegt hatten, hielt die sowjetische Gewahrsamsmacht die deutschen Gefangenen noch ein

¹⁴⁶⁷ Hilger, 2000, S. 315.

¹⁴⁶⁸ Ebenda, S. 314.

¹⁴⁶⁹ Ebenda, S. 315.

¹⁴⁷⁰ Ebenda, S. 314f.

Jahr länger in der UdSSR fest. Der Bruch der Sowjetführung mit der alliierten Vereinbarung ist auf wesentliche Einflussfaktoren zurückzuführen. Die Repatriierungspolitik der Sowjets folgte nach ökonomischen sowie straf-, außen- und deutschlandpolitischen Überlegungen.¹⁴⁷¹

7.1 Die Entlassungen aus den sowjetischen Frontlagern 1945

Bereits im Frühjahr 1945 nahmen die Sowjets erste Entlassungen von deutschen Kriegsgefangenen aus sowjetischen Lagern vor. Häufig handelte es sich hierbei um Soldaten aus Hitlers letztem Aufgebot, die aufgrund ihres jugendlichen bzw. hohen Alters oder ihrer schlechten körperlichen Verfassung unmittelbar nach der Gefangennahme durch die Rote Armee wieder freigelassen wurden.¹⁴⁷² So wurden auf einem Gefangenenmarsch von Halbe in das Lager Sagan Ende April 1945 alle Zivilisten und Nichtdeutschen aus der Marschkolonne entlassen.¹⁴⁷³ Schnell zog jedoch die Führung in Moskau die Befehlsgewalt wieder an sich. Sämtliche Repatriierungen ab Juni 1945 wurden nach der Billigung des sowjetischen Politbüros durch das GKO/SM beschlossen und vom NKVD/MVD ausgeführt. Die Auswahlkriterien und die Anzahl der zu entlassenen Gefangenen waren durch Komitee- und Ministerratsbeschlüsse festgelegt. Die konkrete Bestimmung der zu repatriierenden Gefangenen oblag vor Ort den örtlichen Kommissionen, die unter der Führung des jeweiligen NKVD/UNKVD (MVD/UMVD) standen.¹⁴⁷⁴

Die oberste Sowjetführung und Stalin informierten sich im Mai 1945 über die Gefangenenkontingente und deren Arbeitsfähigkeit. Mit einer Verfügung zur Verteilung der arbeitenden Gefangenen auf die sowjetischen Ministerien erging am 4. Juni 1945 die erste zentrale Repatriierungsanweisung. Die GUPVI sollte bis zu 225.000 Arbeitsunfähige unter den deutschen und österreichischen Kriegsgefangenen aus ihren Arbeitslagern und Hospitälern entlassen. Nach den entsprechenden Vorgaben zu den relevanten Krankheitsbildern fielen nur Invalide und Schwerkranke unter die Repatriierungsbestimmungen. Langfristig sollte diese Maßnahme die Arbeitslager von schwerkranken und arbeitsuntauglichen Gefangenen entlasten. Aufgrund der drängenden Fristen für die Entlassungen unterblieb eine Koordination der Maßnahmen mit der operativen Arbeit, die nach dem Kriegsende intensiviert worden war.¹⁴⁷⁵ Ungeachtet ihres Gesundheitszustandes waren kriegsgefangene Offiziere von den Repatriierungen ausgeschlossen. Es ist zu vermuten, dass Stalin hier bereits zu diesem frühen Zeitpunkt präventive

¹⁴⁷¹ Ebenda, S. 315.

¹⁴⁷² Ebenda.

¹⁴⁷³ Staatsarchiv Hamburg, 622-1-203/334.

¹⁴⁷⁴ Hilger, 2000, S. 315f.

¹⁴⁷⁵ Ebenda, S. 316.

Maßnahmen ergriff. Es bestand jedoch kein generelles Verbot, Angehörige von als politisch bedenklich oder gefährlich eingestuften Gefangenengruppen heimzuführen. Überprüfungen der zur Entlassung vorgesehenen Gefangenen durch örtliche Organe blieben meist erfolglos, da sie aufgrund der Eile nur sehr oberflächlich erfolgen konnten.

Ähnliche Repatriierungserlasse vom Mai 1945 betrafen Gefangene anderer Nationalitäten. Die ersten Repatriierungen liefen sehr chaotisch ab. Die Lagerverwaltungen stellten den Heimkehrern teilweise keine Entlassungspapiere aus oder zahlten die noch offenen Arbeitslöhne nicht aus. Hierbei mag der enorme Zeitdruck eine nicht unerhebliche Rolle gespielt haben, da die Auswahl der Repatrianten in den Hospitälern und Lagern innerhalb eines Zeitraums von zehn Tagen zu erfolgen hatte. Obwohl die sowjetische Führung die Vorbereitung der Repatriierungen nach Kriegsende frühzeitig angeordnet hatte, waren wohl weder in der UPVI noch bei den Behörden vor Ort entsprechende Maßnahmen getroffen worden.¹⁴⁷⁶

Noch im August 1945 waren die in der UdSSR verbliebenen Gefangenengruppen zu umfassend. Die Gefangenen befanden sich häufig in einem schlechten Gesundheitszustand. Aus den Lagern und Hospitälern wurden daher am 13. August 1945 insgesamt 708.055 Kriegsgefangene mit einem Mannschafts- oder Unteroffiziersdienstgrad, darunter 412.000 Deutsche, zur Entlassung ausgewählt. Während aus den Gewahrsamsorten in der UdSSR innerhalb von zwei Wochen nur ein Teil der Heimkehrer bestimmt werden sollte, stammte mit 418.997 zur Entlassung vorgesehenen Gefangenen, zu denen 301.000 Deutsche zählten, die Mehrheit aus den sowjetischen Frontlagern.¹⁴⁷⁷ Bei den Repatriierungen gewann die operative Tätigkeit ab August 1945 zunehmend an Bedeutung. Die Operativorgane wurden neben den Ärzten und weiteren Mitarbeitern des NKVD/UNKVD zum festen Bestandteil der lokalen Auswahlkommissionen. Offiziere, Gestapo-Angehörige, SD-, SS- und SA-Mitglieder sowie sämtliche mutmaßlichen Kriegsverbrecher sollten nach einem Erlass vom 13. August 1945 in den Lagern verbleiben. Diese Ausschlusskategorien wurden am 18. August 1945 u. a. auf Ic der Wehrmacht, Angehörige der Geheimen Feldpolizei und der Gendarmerie sowie auf führende Mitglieder der NSDAP und ihrer Unterorganisationen erweitert.¹⁴⁷⁸

Bereits am 12. August 1945 untersuchte das sowjetische Lagerpersonal in Auschwitz die minderjährigen Gefangenen nach Tätowierungen der Blutgruppe und erfasste sie in Listen.¹⁴⁷⁹

Auch unmittelbar vor den folgenden Entlassungen erfolgte eine Untersuchung der abmarschbereiten Gefangenen auf die SS-übliche Blutgruppentätowierung unter dem linken Ober-

¹⁴⁷⁶ Ebenda.

¹⁴⁷⁷ Ebenda, S. 316f.

¹⁴⁷⁸ Ebenda, S. 317f.

¹⁴⁷⁹ Profé, Tagebuch, 12.8.1945. Die Untersuchten wurden daraufhin im Block 10 untergebracht.

arm.¹⁴⁸⁰ Bei der Auswahl von deutschen, österreichischen, ungarischen und rumänischen Gefangenen für die Repatriierungen war der Gesundheitszustand ausschlaggebend.¹⁴⁸¹ Die sowjetische Lagerkommandantur in Auschwitz beauftragte am 7. August 1945 die Kompanieführer, die Nationalitäten der Gefangenen in Listen zu erfassen.¹⁴⁸² Die Kompanieführer befragten die Lagergefangenen nach ihrer Volkszugehörigkeit, die sie im Zweifelsfall z. B. durch den Geburtsort zu bestätigen hatten, ohne dass genaue Belege gefordert wurden.¹⁴⁸³ Alle minderjährigen, über 50-jährigen, invaliden und kranken Gefangenen wurden am 21. August 1945 namentlich in Listen aufgenommen. Nach den Nachnamen alphabetisch sortiert, fasste die Lagerverwaltung sie in den Wohnblöcken zusammen.¹⁴⁸⁴ Ab dem 24. August 1945 begann der Abtransport der Angehörigen des „Jugendbataillons“ und der Nichtarbeitsfähigen der vierten und fünften Arbeitsgruppe.¹⁴⁸⁵ Etwa 2.500 bis 3.000 Jugendliche, Alte, Kranke und Invalide zählte die erste Gruppe an Heimkehrern.¹⁴⁸⁶

Die Ungarn, Rumänen und Österreicher sollten insbesondere dann entlassen werden, wenn sie aus Lagern mit zu wenigen Unterkünften oder aus Gebieten mit ungünstigen klimatischen Verhältnissen stammten und nicht in wichtigen Bereichen der sowjetischen Wirtschaft tätig waren.¹⁴⁸⁷ Die ungarischen Gefangenen, ausgenommen die ungarischen Offiziere, wurden am 25. August 1945 aus dem Lager Neuhammer entlassen.¹⁴⁸⁸ Am selben Tag ließ auch die sowjetische Lagerverwaltung in Auschwitz die Ungarn zusammen mit den rumänischen und jugoslawischen Kriegsgefangenen frei.¹⁴⁸⁹ Am 29. August 1945 marschierte ein Teil der österreichischen Gefangenen aus Neuhammer ab.¹⁴⁹⁰ Ebenfalls am 29. August 1945 erhielten neben den ersten deutschen auch die österreichischen Gefangenen im Lager Auschwitz die Entlas-

¹⁴⁸⁰ Profé, Tagebuch, 24.08.1945.

¹⁴⁸¹ Hilger, 2000, S. 317.

¹⁴⁸² Friedrich Stelzel in einem Schreiben an den Verfasser, 11.9.2008; Profé, Tagebuch, 7.8.1945.

¹⁴⁸³ APMO, Erinnerungen, Bd. 217, Bl. 85.

¹⁴⁸⁴ Profé, Tagebuch, 23.8.1945. Die Neuordnung der Gruppen nach den Anfangsbuchstaben der Nachnamen bzw. deren Verlegungen in andere Wohnblocks verzeichnet Loth für den 25. August 1945. APMO, Erinnerungen, Bd. 217, Bl. 89, 25.8.1945. Vermutlich zog sich dieser Organisationsvorgang über mehrere Tage hin. Die in der Schreibstube angestellten polnischen Kapos waren mit der Bearbeitung der Entlassungslisten beauftragt. Friedrich Stelzel in einem Schreiben an den Verfasser, 11.9.2008.

¹⁴⁸⁵ APMO, Erinnerungen, Bd. 217, Bl. 89, 24.8.1945; APMO, Sammlung Erklärungen, Bd. 96, Bl. 88; Sonntag, Informationen, Bl. 4.

¹⁴⁸⁶ Profé, Tagebuch, 24.8.1945; APMO, Sammlung Erklärungen, Bd. 96, Bl. 88. Stelzel erwähnt einen „Krankentransport“, der vor Mitte August 1945 das Lager verlassen hätte. Friedrich Stelzel in einem Schreiben an den Verfasser, 11.9.2008.

¹⁴⁸⁷ Hilger, 2000, S. 317.

¹⁴⁸⁸ BA-MA, MSg 200/491.

¹⁴⁸⁹ APMO, Erinnerungen, Bd. 217, Bl. 89, 25.8.1945.

¹⁴⁹⁰ BA-MA, MSg 200/491.

sungsscheine ausgehändigt.¹⁴⁹¹ Für weitere deutsche und österreichische Gefangene erfolgte am Tag darauf die Entlassung.¹⁴⁹²

Die Polen, Kroaten, Tschechen und Slowaken, Bulgaren, Slowenen und Bosnier, Serben sowie sämtliche Angehörige westlicher Nationen wurden unabhängig von ihrem Gesundheitszustand entlassen.¹⁴⁹³ Bereits am 16. August 1945 hatte die Auschwitz Lagerleitung die zu meist osteuropäischen Köche und Lagerpolizisten ablösen und aus dem Lager bringen lassen.¹⁴⁹⁴ Am 19. August 1945 kamen die polnischen Gefangenen aus dem Lager Neuhammer frei.¹⁴⁹⁵ Im Lager Auschwitz wurden die Polen zwei Tage später am 21. August 1945 entlassen, nachdem sie tags zuvor ihre Marschverpflegung erhalten hatten.¹⁴⁹⁶ Am 21. und 22. August 1945 erfolgte auch die Entlassung der Tschechen aus dem Lager Auschwitz.¹⁴⁹⁷

Am 20. Juli 1945 durften 30 Elsässer das Lager Neuhammer verlassen.¹⁴⁹⁸ Die Entlassung der italienischen Gefangenen aus Neuhammer erfolgte Mitte August 1945.¹⁴⁹⁹ Die luxemburgischen und niederländischen Gefangenen, ausgenommen die SS-Angehörigen unter ihnen, wurden am 23. August 1945 aus dem Lager Neuhammer entlassen.¹⁵⁰⁰ Sowjetische Behörden repatriierten bis März 1946 unter den Kriegsgefangenen insgesamt einen Inder, fünf Engländer, 26 Schweizer, 43 US-Bürger, 130 Dänen, 877 Luxemburger, 921 Belgier, 1.141 Niederländer, 16.011 Franzosen und 17.446 Italiener.¹⁵⁰¹ Während die Repatriierungen aus den sowjetischen Frontlagern im September 1945 abgeschlossen waren, konnten die im August 1945 angeordneten Heimführungen aus der UdSSR erst Ende 1945 beendet werden.¹⁵⁰²

7.2 Die Entlassungen aus den polnischen Lagern 1948-1950

Die von Polen unterzeichnete Genfer Konvention von 1929 sah vor, dass die Kriegsgefangenen nach dem Ende der Kampfhandlungen schnellstmöglich in die Heimat entlassen werden sollten. Auf den Konferenzen von Jalta und Potsdam hatten die Alliierten jedoch beschlossen, dass ein Arbeitseinsatz der Deutschen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau in den Sieger-

¹⁴⁹¹ Friedrich Stelzel in einem Schreiben an den Verfasser, 11.9.2008; APMO, Erinnerungen, Bd. 217, Bl. 89, 29.8.1945. Auch am folgenden Tag wurden Österreicher entlassen. APMO, Erklärungen, Bd. 206, Bl. 9.

¹⁴⁹² Profé, Tagebuch, 30.8.1945; APMO, Erinnerungen, Bd. 217, Bl. 89, 30.8.1945.

¹⁴⁹³ Hilger, 2000, S. 317.

¹⁴⁹⁴ Profé, Tagebuch, 16.8.1945.

¹⁴⁹⁵ BA-MA, MSg 200/491.

¹⁴⁹⁶ Profé, Tagebuch, 16.8.1945, 20.8.1945, 21.8.1945.

¹⁴⁹⁷ APMO, Erinnerungen, Bd. 217, Bl. 89; Profé, Tagebuch, 22.8.1945. Darunter befanden sich vermutlich auch Sudetendeutsche.

¹⁴⁹⁸ BA-MA, MSg 200/491; Kossmann, 2003, S. 65.

¹⁴⁹⁹ Degle, 2009, S. 458.

¹⁵⁰⁰ BA-MA, MSg 200/491.

¹⁵⁰¹ Hilger, 2000, S. 317.

¹⁵⁰² Ebenda, S. 318.

staaten zulässig sei. Die Kriegsgefangenen wurden in den Beschlüssen nicht explizit erwähnt. Wesentliche Verzögerungen bei den Repatriierungen waren durch den Arbeitseinsatz nicht zu vermeiden. Die Verzögerungen traten nicht nur in Polen, in der Sowjetunion und in Jugoslawien ein, sondern auch in den westlichen Staaten, wie insbesondere in Frankreich.

Eine Ausnahme bildeten jugendliche, alte, arbeitsunfähige, kranke und nichtdeutsche Kriegsgefangene, die nicht als politisches Sicherheitsrisiko eingestuft wurden. In den sowjetischen, amerikanischen und britischen Lagern wurden diese Gefangenen für gewöhnlich in der unmittelbaren Nachkriegszeit entlassen. Die Heimkehr der übrigen Kriegsgefangenen verzögerte sich häufig erheblich, wofür neben der Zwangsarbeit in Osteuropa insbesondere der beginnende Kalte Krieg ursächlich war.¹⁵⁰³ Zur Rechtfertigung der verzögerten Entlassungen diente auch das noch ungeklärte internationale Schicksal Deutschlands sowie eine fehlende gesamtdeutsche Regierung.

Die Gewahrsamsmächte unterschieden sich in ihrem Umgang mit den deutschen Kriegsgefangenen wesentlich. Im Jahr 1946 stimmten die USA erstmalig für schnellere Entlassungen und versuchten daraufhin, durch diplomatischen Druck entsprechend auf die anderen Siegermächte einzuwirken. Die britische Regierung signalisierte hierfür zunehmend Bereitschaft, während die Staatsführung in Frankreich diesem Ansinnen ablehnend gegenüberstand.¹⁵⁰⁴ Vom 10. März bis 24. April 1947 fand in Moskau die Konferenz der alliierten Außenminister statt, auf der die staatliche Zukunft Deutschlands diskutiert wurde. Die divergierenden Positionen der Siegermächte traten auf der Konferenz offen zutage. Nur in der Frage der Kriegsgefangenen kamen die Konferenzteilnehmer zu einer Übereinkunft. Die dabei erarbeiteten Ziele sollten auch für kleinere Gewahrsamsmächte mit deutschen Kriegsgefangenen gelten, die nicht an der Konferenz beteiligt gewesen waren:

„1.) Deutsche Kriegsgefangene, die sich auf dem Territorium der Alliierten oder auf anderen Territorien befinden, werden bis zum 31. Dezember 1948 nach Deutschland zurückgeschickt. 2.) Die Repatriierung deutscher Kriegsgefangener wird nach einem Plan erfolgen, der bis spätestens zum 1. Juli dieses Jahres vom Kontrollrat ausgearbeitet wird.“¹⁵⁰⁵

Trotz des gemeinsamen Beschlusses gingen die Unterzeichnerstaaten bei der Realisierung dieses Vorhabens von Verzögerungen aus. Die französische Regierung erklärte sich bereit, die deutschen Kriegsgefangenen zu entlassen oder diese in zivile Beschäftigungsverhältnisse zu überführen. Im sowjetischen, jugoslawischen und polnischen Gewahrsam mussten die deut-

¹⁵⁰³ Kochanowski, 2004, S. 429.

¹⁵⁰⁴ Ebenda, S. 429f.

¹⁵⁰⁵ Ebenda.

schen Kriegsgefangenen den in diesen Staaten verzeichneten Mangel an Arbeitskräften ausgleichen. Auch die organisatorische Lähmung dieser Staaten führte zur Verzögerung der Entlassungen. In der internationalen Politik wurden die deutschen Kriegsgefangenen schließlich zum „Spielball“. Der Sowjetmarschall Sokolowski gab in einer offiziellen Erklärung bekannt, dass die internationalen politischen Spannungen die Entlassungen nicht verzögern würden. Die Verzögerungen bei den Entlassungen der Kriegsgefangenen aus polnischer Gefangenschaft waren dadurch bedingt, dass zur gleichen Zeit die kurz vor dem Abschluss stehende Aussiedlung der deutschen Zivilisten stattfand. Die logistischen Möglichkeiten, wie Züge und Sammelpunkte, wurden durch die Aussiedlungen stark beansprucht. Zudem trat durch den Verlust so genannter Mangelberufe eine wesentliche Schwächung des polnischen Binnenarbeitsmarktes ein.¹⁵⁰⁶ Der polnischen Führung war es sehr wichtig, die Heimführungen der Kriegsgefangenen in Übereinstimmung mit der staatlichen Propaganda politisch vorzubereiten. Diesem Vorgehen wurde besondere Bedeutung beigemessen, da Polen als Gewahrsamsmacht über ein negatives Ansehen in der internationalen Öffentlichkeit verfügte. Hierzu hatten u. a. die Eindrücke, die die ersten Heimkehrertransporte aus Polen bei ihrem Eintreffen in Deutschland hinterließen, beigetragen. Bis Oktober 1948 hatten die polnischen Behörden insgesamt 7.146 Kriegsgefangene entlassen.¹⁵⁰⁷ Über die Zustände in einem solchen Transport berichtete u. a. am 4. Januar 1946 der Leiter des Lagers St. Altenburg:

„Am 1.1.46 kam der Umsiedlertransport aus Jawoschno hier im Umsiedlerlager Altenburg an. Der Transport besteht aus 90 % Umsiedlern und 10 % Kriegsgefangenen. Insgesamt wurden in Jawoschno 606 Personen verladen, eingewiesen wurden im Lager 540 Personen. 45 Personen sind während der Fahrt verstorben. Todesursache: völlige Körperschwäche bzw. verhungert oder verdurstet. Kranke ohne jede sanitäre Betreuung. Den Transportangehörigen wurde auf der Fahrt keine Möglichkeit gegeben, die menschlichen Bedürfnisse zu verrichten. Ferner sind Todesursachen durch Erschlagen eingetreten.“¹⁵⁰⁸

Die Repatriierungen der Kriegsgefangenen aus Polen erfolgten zwischen Oktober 1948 und Dezember 1950. Etwa zwei Wochen nach der Unterzeichnung des polnisch-sowjetischen Vertrages sollte bereits der erste Heimkehrertransport starten. Am 8. Oktober 1948 verließ ein Transport mit 690 Kriegsgefangenen das Zentrale Arbeitslager Jaworzno.¹⁵⁰⁹ Unklar ist, nach welchen Kriterien die Zusammenstellung der Transporte erfolgte. Gefangene, die für eine Heimkehr in Frage kamen, wurden in neun Listen erfasst, welche die Reihenfolge der Entlassungen regelten. Die Listen Nr. 1 bis 5 umfassten die Kranken, Nr. 6 bis 8 enthielten Väter

¹⁵⁰⁶ Ebenda.

¹⁵⁰⁷ Ebenda, S. 431.

¹⁵⁰⁸ Zit. in: Wille, 1999, S. 70.

¹⁵⁰⁹ Kochanowski, 2004, S. 440.

mit mehreren Kindern sowie Alleinerziehende und die Liste Nr. 9 umfasste alle weiteren Entlassungskandidaten. Familienväter wurden durch Karl Wloch grundsätzlich gegenüber jungen Gefangenen bevorzugt. Nach Wlochs Ansicht fiel es ihnen leichter als den Gefangenen mit Kindern, in der Gefangenschaft zu bleiben. Ein weiteres Auswahlkriterium sollte die persönliche Lebenssituation eines Gefangenen in dessen Heimat sein.¹⁵¹⁰

Im Jahr 1948 entließen die polnischen Behörden nur eine geringe Zahl an Kriegsgefangenen. Bei den entlassenen Gefangenen handelte es sich um Personen, die dem Arbeitseinsatz aus gesundheitlichen Gründen längere Zeit entzogen worden waren.¹⁵¹¹ Auf den Heimkehrertransporten aus der Sowjetunion hatten einige entlassene Kriegsgefangene die Möglichkeit zur Vergeltung genutzt, indem sie bekannte Spitzel oder so genannte „Kameradenschinder“ auf der Heimfahrt aus dem Zug warfen. Solche Fälle blieben Ausnahmen, da Lynchjustiz von der Mehrzahl der Entlassenen abgelehnt wurde.¹⁵¹²

Der Lagerälteste des polnischen Arbeitslagers „Bierut“, Karl Jakobi, bat die polnischen Behörden seit dem Beginn der Freilassungen um die Erlaubnis, vorzeitig nach Deutschland zurückkehren zu dürfen, „um sich vor denjenigen Kriegsgefangenen verstecken zu können, die entdeckten, dass er ein Vertrauensmann der polnischen Belegschaft war“.¹⁵¹³ Dass diese Furcht vor Repressalien nach dem Verlust der polnischen Protektion auf den Heimkehrertransporten nicht unbegründet war, belegt der Tagebucheintrag eines deutschen Gefangenen in einem Warschauer Lager vom 16. Juni 1947: „Die Landser hier hassen zum Teil unsere Lagerführung, die Offiziere, die Hundertschaftsführer und die Sanitäter. Sie drohen damit, daß sie diese alle bei der Heimkehr aus dem Zug werfen wollen.“¹⁵¹⁴ In einem französischen Gefangenenlager ließ sich ein deutscher Lagerältester aus Furcht vor Vergeltung durch ehemalige Mitgefangene nach seiner Entlassung in Frankreich als freiwilliger Arbeiter verpflichten.¹⁵¹⁵ Ein rumäniendeutscher Lagerältester im tschechischen Gewahrsam, der Gefangene denunziert und geschlagen hatte, zog es nach seiner Entlassung vor, in der Tschechoslowakei zu verbleiben.¹⁵¹⁶

Die weiteren Heimkehrertransporte nach Deutschland erfolgten planmäßig.¹⁵¹⁷ Die CZPW-Führung war nicht gewillt, die arbeitsfähigen Kriegsgefangenen widerstandslos freizugeben.

¹⁵¹⁰ Ebenda, S. 443.

¹⁵¹¹ Ebenda, S. 446f.

¹⁵¹² Cartellieri, 1967, S. 129, 162f.

¹⁵¹³ AAN, DWO, 4/316, Bl. 147.

¹⁵¹⁴ Bellartz, 1998, S. 218.

¹⁵¹⁵ Sauer mann/Brockpähler, 1992, S. 117.

¹⁵¹⁶ Manuskript Magnus Erd.

¹⁵¹⁷ Kochanowski, 2004, S. 443.

Für den ersten Transport in die amerikanische Besatzungszone mussten aus propagandistischen Gründen auch jüngere und gesunde Gefangene zur Entlassung ausgewählt werden.¹⁵¹⁸ Auch bei den Heimkehrertransporten, die Anfang 1950 Polen verließen, wurde Propaganda betrieben:

„Nach dem Mittagessen des III. Osterfeiertages, müssen die Kgf. antreten, die entlassen werden. Die Personalien und das Gepäck werden kontrolliert, nun heißt es Abschied nehmen, von den Kameraden die zurück bleiben müssen. Gegen 14 Uhr marschieren wir vom Lager Bierut in 4 rer Reihen zum Bahnhof Jaworzno. Von der Selbstverwaltung aus, müssen wir große Transparente mitführen die folgende Aufschriften tragen: „Wir scheiden als Freunde“, „Wir bleiben Freunde“ usw. gegen 17 Uhr setzt sich unser Transportzug in Bewegung. Am nächsten Morgen, treffen wir in Leobschutz ein.“¹⁵¹⁹

8 Fazit

Das 20. Jahrhundert gilt als das „Jahrhundert der Lager“.¹⁵²⁰ Kriegsgefangenen- und Strafarbeitslager hatten schon lange Zeit zuvor Verbreitung gefunden. Das Konzentrationslager als Stätte für die massenhafte Internierung von Personen, die als potenzielle Sicherheitsgefahr von der Gesellschaft isoliert werden sollten, erlangte erst um 1900 wesentliche Bedeutung. In den Kolonialkriegen verfolgten die Imperialarmeen mit diesen Lagern die Strategie, durch die Internierung der feindlichen Bevölkerung den irregulär kämpfenden feindlichen Truppen den Zugriff auf personelle und materielle Ressourcen zu erschweren. Im 20. Jahrhundert dienten die Konzentrationslager den totalitären Staaten insbesondere zur Unterdrückung von Oppositionellen. Unter dem NS-Regime dienten die Lager nicht nur der Internierung von Minderheiten, sondern teils auch zu deren Vernichtung.¹⁵²¹ In ihrer Untersuchung „Das Jahrhundert der Lager“ unterscheiden Joel Kotek und Pierre Rigoulot drei wesentliche Lagertypen. Hierzu zählen neben den Internierungslagern auch die Konzentrations- und Vernichtungslager. Die Autoren schreiben diesen Lagern sechs Funktionen zu. Als vorbeugende Maßnahme sollten als „Verdächtige“ eingestufte Personen in den Lagern von der Gesellschaft isoliert und Oppositionelle bestraft bzw. politisch beeinflusst werden. Zum Teil hatten sie den Zweck, die Gefangenen als Arbeitskräfte auszubeuten oder diese zu vernichten. Die Lager dienten zudem

¹⁵¹⁸ Ebenda, S. 446.

¹⁵¹⁹ Wagner, Jaworzno, o. P.

¹⁵²⁰ Siehe hierzu Joël, Kotek/Rigoulot, Pierre, 2001, Das Jahrhundert der Lager. Gefangenschaft, Zwangsarbeit, Vernichtung, Berlin. Bauman, Zygmunt, 2001, A Century of Camps?, in: Beilharz, Peter (Hg.), The Bauman reader, Malden, S. 266-280. Jahr, Christoph/Thiel, Jens (Hg.), 2013, Lager vor Auschwitz. Gewalt und Integration im 20. Jahrhundert, Berlin. Greiner, Bettina/Kramer, Alan (Hg.), 2013, Die Welt der Lager. Zur „Erfolgsgeschichte“ einer Institution, Hamburg. Stone, Dan, 2017, Concentration camps. A short history, Oxford.

¹⁵²¹ Greiner/Kramer, 2013, S. 8f.

der Terrorisierung der Bevölkerung und somit der sozialen Kontrolle. Die Internierungslager waren für die zeitweise Ingewahrsamnahme von verdächtigen oder als gefährlich eingestuften Zivilisten und Kriegsgefangenen bestimmt. Die Funktion dieser Lager war primär auf Prävention ausgerichtet. Die von totalitären Staaten errichteten Konzentrationslager, darunter auch das Gulag-System, zielten durch Demütigung, Zwangsarbeit, Umerziehung und Vernichtung auf eine Reform der Gesellschaft. Als Vernichtungslager bezeichnen Kotek und Rigoulot die nationalsozialistischen Mordstätten. Da es sich bei diesen um Vernichtungsorte gehandelt habe, die nicht für die Unterbringung von Gefangenen vorgesehen waren, seien diese keine Lager im eigentlichen Sinne.¹⁵²²

Der Erste Weltkrieg trug durch seine enorme Dynamisierung erheblich zum Bau von Lagern bei. Die modernen Staaten ergriffen mit ihren Ressourcen Maßnahmen gegen unliebsame Personengruppen, u. a. die massenhaften Internierungen von „Feindstaatenausländern“ und Kriegsflüchtlingen. Zudem wurden acht bis neun Millionen Kriegsgefangene erfasst und ihre Arbeitskraft ausgenutzt. Neben der Fülle an Lagern erwies sich auch die systematische Gewaltanwendung gegen Kriegsgefangene als neu. Bei minimaler Versorgung sollte durch die Ausübung von Gewalt eine maximale Arbeitsleistung erreicht werden. Die Kriegsgefangenenlager fungierten als Reservoir für Arbeitskräfte, aus denen die Einsätze der Arbeitskommandos außerhalb der Lager zentral verwaltet wurden.¹⁵²³

Die Sowjetunion war der erste Staat, der die radikalen Innovationen des Ersten Weltkriegs bei der Errichtung seines Lagersystems umsetzte. Wenige Monate nach dem Austritt Russlands aus dem Weltkrieg begann dort der Bürgerkrieg. Die linken Sozialrevolutionäre, die im Frühjahr 1918 die Regierung verließen, wurden fortan von den Bolschewiki verfolgt, verhaftet und in Gefängnissen und Lagern festgehalten. In Anlehnung an die Französische Revolution bedienten sich die Bolschewiki des revolutionären Terrors. Dieser Terror war durch die bolschewistische Theorie begründet und trug zur Radikalisierung der Revolution bei. Dem Attentat auf Lenin am 30. August 1918 folgte eine erneute und wesentlich systematischere Gewaltwelle. Der Rat der Volkskommissare ordnete am 5. September 1918 an, den „Roten Terror“ zu intensivieren. Gemäß dem Beschluss waren „Klassenfeinde [...] in Konzentrationslagern“ zu internieren. Hunderte von Verdächtigen fielen zudem Erschießungen zum Opfer. Lenin befahl fortwährend die konsequente Umsetzung von jakobinischen Maßnahmen außerhalb des geltenden Rechts.¹⁵²⁴ Die Unrechtmäßigkeit dieses Vorgehens betonte er explizit, z. B. im November 1920: „Diktatur bedeutet [...] grenzenlose Macht, die auf der Gewalt und

¹⁵²² Kotek/Rigoulot, 2001.

¹⁵²³ Kramer, 2018, S. 27-30.

¹⁵²⁴ Greiner/Kramer, 2013, S. 22f.

nicht auf dem Gesetz basiert.“¹⁵²⁵ In den frühen sowjetischen Lagern erkrankten und verstarben zahlreiche Inhaftierte infolge der harten Lebensbedingungen. Die Lager dienten nicht der Vernichtung der Gefangenen, sondern zur Zwangarbeit, Isolierung und Bestrafung.¹⁵²⁶

Die vorliegende Arbeit hat für die Jahre 1944 bis 1950 in den Gebieten östlich von Oder und Neiße drei Phasen der Lagerpolitik herausgearbeitet. Als die Rote Armee das polnische Territorium im Jahr 1944 besetzte, standen große Teile der polnischen Bevölkerung der neuen Besatzungsmacht ablehnend gegenüber. Während die Sowjets gemäß vorgegebenen Strukturen ein festes Lagernetz etablierten, errichteten die polnischen Behörden zunächst zahlreiche „wilde“ Lager.¹⁵²⁷ Dieses unkoordinierte Vorgehen der polnischen Gewahrsamsmacht war Ausdruck eines sich noch in den Anfängen befindlichen kommunistischen Systems in Polen. Nach der Besetzung der deutschen Ostgebiete begann die sowjetische Besatzungsmacht auf Anweisung Stalins die deutsche Bevölkerung in die Sowjetunion zu deportieren. Die Zivilgefangenen wurden in der Sowjetunion als Arbeitskräfte beim Wiederaufbau des Landes dringend benötigt.¹⁵²⁸ Stalin ließ die Deportationen deutscher Zivilisten aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches Mitte April 1945 stoppen. Der sowjetischen Führung war bewusst, dass ihr nach der Kapitulation eine große Anzahl an Kriegsgefangenen als Arbeitskräfte zur Verfügung stehen würde.¹⁵²⁹ Zugleich sollte auf Stalins Weisung hin das Verhältnis der sowjetischen Besatzungsmacht zur deutschen Bevölkerung in der Sowjetischen Besatzungszone verbessert werden, um eine Abwanderung dieser Deutschen zu den westlichen Alliierten zu verhindern. Hierzu erließ Stalin Befehle zur Mäßigung seiner Truppen im Umgang mit den Deutschen.¹⁵³⁰

In einem Netz aus Aufnahmepunkten fungierten die sowjetischen Front-Aufnahme-Durchgangslager vornehmlich als „Sammellager“. Durch die Deportationen von Kriegs- und Zivilgefangenen aus den Frontlagern dienten diese zudem als Zwischenstation und somit als „Durchgangslager“ bei der Überführung von Gefangenen in die Sowjetunion. Durch den systematischen Arbeitseinsatz der Gefangenen zur Demontage der oberschlesischen Industrieanlagen und an anderen Standorten kam diesen Lagern dabei auch der Charakter als „Arbeitslager“ zu. In den stalinistischen Frontlagern herrschte keineswegs eine „kriminelle Vernachlässigung“ der Gefangenen vor, wie es Stephen G. Wheatcroft für die stalinistischen Lager be-

¹⁵²⁵ Zit. in: Ebenda, S. 23.

¹⁵²⁶ Ebenda.

¹⁵²⁷ Kochanowski, 2004, S. 187.

¹⁵²⁸ Mironenko, 1998, S. 15f.

¹⁵²⁹ Zeidler, 1996, S. 151.

¹⁵³⁰ Mironenko, 1998, S. 23.

schrieben hat.¹⁵³¹ Vielmehr war die Rote Armee den Gefangenenmassen nach der Kapitulation im Mai 1945 versorgungstechnisch nicht gewachsen und konnte diese zunächst nur unzureichend verpflegen. Das sowjetische Lagerpersonal war jedoch bemüht, die Versorgung der Gefangenenkontingente in den Lagern zu gewährleisten und diese als Arbeitskräftereservoir zu erhalten. Das sowjetische Lagerpersonal besorgte hierfür häufig Nahrungsmittel für die Gefangenen aus dem Umfeld der Lager. Zudem mußte das sowjetische Lagerpersonal den übergeordneten Instanzen Rechenschaft über die verstorbenen Gefangenen in den Lagern ablegen. Ermordungen von Gefangenen durch das sowjetische Wachpersonal wurden nicht geduldet. Auch der von Jörg Baberowski für alle Bereiche des sowjetischen Systems konstatierte „stalinistische Terror“¹⁵³² läßt sich für die Frontlager des NKVD nicht nachweisen. Mit der Besetzung des Deutschen Reiches hatten die Soldaten der Roten Armee im Herbst 1944 und im Frühjahr 1945 bereits massenhaft Vergeltung an der deutschen Bevölkerung geübt. Der Drang nach Rache war bei den sowjetischen Wachsoldaten nach der Kapitulation häufig bereits befriedigt.

Bereits in der ersten Phase der Lagerpolitik unter sowjetischer Dominanz zeigte sich, dass der Zusammenhalt unter den deutschen Gefangenen in den sowjetischen Lagern im Allgemeinen sehr schlecht war. Dies war auf die politische Zersplitterung der deutschen Gesellschaft vor 1933 zurückzuführen. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Disziplin unter den Lagergefangenen installierte das Lagerpersonal nach dem Prinzip der „abgeleiteten Macht“ ein System von Funktionsgefangenen in den Lagern, an deren Spitze der Lagerälteste stand. Die Einsetzung der Funktionsgefangenen lag im Ermessen des Lagerkommandanten. Die Grundkonstellation der Gefangenenbelegschaften war in den Frontlagern eine andere als in den Lagern in der UdSSR, da es sich um „gemischte“ Lager handelte. So waren z. B. die Offiziere, Nichtdeutschen und Antifaschisten östlich von Oder und Neiße noch in gemeinsamen Sammellagern untergebracht.

Da in den sowjetischen Frontlagern noch keine Separierung der Offiziere in eigenen Lagern erfolgte, setzte das sowjetische Lagerpersonal häufig gemäß den militärischen Hierarchien die ranghöchsten Gefangenen als Lagerälteste ein. Waren Offiziere in den sowjetischen Frontlagern als Lagerälteste tätig, bemühten sich diese in den meisten Fällen um das Wohl der ihnen untergebenen Gefangenen. Die Bemühungen der sowjetischen Lagerleitungen, die militärische Ordnung und Disziplin unter den Kriegsgefangenen in ihren Lagern aufrechtzuerhalten bzw. wiederherzustellen, führten dazu, dass die Posten der Block- und Kompanieführer zu-

¹⁵³¹ Wheatcroft, 2003, S. 287.

¹⁵³² Baberowski, Jörg, 2003, Der rote Terror. Die Geschichte des Stalinismus, Darmstadt.

meist den Offizieren übertragen wurden. Insbesondere zwischen den Offizieren und den Antifa-Aktivisten kam es in den sowjetischen Frontlagern zu Machtkämpfen und Konflikten.¹⁵³³ Funktionsgefangene wurden häufig zudem nach ihren sprachlichen Fertigkeiten oder ihren Führungsqualitäten ernannt. Doch nicht nur Antifaschisten übten Gewalt gegen ihre Mitgefangenen aus. Häufig gab es Machtmissbrauch durch „Volksdeutsche“ und nichtdeutsche Gefangene, die Positionen in den Lagerselbstverwaltungen innehatten. Die Motive für die Ausübung von Gewalt an Mitgefangenen konnte dabei unterschiedlicher Natur sein. Gewalt ging auch von ehemaligen NS-Funktionären in Funktionspositionen aus, die durch dieses Vorgehen versuchten, sich durch ihre Annäherung an das Lagerpersonal Vorteile im Lageralltag zu verschaffen bzw. die Gunst des Lagerpersonals zu erlangen.

Die deutschen Offiziere stellten in den sowjetischen Frontlagern selbst ihren Korpsgeist wieder her.¹⁵³⁴ In den sowjetischen Frontlagern erhielten diese vom sowjetischen Lagerpersonal eine Vorzugsbehandlung, die durch den Beschluss des Rats der Volkskommissare vom 1. Juli 1941 begründet war. Während die Antifa-Komitees unter der Führung kommunistischer Gefangener um Exklusivität bemüht waren, bildeten die Gruppierungen des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ keine elitären Zirkel. Da das NKFD nach dem Kriegsende 1945 zunehmend an Bedeutung verlor, war den Angehörigen des Komitees die Rekrutierung neuer Mitglieder ein dringendes Anliegen. Das kriegsgefangene Sanitätspersonal und die Ärzte genossen aufgrund ihrer Qualifikation in den sowjetischen Frontlagern eine Sonderstellung. Mit dem sowjetischen Sanitätspersonal kam es in diesen Lagern häufig zu einer kollegialen Zusammenarbeit. Auch die „Spezialisten“ in den sowjetischen Frontlagern zählten zu den Gruppen unter den Gefangenenbelegschaften, die eine Vorzugsstellung genossen.

Durch die Übergabe zahlreicher sowjetischer Lager östlich von Oder und Neiße an polnische Behörden begann ab 1945 eine zweite Phase der Lagerpolitik. Die polnische Gewahrsamsmacht verfügte nun über eine beträchtliche Zahl deutscher Zivilinternierter und Kriegsgefangener. Wie auch die sowjetische Gewahrsamsmacht, benötigte der polnische Staat diese dringend als Arbeitskräfte zum Abbau des einzigen devisenbringenden Exportartikels Kohle im oberschlesischen Kohlerevier und zum Wiederaufbau der polnischen Hauptstadt Warschau. Anknüpfend an die Tradition des Ersten Weltkriegs, strebten die polnischen Behörden vorrangig danach, die Arbeitskraft der deutschen Gefangenen maximal auszunutzen.

Mehrere Gründe führten dazu, dass es in vielen polnischen Lagern seit 1944 zu gewaltsamen Übergriffen auf deutsche Gefangene kam. Zum einen war dies die Unerfahrenheit des polni-

¹⁵³³ Cartellieri, 1967, S. 79.

¹⁵³⁴ Böss, 1974, S. 145.

schen Lagerpersonals. In den ersten Nachkriegsjahren herrschten in Polen zum anderen chaotische Zustände, die in den polnischen Lagern ein hohes Maß an physischer Gewalt ermöglichten. Verbrechen und Übergriffe in den polnischen Lagern wurden kaum geahndet. In der polnischen Bevölkerung herrschte zudem ein noch unbefriedigtes Rachebedürfnis vor. Häufig ergab sich mit der Ankunft der deutschen Gefangenen aus den sowjetischen Sammellagern in Polen für die polnische Bevölkerung erstmalig die Gelegenheit, sich an Deutschen zu rächen. Kaum Beachtung fand in der Forschung zu den polnischen Nachkriegslagern, dass die physische Gewalt in nicht unerheblichen Umfang von den Funktionsgefangenen ausging. Bei den polnischen Lagern handelte es sich häufig um Gewalträume, in denen Terror zum Alltag gehörte. Die vom polnischen Lagerpersonal vorgelebte Gewalt wurde von den Gefangenen adaptiert. Aufgrund des Arbeitseinsatzes übte das Lagerpersonal in den polnischen Arbeitslagern Druck auf die Funktionsgefangenen aus, um die Arbeitskraft der Gefangenen maximal nutzen zu können. Insbesondere die gefangenen Lagerärzte und das Sanitätspersonal waren angehalten, die Krankschreibungen auf ein Minimum zu beschränken und so möglichst wenige Gefangene dem Arbeitsprozess zu entziehen. Ein uneinheitliches Vorgehen zeigte sich vor allem im Umgang der polnischen Lageradministrationen mit den gefangenen Offizieren. Teilweise wurden die Offiziere zum Arbeitseinsatz herangezogen, oftmals waren diese aber von den Arbeiten befreit.

Die polnischen Nachkriegslager, vornehmlich das Lager Lamsdorf, sind von den deutschen Vertriebenenverbänden häufig thematisiert worden. In Bezug auf diese Lager ist häufig von „polnischen Konzentrationslagern“ die Rede, um so eine Kontinuität zu den nationalsozialistischen Lagern zu suggerieren.¹⁵³⁵ Im Jahr 1995 löste das Buch „Auge um Auge“ eine große Debatte aus. Dabei lag der Fokus auf jüdischen Angehörigen des polnischen Sicherheitsdienstes, die in den polnischen Lagern Vergeltung an den deutschen Gefangenen übten. Die nicht erfolgte Abrechnung mit den Kollaborateuren aus den eigenen Reihen verschärfte die Racheakte an den „Volksdeutschen“ noch. Erst im Jahr 1948 wurden in Polen Übergriffe auf Gefangene offiziell verboten.¹⁵³⁶

Auf der Außenministerkonferenz in Moskau im Frühjahr 1947 beschlossen die Teilnehmerstaaten, alle deutschen Kriegsgefangenen bis zum Jahresende 1948 zu repatriieren. Es waren jedoch nicht die anstehenden Entlassungen, die die SED dazu bewegten, eine neue Antifa-Bewegung in den polnischen Kriegsgefangenenlagern zu initiieren. Es kann davon ausgegangen werden, dass ein Treffen zwischen Wilhelm Pieck und Josef Stalin im März 1948 den

¹⁵³⁵ Kaps, 1950, S. 22.

¹⁵³⁶ Kochanowski, 2004, S. 187.

eigentlichen Anlass gab, einen Vertreter der SED nach Polen zu entsenden. Mit entsprechenden Maßnahmen wollte die Partei insbesondere der sowjetkritischen Berichterstattung in den deutschen Westzonen, die so genannte „westliche Hetze“, begegnen. Anfang April 1948 entsandte die SED ihren Funktionär Karl Wloch nach Polen. Bei den anderen östlichen Gewahrsamsmächten blieb der Partei diese Möglichkeit verwehrt. Wloch machte eine Rundreise durch die polnischen Gefangenenlager und erfuhr dort vermutlich von dem gewaltsamen Auftreten der Antifa-Aktivisten in den sowjetischen Frontlagern im Jahr 1945. Die Neukonzipierung der Antifa-Bewegung unter den deutschen Kriegsgefangenen in Polen war Wlochs Reaktion auf diese Gewalterfahrungen der Gefangenen, mit der er ab dieser Zeit eine dritte Phase der Lagerpolitik in Polen einleitete. Mit der zunehmenden Stalinisierung Polens 1947/48 begann auch eine Gleichschaltung der polnischen Gefangenenlager, die sich in einer politisch ausgerichteten Zentralverwaltung in Warschau und den Erlassen zur einheitlichen Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen ausdrückte. Einhergehend mit politischen Schulungen der Kriegsgefangenen sollten die Lebensverhältnisse in den polnischen Lagern verbessert werden. Zugleich erfolgte eine Umstrukturierung der Lagergesellschaften in den polnischen Lagern. Während die sowjetische Gewahrsamsmacht den pejorativen Begriff „Antifa“ ab 1946 erneut nutzte, wurde in Polen bewusst darauf verzichtet. Dabei war beabsichtigt, die deutschen Kriegsgefangenen in den polnischen Lagern möglichst lange zurückzuhalten, um sie umerziehen zu können. Als Voraussetzung für eine erfolgreiche Umerziehung unter den Gefangenen wurden die gefangenen Offiziere in einem Lager in Sikawa isoliert. Wie die sowjetische Gewahrsamsmacht war auch Polen bemüht, die Entlassungen der deutschen Offiziere aus sicherheitspolitischen Aspekten hinauszuzögern. Die geringe Zahl an kommunistischen Gefangenen, die aus den sowjetischen Sammellagern in polnischen Gewahrsam gelangt waren, galt für eine politische Betätigung unter den Mitgefangenen als unqualifiziert. Dies hatte zur Folge, dass es sich bei zahlreichen führenden Aktivisten der neuen Antifa-Bewegung um ehemalige Angehörige der NSDAP oder ihrer Gliederungen handelte.

Auf zwei kritische Zeitungsmeldungen gegen die polnische Gewahrsamsmacht, die in Westdeutschland erschienen waren, reagierte Karl Wloch mit einer Pressekonferenz in Berlin und Resolutionen, die von Gefangenen in polnischen Lagern unterzeichnet wurden. Selbst die Heimkehrertransporte wurden für Propagandazwecke genutzt. Der Anteil an kranken und schwachen Gefangenen musste in diesen Transporten gering gehalten werden, da diese nach Ansicht der polnischen Behörden dem Ansehen Polens schaden. Die fortwährenden Entlassungen der deutschen Kriegsgefangenen aus Polen hatten zudem einen Mangel an Arbeitskräften zur Folge, der durch die Mehrarbeit der verbliebenen Gefangenen ausgeglichen wer-

den musste. Ab der Jahreswende 1948/49 ersetzten die polnischen Behörden den Terminus „Zwangsarbeitslager“ durch „Arbeitslager“.¹⁵³⁷

Mit dem Aufbau einer neuen Antifa-Bewegung konnten sich ab dem Sommer 1948 auch die kulturellen Aktivitäten in den polnischen Arbeitslagern entfalten, die aufgrund der schwierigen Lebensumstände zuvor kaum möglich gewesen waren. Die Kulturgruppen sollten dabei eine politische Ausrichtung erhalten, was in der Praxis häufig jedoch nicht der Fall war.

Die antifaschistischen Aktivitäten unter den deutschen Kriegsgefangenen in Polen ab 1948 sind von Historikern in der DDR sehr positiv dargestellt worden. Verstärkt wurde dieses Bild durch die veröffentlichten Erinnerungsberichte ehemaliger Antifa-Aktivisten im polnischen Gewahrsam. Karl Wlochs Einsatz für die Verbesserung der Lebensverhältnisse in den polnischen Lagern fand bei den deutschen Kriegsgefangenen in Polen häufig keine Anerkennung, da die politische Umerziehungsarbeit mit Verzögerungen bei den Entlassungen einherging.

Aus der vorliegenden Studie lässt sich schlussfolgern, dass sowohl in den sowjetischen als auch in den polnischen Lagern ab 1944 ein Organisationspragmatismus vorherrschte. Dabei strebte das Lagerpersonal in erster Linie nach der Herstellung von Ordnung und Disziplin. Es kann konstatiert werden, dass in den sowjetischen und den polnischen Gefangenenlagern die Gewalt in den drei Phasen der Lagerpolitik in hohem Maße von den Gefangenen selbst ausging. Während in den nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslagern die Gewaltanwendung seitens der Funktionshäftlinge gewollt war, lässt sich ein derartiges Vorgehen für die sowjetischen und polnischen Lager nicht nachweisen.

¹⁵³⁷ Kochanowski, 2004, S. 80.

Bibliographie

1. Ungedruckte Quellen

Bundesarchiv-Lastenausgleichsarchiv, Bayreuth.

Ost-Dokumentation 2.

Bundesarchiv Berlin/SAPMO

NSDAP-Gaukartei Hans Antweiler.

NY 4036-745: Karl Wloch, Bericht über die Kriegsgefangenenarbeit in Polen.

Bundesarchiv Koblenz

B 150: Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (BMVt).

B 305: Zentrale Rechtsschutzstelle.

N 1086: Nachlass Hermann Louis Brill.

Z 1: Länderrat der US-Amerikanischen Besatzungszone.

Z 18: Kirchliche Hilfsstelle, München.

Z 35: Deutsches Büro für Friedensfragen.

All. Proz. 21: Prozesse gegen Deutsche im europäischen Ausland.

Bundesarchiv-Militärarchiv, Freiburg

B 205: Wissenschaftliche Kommission für die Dokumentation des Schicksals der deutschen Kriegsgefangenen im Zweiten Weltkrieg.

MSg 194: Evangelisches Hilfswerk e. V., Kriegsgefangenen-, Kriegsverurteilten- und Interniertenbetreuung.

MSg 200: Elsa-Brandström-Gedächtnisarchiv - Sammlung Kriegsgefangenenwesen.

Pers 6: Personalunterlagen von Angehörigen der Reichswehr und Wehrmacht.

Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Potsdam.

Rep. 29: Zuchthaus Brandenburg.

Friedrich-Wolf-Archiv/Akademie der Künste, Berlin

Nachlass Friedrich Wolf.

Landesarchiv Berlin

C Rep. 118-01/14136: Versorgungsakte Heinz Feuerstack.

Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Berlin

B 10: Politische Abteilung (Abt. 2).

Stadtarchiv Bamberg

Personalunterlagen Joachim Floth.

Staatsarchiv Hamburg

622-1-203: Nachlass Heinrich Christian Meier.

Staatsarchiv Leipzig

Strafregisterauszug Katzenberger.

Thüringisches Staatsarchiv Rudolstadt

VdN-Versorgungsakte Wilhelm Hahn.

DRK-Suchdienst München, Lagerarchiv

Berichte zu den Lagern Auschwitz, Breslau-Hundsfeld, Sagan, Neuhammer.

NS-Dokumentationszentrum Köln

E 605: Der Angriff, Mitteilungsblatt der Deutsch-Völkischen Gemeinschaft (DVG), Nr. 6/1977.

E 605: Die Wahrheit für Deutschland. Mitteilungsblatt der Deutsch-Völkischen Gemeinschaft (DVG), Nr. 9/1977.

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V./Abteilung Gräbernachweis und Angehörigenbetreuung

Liste von 239 im Lager Auschwitz verstorbenen Kriegsgefangenen, Mai - Dezember 1945.

Russisches Staatliches Militärarchiv (RGWA), Moskau

F. 410p.

F. 411p.

F. 412p.

F. 425p.

Russisches Staatsarchiv für sozio-politische Geschichte (RGASPI), Moskau

F. 644.

Staatliches Archiv der Russischen Föderation (GARF), Moskau

F. 7021/1.

Staatsarchiv Kattowitz

CZPW, 4769.

CZPW, 4784.

CZPW, 4811.

CZPW, 4821.

CZPW, 4827.

CZWP, 4834.
CZPW, 4847.

Institut für Nationales Gedenken, Warschau

GK 209/791.

Archiv Neuer Akten (AAN), Warschau

DWO, 2/139.
DWO, 4/182.
DWO, 4/349.
DWO, 4/316.
DWO, 4/349.
DWO, 4/355.

Archiv der Staatlichen Gedenkstätte Auschwitz/Birkenau (APMO)

Erklärungen, Bd. 70.
Erklärungen, Bd. 84.
Erklärungen, Bd. 96.
Erklärungen, Bd. 130.
Erklärungen, Bd. 162.
Erklärungen, Bd. 217.

Militärhistorisches Museum Budapest

Bericht István Gyika, 28.12.1946.

Luxemburger Nationalarchiv

CR-2875: Personalakte Paul Stirn.

Archiv des Verfassers

Schreiben des „Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.“ an Hugo Dittmar, 28.7.1995. (Kopie)
Schreiben von Dr. Grögler an Mariela Gräfin von Matuschka, 12.7.1947. (Abschrift)
Schreiben von Dr. Hans-Peter Klausch an den Verfasser, 6.5.2004.
Schreiben von Friedrich Stelzel an den Verfasser, 11.9.2008.
Schreiben von Gerhard Raisch an den Verfasser, 14.7.2006.
Schreiben von Hans Werner Petersen an den Verfasser, 7.10.2003.
Schreiben von Hugo Dittmar an den Verfasser, 11.9.2003.
Schreiben von Margarethe Stefaniak („Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V./Abteilung Gräbernachweis und Angehörigenbetreuung“) an den Verfasser, 4.6.2003.
Schreiben von Mario Graf von Matuschka an den Verfasser, 10.3.2008.
Schreiben von Michael Kriewel an Bozena Kramarczyk, 24.6.2002. (Kopie)
Schreiben von Prof. Dr. Klaus Bachmann an den Verfasser, 22.1.2009.
Schreiben von Ursula Kriewel an den Verfasser, 20.10.2006.
Sonntag, Werner, o. J., Informationen über meinen Aufenthalt im Kriegsgefangenenlager Auschwitz, o. O. (Manuskript)

Mazakarini, Heinz, 1988, Dokumentation über Auschwitz und mein Erlebtes in den letzten Kriegstagen 1945, Wien. (Manuskript)
Pampel, Gottfried, 1999, Erinnerungen an Kriegsende und Gefangenschaft 1945, Ludwigsburg. (Manuskript)
Profé, Peter, Meine russische Kriegsgefangenschaft (Internierung) vom 08.05. bis 04.09.1945. (Abschrift vom Tagebuch)
Raisch, Gerhard, o. J., Ehemalige Kriegsgefangene erinnern sich, o. O. (Manuskript)
Tagebuch von Werner Sonntag, 20. April - 15. Juli 1945 (Abschrift)

2. Gedruckte Quellen

Apfel, Alfred, 2013, Hinter den Kulissen der deutschen Justiz. Erinnerungen eines deutschen Rechtsanwalts 1882-1933, Berlin.

Bannert, Peter, 2006, Meine Jugend in Sowjetlagern 1945-1949 (= Sammlung der Zeitzeugen, Bd. 29), Berlin.

Baur, Hans, 1956, Ich flog Mächtige der Erde, Kempten.

Bayle, André, 1994, Von Marseille bis Nowosibirsk. Französische Freiwillige der Waffen-SS im Kampf für Europa, Rosenheim.

Behr, Alfred, 2002, Blick zurück - in Liebe. Meine Erlebnisse in russischer Gefangenschaft, Metzingen.

Behrens, Günther, 2011, Sechs Wochen hinter den feindlichen Linien oder Ich war Agent einer unbekanntten Macht, Norderstedt.

Bellartz, Siegfried, 1998, Tagebuch einer verlorenen Jugend. Erinnerungen an Krieg und Gefangenschaft in Polen, Aachen.

Boenke, Dieter, 2000, Verlorene Heimat - gefangene Träume. Ein Ostpreuße erinnert sich an Kindheit, Kriegsjahre und Gefangenschaft, Berlin.

Czepuck, Harri, 1999, Meine Wendezeiten. Erinnerungen, Erwägungen, Erwartungen, Berlin.

Fitzmann, Siegfried, 2012, Erinnerungen. Weihnachten 1944 - Weihnachten 1948, Norderstedt.

Fritsche, Hans H., 2013, Verlorene Jahre. Geschichte einer Jugend am Ende des Zweiten Weltkrieges, Berlin.

Gebhardt, Manfred/Küttner, Joachim, 1997, Deutsche in Polen nach 1945. Gefangene und Fremde (= Biographische Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 19), München.

Günther, Georg, 1989, Gewinne das Leben. Autobiographie, Berlin.

Goerlich, Franz, 2010, Geo, Geld und gute Gründe (= Biographien zur Zeitgeschichte, Bd. 2), Berlin u. a.

Hass, Günter, 1992, Bericht über das Leben in der Kriegsgefangenschaft, in: Historischer

Verein zu Frankfurt/Oder e.V. Mitteilungen, 2 (1992), S. 41.

Hermes, Peter, 1996, Rückblicke und Einsichten. 1933-1950, Sankt Augustin.

Hermes, Peter, 2007, Meine Zeitgeschichte. 1922-1987 (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte; Reihe A, Quellen; Bd. 52), Paderborn.

Hoffmann, Egon, 2008, Erinnerungen eines einfachen Soldaten. 1942-1949, Norderstedt.

Horn, Hermann, 2006, Der Dank des Vaterlandes (= Erzählen ist Erinnern, Bd. 56), Pößneck.

Johnson, Hewlett, 1947, Soviet Success, London/New York.

Kant, Hermann, 1977, Der Aufenthalt. Roman, Neuwied.

Kessler, Josef, 1981, Erinnerungen an die Kriegsgefangenschaft, in: Berthold, Eva (Hg.), Kriegsgefangene im Osten. Bilder, Briefe, Berichte, Königstein/Taunus, S. 150-153.

König, Gernot, 2009, Flucht aus polnischer Gefangenschaft in Schlesien, Norderstedt.

Korn, Ernst, 1998, Spuren hinterm Zaun. Fast ein Roman in Kapiteln für sich. Jahre der Gefangenschaft 1945 - 1949, Frankfurt/Main.

Kossmann, Karl, 2003, Von der Idee zur Wirklichkeit - Lebensbild eines Unternehmers. Autobiographie, Bad Boll.

Laufer, Jochen P./Kynin, Georgij P. (Hg.), 2004, Die UdSSR und die deutsche Frage 1941-1948. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation, Bd. 2: 9. Mai 1945 bis 3. Oktober 1946, Berlin.

Linge, Heinz, 1980, Bis zum Untergang. Als Chef des Persönlichen Dienstes bei Hitler, München.

Luck, Hans von, 1991, Gefangener meiner Zeit. Ein Stück Weges mit Rommel, Herford u. a.

Marek, Max, 1982, Polnische Gefangenschaft 1945/46, in: Hupka, Herbert (Hg.), Letzte Tage in Schlesien. Tagebücher, Erinnerungen und Dokumente der Vertreibung, 3. Aufl., München/Wien, S. 102-113.

Misch, Rochus, 2008, Der letzte Zeuge. „Ich war Hitlers Telefonist, Kurier und Leibwächter“, München.

Richard, Albert, 1994, Freiwillig gefangen. Erinnerungen eines Kriegsarztes, Berlin.

Rinas, Otto, 2003, Von Sibirien bis zur Spree. Waghalsige Flucht eines Fahnenjunkers, 2. Aufl., Gelnhausen.

Ring, Friedrich, 1967, Kriegsgefangener Dr. Lauterbach. Ein Bericht, Berlin.

Rokossovskij, Konstantin K., 1973, Soldatenpflicht. Erinnerungen eines Frontoberbefehlshabers, Berlin.

Schenck, Ernst Günther, 1997, Nie mehr nach Hause? Als Wissenschaftler, Sträfling und Arzt 10 Jahre in sowjetischen Gefangenen-, Arbeits- und Besserungslagern, Koblenz.

Schneider, Gerold, 2001, Vergangenheit, die nicht vergehen will. Irrwege deutsch-polnischer Nachbarschaft, 4. Aufl., Leipzig.

Schneider, Herbert, 2000, 3814 Tage hinter Stacheldraht. „In 13 Lägern und 5 Gefängnissen“. Erlebnisbericht, Bonn.

Schuetz, Armin Dietrich Hans, 2002, „Dawai, Dawai!“. Überleben in russischer Kriegsgefangenschaft, Münster.

Schwarz, Felix J., 2017, Die 7 Leben des F.J.S. Ein ungewöhnlicher Lebensweg, Norderstedt.

Simonov, Konstantin M., 1982, Kriegstagebücher. Band 2. 1942-1945, Berlin.

Steidle, Luitpold, 1971, Entscheidung an der Wolga, Berlin.

Stukowski, Joseph, 1959, Bis zuletzt in Schneidemühl. Ein Tatsachenbericht aus dem Jahre 1945, Hamburg.

Verton, Hendrik C., 2003, Im Feuer der Ostfront. Ein niederländischer Freiwilliger an deutscher Seite im europäischen Schicksalskampf, Coburg.

Von Buch, Wolfgang, 1998, Wir Kindersoldaten, Berlin.

Waade, Silvia, 1985, Baracke 7. Frauenschicksale hinter Stacheldraht. Viele gingen den Weg nach Sikawa 1945/46, Berlin.

Werth, Alexander, 1965, Russland im Krieg. 1941-1945, München/Zürich.

Weiss, Grigorij, 1981, Am Morgen nach dem Kriege. Erinnerungen eines sowjetischen Kulturoffiziers, Berlin.

Wolf, Horst, 1983, Ich sage die Wahrheit oder ich schweige. Als Arzt in Pr. Eylau, Ostpreussen bei der Roten Armee, Stuttgart.

3. Literatur

Adenauer, Evelyne A., 2014, Das christliche Schlesien 1945/46. Wie die Erzdiözese Breslau und die Kirchenprovinz Schlesien der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union endeten und in Schlesien polnische katholische Apostolische Administraturen eingerichtet wurden (= Beiträge zu Theologie, Kirche und Gesellschaft im 20. Jahrhundert, Bd. 22), Berlin u. a.

Aly, Götz, 1995, „Endlösung“. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt a. M.

Applebaum, Anne, 2003, Gulag. A History of the Soviet Camps, London.

- Baberowski, Jörg, 2003, Der rote Terror. Die Geschichte des Stalinismus, Darmstadt.
- Baberowski, Jörg/Metzler, Gabriele (Hg.), 2012, Gewalträume. Soziale Ordnungen im Ausnahmezustand (= Eigene und fremde Welten, Bd. 20), Frankfurt a. M. u. a.
- Badstübner, Rolf/Loth, Wilfried (Hg.), 1994, Wilhelm Pieck, Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, Berlin.
- Bacque, James, 1998, Crimes and mercies. The fate of German civilians under allied occupation, 1944-1950, London.
- Bauer, Helmuth Julius, 2011, Innere Bilder wird man nicht los. Die Frauen im KZ-Außenlager Daimler-Benz Genshagen, Berlin.
- Bauman, Zygmunt, 1996, Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit, Frankfurt a. M.
- Bauman, Zygmunt, 2001, A Century of Camps?, in: Beilharz, Peter (Hg.), The Bauman reader, Malden, S. 266-280.
- Behrendt, Karl Philipp, 2003, Die Kriegschirurgie von 1939-1945 aus der Sicht der Beratenden Chirurgen des deutschen Heeres im Zweiten Weltkrieg, Freiburg.
- Benz, Wolfgang/Distel, Barbara (Hg.), 2005, Häftlingsgesellschaft (= Dachauer Hefte. Studien und Dokumente zur Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Bd. 21), Dachau.
- Benz, Wolfgang/Distel, Barbara (Hg.), 2007, Nationalitäten im KZ (= Dachauer Hefte. Studien und Dokumente zur Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Bd. 23), Dachau.
- Benz, Wolfgang, 2008, Mitglieder der Häftlingsgesellschaft auf Zeit. „Die Aktionsjuden“ 1938/39, in: Ders. (Hg.), Das Konzentrationslager Dachau. Geschichte und Wirkung nationalsozialistischer Repression, Berlin, S. 207-218.
- Berthold, Eva (Hg.), 1981, Kriegsgefangene im Osten. Bilder, Briefe, Berichte, Königstein/Ts.
- Bettelheim, Bruno, 1999, the Nazi Concentration Camps and the Mass Society, Westport.
- Birkeland, Sven Arvid, 2009, I krigens kølvand. Danske skæbner efter 2. verdenskrig, Kopenhagen.
- Birkenfeld, Wolfgang, 1964, Der synthetische Treibstoff 1933-1945. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Wirtschafts- und Rüstungspolitik (= Studien und Dokumente zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges, Bd. 8), Göttingen/Berlin/Frankfurt.
- Blank, Alexander, 1979, Die deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR (= Kleine Bibliothek, Bd. 168), Köln.
- Bliembach, Eva (Hg.), 1989, Flugblätter des Nationalkomitees Freies Deutschland.

Ausstellung 29. September - 2. November 1989, Wiesbaden.

Böhme, Kurt Willi, 1962, Die deutschen Kriegsgefangenen in Jugoslawien, Bd. 1: 1941-1949 (= Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges, Bd. 1,2), Bielefeld.

Böhme, Kurt Willi, 1966, Die deutschen Kriegsgefangenen in sowjetischer Hand. Eine Bilanz (= Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges, Bd. 7), Bielefeld.

Böhme, Kurt Willi, 1971, Die deutschen Kriegsgefangenen in französischer Hand (= Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges, Bd. 13), Bielefeld.

Borbély, Karin von, 1991, Deutsch-baltisches Gedenkbuch. Unsere Toten der Jahre 1939-1947, Darmstadt.

Borchard, Michael, 2000, Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion. Zur politischen Bedeutung der Kriegsgefangenenfrage 1949-1955, Düsseldorf.

Borodziej, Włodzimierz/Hajnicz, Artur (Hg.), 1998, Komplex wypędzenia, Krakau.

Borodziej, Włodzimierz/Lemberg, Hans (Hg.), 2000, „Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden ...“. Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945-1950. Dokumente aus polnischen Archiven, Bd. 1, Zentrale Behörden. Wojewodschaft Allenstein (= Quellen zur Geschichte und Landeskunde Ostmitteleuropas, Bd. 4,1), Marburg.

Borodziej, Włodzimierz, 2004, Der Warschauer Aufstand 1944, Frankfurt a. M.

Borodziej, Włodzimierz, 2006, „Hitleristische Verbrechen“. Die Ahndung deutscher Kriegs- und Besatzungsverbrechen in Polen, in: Frei, Norbert (Hg.), Transnationale Vergangenheitspolitik. Der Umgang mit deutschen Kriegsverbrechern in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg (= Beiträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 4), Göttingen, S. 399-437.

Böss, Otto, 1974, Die deutschen Kriegsgefangenen in Polen und der Tschechoslowakei (= Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges, Bd. 9), Bielefeld.

Brewing, Daniel, 2016, Im Schatten von Auschwitz. Deutsche Massaker an polnischen Zivilisten 1939-1945 (= Veröffentlichungen der Forschungsstelle Ludwigsburg der Universität Stuttgart, Bd. 29), Darmstadt.

Buber Agassi, Judith, 2010, Die jüdischen Frauen im Konzentrationslager Ravensbrück - wer waren sie? (= Studien zum Nationalsozialismus, Bd. 6), Berlin.

Bundesministerium für Vertriebene (Hg.), 1957, Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße (= Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, Bd. IV/2), Berlin.

Bundesministerium für Vertriebene (Hg.), 1957, Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei (= Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, Bd. I/2), Berlin.

Camman, Alfred/Karasek, Alfred, 1981, Volkserzählung der Karpatendeutschen, Bd. 2, Slowakei (= Schriftenreihe der Kommission für ostdeutsche Volkskunde in der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde, Bd. 25), Marburg.

Cartellieri, Diether, 1967, Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion. Die Lagergesellschaft. Eine Untersuchung der zwischenmenschlichen Beziehungen in den Kriegsgefangenenlagern (= Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges, Bd. II), München.

Casagrande, Thomas, 2015, Südtiroler in der Waffen-SS. Vorbildliche Haltung, fanatische Überzeugung, Bozen.

Chavkin, Boris L'vovič/Kalaganov, Aleksandr, 2001, Neue Quellen zur Geschichte des 20. Juli 1944 aus dem Archiv des Föderalen Sicherheitsdienstes der Russischen Föderation (FSB). „Eigenhändige Aussagen“ von Major i.G. Joachim Kuhn, in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte, Zentralinstitut für Mittel- und Osteuropastudien, ZIMOS, Köln/Weimar/Wien, 5 (2001), 2, S. 355-402.

Chodakiewicz, Marek Jan, 2008, Po zagładzie. Stosunki polsko-żydowskie 1944-1947 (= Instytut Pamięci Narodowej, Bd. 38), Warschau.

Cziborra, Pascal, 2010, Frauen im KZ. Möglichkeiten und Grenzen der historischen Forschung am Beispiel des KZ Flossenbürg und seiner Außenlager, Bielefeld.

Degle, Heinz, 2009, Erlebte Geschichte. Südtiroler Zeitzeugen erzählen. 1918-1945, Bozen.

Des Pres, Terrence, 2008, Der Überlebende. Anatomie der Todeslager, Stuttgart.

Deutsches Rotes Kreuz, 1954, Zur Geschichte der Kriegsgefangenen im Osten, Bd. 1: Vom Ort der Gefangennahme ins Kriegsgefangenenlager, Bielefeld.

Deutsches Rotes Kreuz, 1959, Zur Geschichte der Kriegsgefangenen im Osten, Bd. 3: Lebensbedingungen und Sterblichkeit in den Kriegsgefangenenlagern Jugoslawiens, Polens und der Tschechoslowakei (ČSR), Bielefeld.

Dietz, Andreas, 2011, Das Primat der Politik in kaiserlicher Armee, Reichswehr, Wehrmacht und Bundeswehr. Rechtliche Sicherungen der Entscheidungsgewalt über Krieg und Frieden zwischen Politik und Militär (= Jus publicum, Bd. 210), Tübingen.

Dreyfus, Jean-Marc, 2006, Germanisierungspolitik im Elsass. 1940-1945, in: Kochanowski, Jerzy (Hg.), Die „Volksdeutschen“ in Polen, Frankreich, Ungarn und der Tschechoslowakei. Mythos und Realität, S. 205-223.

Dürr, Christian, 2008, Weibliche Häftlinge im Konzentrationslager Mauthausen. Stand, Defizite und Aufgaben der Forschung, in: Steinthaler, Evelyn (Hg.), Frauen 1938. Verfolgte - Widerständige - Mitläuferinnen, Wien, S. 66-78.

Düsel, Hans Heinrich, 1998, Die sowjetische Flugblattpropaganda gegen Deutschland im Zweiten Weltkrieg. Frontflugblätter, Leipzig.

Dziurok, Adam, 2000, Śląskie rozrachunki. Władze komunistyczne a byli członkowie organizacji nazistowskich na Górnym Śląsku w latach 1945-1956, Warschau.

Dziurok, Adam, 2002, Obóz pracy w Świętochłowicach w 1945 roku, Warschau.

Eichner, Klaus/Voelkner, Hans (Hg.), 2003, Kundschafter im Westen. Spitzenquellen der DDR-Aufklärung erinnern sich, Berlin.

Erbe, Michael (Hg.), 2002, Das Elsass. Historische Landschaft im Wandel der Zeiten, Stuttgart.

Eser, Ingo, Die Deutschen in Oberschlesien, in: Borodziej, Włodzimierz/Lemberg, Hans (Hg.), 2003, „Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden ...“. Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945-1950, Bd. 2. Zentralpolen. Wojewodschaft Schlesien (Oberschlesien). Dokumente aus polnischen Archiven, S. 355-399.

Esser, Heinz, 2000, Die Hölle von Lamsdorf. Dokumentation über ein polnisches Vernichtungslager, 13. Aufl., Dülmen.

Fata, Márta, 2004, Das Ungarnbild der deutschen Historiographie (= Schriftenreihe des Instituts für Donauschwäbische Geschichte und Landeskunde, Bd. 13), Stuttgart.

Fischer, Heinz-Dietrich, 1978, Reeducations- und Pressepolitik unter britischem Besatzungsstatus. Die Zonenzeitung „Die Welt“ 1946-1950. Konzeption, Artikulation und Rezeption, Düsseldorf.

Frieser, Karl-Heinz, 1981, Krieg hinter Stacheldraht. Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion und das Nationalkomitee „Freies Deutschland“, Mainz.

Frizske, Andrzej, 2003, Polska. Losy państwa i narodu 1939-1989, Warschau.

Füssl, Karl-Heinz, 1994, Die Umerziehung der Deutschen. Jugend und Schule unter den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs 1945-1955, Paderborn.

Gebhardt, Bruno/Haverkamp, Alfred/Häfele, Rolf (Hg.), Handbuch der deutschen Geschichte, 10. Aufl., Stuttgart.

Görtemaker, Manfred, 1999, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München.

Goldstein, Cora Sol, 2009, Capturing the German eye. American visual propaganda in occupied Germany, Chicago.

Goldstein, Jacob/Lukoff, Irving F./Strauss, Herbert A., 1991, Individuelles und kollektives Verhalten in Nazi-Konzentrationslagern. Soziologische und psychologische Studien zu Berichten ungarisch-jüdischer Überlebender (= Studien zur Historischen Sozialwissenschaft, Bd. 16), Frankfurt a. M./ New York.

Greiner, Bettina, 2010, Verdrängter Terror. Geschichte und Wahrnehmung sowjetischer Speziallager in Deutschland, Hamburg.

Greiner, Bettina/Kramer, Alan (Hg.), 2013, Die Welt der Lager. Zur „Erfolgsgeschichte“ einer Institution, Hamburg.

Gross, Jan Tomasz, 2011, Złote żniwa. Rzecz o tym, co się działo na obrzeżach zagłady Żydów, Krakau.

Gruschka, Gerhard, 1996, Zgoda. Ein Ort des Schreckens. Als Vierzehnjähriger in einem polnischen Nachkriegskonzentrationslager, Neuried.

Harlander, Tilman/Pyta, Wolfram (Hg.), 2010, NS-Architektur. Macht und Symbolpolitik (= Kultur und Technik, Bd. 19), Berlin.

Hamburger Institut für Sozialforschung (Hg.), 1987, Die Auschwitz-Hefte. Texte der polnischen Zeitschrift „Przegląd Lekarski“ über historische, psychische und medizinische Aspekte des Lebens und Sterbens in Auschwitz, Bd. 1/2, Weinheim/Basel.

Hartenstein, Elfi, 1992, ...und nachts Kartoffeln schälen. Verfolgt, verschwiegen, verdrängt. Frauen berichten aus Nachkriegslagern. Annäherung an ein Kapitel DDR-Vergangenheit, Berg am Starnberger See.

Häufele, Günther, 1999, Zwangsumsiedlungen in Polen 1939-1941. Zum Vergleich sowjetischer und deutscher Besatzungspolitik, in: Dahlmann, Dittmar/Hirschfeld, Gerhard, Lager, Zwangsarbeit, Vertreibung und Deportation. Dimensionen der Massenverbrechen in der Sowjetunion und in Deutschland 1933 bis 1945, Essen, S. 515-533.

Heike, Otto, 1985, Die deutsche Minderheit in Polen bis 1939. Ihr Leben und Wirken kulturell, gesellschaftlich, politisch. Eine historisch-dokumentarische Analyse, Leverkusen.

Heinemann, Isabel, 2006, „Deutsches Blut“. Die Rasseexperten der SS und die Volksdeutschen, in: Kochanowski, Jerzy (Hg.), Die „Volksdeutschen“ in Polen, Frankreich, Ungarn und der Tschechoslowakei. Mythos und Realität, S. 163-182.

Held, Renate, 2008, Kriegsgefangenschaft in Großbritannien. Deutsche Soldaten des Zweiten Weltkriegs in britischem Gewahrsam (= Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London, Bd. 63), München.

Herbst, Andreas (Hg.), 1997, Die SED. Geschichte, Organisation, Politik. Ein Handbuch, Berlin.

Heuer, Lutz, 2006, Wilhelm Meißner (1899 - 1994). Sozialpolitischer Kommunalpolitiker in Königsberg - aktiv im Widerstand gegen den Faschismus - persönlicher Mitarbeiter von Otto Grotewohl - Diplomat der DDR, Berlin.

Hiio, Toomas (Hg.), 2009, Estonia since 1944. Reports of the Estonian International Commission for the Investigation of Crimes Against Humanity, Tallinn.

Hilger, Andreas, 2000, Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion 1941-1956. Kriegsgefangenenpolitik, Lageralltag und Erinnerung (= Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte - Neue Folge, Bd. 11), Essen.

Hilger, Andreas, 2003, Sowjetische Militärtribunale, Bd. 2: Die Verurteilung deutscher

Zivilisten 1945-1955, Köln u. a.

Hilger, Andreas, 2006, „Die Gerechtigkeit nehme ihren Lauf“? Die Bestrafung deutscher Kriegs- und Gewaltverbrecher in der Sowjetunion und der SBZ/DDR, in: Frei, Norbert (Hg.), Transnationale Vergangenheitspolitik. Der Umgang mit deutschen Kriegsverbrechern in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg (= Beiträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 4), Göttingen, S. 180-246.

Hilliard, Robert L., 2000, Von den Befreiern vergessen. Der Überlebenskampf jüdischer KZ-Häftlingen unter amerikanischer Besatzung, Frankfurt a. M./New York.

Hirsch, Helga, 1998, Die Rache der Opfer. Deutsche in polnischen Lagern 1944-1950, Berlin.

Dies., 2002, Ich habe keine Schuhe nicht. Geschichten von Menschen zwischen Oder und Weichsel, Hamburg.

Huener, Jonathan, 2003, Auschwitz, Poland, and the Politics of Commemoration, 1945-1979, Athens.

Hupka, Herbert (Hg.), 1982, Letzte Tage in Schlesien. Tagebücher, Erinnerungen und Dokumente der Vertreibung, 3. Aufl., München/Wien.

Jahn, Hans Edgar, 1997, Pommersche Passion. Kriegsende - Flucht - Vertreibung, Kiel.

Jahnke, Karl Heinz, 1993, Hitlers letztes Aufgebot. Deutsche Jugend im sechsten Kriegsjahr 1944/45, Essen.

Jahr, Christoph/Thiel, Jens (Hg.), 2013, Lager vor Auschwitz. Gewalt und Integration im 20. Jahrhundert, Berlin.

Jansen, Christian, 2000, Zwangsarbeit für das Volkswagenwerk. Häftlingsalltag auf dem Laagberg bei Wolfsburg, in: Frei, Norbert/Steinbacher, Sybille/Wagner, Bernd C. (Hg.), Ausbeutung, Vernichtung, Öffentlichkeit. Neue Studien zur nationalsozialistischen Lagerpolitik (= Darstellungen und Quellen zur Geschichte von Auschwitz, Bd. 4), München, S. 75-108.

Jastrzębski, Włodzimierz (Hg.), 1995, Ludność niemiecka na ziemiach polskich w latach 1939-1945 i jej powojenne losy, Bydgoszcz.

Jendryschik, Sepp, 2000, Zgoda. Eine Station auf dem schlesischen Leidensweg, Viöl.

Jenkner, Siegfried, 2003, Erinnerungen politischer Häftlinge an den GULAG. Eine kommentierte Bibliographie (= Berichte und Studien, 41), Dresden.

Jeske, Natalja/Schmidt, Ute, 2003, Zur Verfolgung von Kriegs- und NS-Verbrechen durch sowjetische Militärtribunale in der SBZ, in: Hilger, Andreas/Schmeitzner, Mike/Schmidt, Ute (Hg.), Sowjetische Militärtribunale, Bd. 2: Die Verurteilung deutscher Zivilisten 1945-1955. Köln/Weimar/Wien.

Joël, Kotek/Rigoulot, Pierre, 2001, Das Jahrhundert der Lager. Gefangenschaft, Zwangsarbeit, Vernichtung, Berlin.

Judt, Tony, 2006, Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart, München, S. 91.

Kabus, Ronny, 2011, „... weine ich täglich um meinen Vater“. In der Gewalt Stalins und der SED, Norderstedt.

Kaienburg, Hermann, 1991, „Vernichtung durch Arbeit“. Der Fall Neuengamme. Die Wirtschaftsbestrebungen der SS und ihre Auswirkungen auf die Existenzbedingungen der KZ-Gefangenen, 2. Aufl., Bonn.

Kaps, Johannes, 1950, Vom Sterben schlesischer Priester 1945/46. Ein Ausschnitt aus der schlesischen Passion, München.

Ders., 1952, Die Tragödie Schlesiens 1945/1946. In Dokumenten. Unter besonderer Berücksichtigung des Erzbistums Breslau, München.

Karner, Stefan, 1994, Die sowjetische Hauptverwaltung für Kriegsgefangene und Internierte. Ein Zwischenbericht, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jahrgang 42 (1994) Heft 3, S. 447-471.

Karner, Stefan, 1995, Im Archipel GUPVI. Kriegsgefangenschaft und Internierung in der Sowjetunion 1941-1956 (= Kriegsfolgen-Forschung, Bd. 1), Wien/München.

Karner, Stefan, Die Lagergruppe Stalingrad/Volgograd. Ein Überblick über das Lagersystem für ausländische Kriegsgefangene im Bereich Stalingrad/Volgograd, in: Bischof, Günter/Overmans, Rüdiger (Hg.), 1999, Kriegsgefangenschaft im Zweiten Weltkrieg. Eine vergleichende Perspektive, Ternitz, S. 339-364.

Khlevniuk, Oleg V., 2004, The history of the Gulag. From collectivization to the great terror, New Haven u. a.

Kilian, Achim, 1992, Einzuweisen zur völligen Isolierung. NKWD-Speziallager Mühlberg/Elbe 1945-1948, Leipzig.

Kirchner, Klaus/Bernikov, Nikolai, 1996, Flugblätter aus der UdSSR. Nationalkomitee Freies Deutschland. 1943-1945, Erlangen.

Kładoczny, Piotr, 2000, Kara śmierci jako wykładnik polityki karnej państwa W latach 1944-1956, in: Kulesza, Witold (Hg.), 2000, Przestępstwa sędziów i prokuratorów w Polsce lat 1944-1956, Warschau.

Klausch, Hans-Peter, 1993, Antifaschisten in SS-Uniform. Schicksal und Widerstand der deutschen politischen KZ-Häftlinge, Zuchthaus- und Wehrmachtstrafgefangenen in der SS-Sonderformation Dirlewanger (= DIZ-Schriften, Bd. 6), Bremen.

Klonovsky, Michael/von Flocken, Jan, 1993, Stalins Lager in Deutschland 1945-1950. Dokumentation. Zeugenberichte, 3. Aufl., Berlin/Frankfurt a. M.

Knoch, Habbo, 2001, Die Tat als Bild. Fotografien des Holocaust in der deutschen Erinnerungskultur, Hamburg.

Kobierska-Motas, Elżbieta, 1992, Ekstradycja przestępców wojennych do Polski z czterech stref okupacyjnych Niemiec. 1946-1950, Warschau.

Kochanowski, Jerzy, 2001, W polskiej niewoli. Niemieccy jeńcy wojenni w Polsce, 1945-1950, Warschau.

Ders., 2004, In polnischer Gefangenschaft. Deutsche Kriegsgefangene in Polen 1945-1950 (= Klio in Polen, Bd. 8), Osnabrück.

Ders., 2006, Verräter oder Mitbürger? Staat und Gesellschaft in Polen zum Problem der Volksdeutschen vor und nach 1945, in: Kochanowski, Jerzy (Hg.), Die „Volksdeutschen“ in Polen, Frankreich, Ungarn und der Tschechoslowakei. Mythos und Realität, S. 333-352.

Kochavi, Arieh J., 1998, Prelude to Nuremberg. Allied war crimes policy and the question of punishment, Chapel Hill u. a.

Konieczny, Alfred, Kobiety w obozie koncentracyjnym Gross-Rosen w latach 1944-1945, in: Studia Śląskie, 40 (1982), S. 55-112.

Kopka, Bogusław, 2002, Obozy pracy w Polsce 1944-1950. Przewodnik encyklopedyczny, Warschau.

Kowalczuk, Ilko-Sascha/Wolle, Stefan, 2001, Roter Stern über Deutschland. Sowjetische Truppen in der DDR, Berlin.

Kramer, Alan, 2018, The World of Camps, in: Feindt, Gregor/Hilbrenner, Anke/Dahlmann, Dittmar, Sport under unexpected circumstances. Violence, discipline, and leisure in penal and internment camps, Göttingen, S. 23-40.

Krausnick, Helmut/Wilhelm, Hans-Heinrich, 1981, Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938-1942 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 22), Stuttgart.

Kügelgen, Else von, 1968, Die Front war überall. Erlebnisse und Berichte vom Kampf des Nationalkomitees „Freies Deutschland“, Berlin.

Kulesza, Witold (Hg.), 2000, Przesłanki sędziów i prokuratorów w Polsce lat 1944-1956, Warschau.

Lang, Martin, 1981, Stalins Strafjustiz gegen deutsche Soldaten. Die Massenprozesse gegen deutsche Kriegsgefangene in den Jahren 1949 und 1950 in historischer Sicht, Herford.

Lehmann, Albrecht, 1986, Gefangenschaft und Heimkehr. Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion, München.

Lenzer, Gudrun, 1996, Frauen im Speziallager Buchenwald 1945-1950. Internierung und lebensgeschichtliche Einordnung, Münster.

Libera, Kurt, 1968, Zur Entwicklung der antifaschistischen Bewegung unter den deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR nach dem Sieg über den Hitlerfaschismus (1945-1950), Berlin.

Linek, Bernard, 2000, *Polityka antyniemiecka na Górnym Śląsku w latach 1945-1950*, Oppeln.

Lityński, Adam, 1999, *O prawie i sądach początków Polski Ludowej*, Białystok.

Lowe, Keith, 2015, *Der wilde Kontinent. Europa in den Jahren der Anarchie 1943-1950*, Stuttgart.

Madajczyk, Czesław, 1987, *Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939-1945*, Berlin.

Madajczyk, Piotr, 1996, *Przyłączenie Śląska Opolskiego do Polski 1945-1948*, Warschau.

Mallmann, Klaus-Michael/Musial, Bogdan (Hrsg.), 2004, *Genesis des Genozids. Polen 1939-1941 (= Veröffentlichungen der Forschungsstelle Ludwigsburg der Universität Stuttgart, Bd. 3)*, Darmstadt.

Marcuse, Harold, 2001, *Legacies of Dachau. The uses and abuses of a concentration camp. 1933-2001*, Cambridge u.a.

Marszalec, Janusz, 1999, *Ochrona porządku i bezpieczeństwa publicznego w Powstaniu Warszawskim*, Warschau.

Mehring, Hartmut (Hg.), 1999, *Erobert oder befreit? Deutschland im internationalen Kräftefeld und die Sowjetische Besatzungszone (1945/46)*, München.

Meyer, Helga/Pech Karlheinz, 1985, *Unter Einsatz des Lebens. Antifaschistischer Widerstand in den letzten Monaten des Zweiten Weltkriegs*, Berlin.

Mironenko, Sergej u. a. (Hg.), 1998, *Sowjetische Dokumente zur Lagerpolitik (= Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945-1950, Bd. 2)*, Berlin.

Mitze, Katja, 2000, *Das Kriegsgefangenenlager Ingolstadt während des Ersten Weltkriegs*, Münster.

Möhler, Rainer, 1992, *Entnazifizierung in Rheinland-Pfalz und im Saarland unter französischer Besatzung von 1945-1952*, Mainz.

Morré, Jörg, 1998, *Kader für Deutschland? Die Bemühungen der SED um die Repatriierung antifaschistischer Kriegsgefangener*, in: Kaminsky, Annette (Hg.), *Heimkehr 1948*, S. 217-231.

Morrisey, Christof, 2006, *Die Karpatendeutschen aus der Slowakei. Kollektive Erinnerung und Integration in der Bundesrepublik Deutschland 1945-1975*, in: Kochanowski, Jerzy (Hg.), *Die „Volksdeutschen“ in Polen, Frankreich, Ungarn und der Tschechoslowakei. Mythos und Realität*, S. 353-366.

Müller, Rolf-Dieter, 2007, *An der Seite der Wehrmacht. Hitlers ausländische Helfer beim „Kreuzzug gegen den Bolschewismus“. 1941-1945*, Berlin.

Ders. (Hg.), 2008, Der Zusammenbruch des Deutschen Reiches 1945. Die Folgen des Zweiten Weltkrieges (= Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 10,2), Stuttgart.

Ders./Volkmann, Hans-Erich, 2012, Die Wehrmacht. Mythos und Realität, München.

Musial, Bogdan, 1999, Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung im Generalgouvernement. Eine Fallstudie zum Distrikt Lublin 1939-1944 (= Quellen und Studien, Bd. 10), Wiesbaden.

Nachtigal, Reinhard, 2005, Kriegsgefangenschaft an der Ostfront 1914 bis 1918. Literaturbericht zu einem neuen Forschungsfeld, Frankfurt a. M., S. 39-43.

Naimark, Norman N., 1997, Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949, Berlin.

Nawratil, Heinz, 1982, Vertreibungsverbrechen an Deutschen. Tatbestand, Motive, Bewältigung, München.

Ders., 1986, Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten, München.

Neurath, Paul Martin, 2004, Die Gesellschaft des Terrors. Innenansichten der Konzentrationslager Dachau und Buchenwald, Frankfurt a. M.

Neuwöhner, Andreas, 2009, Radikalisierung und Expansion. Der Wandel der Häftlingsgesellschaft im Jahr 1942. Zwangsarbeiter aus Osteuropa als neue Häftlingsgruppe im KZ Niederhagen-Wewelsburg, in: Schulte, Jan Erik (Hg.), Die SS, Himmler und die Wewelsburg (= Schriftenreihe des Kreismuseums Wewelsburg, Bd. 7), Paderborn, S. 355-378.

Niethammer, Lutz, 1992, Entnazifizierung in Bayern. Säuberung und Rehabilitierung unter amerikanischer Besatzung, Frankfurt a. M.

Ders., 1993, Was wissen wir über die Internierungs- und Arbeitslager in der US-Zone, in: Renate Knigge-Tesche/Peter Reif-Spirek/Bodo Ritscher (Hg.), Internierungspraxis in Ost- und Westdeutschland nach 1945, Erfurt, S. 43-57.

Ders. (Hg.), 1994, Der „gesäuberte“ Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald. Dokumente, Berlin.

Ders., 1998, Alliierte Internierungslager in Deutschland nach 1945. Vergleich und offene Fragen, in: von Plato, Alexander (Hg.), Studien und Berichte (= Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945-1950, Bd. 1), Berlin, S. 97-116.

Nitschke, Bernadetta, 1999, Wyszalenie ludności niemieckiej z Polski w latach 1945-1949, Zielona Góra.

Nowak, Edmund, 1991, Cień Łambinowic. Próba rekonstrukcji dziejów Obozu Pracy w Łambinowicach 1945-1946, Opole.

Ders., 1994, Aus dem Archiv des Arbeitslagers in Lamsdorf (1945-1946), in: Forum für Kultur und Politik, 10, S. 50-56.

Ders., 1995, Das Arbeitslager Lamsdorf 1945-1946 im Licht des wiedergefundenen Lagerregis-ters, in: Inter finitimos, Wissenschaftlicher Informationsdienst deutsch-polnische Beziehungen 7, S. 20-23.

Ders., 1998, Szkice z dziejów obozów w Lamsdorf/Łambinowicach - historia i współczesność, Oppeln.

Ders., 2003, Lager im Oppelner Schlesien im System der Nachkriegslager in Polen (1945-1950), Oppeln.

Ochs, Eva, 2006, „Heute kann ich das ja sagen“. Lagererfahrungen von Insassen sowjetischer Speziallager in der SBZ/DDR, Köln/Weimar/Wien.

Oertle, Vincenz, 1997, „Sollte ich aus Russland nicht zurückkehren ...“. Schweizer Freiwillige an deutscher Seite 1939-1945. Eine Quellensuche, Zürich.

Oleschinski, Brigitte/Pampel, Bert, 1997, „Feindliche Elemente sind in Gewahrsam zu halten“. Die sowjetischen Speziallager Nr. 8 und Nr. 10 in Torgau 1945-1948, Leipzig.

Oltmer, Jochen, 2005, Migration und Politik in der Weimarer Republik, Göttingen.

Orth, Karin, 2000, Gab es eine Lagergesellschaft? „Kriminelle“ und politische Häftlinge im Konzentrationslager, in: Frei, Norbert/Steinbacher, Sybille/Wagner, Bernd C. (Hg.), Ausbeutung, Vernichtung, Öffentlichkeit. Neue Studien zur nationalsozialistischen Lagerpolitik (= Darstellungen und Quellen zur Geschichte von Auschwitz, Bd. 4), München, S. 109-133.

Paczkowski, Andrzej, 1998, Pół wieku dziejów Polski. 1939-1989, Warschau.

Pasek, Andrzej, 2002, Przystępstwa okupacyjne w polskim prawie karnym z lat 1944-1956, Breslau.

Pätzold, Kurt, 2005, Häftlingsgesellschaft, in: Benz, Wolfgang/Distel, Barbara (Hg.), Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Bd. 1, Die Organisation des Terrors, München, S. 110-125.

Pencz, Rudolf, 1996, Vor Haus und Hof und Kind und Weib. Donauschwäbische Grenadiere an der Donau und in Schlesien. Die Geschichte der 31. SS-Freiwilligen-Grenadier-Division, Baja.

Peer, Sabine, 2000, Südtiroler hinter Stalins Stacheldraht. Kriegsgefangenschaft in Russland 1943-1954, Bozen.

Penter, Tanja, 2003, Die lokale Gesellschaft im Donbass unter deutscher Okkupation 1941-1943, in: Dieckmann, Christoph (Hg.), 2003, Kooperation und Verbrechen. Formen der „Kollaboration“ im östlichen Europa 1939-1945 (= Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, Bd. 19), Göttingen, S. 183-224.

Petrov, Nikita, 1998, General Ivan Serov - der erste Vorsitzende des KGB, in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte, 2 (1998) 2, S. 161-208.

Pilichowski, Czesław, 1979, Obozy hitlerowskie na ziemiach polskich 1939-1945. Informator encyklopedyczny, Warschau.

Pingel, Falk, 1978, Häftlinge unter SS-Herrschaft. Widerstand, Selbstbehauptung und Vernichtung im Konzentrationslager (= Historische Perspektiven, 12), Hamburg.

Podlasek, Maria, 1995, Wypędzenie Niemców z terenów na wschód od Odry i Nysy Łużyckiej. Relacje świadków, Warschau.

Poljan, Pavel Markovič, 1999, Westarbeiter. Reparationen durch Arbeitskraft. Deutsche Häftlinge in der UdSSR, in: Dahlmann, Dittmar/Hirschfeld, Gerhard, Lager, Zwangsarbeit, Vertreibung und Deportation. Dimensionen der Massenverbrechen in der Sowjetunion und Deutschland 1933-1945 (= Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte – Neue Folge, Bd. 10), Essen, S. 337-367.

Ders., 2001, Deportiert nach Hause. Sowjetische Kriegsgefangene im „Dritten Reich“ und ihre Repatriierung (= Kriegsfolgen-Forschung, Bd. 2), München u. a.

Prokop, Siegfried, 1996, Poltergeist im Politbüro. Siegfried Prokop im Gespräch mit Alfred Neumann, Frankfurt/Oder.

Ders., 2009, Ulbrichts Favorit. Auskünfte von Alfred Neumann, Berlin.

Pufelska, Agnieszka, 2007, Die „Judäo-Kommune“. Ein Feindbild in Polen. Das polnische Selbstverständnis im Schatten des Antisemitismus 1939-1948, Paderborn/München/Wien/Zürich.

Puttkamer, Joachim von, 2010, Ostmitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert (= Oldenbourg Grundriss der Geschichte, Bd. 38), München.

Rasmus, Hugo, 1995, Schattenjahre in Potulitz 1945. Schicksal in polnischen Internierungslagern. Eine Dokumentation, Münster.

Ratza, Werner, 1973, Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion. Der Faktor Arbeit (= Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges, Bd. IV), München.

Recklies, Eberhard, 1984, Die Frauen von Majdanek, in: Götze, Ruth (Hg.), Faschistische Frauenkonzentrationslager 1933-1939. II. Kolloquium der Forschungsgemeinschaft „Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse um die Befreiung der Frau“ zur Frauenpolitik des faschistischen deutschen Imperialismus. Referate und Diskussionsbeiträge, Leipzig.

Reichel, Peter, 2001, Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute (= Beck'sche Reihe, Bd. 1416), München.

Reif-Spirek, Peter (Hg.), 1999, Speziallager in der SBZ. Gedenkstätten mit „doppelter Vergangenheit“, Berlin.

Reitlinger, Gerald, 1957, Die SS. Tragödie einer deutschen Epoche, Wien u. a.

Rensinghoff, Ines, Auschwitz-Stammlager. Das Tor „Arbeit macht frei“, in: Hoffmann, Detlef (Hg.), 1999, Das Gedächtnis der Dinge KZ-Relikte und KZ-Denkmäler 1945-1995 (= Wissenschaftliche Reihe des Fritz Bauer Instituts, Bd. 4), Frankfurt am Main/New York, S. 240-265.

Ritscher, Bodo, 1985, Zum organisierten Widerstandskampf deutscher Antifaschisten im KZ Buchenwald, in: Eiber, Ludwig (Hg.), Verfolgung - Ausbeutung - Vernichtung: Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Häftlinge in deutschen Konzentrationslagern 1933-1945, Hannover, S. 130-148.

Robel, Gert, 1974, Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion. Antifa. (= Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges, Bd. VIII), München.

Rose, Arno, 1980, Werwolf. 1944-1945. Eine Dokumentation, Stuttgart.

Roszkowski, Wojciech, 1992, Historia polski. 1914-2001, Warschau.

Sack, John, 1995, Auge um Auge. Die Geschichte von Juden, die Rache für den Holocaust suchten, Hamburg.

Satjukow, Silke, 2009, Befreiung? Die Ostdeutschen und 1945, Leipzig.

Sauermann, Dietmar/Brockpähler, Renate, 1992, „Eigentlich wollte ich ja alles vergessen ...“. Erinnerungen an die Kriegsgefangenschaft 1942-1955 (= Beiträge zur Volkskultur in Nordwestdeutschland, Bd. 76), Münster.

Schick, Christa, 1988, Die Internierungslager, in: Broszat, Martin (Hg.), Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, München, S. 301-325.

Schikorra, Christa, 1997, „Asoziale“ Frauen. Ein anderer Blick auf die Häftlingsgesellschaft, in: Jacobeit, Sigrid (Hg.), Forschungsschwerpunkt Ravensbrück. Beiträge zur Geschichte des Frauen-Konzentrationslagers, Berlin, S. 60-70.

Dies., 2009, Grüne und schwarze Winkel. Geschlechterperspektivische Betrachtungen zweier Gruppen von KZ-Häftlingen 1938-1940, in: Diercks, Herbert (Hg.), Ausgegrenzt. „Asoziale“ und „Kriminelle“ im nationalsozialistischen Lagersystem (= Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland, 11), Bremen, S. 104-110.

Schleser, Walter F., 1976, Die deutsche Staatsangehörigkeit. Ein Leitfadens, Frankfurt a. M.

Schön, Heinz, 1999, Tragödie Ostpreußen 1944-1948. Als die Rote Armee das Land besetzte, Kiel.

Schwarz, Wolfgang, 1969, Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion. Aus dem kulturellen Leben (= Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges, Bd. VI), München.

Sievers, Kai Detlef (Hg.), 1984, Friedenszeiten und Kriegsjahre im Spiegel zweier Lebenserinnerungen. Sophie und Fritz Wiechering berichten (= Beiträge zur Volkskultur in

Nordwestdeutschland, Bd. 37), Münster.

Sofsky, Wolfgang, 1993, Die Ordnung des Terrors. Das Konzentrationslager, Frankfurt a. M.

Stankowski, Witold, 2000, Niemcy na Pomorzu Gdańskim i Kujawach w latach 1944/45-1950. Ucieczka-życie codzienne-wysiedlenie, Bydgoszcz.

Ders., 2002, Obozy i inne miejsca odosobnienia dla niemieckiej ludności cywilnej w Polsce w latach 1945-1950, Bydgoszcz.

Ders., 2002, Lager für Deutsche in Polen am Beispiel Pommerellen/ Westpreußen (1945 - 1950). Durchsicht und Analyse der polnischen Archivalien, Bonn.

Steidle, Bernhard, 1995, Verheimlichte Dokumente. Was den Deutschen verschwiegen wird, Bd. 2, München.

Steinbacher, Sybille, 2000, Musterstadt Auschwitz. Germanisierungspolitik und Judenmord in Ostoberschlesien (= Darstellungen und Quellen zur Geschichte von Auschwitz, Bd. 2), München.

Dies., 2004, Auschwitz. Geschichte und Nachgeschichte, München.

Stettner, Ralf, 1996, „Archipel Gulag“. Stalins Zwangslager - Terrorinstrument und Wirtschaftsgigant. Entstehung, Organisation und Funktion des sowjetischen Lagersystems 1928-1956, Paderborn/München/Wien/Zürich.

Stokłosa, Katarzyna, 2011, Polen und die deutsche Ostpolitik 1945-1990, Göttingen.

Stone, Dan, 2017, Concentration camps. A short history, Oxford.

Strzelecki, Andrzej, 1995, Endphase des KL Auschwitz. Evakuierung, Liquidierung und Befreiung des Lagers, Auschwitz.

Suderland, Maja, 2009, Ein Extremfall des Sozialen. Die Häftlingsgesellschaft in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern, Frankfurt a. M./New York.

Szarota, Tomasz (Hg.), 2001, Komunizm. Ideologia, system, ludzie, Warschau, S. 198.

Théofilakis, Fabien, 2014, Les prisonniers de guerre allemands. France, 1944-1949. Une captivité de guerre en temps de paix, Paris.

Ther, Philipp, 1998, Deutsche und polnische Vertriebene. Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945-1956. (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 127), Göttingen.

Tóth, Ágnes, 2006, Die kollektive Schuld. Zum Vorgehen gegen die deutsche Minderheit in Ungarn 1945-1946, in: Kochanowski, Jerzy (Hg.), Die „Volksdeutschen“ in Polen, Frankreich, Ungarn und der Tschechoslowakei. Mythos und Realität, S. 319-331.

Turnwald, Wilhelm, 1951, Dokumente zur Austreibung der Sudetendeutschen, München.

Ueberschär, Gerd R., Das NKFD und der BDO im Kampf gegen Hitler 1943-1945, in: Ueberschär, Gerd R. (Hg.), 1995, Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ und der Bund Deutscher Offiziere, Frankfurt a. M.

Urban, Thomas, 2004, Der Verlust. Die Vertreibung der Deutschen und Polen im 20. Jahrhundert, München.

Viola, Lynne, 2007, The unknown gulag. The lost world of Stalin's special settlements, Oxford u. a.

Von Plato, Alexander (Hg.), 1998, Studien und Berichte (= Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945-1950, Bd. 1), Berlin.

Wachsmann, Nikolaus, 2016, KL. Die Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, München.

Wagner, Bernd C., 2000, IG Auschwitz. Zwangsarbeit und Vernichtung von Häftlingen des Lagers Monowitz 1941-1945, München.

Weckel, Ulrike, 2012, „Wir ahnten, dass uns Abscheuliches vorgeführt wurde.“ Alliierte Dokumentarfilme über die Lagerbefreiung und die Reaktionen deutscher Kriegsgefangener, in: Bruns, Claudia/Dardan, Asal (Hg.), „Welchen der Steine du hebst“. Filmische Erinnerung an den Holocaust, Berlin.

Wegner, Bernd, 1982, Hitlers politische Soldaten. Die Waffen-SS 1933-1945. Leitbild, Struktur und Funktion einer nationalsozialistischen Elite, Paderborn.

Weiner, Amir, 2001, Making sense of war. The Second World War and the fate of the Bolshevik Revolution, Princeton u. a.

Wember, Heiner, 1991, Umerziehung im Lager. Internierung und Bestrafung von Nationalsozialisten in der britischen Besatzungszone Deutschlands (= Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 30), Essen.

Ders., 1993, Umerziehung im Lager? Britische Internierungspolitik und -praxis, in: Knigge-Tesche, Renate (Hg.), Internierungspraxis in Ost- und Westdeutschland nach 1945. Eine Fachtagung an der Gedenkstätte Buchenwald vom 8. bis 10. Juli 1993, Erfurt, S. 30-42.

Wilke, Karsten, 2011, Die „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit“ (HIAG) 1950-1990. Veteranen der Waffen-SS in der Bundesrepublik, Paderborn/München/Wien/Zürich.

Wille, Manfred (Hg.), 1999, Die Vertriebenen in der SBZ/DDR. Dokumente, Bd. 2: Massentransfer, Wohnen, Arbeit. 1946-1949 (= Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund, Bd. 19,2), Wiesbaden.

Wolff, Willy, 1973, An der Seite der Roten Armee. Zum Wirken des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ an der sowjetisch-deutschen Front 1943 bis 1945, Berlin.

Wolsza, Tadeusz, 2003, W cieniu Wronek, Jaworzna i Piechcina ... : 1945-1956. Życie codzienne w polskich więzieniach, obozach i ośrodkach pracy więźniów, Warschau.

De Zayas, Alfred-Maurice, 1986, Anmerkungen zur Vertreibung der Deutschen aus dem Osten, Berlin/Köln/Mainz.

Zeidler, Manfred, 1996, Kriegsende im Osten. Die Rote Armee und die Besetzung Deutschlands östlich von Oder und Neiße 1944/45, München.